

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
63020 Offenbach
1. Auflage 2001
ISBN 3-932636-39-2

Band II

**Die Gründung der SED und
ihre Vorgeschichte
(1945-1946)**

Vortragsdispositionen,
Herausgegeben vom ZK der KPD 1945-1946

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Vorwort

Vorliegender Reader enthält Dokumente, die für das Verständnis und die Einschätzung der Geschichte der SED und ihrer Entstehung von Bedeutung sind. Seine Herausgabe steht im Zusammenhang mit der im Verlag Olga Benario und Herbert Baum veröffentlichte Untersuchung „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)“. Um die dort vorgenommenen Analysen und kritischen Einschätzungen zu wichtigen Fragen nachvollziehen und beurteilen zu können, ist die Kenntnis dieser Dokumente eine Voraussetzung. Die folgende „Gesamtzusammenfassung“ der genannten Arbeit kann auch als Orientierung zum Studium der hier wiederveröffentlichten Originaldokumente dienen:

„Ausgangspunkt der Analyse war eine Bestandsaufnahme der weltgeschichtlichen Dimension der Verbrechen des Naziregimes. Angesichts des Fehlens eines bewaffneten Aufstands innerhalb Nazi-Deutschlands wurde die Notwendigkeit und Problematik der Anti-Hitler-Koalition als Koalition eines sozialistischen Staates, der UdSSR, mit imperialistischen Staaten, den USA, England und Frankreich, geklärt, die gezwungen waren, Deutschland gemeinsam militärisch zu besetzen.

Der tagespolitische Rahmen der KPD/SED wurde zunächst durch das Potsdamer Abkommen abgesteckt, das auf der Konferenz der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam verabschiedet wurde.

Anhand der völlig berechtigten Positionen des Potsdamer Abkommens, die im einzelnen dargestellt und entwickelt wurden, standen Kernpunkte der Linie des antinazistisch-demokratischen Kampfes der KPD/SED nach 1945 auf dem Prüfstand.

Dabei wurden die Unzulänglichkeiten der KPD/SED, aber auch ihre geschichtlichen Leistungen eingeschätzt – konzentriert zunächst auf den Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945 und dessen Umsetzung.

Bei Berücksichtigung aller wesentlichen Schwachpunkte der Politik der KPD/SED muß als Ergebnis zunächst festgehalten werden: Die KPD/SED vertrat sehr wichtige und richtige Positionen und erzielte entsprechende Erfolge im Kampf für die Entnazifizierung Deutschlands, realisiert auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sie verurteilte deutlich die Verbrechen des Naziregimes, insbesondere auch die fabrikmäßig vollzogenen Massenmorde (allerdings ohne den Völkermord an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma klar zu benennen). Die KPD/SED anerkannte die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Naziverbrechen. Sie nahm klare Positionen zur Anerkennung der Reparationen ein, vollzog handfest die Entfernung von Nazis aus dem Staatsapparat, ergriff antinazistische Maßnahmen bis hin zu Enteignungen in Industrie und Landwirtschaft. In der Praxis war die KPD/SED weitgehend an der Umsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens beteiligt.

Die Kritik der ideologischen Schwächen des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 berührt bereits einen Kernpunkt der Kritik an der KPD/SED nach 1945 (und auch davor): Nationalistische Anbiederung an die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen statt Aufklärung und Kampf auf Leben und Tod gerade auch gegen die „deutsche Ideologie“.

Es hat sich gezeigt, daß die Anerkennung der realen Lage des Bewußtseinsstandes der breiten werktätigen Massen mit opportunistischen Konsequenzen verbunden wurde, daß selbst im Bereich des antinazistisch-demokratischen Kampfes in Inhalt und Wortwahl ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht wurde, um an den verheerenden Bewußtseinsstand der breiten werktätigen Massen anzuknüpfen.

Die KPD/SED stand von Anfang an vor der doppelten und doppelt schwierigen Aufgabe: Es galt, die praktisch-politischen und demokratischen Aufgaben im vollen Ausmaß auf allen Gebieten konsequent anzupacken, wozu der Aufruf von 1945 ein erster gewichtiger Schritt war. Gleichzeitig galt es im Sinne der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ keinerlei Zugeständnisse bei der Propagierung des kommunistischen Maximalprogramms auf dem Niveau des wissenschaftlichen Kommunismus zuzulassen (das heißt konkret: Propagierung der gewaltsamen Revolution, der Diktatur des Proletariats und einer klaren Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus). Hierzu galt es, selbstkritisch alle eigenen programmatischen Dokumente zu überprüfen, die Dialektik von Maximal- und Minimalprogramm, von kommunistischen Zielen und konsequent verfolgten demokratischen Aufgaben, auch theoretisch und programmatisch in Grundsatzdokumenten zu verankern.

Der Gründungsparteitag der SED im April 1946 stand dabei zu Recht im Mittelpunkt bei der Prüfung dieser Fragen. Denn anders als im Aufruf vom Juni 1945 konnte und mußte nun Bilanz der kommunistischen Tätigkeit der letzten Jahrzehnte gezogen werden, insbesondere seit der Gründung der KPD im Dezember 1918.

Diese Aufgabe stellte sich um so mehr, als die große historische Chance wirklich bestand, große Teile sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter von der konterrevolutionären Sozialdemokratie abzulösen, sie bei der Verwirklichung des Programms der demokra-

tischen Entnazifizierung einzubeziehen und an die Ideen des Kommunismus heranzuführen, ja sogar in der SBZ die konterrevolutionäre Sozialdemokratie als Organisation zu zerschlagen, genauer gesagt, dort den Wiederaufbau dieser Agentur des deutschen Imperialismus zu verhindern.

Die Analyse der Dokumente des Vereinigungsparteitags hat gezeigt, daß die SED bei ihrer Gründung diese Aufgabe nicht erfüllt hat. Statt Aufklärung über die eigenen Fehler, statt gründlicher Kritik und Selbstkritik ließ sich die KPD bei der Vereinigung mit der SPD bei der Festlegung der programmatischen Grundlagen auf opportunistischen Handel mit Prinzipien ein und verabschiedete „Grundsätze“, die den Kriterien des „konsequenten Marxismus“ nicht entsprechen.

Als Kernfehler gegenüber dem Sozialdemokratismus ist deutlich geworden, was schon als Fehler im demokratischen Kampf gegenüber dem deutschen Nationalismus sichtbar wurde: Statt Aufklärung der Differenzen und Kampf um die Widersprüche wurde eine Art „Umarmungstaktik“ eingeschlagen. Auf diese Weise wurden durch große Zugeständnisse stillschweigend die eigentlichen Probleme zugedeckt, etwa realistische Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bewaffnung der Arbeiterklasse auf dem Boden demokratischer Kämpfe ideologisch klar zu diskutieren und zu formulieren.

Der Gründungsparteitag der SED zog indes im Kern revisionistische Konsequenzen aus der Analyse der Besonderheiten Deutschlands – dessen Staatsapparat vor allem von der Sowjetarmee zerschlagen worden war, die auch die eigentliche, weil militärische Macht im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bildete – und bündelte diese zur These vom „besonderen deutschen friedlichen Weg“. Gleichzeitig wurden bei demokratischen Kernaussagen, wie sie noch im Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 festgehalten worden waren, erhebliche Rückzieher gemacht, die alle in Richtung

Nationalismus und Lobhudelei gegenüber den Massen statt realistischer Einschätzung der Lage gingen. Fragen der Mitschuld wurden weggewischt. Der Selbstbetrug, sich über die Verpflichtung zur realistischen Einschätzung des wirklichen Bewußtseinsstandes der werktätigen Massen mit Phrasen hinwegzumogeln, ist hier dokumentiert worden.

Die harte Kritik an den Fehlern des Gründungsparteitags der SED hätte ein anderes Gewicht, wenn diese rasch selbstkritisch korrigiert worden wären. Dem war aber nicht so: In vielerlei Hinsicht wurden die opportunistischen Fehler des Gründungsparteitags Ausgangspunkt für die weitere Fehlentwicklung der SED nach 1946.

Doch nicht nur die Beurteilung der programmatischen Grundlagen der Vereinigung von KPD und SPD zur SED stand auf dem Prüfstand. Gegen alle antikommunistischen Propagandalügen von der „Zwangsvereinigung“ wurde bei der historisch konkreten Einschätzung der Vereinigung selbst herausgearbeitet, daß das Hauptproblem der – aus gewichtigen, aber nicht überzeugenden Gründen – in großer Hast vollzogenen Vereinigung nicht die Vereinigung selbst war, sondern die Verwischung der Widersprüche zwischen KPD und SPD und die fehlende selbstkritische Korrektur des von führenden Kadern der KPD um des Tageserfolgs willen bewußt betriebenen Prinzipienhandels.

Als grundlegendes Problem einer Kritik der Fehler der SED auf solidarischer Grundlage hat sich erwiesen, daß die Rücksichtslosigkeit der Kritik nicht abgeschwächt werden darf, daß die Fehler mit ihren Wurzeln möglichst tiefgehend aufgedeckt werden müssen. Ein entscheidendes und unverzichtbares Mittel war dabei, ausgehend von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus alle aufzufindenden positiven Stellungnahmen auch von zweitrangigen Führungskadern der KPD/SED heranzuziehen, um deutlich zu machen, daß wichtige Grundsatzfragen diskutiert, richtige Antworten

bereits angelegt oder in einzelnen Fragen auch schon entwickelt waren.

So ist klar geworden, daß es sich lohnte, in der KPD und SED zu dieser Zeit solidarisch für richtige Positionen zu kämpfen. Ebenso ist aber auch klar geworden, daß die falschen Positionen nicht zufällig, sondern im innerparteilichen Kampf, der mit falschen, vertuschenden Methoden geführt wurde, gegen richtige Ansätze und Antworten durchgesetzt und festgeschrieben wurden. Damit sind die Fehler der KPD/SED in ihrer Größe und in ihrer Bedeutung besser sichtbar geworden, und so wurde auch ein lebendiger Einblick in die Geschichte der KPD/SED ermöglicht.

* * *

Bei der bei uns geführten Diskussion über die Ergebnisse der Analyse der KPD/SED 1945/46 gab es eine gewichtige Kontroverse darüber, auf welchem Gebiet und worin die *Ursachen* der Fehler der KPD/SED vor allem liegen. In einem ersten Entwurf wurde mit einer gewissen Dramaturgie insbesondere der deutsche Nationalismus, das Nachgeben gegenüber den „Massen“, die man ja gewinnen wollte, herausgearbeitet. Die deutschen Besonderheiten, vor allem das Ausmaß der Verhetzung der breiten Massen mit nazistischer und reaktionärer Ideologie sei nicht erkannt worden. Mit deutlicher, durchaus berechtigter Empörung wurde vor allem registriert und gebrandmarkt, daß die KPD/SED selbst einfache demokratische Gesichtspunkte in Frage gestellt, falsch beantwortet und dem allgemeinen reaktionären Druck nachgegeben hat. Wenn von „unseren Kriegsgefangenen“ gesprochen, den deutschen Gebieten im Osten nachgeweiht, das Vaterland „über alles“ gestellt wird, die „kleinen Nazis“ in Schutz genommen, Reparationen als „Last“ dargestellt werden, ja gar gönnerhaft festgestellt wird, daß „die Juden auch Opfer“ waren – dann ist eine solche Empörung sehr verständlich. Doch warum greift diese Akzentuierung dennoch zu kurz?

In erster Linie, weil sich die Kritik am Kern der Fehler der KPD/SED so auf den demokratischen Sektor konzentrieren würde. Jede demokratische Kraft könnte und müßte an denselben Maßstäben gemessen werden.

Die KPD aber hatte einen kommunistischen Anspruch und mußte und muß vor allem an kommunistischen Prinzipien gemessen werden. Die Gefahr, sozusagen bis zu diesem Punkt gar nicht mehr zu kommen, hat zwei Quellen:

Erstens kann angesichts übler antidemokratischer Positionen diese Frage scheinbar gar nicht mehr analysiert werden, denn wer kein konsequenter Demokrat ist, kann auch keinen kommunistischen Anspruch haben.

Zweitens spricht die KPD in den zentralen Dokumenten selbst so gut wie gar nicht über kommunistische Prinzipien. Kritisiert man ihre Dokumente anhand der Dinge, die dort stehen, wird sozusagen wie von selbst das Thema „kommunistische Prinzipien“ nicht auftauchen. Wo nichts ist, kann man auch, zumindest im Detail, nichts kritisieren.

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion über diese Fragen wurde deutlich, daß Lenins Schrift „Was tun?“ in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel ist, um gerade die kommunistischen Prinzipien als Kernfrage zu verstehen und bei aller nötigen Kritik an typisch deutschen Fehlern der KPD nicht die Voraussetzung dieser Fehler zu übersehen: die Revision kommunistischer Prinzipien.

Lenin erklärt in „Was tun?“ – um es nur ganz kurz anzureißen –, daß die kommunistischen Prinzipien der Diktatur des Proletariats sowohl durch die Ideologie des Revisionismus als auch durch die Anbetung der Spontaneität, des Selbstlaufs und des Bücklings vor den breiten Massen, die angeblich spontan zu richtigen Ideen kommen, ausgehöhlt und in Frage gestellt, schließlich revidiert werden.

Daß die breiten Massen nicht spontan demokratisches und sozialistisches Bewußtsein aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen allein erhalten, daß in den Kämpfen aufgeklärt werden muß, die Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen im eigenen Land und im internationalen Maßstab ausgewertet und hinzugezogen werden müssen, daß die Kommunisten als „Volkstribüne“ im wirklich demokratischen Kampf gegen jegliche reaktionäre Willkür vorangehen müssen, daß aber gerade all dies nur eine prinzipienerprobte Kommunistische Partei garantieren kann, die nach festen Kaderkriterien aufgebaut ist und deren Aufnahmepolitik sich an der Qualität und nicht der Quantität ihrer Mitglieder orientiert – das ist sozusagen eine Art Kriegserklärung an die ganze Gedankenwelt, die die Gründung der SED begleitete. Die rasante Mitgliederentwicklung der SED nach dem Motto Quantität vor Qualität legt die Vermutung nahe, daß beispielsweise Lenins Hinweise zur Einführung einer Kandidatenzeit für potentielle Mitglieder nicht beachtet wurden. Kein Wunder, daß Lenins Schrift „Was tun?“ keine zentrale Bedeutung bei der Vorbereitung der kommunistischen Kader auf die Vereinigung von KPD und SPD und der Ausarbeitung ihrer programmatischen Grundlagen hatte, da sozusagen aus jeder Zeile dieser grundlegenden Schrift das Gegenteil von dem deutlich wird, was bei der Gründung der SED dann geschah.“

Autorenkollektiv: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)“, Offenbach 2000, S. 419 – 227

Diese Einschätzung und die ihr zugrunde liegenden Analysen und Kritiken zur Diskussion zu stellen und deren kritische Überprüfung anhand des Studiums der Originaldokumente zu ermöglichen – dies ist nicht zuletzt der Zweck dieses Dokumenten-Readers.

Der Verlag

Inhaltsverzeichnis:
Vortragsdispositionen
Material für politische Schulungstage

Herausgegeben vom ZK der KPD, Verlag Neuer Weg, Berlin von 1945 bis 1964

1945

Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf, Nr. 1.....	1
Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront, Nr. 2.....	7
Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes, Nr. 3.....	15
Der Weg des Wiederaufbau Deutschlands, Nr.4.....	22
Die Beschlüsse der Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte, Nr. 5,6,7.....	28
Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion, Nr. 8.....	51
Die Bodenreform, Nr. 9.....	57
Unser neues Verhältnis zu den Bauern, Nr. 10.....	63
Die Aufgaben der neuen freien Gewerkschaften, Nr. 11.....	71
Der Kampf gegen die Naziideologie, Nr. 12.....	77
Reaktionäres Preußentum	
Erster Teil: Die Rolle des reaktionären Preußentums in der Deutschen Geschichte bis zum Anbruch des Imperialistischen Zeitalters, Nr. 13.....	85
Zweiter Teil: Der verhängnisvolle Einfluß des reaktionären Preußentums auf die Entwicklung Deutschlands von der Reichsgründung bis zu Hitlerfaschismus, Nr. 14.....	94
Zum 28. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution. Nr. 15.....	103
Keine Wiederholung der Fehler von 1918, Nr. 16.....	114

Demokratische Schulreform, Nr. 17.....	120
Friedrich Engels, zu seinem 125. Geburtstage am 28. November 1945, Nr. 18.....	129
Die junge Generation und die antifaschistische Aufbaufront, Nr. 19.....	137
Der zweite Weltkrieg, die Sicherung des Friedens und die Sowjetunion, Nr. 20.....	145
Die Frau im neuen Deutschland, Nr. 21.....	153
Der Spartakusbund und die Gründung der KPD, Nr. 22.....	161

1946

Die Gewerkschafts- und Delegiertenkonferenzen (Zur Plattform über die Grundsätze und Aufgaben der freien Gewerkschaften), Nr. 1.....	169
Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse, Nr. 2.....	175
Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands, Nr. 3.....	182
Der Weg zu sozialistischen Einheitspartei, Nr. 4.....	191
Der Weg zum Sozialismus (Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei), Nr. 5.....	198
Zu den organisatorischen Grundlagen der kommenden Einheitspartei, Nr. 6.....	205
Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pg's, Nr. 7.....	212
Die gegenwärtigen Aufgaben der KPD auf dem Lande, Nr. 8.....	219
Die Erneuerung der deutschen Kultur, Nr. 9.....	225
Unser Kampf gegen Konzerne, Nr. 10.....	232
Der neue Fünfjahresplan in der UdSSR, Nr. 11.....	239

Vortragsdisposition

Nr. 1

Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf

I N H A L T

	Seite
<i>I. War der Sieg des Faschismus unvermeidlich?</i>	1
<i>II. Warum hat der Faschismus in Deutschland gesiegt?</i>	2
<i>III. Die Politik der Kommunistischen Partei</i>	5
<i>IV. Die Lehren aus der Geschichte</i>	10

Preis 10 Pf.

Vortragsdisposition Nr. 1

Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf

Der Zweck des vorliegenden Schulungsvortrags ist es, unsere Funktionäre mit der Politik der KPD in den Jahren 1928-33 vertraut zu machen und die entsprechenden Lehren aus dieser Politik für unseren heutigen Kampf zu ziehen.

„Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können.“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

1. War der Sieg des Faschismus unvermeidlich?

Nein! Der Sieg des Faschismus in Deutschland ergab sich aus einer Reihe historischer und politischer Schwächen und Fehler des schaffenden Volkes.

„Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen auf die Beine zu bringen, und sie in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen.“ (Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, Moskau-Leningrad 1935, Seite 17.)

1. Ist der Sieg des Faschismus durch eine ökonomische Gesetzmäßigkeit bedingt?

Nein! Es ist falsch, anzunehmen, daß der Faschismus ebenso wie etwa der Imperialismus ein notwendiges Entwicklungsprodukt des Kapitalismus wäre, daß sein Sieg durch eine „ökonomische Gesetzmäßigkeit“ bedingt sei. Eine solche Gesetzmäßigkeit gibt es nicht.

Der Faschismus ist eine politische Herrschaftsform der imperialistischen Bourgeoisie, deren Errichtung von den konkreten Entwicklungsbedingungen jedes Landes, besonders von der Entwicklung des Klassenkampfes, abhängt. Er ist nur in einigen kapitalistischen Ländern zur Macht gekommen.

2. Konnte der Sieg des Faschismus in Deutschland verhindert werden?

Unbedingt! Der Sieg des Faschismus hätte verhindert werden können, wenn die Arbeiterklasse nicht durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten gewesen wäre, wenn die geeinte Arbeiterklasse es vermocht hätte, die Massen des ganzen schaffenden Volkes zum Kampfe gegen Faschismus und Krieg zu sammeln.

„Die Verhinderung des Sieges des Faschismus hängt vor allem von der Kampfaktivität der Arbeiterklasse selbst ab, vom Zusammenschluß ihrer Kräfte zu einer einheitlichen, gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus kämpfenden Armee. Das Proletariat, das seine Kampfeinheit herstellt, würde den Einfluß des Faschismus auf die Bauernschaft, auf das städtische Kleinbürgertum, auf die Jugend und die Intellektuellen paralysieren, würde einen Teil neutralisieren, den anderen Teil auf seine Seite herüberziehen.

Zweitens hängt sie vom Vorhandensein einer starken revolutionären Partei ab, die den Kampf der Werktätigen gegen den Faschismus richtig leitet. Eine Partei, die systematisch den Arbeiter zum Rückzug vor dem Faschismus ruft und der faschistischen Bourgeoisie erlaubt, ihre Stellungen zu stärken, — eine solche Partei führt unvermeidlich die Arbeiter der Niederlage entgegen.

Drittens hängt sie von der richtigen Politik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft und den kleinbürgerlichen Massen in den Städten ab. Diese Massen muß man so nehmen, wie sie sind, und nicht so, wie wir sie sehen möchten. Nur im Laufe des Kampfes werden sie ihre Zweifel und Schwankungen abwerfen, nur wenn man ihren unvermeidlichen Schwankungen gegenüber Geduld an den Tag legt und wenn das Proletariat sie politisch unterstützt, werden sie sich auf eine höhere Stufe des revolutionären Bewußtseins und der Aktivität emporschwingen.

Viertens hängt sie von der Wachsamkeit und den rechtzeitigen Aktionen des revolutionären Proletariats ab. Man darf sich nicht vom Faschismus überrumpeln lassen, man darf ihm nicht die Initiative überlassen, man muß ihm entscheidende Schläge versetzen, solange er es noch nicht vermocht hat, seine Kräfte zu sammeln, man darf es nicht zulassen, daß er sich festigt, man muß ihm auf Schritt und Tritt entgegenreten, wo er sich zeigt, man darf es nicht zulassen, daß er neue Stellungen erobert — so, wie das französische Proletariat das mit Erfolg zu tun versucht.“ (Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus, S. 24-25.)

II. Warum hat der Faschismus in Deutschland gesiegt?

1. Die Wirtschaftskrise und das Erstarken des Faschismus.

a) Während der Weltwirtschaftskrise 1929/32 beginnen die deutschen Imperialisten, sich auf den Faschismus zu orientieren, um mit seiner Hilfe durch einen neuen Krieg einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Am 1. Januar 1931 beschloß das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat, daß jedes angeschlossene Unternehmen pro Tonne verkaufte Kohle RM 0,50/ zur Finanzierung der Nazipartei abzugeben hat.

Der Rüstungsindustrielle Fritz Thyssen allein zahlte der NSDAP eine Million Reichsmark.

Die Nazipartei gewinnt an Einfluß und verwirrt große Teile des schaffenden Volkes durch ihre zügellose nationale und soziale Demagogie.

- b) Die reaktionären Parteien und Militärorganisationen (Deutschnationale, Stahlhelm u. a.) schließen sich mit den Nazis zur „Harzburger Front“ zusammen und gehen zum Angriff auf die Republik und auf die demokratischen Volksrechte über.
- c) Die Regierungen gehen immer mehr zu faschistischen Herrschaftsmethoden über: Ausschaltung des Parlaments, Notverordnungen usw.

2. Die Schuld der bürgerlichen demokratischen Parteien.

Statt dem Treiben der faschistischen Terrorbanden Einhalt zu gebieten, weichen die bürgerlichen demokratischen Parteien, vor allem die regierende Zentrumsparlei, Schritt für Schritt vor der Nazipartei und ihren Hintermännern zurück.

Brüning regiert ohne Reichstag, mit Notverordnungen — verstärkter Terror gegen die antifaschistischen Kräfte.

3. Die Schuld der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie.

a) Vertiefung der Spaltung.

Die historische Schuld für das Versagen der deutschen Arbeiterklasse trägt die Sozialdemokratie, die durch ihre Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und durch die Ablehnung der Einheitsfront die Spaltung vertiefte und die Arbeiterklasse entwaffnete.

Statt die von ihnen besetzten Staatspositionen zum Kampf gegen den Faschismus auszunutzen, unterdrückten die sozialdemokratischen Führer die antifaschistische Arbeiterbewegung. (Zörgiebel läßt auf Arbeiter schießen, Severing verbietet den RFB).

Dimitroff führte auf dem VII. Weltkongreß aus:

„War der Sieg des Faschismus in Deutschland unvermeidlich? Nein, die deutsche Arbeiterklasse hätte ihn verhindern können.

Aber dazu hätte sie die Herstellung der antifaschistischen proletarischen Einheitsfront durchsetzen, die Führer der Sozialdemokratie zwingen müssen, den Feldzug gegen die Kommunisten einzustellen und die wiederholten Vorschläge der Kommunistischen Partei zur Aktionseinheit gegen den Faschismus anzunehmen.

Sie hätte bei dem Angriff des Faschismus und bei der allmählichen Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten durch die Bourgeoisie sich nicht mit den schönen Resolutionen der Sozialdemokratie zufrieden geben dürfen, sondern hätte mit einem wirklichen Massenkampf antworten müssen, der die Verwirklichung der faschistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie erschwert hätte.

Sie hätte nicht das Verbot des RFB durch die Regierung Braun-Severing zulassen dürfen, sondern hätte zwischen dem RFB und dem fast eine Million zählenden Reichsbanner einen Kampfkontakt herstellen und Braun und Severing zwingen müssen, sowohl die eine als auch die andere Organisation zur Abwehr und Zerschlagung der faschistischen Banden zu bewaffnen.

Sie hätte die Führer der Sozialdemokratie, die an der Spitze der Regierung in Preußen standen, zwingen müssen, Verteidigungsmaßnahmen gegen den Faschismus zu ergreifen, die faschistischen Führer zu verhaften, ihre Presse zu verbieten, ihre materiellen Mittel sowie die Mittel der Kapitalisten, die die faschistische Bewegung subsidierten, zu konfiszieren, die faschistischen Organisationen aufzulösen, ihnen die Waffen abzunehmen usw.

Weiter hätte sie die Wiederherstellung und Erweiterung aller Arten von Sozialleistungen, die Erlassung eines Moratoriums und Gewährung einer Krisenhilfe für die durch die Krise ruinierten Bauern, und zwar durch Besteuerung der Banken und der Trusts, durchsetzen müssen, um sich auf diese Weise die Unterstützung der werktätigen Bauernschaft zu sichern. Das wurde durch die Schuld der Sozialdemokratie Deutschlands nicht getan, und deshalb konnte der Faschismus siegen."

(Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 19—20.)

b) Die sozialdemokratischen Führer sabotierten die Einheit.

1. Sie wählten 1932 den reaktionären General Hindenburg zum Reichspräsidenten, der Hitler die Macht übergab.
2. Sie lehnten den Generalstreik und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter bei Papens Staatsstreich am 20. Juni 1932 ab und appellierten an den Staatsgerichtshof.
3. Sie lehnten am 30. Januar 1933 die Einheitsfront ab, weil Hitler „legal“ zur Macht gekommen war.
4. Die Gewerkschaftsführer lieferten am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften freiwillig an Hitler aus, statt zum gemeinsamen Kampf aufzurufen.

c) Bauernfeindliche Politik.

Die im Wesen bauernfeindliche Politik der Sozialdemokratie trieb die Bauernmassen dem Faschismus in die Arme und trug damit wesentlich zum Siege des Faschismus in Deutschland bei. Darüber sagte Genosse Dimitroff:

„Genossen, der Faschismus siegte auch deshalb, weil das Proletariat von seinen natürlichen Bundesgenossen isoliert war. Der Faschismus siegte, weil es ihm gelang, die großen Massen der Bauernschaft mit sich zu reißen, dank der Tatsache, daß die Sozialdemokratie im Namen der Arbeiterklasse im Grunde genommen eine bauernfeindliche Politik trieb. Der Bauer sah an der Macht eine Reihe von sozialdemokratischen Regierungen, die in seinen Augen die Macht der Arbeiterklasse verkörperten, aber keine einzige dieser Regierungen machte der Notlage der Bauern ein Ende, keine einzige von ihnen gab der Bauernschaft Land. Die Sozialdemokratie in Deutschland hat die Großgrundbesitzer nicht angetastet; sie arbeitete den Streiks der Landarbeiter entgegen, und die Folge davon war, daß die Landarbeiter in Deutschland schon lange vor dem Machtantritt Hitlers die reformlistischen

Gewerkschaften verließen und in den meisten Fällen zum „Stahlhelm“ und den Nationalsozialisten übergingen.“

(Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 21.)

d) Die SPD lenkte die Jugend vom Klassenkampf ab.

Auch die Jugend konnte Hitler in großem Maße gewinnen, weil die SPD die Arbeiterjugend vom Klassenkampf ablenkte.

Darüber führte Genosse Dimitroff aus:

„Der Faschismus siegte auch deshalb, weil es ihm gelang, in die Reihen der Jugend einzudringen, während die Sozialdemokratie die Arbeiterjugend vom Klassenkampf ablenkte, das revolutionäre Proletariat aber unter der Jugend nicht die notwendige Erziehungsarbeit entfaltete und dem Kampf für ihre besondere Interessen und Forderungen nicht die genügende Aufmerksamkeit zuwandte.“

(Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 21—22.)

Der Sieg des Faschismus in Deutschland war also eine Folge der Politik der SPD- und Gewerkschaftsführer.

„Die sozialdemokratischen Arbeiter können sich immer anschaulicher davon überzeugen, daß das faschistische Deutschland mit allen seinen Schrecken und seiner Barbarei letzten Endes eine Folge der sozialdemokratischen Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie ist.“

(Dimitroff, ebenda, S. 30.)

III. Die Politik der Kommunistischen Partei.

I. Die taktischen Fehler der KPD

„Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

Diese Fehler waren:

a) Falsche Einschätzung der Lage.

Mit dem Erstarken des Faschismus und seiner Offensive gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten war 1931/32 eine andere Lage entstanden. Die KPD, die eine Massenpartei war, hätte deshalb eine grundlegende Änderung ihrer Taktik durchführen müssen. Von der Taktik „Klasse gegen Klasse“ mußte sie zum Bündnis mit allen demokratischen Kräften zum Kampf gegen den Faschismus übergehen. Statt dessen behielt die Partei die alte überlebte Taktik bei und erleichterte damit den sozialdemokratischen Führern die Spaltungspolitik.

b) Unterschätzung der faschistischen Gefahr.

Die Partei unterschätzte die faschistische Gefahr. Man erklärte „Deutschland ist nicht Italien.“ Oder:

„Wenn das Dritte Reich Hitlers einmal kommen sollte, dann nur anderthalb Meter unter der Erde, auf der Erde aber werden wir eine siegreiche Arbeitermacht haben.“
(Erklärung von Neumann.)

c) Verteidigung der demokratischen Rechte.

Die Partei richtete das Hauptfeuer nach wie vor gegen die Weimarer Republik, als es bereits galt, die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen und zu diesem Zwecke ein Bündnis mit allen demokratischen Kräften herzustellen.

„In Deutschland kämpften sie (die revolutionären Arbeiter) gegen die Weimarer Republik nicht deshalb, weil sie eine Republik war, sondern deshalb, weil sie eine bürgerliche Republik war, die die revolutionäre Bewegung des Proletariats unterdrückte, besonders in den Jahren 1918/20, 1923.

Konnten aber die Kommunisten diese Stellung auch dann noch einnehmen, als die faschistische Bewegung ihr Haupt zu erheben begann, als z.B. 1932 in Deutschland die Faschisten Hunderttausende von SA-Leuten gegen die Arbeiterklasse organisierten und bewaffneten? Natürlich nicht.“

(Dimitroff, Probleme der Volksfront, S. 88.)

d) Hauptstoß gegen die SPD.

Die Partei richtete das Hauptfeuer auch dann noch gegen die Sozialdemokratie, als es galt, es gegen die faschistische Bewegung zu richten. Genosse Pieck führte dazu auf der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 aus:

„Eine Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.“
(Wilhelm Pieck: „Der neue Weg“, S. 24/25.)

e) Einheitsfronttaktik.

Die Kommunisten machten Fehler in der Einheitsfronttaktik, die das Zustandekommen der Einheit erschwerten.

„Der Vormarsch der Faschisten hätte uns ernst genug die faschistische Gefahr aufzeigen und uns veranlassen müssen, in unserer strategischen Orientierung eine Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten vorzunehmen und alle Anstrengungen zu machen, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum Kampf gegen den Faschismus zu schaffen. Statt dessen führte die Partei mit ihrer Beteiligung an dem von den Faschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die Preußenregierung im August 1931 eine taktische Maßnahme durch, die die Durchführung dieser Aufgabe bedeutend erschweren mußte.“

(Wilhelm Pieck: „Der neue Weg“, S. 26.)

„Als im Frühjahr 1932 die ersten Versuche zu einer Verständigung mit den sozialdemokratischen Organisationen zum gemeinsamen Vorgehen unternommen wurden — ich erinnere nur an das Abkommen unserer Organisationen in Bernau bei Berlin mit dem Vorstand der SPD und dem Ortsausschuß des ADGB zu einer gemeinsamen Abwehr der faschistischen Überfälle und einer gemeinsamen Maidemonstration; an das Angebot unserer

Berliner Organisation an den Bezirksvorstand der SPD zu gemeinsamen Demonstrationen; ich erinnere an die Erklärung unserer braunschweigischen Landtagsfraktion auf Unterstützung der Wahl eines sozialdemokratischen Landtagspräsidenten, um die Wahl eines Faschisten zu verhindern —, da wurden in einem Rundschreiben des ZK im Juni 1932 diese Anfänge zur Schaffung der Einheitsfront auf das schärfste verurteilt und als Fehler bei der Durchführung unserer Einheitsfronttaktik bezeichnet.“

(Wilhelm Pieck: ebenda S. 29/30.)

f) Nationale Frage.

Die KPD verstand nicht, den sozialen Befreiungskampf mit der nationalen Frage zu verbinden und überließ den Kampf gegen Versailles den Nazis. Genosse Dimitroff sagte darüber auf dem VII. Weltkongreß:

„In Deutschland haben unsere Genossen lange Zeit das verletzte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend berücksichtigt. Sie haben sich zu den Schwankungen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums geringschätzig verhalten. Sie sind mit dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung zu spät hervorgetreten.“
(Dimitroff, „Probleme der Volksfront“, S. 19.)

g) Zur Frage der Bundesgenossen.

Die Kommunisten verstanden es nicht, die Bauern, Mittelständler und die Intellektuellen für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Hier wirkten sich alte sozialdemokratische Traditionen in der Partei aus, die in einem zu engen proletarischen Klassenstandpunkt bestanden. Die Partei wandte sich nur an die ärmsten Bauern und Landarbeiter, sie betrieb die Arbeit auf dem Lande kampagnemäßig und führte keinen beharrlichen Kampf um die Gewinnung der Bauernmassen.

„Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte im Dorfe. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsonntage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.“
(Wilhelm Pieck, „Der neue Weg“, S. 77/78.)

Dasselbe gilt auch für den städtischen Mittelstand:

„Wenn wir auch dem städtischen Kleinbürgertum bei unserer Agitation viel näher stehen, als das im Dorfe bei den Bauern der Fall ist, so ist es uns doch ebensowenig gelungen, stärkere Verbindungen mit diesen Schichten aufzunehmen.“
(Wilhelm Pieck, ebenda, S. 81.)

h) Gewerkschaften.

Statt die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen, isolierten sich die Kommunisten in der RGO und in den roten Verbänden. Genosse Pieck sagte darüber auf der Brüsseler Parteikonferenz:

„Es waren die starken sektiererischen Tendenzen in unserer Partei, die dieser Arbeit in den Gewerkschaften entgegenwirkten. Indem wir uns von dieser

Arbeit isolierten, isolierten wir uns auch gleichzeitig von der Masse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wir erleichterten dadurch der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ihre Politik des Ausweichens vor allen ernstesten Kämpfen. Wir haben zwar mit Recht die Brandlerparole „Zwingt die Bonzen“ und ihre Schlußfolgerung bekämpft, daß nichts zu machen sei, wenn von den Gewerkschaftsbürokraten die Kampfforderungen abgelehnt werden. Wir versäumten aber, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Kampfforderungen und für den Kampf zu gewinnen; nur dann hätte es einen Sinn, an die Gewerkschaftsbürokratie mit Forderungen heranzutreten. Aber unsere Genossen wichen diesen Schwierigkeiten meist aus und verzichteten auf einen beharrlichen Kampf innerhalb der Gewerkschaften.“
(Wilhelm Dieck, ebenda, S. 58/59.)

i) Jugend.

Statt eine breite antifaschistische Jugendbewegung zu entfalten, war der KJVD eine Kopie der Partei. Genosse Dimitroff sagte darüber auf dem VII. Weltkongreß:

„Unsere Kommunistischen Jugendverbände sind in einer Reihe kapitalistischer Länder immer noch vorwiegend sektiererische, von den Massen losgelöste Organisationen. Ihre Hauptschwäche besteht darin, daß sie immer noch bestrebt sind, die Kommunistischen Parteien und ihre Formen und Methoden der Arbeit zu kopieren. Sie vergessen, daß der Kommunistische Jugendverband nicht die Kommunistische Partei der Jugend ist. Sie berücksichtigen nicht genügend den Umstand, daß der KJV eine Organisation ist, die ihre besonderen Aufgaben hat. Ihre Methoden und Formen der Arbeit, der Erziehung, des Kampfes, müssen dem konkreten Niveau und den Anforderungen der Jugend angepaßt sein.“

(Dimitroff: „Probleme der Volksfront“, S. 52.)

k) Frauen.

Auch die Arbeit unter den Frauen wurde von der Partei unterschätzt und vernachlässigt. Genosse Dimitroff sagte auf dem VII. Weltkongreß:

„Genossen! Eine nicht geringe Unterschätzung als in bezug auf die Jugend ist auch bezüglich der Arbeit unter den werktätigen Frauen, Bäuerinnen und Hausfrauen hervorgetreten.“

(Dimitroff: „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 76.)

Und er stellte den Kommunisten die Aufgabe

„Die Kommunisten, vor allem unsere Kommunistinnen, müssen dessen eingedenk sein, daß es keinen erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und gegen Krieg geben kann, wenn die breiten Massen der Frauen nicht in diesen Kampf einbezogen werden. Das läßt sich aber durch bloße Agitation nicht erreichen. Wir müssen unter Berücksichtigung jeder konkreten Situation die Möglichkeit finden, die Massen der werktätigen Frauen für ihre lebenswichtigen Interessen und Forderungen zu mobilisieren, im Kampfe für Forderungen gegen die Teuerung, für Lohnerhöhung nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, gegen die Massenentlassungen, gegen jede Form der Entrechtung und faschistischen Knechtung der Frau.“

(Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 77.)

Heute hat die Arbeit unter den Frauen besonders große Bedeutung.

l) Keine Massensprache.

Wir verstanden nicht, populär zu den Massen zu sprechen, sondern führten eine den breiten Massen unverständliche Kominternsprache. Gen. Dimitroff berichtete auf dem VII. Weltkongreß:

„Ich erinnere mich z. B. einer Erwerbslosenversammlung in Berlin vor dem Machtantritt Hitlers. Das war z. Z. des Prozesses gegen die bekannten Hochstapler und Schieber Gebrüder Sklarek, der sich einige Monate hinzog. Der in der Versammlung auftretende Nationalsozialistische Redner nutzte diesen Prozeß für seine demagogischen Zwecke aus. Er wies auf die Schieberaffären, Bestechungen und andere Verbrechen hin, die die Gebrüder Sklarek begangen hatten: Er betonte, daß der Prozeß gegen sie Monate dauere, rechnete aus, wieviel Hunderttausend Mark er das deutsche Volk bereits gekostet habe und erklärte unter lautem Beifall der Anwesenden, daß man solche Banditen wie Sklarek ohne viel Federlesen erschießen und das für den Prozeß hinausgeworfene Geld den Arbeitslosen geben sollte.

Da steht ein Kommunist auf und verlangt das Wort. Der Vorsitzende verweigerte es ihm zuerst, aber unter dem Druck der Anwesenden, die den Kommunisten hören wollten, ist er gezwungen, ihm das Wort zu erteilen. Als der Kommunist die Rednertribüne betrat, waren alle Anwesenden gespannt, was denn der kommunistische Redner sagen werde. Und was sagte er nun?

„Genossen — sagt er mit lauter und kräftiger Stimme —, soeben hat das Plenum der Kommunistischen Internationale seine Tagung beendet. Es hat die Wege zur Rettung der Arbeiterklasse aufgezeigt. Die Hauptaufgabe, die es uns stellt, Genossen, ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse (Heiterkeit). Das Plenum wies darauf hin, daß die Bewegung der Erwerbslosen politisiert werden muß (Heiterkeit). Das Plenum fordert dazu auf, sie auf eine höhere Stufe zu heben . . .“ (Heiterkeit.)

Und in diesem Sinne sprach der Redner weiter, offenbar in der Meinung, daß er die wirklichen Beschlüsse des Plenums erkläre.

Konnte eine solche Rede die Erwerbslosen mitreißen? Konnte es sie befriedigen, daß man sie zuerst politisieren, dann revolutionieren und dann mobilisieren wollte, um ihre Bewegung auf eine höhere Stufe zu heben? (Heiterkeit.)

Ich saß in einer Ecke und konnte mit Betrübnis beobachten, wie die anwesenden Erwerbslosen, die so sehr den Kommunisten hatten hören wollen, um von ihm zu erfahren, was sie konkret tun sollen, zu gähnen und offenkundige Enttäuschung zu zeigen angingen. Und es wunderte mich gar nicht, als der Vorsitzende unserem Redner schließlich ohne irgendwelchen Protest der Versammlung brutal das Wort entzog . . .

Jeder von uns muß sich folgende elementare Regel wie ein Gesetz, wie ein bolschewistisches Gesetz gründlich zu eigen machen: Wenn du schreibst oder sprichst, so mußt du stets an den einfachen Arbeiter denken, der dich verstehen, deinem Rufe glauben und dir mit Bereitschaft folgen soll!

Du mußt daran denken, für wen du schreibst und zu wem du sprichst.“ (Beifall.)

(Dimitroff, „Probleme der Volksfront“, S. 139/40.)

2. Die Wurzel dieser Fehler

unserer Partei liegt im Sektierertum, über das Genosse Dimitroff sagte:

„Das selbstgefällige Sektierertum will und kann nicht begreifen, daß die Führung der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei nicht von selbst erreicht wird. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei in den Kämpfen der Arbeiterklasse muß erobert werden. Dazu nutzen keine

Deklamationen über die führende Rolle der Kommunisten, dazu muß man durch tägliche Massenarbeit und durch richtige Politik das Vertrauen der Arbeitermassen verdienen und erobern. Das ist nur dann möglich, wenn wir Kommunisten in unserer politischen Arbeit ernstlich das wirkliche Niveau des Klassenbewußtseins der Massen, den Grad ihrer Revolutionierung berücksichtigen, wenn wir die konkrete Situation richtig einschätzen werden, nicht auf Grund unserer Wünsche, sondern auf Grund dessen, was in Wirklichkeit ist.“ (Dimitroff, „Probleme der Volksfront“, S. 67.)

3. Die KPD war und ist die Partei des Kampfes gegen Nazismus und Militarismus.

Trotz dieser taktischen Fehler war die kommunistische Partei die einzige, die entschlossen und kühn den Kampf gegen die Hitlerdiktatur geführt hat. Unsere Partei ist die einzige von allen deutschen Parteien, die ihr Banner rein hielt. Im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. 6. 45 heißt es:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets rein gehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt. Der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.“ (Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

IV. Die Lehren aus der Geschichte.

1. Richtige Einschätzung der Lage

ist die Voraussetzung für eine richtige Politik. Es wäre z. B. falsch, heute den Sozialismus zu fordern, denn das deutsche Volk ist ideologisch verwirrt, die Arbeiter sind seit einem Jahrzehnt zersplittert. Heute gilt es, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären preußischen Militarismus mit seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Darum sagt das ZK:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre. Denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

2. Herstellung der Einheit.

Nazismus und reaktionärer Militarismus können nur durch die Einheit des ganzen schaffenden Volkes liquidiert werden.

Darum fordert das ZK:

„Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

3. Einheitsgewerkschaften

Der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung muß sich auf der Grundlage einheitlicher und freier Gewerkschaften vollziehen.

„Die Gewerkschaften sind wichtige Organe beim Wiederaufbau Deutschlands. Ohne einheitliche freie Gewerkschaften ist der Aufbau nicht möglich. Diese Gewerkschaften sollen ein starker Rückhalt sein für die Einigung der Arbeiterschaft.“ (Aus der Rede des Gen. Ulbricht auf der Groß-Berliner Funktionärskonferenz der KPD, „DVZ“ vom 27. 5. 45.)

4. Partei des schaffenden Volkes

Unsere Partei darf sich nicht mehr von den Volksmassen abkapseln, sondern muß zur Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten werden.

„Unsere Partei ist die Partei des Volkes, denn sie ist die Partei des Aufbaus. Unser Aktionsprogramm zeigt dem Volk den Weg zu einer besseren Zukunft. Unsere Partei ist eine wahrhaft nationale Partei, denn sie kämpft um die Beseitigung der Ursachen des Unglücks der Nation.

(Walter Ulbricht, ebenda.)

Vortragsdisposition

Nr. 2

Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront

Die Politik der KPD von 1933 bis August 1939

I N H A L T

	Seite
I. Der Klassencharakter des Faschismus	2
II. Die Politik der Kommunistischen Partei bis zum VII. Weltkongreß	5
III. Der VII. Weltkongreß und die Brüsseler Parteikonferenz	8
IV. Der Kampf der Partei nach dem VII. Welt- kongreß	11
V. Die Berner Parteikonferenz der KPD.	12

Herausgegeben vom Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
Abteilung: Agitation und Propaganda

Vortragsdisposition Nr. 2

Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront

(Die Politik der KPD von 1933 bis August 1939)

I. Der Klassencharakter des Faschismus

„Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“
(XIII. Plenartagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.)

1. Die wissenschaftliche Begriffsbestimmung des Faschismus

- a) **Herrschaft des Finanzkapitals.** Der Faschismus ist eine politische Herrschaftsform der Bourgeoisie, in der sich die Staatsgewalt in der Hand eines kleinen Teils der Bourgeoisie, nämlich der größten und einflußreichsten Monopolkapitalisten, der Schwer- und Rüstungsindustriellen, der größten Junker befindet.
- b) **Offene terroristische Diktatur.** Der Faschismus ist nicht einfach die Ablösung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern „eine Ablösung der einen staatlichen Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie durch eine andere Form, durch die offene terroristische Diktatur“ (Dimitroff).
- c) **Welche Elemente haben im Faschismus die Macht?**
Jene Elemente des Finanzkapitals,
die am reaktionärsten sind; sie unterdrücken alle fortschrittlichen Ideen und Elemente, auch die bürgerlichen;
die am meisten chauvinistisch sind: sie treiben die nationalistische Verhetzung der Volksmassen auf die Spitze (Rassentheorie);
die am imperialistischsten sind: sie streben nicht nur nach der imperialistischen Neuaufteilung der Welt, sondern nach Eroberung der Weltherrschaft.

- d) **Der Faschismus-ist Krieg.** Der Faschismus bedeutet also Vorbereitung und Durchführung des Krieges. Die kleine Gruppe herrschender Rüstungsplutokraten, die im Faschismus die Macht an sich gerissen hat, bereitet im Interesse ihres Profits diesen Krieg vor gegen die Interessen des ganzen Volkes und führt ihn bis zur nationalen Katastrophe.

2. Falsche Auffassungen über den Klassencharakter des Faschismus

Infolge des Masseneinflusses, den die Faschisten durch ihre zügellose nationale und soziale Demagogie besonders im Kleinbürgertum erwarben, entstanden falsche Auffassungen, die den Faschismus nicht als Diktatur des Finanzkapitals, sondern als Diktatur des Kleinbürgertums betrachteten.

- a) Der Führer der linken österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer behauptete, der Faschismus sei eine Staatsmacht, die „über beiden Klassen, dem Proletariat und Bourgeoisie, steht“.
- b) Der englische Sozialist Brailsford erklärte, der Faschismus sei das „aufständische Kleinbürgertum“, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat.
- c) Die Neumann-Gruppe in unserer Partei (Remmele) erklärte den Faschismus als „kleinbürgerlichen Bonapartismus“.

Alle diese Erklärungen waren, wie die weitere Entwicklung zeigte, völlig falsch und führten zu fehlerhaften taktischen Schlußfolgerungen.

3. Die historische Bestätigung der Analyse der Kommunisten

Am klarsten wurde die Richtigkeit unserer Analyse durch den Hitlerfaschismus bewiesen.

- a) **Die Macht der Monopolherren.** Die gesamte wirtschaftliche Macht in Deutschland wurde von Hitler an den Generalrat der Wirtschaft und später an den Rüstungsrat ausgeliefert.

Diesem Rüstungsrat gehörten an:

Wilhelm Zangen, Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns und gleichzeitig Vorsitzender der Reichsgruppe Industrie; Hermann Roebling, der Besitzer der saarländischen Schwerindustrie; Albert Voegler, der Generaldirektor des Stahltrusts; Pleiger, der Generaldirektor des Göringkonzerns; Buecher, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der AEG; Poensgen, der Vorsitzende des Vorstands des Stahltrusts.

Die Herren heimsen nun die Gewinne ein für das Kapital, das sie in die Nazipartei gesteckt hatten.

Der Generaldirektor Schnitzler vom Chemietrust „IG Farben“ erklärte den amerikanischen Untersuchungsbehörden, daß deutsche Großindustrielle die Nazipartei mit großen Summen finanzieren. Schnitzler beschrieb im Stabe Eisenhower eine Unterredung, die im Hause Görings im Februar 1933 stattgefunden hat und an der zwanzig der größten deutschen Industriellen und Finanzleute, darunter Schacht, Krupp von Bohlen und Albert Voegler, teilgenommen hatten. Auf dieser Sitzung wurde von Schacht den Industriellen vorgeschlagen, 3 Millionen Mark für den Wahlfonds der Nazipartei zu stiften. (VDZ vom 12. Juli.)

- b) **Völlige Knebelung der Arbeiterschaft im Interesse des Finanzkapitals.** Ein klarer Ausdruck dafür war das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“: Der Unternehmer ist der Betriebsführer, d. h. „Herr im Hause“, die Arbeiter sind die „Gefolgschaft“, d. h. rechtlos.
- c) **Riesige Profite der Finanzmagnaten.** Die Durchschnittsdividende der Aktiengesellschaften stieg von 2,83 Prozent im Jahre 1933 auf 6,62 Prozent im Jahre 1941. Der Mannesmann-Konzern hatte 1933 einen Reingewinn von 2,1 Millionen RM, 1940 dagegen 10,7 Millionen RM. Der Stahltrust hatte 1934 einen Rohgewinn von 120,9 Millionen RM, 1937 von 357,1 Millionen RM.
- d) **Fieberhafte Vorbereitung des Krieges.** Im Auftrage des Monopolkapitals gab Hitler bis 1939 über 90 Milliarden Mark für die Aufrüstung aus und begann dann den Eroberungskrieg im Interesse der deutschen Finanzkapitalisten, der unser Volk ins Unglück gestürzt hat.
- e) **Raubkrieg im Interesse der Monopolherren.** Kuppel, ein Direktor des Chemietrusts, erklärte im Stab Eisenhower, daß die Direktoren der „IG-Farben“ „vollkommen die Naziaggression gegen Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich billigten. Der Konzern machte große Gewinne bei der Okkupation dieser Länder.“ (VDZ vom 12. Juli.)

4. Der deutsche Faschismus als reaktionärste Spielart

„Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages“ (Dimitroff).

Das fand seinen Ausdruck in den folgenden Tatsachen:

- a) **Kriminalverbrechen als politische Kampfmittel.** Die Reichstagsbrandstiftung der Nazis. Ihre Bedeutung für die Errichtung der Diktatur der NSDAP. — Der Massenmord vom 30. Juni 1934 (Roehm).
- b) **Völliger Abbau aller demokratischen Rechte und Freiheiten.** Liquidierung des Parlamentarismus und Ersetzung durch das „Führerprinzip“ — Vernichtung der Gewerkschaften und aller Arbeiterorganisationen — Vernichtung von Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit.
- c) **Größte chauvinistische Verhetzung.** Rassentheorie — Judenprogrome — Nürnberger Gesetze.
- d) **Wiedereinführung der Leibeigenschaft und der Sklaverei.** Die deutschen Arbeiter, Leibeigene der Monopolkapitalisten, die deutschen Bauern, Leibeigene des Reichsnährstandes — die Völker der besetzten Länder, Sklaven der deutschen Kapitalisten und Junker.
- e) **Schwärzeste Kulturreaktion.** Vertreibung oder Ermordung fortschrittlicher Wissenschaftler und Künstler — Bücherverbrennung — Reaktionärer „Blut und Boden“-Mythos. Kulturreaktion auch in den besetzten Ländern. Zerstörung und Schändung der nationalen Kultur. Unterdrückung des gesamten kulturellen Lebens, Denkmalschändung, Ausraubung und Zerstörung der Universitäten, Büchereien, Museen, Kirchen usw.

5. Der deutsche Faschismus als Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution

„Der deutsche Faschismus spielt die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptanstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion, das große Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt“ (Dimitroff).

Hitler als Initiator des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion

Schon in „Mein Kampf“ hat Hitler den Kreuzzug gegen die Sowjetunion gepredigt.

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“ (Mein Kampf, S. 154.)

Systematische Antisowjethetze der Nazis nach der Machtübernahme, der Ueberfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941.

Der Faschismus war also die terroristische Diktatur des Finanzkapitals seiner reaktionärsten und am meisten imperialistischen Elemente. Er hatte die Aufgabe, im Interesse dieser Elemente den zweiten imperialistischen Raubkrieg vorzubereiten und durchzuführen und führte ihn bis zur nationalen Katastrophe des deutschen Volkes durch.

II. Die Politik der Kommunistischen Partei bis zum VII. Weltkongreß

1. Der heroische Kampf der KPD gegen den Faschismus

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die Anschluß an den Faschismus suchten, und der SPD, die nach vergeblichen Gleichschaltungsversuchen eine „Abwartetaktik“ verfolgte, setzte die Kommunistische Partei unbeirrt ihren Kampf gegen den Faschismus fort, ungeachtet der großen Opfer, die dieser Kampf erforderte. Die Verhaftung Ernst Thälmanns. Der Mord an Jonny Scheer und Genossen. Der heldenhafte Kampf des Genossen Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß in Leipzig. Die Entlarvung der Reichstagsbrand-Provokation, der Kriegsabsichten der Nazis und die kühne Verteidigung der Kommunistischen Partei durch Dimitroff vor dem faschistischen Gericht. Der Kampf der KPD um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern.

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

2. Die taktischen Fehler der Partei nach der Niederlage

- falsche Einschätzung der Lage.** Leugnen des Sieges des Faschismus und der Niederlage der deutschen Arbeiterschaft;
- kein organisierter Rückzug.** Fortführung der alten offensiven Kampftaktik; Veranstaltung von Kaderdemonstrationen, die große Opfer fordern;
- falsche Einschätzung der Sozialdemokratie,** die weiterhin als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie betrachtet wird. Wenn es noch unter der Hitlerdiktatur, in der Entschließung des Zentralkomitees zur Lage und den nächsten Aufgaben vom Mai 1933 folgendermaßen heißt:

„Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen“.

so war eine solche Kennzeichnung natürlich nicht dazu geeignet, uns den Sozialdemokraten näher zu bringen, die zwar schon in Opposition zu der Politik des Parteivorstandes standen, aber nicht den völligen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen hatten.

(Wilhelm Pieck: „Der neue Weg“, S. 40/41)

d) Fortsetzung der falschen Gewerkschaftspolitik.

„Mit der von uns herausgegebenen Losung der Schaffung ‚Unabhängiger Klassengewerkschaften‘ setzten wir die alte sektiererische Linie fort, anstatt die RGO-Gruppen und die Roten Verbände in den neu aufgebauten freigewerkschaftlichen Gruppen aufgehen zu lassen. Es war nur zu natürlich, daß es uns mit dieser sektiererischen Linie nicht gelang, auch nur in nennenswertem Maße Gruppen der Unabhängigen Klassengewerkschaften aufzubauen. Wir sind kaum über den Kreis der bisherigen RGO-Mitglieder hinausgekommen.“ (Wilhelm Pieck: „Der neue Weg“, S. 60.)

3. Der Kampf gegen das Sektierertum um die Einheitsfront

Die grundlegende Wendung, die in der Einheitsfrontpolitik notwendig geworden ist, mußte in hartem Kampf gegen das Sektierertum in der Partei durchgesetzt werden.

- Die Sektierer hindern die Einheitsfront.** In der Resolution des Politbüros des Zentralkomitees vom 1. August 1934 wurden die Aufgaben zur Schaffung der Einheitsfront, der Gewerkschaftseinheit, der Volksfront gestellt und eine Wendung zur Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern angekündigt. Dagegen setzten sich die Sektierer zur Wehr. Genosse Pieck führte in Brüssel aus:

„Aber wie wurde diese Linie vom Politbüro durchgeführt? Anstatt das Einheitsfrontabkommen unserer Frankfurter Parteiorganisation mit der sozialdemokratischen Bezirksorganisation breit zu publizieren und es als Beispiel zur Nachahmung hinzustellen, wurde dieses Abkommen wegen angeblicher opportunistischer Mängel kritisiert. Auch in der Herstellung der Einheitsfront im Saargebiet zur Durchführung der Kampagne für den status quo waren anfänglich starke Hemmungen vorhanden. Noch schlimmer war es aber, daß gerade in dieser Zeit von Mitgliedern der Partei in unserer Presse ein Kampf gegen die linken Sozialdemokraten eröffnet wurde, mit dem praktisch die August-Beschlüsse sabotiert wurden.“

- Einschreiten des EKKI.** Auf der Brüsseler Parteikonferenz 1935 führte Genosse Pieck darüber aus:

„Die Komintern war genötigt, erneut das Politbüro der Partei zu korrigieren. In einer von der Politikkommission am 31. Oktober 1934 angenommenen Resolution wird in sehr scharfer Weise gerügt, daß eine Reihe von verantwortlichen Funktionären der KPD und Mitarbeitern der ‚Roten Fahne‘ der Linie des EKKI eine andere politische Linie entgegengestellt hätten.“ (Wilhelm Pieck: „Der neue Weg“, S. 46.)

- Gruppenkampf der Sektierer gegen die Einheitsfront.** Der Widerstand der Sektierer nahm 1934 den Charakter eines Gruppenkampfes in der Partei an. Genosse Pieck berichtete darüber:

„Aber auch diese sehr ernste Korrektur der Komintern an der von der Mehrheit des Politbüros durchgeführten sektiererischen Linie hat nicht dazu beigetragen, daß eine Aenderung herbeigeführt wurde. Wohl wurde in Worten die Berechtigung der Kritik anerkannt, aber gleichzeitig wurde versucht, einzelne Parteibezirke im Lande zu veranlassen, sich mit dieser sektiererischen Linie einverstanden zu erklären und gegen einen Artikel

von Walter Stellung zu nehmen, der von der Komintern geförderten Linie entsprach. Dabei tauchten bereits sehr gefährliche Elemente eines beginnenden Gruppenkampfes in der Partei auf.

Die Komintern hat deshalb Ende Dezember 1934 das gesamte Polbüro zu einer gemeinsamen Beratung aufgefordert. In der Januar-Aussprache wurde erneut diese sektiererische Linie scharf verurteilt, die dazu geführt hat, daß der günstige Moment für die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen für die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften verpaßt wurde. Es wurde festgestellt, daß die Mehrheit des Polbüros (Richter und andere) dabei selber zu Sektierertum und linken „Doktrinärtum“ abrutschte.“ (Wilhelm Pieck: „Der neue Weg“, S. 46 und 47.)

- d) ... und gegen die Gewerkschaftseinheit. Ueber den Kampf der Sektierer gegen die Gewerkschaftseinheit sagte Genosse Pieck auf der Brüsseler Parteikonferenz:

„Gegen die Beschlüsse des EKKI-Präsidiums im Juli 1934, in denen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften klar formuliert war, bestanden auch in der Parteiführung sehr starke sektiererische Bedenken. In der ‚Roten Fahne‘ wurde diese Losung anfänglich verschwiegen und dann durch die sektiererische Losung „Erst Aktionseinheit, dann Gewerkschaftseinheit“ ersetzt. Diese Losung hat sich auch im Saarkampf, bei den Versuchen zur Schaffung der Gewerkschaftseinheit ziemlich hemmend ausgewirkt.“ (Wilhelm Pieck, Der neue Weg, S. 6.)

4. Unsere Einheitsfrontpolitik und die SPD

Diese Widerstände der Sektierer überwindend, versuchte die Partei immer wieder, die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie herzustellen.

- a) Am 11. Februar 1935 machte das ZK unserer Partei dem Prager Parteivorstand der SPD schriftlich den Vorschlag, gemeinsam mit uns einen Aufruf für die Durchsetzung legal gewählter Belegschaftsvertretungen an die Arbeiter im Lande zu richten. — Der Prager Vorstand lehnte ab.
- b) Am 1. April 1935 ersuchte das ZK den Prager Vorstand um einen Meinungsaustausch zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen die Militarisierung und gegen die Kriegsvorbereitungen der Hitlerregierung. — Der Prager Vorstand lehnte ab.
- c) Danach wandte sich der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands an den Prager Vorstand mit der Aufforderung zu einem gemeinsamen Aufruf für die Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors in Deutschland, unter denen sich auch viele Mitglieder der SPD befanden. — Der Prager Parteivorstand lehnte ab.
- d) Am 1. Juni 1935 wandte sich das ZK erneut an den Prager Vorstand mit dem Angebot, ein gemeinsames Komitee zur Hilfe für die Opfer des Terrors und ihrer Angehörigen zu bilden. Auch dieses Angebot lehnte der Prager Vorstand der SPD ab.

So wurden alle Versuche der KPD, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen, vom Parteivorstand der SPD abgelehnt. Die Schuld am Fortbestehen der Spaltung der Arbeiterklasse nach 1933 trifft somit einzig und allein die alte Führung der SPD.

III. Der VII. Weltkongreß und die Brüsseler Parteikonferenz

Der VII. Weltkongreß (August 1935) analysierte die Veränderungen in der Weltlage und legte eine neue taktische Orientierung der Kommunistischen Parteien und die Anwendung der Einheitsfront auf neue Art fest.

Die Brüsseler Parteikonferenz der KPD (Oktober 1935) konkretisierte die Beschlüsse des VII. Weltkongresses für Deutschland und legte die Generallinie unserer Partei fest.

1. Die Einschätzung der Lage

- a) Auf dem VII. Weltkongreß analysierte Genosse Dimitroff die Lage folgendermaßen:

„Unter den Verhältnissen der hereingebrochenen überaus tiefen Wirtschaftskrise, der heftigen Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Revolutionierung der werktätigen Massen ist der Faschismus zum breiten Angriff übergegangen. Die herrschende Bourgeoisie sucht immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg vorzubereiten, um die Sowjetunion zu überfallen, China zu versklaven und aufzuteilen und durch alle diese Maßnahmen die Revolution zu verhindern.“ (Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus, S. 5.)

- b) Auf der Brüsseler Konferenz erläuterte Genosse Pieck diese Analyse:

„Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat sehr bedeutungsvolle Beschlüsse über eine neue taktische Orientierung und über die Anwendung der Einheitsfront auf neue Art gefaßt, die es den kommunistischen Sektionen ermöglichen sollen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront die Aktionseinheit der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr herzustellen. Diese Beschlüsse des VII. Weltkongresses beruhen auf der Veränderung der Weltlage, die durch den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, durch die Weltwirtschaftskrise, die Offensive des Faschismus, die politische Krise in einigen Ländern und die Radikalisierung der werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt herbeigeführt wurde. Sie beruhen auf den Erfahrungen, die die französische Arbeiterklasse in den Bemühungen zur Herbeiführung der Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit in Verbindung mit der Schaffung der Volksfront unter der kühnen Initiative unserer französischen Bruderpartei machte, sie beruhen nicht zuletzt auf den bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse dadurch machen mußte, daß sie den Sieg des Hitlerfaschismus nicht zu verhindern vermochte.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind für die Kommunistische Partei Deutschlands und für die deutsche Arbeiterklasse von ganz besonderer Bedeutung. Diese Beschlüsse sollen ihnen helfen, die Einheitsfront und die Volksfront, die Aktionseinheit für den Sturz des Hitlerfaschismus zu schaffen.“ (Wilhelm Pieck, Der neue Weg, S. 5.)

2. Die Anwendung der Einheitsfront auf neue Art

Auf dem VII. Weltkongreß sagte Genosse Dimitroff:

„Der Kongreß hat den festen Beschluß gefaßt, daß die Einheitsfronttaktik auf neue Art angewendet werden muß. Der Kongreß verlangt mit allem Nachdruck, daß die Kommunisten sich nicht lediglich mit der Propaganda von allgemeinen Losungen über die proletarische Diktatur und die Sowjetmacht begnügen, sondern eine konkrete aktive bolschewistische Politik in allen inner- und außenpolitischen Fragen des Landes, in allen aktuellen Fragen, welche die Lebensinteressen der Arbeiterklasse, des eigenen Volkes und der internationalen Arbeiterbewegung berühren, treiben. Der Kongreß verlangt auf das entschiedenste, daß alle taktischen Schritte der Parteien auf der Berücksichtigung des Verhältnisses der Klassenkräfte und des politischen Niveaus der breitesten Massen basieren. Der Kongreß verlangt die völlige Ausmerzung aller Ueberreste des Sektierertums aus der Praxis der kommunistischen Bewegung, des Sektierertums, das im gegebenen Augenblick das größte Hemmnis für die Durchführung einer wirklichen bolschewistischen Massenpolitik der kommunistischen Parteien darstellt.“

Auf der Brüsseler Konferenz begründete Genosse Pieck die notwendige Aenderung der Einheitsfrontpolitik besonders mit der veränderten Lage der Sozialdemokratie und führte aus:

„Die Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art ist in Deutschland besonders notwendig infolge der wesentlichen Veränderung der Lage der Sozialdemokratie, die durch das Verbot ihrer Organisation und die Verfolgung ihrer Mitglieder herbeigeführt wurde und die die Sozialdemokratie in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime drängte. Das schafft ein neues Verhältnis zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei und erfordert die Schaffung der Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien, ihren Organisationen und Mitgliedern.“ (Wilhelm Pieck: Der neue Weg, S. 166.)

3. Die antifaschistische Volksfront

a) Die Notwendigkeit eines einigen Bündnisses mit den Massen der Bauern und des Mittelstandes stellte Genosse Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß fest:

„Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und mit der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, die die Mehrheit der Bevölkerung sogar in den industriell entwickelten Ländern bilden ...

Das Grundlegende, das Entscheidendste für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront ist die entschiedene Aktion des revolutionären Proletariats zur Verteidigung der Forderungen dieser Schichten und insbesondere der werktätigen Bauernschaft, Forderungen, die auf der Linie der Grundinteressen des Proletariats liegen und die man im Prozeß des Kampfes mit den Forderungen der Arbeiterklasse verknüpfen muß.“ (Dimitroff: „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 42/43.)

b) Der Kampf um demokratische Freiheiten.

Genosse Dimitroff sagte auf dem VII. Weltkongreß:

„Wir sind keine Anarchisten, und es ist uns durchaus nicht gleichgültig, welches politische Regime im gegebenen Lande besteht: eine bürgerliche

Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie, wen auch mit äußerst beschnittenen bürgerlichen Rechten und Freiheiten, oder eine bürgerliche Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie, wenn auch mit äußerst demokratische werden wir jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampfe errungen hat, und werden entschlossen für ihre Erweiterung kämpfen.“ (Arbeiterklasse gegen Faschismus, S. 134.)

Genosse Pieck auf der Brüsseler Konferenz:

„Große Teile des werktätigen Volkes sind unzufrieden und empört über die faschistische Diktatur, die ihnen jegliche Freiheit genommen hat. Sie sind empört über die Willkür der braunen Bonzen, der Kommissarwirtschaft. Nichts liegt näher, als daß wir, um diese Schichten für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen, die Losungen der demokratischen Freiheiten in den Vordergrund stellen, um deren Erringung der gemeinsame Kampf geführt werden soll. (Der neue Weg, S. 133.)

4. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Der VII. Weltkongreß und die Brüsseler Parteikonferenz standen im Zeichen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Sie verurteilten mit aller Schärfe die falschen Auffassungen, daß der Krieg nicht vermieden werden könne und daß der Krieg nötig sei, um Hitler zu stürzen.

a) Konnte der Krieg verhindert werden? Jawohl!

Genosse Dimitroff sagte darüber:

„Es ist richtig, daß die imperialistischen Kriege ein Produkt des Kapitalismus sind, daß nur der Sturz des Kapitalismus allen Kriegen ein Ende bereiten wird, doch ist es ebenfalls richtig, daß die werktätigen Massen durch ihre Kampfaktionen den imperialistischen Krieg verhindern können.“

b) Wie hätte der Krieg verhindert werden können?

Darüber sagte Genosse Dimitroff:

„Gestützt auf die Friedenspolitik der Sowjetunion und auf den Friedenswillen von Millionen und aber Millionen Werktätiger hat unser Kongreß nicht nur der kommunistischen Avantgarde, sondern auch der ganzen internationalen Arbeiterklasse und den Völkern aller Länder die Perspektive der Entfaltung einer breiten Antikriegsfront gegeben. Von dem Grade der Verwirklichung und der Wirkung dieser Weltfront wird es abhängen, ob die faschistischen und imperialistischen Kriegstreiber in nächster Zukunft einen neuen imperialistischen Kriegsbrand entfachen können oder ob ihre Verbrecherhände durch das Beil der machtvollen Antikriegsfront abgehackt werden.“ (Arbeiterklasse gegen Faschismus, S. 167.)

c) Die Warnung der Brüsseler Konferenz.

Im Manifest der Brüsseler Parteikonferenz heißt es:

„Nur der Sturz der Hitlerregierung vermag das deutsche Volk vor diesem Kriegsverbrechen zu retten. Zu diesem Kampfe muß sich das ganze werktätige Volk zusammenfinden, muß es sich um das Freiheits- und Friedensprogramm der Kommunisten scharen, muß dafür alle seine Kräfte einsetzen.“

IV. Der Kampf der Partei nach dem VII. Weltkongreß

Nach der Überwindung des Sektierertums vollzog die Partei eine ernsthafte Wendung in ihrer Politik in der Richtung der Anwendung der Einheitsfront auf neue Art und des Kampfes um die demokratischen Freiheiten.

1. Fortsetzung des Heldenkampfes gegen den Faschismus

Trotz des wütenden Terrors setzt die Partei ihren heldenhaften Kampf gegen den Faschismus fort. Sie lehnt, ihre Kader vor dem faschistischen Terror zu schützen und die sich bietenden legalen Möglichkeiten auszunützen.

2. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Der Kampf gegen den Faschismus ist zugleich Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen. Die KPD entlarvt Hitler als Hauptkriegsbrandstifter in Europa. Sie warnt das deutsche Volk, daß Hitler Deutschland in den Krieg und in die Katastrophe führt.

Gleichzeitig bekämpft die Partei die fatalistischen Auffassungen, daß der Krieg unvermeidlich sei und daß Hitler nur nach dem Kriege gestürzt werden könnte.

3. Unsere Wendung in der Einheitsfronttaktik

Nach der Brüsseler Parteikonferenz macht die Partei in der Einheitsfronttaktik eine entscheidende Wendung und erringt einige Erfolge in der Herstellung der Einheitsfront.

Dabei macht sich die Partei in weitestem Maße die Erfahrung der Volksfrontbewegung in Frankreich zu eigen, die auch auf die sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Gruppierungen einen positiven Einfluß für die Bildung der Einheitsfront und Volksfront ausüben. Dafür einige Beispiele:

a) **Zehnpunkte-Abkommen in Berlin.** Im Jahre 1937 schließt die Parteiorganisation im Einverständnis mit dem ZK mit einer starken sozialdemokratischen Gruppe (Brass, Leuschner u. a.) ein Abkommen ab, dem die Plattform dieser Gruppe zum Kampfe gegen Faschismus und Krieg zugrunde liegt. Der Prager Parteivorstand der SPD war gegen dieses Abkommen.

b) **Vorbereitender Volksfrontausschuß in Paris.** In Paris erfolgte eine Zusammenfassung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Gewerkschaftern und Sportlern in der Emigration. Es werden eine Reihe besonderer Abkommen abgeschlossen:

Gegen den faschistischen Terror, zur Unterstützung der Republikaner in Spanien, zur Entlarvung der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung Hitlers und für den einheitlichen Kampf im Lande. Es wird ein vorbereitender Ausschuß dieser Richtungen zur ständigen Zusammenarbeit geschaffen.

Der Prager Vorstand der SPD wendet sich auch gegen dieses Abkommen.

c) **Verständigung unter Gewerkschaftern.** Zur gleichen Zeit erfolgt eine Verständigung mit den Gewerkschaften über den Aufbau einheitlicher freier Gewerkschaften.

In allen diesen vom Prager SPD-Vorstand sabotierten, vom ZK der KPD gebilligten Abkommen zeigt sich die konsequente, beständige Linie der kommunistischen Partei im Kampfe um die Herstellung der Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse.

V. Die Berner Parteikonferenz der KPD

Angesichts der immer drohender anwachsenden Kriegsgefahr stand die Berner Konferenz der KPD, die vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 tagte, im Zeichen des Kampfes gegen den herannahenden Raubkrieg Hitlers.

1. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

a) Richtige Analyse in bezug auf die Kriegsgefahr.

In der Resolution der Berner Konferenz heißt es:

„Im Westen wie im Osten schafft daher das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe gestürzt werden kann, — eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsmaschine bedrohten und angegriffenen Völker.“

„Die Fortsetzung dieser totalen Rüstungs- und Kriegspolitik droht, über das deutsche Volk die größte Wirtschaftskatastrophe seiner Geschichte heraufzubeschwören.“

b) Kampf gegen den Krieg die höchste nationale Aufgabe.

„Diese Politik des Hitlerfaschismus dient nicht den nationalen Interessen Deutschlands, sondern den Interessen der großen Rüstungskapitalisten und Nazibürokratie. Sie ist in Wirklichkeit ein Verrat an den Interessen des deutschen Volkes und bedroht die Existenz der deutschen Nation. Denn der Versuch der Nazidiktatur und der Kriegsmaschine, den Völkern ein faschistisches Versailles aufzuzwingen, muß ebenso unweigerlich Schiffbruch erleiden, wie das seinerzeit über Deutschland verhängte Versailles und kann nur in einem furchtbaren und hoffnungslosen Krieg enden.“

Daher erklärt die Berner Konferenz der KPD, daß der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist.“

Heute ist jedem Deutschen ersichtlich, wie recht die Berner Konferenz mit dieser Voraussage hatte.

c) Krieg gegen die SU ist nationale Katastrophopolitik

„Die Berner Konferenz der KPD erklärt, daß die Politik des Hitlerregimes gegen die Sowjetunion der niederträchtigste Verrat an den nationalen Interessen Deutschlands ist. Die Sowjetunion war nach der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg, trotz der barbarischen Handlungen der Armeen Kaiser Wilhelms in der Ukraine, der einzige Freund Deutschlands, der unversöhnliche Gegner des Diktats von Versailles, das von Lenin und Stalin als unvereinbar mit der Größe des deutschen Volkes bezeichnet wurde. Die Sowjetunion hat seit ihrer Existenz bewiesen, daß von ihrer Seite Deutschland niemals eine Gefahr droht. Die Sowjetunion hat in den Zeiten der Isolierung Deutschlands durch den Versailler Vertrag der deutschen Wirtschaft Milliardenaufträge gegeben und die Beschäftigung von Hunderttausenden von Arbeitern ermöglicht. In der Sowjetunion genießen die Werktätigen mit Bewunderung die unsterblichen Werke der großen deutschen Geisteshelden. Gegen dieses Land mit seinen 180 Millionen Menschen, mit seiner gewaltigen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft, mit seinen unerschöpflichen Rohstoff- und Lebensmittelquellen, mit seinen gewaltigen Goldschätzen, mit der stärksten Armee der Welt, verbunden in jahrelanger erprobter Freundschaft mit dem deutschen Volke, geliebt von der deutschen Arbeiterklasse, ein unversöhnlicher Feind der Unterdrückung anderer Völker — gegen ein solches Land eine Politik

der Feindschaft zu betreiben, und das deutsche Volk in den Krieg jagen zu wollen, ist nationale Katastrophenpolitik." (Resolution der Berner Konferenz.)

Auch diese Voraussage der Berner Konferenz hat sich zum großen Unglück des deutschen Volkes voll und ganz bewahrheitet.

d) Der Sturz Hitlers wäre die Rettung vor der Katastrophe gewesen.

„Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt, wenn es trotz aller Anstrengungen der Hitlergegner nicht möglich ist, den von Hitler gegen andere Völker provozierten Krieg zu verhindern, liegt es im nationalen Interesse des deutschen Volkes, ihn schnellstens und mit allen Mitteln durch den Sturz des Hitlerregimes zu beenden. Denn nur dadurch kann sich das deutsche Volk vor den grauenhaften Folgen eines solchen Krieges für Blut und Gut, für die ganze Existenz der Nation retten." (Resolution der Berner Konferenz.)

Alle diese Feststellungen der Berner Parteikonferenz zeigen, wie recht die KPD in ihrer Einschätzung der Lage hatte und wie das deutsche Volk sein großes nationales Unglück vermieden hätte, wenn es dem Rufe der KPD gefolgt wäre.

2. Volksfront für die demokratische Republik

Welchen Weg schlug die Partei dem deutschen Volke zur Verhinderung der Katastrophe vor?

a) Die Bildung der Volksfront.

„Der Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur, der Kampf um ein Regime, das den Interessen der deutschen Nation entspricht, ist daher nicht nur ein Kampf im Interesse einer einzelnen Klasse oder Schicht, ob Arbeiter, Bauer oder Mittelstand, sondern gleichzeitig der Kampf um die Interessen des ganzen Volkes und um die Rettung der deutschen Nation. Dieser Kampf ist die Aufgabe aller wirklich nationalgesinnten Deutschen. Das deutsche Volk für diese Aufgabe zu einigen, -- das will die deutsche Volksfront." (Berner Konferenz, S. 6.)

b) Für eine neue demokratische Republik. Was sollte das Ziel dieser Volksfront sein, wodurch war das Hitlerregime zu ersetzen? Die Berner Konferenz erklärte klar und eindeutig:

„Das ZK der KPD wiederholt ausdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engerer Gemeinschaft mit allen friedens- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen, und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen.

Die Berner Konferenz der KPD erklärt, daß die Rettung Deutschlands vor der Katastrophenpolitik des Hitlerregimes, die Unterordnung der Sonderinteressen aller Hitlergegner unter das Gesamtinteresse der deutschen Nation erheischt."

„In der neuen demokratischen Republik wird im Gegensatz zu Weimar nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einzige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen."

„Die neue demokratische Republik wird die Gewissens- und Glaubensfreiheit und den Schutz des Eigentums der Kirche garantieren." (Berner Konferenz, S. 7, 12 u. 13.)

c) Heißt das, daß die KPD verzichtet auf den Sozialismus? Keineswegs! In der Resolution heißt es:

„Die Politik der Volksfront und Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeutet nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfront-Deutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen."

d) Konnte die Volksfront unter der Hitlerdiktatur geschaffen werden? Jawohl!

Die Berner Konferenz erklärte:

„Als Argument gegen die deutsche Volksfrontbewegung wird oft darauf hingewiesen, daß es unter der Hitlerdiktatur — im Unterschied zu Frankreich und Volksfront-Spanien — keine legalen Parteien und Organisationen gebe. Aber aus dieser Tatsache kann allein der Schluß gezogen werden, daß die Volksfrontbewegung unter der Hitlerdiktatur andere Formen der Organisation entwickeln muß. Verbindungsstellen und Stützpunkte in den Massenorganisationen, Freundeskreisen und Gruppen, die mannigfaltigsten Formen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern, Mittelstand, Intellektuellen, Bauern und allen Hitlergegnern werden sich im Verlaufe des Kampfes zu Organen der deutschen Volksfrontbewegung entwickeln."

Damit ist zugleich die Behauptung widerlegt, unter Hitler hätte nicht gekämpft werden können. Es könnte und es wurde gekämpft, aber die Formen des Kampfes waren andere.

Die Resolution der Berner Konferenz zeigt, daß die Kommunistische Partei bereits vor dem Kriege eindeutig und klar die Losung des Kampfes um die demokratische Republik aufgestellt hat. Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 beweist, daß die KPD seit Jahren konsequent und beharrlich den Kampf um diese demokratische Republik führt.

3. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse

a) Die Notwendigkeit der Einheitsfront. Bereits in der Resolution des ZK der KPD vom Mai 1938, die von der Berner Konferenz bestätigt wurde, hieß es:

„Somit ist die Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse zur Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk und für die deutsche Zukunft geworden."

Diese Feststellung des ZK wurde von der Berner Konferenz weiterentwickelt und konkretisiert.

b) Die Verwirklichung der Einheitsfront.

„Der Zusammenhalt der Arbeiter in den Betrieben, besonders zwischen den Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemaligen Gewerkschaftlern, ist auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate gewachsen. Immer mehr wird alles Trennende zwischen den Arbeitern zurückgestellt. In den alltäglichen Diskussionen entwickelt sich ein kameradschaftlicher Geist und eine größere Gemeinsamkeit der Auffassungen." (Berner Konferenz, S. 15.) „Viele Tausende Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftler, Katholiken, parteilose Arbeiter arbeiten bereits eng in den Betrieben zusammen."

Aber Hunderttausende noch nicht. Die Kommunisten und auch die aktiven sozialdemokratischen Kämpfer haben noch keine genügenden Anstrengungen gemacht, um das große Heer aller ehemaligen Anhänger, das zum Teil noch Gewehr bei Fuß steht, in den täglichen Kampf einzubeziehen." (Resolution der Berner Konferenz.)

c) **Die SPD-Führer sabotierten die Einheit.** In sachlicher Kritik stellte die Berner Konferenz der KPD fest:

„Die KPD muß leider vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse feststellen, daß der Parteivorstand der SPD die wiederholten Angebote der KPD auf die Herstellung der Einheitsfront gegen Hitler ohne jede Begründung abgelehnt hat.“

4. Kurzer Rückblick auf die Geschichte der KPD

a) **Die einheitliche Grundlinie.** So unterschiedlich auch die Entwicklung der Partei, ihre Arbeit und ihr innerer Zustand in den einzelnen Etappen war, durch die ganzen fast 30 Jahre ihrer Politik zieht sich eine einheitliche Grundlinie, die mit aller Konsequenz durchgeführt wurde. Das ist

1. der Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus, für den Frieden und die Völkerverständigung und für die Freundschaft mit der Sowjetunion;
2. der Kampf gegen die Reaktion und für eine Demokratie, die den werktätigen Massen den entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Staates sichert mit dem Ziele der Verwirklichung des Sozialismus;
3. der Kampf für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Herbeiführung ihrer Einheit und ihres Bündnisses mit der Bauernschaft, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen;
4. der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer.

b) **Die Periode von 1933 bis 1939.**

Die Entwicklung der Politik unserer Partei in der Periode von 1933 bis 1939 zeigt, daß die Partei nach der Überwindung des Sektierertums eine Wendung in der Einheitsfronttaktik vollzog und konsequent an der Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter und der Volksfront zum Kampf gegen Faschismus und Krieg, für eine neue deutsche demokratische Republik arbeitete, das deutsche Volk beharrlich warnte, daß Hitler Krieg und Katastrophe bedeutete und ihm den Ausweg wies.

c) **Die Partei des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg.**

„Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Scheers stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus, führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.“ (Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

Vortragsdisposition

Nr. 3

Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes

I N H A L T

	Seite
<i>I. Die Kriegsschuld Deutschlands</i>	<i>1</i>
<i>II. Wofür führte Hitler Krieg?</i>	<i>6</i>
<i>III. Die Mitschuld des deutschen Volkes</i>	<i>10</i>

Preis 0,10 RM

Vortragsdisposition Nr. 3

Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes

I. Die Kriegsschuld Deutschlands

„Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteuerer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945.)

1. Hitler war der Haupt-Kriegsbrandstifter in Europa

Die monopolistischen Rüstungsindustriellen und die reaktionären, feudalen Großgrundbesitzer schoben 1933 Hitler an die Macht, damit er in ihrem Interesse den neuen Weltkrieg vorbereitete. Um diese Aufgabe durchzuführen, unterdrückten die Nazisten im Innern alle Kriegsgegner und gingen an die totale Vorbereitung des Krieges. Darüber heißt es im kurzen Lehrgang der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“:

„Ihrer Innenpolitik drückten die deutschen Faschisten ihren Stempel auf — durch die Reichstagsbrandstiftung, durch die bestialische Unterdrückung der Arbeiterklasse, durch die Vernichtung der Organisationen der Arbeiterklasse, durch die Vernichtung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, ihrer Außenpolitik — durch den Austritt aus dem Völkerbund und die offenen Vorbereitungen zum Kriege

für die gewaltsame Revision der Grenzen der europäischen Staaten zugunsten Deutschlands.“

2. Die totale Kriegsvorbereitung Deutschlands

Gleichzeitig begann auch die Vorbereitung des neuen Weltkrieges und zwar des totalen Krieges in Deutschland:

a) **militärisch:** fieberhafte Aufrüstung in Deutschland nach 1933 — 90 Milliarden RM bis 1939 für Rüstung ausgegeben. — Militärische Jugenderziehung — Arbeitsdienstpflicht — Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935. —

b) **wirtschaftlich:** Einstellung der gesamten Wirtschaft auf den totalen Krieg:

Militarisierung der Betriebe durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (20. 1. 1934) — Zwangserfassung der Landwirtschaft für den Krieg durch den „Reichsnährstand“ — Einschränkung der Lebenshaltung des Volkes für die Rüstung: „Kanonen statt Butter“.

Buttereinfuhr 1929: 136 000 Tonnen
1936: 75 000 Tonnen.

Einfuhr von kriegswichtigen Rohstoffen (monatlich)

1932: 115 Mill. RM
1936: 155 Mill. RM.

Im Jahre 1939 warnte die Berner Konferenz der KPD:

„Die Fortsetzung dieser totalen Rüstungs- und Kriegspolitik droht über das ganze deutsche Volk die größte Wirtschaftskatastrophe seiner Geschichte heraufzubeschwören.“

(Aus der Resolution der Berner Konferenz, Februar 1939.)

Gen. Stalin schilderte auf dem 18. Parteitag der KPdSU die Verderblichkeit einer solchen Politik, indem er ausführte:

„Was heißt, die Wirtschaft eines Landes auf das Gleis der Kriegswirtschaft überzuleiten? Das heißt der Industrie eine einseitige, kriegsmäßige Richtung zu geben, die Produktion von Gegenständen für den Kriegsbedarf, die mit dem Verbrauch der Bevölkerung nichts zu tun haben, maximal zu erweitern, die Produktion und besonders die Belieferung des Marktes mit Massenbedarfsartikeln maximal einzuschränken, folglich also, den Verbrauch der Bevölkerung einzuschränken und über das Land eine Wirtschaftskrise heraufzubeschwören.“

(Stalin: Rechenschaftsbericht auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, März 1939, S. 8.)

Geologisch: Die Dolchstoßlegende als Mittel zur Förderung des Revanchegedankens. — Die Lösung „Volk ohne Raum“ als Mittel, die Massen für den Raubkrieg zu gewinnen.

„Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ (Hitler: „Mein Kampf“, S. 742.)

Und der „Völkische Beobachter“ schrieb am 15. Oktober 1941:

„Selbstredend soll der deutsche Soldat an der Ostsiedlung beteiligt sein. Die wirtschaftlichen Bedingungen für die Ostsiedler werden besonders günstig sein.“

Die Rassentheorie als Mittel zur chauvinistischen Verhetzung des Volkes. —

Ueber diese Theorie sagte Gen. Stalin auf dem 17. Parteitage der KPdSU (1934):

„Die dritten meinen, daß eine „höhere Rasse“, sagen wir, die „germanische Rasse“, einen Krieg gegen eine „niedere Rasse“, vor allem gegen die Slawen organisieren müsse, daß nur ein solcher Krieg einen Ausweg aus der Lage bringen könne, denn die „höhere Rasse“ sei berufen, die „niedere“ zu befruchten und über sie zu herrschen. Nehmen wir an, daß man diese seltsame Theorie, die von der Wissenschaft ebensoweit entfernt ist wie der Himmel von der Erde, — nehmen wir an, daß man diese seltsame Theorie in die Praxis umgesetzt hat. Was kann dabei herauskommen? Bekanntlich blickt das alte Rom auf die Vorfahren der heutigen Deutschen und Franzosen genau so wie jetzt die Vertreter der „höheren Rasse“ auf die slawischen Stämme blicken. Bekanntlich betrachtete das alte Rom sie als „niedere Rasse“, als „Barbaren“, die dazu bestimmt seien, für alle Ewigkeit der „höheren Rasse“, dem „großen Rom“, unterworfen zu sein, wobei übrigens — unter uns gesagt — das alte Rom dazu einigen Grund hatte, was man nicht von den Vertretern der jetzigen „höheren Rasse“ sagen kann (Dröhnender Beifall). Was ist aber dabei herausgekommen? Herausgekommen ist dabei, daß sich die Nichtromer, d. h. alle „Barbaren“, gegen den gemeinsamen Feind zusammenschlossen und Rom im Sturme stürzten. Es fragt sich nun: wo ist die Garantie, daß die Präntionen der Vertreter der jetzigen „höheren Rasse“ nicht zu denselben kläglichen Ergebnissen führen werden? Wo ist die Garantie, daß die faschistischen literaturbeflissenen Politiker in Berlin mehr Glück

haben werden als die alten und erprobten Eroberer in Rom? Wäre es nicht richtiger, das Gegenteil anzunehmen?“

(Stalin: „Fragen des Leninismus“, S. 750/51.)

Die Verherrlichung des Krieges als Normalzustand der Nation. Die Kaserne als höchstes Erziehungsmittel:

„Uebrigens hat auch diese Erziehung unter dem Gesichtspunkt der Rasse ihre letzte Vollendung im Heeresdienste zu erhalten. Wie denn überhaupt die Militärdienstzeit als Abschluß der normalen Erziehung des durchschnittlichen Deutschen gelten soll.“

(Hitler, „Mein Kampf“, S. 476.)

Am 10. Oktober 1939 erklärte Hitler in Berlin:

„Aus dem Kriege sind wir gekommen einst, aus dem Kriege ist unsere Gedankenwelt entstanden und im Kriege wird sie sich bewähren.“

- d) **diplomatisch:** Nach 1933 beginnt die deutsche Diplomatie systematisch die Vorbereitung der Aggression: Austritt aus dem Völkerbund (14. 10. 1933) — Militärbündnis mit Italien: Achse Berlin—Rom (14. 10. 1936) — Abschluß des „Antikominternpakts“ (Deutschland, Italien, Japan).

Ueber die Aggressionspolitik Deutschlands sagte Stalin auf dem 18. Parteitag der KPdSU (März 1939):

„Deutschland, das durch den ersten imperialistischen Krieg und den Versailler Frieden ernsthaft Schaden gelitten hatte, schloß sich Japan und Italien an und forderte die Vergrößerung seines Territoriums in Europa und die Rückgabe der Kolonien, die ihm die Sieger im ersten imperialistischen Krieg weggenommen hatten.“

(Stalin, Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag, S. 9.)

3. Die Aggression Deutschlands

- a) **War Deutschland 1939 bedroht?** Nein! Wenn die Großmächte die Absicht gehabt hätten, Deutschland zu vernichten, dann hätten sie das 1918 und in den folgenden Jahren leicht tun können.

1939 hatte Hitler die stärkste Angriffsarmee der Welt. Es ist Wahnsinn, anzunehmen, daß Polen, das bedeutend schwächer war als Deutschland, 1939 in selbstmörderischer Absicht einen Krieg provoziert hätte.

Am wenigsten war Deutschland jemals von der Sowjetunion bedroht. Bereits auf dem 17. Parteitag, 1934, erklärte Genosse Stalin:

„Die UdSSR denkt nicht daran, irgend jemand zu bedrohen und — erst recht nicht — irgend jemand zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Aber wir fürchten

keine Drohungen und sind bereit, einen Schlag der Kriegshetzer mit einem Gegenschlag zu beantworten.“

(Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 758.)

- b) **Systematische Kriegsprovokation Deutschlands.** Am 7. März 1936 führte Hitler ohne vorherige Verständigung die Remilitarisierung der Rheinlandzone durch. — Im Sommer 1936 begann Hitler die **Intervention in Spanien.** — Am 31. Mai 1937 beschossen deutsche Seestreitkräfte den spanischen Hafen Almaria. Die Intervention in Spanien war eine Kriegsprovokation gegen England und Frankreich.

„Ihre Intervention gegen Spanien weitertreibend, suchten die deutsch-italienischen Faschisten aller Welt weißzumachen, daß sie gegen die „Roten“ in Spanien kämpfen und keinerlei andere Ziele verfolgen. Dies war jedoch eine plumpe, ungeschickte Maskierung, berechnet auf die Leichtgläubigkeit einfältiger Leute. In Wirklichkeit führten sie einen Schlag gegen England und Frankreich, denn sie gingen dazu über, sich der Seewege zu bemächtigen, die England und Frankreich mit ihren gewaltigen Kolonialbesitzungen in Afrika und Asien verbinden.“

(Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU, S. 402.)

Am 12. März 1938 besetzte Hitler **Oesterreich**, obwohl er im Jahre 1933 erklärt hatte:

„Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzumengen, es etwa zu annektieren oder anzuschließen.“

Vom 1.—10. Oktober 1938 besetzten deutsche Truppen das Sudetengebiet, am 15. März 1939 wurde die **Tschechoslowakei** annektiert, obgleich Hitler im September 1938 erklärt hatte:

„Ich will keinen einzigen Tschechen im Deutschen Reich.“

Am 22. März 1939 besetzte Hitler Memel. Am 1. September 1939 überfiel Hitler **Polen**, obwohl er noch 1938 erklärt hatte:

„Niemand von uns denkt daran, mit Polen wegen des Korridors einen Krieg zu beginnen.“

Vom 9.—11. April 1940 besetzte Hitler Dänemark, vom 9.—14. April Norwegen. Noch im April 1939 hatte Hitler den nordischen Staaten versichert:

„Nie wurde von der deutschen Reichsregierung jemals ein Ansinnen gestellt, das mit der Souveränität oder Integrität dieser Staaten nicht vereinbar gewesen wäre.“

In genau der gleichen provokatorisch-betrügerischen Weise überfiel Hitler andere europäische Länder.

- c) **Der vertragsbrüchige Ueberfall auf die Sowjetunion.** Das größte Verbrechen der Nazikriegsbrandstifter war aber der feige Ueberfall auf die Sowjetunion. Diesen Ueberfall charakterisierte Stalin in seiner Rundfunkrede am 3. Juli 1941 folgendermaßen:

„Die Sache ist die, daß die Streitkräfte Deutschlands als eines kriegsführenden Landes schon völlig mobilisiert waren, und die von Deutschland gegen die Sowjetunion geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der Sowjetunion aufmarschiert waren, befanden sich in voller Bereitschaft und warteten nur auf das Signal zum Angriff, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mußten. Von nicht geringer Bedeutung war dabei auch der Umstand, daß das faschistische Deutschland unerwartet und wortbrüchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffspakt zerrissen hat, ohne Rücksicht darauf, daß es von der ganzen Welt als Angreifer erklärt werden würde. Es ist verständlich, daß unser friedliebendes Land, das die Initiative zur Verletzung des Paktes nicht ergreifen wollte, den Weg des Wortbruchs nicht beschreiten konnte.“

(Stalin: „Ueber den großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 6.)

II. Wofür führte Hitler Krieg?

(Der Charakter des Hitlerkrieges.)

„Lenin unterschied zwei Arten von Kriegen: Eroberungskriege, d. h. ungerechte Kriege, und Befreiungskriege, gerechte Kriege.

Die Deutschen führen heute einen Raubkrieg, einen ungerechten Krieg, der auf die Eroberung fremden Gebiets und die Unterwerfung fremder Völker abzielt. Darum müssen sich alle ehrlichen Menschen gegen die deutschen Eindringlinge als gegen ihre Feinde erheben. Zum Unterschied von Hitlerdeutschland führen die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen einen Befreiungskrieg, einen gerechten Krieg, der auf die Befreiung der unterjochten Völker Europas und der Sowjetunion von der Hitler Tyrannie abzielt. Darum müssen alle ehrlichen Menschen die Armeen der Sowjetunion, Großbritanniens und der anderen Verbündeten als Befreiungsarmeen unterstützen.“

(Stalin: „Ueber den großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 26/27.)

1. Der Kampf um Bodenraub im Osten

Schon in „Mein Kampf“ hat Hitler den Raubkrieg gegen die Sowjetunion gepredigt. Er schrieb damals:

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte

sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“

(Hitler: „Mein Kampf“, S. 154.)

2. Bereicherung der Plutokraten

Es handelte sich aber nicht nur um Siedlungsland, sondern vor allem um die Rohstoffquellen und um die Betriebe in den anderen Ländern, auf die das deutsche Monopolkapital seine Hand legen wollte. Goebbels gab das im Oktober 1942 offen zu, als er in Gdingen zynisch erklärte:

„Wir kämpfen nicht um ideologische Ziele; am Bakuöl, an der Donezkohe, an der überreichen Landwirtschaft Rußlands wollen wir uns gesundstoßen.“

(Hitlers Worte und Taten, S. 106.)

Einige Tatsachen, wie sich die deutschen Imperialisten und Junker während des Krieges bereichert haben.

Tschechoslowakei. Nach der Besetzung beschlagnahmte Hermann Göring für seinen Konzern die Skodawerke, die Brüner Waffenfabriken, die Metallbetriebe der böhmisch-mährischen Kolben-Danék in Prag, die Mährisch-Ostrauer Eisenwerke und die Kohlengruben in Nordböhmen. — Die IG-Farben gliederte sich die Chemischen Werke in Aussig, die Dynamit-Nobel in Bratislava und die Apollo-Mineralöl-Raffinerie A. G. in Bratislava an. — Der Mannesmann-Konzern schluckte die Hahnschen Eisenwerke in Ostoberschlesien und die Schächte Oskar und Anselm in Witkowitz.

Polen. Nach dem Polenfeldzug raubte der Göringkonzern die meisten polnischen Kohlengruben, Eisen- und Stahlwerke. — Drei Gruben der Sadulla-A. G. stahl Graf Schaffgotsch.

Die Radzionka-Gruben nahm sich Graf Henkel von Donnersmarck usw.

Sowjetunion. Aus den zeitweise besetzten Gebieten der Sowjetunion schleppten die deutschen Okkupanten alle brauchbaren Maschineneinrichtungen fort. So hat z. B. die deutsche Wehrmacht aus der Sowjetunion 300 000 große Werkbänke weggebracht.

Der Göringkonzern gründete zur Ausraubung der Sowjetunion die Eisen- und Stahl GmbH. in Dnjepropetrowsk; in derselben Stadt gründete der Mannesmann-Konzern eine Niederlassung. Zahlreiche andere deutsche Unternehmungen zur Ausraubung der Ukraine entstanden, wie z. B. die Dnjepr-Holz GmbH., die Leichtfuß-Industrie, Ukraine GmbH., die Energiebau-Ost GmbH., die Schwarzmeer-Stauerei GmbH. Ukraine, die Togo-Ost-Gesellschaft Shitomir, die

Landbewirtschaftungsgesellschaft Ukraine GmbH., die Spinnfaser-Ukraine-GmbH., die Landmaschinenindustrie Ukraine GmbH.

Der Boden wurde den Sowjetbauern abgenommen und deutschen Gutsbesitzern übergeben. Das Vieh wurde den Bauern weggenommen und nach Deutschland getrieben oder abgeschlachtet. Alle Lebensmittel wurden nach Deutschland verschleppt. Die Bauern mußten als Sklaven für die deutschen Okkupanten arbeiten. Bei ihrem Rückzug brannte die deutsche Wehrmacht die Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude nieder und erschoss alles Vieh, das sie nicht wegtreiben konnte. In der bjelorussischen Sowjetrepublik z. B. ist nicht ein Stück Hornvieh zurückgeblieben.

Alfred Rosenberg organisierte eine besondere Truppe von „Fachleuten“ zum Raub von Kunstgegenständen, Büchern usw. Alle Museen, Büchereien usw. wurden ausgeplündert, alles Wertvolle nach Deutschland verschleppt.

Neue Beispiele aus der Tagespresse anführen!

3. Die Methoden der Kriegsführung Hitlers, Ausrottung und Versklavung der Völker

Diesen Zielen entsprechen die Methoden der Kriegsführung, die von der deutschen Wehrmacht angewandt wurden:

- a) Massenmord an Zivilpersonen und Gefangenen — Verletzung aller Regeln der Kriegsführung durch die deutsche Wehrmacht — Vernichtungslager: Maidanek, Auschwitz, Buchenwald usw. — Gaskammern, Gaswagen.

„Die Hitlerschen Schurken haben es sich zur Regel gemacht, die Sowjetkriegsgefangenen zu martern, sie zu Hunderten zu morden, Tausende von ihnen eines qualvollen Hungertodes sterben zu lassen. Sie vergewaltigen und morden die Zivilbevölkerung der okkupierten Gebiete unseres Landes, Männer und Frauen, Kinder und Greise, unsere Brüder und Schwestern. Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung der Ukraine, Bjelorußlands, des Baltikums, der Moldau, der Krim und des Kaukasus zu versklaven oder auszurotten. Nur gemeine Halunken und Schufte, jeder Ehre bar, auf das Niveau der Tiere gesunken, können sich schuldlosen und wehrlosen Menschen gegenüber solche Scheußlichkeiten erlauben. Aber das ist nicht alles. Sie haben Europa mit Galgen und Konzentrationslagern bedeckt. Sie haben das niederträchtige „Geiselsystem“ eingeführt. Sie erschießen und hängen völlig unschuldige, als „Faustpfand“ genommene Bürger, weil man irgendein deutsches Vieh daran gehindert hat, Frauen zu vergewaltigen oder friedliche Bürger auszuplündern. Sie haben Europa in ein Völkergefängnis verwandelt. Und das nennen sie die „Neuordnung Europas“. Wir kennen die Schuldigen an diesen Gemeinheiten, die Träger der

„Neuordnung Europas“, alle diese neugebackenen Generalgouverneure und einfachen Gouverneure, Kommandanten und Unterkommandanten. Ihre Namen sind Zehntausenden von gequälten Menschen bekannt. Diese Henker sollen wissen, daß sie der Verantwortung für ihre Verbrechen nicht entgehen und der strafenden Hand der gequälten Völker nicht entrinnen werden.“

(Stalin: „Ueber den Großen Vaterländischen Krieg“, S. 60.)

- b) Sinnlose, durch nichts gerechtfertigte Zerstörungen in den besetzten Ländern, besonders in der Sowjetunion.
c) Kulturbarbarei in den besetzten Ländern: Raub und Zerstörung unersetzlicher Kulturwerte, Zerstörung historischer Baudenkmäler.

4. Das Aktionsprogramm der Hitlerkoalition

Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands und seiner Vasallen entlarvte Stalin in seiner Rede am 6. November 1942:

„Das Aktionsprogramm der italienisch-deutschen Koalition kann man durch folgende Punkte charakterisieren: Rassenhaß; Herrschaft der „auserwählten Nationen“; Unterwerfung der anderen Nationen und Besetzung ihrer Territorien; wirtschaftliche Versklavung der unterworfenen Nationen und Raub ihres nationalen Eigentums; Vernichtung der demokratischen Freiheiten; Aufrichtung des Hitlerregimes überall.“

(Stalin, ebenda, S. 56.)

5. Das Aktionsprogramm der Anti-Hitlerkoalition

Gegen dieses Raubprogramm der faschistischen Aggressoren schlossen sich die demokratischen Großmächte zur Anti-Hitlerkoalition zusammen. Ihr Aktionsprogramm formulierte Stalin folgendermaßen:

„Das Aktionsprogramm der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition ist: Vernichtung der Rassenexklusivität; Gleichberechtigung der Nationen und Unantastbarkeit ihrer Territorien; Befreiung der unterjochten Nationen und Wiederherstellung ihrer Souveränitätsrechte; Recht jeder Nation, sich nach eigenem Gutdünken einzurichten; wirtschaftliche Hilfe für die geschädigten Nationen und deren Unterstützung zur Erlangung ihres materiellen Wohlstandes; Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten; Vernichtung des Hitlerregimes.“

(Stalin, ebenda, S. 56.)

Der zweite Weltkrieg war somit auf seiten Deutschlands ein Eroberungskrieg um die Weltherrschaft, auf seiten der gegen Deutschland kämpfenden Länder aber ein gerechter Befreiungskrieg der friedliebenden Völker gegen die Eroberungspläne des deutschen Imperialismus.

Die Schuld und Verantwortung an diesem Kriege und allen seinen Folgen tragen die Naziverbrecher, die reaktionären Militaristen und ihre imperialistischen Auftraggeber, die Herren der Großbanken und Konzerne und die feudalen Junker.

III. Die Mitschuld des deutschen Volkes

Aber auch die Massen des deutschen Volkes tragen eine Mitschuld am Kriege, denn sie sind den nazistischen Kriegstreibern willig gefolgt, sie haben sich von der Raubideologie der Hitler und Goebbels einfangen lassen, haben die Kriegspolitik Hitlers unterstützt und sind dadurch mitschuldig geworden.

Diese Mitschuld beginnt nicht erst 1933.

1. Die Unterstützung der Nazipolitik

1932 stimmten 10 Millionen Deutsche völlig freiwillig für die Nazi-partei, obwohl das deutsche Volk gewarnt wurde: Hitler ist der Krieg und die Katastrophe.

Die Mehrheit des deutschen Volkes wählte 1932 Hindenburg, den unterschiedenen Vertreter des reaktionären preußischen Militarismus und der imperialistischen Aggression, zum Reichspräsidenten. Hindenburg übergab Hitler die Macht.

2. Billigung der nazistischen Raubideologie

Obwohl die Nazis nach der Machtübernahme kein Hehl aus ihren Raubabsichten machten und zu ihrer Verwirklichung allen sichtbar den Krieg vorbereiteten, hat die Mehrheit des deutschen Volkes diese Raubpolitik Hitlers unterstützt.

3. Die Methode der Bestechung breiter Massen durch die Nazis

Die Nazis haben vermocht, breite Schichten des deutschen Volkes zu bestechen und an dem Raubkrieg zu interessieren:

- a) **Arbeitsbeschaffung durch Rüstung und Krieg.** Obwohl die Arbeitsbeschaffung („Vierjahrespläne“) offensichtlich der Kriegsvorbereitung diene, waren breite Volksschichten mit dieser Arbeitsbeschaffung zufrieden.
- b) **Siedlungsland in den besetzten Ländern.** Den Soldaten wurde Siedlungsland in den besetzten Gebieten versprochen — sie konnten in den Kasernen bei ihrem Einrücken entsprechende Anträge stellen.
- c) **Unmittelbare Bestechung.** Ausplünderung der besetzten Länder durch die deutschen Soldaten — Heimatpakete und „Führerpakete“ — auch in der Heimat wollten sich alle am Kriege „gesundstoßen“ — Sparkassenbücher. —
- d) **Ernährung des deutschen Volkes auf Kosten der unterdrückten Völker.** Goebbels erklärte: „Wir kämpfen für einen gutgedeckten Frühstückstisch“. — Göring: „Wenn gehungert werden soll, dann nicht bei uns“. Das deutsche Volk hat in diesem Kriege trotz seiner längeren Dauer weniger gehungert als in den Jahren 1917—18, aber in den von Hitler besetzten Ländern starben täglich unzählige Menschen Hungers.

4. Unterwerfung unter den Terror

Das deutsche Volk leistete keinen Widerstand gegen die Gestapo und SS, die es zur Fortsetzung des längst verlorenen Krieges zwangen. Die deutschen Soldaten verübten Grausamkeiten „auf Befehl“.

Es hätte auch unter Hitler gekämpft werden können. Das beweist der heldenhafte Kampf der Patrioten in Norwegen, Dänemark, Jugoslawien, Frankreich usw., wo der Terror schlimmer war als in Deutschland.

Wie stark das deutsche Volk durch die Raubideologie der Nazis vergiftet war, beweist die Tatsache, daß es selbst im Prozeß des Zusammenbruchs des Hitlerregimes den Kampf noch nicht aufnahm und die Hitlerdiktatur von äußeren Kräften gestürzt werden mußte.

5. Die Kapitulation der Weimarer Parteien vor dem Nazismus

- a) **Die Deutschnationalen** als Steigbügelhalter des Faschismus — die Propaganda des Revanchegedankens — Pflege des reaktionären preußischen Militarismus — Stahlhelm — Annäherung an die Nazis — Bildung der reaktionären Harzburger Front — Hugenberg legt 1933 in London einen Kriegsplan gegen die Sowjetunion vor.
 - b) **Die bürgerlich-demokratischen Parteien** haben 1933 versucht, sich gleichzuschalten — Brüning löste die Zentrumspartei auf, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, am neuen Regime mitzuarbeiten.
 - c) **Die Sozialdemokratie** versuchte 1933, sich ebenfalls gleichzuschalten. Zu diesem Zwecke trat Wels aus dem Büro der II. Internationale aus. Die ADGB-Führung forderte auf, am 1. Mai 1933 gemeinsam mit den Nazis zu demonstrieren. Am 5. Mai 1933 billigte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Außenpolitik Hitlers, die auf den Krieg hinsteuerte.
- Während linke sozialdemokratische Gruppen sich noch 1933 in einer Einheitsfront mit den Kommunisten zusammenfanden, hat der Prager Parteivorstand der SPD bis zuletzt alle Einheitsfrontangebote der KPD abgelehnt.
- d) **Die ADGB-Führung** kapitulierte 1933 völlig vor dem Faschismus und biederte sich bei den Nazis an — Leipart rief auf, am 1. Mai 1933 gemeinsam mit den Nazis zu demonstrieren — am 2. Mai 1933 übergaben die Gewerkschaftsführer die Verbände kampfflos den Faschisten.

6. Die Selbstkritik unserer Fehler

Die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die keinerlei Kompromisse mit den Nazis einging und stets den Kampf gegen Faschismus

und Krieg geführt hat. Und dennoch trifft auch uns Kommunisten eine gewisse Mitschuld.

„Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer, infolge einer Reihe unserer Fehler, nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

Zusammenfassung

Die Hauptschuld am Kriege trifft also eindeutig die faschistisch-imperialistischen Machthaber Deutschlands. Sie werden die Strafe für ihre Verbrechen erhalten!

Aber mitschuldig am Kriege muß sich jeder ehrliche Deutsche fühlen, weil das ganze deutsche Volk den Krieg nicht verhinderte, sondern mit seinen Händen durchgeführt hat.

Daraus ergibt sich die Pflicht zur Wiedergutmachung für das ganze deutsche Volk!

Vortragsdisposition

Nr. 4

Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands

I N H A L T

	Seite
<i>I. Grundlagen der Reaktion und des Nazismus</i>	1
<i>II. Der demokratische Weg</i>	4
<i>III. Unsere Forderung zum Aufbau eines anti-faschistisch-demokratischen Deutschlands . .</i>	7
<i>IV. Durch Einheit zur Demokratie</i>	8

Preis 10 Pfg.

Vortragsdisposition Nr. 4

Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands

„Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophe unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären, altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45)

I. Grundlagen der Reaktion und des Nazismus

1. Der rote Faden

Mehring sagte schon, es zieht sich wie ein roter Faden durch die deutsche Geschichte, daß die bürgerliche Revolution nicht wie in den fortschrittlichen Ländern des Westens (Frankreich, England) auch in Deutschland vollendet wurde. Weder in den Jahren 1848 noch 1918 geschah das.

Die Revolution 1848 wurde niedergeschlagen, weil das deutsche Bürgertum nicht die revolutionäre Rolle spielte und aus Furcht vor den Volksmassen Schutz bei der Reaktion suchte. — Infolge des Mißlingens der Revolution blieben die alten reaktionären Kräfte erhalten und verwachsen mit der imperialistischen Bourgeoisie, dies drückte der ganzen Entwicklung den Stempel auf.

2. Träger der Reaktion

Wer aber waren über die Jahrhunderte hinweg diese reaktionären Kräfte, die für unser Volk immer wieder so verderblich waren?

a) Reaktionärer Großgrundbesitz

„Der Hauptträger war eine bestimmte reaktionäre Kaste der ostelbischen Junker, die Barone, Grafen und Fürsten mit den Königen und Kaisern an der Spitze. Die reaktionären Großgrundbesitzer mit ihren Anhängseln bildeten immer „einen Staat im Staate“. Den Interessen des Volkes und den wahren nationalen Interessen standen sie stets feindlich gegenüber. Borniert und rückständig wie kaum eine andere reaktionäre Kaste in einem anderen Lande, waren sie mit Vorrechten ausgestattet; sie stellten dem preußischen Staat die führenden Beamten, dem preußischen Militarismus die Offiziere und Generale.“

(Ackermann, DVZ, 14. 6. 45.)

b) Bürokratie

Jene Kaste, deren Namen in den letzten 150 Jahren immer die gleichen blieben, ob sie die Bülowe oder die Kappe waren, sie waren immer die Feinde des Volkes und Hüter der Reaktion, der Kapp-Putsch 1920. Der reaktionäre Papen war der Vater des preußischen Staatsstreiches 1932 (Absetzung der Braun-Severing-Regierung) und der unmittelbare Steigbügelhalter des Faschismus.

Hindenburg, der Marschall des ersten Weltkrieges, übergibt als Reichspräsident Hitler die Macht. — Die reaktionären Justiz- und Verwaltungsbeamten konnten vom Faschismus größtenteils in ihren Aemtern gelassen werden. —

c) Das reaktionäre Offizierkorps

Die reaktionäre Militärkamarilla war im wilhelminischen Deutschland stets die entscheidendste Kraft in der Politik. Sie fühlte sich immer als die berufenen Erzieher des Volkes und erzogen durch ihren speziellen preußischen Kasernenhofdrill die Jugend zu einem Kadavergehorsam, der sie bereit machte, auf Befehl die scheußlichsten Verbrechen zu begehen. — Sie waren auch die Hauptkraft im Kriege.

Diese Dreieinigkeit des reaktionären Großgrundbesitzes, der reaktionären Staatsbürokratie und des reaktionären Militarismus ist dem deutschen Volk immer wieder zum Verhängnis geworden.

Nie kam es in der Vergangenheit unseres Volkes zu einer wirklichen demokratischen Erneuerung, weil diese dunkle Macht bisher niemals gebrochen wurde.

d) Der reaktionäre deutsche Imperialismus

Da die Macht der Junker ungebrochen blieb, verflocht sich der deutsche Kapitalismus mit dem Junkertum, es entstand ein spezifisch deutscher „junckerlich-bourgeoiser Imperialismus“ (Lenin).

Die imperialistischen deutschen Plutokraten, die Krupp und Röchling, die Poensgen und Siemens, sowie die reaktionären Militärs, die Keitel, Jodl und Konsorten schoben die Hitler, Göring, Goebbels und Himmler an die Macht, um mit Hilfe der Nazi-Partei den zweiten Raubkrieg des deutschen Imperialismus vorzubereiten und durchzuführen.

Denn die Nazi-Partei war

„eine Partei von Imperialisten, und zwar der gierigsten und räuberischsten Imperialisten unter allen Imperialisten der Welt.“

(Stalin)

Die Fehler von 1918

„Der Kaiser ging, die Generäle blieben,“ schrieb damals mit Recht ein bekannter deutscher Schriftsteller. Es blieben auch die alten reaktionären Beamten und es blieb der junckerliche Großgrundbesitz. Und die Tatsache, daß in Deutschland (wie in England im 17. Jahrhundert, in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts) diese reaktionären Mächte nicht vernichtet wurden, hat nicht wenig dazu beigetragen, daß der Hitlerismus so furchtbare Gewalt über das Denken und Handeln des deutschen Volkes gewinnen konnte.

(Ackermann, DVZ, 14. 6. 45.)

Die reaktionäre Militärclique hatte in Deutschland auch nach 1918 entscheidenden und verderblichen Einfluß auf die Politik. In der Weimarer Republik wurde in allen Krisenzeiten die Macht auf diese reaktionären Militärs übertragen.

Wenn wir nun heute die Forderung erheben, mit dem Nazismus gleichzeitig die feudalen Ueberreste und den reaktionären Militarismus zu beseitigen, so entspricht das sowohl dem dringendsten nationalen Gebot der Stunde als auch einer tiefen geschichtlichen Notwendigkeit.

(Ackermann, DVZ, 14. 6. 45.)

Keine Wiederholung der Fehler von 1918

„Das deutsche Volk wird die gleichen Fehler wie 1918 wiederholen, wird es sich nicht befreien von der verhängnisvollen Ideologie des preußischen Militarismus, des räuberischen Imperialismus und der Hetze gegen die anderen Völker, wird es nicht den Ausweg zu einem neuen demokratischen Deutschland finden und sich nicht den Platz in der Gemeinschaft der anderen Völker erobern. Das alles hängt von dieser Erkenntnis ab. Darum steht die Frage so ernst.“

Wir müssen alles daran setzen, die deutsche Ueberheblichkeit gegenüber anderen Völkern aus unserem Volk herauszubringen und unser Volk zu befreien von der Unterwürfigkeit und Knechtseligkeit gegenüber den eigenen Herren, diesen verfluchten Kadavergehorsam, der das menschliche Gefühl im Menschen erstickt und ihn zu einer willenlosen Maschine übergeordneter Instanzen macht.“

(Pieck, 19. 7. 45, Berlin.)

„Hoffen wir, daß unser Volk nun endlich erkennt, daß der Weg des imperialistischen Raubkrieges zur Katastrophe führen mußte. Unser deutsches Volk muß sich endlich frei machen von der barbarischen Rassenideologie und von dem Gedanken, daß der Einbruch in das Haus anderer Völker ein besseres Leben bringt. Deutschland kann nur aus der Katastrophe herauskommen, wenn das oberste Gesetz des Volkes lautet: Durch friedliche, angestrenzte Arbeit und freundschaftliche Beziehungen zu den anderen Völkern vorwärts zu einem neuen demokratischen Deutschland.“ (Ulbricht, DVZ, 14. 6. 45.)

II. Der demokratische Weg

Darum die erste Aufgabe

1. Vollständige Liquidierung der Ueberreste des Hitler-Regimes und der Hitlerpartei

wie der Aufruf des ZK der KPD vom 11. 7. 45 sagt:

„Mit Hilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapo-Agenten und SS-Banditen, restlose Säuberung aller öffentlichen Aemter von den aktiven Nazisten.

Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der vereinigten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben.

Schnellste und härteste Maßnahme gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.“

(Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

Oekonomische Basis entziehen

Ohne die im Aufruf des ZK der Partei unter 6 und 7 angeführten Punkte ist kein erfolgreicher Kampf gegen alle nazistischen Ueberreste möglich.

Punkt 6

„Enteignung der gesamten Vermögen der Nazibarone und Kriegsverbrecher. Uebergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.“

Punkt 7

„Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Uebergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden wie des toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Großgrundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“

Brechung der Macht der Konzerne und Trusts

Schuld am Kriege tragen nicht nur die Naziverbrecher und die reaktionären Militärs, sondern auch die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Trusts und Konzerne. Die Macht der Trusts und Konzerne muß daher gebrochen werden, denn wenn diese finanzkapitalistischen Kriegsverbrecher nicht unschädlich gemacht werden, kann die Demokratie nicht gesichert und der Weg der friedlichen Beziehungen zu den anderen Völkern nicht eingeschlagen werden.

„Ungeheuerliche Dokumente wurden inzwischen gefunden, die aufzeigten, daß es kein Verbrechen der Nazibande gab, an dem die ‚harmlosen Geschäftsleute‘ des deutschen Chemietrusts (IG-Farben) nicht beteiligt gewesen wären. Sie haben Millionen zur Finanzierung der Hitlerpartei gegeben. Sie verdienten Milliarden an Hitlers Krieg, der mit in erster Linie ihr eigener Krieg war. Sie plünderten die okkupierten Länder, mehr noch, sie produzierten Giftgase, mit denen Dutzende Millionen vergast werden sollten.“

(„Die kriegsschuldigen Monopolherren suchen einen Ausweg“, DVZ, 21. 7. 45.)

2. Aufbau der demokratischen Republik

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjet-system aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands.“

(Aufruf des ZK der KPÖ, 11. 6. 45.)

„Wir wollen eine Demokratie, in der die Rechte des werktätigen Volkes ständig erweitert werden und ihm der entscheidende Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Landes gesichert ist.“

„Wir wissen, daß es noch ein weiter Weg ist, bis das deutsche Volk reif wird für die große Idee des Sozialismus, daß es sich erst gründlich befreien muß von der reaktionären Ideologie seiner ganzen Vergangenheit und daß es in seiner Gemeinschaft verstehen muß, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen. Wir verzichten nicht auf den Sozialismus, wenn wir heute die Forderung nach der demokratischen Erneuerung stellen. Wenn diese Erneuerung getragen wird von der Inneren Erkenntnis unseres Volkes, wenn jeder an sich selbst ernsthaft arbeitet, dann wird damit auch die Voraussetzung für ein sozialistisches Deutschland geschaffen werden.“ (Pieck, Rede in der „Neuen Welt“, 19. 7. 45.)

3. Die Kommunisten sind die konsequentesten Kämpfer für die Demokratie

a) Der Kampf um die Demokratie

„Es wäre ein grundlegender Fehler, zu glauben, daß der Kampf für die Demokratie imstande sei, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder sie in den Hintergrund zu schieben, zu verdunkeln und dergleichen. Im Gegenteil, wie ein siegreicher Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, einfach unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen konsequenten und revolutionären Kampf für die Demokratie führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“

(Lenin, Band 19.)

b) Kein Verzicht auf den Sozialismus

„Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeutet nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfront-Deutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen.“

(Berliner Parteikonferenz, Januar 1939, Resolution.)

„Manche Arbeiter wollen jetzt den Sozialismus errichten. Aber wie soll das angesichts der ideologischen Verwüstung, die bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse geht, geschehen? Wie soll das möglich sein, nachdem die Arbeiter mehr als ein Jahrzehnt zersplittert waren und sich eine große einheitliche Partei der werktätigen Volkes erst entwickelt? Wie soll das möglich sein, ohne daß die Werktätigen im konsequenten Kampf um die Demokratie sich einigen und sich in ihren Organisationen wie in der gesamten Organisation des normalen Lebens der Bevölkerung die Erfahrungen erwerben? Es wäre auch falsch, zu denken, daß die Entwicklung in allen Ländern gleichmäßig verläuft. Wir müssen in Deutschland den

Weg gehen, der den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht, und das wird nicht der gleiche Weg sein wie in anderen Ländern.“

(Walter Ulbricht auf der Großberliner Funktionärkonferenz, DVZ, 27. 7. 45.)

III. Unsere Forderung zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands

1. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit

„Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen.“

Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.

Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. — Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. —

Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung.

Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.“ (Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

2. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes

„Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. —

Umbau des Gerichtswesens gemäß der neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses.

Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten.

Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der Lehre vom „Lebens-

raum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. — Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.“ — (Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

3. Selbstverwaltung

„Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.“ (Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

4. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung

„Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden.

Tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Oefientliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern. Uebergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsbetriebe usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.“

(Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

Die bürgerlich-demokratischen Umwälzungen vollenden,

das ist unser Ziel heute, und alle genannten Teilfragen unterliegen diesem großen Ziel.

IV. Durch Einheit zur Demokratie

Schon erkennen alle antifaschistischen Parteien die Notwendigkeit der Aktionseinheit, noch stärker müssen wir diesen Gedanken in das Volk tragen, um von oben bis unten Aktionseinheit zu erreichen.

„Das war und bleibt die große Lehre (aus den KZ's): Wir lernten es, Achtung vor den verschiedenen Standpunkten zu haben, trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen, doch den gemeinsamen Weg des Zusammengehens und des gemeinsamen Kampfes zu finden . . .“

(Die antifaschistische Einheit in den Konzentrationslagern, Franz Dahlem, DVZ, 14. 7. 45.)

1. Die Kommunisten ergreifen die Initiative

Im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 heißt es:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage der Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Ueberreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.“

2. Sozialdemokratie auf neuen Wegen

Im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. Juni 1945 heißt es:

„Wir sind bereit und entschlossen, mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher aufs wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, „daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.“

3. Die Christlich-Demokratische Union erklärt

in ihrem Aufruf vom 26. Juni 1945:

„Deutsche Männer und Frauen! Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Rufe zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.“

4. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

veröffentlicht einen Aufruf vom 5. Juli 1945, in dem es heißt:

„Selbstverständlich ist für uns die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien.“

5. Die Einheitsfront der antifaschistischen Parteien

Aufruf der vier demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945:

„Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen.“

„Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

Vortragsdisposition

Nr. 5, 6, 7

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte

I N H A L T

	Seite
Erster Teil	
I. Die historische Bedeutung der Berliner Konferenz	1
II. Die Einheit der demokratischen Großmächte	7
III. Ausrottung des Nazismus und Militarismus	9
Zweiter Teil	
I. Die Berliner Konferenz — der Sieg des demokratischen Prinzips	17
II. Die Stellung Deutschlands und unsere historische Aufgabe	21
III. Wirtschaftliche Grundsätze	21
Dritter Teil	
I. Reparationen	31
II. Grenzfragen	43
III. Schluß	49
Anhang	
I. Die Erklärung der Krimkonferenz	53
II. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz	59

Vortragsdisposition Nr. 5, 6, 7

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte

Erster Teil

I. Die historische Bedeutung der Berliner Konferenz

Die Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte, die vom 17. Juli bis 3. August 1945 im Cäcilienhof bei Potsdam tagte, war die erste Zusammenkunft der Führer der demokratischen Großmächte nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands. Die Beschlüsse der im Januar-Februar stattgefundenen Krimkonferenz über die Niedererschlagung des nazistischen Deutschlands waren also restlos durchgeführt, der Krieg in Europa beendet.

Die Berliner Konferenz behandelte daher die Fragen der Erhaltung des errungenen Friedens, des demokratischen Wiederaufbaus Europas und der Wiedergutmachung. Zur Lösung dieser Fragen wurden Beschlüsse gefaßt, die nicht nur die Interessen aller von Hitler unterjochten Völker wahren, sondern trotz ihrer Härten letzten Endes auch im Interesse des deutschen Volkes liegen.

1. Die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens

Es wurden auf der Berliner Konferenz entscheidende Entschlüsse gefaßt:

- a) Erweiterung der Zusammenarbeit und der Verständigung zwischen den demokratischen Großmächten,

- b) völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands als des Hauptaggressors und des Schuldigen am Kriege,
- c) Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Aber kein Volk ist an der Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus und Imperialismus so sehr interessiert, wie das deutsche Volk selbst. Der nazistisch-militaristischen Herrscherclique haben wir es zu verdanken, wenn unsere Städte zertrümmert, unsere Wirtschaft ruiniert, unser Staatsaufbau zerschlagen und unser Volk zermürbt und ausgeblutet ist. Gerade wir Deutschen haben einen langen und dauerhaften Frieden nötig, um uns in friedlicher Arbeit aus der Katastrophe herauszuarbeiten. Darum nützt uns alles, was den Frieden sichert, auch wenn es harte Opfer von uns erfordert.

2. Demokratischer Neuaufbau

Der Neuaufbau Europas soll sich nach den Beschlüssen der Berliner Konferenz auf demokratischer Grundlage vollziehen. Das gilt besonders auch für Deutschland. Die Berliner Beschlüsse bestimmen:

- a) Wahrung der Landeinheit, wie es dem Willen des ganzen deutschen Volkes entspricht;
- b) Völlige Ausrottung des Nazismus und reaktionären Militarismus mit dem undemokratischen Führerprinzip;
- c) Wiederaufbau demokratischer Selbstverwaltungen von unten; die Gemeinde wird zur Keimzelle des neuen deutschen Staatswesens;
- d) Gewährung weitgehender politischer Rechte und Freiheiten für das deutsche Volk: Es wird die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften gestattet, ferner wird Rede-, Presse- und Religionsfreiheit gewährt.

Auch der wirtschaftliche Neuaufbau Deutschlands geht in derselben Richtung vor sich. Er zielt auf die Vernichtung der imperialistischen deutschen Rüstungsindustrie und der reaktionären monopolistischen Konzerne ab. Das Hauptaugenmerk der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands soll auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensproduktion für den eigenen Bedarf gerichtet sein.

Die Durchführung dieser Maßnahmen liegt durchaus im Interesse des deutschen Volkes, denn sie gibt ihm die Möglichkeit und die Mittel, endlich die verhängnisvollen Kräfte der Reaktion

zu überwinden, die es schon so oft in nationales Unglück gestürzt haben. Dadurch vermag das deutsche Volk die geschichtlich-nationale Aufgabe zu lösen: Die 1848 begonnene demokratische Umbildung Deutschlands zu beenden.

3. Wiedergutmachung

- a) Ausgangspunkt für das Verständnis des Reparationsproblems ist die Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands. Nur wenn das deutsche Volk diese Schuld klar erkennt und daraus die sittliche Pflicht zur Wiedergutmachung anerkennt, wird es den richtigen Weg finden, der Deutschland zur Aufnahme in die Reihe der friedlichen Völker führt.
- b) Hauptform der Wiedergutmachung ist die Abgabe der Maschinen- ausrüstung von Rüstungsbetrieben, die somit der Reparationszahlung dienen. In diesem Teil fallen die Wiedergutmachungskosten mit der Demilitarisierung zusammen.
- c) Darüber hinaus wird Deutschland als Ersatz für geraubte oder zerstörte Maschinen auch maschinelle Einrichtungen aus nicht der Rüstung dienenden Betrieben abgeben müssen. Das ist für uns sehr schwer, aber gerecht angesichts der ungeheuren Verwüstungen, die von der deutschen Wehrmacht in den überfallenen Ländern angerichtet wurden.
- d) Die Berliner Konferenz ließ sich bei ihren Beschlüssen über die Wiedergutmachung weder von Rache- noch von Haßgefühlen leiten; sie beabsichtigt nicht, das deutsche Volk zu versklaven. Daher die Abtragung der Wiedergutmachungsschuld Deutschlands in wenigen Jahren und die Versicherung, dem deutschen Volk nach Abtragung der Reparationsschuld bei mittlerem Lebensstandard genügend zu belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

Die Pflicht zur Wiedergutmachung vorausgesetzt, ist die auf der Berliner Konferenz getroffene Regelung der Reparationsfrage für das deutsche Volk verhältnismäßig günstig, weil sie 1. zugleich die Vernichtung der Hauptschuldigen am Kriege, der deutschen Rüstungsindustrie, anstrebt. 2. die Garantie bietet, daß die Reparationslasten hauptsächlich auf die Schultern der Kriegsgewinnler fallen und 3. durch die kurze Befristung der Abtragung dem deutschen Volke nach wenigen schweren Jahren die Perspektive gibt, seine Kräfte voll und ganz für den Wiederaufbau Deutschlands einsetzen zu können.

Diese drei Fragen: die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens, der demokratische Neuaufbau Europas und die

Wiedergutmachung sind die wichtigsten Grundprobleme der Berliner Konferenz, die auf den Schulungstagen durchgearbeitet werden müssen!

II. Die Einheit der demokratischen Großmächte

„Es ist jedoch bekannt, wie vergeblich die Bemühungen der faschistischen Politiker waren, das Bündnis der Großmächte zu hintertreiben. Das bedeutet, daß dem Bündnis der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika nicht zufällige und vorübergehende Motive zugrundeliegen, sondern lebenswichtige und dauernde Interessen.“

(Stalin, „Vaterländischer Krieg“, S. 138/39.)

Da dem Bündnis der drei Großmächte lebenswichtige, und dauernde Interessen zugrundeliegen, wird ihre Zusammenarbeit wie im Kriege so auch im Frieden fortgesetzt. Die Grundsätze der Moskauer-, Teheraner und Krimkonferenz, die die Vernichtung des Nazismus, des Militarismus und die Demokratisierung Deutschlands proklamierten, wurden im gemeinsamen Kampf der Alliierten verwirklicht.

Die Berliner Konferenz ist ein neuer Beweis für die feste Einheit der demokratischen Großmächte. Das kommt auch in folgendem zum Ausdruck:

1. Errichtung eines Rates der Außenminister als Form der Zusammenarbeit und Vorbereitung eines Friedensvertrages

Die Mächte sehen den persönlichen Kontakt der Staatsmänner zur friedlichen Regelung aller Fragen vor. Daher die Errichtung eines Rates der Außenminister der führenden Mächte

Sowjetunion
England
Vereinigte Staaten von Amerika
China
Frankreich.

2. Abschluß von Friedensverträgen

Um rasch den Krieg in Europa zu liquidieren und das Leben zu normalisieren, werden mit den ehemaligen Verbündeten Hit-

ler-Deutschlands, Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland, vom Rat der fünf Außenminister Friedensverträge vorbereitet. Außerdem soll der Rat der Außenminister eine friedliche Regelung für Deutschland vorbereiten.

Der Sicherung des Friedens dient auch:

III. Ausrottung des Nazismus und Militarismus

1. Beschluß über Italien

Die Großmächte erklären, daß Italien als erstes Land für einen Friedensvertrag in Frage kommt, denn Italien war die erste der Achsenmächte, die mit Deutschland gebrochen hatte, zu dessen Niederlage es beitrug und das sich auch jetzt dem Kampf der Alliierten gegen Japan anschloß.

Selbstbefreiung des italienischen Volkes vom Faschismus

Im zähen und blutigen Kampf hat das italienische Volk in Streiks, in Demonstrationen und Partisanenkämpfen sich selbst befreit. Durch die sofortige Kampfaufnahme gegen die deutsche Besatzungsarmee hat es seinen antifaschistischen Charakter und Kampfwillen unter Beweis gestellt. Die drei demokratischen Großmächte sind nach Abschluß eines Friedensvertrages für die Aufnahme Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen.

2. Das deutsche Volk ging bis zuletzt mit Hitler

„Wenn das deutsche Volk versucht, seinen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen, wird es seine Niederlage nur noch schwerer zu bezahlen haben.“

(Beschlüsse der Krimkonferenz.)

So wurde das deutsche Volk gewarnt, Hitler weiter zu folgen, denn jedes weitere Mitgehen würde ihm einen immer teureren Frieden kosten. Es schlug diese Warnung in den Wind und hat sich damit eine andere Behandlung als die übrigen Völker der einstigen Achsenmächte selbst zuzuschreiben.

Deutschland ist militärisch besiegt worden

„Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann, für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigene mitleidslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben“.

(Berliner Konferenz.)

Deutschland wurde militärisch besiegt durch die Ueberlegenheit der Waffen und Kriegsführung der Alliierten, insbesondere der Roten Armee, deren Ausbildung der deutschen Soldaten überlegen war, deren Führung und Ausrüstung besser als die der Nazisoldaten waren. Diese Tatsache müssen wir dem deutschen Volke klarmachen, um das Aufkommen einer neuen Dolchstoßlegende zu verhüten und um den schädlichen Glauben, als sei das deutsche Volk den anderen Völkern überlegen, auszurotten.

3. Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens

Ausgangspunkt der Berliner Beschlüsse über Deutschland sind die Sätze:

„Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat, und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden

ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

(Berliner Konferenz.)

Diese Beschlüsse sind die Folge der ungeheuren Verbrechen, die von den Nazis und den imperialistischen Kriegshetzern begangen wurden.

a) Die Völker verlangen Friedensgarantien —

Die Sicherung des Friedens kann nicht dem deutschen Volke überlassen bleiben.

Das bewies auch das Jahr 1918, wo das deutsche Volk, nachdem der Krieg verloren war, den imperialistischen Machtapparat nicht zerschlug und damit eine neue deutsche Aggression ermöglichte.

Rüstungsgewaltige, Bankhyänen und die ostelbischen Junker wurden nicht zum Teufel gejagt. Die reaktionäre Bürokratie und Generalität blieben weiter im Amt. Diese Kräfte waren es, die Hitler an die Macht brachten, damit er den 2. Weltkrieg für die Durchführung ihrer Weltherrschaftspläne vorbereiten und durchführen sollte.

b) Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands

Die Berliner Konferenz beschloß:

„Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Ueberwachung.“

(Berliner Konferenz.)

Die Auflösung aller militärischen Kräfte, Vernichtung der NSDAP mit allen Nebenorganisationen, Gestapo usw., Kriegervereine, halb-militärischen Organisationen, die in der Masse immer wieder die Basis zur Neubildung des deutschen Militarismus darstellen.

Waffen und Munition und militärische Ausrüstungsstücke sind entweder zu vernichten oder abzuliefern.

c) Vernichtung des Nazismus und Militarismus

Dazu ist notwendig

die **Kriegsverbrecher** und alle, die an der Planung oder Durchführung der Greuel oder Kriegsverbrechen teilgenommen haben, ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Alle führenden Nazis einzusperren

Naziführer, einflußreiche Nazianhänger, die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und beliebige andere Personen, die für die Besatzung und ihre Ziele gefährlich sind, sollen eingesperrt werden.

Nazibanditen und Reaktionäre

Alle aktivistischen Nazis und alle, die den Zielen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, müssen aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern entfernt werden, ebenso von den wichtigsten Posten in den Privatunternehmen, die verantwortlichen Stellen sollen mit Anhängern der Demokratie besetzt werden, deren Einstellung einen konsequenten demokratischen Kurs garantiert.

Erziehung

Überwachung des Erziehungswesens, Entfernung der nazistischen, militärischen Grundsätze und Ersetzung durch eine demokratische Erziehung.

„Erst, wenn der Nazismus und der Militarismus ausgerottet sind, besteht für das deutsche Volk die Hoffnung auf eine würdige Existenz und einen Platz in der Gemeinschaft der Nationen.“

(Krimkonferenz.)

Zweiter Teil

I. Die Berliner Konferenz — der Sieg des demokratischen Prinzips

1. Großzügigkeit der Sieger

„Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

(Berliner Konferenz.)

2. Wahrung der Reichseinheit

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, obwohl sie nicht vor hat, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“

(Rede Stalins am 9. 5. 45.)

Die Berliner Konferenz beschloß:

- a) eine koordinierte Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle durchzuführen;
- b) während der Besatzungszeit Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten;
- c) es werden einige wichtige zentrale Verwaltungsstellen gebildet für das

Finanzwesen, Verkehrswesen, Transportwesen, Außenhandel, Industrie;

- d) eine Reichsregierung soll vorläufig noch nicht gebildet werden, doch wird sie in Aussicht gestellt.

Dies zeigt, daß die Alliierten nicht an einer Drei- oder Vierteilung Deutschlands interessiert sind, sondern die Einheit Deutschlands erhalten bleibt, so daß wir in dieser Hinsicht ebenfalls vertrauensvoll in die Zukunft blicken können.

3. Der demokratische Aufbau Deutschlands

vollzieht sich von unten. In den Gemeinden wird angefangen; hier, wo jeder im Volk mit den Behörden bzw. Selbstverwaltungsorganen zu tun hat, wird am besten jeder zum demokratischen Denken und Handeln erzogen.

Brechung mit dem alten Zustand des Von-oben

Es wird Schluß gemacht mit den Herrschafts- und Verwaltungsmethoden, wie sie in Preußen-Deutschland typisch waren. Die reaktionäre preußische Bürokratie verwaltete von oben ihren Obrigkeitsstaat. In Hitlerdeutschland herrschte das „Führerprinzip“. Kein Mensch konnte da hineinsehen. Das dies selbstverständlich eine glänzende Grundlage für die Korruption war, ist nur zu klar.

4. Demokratische Rechte und Freiheiten

Unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen wurden der deutschen Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone durch den Befehl Nr. 2 Marshall Shukovys weitgehende demokratische Rechte und Freiheiten eingeräumt, wie Koalitionsfreiheit, Rede-, Presse- und Religionsfreiheit. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie die einheitlichen freien Gewerkschaften wurden gestattet und ihre Tätigkeit konnte sich breit entfalten.

Die Berliner Konferenz hat beschlossen, diese Freiheiten auf die übrigen Besatzungszonen zu übertragen. Damit wird im ganzen Reiche die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und der freien Gewerkschaften erlaubt. Ferner wird in ganz Deutschland Versammlungs-, Presse-, Rede- und Religionsfreiheit gewährt.

Diese demokratischen Freiheiten bilden die Grundlage für den demokratischen Aufbau Deutschlands.

„Welcher Optimist hat in der Nacht der Hitler-tyrannie davon zu träumen gewagt, daß dem deutschen Volke weniger als drei Monate nach dem Zusammenbruch des fanatischen Widerstandes diese politischen Freiheiten gewährt werden?“

(Pieck, DVZ, 5. 8. 45.)

II. Die Stellung Deutschlands und unsere historische Aufgabe

1. Keine Diffamierung des deutschen Volkes

Trotz der großen Schuld des deutschen Volkes und seines fanatischen Widerstandes bis zuletzt zeigen die Berliner Beschlüsse, daß die Alliierten keine Diffamierung des deutschen Volkes wollen und ihm die Möglichkeit geben, wieder einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

2. Bewährungsprobe

Für unser Volk hat die große Bewährungsprobe begonnen, ob es die innere Unfreiheit jetzt wirklich überwindet. Die Voraussetzung dazu ist die aktive Teilnahme an der Vernichtung des Nazismus und Militarismus. Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist unserem Volke ein wahrhaft demokratischer Weg vorgezeichnet.

3. Beseitigung der Ursachen unseres Unglücks

Unser Ziel ist die Beseitigung der Ursachen des jahrhundertealten Unglücks des deutschen Volkes, das durch die Herrschaft der Volksfeinde (der Junker, der reaktionären Bürokratie, des preußischen Militarismus, zu denen in jüngster Zeit die Herren der Trusts, Konzerne und Großbanken und dann die Nazis kamen) hervorgerufen wurde. Nur so wird das deutsche Volk endlich frei. Darum fordern wir:

Ausrottung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus, sowie jeder militärischen Propaganda. Wir wollen die Vernichtung jener Kräfte, die unser Volk in kurzer Zeit zweimal in den Krieg und damit ins Unglück gestürzt haben. Wir wollen eine solche Katastrophe nicht ein drittes Mal.

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz bieten dem deutschen Volke alle Möglichkeit; auf demokratischer und friedlicher Grundlage einen neuen, sauberen deutschen Staat aufzubauen. An uns selbst liegt es, diese Möglichkeit zu nutzen und in eine neue, bessere Zukunft zu schreiten.

III. Wirtschaftliche Grundsätze

Eine genaue Betrachtung der wirtschaftlichen Grundsätze, die auf der Berliner Konferenz Deutschland gegenüber beschlossen wurden, zeigt, dass die 3 demokratischen Grossmächte folgende Ziele im Auge haben:

a) Die Sicherung eines langdauernden Friedens;

zu diesem Zwecke die Vernichtung des deutschen Rüstungspotentials und eine neue Ausrichtung der deutschen Wirtschaft.

b) Die Sicherung einer Wiedergutmachung

seitens Deutschland für die den überfallenen Völkern durch den Hitlerkrieg zugefügten Schäden. Dabei werden aber, wie wir sehen werden, neue und ganz andere Wege gegangen als nach dem 1. Weltkrieg. Im einzelnen wurde auf der Berliner Konferenz beschlossen:

1. Die Vernichtung des deutschen Rüstungspotentials

„Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden.

Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.“ (Berliner Konferenz.)

2. Die Beseitigung der monopolistischen Konzerne

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“ (Berliner Konferenz.)

3. Neue Orientierung auf Friedensproduktion

„Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.“ (Berliner Konferenz.)

4. Wirtschaftseinheit in Deutschland

Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands soll erhalten werden. Bereits während der Besatzungszeit wird Deutschland eine wirtschaftliche Einheit sein. Folgendes wird einheitlich durchgeführt werden:

Die Erzeugung und Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;

die Regelung der Löhne, Preise und der Lebensmittelrationen. Export und Import nach einem Aussenhandelsprogramm, dass Deutschland als Ganzes betrachtet;

die Währung und das Bankwesen, die zentrale Besteuerung und die Zölle.

5. Alliierte Wirtschaftskontrolle

Es wird eine alliierte Kontrolle über Deutschland errichtet, um

- a) die Durchführung der Abrüstung und Demilitarisierung, die Reparationen und die erlaubte Ein- und Ausfuhr zu kontrollieren;
- b) die Warenproduktion und Dienstleistung zu sichern, die notwendig sind, um die Bedürfnisse der Besatzungstruppen zu befriedigen und einen mittleren Lebensstandard in Deutschland zu erhalten;
- c) zur Sicherung einer gleichmässigen Warenverteilung unter den verschiedenen Zonen;
- d) zur Unterbringung einer Entwicklung des deutschen Rüstungspotentials.

Das neue Deutschland wird nicht das Land der Krupps, sondern das Land der Arbeit sein. Wir werden uns in unserem Hause bescheiden einrichten, aber gehen wir mit Energie an die Arbeit heran, so wird bald die Not und das Elend, die uns heute noch als die Erbschaft Hitlers hinterblieben sind, überwunden sein. Das Lebensniveau in Deutschland soll nach den Beschlüssen der Berliner Konferenz dem mittleren Lebensstandard der europäischen Völker entsprechen.

6. Selbstverantwortung des deutschen Volkes

Das deutsche Volk wird nach den Beschlüssen der Berliner Konferenz selbst wieder nach und nach die Verwaltung aller Zweige des öffentlichen Lebens in Deutschland in die eigenen Hände übernehmen. Es trägt die Selbstverantwortung. Haben wir dann ein Versagen auf dem einen oder anderen Gebiet, so ist es also unsere eigene Schuld.

Es sollen unverzüglich folgende Massnahmen getroffen werden:

1. Durchführung der notwendigsten Instandsetzungen des Verkehrswesens
2. Hebung der Kohlenerzeugung
3. Der größtmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und
4. Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

7. Mittel zum Leben

Nach der Abtragung der Reparationen, so heisst es in den Berliner Beschlüssen, sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne Hilfe von aussen existieren zu können.

Das deutsche Volk und die wirtschaftlichen Grundsätze

Das elementarste Lebensinteresse unseres deutschen Volkes ist die Sicherung eines langdauernden Friedens. Folglich fällt hier das wahrhaft nationale deutsche Interesse mit dem Interesse der anderen Völker, vertreten durch die drei demokratischen Grossmächte, zusammen.

Die Vernichtung des deutschen Rüstungspotentials

als materielle Garantie einer solchen Friedenssicherung trifft am schwersten die Herren der Rüstungsindustrie, der Monopolvereinigungen, also die Hintermänner der Nazipartei, die Inspiratoren der Aggressions- und Kriegspolitik. -Das kann das schaffende deutsche Volk nur begrüßen. Die Durchführung dieser Massnahmen bringt auch grosse Härten für breite Schichten der Werktätigen mit sich. Viele hunderttausende Arbeiter, die in der Schwer- und Rüstungsindustrie tätig waren, werden in ihrem erlernten Beruf keine Arbeit mehr finden und müssen von Rüstungsberufen auf Berufe der Zivilwirtschaft umlernen.

Aber wem verdanken sie das?

Sie verdanken es Hitler und seinen imperialistischen Auftraggebern, die der deutschen Wirtschaft eine einseitige Ausrichtung gaben, die Schwer- und Rüstungsindustrie maßlos aufblähten, die Industrie für zivilen Bedarf aber immer mehr einschränkten. Die Politik Hitlers, den weitaus überwiegenden Teil der deutschen Arbeitskraft der Rüstungsindustrie, also der Herstellung von Zerstörungsmitteln zuzuführen, hat zu diesem Resultat geführt und mußte unvermeidlich dazu führen.

Die Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft und die Beseitigung der monopolistischen Konzerne trifft den deutschen Imperialismus ins Mark. Den deutschen Imperialisten, „den wildesten Imperialisten unter allen Imperialisten der Welt“ (Stalin), wird damit nicht nur die Möglichkeit einer neuen Aufrüstung (wie nach 1918) genommen. **ihre wirtschaftliche Machtposition wird zerschlagen.** Damit wird die Kernfestung der Reaktion in Deutschland niedergelegt und einer wahrhaft demokratischen Entwicklung in Deutschland die Bahn freigemacht.

Die Monopolkapitalisten waren immer die Stütze der Reaktion, sie, die geheimen Drahtzieher der Kriegspolitik, waren die wildesten Ausbeuter und die größten Scharfmacher gegen die Arbeiter im Lager des Unternehmertums. Sie brachten Hitler zur Macht. Die Herren der Rüstungsindustrie, der Trusts, Konzerne, Kartelle und anderen monopolistischen Vereinigungen haben mit Hitler das deutsche Volk in den Krieg und in die Katastrophe gestürzt. Für ihre imperialistischen Weltoberungspläne mußten viele, viele Millionen Menschen zugrunde gehen, wurde die Blüte der deutschen Jugend geopfert. Die Monopolkapitalisten sind die gleichen Kriegsverbrecher wie die Naziführer. Sie haben die überfallenen Länder ausgeplündert. Millionen ausländischer Arbeiter wurden nach Deutschland verschleppt, schlimmer als Sklaven ausgebeutet und zum großen Teil dem Tod durch Mißhandlungen und Hunger überliefert. Als trotzdem die Arbeitskräfte nicht mehr ausreichten, verlagerten die Herren der IG-Farben, die Krupps usw. sogar viele Rüstungsbetriebe in Konzentrationslager (siehe die Enthüllungen darüber in der DVZ vom 2. 8. 45 und vom 5. 8. 45).

Furchtbar haben sich diese Verbrechen der Rüstungskapitalisten am deutschen Volke gerächt. Nun müssen sie endlich auch selber den Preis für ihr schändliches Treiben zahlen.

Die Berliner Beschlüsse bedeuten, daß Deutschland nicht mehr das Land der Kirdorf, Krupp und Röchling sein wird.

Die deutsche Wirtschaft verliert ihre einseitige, ungesunde Ausrichtung auf den Krieg. Da die Nazis schließlich fast die gesamte deutsche Industrie auf Rüstungsindustrie umgestellt hatten, ist diese Neuorientierung nicht mit einem Schlage durchzuführen und mit großen Schwierigkeiten, ja, auch materiellen Opfern verbunden. Wir müssen uns zukünftig in vielem bescheiden und uns auf die Bedürfnisse des eigenen Landes einrichten. Mit der neuen Orientierung auf die Entfaltung der Landwirtschaft und einer zivilen Bedarfsgüterindustrie sowie einen auf diese Bedürfnisse beschränkten Außenhandel wird jedoch im Endresultat vieles gewonnen, vor allem für das schaffende Volk. Wir gewinnen einen langdauernden Frieden, Ordnung und Ruhe, die innere Freiheit und ein neues Leben, begründet auf friedliche Arbeit. Die gegenwärtige Not und Armut, die wir Hitler und seinen imperialistischen Auftraggebern verdanken, können wir somit auf gesicherter Grundlage überwinden und eine ganz neue, bessere Zukunft für uns und unsere Kinder gewinnen.

In dem Grundsatz, Deutschland als wirtschaftliche Einheit anzusehen, zeigt sich die Ehrlichkeit des Willens der drei demokratischen Großmächte besonders deutlich, dem deutschen Volke den Weg in diese Zukunft zu ebnen.

Alles Weitere wird entscheidend vom deutschen Volke selbst, abhängen, von seiner Tatkraft zur Vernichtung des Nazismus, Militarismus und seiner imperialistischen Hintermänner; von der Energie, mit der es an den Wiederaufbau herangeht; von der Ehrlichkeit des Willens, den alten Weg der Gewalt und des Krieges zu verlassen und den neuen Weg friedlicher Arbeit und brüderlicher Verständigung unter den Völkern zu beschreiten.

Dritter Teil

I. Reparationen

„Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, dass die Reicheren auch eine grössere Last tragen.“

(Aufruf des ZK der KPD 11. 6. 45.)

1. Das Ausmaß der Zerstörungen in den überfallenen Ländern

Der Hitlerkrieg hat Zerstörungen unvorstellbaren Ausmasses in den überfallenen und angegriffenen Ländern (Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland, wie auch in England und vor allem in der Sowjetunion) verursacht. Obwohl das Ausmass der Zerstörungen in den einzelnen Ländern nicht gleich ist, sind die Schäden unermesslich. Dafür einige Beispiele:

Frankreich

Die Schäden betragen selbst in Frankreich, das noch nicht zu den am meisten geschädigten Ländern der Vereinten Nationen gehört, ein Vielfaches des ersten Weltkrieges. Abgesehen von diesen Zerstörungen wurde Frankreich durch die Besatzung völlig ausgepresst. Die französische Regierung schätzte den durch die deutsche Besatzung entstandenen Schaden auf 2000 Milliarden Francs.

Polen

ist in vielen Teilen des Landes vollständig verwüstet. Während in Berlin in einzelnen Stadtbezirken 70—80% der Gebäude, in anderen hingegen 10—20% zerstört sind, liegt Warschau vollständig in Trümmern. Alle polnischen Städte und Industriebezirke sind zerstört, die Landwirtschaft ist verwüstet, der Viehbestand fast restlos vernichtet.

Jugoslawien

ist ebenfalls weitgehend verwüstet. Belgrad wurde schon 1941 durch die deutsche Luftwaffe in Trümmer gelegt. Der Hornviehbestand Jugoslawiens ist auf weniger als ein Drittel gesunken. In Montenegro ging die Anzahl der Schafe von 1 300 000 auf 220 000 zurück, die der Ziegen

von 512 000 auf 81 000. Während der Besatzungszeit wurden in Jugoslawien 1530 Traktoren, 7780 Dampfmaschinen, 12 830 Dreschmaschinen und 1500 Motor-Säemaschinen vernichtet.

In Bezug auf die Industrie und den Transport ist es nicht besser. Marschall Tito gab den Jugoslawien durch die Besatzung zugefügten Schaden mit 61 Milliarden Dollar an.

In Griechenland

sind die Zerstörungen wahrscheinlich noch grösser.

Nordnorwegen

wurde von der deutschen Wehrmacht auf ihrem Rückzug auf höchsten Befehl restlos zerstört, andere Teile des Landes und besonders viele Hafenstädte haben ebenfalls schwer gelitten.

In Holland

ist neben den schweren Schäden in der Industrie und in den Städten sowie im Transportwesen und in der Landwirtschaft noch ein nicht wieder gutzumachender Schaden durch die Ueberschwemmung weiter Gebiete mit Meerwasser (Salzablagerung!) angerichtet worden; also wieder ein bewusstes und planmässiges Vernichtungswerk.

In Belgien

sind viele Städte und Landstriche noch mehr verwüstet als im ersten Weltkrieg.

In England

sind durch den totalen Luftkrieg Hitlers weitgehende Zerstörungen verursacht worden. Viele Städte sind völlig vernichtet, so die grosse Industriestadt Coventry. Oder erinnern wir uns des Triumphgeschreis der Nazipresse über die durch deutsche Bomben in London angerichteten Schäden. Noch in den letzten Monaten des Krieges wurden durch V 1 und V 2 in England zehntausende Gebäude völlig sinnlos zerstört.

Vergessen wir ferner nicht, was in Europa im Transportwesen vernichtet, an rollendem Material weggeführt oder zerstört wurde. Durch den jahrelang geführten totalen U-Boot-Krieg Hitlers wurden ebenfalls Milliardenwerte vernichtet.

Sowjetunion

Das Ausmass der Zerstörungen in allen anderen überfallenen Ländern wird aber noch weit übertroffen durch die in der Sowjetunion angerichteten Verwüstungen.

Bekanntlich drang die Erobererarmee Hitlers bis vor Leningrad und Moskau, bis an die Wolga und in den Kaukasus vor. So verwüsteten

Hitlerarmee und der Hitlerkrieg ein Territorium der Sowjetunion, das um das Mehrfache grösser ist als ganz Deutschland.

Schon beim Vormarsch in diese weiten Gebiete betrieb die deutsche Wehrmacht auf Befehl Hitlers ein grausames Werk der Vernichtung.

So erklärte Hitler am 6. November 1941:

„Ich habe kein Interesse an einer Stadt Leningrad. Ich habe nur ein Interesse an der Vernichtung des Industriezentrums Leningrad.“

Zahllose Großstädte, wie Minsk, Smolensk, Witebsk, Lemberg, Kiew, Charkow, Saporoschje, Dnjepropetrowsk, Kamenewka, die Donez-Industriestädte wie Gorlowka u. a., ferner Odessa, Sewastopol, vor allem Stalingrad und noch viele, viele andere sind nur noch Trümmerhaufen.

Was im Kampf und auf dem Vormarsch der Hitlerarmee in diesen weiten Gebieten nicht verwüstet wurde, das wurde auf Befehl des deutschen Oberkommandos auf dem Rückzug vernichtet und in die Luft gesprengt. Die von Hitler befohlene „Politik der verbrannten Erde“ wurde von der Wehrmacht restlos durchgeführt.

So sind in der Sowjetunion unendlich weite Gebiete von der deutschen Wehrmacht so verlassen worden, dass im buchstäblichen Sinne des Wortes kein Stein auf dem anderen blieb.

Industrie

Ganze Industriegebiete, die in den sowjetischen 5-Jahresplänen neu aufgebaut worden waren und in ihrem Ausmass und ihrer technischen Ausrüstung in der Welt fast einzig dastanden, sind total zerstört. So wurden auf dem zeitweilig besetzten Sowjetterritorium mehr grosse und moderne Hochöfen, Martinöfen und Walzwerke zerstört, als es vor dem Kriege auf dem übrigen europäischen Festlande gab, z. B. wurden das Dnjepirkraftwerk, das größte Kraftwerk in Europa, und das gigantische Stalingrader Traktorenwerk völlig zerstört.

Auf Tausenden von Quadratkilometern (so z. B. am Ufer des Dnjep) wurde systematisch von besonderen Spreng- und Brandkommandos Haus um Haus, Dorf um Dorf und Stadt um Stadt niedergelegt. Unübersehbare Landstriche bieten das grauenerregende Bild, dass von den Dörfern nur noch rote Schornsteine zum Himmel ragen.

Landwirtschaft

Neben der entwickelten Sowjetindustrie wurde auch der sowjetischen Landwirtschaft der grösste Schaden zugefügt.

Die moderne Maschinenausrüstung der Landwirtschaft im zeitweilig besetzten Teil der Sowjetunion — die modernste der Welt — wurde restlos vernichtet oder weggeschleppt. Das Vieh wurde entweder von der Wehrmacht geschlachtet oder nach Deutschland abtransportiert

oder von der Wehrmacht auf der Flucht sinnlos vernichtet. (So wurden in der Ukraine mehrere Hunderttausend Stück Grossvieh auf Befehl deutscher Offiziere mit Maschinenpistolen abgeknallt und liegengelassen, da das Vieh nicht mehr weggeschleppt werden konnte.) In der bjelorusischen Republik blieb nicht ein einziges Stück Grossvieh übrig. Von der deutschen Wehrmacht wurde auf sowjetischem Gebiet mehr Vieh geraubt und vernichtet als es vor dem Kriege in ganz Deutschland Vieh gab. In den landwirtschaftlichen Gebieten bis zur Wolga (2000 km von der deutschen Ostgrenze entfernt) blieb kein einziges gesundes und arbeitsfähiges Pferd zurück.

Zerstörung und Raub, das waren die Ziele der deutschen Wehrmacht in den von ihr besetzten Ländern.

2. Bestechung der deutschen Volksmassen

Mit Hilfe der den anderen Völkern abgenommenen Lebensmittel und Bedarfsgüter haben die Nazis breite Volksschichten in Deutschland bestochen und am Raubkriege interessiert. Das deutsche Volk lebte in diesem Kriege im sechsten Kriegsjahre besser als es im dritten Jahre des ersten Krieges gelebt hatte. Das geschah auf Kosten der ausgeraubten Länder, in denen täglich viele Tausende Hungers starben.

Während des ganzen Krieges ergoss sich ein ständiger Strom von Soldatenpaketen in die Heimat, in denen geraubtes Gut geschickt wurde.

3. Die Mitverantwortung des deutschen Volkes

Die Befehle für die Massenmorde, Zerstörungen, Plünderungen und den Raub gaben die Hitlerregierung und das deutsche Oberkommando. Sie sind die Hauptverantwortlichen und werden der gerechten Strafe nicht entgehen. Aber sie gaben diese Befehle im Namen des deutschen Volkes, das ihre Raubpolitik duldete und mitmachte. Deutsche Soldaten haben diese Befehle ausgeführt. Damit haben die Hitlerbanditen dem deutschen Volke eine grosse Mitschuld und ungeheure Verantwortung aufgebürdet, deren Folgen es jetzt zu tragen hat.

4. Die Pflicht zur Wiedergutmachung

Aus all dem ergibt sich für jeden ehrlichen Deutschen die sittliche Pflicht zur Wiedergutmachung. Nur durch ehrliche und aufrichtige Wiedergutmachung kann das deutsche Volk das Vertrauen der anderen Völker wiedergewinnen. Wir müssen erkennen, dass die Wiedergutmachung ein Gebot der Gerechtigkeit ist und grösste Opfer nur einen Teil von dem wieder gutmachen können, was von der deutschen Wehrmacht angerichtet worden ist.

5. Das Reparationsproblem auf der Berliner Konferenz

a) Die Forderungen der Alliierten

„In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz, dass Deutschland gezwungen werden sollte, in grösstmöglichem Ausmass für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, wurde auf der Berliner Konferenz beschlossen, einen Ausgleich zu schaffen.“

Bereits die Krimkonferenz beschloss die Wiedergutmachung in Sachleistungen. Der grösste Teil geht nach der Berliner Konferenz auf Kosten der deutschen Rüstungsindustrie, aber auch ein Teil der Verbrauchsgüterindustrie wird zur Wiedergutmachung der Zerstörungen abmontiert werden, denn in den angegriffenen Ländern wurde die gesamte Wirtschaft zerstört.

Die Reparationsansprüche der Alliierten werden aus den von ihnen besetzten Zonen befriedigt. Da aber in der Sowjetunion die grössten Zerstörungen angerichtet wurden, erfolgt eine **Ergänzung für die SU aus den westlichen Gebieten:**

1. 15% der verwendungsfähigen vollständigen industriellen Hauptausrüstung, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist, geht aus den westlichen Zonen an die Sowjetunion. Dafür gibt die SU den Gegenwert in

Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Petroleumprodukten und sonstigen Waren, die noch vereinbart werden können.

2. 10% der industriellen Hauptausrüstung aus dem westlichen Deutschland derjenigen Industrien, die für die deutsche Friedenswirtschaft nicht benötigt werden, gehen auf Reparationskonto ohne Gegenleistung entschädigungslos an die Sowjetunion.

a) Keine neue Reparationskrise

Die im Versailler Vertrag 1919 festgelegte Regelung der Reparationsfrage war praktisch unlösbar, weil sie von der Bezahlung in Gold ausging. Sie brachte das internationale Währungssystem durcheinander und belastete das deutsche Volk auf Generationen mit Tributleistungen. Nach dem Young-Plan hatte Deutschland bis 1987/88 Reparationen zu zahlen. Dabei war es unmöglich, genügend Valuta oder Gold aufzubringen. Diese komplizierten Probleme kommen dank der in den Berliner Beschlüssen vorgesehenen Reparationsleistungen in Sachwerten in Wegfall. Ferner ist auch eine kurzfristige Lösung vorgesehen, die das deutsche Volk nicht auf Generationen hinaus belastet!

b) Die Kriegsschuldigen tragen die Hauptlast

1918 erklärten die Monopolherren, sie könnten nur mit Hilfe von Auslandskrediten die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen und dann erst Reparationen bezahlen. Sie bekamen diese Auslandskredite:

Von 1924 bis 1932 nahm Deutschland für 19 Milliarden Goldmark Auslandskredite auf. In der gleichen Zeit wurden von Deutschland 19 Milliarden auf Reparationskonto gezahlt. Das heisst, den Werktätigen wurden die Abgaben abgepreßt, aber für die Monopolherren war die Wiedergutmachung ein glänzendes Geschäft, sie machten Riesengewinne.

Praktisch haben sie mit Hilfe der Auslandskredite eine neue Machterweiterung vorgenommen und damit den Grundstein zur neuen Ausrüstung gelegt.

c) Warum Wegführung der Betriebe?

Das Streben der deutschen Monopolherren ist wie 1918 darauf gerichtet, ihre Machtpositionen und ihren Reichtum zu erhalten. Darum greifen sie zu demselben Trick wie damals und behaupten heuchlerisch, es wäre besser, sie würden ihre Konzerne und Rüstungsbetriebe behalten und für die Wiedergutmachung arbeiten. Sie wollen damit den Imperialismus retten, dem arbeitenden Volke alle Lasten aufbürden, selbst aber frei ausgehen und mit der Wiedergutmachung wieder ein Geschäft machen. Und schliesslich wollen sie auf diese Art das alte Spiel von neuem beginnen. Die Berliner Beschlüsse machen das unmöglich.

Die Fehler von 1918 dürfen nicht wiederholt werden. Heute sollen die Herren der Monopole, der Trusts und Konzerne die Hauptlast tragen.

Zum ersten Male werden die Hauptschuldigen am Kriege zur Wiedergutmachung mit ihrer eigenen Substanz gezwungen (Maschinen, Auslandsguthaben). Damit verlieren sie auch die Grundlage, um noch einmal ein imperialistisches Abenteuer anzetteln zu können.

Natürlich bedeutet diese Vernichtung der deutschen Rüstungsindustrie auch schwere Opfer für die Arbeiter, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Sie haben sich dafür bei Hitler zu bedanken, der die ganze deutsche Wirtschaft einseitig auf den Krieg einstellte und dadurch das deutsche Volk ins Unglück führte.

In der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft und einer deutschen Friedensindustrie wird auch der deutsche Arbeiter einen sicheren Arbeitsplatz finden, wo er zu seines Volkes und seinem Wohle

arbeiten kann, ohne von der Sorge bedrückt zu sein, von Arbeit und Heim weggerissen und in fremde Länder auf Raub geschickt zu werden. Die kurze Befristung der Reparationsleistungen gibt unserem Volke die Hoffnung, nach wenigen schweren Jahren alle Kräfte dem Aufbau eines freien und friedlichen Deutschlands widmen zu können.

„Diese Regelung des Reparationsproblems gibt dem deutschen Volke eine klare und hoffnungsfreudige Perspektive. Es wird nach Ableistung der Reparationen und der Abschüttelung des Jochs der Monopole eine gesunde Wirtschaft aufbauen können, mit deren Hilfe es seine friedlichen Bedürfnisse befriedigt.“

(Pieck DVZ 5. 8. 45.)

II. Grenzfragen

1. Wozu der Kampf bis 5 Minuten nach zwölf führte

Wir Kommunisten haben vom ersten Tage des Krieges an das deutsche Volk gewarnt und immer wieder erklärt: Die Fortsetzung des verbrecherischen Hitlerkrieges treibt Deutschland in die Katastrophe. Nur der rechtzeitige Sturz Hitlers kann Volk und Vaterland retten!

Wir erklärten wiederholt: Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer und ohnmächtiger, sondern auch schuldiger.

Wir warnten, daß die Verantwortung Deutschlands mit jedem Kriegstag schwerer wird und schließlich eine Lage entstehen muß, wo die anderen Völker jedes Vertrauen zum Friedenswillen des deutschen Volkes verlieren werden und von sich aus feste Garantien gegen die Gefahr einer neuen deutschen Aggression fordern werden.

Dem einsichtigen Deutschen mußte seit langem klar sein, daß eine Fortsetzung des Krieges „bis 5 Minuten nach 12“ (wie Hitler es forderte) unvermeidlich die Frage auch territorialer Garantien für die Sicherheit anderer Völker auf die Tagesordnung setzen würde.

Wir erklärten dazu, daß das deutsche Volk dann niemand anders wird anklagen können, als nur sich selbst.

Nun ist das Schlimmste eingetreten, was eintreten konnte: die deutsche Wehrmacht gehorchte Hitler bis zum letzten bitteren Ende, bis in den totalen Zusammenbruch hinein. Es wurde tatsächlich bis 5 Minuten nach zwölf gekämpft.

Damit war die Konsequenz des Hitlerkrieges geschaffen, vor welcher wir am leidenschaftlichsten gewarnt hatten.

„Die Nazibande hat mit dem Glück und dem Wohlstand unseres Volkes vom Anfang ihrer Herrschaft an ein verbrecherisches Hasardspiel getrieben; sie hat in diesem Kriege nicht nur das Leben von Millionen Deutschen, sondern auch einen Teil Deutschlands selbst verspielt.“

(Wilhelm Pieck auf der 1. gemeinsamen Kundgebung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien in Berlin; siehe DVZ vom 14. August 1945.)

2. Wir Deutschen dürfen uns endlich keinen Illusionen mehr hingeben

Auf der Berliner Konferenz wurde die vorläufige Ostgrenze Deutschlands festgelegt:

„Von westlich Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze.“

(Berliner Konferenz.)

Der vorläufige Charakter dieser Grenze darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß beträchtliche Gebiete im Osten endgültig und unwiderruflich von Hitler verspielt sind. Bereits auf der Krimkonferenz wurde darüber der prinzipielle Beschluß gefaßt:

„Die Häupter der drei Regierungen erkennen an, daß Polen einen wesentlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muß.“

(Beschluß der Krimkonferenz über Polen.)

Die Krimkonferenz tagte Anfang Februar dieses Jahres.

Es ist klar, daß der Wahnsinn der weiteren Fortsetzung des Krieges durch Deutschland die Lage auch in dieser Hinsicht nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert hat. Es ist also zwecklos, sich haltlosen Spekulationen und Illusionen hinzugeben, wenn auch über die Grenzziehung im einzelnen erst auf der Friedenskonferenz endgültig Beschluß gefaßt werden wird.

3. Polen fordert territoriale Garantien seiner Sicherheit

Es ist keineswegs ein Zufall, daß die Krimkonferenz wie auch die Berliner Konferenz den Forderungen Polens nach territorialen Garantien seiner Sicherheit Rechnung getragen haben. Die Vertreter Polens weisen dabei auf folgendes hin:

a) Ostpreußen, Schlesien und Oberschlesien umfassen Polen wie einen Zangenarm.

- b) Diese Gebiete dienten im Verlauf von vielen Jahrhunderten immer wieder als Aufmarschgebiet gegen Polen und den slawischen Osten Europas.
- c) Diese Gebiete waren ursprünglich slawischer Boden, sie wurden gewaltsam germanisiert, wobei die slawischen Bewohner zum größten Teil ausgerottet wurden.
- d) In diesen Gebieten lag die festeste Position der preußischen Junker, die immer wieder im Verlaufe der Geschichte die Haupteinpeitscher der Ueberfälle auf Polen waren. Bis zuletzt betrieben sie ihre Gutswirtschaft vorwiegend mit maßlos ausgebeuteten polnischen Landarbeitern.

Die Polen können dabei u. a. auf folgende geschichtlichen Tatsachen hinweisen:

Im 10. Jahrhundert wurden die Slawen östlich der Elbe „germanisiert“.

Im 11., 12. und 13. Jahrhundert weitere deutsche Kolonisation, die nunmehr Pommern, Schlesien und Ostpreußen (das ursprüngliche Preußen) erfaßte.

Nachdem Polen im 15. Jahrhundert wieder aufgerichtet worden war, begann mit der Entstehung Preußens eine neue Kette deutscher Aggressionen gegen Polen:

Friedrich II. war der Haupttreiber der ersten Teilung Polens (1772).

Friedrich Wilhelm II. betrieb die zweite Teilung Polens (1793) und die dritte (1795). Damit war das unglückliche Land vollkommen zerstückelt.

Durch den Sieg Napoleons in Europa (Friede zu Tilsit 1807) verlor Preußen einen großen Teil des eroberten polnischen Gebietes, aber nach dem Sturz Napoleons riß Preußen wieder polnisches Gebiet an sich (Wiener Kongreß 1815).

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der polnische Freiheits- und Unabhängigkeitskampf wesentlich mit preußischer Hilfe blutig niedergeschlagen.

Im Weltkrieg 1914/18 wurde Polen vom kaiserlichen Deutschland furchtbar ausgeplündert.

1917/18, nach dem Siege der Oktoberrevolution in Rußland, hielt der deutsche Imperialismus Polen weiter in seinen Fesseln. Erst der militärische Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 ließ Polen als unabhängigen Staat entstehen.

Hitlerdeutschland trieb die Verbrechen gegen das polnische Volk vollends auf die Spitze; vom Ende des Polenfeldzuges 1939 an wurden (ohne die direkten Kriegsoffer zu rechnen) nach un-

vollständigen Angaben 8 Millionen polnischer Staatsbürger von Hitlerdeutschen ausgerottet.

Kein ehrlicher Deutscher kann also leugnen, daß ein jahrhundertlanges deutsches Unrecht dem polnischen Volke gegenüber vorliegt. Durch fast ein Jahrtausend wurden die Polen und ihre slawischen Vorfahren von deutschen Eroberern gequält und mißhandelt. Die maßlosen Verbrechen Hitlers, seiner Hintermänner und Helfer an Polen brachten das Maß zum Ueberlaufen.

Wer würde nicht den Verlust weiter Ostgebiete und besonders das Schicksal der deutschen Familien, die ihre Heimat verlassen müssen, beklagen. Aber wir würden unserem Volke einen schlechten Dienst erweisen und nur dazu beitragen, es aufs neue auf den Weg des Hasses und der verderblichen Revanche- und Gewaltpolitik zu treiben, wenn wir die Schuld dafür anderen Völkern zuschieben würden. Es gilt vielmehr, den alten, für uns selbst so verhängnisvollen Weg des Hasses und der Gewalt gegen andere Völker endgültig zu verlassen. Das historische Unrecht — niemand kann es bestreiten — liegt auf der Seite des reaktionären Preußen-Deutschland, dessen Erbe endlich und für immer überwunden werden muß, wenn die neue deutsche Zukunft auf gesicherter Grundlage errichtet werden soll.

III. Schluß

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz bringen für unser Volk viele Härten und schwere Opfer. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Härten und Opfer eine unvermeidliche Folge der verbrecherischen Politik des Naziregimes und der reaktionären Gewaltpolitiker sind. Wenn wir jetzt schwere Zeiten durchmachen müssen, dürfen wir nie vergessen: Hitler und seine Hintermänner sind daran schuld!

Dennoch sind die Beschlüsse der Berliner Konferenz ein Lichtblick für unser deutsches Volk. Sie bieten uns eine klare Perspektive für unseren Wiederaufstieg. In den Beschlüssen heißt es:

„Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

(Berliner Konferenz)

ANHANG

I. Die Erklärung der Krimkonferenz

Am 12. Februar wurde in Moskau, London und Washington eine Erklärung über die Konferenz Churchill-Roosevelt-Stalin veröffentlicht, von der wir nachstehend die für Deutschland wichtigen fünf ersten Punkte wiedergehen.

In den letzten acht Tagen tagte in der Krim eine Konferenz der Führer der drei verbündeten Mächte — des Premierministers von Großbritannien, Herrn W. Churchill, des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn F. D. Roosevelt, und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, J. W. Stalin, unter Teilnahme der Außenminister, der Stabschefs und anderer Berater.

Außer den Häuptionen der drei Regierungen nahmen an der Konferenz folgende Persönlichkeiten teil:

von der Sowjetunion: der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, W. M. Molotow; der Volkskommissar für die Kriegsmarine, N. G. Kusnezow; der Stellvertreter des Generalstabschef der Roten Armee, Armeegeneral A. I. Antonow; die Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, A. J. Wyschinski und I. M. Maiski; der Marschall der Luftwaffe, S. A. Chudjakow; der Botschafter in Großbritannien, F. T. Gussow, und der Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, A. A. Gromyko;

von den Vereinigten Staaten: der Staatssekretär Herr E. Stettinius; der Chef des Stabes des Präsidenten, Flottenadmiral W. Leahy; der Sondergehilfe des Präsidenten, Herr H. Hopkins; der Direktor des Kriegsmobilmachungsamts, Richter J. Byrnes; der Stabschef der Amerikanischen Armee, Armeegeneral G. Marshall; der Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte der USA., Flottenadmiral E. King; der Chef des Versorgungswesens der amerikanischen Armee, Generalleutnant B. Somervell; der Dienstleiter für Kriegsmarinetransporte, Vizeadmiral E. Land; der Generalmajor L. Kuter; der Botschafter in der Sowjetunion, Herr W. Harriman; der Direktor der Europäischen Abteilung im Staatsdepartement, Herr F. Matthews; der Stellvertreter des Direktors der Kanzlei für politische Sonderangelegenheiten des Staatsdepartements, Herr A. Hiss, und der Gehilfe des Staatssekretärs, Herr Ch. Bohlen, zusammen mit politischen, militärischen und technischen Beratern;

von Großbritannien: der Außenminister Herr A. Eden; der Minister für Kriegstransporte Lord Leather; der Botschafter in der Sowjetunion, Herr A. Kerr; der Stellvertreter des Außenministers, Herr A. Cadogan; der Sekretär des Kriegskabinetts, Herr E. Bridges; der Chef des Empire-Generalstabs, Feldmarschall A. Brooke; der Stabschef der Luftstreitkräfte, Marschall der Luftwaffe Ch. Portal; der Erste Seelord, Flottenadmiral A. Cunningham; der Stabschef des Ministers für Verteidigung, General H. Ismay; der Oberbefehlshaber der Alliierten im Mittelmeerraum, Feldmarschall Alexander; der Chef der britischen Militärmission in Washington, Feldmarschall Wilson, und das Mitglied der britischen

Militärmission in Washington, Admiral Somerville, zusammen mit militärischen und diplomatischen Beratern.

Ueber die Ergebnisse der Arbeit der Krimkonferenz gaben der Präsident der USA., der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion und der Premierminister von Großbritannien folgende Erklärung ab:

1. Niederschlagung Deutschlands

Wir haben die Kriegspläne der drei verbündeten Mächte zur endgültigen Niederschlagung des gemeinsamen Feindes erörtert und festgelegt. Während der ganzen Konferenz sind die militärischen Stäbe der drei verbündeten Nationen täglich zu Beratungen zusammengetreten. Diese Beratungen waren in jeder Hinsicht im höchsten Grade befriedigend und führten zu einer engeren Koordination der militärischen Anstrengungen der drei Verbündeten, als es jemals früher der Fall war. Es fand ein gegenseitiger Austausch erschöpfender Informationen statt. Die Fristen, der Umfang und die Koordination neuer und noch mächtigerer Schläge, die unsere Armeen und Luftstreitkräfte von Osten, Westen, Norden und Süden gegen das Herz Deutschlands führen werden, wurden miteinander in vollen Einklang gebracht und im einzelnen planmäßig festgelegt.

Unsere gemeinsamen Kriegspläne werden erst dann bekannt werden, wenn wir sie verwirklichen; wir sind jedoch überzeugt, daß die sehr enge Arbeitsgemeinschaft unserer drei Stäbe, die auf der gegenwärtigen Konferenz erzielt worden ist, zur Beschleunigung des Kriegsendes führen wird. Die Beratungen unserer drei Stäbe werden jedesmal, sobald dies erforderlich ist, fortgesetzt werden.

Nazideutschland ist dem Untergang geweiht. Wenn das deutsche Volk versucht, seinen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen, wird es seine Niederlage nur noch schwerer zu bezahlen haben.

2. Besetzung und Kontrolle Deutschlands

Wir sind einig geworden über die gemeinsame Politik und die Pläne für die zwangsweise Durchführung der Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation, die wir Nazideutschland gemeinsam vorschreiben werden, nachdem der bewaffnete deutsche Widerstand endgültig gebrochen sein wird. Diese Bestimmungen werden erst veröffentlicht werden, sobald die vollständige Niederschlagung Deutschlands erzielt ist. Gemäß dem vereinbarten Plan werden die Streitkräfte der drei Großmächte in Deutschland gesonderte Zonen besetzen. Der Plan sieht eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle vor, durchgeführt durch eine Zentrale Kontrollkommission, die sich aus den Oberbefehlshabern der drei Großmächte zusammensetzt und ihren Sitz in Berlin hat. Es wurde beschlossen, daß Frankreich, wenn es einen solchen Wunsch äußert, von den drei Großmächten aufgefordert werden wird, eine Besatzungszone zu übernehmen und der Kontrollkommission als viertes Mitglied anzugehören. Die Ausmaße der französischen Zone werden von den vier interessierten Regierungen durch ihre Vertreter in der Europäischen Konsultativen Kommission vereinbart werden.

Unser unabänderliches Ziel ist die Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus und die Schaffung der Garantie dafür, daß Deutschland nie mehr imstande sein wird, den Frieden der ganzen Welt zu stören. Wir sind von der Entschlossenheit erfüllt, sämtliche deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, den deutschen Generalstab, der wiederholt zur Wiederauferstehung des deutschen Militarismus beitrug, ein für allemal zu vernichten, alles deutsche Kriegsgerät einzuziehen oder zu vernichten und die gesamte deutsche Industrie, die für Rüstungszwecke ausgenutzt werden könnte, zu liquidieren oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Bestrafung zu unterziehen und für die von den Deutschen angerichteten Zer-

störungen Schadenersatz in Gestalt von Sachleistungen einzutreiben; die Nazi-partei, die Nazigesetze, -organisationen und -institutionen vom Erdboden zu tilgen; jeden nazistischen und militaristischen Einfluß aus den öffentlichen Institutionen, aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes zu beseitigen und gemeinsam solche weiteren Maßnahmen Deutschland gegenüber zu ergreifen, die sich für den künftigen Frieden und für die Sicherheit der ganzen Welt als notwendig erweisen sollten. Zu unseren Zielen gehört nicht die Vernichtung des deutschen Volkes. Erst wenn der Nazismus und der Militarismus ausgerottet sind, besteht für das deutsche Volk die Hoffnung auf eine würdige Existenz und einen Platz in der Gemeinschaft der Nationen.

3. Wiedergutmachung durch Deutschland

Wir haben die Frage des Schadens behandelt; den Deutschland in diesem Krieg den verbündeten Ländern zugefügt hat, und als gerecht befunden, Deutschland zu verpflichten, diesen Schaden durch Sachleistungen in größtmöglichem Ausmaß zu ersetzen.

Es wird eine Schadenersatz-Kommission gebildet werden, die beauftragt wird, auch die Frage des Umfangs und der Methoden der Wiedergutmachung des Schadens zu erörtern, den Deutschland in den verbündeten Ländern angerichtet hat. Diese Kommission wird ihren Sitz in Moskau haben.

4. Konferenz der Vereinten Nationen

Wir haben beschlossen, demnächst gemeinsam mit unseren Verbündeten eine allgemeine internationale Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit zu schaffen. Wir halten dies für wesentlich sowohl für die Verhütung einer Aggression als auch für die Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kriegsursachen durch enge und ständige Zusammenarbeit aller friedliebenden Völker.

Die Grundlagen hierzu wurden in Dumbarton Oaks geschaffen. Dort wurde jedoch über die wichtige Frage des Abstimmungsverfahrens keine Übereinstimmung erzielt. Auf der gegenwärtigen Konferenz ist es gelungen, diese Schwierigkeit zu überwinden. Wir sind übereingekommen, daß am 25. April 1945 in den Vereinigten Staaten, in San Franzisko, eine Konferenz der Vereinten Nationen einberufen wird, um das Statut einer solchen Organisation entsprechend den Grundsätzen vorzubereiten, die während der inoffiziellen Verhandlungen in Dumbarton Oaks ausgearbeitet wurden.

Mit der Regierung Chinas und mit der Provisorischen Regierung Frankreichs werden unverzüglich Beratungen gepflogen werden, und es wird an sie die Anforderung ergehen, gemeinsam mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an der Einladung der anderen Länder zur Konferenz teilzunehmen.

Sobald die Beratungen mit China und Frankreich abgeschlossen sind, wird der Wortlaut der Vorschläge über das Abstimmungsverfahren veröffentlicht.

5. Deklaration über das befreite Europa

Wir haben eine Deklaration über das befreite Europa abgefaßt und unterzeichnet. Diese Deklaration sieht eine Vereinheitlichung der Politik der drei Großmächte vor sowie gemeinsames Vorgehen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europas nach demokratischen Grundsätzen. Nachstehend der Wortlaut dieser Deklaration.

„Der Premier der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Premierminister des Vereinigten Königreichs und der Präsident der

Vereinigten Staaten von Amerika haben im gemeinsamen Interesse der Völker ihrer Länder und der Völker des befreiten Europas miteinander Beratungen gepflogen. Sie erklären gemeinschaftlich, daß sie sich einig geworden sind, für die Dauer der zeitweisen Labilität der Verhältnisse im befreiten Europa die Politik ihrer drei Regierungen in Uebereinstimmung zu bringen, wo es sich darum handelt, den von der Herrschaft Nazideutschlands befreiten Völkern sowie den Völkern der ehemaligen Vasallenstaaten der Achse in Europa behilflich zu sein bei der eigenen Lösung ihrer aktuellen politischen und wirtschaftlichen Probleme auf demokratischem Wege.

Die Herstellung der Ordnung in Europa und die Umgestaltung des nationalen und wirtschaftlichen Lebens muß auf einem Wege erzielt werden, der es den befreiten Völkern ermöglicht, die letzten Spuren des Nazismus und Faschismus auszumerzen und demokratische Institutionen nach eigener Wahl zu schaffen. Entsprechend dem Grundsatz der Atlantikcharta vom Recht aller Völker, sich die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben werden, muß die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstverwaltung denjenigen Völkern sichergestellt werden, die ihrer durch die aggressiven Nationen gewaltsam beraubt wurden.

Zur Verbesserung der Bedingungen, unter denen die befreiten Völker diese Rechte ausüben könnten, werden die drei Regierungen in jedem befreiten Staat Europas oder ehemaligen Vasallenstaat der Achse in Europa, wo es ihrer Ansicht nach die Umstände erfordern, den Völkern gemeinsam helfen: a) die Bedingungen für den inneren Frieden zu schaffen; b) unaufschiebbare Maßnahmen zur Unterstützung der notleidenden Völker zu treffen; c) provisorische Regierungsgewalten zu schaffen, die alle demokratischen Elemente der Bevölkerung weitgehend vertreten und verpflichtet sind, möglichst schnell durch freie Wahlen Regierungen zu bilden, die dem Willen des Volkes entsprechen, und d) dort, wo es sich als notwendig erweisen sollte, die Durchführung solcher Wahlen zu fördern.

Die drei Regierungen werden sich mit den anderen Vereinten Nationen und den provisorischen Machtorganen oder anderen Regierungen in Europa beraten, wenn Fragen erörtert werden, an denen diese unmittelbar interessiert sind.

Wenn nach Ansicht der drei Regierungen die Verhältnisse in einem beliebigen befreiten Staat Europas oder in einem beliebigen ehemaligen Vasallenstaat der Achse in Europa derartige Handlungen erfordern, werden sie sich miteinander unverzüglich über die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in dieser Deklaration festgelegten gemeinsamen Verantwortung beraten.

Mit dieser Deklaration bekräftigen wir aufs neue unser Vertrauen in die Grundsätze der Atlantikcharta, unser treues Festhalten an der Deklaration der Vereinten Nationen und unsere Entschlossenheit, im Zusammenwirken mit den anderen friedliebenden Nationen eine auf den Grundsätzen des Rechts aufgebaute internationale Ordnung aufzurichten, die dem Frieden, der Sicherheit, der Freiheit und dem allgemeinen Wohlstand der Menschheit dient."

„Indem die drei Großmächte diese Deklaration erlassen, geben sie der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Provisorische Regierung der Französischen Republik ihnen nach dem vorgeschlagenen Verfahren anschließen kann.“

6. Ueber Polen

Wir sind zu der Krimkonferenz zusammengekommen, unsere Meinungsverschiedenheiten in der polnischen Frage zu beseitigen. Wir haben die polnische Frage allseitig und restlos besprochen. Wir haben erneut unseren gemeinsamen Wunsch bestätigt, ein starkes, freies, unabhängiges und demokratisches Polen errichtet zu sehen, und sind uns im Ergebnis unserer Besprechungen über die Bedingungen einig geworden, unter denen eine neue Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit so gebildet wird, daß sie die Anerkennung der drei Hauptmächte erhält.

Es wurde folgendes Uebereinkommen erzielt:

„Die neue Lage ist in Polen infolge seiner völligen Befreiung durch die Rote Armee entstanden. Dies erfordert die Bildung einer Provisorischen Polnischen Regierung auf einer breiteren Grundlage, als dies früher, vor der kürzlichen Befreiung des westlichen Teils Polens möglich war. Die gegenwärtig in Polen wirkende Provisorische Regierung muß deshalb auf einer breiteren demokratischen Grundlage reorganisiert werden, unter Einbeziehung von demokratischen Politikern aus Polen selbst sowie von Polen aus dem Ausland. Diese neue Regierung soll dann den Namen Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit erhalten.“

W. M. Molotow, Herr W. A. Harriman und Sir Archibald K. Kerr werden als Kommission ermächtigt, in Moskau vor allem mit den Mitgliedern der jetzigen Provisorischen Regierung und mit anderen polnischen demokratischen Führern sowohl aus Polen selbst als auch aus dem Ausland Beratungen zu pflegen mit dem Ziele einer Reorganisation der jetzigen Regierung auf der oben angegebenen Grundlage. Diese Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit muß sich verpflichten, so schnell wie möglich freie und durch nichts behinderte Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts bei geheimer Abstimmung durchzuführen. Bei diesen Wahlen müssen alle antinazistischen und demokratischen Parteien das Recht der Beteiligung und der Aufstellung von Kandidaten haben.

Sobald die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit entsprechend den obigen Ausführungen in gebührender Weise gebildet ist, werden die Regierung der Sowjetunion, die zurzeit diplomatische Beziehungen mit der heutigen Provisorischen Regierung Polens unterhält, die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit diplomatische Beziehungen herstellen und Botschafter austauschen, durch deren Berichte die betreffenden Regierungen über die Lage in Polen unterrichtet werden.

Die Häupter der drei Regierungen sind der Ansicht, daß die Ostgrenze Polens längs der Curzon-Linie verlaufen soll, mit Abweichungen von ihr in einigen Gebieten um 5 bis 8 Kilometer zugunsten Polens. Die Häupter der drei Regierungen erkennen an, daß Polen einen wesentlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muß. Sie sind der Ansicht, daß über den Umfang dieser Gebietserweiterungen zu gegebener Zeit die Meinung der neuen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit eingeholt und danach die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz verschoben wird.“

7. Ueber Jugoslawien

Wir haben für nötig befunden, Marschall Tito und Dr. Subasic zu empfehlen, das zwischen ihnen getroffene Abkommen unverzüglich in Kraft zu setzen und auf Grund dieses Abkommens eine Provisorische Vereinigte Regierung zu bilden.

Es wurde ferner beschlossen zu empfehlen, daß die neue jugoslawische Regierung, sobald sie gebildet ist, erklärt:

1. daß die Antifaschistische Wetsche der Nationalen Befreiung Jugoslawiens erweitert wird durch Aufnahme von Mitgliedern der letzten Jugoslawischen Skupschtschina, die sich durch keine Zusammenarbeit mit dem Feind kompromittiert haben, und daß auf diese Weise ein Organ gebildet wird, das den Namen Provisorisches Parlament erhält;

2. daß die von der Antifaschistischen Wetsche der Nationalen Befreiung beschlossenen gesetzgebenden Akte der nachträglichen Bestätigung durch eine Konstituierende Versammlung unterliegen.

Auch über andere Balkanfragen fand eine allgemeine Erörterung statt.

8. Beratungen der Außenminister

Im Verlauf der ganzen Konferenz fanden außer den täglichen Beratungen der Regierungshäupter und Außenminister jeden Tag besondere Besprechungen der drei Außenminister unter Teilnahme ihrer Sachbearbeiter statt.

Diese Besprechungen erwiesen sich als außerordentlich nutzbringend, und es wurde auf der Konferenz eine Vereinbarung getroffen, wonach eine ständige Einrichtung zur regelmäßigen gegenseitigen Konsultation der drei Außenminister geschaffen werden soll. Die Außenminister werden deshalb so oft wie nötig, wahrscheinlich alle drei oder vier Monate, zusammentreffen. Diese Besprechungen werden der Reihe nach in den drei Hauptstädten stattfinden, wobei die erste Besprechung in London, nach der Konferenz der Vereinten Nationen zur Schaffung einer Internationalen Sicherheitsorganisation, stattfinden soll.

9. Einheit in der Organisation des Friedens ebenso wie in der Kriegführung

Unsere Beratung in der Krim hat erneut unsere gemeinsame Entschlossenheit bekräftigt, in der bevorstehenden Friedenszeit jene Einheit der Ziele und des Handelns zu wahren und zu verstärken, die in diesem Krieg den Sieg für die Vereinten Nationen möglich und unbestreitbar gemacht hat. Wir sind fest davon überzeugt, daß dies eine heilige Pflicht unserer Regierungen gegenüber ihren Völkern und auch gegenüber den Völkern der Welt ist.

Nur bei fortdauernder und zunehmender Zusammenarbeit und gegenseitigem Verständnis zwischen unseren drei Ländern und zwischen allen friedliebenden Völkern kann das höchste Streben der Menschheit Wirklichkeit werden, ein festgefügtter, langdauernder Friede, der, wie es in der Atlantikcharta heißt, „die Gewähr dafür bietet, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben, frei von Furcht und Not, werden leben können.“

Der Sieg in diesem Krieg und die Schaffung der geplanten internationalen Organisation werden die in der ganzen Geschichte der Menschheit größte Möglichkeit bieten, in den nächsten Jahren die wesentlichen Bedingungen eines solchen Friedens zu schaffen.

Winston Churchill
Franklin D. Roosevelt
J. Stalin.

II. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz

I.

Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen, W. M. Molotow, Herrn D. F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabschefs und anderen Beratern.

In der Periode vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Danach wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, für die Zeit, als in England die Wahlergebnisse verkündet wurden.

Am 28. Juli kehrte Herr Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Herrn E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Es wurden noch vier Sitzungen abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt.

Die Kommissionen, die in den Beratungen der Außenminister für die vorherige Vorbereitung der Fragen eingesetzt worden waren, tagten gleichfalls täglich. Die Sitzungen der Konferenz fanden in Cäcilienhof bei Potsdam statt.

Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungs austausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit einer erneuerten Ueberzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II. Die Einrichtungen eines Rates der Außenminister

A. Die Konferenz erreichte eine Uebereinkunft über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Uebereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übergeben werden können.

Der Text der Uebereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika.
- 2a. Der Rat tagt normalerweise in London, wo der ständige Aufenthaltsort des Vereinigten Sekretariats, das durch den Rat zu schaffen ist, sein wird. Jeder Außenminister wird durch einen Stellvertreter von hohem Rang begleitet

werden, welcher gegebenenfalls bevollmächtigt ist, während seiner, des Außenministers, Abwesenheit die Arbeit weiterzuführen, sowie von einem kleinen Stab technischer Mitarbeiter.

- 2b. Die erste Sitzung des Rates findet in London nicht später als am 1. September 1945 statt. Die Sitzungen können nach allgemeiner Uebereinkunft nach anderen Hauptstädten einberufen werden, worüber man von Zeit zu Zeit eine Uebereinkunft erzielen kann.
- 3a. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird.
- 3b. Zur Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der friedlichen Regelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistende der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden. Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen.
- 3c. Andere Angelegenheiten werden von Zeit zu Zeit dem Rat übergeben werden nach Uebereinkunft zwischen den Regierungen, die seine Mitglieder sind.
- 4a. Wenn der Rat eine Frage erörtern wird, an der unmittelbar ein Staat interessiert ist, der in ihm nicht vertreten ist, muß dieser Staat eingeladen werden, seine Vertreter zur Teilnahme an der Beratung und Prüfung dieser Frage zu entsenden.
- 4b. Der Rat kann seine Arbeitsweise dem Charakter des gestellten, von ihm zu prüfenden Problems anpassen. In einigen Fällen kann er die Frage in seiner Zusammensetzung vor der Teilnahme der anderen interessierten Staaten vorberaten. Im anderen Falle kann der Rat eine offizielle Konferenz der Staaten einberufen, die am meisten an der Lösung eines beliebig gestellten Problems interessiert sind.
- B. Der Entschließung der Konferenz entsprechend schickte jede der drei Regierungen gleichlautende Einladungen an die Regierungen von China und Frankreich, diesen Text anzunehmen und sich der Errichtung des Rates anzuschließen.
- C. Die Errichtung des Rates der Außenminister für besondere Ziele, die in diesem Text genannt worden sind, widerspricht nicht der auf der Krim-Konferenz erzielten Uebereinkunft über die Abhaltung periodischer Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreiches.
- D. Die Konferenz überprüfte auch die Situation der europäischen konsultativen Kommission im Sinne der Uebereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Kommission erfolgreich mit ihren Hauptaufgaben fertig geworden ist, indem sie die Vorschläge, betreffend die bedingungslose Kapitulation, die Besatzungszonen Deutschlands und Oesterreichs und das internationale Kontrollsystem in diesen Ländern vorgelegt hat. Es wurde festgestellt, daß für die weitere Arbeit über die Einzelheiten, der Uebereinstimmung der Politik der Alliierten in bezug auf die Kontrolle über Deutschland und Oesterreich in Zukunft der

Kontrollrat in Berlin und die Alliierte Kommission in Wien zuständig sein werden. In Uebereinstimmung mit diesen wird empfohlen, die europäische konsultative Kommission aufzulösen.

III. Ueber Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Uebereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Uebereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter der freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Uebereinkunft lautet:

„Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Uebereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates handeln, jeder in seiner Besatzungszone nach den Leitsätzen seiner entsprechenden Regierung, sowie gemeinsam in den ganz Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.
2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.
3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:
 - I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Ueberwachung. Zu diesem Zweck:
 - a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Aemtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;

- b) alle Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte und alle Spezialmittel zu deren Herstellung müssen sich in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.
- II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigene mitleidslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.
- III. Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Propaganda ist vorzubeugen.
- IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.
4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlage für das Hitlerregime gebildet haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.
5. Kriegsverbrecher und diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung der nazistischen Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich gezogen oder als Ergebnis gehabt haben, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leitung der nazistischen Ämter und Organisationen und beliebige andere Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu helfen, ersetzt werden.
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehrsätze völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsprechung auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:
- I. Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

- II. In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.
- III. Die Abgeordneten- und Wahlgrundsätze sollen in die provinziellen Bezirks- und Landesverwaltungen, so schnell wie das durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden.
- IV. Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.
10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmittel, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen. Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.
12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.
13. Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.
14. Während der Besetzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. Mit diesem Ziel ist eine gemeinsame Politik durchzuführen hinsichtlich:
- a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie;
 - b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;
 - c) der Löhne, der Preise und der Rationierung;
 - d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes;
 - e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle;
 - f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industripotentials;

g) des Transport- und Verkehrswesens.

Bei der Durchführung dieser Politik sind im Bedarfsfalle die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:
 - a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Demilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
 - b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind, und die für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt, wichtig sind (Europäische Länder bedeuten alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion.);
 - c) zur Sicherung — in der Reihenfolge, die der Kontrollrat festsetzt — einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichsten Waren unter den verschiedenen Zonen, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeit einzuschränken;
 - d) zur Ueberwachung der deutschen Industrie und aller wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Abkommen einschließlich der Aus- und Einfuhr mit dem Ziel der Unterbindung einer Entwicklung des Kriegspotentials Deutschlands und der Erreichung der anderen genannten Aufgaben;
 - e) zur Ueberwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.
16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist vorzuschlagen, in möglichst vollem Umfang die Verwaltung dieses Apparates zu fordern und zu übernehmen. Auf diese Weise ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten.
17. Es sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur
 - a) Durchführung der notwendigen Instandsetzungen des Verkehrswesens,
 - b) Hebung der Kohlerzeugung,
 - c) weitmöglichsten Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und
 - d) Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.
18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.
19. Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr. Die hier erwähnten Bedingungen werden nicht angewandt bei den Einrichtungen und Produkten, die in den Punkten 4a und 4b der Uebereinkunft über die deutschen Reparationen erwähnt sind.

IV. Reparationen aus Deutschland

In Uebereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Uebereinkunft über Reparationen erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.
4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:
 - a) 15 Proz. derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Hauptausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind und aus den westlichen Zonen Deutschlands im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren entnommen werden soll, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden mag;
 - b) 10 Proz. derjenigen industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist, ohne Bezahlung oder Gegenleistungen irgendwelcher Art. Die Entnahmen der Ausrüstung, wie sie oben in a) und b) vorgesehen sind, sollen gleichzeitig erfolgen.
5. Der Umfang der aus den westlichen Zonen zu entnehmenden Ausrüstung, der auf Reparationskonto geht, muß spätestens innerhalb sechs Monaten von jetzt ab bestimmt sein.
6. Die Entnahme der industriellen Hauptausrüstung soll sobald wie möglich beginnen und innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der in § 5 spezifizierten Bestimmung, abgeschlossen sein. Die Auslieferung der in § 4 a) genannten Produkte soll so schnell wie möglich beginnen, und zwar in durch Vereinbarung bedingten Teillieferungen seitens der Sowjetunion, und innerhalb von fünf Jahren von dem erwähnten Datum ab erfolgen. Die Bestimmung des Umfangs und der Art der industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und der Reparation unterliegt, soll durch den Kontrollrat gemäß den Richtlinien erfolgen, die von der alliierten Kontrollkommission für Reparationen, unter Beteiligung Frankreichs, festgelegt sind, wobei die endgültige Entscheidung durch den Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Ausrüstung entnommen werden soll.
7. Vor der Festlegung des Gesamtumfanges der der Entnahme unterworfenen Ausrüstung sollen Vorschußlieferungen solcher Ausrüstung erfolgen, die als zur Auslieferung verfügbar bestimmt werden in Uebereinstimmung mit dem Verfahren, das im letzten Satz des § 6 vorgesehen ist.
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen

Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern, mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.

9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Oesterreich.
10. Die Sowjetregierung erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.

V. Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine

Die Konferenz erzielte im Prinzip eine Einigung hinsichtlich der Maßnahmen über die Ausnutzung und die Verfügung über die ausgelieferte deutsche Flotte und die Handelsschiffe. Es wurde beschlossen, daß die drei Regierungen Sachverständige bestellen, um gemeinsam detaillierte Pläne zur Verwirklichung der vereinbarten Grundsätze auszuarbeiten. Eine weitere gemeinsame Erklärung wird von den drei Regierungen gleichzeitig zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

VI. Kriegsverbrecher

Die drei Regierungen haben von den Besprechungen Kenntnis genommen, die in den letzten Wochen in London zwischen britischen, USA-, sowjetischen und französischen Vertretern mit dem Ziele stattgefunden haben, eine Vereinbarung über die Methoden des Verfahrens gegen alle Hauptkriegsverbrecher zu erzielen, deren Verbrechen nach der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943 räumlich nicht besonders begrenzt sind.

Die drei Regierungen bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und sicheren Gerichtsbarkeit zuzuführen. Sie hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einer schnellen Vereinbarung führen, die diesem Zwecke dient, und sie betrachten es als eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit, daß der Prozeß gegen diese Hauptverbrecher zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnt.

Die erste Liste der Angeklagten wird vor dem 1. September dieses Jahres veröffentlicht werden.

VII. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg—Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Uebergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung zu unterwerfen ist.

Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.

VIII. Oesterreich

Die Konferenz hat einen Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Autorität der österreichischen provisorischen Regierung auf ganz Oesterreich geprüft.

Die drei Regierungen stimmten darin überein, daß sie bereit seien, diese Frage nach dem Einzug der britischen und amerikanischen Streitkräfte in die Stadt Wien zu prüfen.

IX. Polen

Die Konferenz hat die Fragen, die sich auf die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und auf die Westgrenze Polens beziehen, der Betrachtung unterzogen.

Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definierten sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

a) Wir haben mit Genugtuung von dem zwischen den Vertretern der aus Polen selbst und aus dem Auslande erzielten Abkommen Kenntnis genommen, durch das die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz erfolgte Bildung einer Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit möglich geworden ist, die von den drei Mächten anerkannt worden ist. Die Herabsetzung diplomatischer Beziehungen mit der Polnischen Provisorischen Regierung durch die britische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten hatte die Zurückziehung ihrer Anerkennung der früheren polnischen Regierung in London zur Folge, die nicht mehr besteht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Uebereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen.

Der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechtes des polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Die drei Mächte sind darum besorgt, der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit bei der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar für alle Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentumsmäßigen Rechte zugebilligt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern.

Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und ungehinderter Wahlen, die sobald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben und die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen sollen, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten.

b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange vorgelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neisse und die westliche Neisse entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit dem auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

X. Der Abschluß der Friedensverträge und Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen

Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa.

Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch den Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen.

Für ihren Teil haben die drei Regierungen die Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien als erste unter den vordringlichen und wichtigen Aufgaben vorgesehen, denen sich der Rat der Außenminister unterziehen soll. Italien war die erste der Achsenmächte, die mit Deutschland gebrochen hat, zu dessen Niederlage es materiell erheblich beigetragen hat, und es hat sich jetzt den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan angeschlossen. Italien hat sich selbst vom faschistischen Regime befreit und macht gute Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung einer demokratischen Regierung und demokratischer Einrichtungen. Der Abschluß eines solchen Friedensvertrages mit einer anerkannten und demokratischen italienischen Regierung würde es den drei Regierungen ermöglichen, ihrem Wunsche entsprechend einen Antrag Italiens auf die Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen haben ferner den Rat der Außenminister mit der Aufgabe einer Vorbereitung von Friedensverträgen für Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien beauftragt. Der Abschluß von Friedensverträgen mit anerkannten demokratischen Regierungen in diesen Staaten würde ebenfalls die drei Regierungen befähigen, deren Anträge auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist.

Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu berichten.

Im Hinblick auf die Zulassung anderer Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen erklärt Artikel 4 der Charta der Vereinten Nationen folgendes:

„1. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, die die in der vorliegenden Charta enthaltenen Verpflichtungen akzeptieren und nach dem Urteil der Organisation willens und in der Lage sind, diese Verpflichtungen durchzuführen.

2. Die Zulassung jedes derartigen Staates zur Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erfolgt durch Beschluß der Generalversammlung auf Grund der Empfehlung des Sicherheitsrates.“

Die drei Regierungen werden, soweit sie betroffen sind, Anträge auf Mitgliedschaft seitens solcher Staaten, die während des Krieges neutral geblieben sind und die oben auseinandergesetzten Bedingungen erfüllen werden, unterstützen.

Die drei Regierungen fühlen sich jedoch verpflichtet, klarzustellen, daß sie für ihren Teil einen Antrag auf Mitgliedschaft seitens der gegenwärtigen spanischen Regierung, die sich mit Unterstützung der Achsenmächte gebildet hat, nicht begünstigen werden, da diese angesichts ihres Ursprunges, ihres Charakters, ihrer Geschichte und ihrer engen Verbindung mit den Angreiferstaaten nicht die notwendigen Qualifikationen zur Rechtfertigung einer derartigen Mitgliedschaft besitzt.

XI. Territoriale Treuhänderschaft

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluß der Krim-Konferenz und in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind.

Nach einem Meinungsaustausch über diese Frage wurde beschlossen, daß die Verfügung über frühere italienische Kolonialgebiete im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien geklärt und im September vom Rat der Außenminister beraten werden soll.

XII. Verfahrensrevision bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn

Die drei Regierungen nahmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und USA-Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.

Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommission in diesen Ländern nun durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen.

XIII. Ordnungsmäßige Ueberführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage in all ihren Aspekten beraten und erkennen an, daß die Ueberführung

der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Ueberführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Ueberführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben.

XIV. Militärische Besprechungen

Während der Konferenz fanden Sitzungen zwischen den Stabschefs der drei Regierungen über militärische Themen gemeinsamen Interesses statt.

Die Liste der Delegation für die Sowjetunion:

Der Präsident des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Generalissimus Stalin J. W. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Molotow W. M. Admiral der Flotte, Kusnetzow N. G. Der Chef des Generalstabes der Roten Armee, Armeegeneral Antonow A. J. Der Stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Kawtaradze S. F. Der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maiski J. M. Der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Wyschinski. Der Chef des Flottenstabes, Admiral Kutschelow. Der Botschafter der Sowjetunion in Großbritannien, Gusew. Der Botschafter der Sowjetunion in den USA, Gromyko. Das Mitglied des Amtes des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Leiter der zweiten Europäischen Abteilung Nowikow K. V. Das Mitglied des Amtes des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Leiter der USA-Abteilung, Tsarapkin S. K. Der Leiter der ersten Europäischen Abteilung des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Kozyrew S. T. Der Leiter der Balkan-Abteilung des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Lawrischew A. A. Der assistierende Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Saburow. Der Leiter der politischen Abteilung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sobolew A. A. Der sachverständige Berater des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Rolunsky S. A.

Die Liste der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

Der Präsident Harry S. Truman; der Außenminister James F. Byrnes; Flottenadmiral William D. Leahy, Chef des Stabes zur Verfügung des Präsidenten; Joseph E. Davies, Sonderbotschafter; Edwin Pauley, Sonderbotschafter; Averell Harriman, Botschafter in der UdSSR; General der Armee George G. Marshall, Chef des Stabes der USA-Armee; Flottenadmiral Ernest J. King, Chef der Seeoperationen und Oberbefehlshaber der USA-Flotte;

General der Armee H. H. Arnold, USA-Armeeluftstreitkräfte; Generalleutnant Brehold B. Somervell, Kommandierender General der Armeerversorgungskräfte; Vizeadmiral Emery S. Land, Verwalter der Kriegsschiffahrt; William L. Clayton, assistierender Außenminister; Ben Cohen, Sonderattaché im Außenministerium; H. Freeman Matthews, Chef der Europäischen Abteilung im Außenministerium; Charles K. Bohlen, assistierender Staatssekretär — zusammen mit politischen, militärischen und technischen Beratern.

Die Liste der Delegation für das Vereinigte Königreich:

Die Premierminister Mr. Winston S. Churchill, C. R. Attlee. Die Außenminister Anthony Eden, Ernest Bevin. Lord Leathers, Minister für das Kriegstransportwesen. Sir Alexander Cadogan, ständiger Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Sir Archibald Clark Kerr, Botschafter Sr. Majestät in Moskau. Sir Walter Monckton, Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs bei der Moskauer Reparationskommission. Sir William Strang, politischer Berater beim Oberbefehlshaber der britischen Zone in Deutschland. Sir Edward Bridges, Sekretär des Kabinetts. Feldmarschall Sir Alan Brooke, Chef des Empire-Generalstabes. Sir Charles Portal, Marschall der Royal Airforce, Chef des Luftwaffengeneralstabes. Sir Andrew Cunningham, Großadmiral, Erster Seelord. General Sir Hastings Ismay, Stabschef beim Verteidigungsminister. Feldmarschall Sir Harold Alexander, alliierter Oberbefehlshaber auf dem Mittelmeer-Kriegsschauplatz. Feldmarschall Sir Henry Maitland Wilson, Chef der britischen gemeinsamen Stabsmission in Washington, und andere Berater.

Unterzeichnet:

J. Stalin

Harry Truman

C. R. Attlee

Vortragsdisposition

Nr. 8

Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion

I N H A L T

	Seite
I. Der Charakter des Krieges	1
II. Der Verlauf des Krieges an der deutsch-sowjetischen Front	3
III. Die Kraftquellen der Sowjetunion	6
IV. Die Antihitlerkoalition	9
V. Die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens	10

Preis 10 Pf.

Vortragsdisposition Nr. 8

Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion

1. Der Charakter des Krieges

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitler die Sowjetunion, die sich mit Deutschland im tiefen Frieden befand. Er brach damit den Nichtangriffspakt, der im Jahre 1939 zwischen der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossen worden war und entlarvte sich vor der ganzen Welt als Kriegsbrandstifter.

1. Wofür kämpfte Hitler?

Die Beauftragten der deutschen Monopolkapitalisten, die Nazi-banditen, glaubten sich ihres Sieges so sicher, daß sie ohne Scheu ihre wahren Absichten in die Welt hinausposaunten.

Schon in „Mein Kampf“ hat Hitler den Raubkrieg gegen die Sowjetunion gepredigt. Er schrieb damals:

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“

(Hitler, „Mein Kampf“, S. 154.)

Und Goebbels sagte:

„Ich glaube, wir können vor diesem Volk gar nicht bestehen, wenn wir uns am Ende dieses Krieges mit leeren Phrasen behelfen müßten, wir hätten für die Weltmoral gekämpft oder für große Ideale. — Nein wir kämpfen für Grund und Boden, wir kämpfen für Öl und Eisen, für wogende Weizenfelder, das regt unsere Soldaten an und dafür fallen sie.“

(Goebbels in Gdingen 27. 10. 42.)

Aber die deutschen Imperialisten führten den Krieg nicht nur zur Ausraubung fremder Länder, sondern zur Versklavung und Ausrottung anderer Völker. Der Beweis dafür war die Hitlersche „Neuordnung“ Europas, die Massenmordfabriken Maidanek, Auschwitz usw. In seiner Rede am 6. November 1942 sagte Stalin:

„Das Aktionsprogramm der italienisch-deutschen Koalition kann man durch folgende Punkte charakterisieren: Rassenhaß, Herrschaft der „auserwählten“ Nationen; Unterwerfung der anderen Nationen und Besetzung ihrer Territorien, wirtschaftliche Versklavung der unterworfenen Nationen und Raub ihres nationalen Eigentums, Vernichtung der demokratischen Freiheiten; Aufrichtung des Hitlerregimes überall.“ (Stalin, Vaterländischer Krieg, S. 55.)

Auf Seiten Deutschlands war der Krieg also ein Kampf um die Eroberung und Unterjochung der ganzen Welt.

2. Wofür kämpfte die Sowjetunion?

a) Für die Befreiung der Sowjetunion

„Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien.

(Stalin, Moskau, 23. 2. 1942, Vaterländischer Krieg, S. 35.)

b) Hilfe den unterdrückten Völkern

„Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel, den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitler Tyrannie zu helfen . . .

c) Keine Einmischung

... und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Völker.“ (Stalin, Moskau, 6. 11. 1941, Vaterländischer Krieg, S. 26.)

3. Der gerechte Befreiungskrieg der Sowjetunion

Die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen, die die Vernichtung des räuberischen und grausamen Hitlerfaschismus und die Befreiung der unterdrückten Völker anstrebten, führten also einen fortschrittlichen Krieg, einen gerechten Krieg.

„Lenin unterschied zwei Arten von Kriegen: Eroberungskriege, das heißt ungerechte Kriege, und Befreiungskriege, gerechte Kriege.

Die Deutschen führen heute einen Raubkrieg, einen ungerechten Krieg, der auf die Eroberung fremden Gebietes und die Unterwerfung fremder Völker abzielt. Darum müssen sich alle ehrlichen Menschen gegen die deutschen Eindringlinge als gegen ihre Feinde erheben.

Zum Unterschied von Hitlerdeutschland führen die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen einen Befreiungskrieg, einen gerechten Krieg, der auf die Befreiung der unterjochten Völker Europas und der Sowjetunion von der Hitler Tyrannie abzielt.“

(Stalin, 6. 11. 1941, Vaterländischer Krieg, S. 25/26.)

II. Der Verlauf des Krieges an der deutsch-sowjetischen Front

1. Das Scheitern des Blitzkrieges

Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte ein „Blitzkrieg“ sein und höchstens 3—4 Monate dauern. Die Nazis achteten nicht darauf, daß ihre Anfangserfolge mit unerhörten Verlusten erkauft wurden. Sie glaubten, die SU rasch besiegen zu können.

a) Die Unterschätzung der Sowjetunion durch die Nazis

Hitler erklärte in seiner Eröffnungsrede zum Winterhilfswerk am 3. Oktober 1941:

„Wir haben uns in der Richtigkeit der Pläne nicht getäuscht. Heute darf ich sagen, daß dieser Gegner bereits gebrochen ist und sich nie mehr erheben wird.“

b) Bei den Bundesgenossen

Selbst in Amerika zweifelte man anfangs an der Widerstandskraft der Sowjetunion. Der frühere amerikanische Außenminister Stettinius schrieb:

„Ich entsinne mich vieler Diskussionen, in denen davon die Rede war, daß der Krieg in Rußland bis zum 1. August 1941 zu Ende sein wird.“

2. Die Ursachen für die zeitweiligen Mißerfolge der Roten Armee

Mit ungeheurer Wucht und mit dem Aufwand aller technischen Mittel, die ihnen im Reich und im besetzten Europa zur Verfügung standen, brachen die faschistischen Heere in die Sowjet-

union ein; trotz heldenhaften Widerstandes der Roten Armee gelang es ihnen, in wenigen Wochen vor Leningrad, Moskau und am Rande des Donezgebietes zu stehen.

Die Ursachen waren:

a) Keine zweite Front

Stalin sagte in seiner Rede am 6. November 1941:

„Es handelt sich darum, daß auf dem europäischen Festland gegenwärtig keine Armeen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika stehen, die gegen die faschistischen deutschen Truppen Krieg führen würden; in Anbetracht dessen brauchen die Deutschen ihre Kräfte nicht zu zersplittern . . .

b) Mangel an Panzern und Flugzeugen

. . . Eine andere Ursache für die zeitweiligen Mißerfolge unserer Armeen besteht darin, daß wir an Panzern und teilweise an Flugzeugen Mangel leiden.“ (Vaterländischer Krieg, S. 18.)

c) Der Aggressor ist immer besser vorbereitet

„Tatsache ist, daß die aggressiven Nationen in diesem Kriege schon vor Kriegsbeginn über eine fertige Invasionsarmee verfügten, während die friedliebenden Nationen nicht einmal eine Armee hatten, die völlig ausreichte, um die Mobilisierung zu decken.“

(Stalin, Rede am 6. November 1944, Vaterländischer Krieg, S. 138.)

3. Die Gegenschläge der Roten Armeen

a) Zerstörung des Nimbus der Unbesiegbarkeit

Die ersten Niederlagen bei Rostow, Kertsch und Tichwin, und besonders die große Niederlage Hitlers vor Moskau im Winter 1941 zerstörten den Nimbus der Unbesiegbarkeit der Armeen Hitlers.

b) Stalingrad, die große Wende

Während 1941 die deutschen Faschisten ihre Offensive in der Frontbreite vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer führten, reichte ihre Kraft 1942 nur noch zu einer Offensive im Süden der Ostfront. Dort konnten sie ein Uebergewicht an Kräften konzentrieren, weil es in Europa keine zweite Front gab. Bis nach Stalingrad ging der Vorstoß, dann kam die Wende. Unter Stalins persönlicher Führung wurde hier die deutsche Armee geschlagen. „Die Schlacht bei Stalingrad war ein Vorbote des Untergangs der deutschen Armeen“, sagte Stalin.

c) Kursk bis Berlin

Noch einmal versuchten die Hitlergenerale im Sommer 1943 bei Kursk auf schmalem Raum einen Vorstoß, zu mehr reichte

ihre Kraft nicht. Doch bald folgte die Gegenoffensive, bei der die Rote Armee bewies, daß sie genau wie im Winter auch im Sommer die deutsche Wehrmacht zu schlagen versteht. Nun ging der Siegeszug der Roten Armee unaufhaltsam vorwärts. Vom Westen kam die Invasion der anglo-amerikanischen Truppen und im gemeinsamen Kampf wurden die faschistischen Heere nun auf deutschem Boden zerschlagen. Die letzte große Schlacht dieses Krieges war der Kampf um Berlin, das nach 11tägigem Kampf vor der Sowjetarmee kapituliert. Die deutsche Wehrmacht wurde schließlich auf deutschem Boden restlos zertrümmert.

4. Die Bestialitäten der deutschen Wehrmacht

Wie die Tiere stürzten die deutschen Soldaten in die Wohnungen der Bauern und der städtischen Bevölkerung. Sie raubten sie nicht nur aus, sondern verübten die tollsten Grausamkeiten.

(Siehe Enthüllungen in DVZ, 19. 8. 1945, aus den Geheimakten Görings.)

Wie oft wurden die Bauern aus den Häusern getrieben, die Männer, Alte und Kinder, ermordet, das Haus ausgeraubt und verbrannt, die arbeitsfähige Bevölkerung in Lager nach Deutschland verschleppt, um dort als Sklaven zu arbeiten.

An diesem Rauben, Morden und Plündern war nicht bloß die SS beteiligt, leider beteiligten sich auch große Teile der deutschen Wehrmacht daran. Wieviele Soldatenpakete mit Lebensmitteln, Pelzen, Schafstiefeln usw. wurden nach Hause geschickt?

Ermordung von Kriegsgefangenen

Sowjetoffiziere, Politarbeiter, Kommunisten und Jungkommunisten wurden meistens gleich ermordet. Die anderen kamen z. T. in Gefangenenlager, in denen viele verhungerten. Im Weser-Ems-Moorlager sind Zehntausende entweder verhungert oder zu Tode gequält worden. Im KZ Auschwitz konnten deutsche Antifaschisten beobachten, wie 12 000 Kriegsgefangene binnen 3 Tagen restlos liquidiert wurden.

Es ist also erklärlich, wenn heute von den siegreichen Sowjetsoldaten hier und dort einige Uebergriffe vorkommen; sie sind belanglos, gemessen am Wüten der deutschen Armee in der Sowjetunion.

Wir sollen dem deutschen Volk sagen, was gewesen wäre, „wenn Gleiches mit Gleichem vergolten worden wäre.“

III. Die Kraftquellen der Sowjetunion

Das Sowjetvolk schöpfte die Kraft zu seinem heroischen Widerstand und seiner siegreichen Offensive aus Quellen, die nur dem Sowjetstaate eigen sind. Diese Kraftquellen sind politischer, wirtschaftlicher und moralischer Natur.

1. Politische Kraftquellen

In der Sowjetunion besteht das fortschrittlichste politische System der Welt.

a) Rätestaat

„... Schaffung eines neuen Staatstypus, des Rätestaates, der den werktätigen und unterdrückten Massen die Möglichkeit gibt, an dem selbstständigen Aufbau der neuen Gesellschaft tätig Anteil zu nehmen...“

(Lenin: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, Sämtl. Werke, Bd. XXII, S. 495.)

b) Demokratie

für die breiten Massen Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit.

„Diese Rechte des Bürgers werden dadurch gewährleistet, daß den Werktätigen und ihren Organisationen die Druckereien, Papiervorräte, öffentlichen Gebäude, Straßen, das Post- und Fernmeldewesen und andere materielle Bedingungen, die zu ihrer Ausübung notwendig sind, zur Verfügung gestellt werden.“

(Verfassung der SU, Art. 125.)

2. Wirtschaftliche Kraftquellen

In der Sowjetunion besteht das fortschrittlichste wirtschaftliche System der Welt.

a) Sozialistische Wirtschaft

Die Produktionsmittel, Grund und Boden, Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen usw. befinden sich in Händen des Staates, d. h. des ganzen Volkes. Die landwirtschaftlichen Produktionsmittel sind Kollektiveigentum der Bauern. Demzufolge ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in der Sowjetunion aufgehoben. Es gibt keine parasitären Klassen, und die ganze Volkswirtschaft konnte in den Dienst des Krieges gestellt werden.

b) Planwirtschaft

Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln besteht Planwirtschaft. Darum gibt es in der Sowjetunion keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit. Die

Stalinschen Fünfjahrespläne sicherten den raschen Aufstieg der Volkswirtschaft der SU. Die Industrieproduktion stieg:

1928—1932	um	202%
1932—1937	„	221%
1937—Krieg	„	190%

Die Planwirtschaft ermöglichte es, alle wirtschaftlichen Kräfte zu einer Kraft zusammenzuballen und für die Niederschlagung des räuberischen Feindes zu mobilisieren.

c) Wachsender Wohlstand der Massen

Der Durchschnittslohn des Arbeiters stieg von 1513 Rubel im Jahre 1933 auf 3447 Rubel 1938. Diese Steigerung bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitszeit. Die durchschnittliche Arbeitszeit senkte sich von 9,9 Stunden 1913 täglich auf 6,8 Stunden 1936. Der Lohnfonds der Arbeiter und Angestellten wuchs 1940 auf 123,7 Milliarden Rubel gegenüber 116,5 Milliarden Rubel im Jahre 1939.

Das Geldeinkommen der Kollektivwirtschaften stieg von 5 Milliarden 661,9 Millionen Rubel 1933 auf 14 Milliarden 180,1 Millionen Rubel 1937.

Den Sowjetbürgern wird in der Verfassung das Recht auf Arbeit, Erholung und Versorgung garantiert.

Diese Errungenschaften hat das Sowjetvolk im Großen Vaterländischen Krieg gegen Hitlerdeutschland verteidigt.

3. Moralische Kraftquellen

a) Klassenlose Gesellschaft

Während des sozialistischen Aufbaues hörte die Arbeiterklasse auf, eine ausgebeutete Klasse zu sein. Aus dem Proletariat im Kapitalismus entstand die Arbeiterklasse der Sowjetunion. Ein neuer, von jeder Ausbeutung freier Bauer, der Kollektivbauer, hat sich entwickelt. Eine neue Sowjetintelligenz ist entstanden, die gleichberechtigtes Mitglied der sozialistischen Gesellschaft ist.

„Auf diese Weise verwischen sich die Klassenscheidungen unter den Werktätigen der Sowjetunion, verschwindet die alte Klassenabgeschlossenheit. Die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen Arbeitern, Bauern und der Intelligenz fallen weg und verwischen sich. Es ist die Grundlage der moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft geschaffen worden.“

(Geschichte der KP der UdSSR (Bolschewiki), S. 416.)

Diese neue Klassenstruktur der Sowjetunion gab die Grundlage für den festen Zusammenhalt des Sowjetvolkes im Vaterländischen Kriege.

b) Freundschaft der Völker

An Stelle des unter dem Zarismus herrschenden Hasses und Zwistes zwischen den Völkern trat die Freundschaft der Völker der SU, die wie ein Mann ihr sozialistisches Vaterland verteidigten.

„Die Freundschaft zwischen den Völkern unseres Landes hat allen Schwierigkeiten und Prüfungen des Krieges standgehalten und ist im gemeinsamen Kampf aller Sowjetmenschen gegen die faschistischen Okkupanten noch mehr gestählt worden. Darin liegt eine Kraftquelle der Sowjetunion“.

(Stalin, Vaterländischer Krieg, S. 101, 6. 11. 1943.)

c) Der Sowjetpatriotismus

Eine wichtige Kraftquelle war der Sowjetpatriotismus.

„Die Kraft des Sowjetpatriotismus liegt darin, daß ihm nicht rassenmäßige oder nationalistische Vorurteile zugrundeliegen, sondern die tiefe Hingabe des Volkes an seine Sowjetheimat und seine Treue zu ihr, die brüderliche Gemeinschaft der Werktätigen aller Nationen unseres Landes.“

(Stalin, 6. 11. 1944, Vaterländischer Krieg, S. 133.)

d) Wachsender Einfluß der bolschewistischen Partei

Der Einfluß der bolschewistischen Partei auf die Massen des Sowjetvolkes ist während des Krieges noch gewachsen und war eine bedeutende Kraftquelle für den Sieg des Sowjetvolkes.

In seiner Rede am 6. November 1943 sagte Stalin:

„Unter der Führung der Partei der Bolschewiki haben die Arbeiter, die Bauern und die Intellektuellen unseres Landes die Freiheit errungen und die sozialistische Gesellschaft errichtet. In den Tagen des Vaterländischen Krieges steht die Partei vor uns als der Inspirator und Organisator des allgemeinen Volkskampfes gegen die faschistischen Okkupanten. Durch die Organisationsarbeit der Partei wurden alle Anstrengungen der Sowjetmenschen in eins zusammengefaßt und auf das gemeinsame Ziel gelenkt, alle unsere Kräfte und Mittel der Zerschmetterung des Feindes dienstbar gemacht. Während des Krieges ist die Partei noch mehr mit dem Volk verwachsen, hat sich noch fester mit den breiten Massen der Werktätigen verbunden.“

(Stalin, Moskau, 6. 11. 43, Vaterländischer Krieg, S. 101.)

IV. Die Antihitlerkoalition

1. Friedenspolitik der Sowjetunion

Die SU hat jedes Mittel ausgenutzt, den Frieden zu erhalten: 1934 Eintritt in den Völkerbund im Interesse der Erhaltung des Friedens. Abschluß von Nichtangriffspakten; die Politik der kollektiven Sicherheit usw. Die sozialistische Sowjetunion, das Land der klassenlosen Gesellschaft, hat keine Monopolherren oder Junker, die am Krieg gewinnen wollen und daher immer Kriegshetzer sind. Das Sowjetvolk braucht für seinen Aufbau den Frieden.

2. Wachsender Einfluß der Sowjetunion während des Krieges

Durch den heldenhaften Widerstand des Sowjetvolkes und die siegreiche Offensive der Roten Armee, die viele Völker Europas vom Hitlerjoch befreite, ist der internationale Einfluß der Sowjetunion ungeheuer gestiegen. Alle Völker sehen in der Sowjetunion den Hort des Friedens.

3. Die Antihitlerkoalition

a) Die Entstehung der Koalition

Hitler hoffte, die SU zu isolieren, zu diesem Zweck ständige Friedensangebote an England (Hess nach England geschickt). Aber er hat damit Schiffbruch erlitten:

„Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich trotz der Bemühungen von Heß nicht nur dem Feldzug der faschistischen deutschen Räuber gegen die Sowjetunion nicht angeschlossen, sondern sie stehen im Gegenteil mit der Sowjetunion in einem Lager gegen Hitlerdeutschland. Die Sowjetunion hat sich nicht nur nicht als isoliert erwiesen, sondern im Gegenteil, sie hat an Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und den von den Deutschen okkupierten anderen Ländern neue Bundesgenossen gewonnen.“

(Stalin, Moskau, 6. 11. 41, Vaterländischer Krieg, S. 5.)

b) Die führende Rolle der SU

Statt Isolierung der SU gewann sie Bundesgenossen, an Stelle des geplanten Kreuzzuges gegen die Sowjetunion entstand die mächtige Antihitlerkoalition, als das Ergebnis der klugen, internationalen Politik Stalins.

Die SU wurde zur Führerin der Antihitlerkoalition, weil sie den Kampf gegen Hitler am konsequentesten führte, weil sie durch Einsatz ihrer ganzen militärischen Kräfte am meisten zur Niederlage der Faschisten beigetragen hat und am konsequentesten den Kampf um die Vernichtung des Faschismus führt.

c) Die feste Grundlage der Antihitlerkoalition

Trotz der verschiedenen Systeme und Weltanschauungen unter den Alliierten hat sich die Zusammenarbeit der demokratischen Großmächte im Kriege bewährt und wird sich auch im Frieden bewähren.

„... denn der Antihitlerkoalition liegen die lebenswichtigen Interessen der Verbündeten zugrunde, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Hitlerdeutschland und seine Spießgesellen in Europa zu zerschmettern. Und gerade diese Gemeinsamkeit der Grundinteressen ist es auch, die im Laufe des Krieges zur Festigung des Kampfbündnisses zwischen der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten von Amerika führt.“

(Stalin, Moskau, 23.2.44, Vaterländischer Krieg, S.115.)

V. Die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens

1. Bildung der Weltorganisation „Vereinte Nationen“

Die Lehre aus dem Kriege war die Bildung einer Weltfriedensorganisation „Vereinte Nationen“, die die Aufgabe hat, alle Differenzen zwischen den Völkern auf friedlichem Wege zu liquidieren und einen eventuellen Aggressor mit der vereinten Kraft der Nationen zum Frieden zu zwingen. Die Sowjetunion kämpfte in Dumberton Oaks und in San Franzisko darum, diese Organisation so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten.

2. Die Berliner Beschlüsse

Auch die Beschlüsse der Berliner Konferenz, an denen die Sowjetunion aktiv mitwirkte, stellen die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens in den Vordergrund. Daher sichern sie die Vernichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus, ohne Deutschland aufzuteilen und geben dem deutschen Volke gleichzeitig die Möglichkeit zu einer Aufwärtsentwicklung auf freier und friedlicher Grundlage.

3. Eingreifen in den fernöstlichen Krieg

Die Menschen Europas atmeten auf, als nach 6 Jahren der Krieg beendet wurde. Im Fernen Osten setzte aber Japan immer noch seinen sinnlosen Widerstand fort und ließ damit die Welt immer noch nicht zur Ruhe kommen. Nachdem die westlichen Verbündeten der SU an Japan eine vergebliche Aufforderung zur Kapitulation richteten, griff die Sowjetunion ein und erklärte Japan den Krieg, um damit die Zahl der Opfer zu verringern und zur raschesten Wiederherstellung des Weltfriedens beizutragen.

„Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß diese ihre Politik das einzige Mittel ist, das geeignet ist, den Frieden näher zu bringen, die Völker von weiteren Opfern und Leiden zu befreien und dem japanischen Volk die Möglichkeit zu geben, sich vor den Gefahren und Zerstörungen zu bewahren, die Deutschland nach seiner Ablehnung der bedingungslosen Kapitulation durchgemacht hat.“

(Aus der Erklärung der SU vom 8. August 1945 in Moskau.)

Wenige Tage nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion und nach dem siegreichen Vormarsch der Roten Armee kapitulierte Japan. Aller Welt wird klar, daß der Kriegseintritt der Sowjetunion den Frieden in der Welt gebracht hat.

4. Die Sowjetunion, der Hort des Friedens

Nach der Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt setzt die Sowjetunion ihre ganze Macht zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens ein. Sie ist und bleibt der sicherste Hort des Friedens. Darum müssen sich alle, die ehrlich die Erhaltung und den Ausbau des Friedens wollen, um die Sowjetunion scharen.

Vortragsdisposition

Nr. 9

Die Bodenreform

I N H A L T

	Seite
I. Die Landnot der deutschen Bauern . . .	1
II. Der Bauernbetrug Hitlers	5
III. Die Bodenreform	9
IV. Die Bodenreform sichert die Ernährung des deutschen Volkes	15

Als Manuskript gedruckt

Vortragsdisposition Nr. 9

Die Bodenreform

I. Die Landnot der deutschen Bauern

1. Die Bodenverteilung in Deutschland

Obwohl die Bauern eine entscheidende Rolle in der Ernährung des deutschen Volkes spielen, führten die unteren Schichten der deutschen Bauern, die die Mehrheit der Landbevölkerung bilden, und besonders die Landarbeiter, seit Jahrhunderten ein erbärmliches Dasein. Es mangelt ihnen an dem, was der Landmann am dringendsten braucht: am Boden. Der beste und meiste Boden befindet sich nicht im Besitze der Bauern und Landarbeiter, die ihn bebauen, sondern im Besitze der Großgrundbesitzer, der feudalen Junker. Im Jahre 1939 besaßen in Deutschland rund 3 Millionen Bauernwirtschaften (fast drei Viertel aller Bauernhöfe des Landes) weniger Boden als 38 000 Junker.

Im **Land Sachsen** besitzen 48 953 Bauernwirtschaften bis 5 ha Betriebsfläche 91 000 ha Boden; dagegen haben 1042 Gutsbesitzer mit e über 100 ha insgesamt 434 000 ha, d. h. diese 1000 Junker haben $4\frac{1}{2}$ mal mehr Land als 49 000 landarme Bauern!

In **Thüringen** verfügen 61 634 Bauernhöfe bis 5 ha über insgesamt 119 000 ha, während 790 Großgrundbesitzer 366 000 ha, d. h. mehr als dreimal soviel haben.

In der **Provinz Sachsen** haben 91 190 landarme Bauernfamilien nur 113 000 ha Boden, hingegen 2176 Großagrarien 860 000 ha, also $9\frac{1}{2}$ mal soviel.

In der **Provinz Brandenburg** ist die Bodenverteilung zugunsten der Junker besonders kraß. 70 617 Bauernhöfe bis 5 ha haben hier ganze 145 000 ha Land, während 2794 Junker 1 755 000 ha besitzen,

d. h. diese knapp 2800 Feudalherren haben zwölfmal soviel Land als 70 000 Bauern. Sie besitzen mehr Boden als alle anderen Bauern der Provinz Brandenburg zusammengenommen.

Noch schlimmer ist es in **Mecklenburg**. Hier haben 23 037 landarme Bauern ganze 45 000 ha Boden, hingegen 1600 Junker 907 000 ha, d. h. mehr als zwanzigmal soviel! Diese 1600 mecklenburgischen Großagrarien haben mehr als zwei Drittel (64,3%) der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche Mecklenburgs in der Hand.

(Diese Zahlen sind dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1939/40 entnommen.)

Der größte Teil des Bodens in Deutschland, und der beste Boden, gehört also nicht den Bauern, die ihn bearbeiten, sondern den Junkern, die von der Arbeit der Bauern und Landarbeiter leben!

2. Der Landraub der Junker

Woher haben die Junker dieses viele Land? Sie haben es kraft ihrer politischen Macht den deutschen Bauern gestohlen! Gerade die den Staatsapparat beherrschenden Junker, Grafen, Fürsten und Könige waren es, die Jahrhunderte hindurch das „Bauernlegen“, d. h. den Raub von Bauernland, betrieben. Daher kommt es denn auch, daß die größten Grundbesitzer in Deutschland eben diese adligen Raubritter sind! Noch im Jahre 1939 besaßen in Deutschland die Feudalherren zehntausende Hektar Land, während Millionen Bauern sich auf kleinsten Parzellen abrackerten. So besaßen z. B.:

die Hohenzollern	97 000 ha Land
Fürst Pleß von Fürstenberg	50 000 „ „
Fürst Hohenlohe-Öhringen	48 000 „ „
Fürst von Sigmaringen	46 000 „ „
Fürst Solms	39 000 „ „
Graf Stolberg-Wernigerode	37 000 „ „
Fürst von Ratibor	31 000 „ „
Fürst von Anhalt-Dessau	29 000 „ „
Graf Schaffgotsch	28 000 „ „
Fürst von Sachsen	22 000 „ „

Es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn dieses von den Junkern gestohlene Land den Bauern und Landarbeitern zurückgegeben wird!

3. Die reaktionäre Rolle der Junker

Die Enteignung der Junker ist aber auch ein Gebot der politischen Erneuerung Deutschlands. Der Nazismus und Militarismus können nicht

ausgerottet werden, wenn die Junker nicht enteignet werden. Denn die Junker waren in Deutschland stets der Hort der Reaktion und des Militarismus. Sie bildeten das reaktionäre Offizierkorps, das am lautesten nach dem Kriege schrie! Aus dem Junkertum ging die reaktionäre Staatsbürokratie hervor, die immer jede fortschrittliche Bewegung unterdrückte. Die Junker bewahrten bis in die jüngste Vergangenheit ihre feudalen Vorrechte auf dem Lande, sie behandelten ihre Landarbeiter schlechter als das Vieh. Viele Junker unterstützten von Anfang an die Nazipartei, sie waren eine der stärksten Stützen des Hitlerregimes. Die wirtschaftliche Grundlage dieser reaktionären Rolle des Junkertums waren ihre riesigen Latifundien, die stets Brutstätten reaktionärer Umtriebe waren.

Ein demokratischer Neuaufbau Deutschlands ist daher nicht möglich, ohne die reaktionären Feudalherren zu enteignen!

II. Der Bauernbetrug Hitlers

1. Was hat Hitler den deutschen Bauern versprochen?

Die Nazipartei hatte breite Massen der deutschen Bauern eingefangen, weil sie ihnen betrügerische Versprechungen machte. Auf Millionen deutscher Bauern lasteten unerträgliche Pacht- und Hypothekenschulden, sie arbeiteten nur, um die Zinsen dafür bezahlen zu können. Diese Bauernnot nutzten die Nazis aus und proklamierten die „Brechung der Zinsknechtschaft“.

Auch den Bodenhunger der Bauern benutzten die Nazis zu ihrem Bauernfang. In ihrem sogenannten Programm forderten sie unter Punkt 17:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke; Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“

Und im März 1930 erließ Hitler eine parteiamtliche Kundgebung der NSDAP. „Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft für das deutsche Volk“, in der es heißt:

„9. Eine planmäßige, nach großen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgende Besiedlung verfügbar gewordenen Landes ist Aufgabe des Staates. Das Land soll den Siedlern als Erblehen zu Anfangsbedingungen zugeteilt werden, welche eine lebensfähige Wirtschaft möglich machen.“

2. Was hat Hitler den deutschen Bauern gebracht?

Natürlich hatten die Nazis, die ja nur die Kettenhunde der Bankiers und Imperialisten waren, die Forderung „Brechung der Zinsknechtschaft“ nicht ernst gemeint. Die Bauern mußten auch unter Hitler ihren Pachtzins an die Junker und ihre Hypothekenzinsen an die Finanzmagnaten bezahlen. Die deutsche Bauernschaft wurde auch unter Hitler nicht entschuldigt.

Aber selbst diese demagogischen Forderungen schienen den Junkern zu gefährlich. Hitler wich vor ihnen zurück und erklärte am 13. April 1928 zu Punkt 17 des Programms der NSDAP.:

„Gegenüber den verlogenen Ausführungen zu Punkt 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtete sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften.“

Und wie war es mit den Siedlungen? Unter Hitler wurde weniger gesiedelt als in der Weimarer Republik! Die Zahl der Neusiedlerstellen betrug:

1933 —	4914
1934 —	4931
1938 —	1456
1939 —	798

Das heißt, unter Hitler wurden nach den ersten Propagandajahren jährlich nur noch ein Fünftel der schon bescheidenen Zahl der Siedlungsstellen der Weimarer Republik geschaffen und diese noch dazu aus militärischen Gründen fast ausschließlich im Osten, sogenannte Grenzlandsiedlungen, auf Kosten polnischer Besitzer. Außerdem fielen dabei 76,3 Prozent dieses Siedlungsbodens den großbäuerlichen Nazianhängern in die Hände.

3. Hitler hat die deutsche Landwirtschaft ruiniert

Statt die in ihrem „Programm“ demagogisch versprochene Bodenreform durchzuführen und das Junkerland den Bauern zurückzugeben, haben die Nazis den deutschen Bauern auf Siedlungsland im Osten vertröstet, um ihn für ihren Raubkrieg zu gewinnen. Dieser Krieg aber hat die deutsche Landwirtschaft völlig ruiniert.

Schon die **Vorbereitung** des Krieges hemmte durch ihre Zwangsbewirtschaftung (Reichsnährstand) den Bauern an der Entfaltung seiner Kräfte und machte ihn zu einem Sklaven des nazistischen Staates.

Der Krieg selbst zerstörte die **lebendige Arbeitskraft** der deutschen Landwirtschaft, indem Hitler Millionen deutsche Bauern für die Raubinteressen der Imperialisten in den Tod jagte. Der Krieg und die Kriegsfolgen dezimierten den **Viehbestand**. Der Krieg ruinierte das **tote Inventar** der Landwirtschaft, denn die Rüstungsindustrie konnte keine neuen Maschinen liefern. Und schließlich führte der Krieg infolge Mangels an Düngemitteln, schlechter Bearbeitung und Raubbau zur **Erschöpfung des Bodens**.

Somit hat der Hitlerkrieg die deutsche Landwirtschaft ruiniert und damit zugleich die Ernährung des deutschen Volkes in Frage gestellt. Aus dieser Lage kann es nur einen Ausweg geben, das Junkerland den Bauern zu geben und die Ernährung unseres Volkes den werktätigen Landwirten anzuvertrauen!

III. Die demokratische Bodenreform

1. Die Kommunisten vertreten die Forderung der Bauern und Landarbeiter

In ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 forderte die Kommunistische Partei Deutschlands:

„Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“

2. Bodenreform ist das Gebot der Stunde

Was den deutschen Bauern, den Landarbeitern und dem ganzen deutschen Volke heute not tut, ist eine grundlegende Bodenreform, die folgende Aufgaben löst:

- a) durch Enteignung der Naziführer, Kriegsverbrecher und Junker dem Imperialismus und Militarismus sowie der Reaktion den wirtschaftlichen Boden zu entziehen und damit eine wichtige Voraussetzung für eine demokratische Erneuerung Deutschlands zu schaffen,
- b) das Junkerland den Bauern und Landarbeitern zu übergeben, damit ein Jahrhunderte altes Unrecht wiedergutmachen und die Bodennot der Bauern zu beseitigen,

- e) die Ernährung unseres Volkes zuverlässigen Händen anzuvertrauen, nämlich denjenigen, die selbst den Boden bebauen, dem schaffenden Bauernvolk.

3. Enteignung der räuberischen Junker

Enteignet werden muß aller Großgrundbesitz mit totem und lebendem Inventar, also Gebäuden, Maschinen, Geräten, Vieh, Saatgut usw.

- a) aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher,
- b) der Naziführer und aller aktiven Vertreter der Nazipartei und ihrer Gliederungen sowie der führenden Träger der nazistischen Staatsgewalt,
- c) der ganze Grundbesitz junkerlicher Güter und Besitzungen mit mehr als 100 ha Bodenfläche.

Aus diesem enteigneten Grundbesitz muß ein **Bodenfonds** geschaffen werden, dem auch ein Teil des staatlichen Grundbesitzes einverleibt werden soll.

Ausgenommen wird von der Enteignung folgender Grundbesitz:

- a) Bodenbesitz landwirtschaftlicher und wissenschaftlicher Forschungsinstitute,
- b) städtischer Grundbesitz, der für die Versorgung der Bevölkerung notwendig ist,
- c) Grundbesitz der Gemeinden, Genossenschaften und Schulen,
- d) Grundbesitz der Klöster und Kirchen.

Keine Hintertüren offen lassen!

Um zu vermeiden, daß die Junker durch irgendwelche Machenschaften die Bodenreform umgehen, ist notwendig:

- a) allen Grundbesitz eines Besitzers, der in verschiedenen Bezirken liegt, als **einen** Grundbesitz zu behandeln,
- b) Grundstücke eines Ehepaares oder von Kindern oder Mitbesitzern ebenfalls als **ein** Grundstück zu behandeln.

4. Junkerland in Bauernhand

Mit dem Bodenfonds, der aus diesem enteigneten Land der Kriegsverbrecher und Junker gebildet wird, soll der jahrhundertelange Landhunger der Bauern und Landarbeiter gestillt werden. Zu diesem Zwecke erhalten Boden:

- a) Bauern, die weniger als 5 ha Land besitzen,
- b) landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter,

- p) Umsiedler und Flüchtlinge, die durch Hitlers Raubkrieg ruiniert und besitzlos wurden,
- q) Gemeinden sowie Arbeiter und Angestellte zur Schaffung von Gemüseärten bzw. Viehfarmen.

Schaffung starker Bauernwirtschaften

Wieviel Boden soll der Bauer oder Landarbeiter erhalten?

Die Zuteilung muß sich nach der Menge des im Bezirk befindlichen Bodens richten. Jedoch sollen die durch die Bodenreform geschaffenen oder vergrößerten Wirtschaften 5 ha, bei schlechtem Boden 8 ha nicht übersteigen. In Ausnahmefällen können bis zu 10 ha Boden zugeteilt werden.

Die neugeschaffenen oder vergrößerten Wirtschaften können nicht geteilt, verkauft, verpachtet oder gepfändet werden.

Die Bezahlung des Bodens

Die Neusiedler haben für den erhaltenen Boden ein Entgelt zu entrichten, das dem Wert einer Jahresrente entspricht. Dieses Entgelt, das in Geld oder natura geleistet werden kann, kann von landarmen Bauern in 10 Jahren und von landlosen Bauern in 20 Jahren abgezahlt werden. Die erste Anzahlung in Höhe von 10 Prozent ist bis Ende 1945 zu leisten, doch kann sie auf drei Jahre gestundet werden.

Mit der Bezahlung dieses Entgelts geht der Boden in den Privatbesitz des Bauern über.

Was geschieht mit den Maschinen der Großgrundbesitzer

Alle Traktoren, Dreschmaschinen, Mähmaschinen, Mähdrescher, Selbstbindemaschinen u. a. landwirtschaftliche Maschinen aus dem junkerlichen oder Großgrundbesitz gehen in den Besitz von **Bauernhilfskomitees zur Einrichtung landwirtschaftlicher Maschinenleihstellen** über. Diese Leihstellen bedienen vor allem die bäuerlichen Wirtschaften, die durch die Bodenreform Boden erhalten haben. Einfaches landwirtschaftliches Gerät und Arbeitsvieh können z. T. zur individuellen Benutzung an am meisten bedürftige Bauernwirtschaften übergeben werden.

Landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe

Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte auf den enteigneten Gütern (Branntweinbrennereien, Stärkefabriken, Molkereien, Mühlen usw.) gehen, soweit sie nur von örtlicher Bedeutung sind, zur Benutzung an die Bauernhilfskomitees oder an die Kreisverwaltungen über.

5. Demokratische Durchführung der Bodenreform

Die Bodenreform darf nicht auf bürokratische Weise von oben durchgeführt werden. Aus ihr wird nur dann eine lebensfähige, demokratische Bauernschaft hervorgehen, wenn die Massen der landlosen und landarmen Bauern und Landarbeiter sie selbst durchführen. Darum ist es notwendig, zur Verwirklichung der Bodenreform folgende Organe zu schaffen:

- a) In den Gemeinden werden auf Versammlungen der Landarbeiter, landlosen und landarmen Bauern Gemeindegremien von 5 bis 7 Personen gewählt, die von der Kreisverwaltung bestätigt werden.
- b) In den Kreisen werden Kommissionen zur Durchführung der Reform mit dem Landrat oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem gebildet, die von der Provinzialverwaltung bestätigt werden.
- c) In den Provinzen werden besondere Kommissionen zur Leitung der Enteignung und Verteilung gebildet.

Anmerkung: Während die unter Punkt 4 erwähnten Bauernhilfskomitees ständige Einrichtungen sein sollen, werden die in Punkt 5a, 5b und 5c erwähnten Kommissionen nur zur Durchführung der Bodenreform gebildet.

Die Aufteilung des Bodens

geschieht auf Versammlungen der landlosen und landarmen Landarbeiter und Bauern auf Vorschlag der Gemeindegremien. Nach Bestätigung durch die Kreiskommission erhält der Beschluß dieser Versammlung Gesetzeskraft und ist durchzuführen.

Diese Durchführung der Bodenreform auf demokratischem Wege sichert die feste Verankerung der neuen Demokratie auf dem Dorfe; sie liquidiert das reaktionäre Junkertum und macht den Bauern zu einem treuen Anhänger der Demokratie. Daher ist die Bodenreform ein wesentlicher Teil der demokratischen Erneuerung Deutschlands.

IV. Die Bodenreform sichert die Ernährung des deutschen Volkes

1. Die Bedeutung und Eigenart des Großbetriebes

Ohne Zweifel ist auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb rentabler als der Kleinbetrieb. Nur im Großbetrieb können moderne Maschinen und wissenschaftliche Arbeitsmethoden angewandt werden.

Aber die Mehrzahl der deutschen Rittergüter ist weit von solchen modernen landwirtschaftlichen Betrieben entfernt. Den Junkern lag nicht die Ernährung des deutschen Volkes am Herzen, sondern ihr eigener Geldbeutel. Darum waren sie mehr an Schutzzöllen und Staats-subsidien (Osthilfe) interessiert als an der Rentabilität ihrer Güter. Viele junkerliche Betriebe weisen daher niedrigere Ernteerträge auf als gute Bauernwirtschaften.

Außerdem haben die Junker die Landarbeiter in solch elender Lage gehalten, daß diese gar nicht daran interessiert sein konnten, für den Junker alles aus dem Boden heraus zu holen.

2. Der Bauer wird mehr aus dem Boden heraus holen

Dagegen wird der Bauer, der auf eigener Scholle für sich und seine Familie arbeitet, keine Mühe und keinen Fleiß scheuen, um das Letzte aus dem Boden heraus zu holen. Er wird seinen Boden pflegen und sorgfältig bearbeiten, denn er ist unmittelbar an seiner Ergiebigkeit interessiert. Er wird also intensiver wirtschaften als der junkerliche Großbetrieb und daher mehr aus einem Morgen Land herauswirtschaften als der Großgrundbesitzer.

3. Ein besseres Verhältnis zwischen Ackerbau und Viehzucht

Die großen Güter sind vornehmlich Getreide- und Kartoffelerzeuger, während die Viehzucht mehr in der bäuerlichen Wirtschaft verbreitet ist. In der Bauernwirtschaft besteht daher ein gesundes Verhältnis zwischen Stall und Feld. Die Verteilung des Bodens wird also eine Hebung der Viehzucht, d. h. eine Steigerung der Fleisch- und Fettproduktion zur Folge haben, also gerade jener Lebensmittel, an denen das deutsche Volk infolge des Großgrundbesitzes stets Mangel litt.

4. Die Frage der Marktproduktion und der Lebensmittelversorgung

Es stimmt auch nicht, daß der Bauer weniger auf den Markt bringt als der Großgrundbesitzer und daher weniger zur Volksernährung beiträgt. Gewiß werden auf 1000 ha Land nach der Verteilung mehr Personen leben als vorher, wo nur die Gutsbesitzerfamilie davon lebte. Das heißt aber nur, daß die Bodenreform dazu beitragen wird, Bevölkerung aus den dicht besiedelten Gebieten abziehen und diese somit zu entlasten.

Abgesehen davon ist der Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieb in der Marktbeschickung unwesentlich. In Mecklenburg-Vorpommern z. B. hatten im Jahre 1939 Geldeinnahmen von 1 ha Nutzfläche:

Kleinbetriebe	RM 337,—
Großbetriebe	„ 357,—

Wenn man hierbei berücksichtigt, daß der Großbetrieb a) den besseren Boden besitzt und b) zu höheren Preisen verkaufen kann als der Kleinbauer (Ausschaltung des Zwischenhandels), so ergibt sich, daß der Bauer bei gleichem Boden und in Menge gerechnet sogar mehr Lebensmittel auf den Markt bringt als der Großgrundbesitzer.

Die Bodenreform wird also die Ernährung unseres Volkes nicht gefährden, sondern sie ist im Gegenteil ein Mittel, sie sicherzustellen.

5. Stärkung des Bündnisses der Werktätigen in Stadt und Land

Die Bodenreform ist aus allen diesen Gründen keine Angelegenheit der Bauern und Landarbeiter allein. Sie ist Sache des ganzen deutschen Volkes, besonders auch der städtischen Bevölkerung.

Dabei ist es Pflicht der Städter, die Bauern und Landarbeiter in der Durchführung der Bodenreform zu unterstützen und ein festes Kampfbündnis der Werktätigen in Stadt und Land herzustellen.

Die Kommunistische Partei ist für dieses Bündnis stets eingetreten. Im Mai 1931 sagte der Führer der KPD, Genosse Ernst Thälmann:

„Zusammenschluß aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn der Arbeiter hungert, die Arbeiter können die Ketten nicht brechen, solange Millionen Kleinbauern und Kleinbauernsöhne sich von Junkern und Kapitalisten gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen.

Die Kommunistische Partei ruft den Arbeiter und Angestellten auf, den Kampf der werktätigen Bauern um ihre Existenz zu unterstützen.

(Ernst Thälmann, aus der Rede vor den Oldenburger Bauern über das Bauernhilfsprogramm der KPD, Mai 1931.)

Vortragsdisposition

Nr. 10

Unser neues Verhältnis zu den Bauern

I N H A L T

	Seite
<i>I. Die Bedeutung der Bauernschaft in Deutschland</i>	1
<i>II. Die soziale Struktur der Bauernschaft</i>	2
<i>III. Arbeiterschaft und Bauernschaft</i>	5
<i>IV. Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft</i>	10

Preis 10 Pf.

Vortragsdisposition Nr. 10

Unser neues Verhältnis zu den Bauern

I. Die Bedeutung der Bauernschaft in Deutschland

1. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung

Rein zahlenmäßig macht die Bauernschaft in Deutschland trotz der großen Entwicklung der Industrie einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung aus. Noch 1933 wohnten bei einer Gesamtbevölkerung Deutschlands von 66 Millionen 21,6 Millionen oder 32,8 Prozent in Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Die überwiegende Mehrzahl dieser Landbevölkerung sind Bauern. 1939 gab es 3 442 000 Bauernhöfe mit weniger als 20 ha Besitz, d. h. Höfe von armen und Mittelbauern. Auf diesen Höfen lebten mehr als 15 Millionen Menschen. Dazu kommen noch die Bauernhöfe mit mehr als 20 ha Land. Man kann also annehmen, daß annähernd ein Drittel der deutschen Bevölkerung Bauern sind.

2. Der Bauer ernährt das Volk

Aber die Bedeutung der Bauernschaft liegt keineswegs nur in ihrer zahlenmäßigen Stärke. Die Bauern sind die Hauptlieferanten der Lebensmittel für unser Volk. In der Provinz Brandenburg, in der bekanntlich der Großgrundbesitz stark vertreten ist, lieferten die Bauern 1939 mehr als 77 Prozent der Roggenernte. Vor allem aber sind die Bauern die Haupterzeuger von Fleisch, Fett, Milch und Eiern.

3. Die Bauern liefern Rohstoffe für die Industrie

Eine bedeutende Rolle spielen die Bauern auch als Rohstofflieferanten für unsere Industrie. Nicht nur zahlreiche Zweige

der Nahrungsmittelindustrie (Mühlen, Teigwarenfabriken, Konservenfabriken, Molkereien, Brauereien usw.) werden hauptsächlich von Bauern mit Rohstoffen versorgt, sondern auch die Lederindustrie und in gewissem Maße die Textilindustrie haben in den Bauernwirtschaften eine beträchtliche Rohstoffquelle.

4. Die politische Bedeutung der Bauernschaft

Angesichts ihrer zahlenmäßigen und ihrer wirtschaftlichen Stärke haben die Bauern auch große politische Bedeutung.

In Zukunft wird die politische Bedeutung der Bauern noch mehr steigen, erstens weil auf Grund der Berliner Beschlüsse die Landwirtschaft künftig im Wirtschaftsleben Deutschlands größeres Gewicht haben wird, zweitens weil der demokratische Neuaufbau Deutschlands ohne Gewinnung der Bauern nicht möglich ist.

Nur wenn die neue Demokratie fest im Dorfe verwurzelt ist, wird sie lebensfähig sein.

II. Die soziale Struktur der Bauernschaft

1. Besitzer von Produktionsmitteln

Der Bauer ist im Gegensatz zum Proletarier Besitzer von Produktionsmitteln, er hat Land, Vieh, Ackergeräte usw. Demzufolge ist er (soweit es sich nicht um den Halbproletarier handelt, siehe Punkt 4) nicht genötigt, seine Arbeitskraft an fremde Besitzer von Produktionsmitteln zu verkaufen. Und obwohl das Proletariat nicht die Absicht hat, das Eigentum des werktätigen Bauern an seinen Produktionsmitteln anzutasten, läßt sich der Bauer doch leicht durch das Geschrei über die Gefährdung des Privateigentums einfangen, besonders wenn die Arbeiterklasse nicht die richtige Stellung zum Bauern findet. Als Besitzer von Produktionsmitteln neigt der Bauer zu den übrigen Besitzern, den Kapitalisten.

2. Der Bauer ist Werktätiger

Im Gegensatz zum Kapitalisten ist der Bauer aber selbst Werktätiger. Er lebt nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte, wie der Kapitalist, sondern er muß selbst hart arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Die ganze Lebenslage der mittleren Bauern, und um so mehr der armen Bauern, entspricht viel mehr der Lage des städtischen Proletariats, als der Lage der

Bourgeoisie. Als Werktätiger, der sich durch seiner Hände Arbeit ernährt, fühlt sich der Bauer mit den Werktätigen in der Stadt, d. h. mit den Proletariern, solidarisch.

3. Der Bauer ist ausgebeutet

Außerdem ist bei Betrachtung der Lage der Bauern in den bürgerlichen Ländern folgendes zu beachten:

Wenn der Bauer auch nicht, wie der Arbeiter, seine Arbeitskraft verkauft, so wird er doch ausgebeutet. Seine Ausbeuter sind die großen kapitalistischen Monopole, die ihm die Industriewaren nur zu erhöhten Preisen abgeben, während der Bauer seine Waren oft unter ihrem Werte abgeben muß. Infolge dieser „Schere“ in der Preisgestaltung für landwirtschaftliche und industrielle Produkte erhält der Bauer für seine Waren einen geringeren Wert zurück, als er selbst gibt.

Ferner wird der Bauer ausgebeutet vom Wucherer und Finanzkapitalisten, bei denen er verschuldet ist.

Hat der Bauer Land gepachtet, so wird er auch noch vom Großgrundbesitzer ausgebeutet, der ihm das Land zur Verfügung stellt.

Ausgebeutet wurde der Bauer (z. B. in der Weimarer Republik und unter Hitler) endlich durch den Staat, der ihm die größte Steuerlast aufbürdete, während er die Großagrarier subventionierte.

Obwohl kein Lohnarbeiter, ist der Bauer also doch vielfach ausgebeutet und fühlt sich dadurch mit allen Ausgebeuteten solidarisch.

4. Die Notwendigkeit der Differenzierung

Die Landbevölkerung ist aber keineswegs einheitlich. Wir finden auf dem Lande alle Uebergangsstufen vom Proletarier bis zum Kapitalisten.

- a) Die unterste Stufe bilden die Landarbeiter. Sie sind genau so Proletarier wie die Arbeiter in der Stadt und leben wie diese vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Nur befinden sie sich in einer viel elenderen Lage als das Stadtproletariat. Zum Landproletariat gehört auch das Gesinde, d. h. Knechte und Mägde.
- b) Die Halbproletarier sind jene, die zwar selbst Land besitzen, aber so wenig, daß es zum Unterhalt nicht ausreicht und die deshalb noch zusätzlich Lohnarbeit in der Fabrik oder auf Gütern leisten müssen. Sie sind, wie der Name schon sagt, halb Bauer, halb Proletarier.

- c) Die Kleinbauern sind Landwirte mit wenig Land, die sich auf ihrer Scholle mit Hilfe ihrer Familie recht und schlecht ernähren, ohne fremde Arbeitskräfte in Anspruch zu nehmen. Sie führen ein elendes Dasein und haben meist keine Möglichkeit, in eine höhere Schicht aufzusteigen und müssen gelegentlich Lohnarbeit annehmen.
- d) Die Mittelbauern sind jene, die sich mit ihrer Familie auf ihrer Scholle ernähren können, dabei manchmal auch fremde Arbeitskräfte anwenden (Ernte). In guten Zeiten können sie etwas Kapital akkumulieren, d. h. ihre Wirtschaft vergrößern, in schlechten Zeiten werden sie zu Tausenden ruiniert.
- e) Die Großbauern bilden die eigentliche Dorfbourgeoisie. Sie unterscheiden sich vom Großgrundbesitzer dadurch, daß sie selbst mitarbeiten, aber sie beuten regelmäßig fremde Arbeitskräfte aus. Sie können auch normalerweise Kapital akkumulieren (außer in Krisen usw.).
- f) Die Großgrundbesitzer sind eine rein parasitäre Klasse, die sich auf Grund ihres bloßen Eigentumstitels die Früchte der Arbeit ihrer Landarbeiter aneignen und verprassen.

5. Mit welchen Schichten können die Kommunisten zusammengehen?

- a) Die Hauptstütze der Kommunisten auf dem Lande sind selbstverständlich die Landarbeiter und Halbproletarier, denn sie gehören unmittelbar zur Arbeiterklasse.
- b) Die natürlichen Bundesgenossen des Proletariats sind die Kleinbauern. Bereits Friedrich Engels sagte:

„Und wir stehen ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Übergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen. Wir tun dies nicht nur, weil wir den selbstarbeitenden Kleinbauer als virtuell zu uns gehörend betrachten, sondern auch aus direktem Parteiinteresse. Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung.“
(Friedrich Engels: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland.“)

- c) Auch die Mittelbauern und Großbauern können für die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Neubildung gewonnen werden, die heute als strategisches Ziel vor uns steht. Denn diese Neubildung enthält nichts, was den Interessen dieser Schichten zuwiderläuft. In der Bodenreform ist das Land der Großbauern unangetastet geblieben.

Sowohl Mittelbauern als auch Großbauern sind an der Durchführung der demokratischen Neubildung interessiert, an der Ausröpfung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus, denn sie befreit sie von der Ausbeutung und Bevormundung durch die Junker und Monopolkapitalisten.

Somit ergibt sich, daß die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung heute für die antifaschistisch-demokratische Einheitsfront gewonnen werden kann und muß.

III. Arbeiterschaft und Bauernschaft

1. Unterschätzung der Bauern durch die Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Bauernschaft stets unterschätzt. Bereits im „Gothaer Programm“, das 1875 angenommen wurde, hieß es:

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“

Hier werden also die Bauern in Bausch und Bogen zu der „einen reaktionären Masse“ gerechnet, ein Begriff, der noch von Lassalle stammt.

In seiner Kritik des „Gothaer Programms“ schreibt Marx dazu

„Hat man bei den letzten Wahlen Handwerker, kleinen Industriellen usw. und Bauern zugerufen: uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse? Lassalle wußte das kommunistische Manifest auswendig, wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heißschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.“

Trotz dieser Kritik blieb das Erfurter Programm von 1891 auf dem gleichen Standpunkt stehen. Dort hieß es:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Auch hier wird der Fehler gemacht, daß man nur die eine Seite sieht, den Bauern als Besitzer, nicht aber die andere Seite, den Bauern als Werkfähigen und Ausgebeuteten.

Dieser schlechten Tradition ist die deutsche Sozialdemokratie bis zum Siege Hitlers gefolgt. Sie hat nicht die Interessen der werkfähigen Bauern vertreten, die daher um so leichter ein Opfer der Nazipropaganda werden konnten.

2. Die Bauernpolitik der Bolschewistischen Partei

a) Die Fragestellung bei den Bolschewiki

Die Bolschewiki haben die Mißachtung der Bauernfrage durch die Sozialdemokratie Westeuropas stets verurteilt. In seinem Buch „Die Grundlagen des Leninismus“ formulierte Stalin die Frage folgendermaßen:

„Die Frage steht so: Sind die revolutionären Möglichkeiten, die in der Bauernschaft dank ihrer bestimmten Existenzbedingungen schlummern, bereits erschöpft oder nicht, und falls nicht, besteht begründete Hoffnung, diese Möglichkeiten für die proletarische Revolution nutzbar zu machen und die Bauernschaft, ihre ausgebeutete Mehrheit, aus einer Reserve der Bourgeoisie, die sie in den bürgerlichen Revolutionen des Westens war und heute noch ist, in eine Reserve des Proletariats, in seinen Bundesgenossen verwandeln zu können? Der Leninismus beantwortet die Frage positiv.“

(J. Stalin: „Probleme des Leninismus“, S. 112.)

Und aus dieser prinzipiellen Fragestellung ergibt sich die Stellung der Arbeiterklasse zu den Forderungen der Bauern. Darüber sagt Stalin:

„Daraus ergibt sich die praktische Folgerung, daß das Proletariat die werkfähigen bäuerlichen Massen in ihrem Kampfe gegen die Knechtschaft und die Ausbeutung, gegen die Unterdrückung und Verelendung unterstützen, unbedingt unterstützen muß.“

(J. Stalin: „Probleme des Leninismus“, S. 112.)

b) Drei Losungen Lenins in der Bauernfrage

Die Bolschewistische Partei änderte ihre Losungen in der Bauernfrage entsprechend den jeweiligen Entwicklungsbedingungen. Stalin stellte diese Losungen folgendermaßen dar:

1. Etappe: Bündnis mit der ganzen Bauernschaft

„Früher, als wir der bürgerlichen Revolution entgegen gingen, als wir Bolschewiki zum ersten Male unsere Taktik den Bauern gegenüber entwarfen, da sagte Lenin: Bündnis mit der ganzen Bauernschaft gegen den Zaren und die Großgrundbesitzer und Neutralisierung der kadettischen Bourgeoisie. Mit dieser Losung sind wir damals in die bürgerliche Revolution gegangen und wir haben gesiegt. Das war die erste Etappe unserer Revolution.“

2. Etappe: Bündnis mit der Dorfarmut und Neutralisierung der Mittelbauern

„Später als wir der zweiten Etappe, dem Oktober, entgegen gingen, da stellte Lenin eine neue Losung auf, die der neuen Lage entsprach: Bündnis des Proletariats mit der Dorfarmut gegen alle Bourgeois bei Neutralisierung der Mittelbauern.“

3. Etappe: Festes Bündnis mit den Mittelbauern

„Im weiteren, als wir unsere Macht bereits genügend befestigt, als wir die Angriffe der Imperialisten abgeschlagen hatten, und als wir in den Abschnitt eines breiten sozialistischen Aufbaues eintraten, da stellte Lenin eine dritte Losung auf, die Losung des festen Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern. Diese Losung ist die einzig richtige, die der neuen Periode unserer Revolution, der Periode des breiten Aufbaues, entspricht.“

(J. Stalin: „Probleme des Leninismus“, S. 372.)

c) Das Ergebnis der richtigen Bauernpolitik der Bolschewiki

Dank ihrer richtigen Bündnispolitik mit der Bauernschaft vermochten die Bolschewiki im Oktober 1917 zu siegen, die Weißgardisten und Interventen niederzuschlagen und die Sowjetmacht zu behaupten. Sie stillten den jahrhundertealten Landhunger der Bauern, indem sie die Gutsbesitzer enteigneten und das Land an die Bauern verteilten. Dadurch festigten die Bolschewiki das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauer und machten die Bauern zu treuen Anhängern der Sowjetmacht.

Dank ihrer richtigen Bündnispolitik mit den Mittelbauern vermochten sie die Landwirtschaft umzugestalten und dem Sozialismus auch im Dorfe zum Siege zu verhelfen.

Die Richtigkeit der Bauernpolitik der KPdSU hat sich schließlich im Kriege gegen Hitlerdeutschland bewährt, in dem die Bauern mit demselben Heldenmut wie die Arbeiter ihr sozialistisches Vaterland verteidigten.

3. Die bauernfeindliche Politik in der Weimarer Republik

Obwohl 1918 in Deutschland die halbfeudalistischen Monarchien gestürzt wurden, trat in der Lage der Bauern keine Erleichterung ein. Der feudale Großgrundbesitz wurde nicht angetastet. Die Junker blieben die Herrscher im Dorfe, es wurde keine Bodenreform durchgeführt.

Die Agrarpolitik der Regierungsparteien war in der Zeit der Weimarer Republik durchaus bauernfeindlich. Das kam zum Ausdruck

- a) in der Zollpolitik. Sie erhöhte die Preise für jene landwirtschaftlichen Produkte, die hauptsächlich von den Großagrariern verkauft werden und schuf faktisch ein privates Futtermittelmonopol der Junker, durch das die viehzüchtenden Bauern schwer geschädigt wurden. So wurde z. B. unter der Hermann-Müller-Regierung 1930 die Futtergerste von RM 2.— auf RM 10.— verteuert,
- b) in den Millionengeschenken an die Junker. Durch das Notprogramm 1928 erhielten die Großagrariere rund 200 Mill. RM Staatszuschüsse, im Jahre 1929 erhielten sie nochmals fast 80 Millionen. Georg Schmidt, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, hat berechnet, daß allein vom Reich und von Preußen von 1924 bis 1930 3 Milliarden 246 Millionen RM den Großagrariern geschenkt wurden,
- c) in der bauernfeindlichen Steuerpolitik. Trotz aller Versuche der Kommunisten, die mitarbeitenden Familienangehörigen der Bauern von der Einkommensteuer zu befreien, wurden entsprechende Anträge jahrelang abgelehnt und schließlich im Steuerausschuß begraben,
- d) im Massenruin der Bauern in der Weimarer Republik. Die wiederholten Anträge der KPD im Reichstag, die Zwangsverfahren gegen Bauernwirtschaften einzustellen, wurden immer wieder abgelehnt. Hunderttausende Bauernhöfe kamen daher — besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise — unter den Hammer.

Diese bauernfeindliche Politik in der Weimarer Republik hat wesentlich dazu beigetragen, die Bauern Hitler in die Arme zu treiben.

4. Die Fehler der KPD in der Bauernfrage

Bei ihrer Gründung setzte die KPD (Spartakusbund) die schlechte sozialdemokratische Tradition der Unterschätzung der Bauernfrage fort. Rosa Luxemburg verneinte die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschaft und trat entschieden gegen die Aufteilung des Bodens an die Bauern auf.

Diese Auffassung fand ihren Ausdruck im Agrarprogramm des Spartakusbundes, in dem kein Wort von der Aufteilung des Bodens enthalten war. Die entsprechenden Abschnitte lauteten:

„Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauer wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialistischen Industrie und des Handels.“

„III. Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und den dazu gehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.“

Später hat dann die Partei erkannt, daß dieser sektiererische Standpunkt dazu führt, die Bauernmassen der Reaktion zu überlassen und hat besonders unter der Führung Ernst Thälmanns eine Wendung in ihrer Bauernpolitik vollzogen. Im Mai 1931 verkündete Gen. Thälmann in Oldenburg das Bauernhilfsprogramm der KPD und rief gleichzeitig zur Einheitsfront der Arbeiter und Bauern auf:

„Zusammenschluß aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn der Arbeiter hungert, die Arbeiter können die Ketten nicht brechen, solange Millionen Kleinbauern und Kleinbauernsöhne sich von Junkern und Kapitalisten gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen.“

Aber auch diese Wendung wurde noch nicht gründlich genug durchgeführt, die Partei wurde nicht zur Vertreterin der Interessen der breiten Bauernmassen. Ueber diese Mängel unserer Bauernpolitik sagte Gen. Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Parteikonferenz 1935:

„Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte im Dorfe. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsonntage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.“

(Wilhelm Pieck: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, S. 77/78.)

Aus diesen Fehlern der Vergangenheit gilt es heute die Lehren zu ziehen. Wir müssen in ein neues Verhältnis zur Bauernschaft kommen und die Massen der werktätigen Bauern für die neue Demokratie gewinnen.

IV. Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft

1. Hitlers Betrug an den Bauern

- a) Hitler hatte der ganzen deutschen Bauernschaft maßlose **Versprechungen** gemacht. Er versprach den Bauern „Brechung der Zinsknechtschaft“, d. h. Entschuldung, er versprach ihnen Boden, Schaffung von Siedlungsland, hohe Preise für ihre Produkte usw.
- b) Hitler hat aber keines dieser Versprechen gehalten, sondern er hat durch die Vorbereitung und Durchführung seines Raubkrieges die ganze deutsche Bauernschaft ruiniert. Kaum ist eine andere Schicht des deutschen Volkes von Hitler so betrogen worden, wie die deutschen Bauern.
- c) Die verheerenden Folgen des Hitlerkrieges für die Landwirtschaft sind:
 1. die Vernichtung der menschlichen Arbeitskraft. Millionen Bauernsöhne sind in Hitlers Raubkrieg gefallen.
 2. Infolge des Krieges und besonders der Kriegshandlungen auf deutschem Gebiet sowie der Niederlage trat eine bedeutende Verminderung des Viehbestandes ein.
 3. Ruin der Arbeitsmittel. Da die Industrie nur für die Rüstung arbeitete, konnten neue Maschinen nicht angeschafft und die alten nicht repariert werden.

4. Erschöpfung des Bodens. Infolge des Mangels an Düngemitteln wurde Raubbau am Boden betrieben, auch das Bauernland ist durch Hitlers Krieg trotz der Mühen des Bauern erschöpft.

Diese Folgen des Hitlerkrieges treffen alle deutschen Bauern. Darum ist die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit heute daran interessiert, daß der Nazismus und Militarismus ausgerottet werden und ein neues, antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufgebaut wird.

2. Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft

a) Unsere historische Aufgabe

Unsere Aufgabe ist im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 folgendermaßen formuliert:

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

An dieser Aufgabe ist die gesamte Bauernschaft heute unmittelbar interessiert.

b) Bündnis mit der gesamten werktätigen Bauernschaft

Aus der Tatsache, a) daß die gesamte deutsche Bauernschaft von Hitler betrogen und ruiniert worden ist, b) daß die gesamte deutsche Bauernschaft an der Beendigung der bürgerlich-demokratischen Umbildung Deutschlands interessiert ist, ergibt sich die Schlußfolgerung, daß wir heute **die ganze deutsche Bauernschaft für den Kampf um die Ausrottung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus gewinnen müssen.**

c) Die KPD — die Partei der werktätigen Bauern!

Die Kommunistische Partei muß eine solche Politik auf dem Lande durchführen, daß die werktätigen Bauern fühlen, daß die KPD am besten und entschiedensten ihre Interessen vertritt. Ohne aufzuhören, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, muß die KPD auch zur Partei der werktätigen Bauern werden.

d) Die besten Bauern in die KPD

Um diese Aufgabe lösen zu können, ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei fest mit der Bauernschaft verbunden ist.

Die Bauern, die sich als die besten Antifaschisten und Demokraten erweisen, die im Dorfe am energischsten gegen Nazisten und Militaristen kämpfen, die am entschiedensten die Bodenreform durchführen und die Interessen der Bauern vertreten, diese Bauern sollen Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

3. Die Erntehilfe

Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft kam u. a. zum Ausdruck in der Organisation der Erntehilfe für die Bauern im Sommer und Herbst dieses Jahres.

Dabei ist es der Partei in Einheitsfront mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien gelungen,

- a) die breiten Volksmassen für die dringende Aufgabe der Ernteeinbringung zu mobilisieren,
- b) in der Stadt dringend die Herstellung von landwirtschaftlichem Inventar (Sensen, Hacken usw.) zu organisieren,
- c) durch die Organisation von Handwerker-Reparatur-Gruppen den Bauern bei der Instandsetzung von Inventar für die Ernte zu helfen,
- d) durch die Entsendung von Arbeitergruppen aus der Stadt aufs Land den Bauern tatkräftige Erntehilfe zu erweisen,
- e) die schaffende Einheitsfront zwischen Stadtbevölkerung und Landvolk anzubahnen.

Die Erntehilfe war das erste große Beispiel für die praktische Herstellung der Einheitsfront in Stadt und Land.

4. Die Bodenreform

In noch größerem Maße bringt die Bodenreform das neue Verhältnis zur Bauernschaft zum Ausdruck. Bereits in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 hat die KPD die Enteignung der Junker und die Verteilung des Bodens an Landarbeiter und landarme

Bauern gefordert. Diese Forderung wird jetzt durch die Bodenreform verwirklicht.

Durch diese Bodenreform wird

- a) der Landhunger der Bauern gestillt und ein jahrhundertealtes Unrecht wiedergutmacht,
- b) die Brutstätte der Reaktion und des Militarismus auf dem Lande, das Junkertum, ausgerottet, das auch der Ausbeuter und Bedrücker der Bauern war,
- c) der Bauer fest mit der neuen Demokratie verbunden, die ihm den Boden in eigenen Besitz gibt und ihn zum freien Herrn auf ausreichender Scholle macht,
- d) das Bündnis zwischen Stadt und Land gefestigt, wenn die Stadtbevölkerung die Durchführung der Bodenreform aktiv unterstützt.

5. Ablieferungspflicht und Freihandel

a) Ablieferungspflicht

Das neue Verhältnis zur Bauernschaft muß ferner darin seinen Ausdruck finden, daß wir den Bauern in seiner Forderung unterstützen, eigener Herr auf seinem Hofe zu werden. Das kann der Bauer aber nur, wenn die Kriegszwangswirtschaft stufenweise abgebaut wird.

Darum ist es notwendig, daß genau festgelegt wird, wieviel der Bauer abliefern muß. Dieses Ablieferungssoll muß weniger sein, als die Ernte des Bauern ausmacht. Was der Bauer über das Ablieferungssoll hinaus erzeugt, steht ihm zu freier Verfügung! Durch diese Politik wird der Bauer angeregt, die Produktion zu steigern und mehr Lebensmittel zu erzeugen, die schließlich der Stadt zugute kommen.

b) Freier Handel

Diese Politik hat jedoch nur Sinn, wenn den Bauern gleichzeitig gestattet wird, die über das Ablieferungssoll hinaus produzierten Waren frei zu verkaufen. Bereits in seinem Juni-aufruf forderte das ZK der KPD:

„Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“

Der freie Handel ist eine unerläßliche Vorbedingung, um das Bündnis zwischen Stadt und Land zu festigen.

Die Oberste Militärverwaltung hat bereits am 18. 6. 1945 einen Befehl erlassen, der diese Politik verwirklicht. In diesem Befehl heißt es:

„Die frühere Erfassung des Getreides, der Kartoffeln, des Gemüses und Oelfrüchte, bei der dem Produzenten alle landwirtschaftlichen Produkte abgenommen worden sind und der freie Handel streng verboten wurde, wird abgeschafft.“

In dem Punkt 5 Absatz 2 der Verfügung heißt es:

„Es wird den Ortsbehörden und dem Kommandanten sowie den Truppenteilen verboten, dem Bauern für Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Oelfrüchte Umlagen vorzuschreiben, die höher sind, als die je Hektar vorgeschriebenen.“

Und dazu heißt es weiter:

„Alle Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nach der Erfüllung der Ablieferungspflicht für die Armee und Bevölkerung übrigbleiben, bleiben dem Erzeuger zur freien Verfügung überlassen und können frei auf dem Markt verkauft werden.“

c) Preisbildung

Auf das Argument, daß die Zulassung des freien Handels eine große Teuerung bringen würde, weil die Bauern Wucherpreise fordern, ist zu erwidern, daß ein Verbot des freien Handels unweigerlich zum Schwarzhandel führt, dessen Preise völlig unkontrolliert sind. Dagegen gibt der staatlich zugelassene Freihandel immer die Möglichkeit einer bestimmten Preisbeeinflussung.

Auch der freie Handel ist eine Bewährungsprobe der Einheitsfront zwischen Stadt und Land. Wenn die Stadt ihre Aufgabe den Bauern gegenüber erfüllt und ihn mit Industriewaren zu angemessenen Preisen versorgt, kann sie auch vom Bauern die Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen verlangen und erwarten.

6. Einheit von Stadt und Land — das Gebot der Stunde

Wir stehen an der Schwelle einer großen sozialen Umwälzung in Deutschland, die nur durchgeführt werden kann, wenn unser neues Verhältnis zur Bauernschaft sich restlos durchsetzt und die

Einheit von Stadt und Land sich immer mehr festigt. Am 2. September 1945 sagte der Vorsitzende der KPD, Genosse Wilhelm Pieck, auf einer Bauern- und Landarbeiterkundgebung in Kyritz:

„Eine tiefe Bewegung beginnt um die Verwirklichung ihrer alten Bauernforderungen, das Junkerland in Bauernhand zu überführen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, diese Forderung in die Tat umzusetzen, zu der sich die gesamte Arbeiterschaft mit den Bauern und den Landarbeitern in einem engen Kampfbündnis vereinigen muß, denn die Umgestaltung unseres ganzen Landes, die Schaffung eines neuen demokratischen Deutschlands hängt entscheidend davon ab. Es geht um die größte Umwälzung in Deutschland. Was in Jahrhunderten trotz Kriegen und Revolutionen in Deutschland nicht gelang, das wird jetzt auf dem Wege einer demokratischen Bodenreform erreicht werden. Es wird die Junkermacht gestürzt und das Junkerland in die Hände der Bauern und Landarbeiter überführt werden.“

Vortragsdisposition

Nr. 11

Die Aufgaben der neuen Freien Deutschen Gewerkschaften

INHALT

	Seite
<i>I. Die Lehren der Vergangenheit</i>	<i>1</i>
<i>II. Die Grundlagen der neuen Freien Deutschen Gewerkschaften</i>	<i>5</i>
<i>III. Die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf um den Frieden</i>	<i>7</i>
<i>IV. Die Vertretung der Arbeitsinteressen</i>	<i>8</i>
<i>V. Parteien und Gewerkschaften</i>	<i>10</i>

Vortragsdisposition Nr. 11

Die Aufgaben der neuen Freien Deutschen Gewerkschaften

I. Die Lehren der Vergangenheit

1. Die Entstehung der Gewerkschaften in Deutschland

Im Gegensatz zu anderen Ländern entstanden die Gewerkschaften in Deutschland nicht selbständig, sondern wurden von politischen Parteien gegründet.

a) Die Freien Gewerkschaften

1868 riefen die Lassalleaner die ersten Gewerkschaften in Deutschland ins Leben. Fast zur gleichen Zeit bildeten die Eisenacher Gewerkschaften. Aus diesen Gründungen entstanden die späteren Freien Gewerkschaften in Deutschland.

b) Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften

Etwa um dieselbe Zeit wurden auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gegründet, die von vornherein Kampforganisationen gegen die moderne Arbeiterbewegung waren. Sie waren ein Anhängsel der „Fortschrittlichen Volkspartei“.

c) Die christlichen Gewerkschaften

In den neunziger Jahren wurden dann noch die christlichen Gewerkschaften gegründet, die den Zweck hatten, den Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse zu verhindern. Sie verlangten das Bekenntnis zum Christentum und zur Monarchie.

An der Wiege der deutschen Gewerkschaftsbewegung stand also die Spaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Strömungen; diese Spaltung hat die Kampfkraft der Arbeiter sehr gelähmt.

2. Das historische Verdienst der deutschen Gewerkschaften

Von den drei Gewerkschaftsströmungen haben sich am erfolgreichsten die Freien Gewerkschaften entwickelt. Bereits 1878, am Vorabend des Bismarckschen Sozialistengesetzes, wiesen sie 30 000 Mitglieder auf. Während der 12 Jahre des Sozialistengesetzes haben sie sich als echte proletarische Kampforganisationen bewährt und darum gerade in dieser Zeit breite Massen um sich gesammelt.

Ihr historisches Hauptverdienst besteht darin, daß sie die Massen der deutschen Arbeiterschaft organisiert und zu proletarischem Klassenbewußtsein erzogen haben. Die Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften betrug:

1891 —	277 659
1897 —	412 359
1901 —	677 510
1907 —	1 865 506
1910 —	2 017 298
1913 —	2 548 763

Die Gewerkschaften führten, besonders in ihrer Frühperiode, zahlreiche Lohnkämpfe und Streiks, durch die das Klassenbewußtsein der Arbeiter gehoben, ihr Kampfwille gestählt und ihre Kampferfahrung bereichert wurde.

3. Die opportunistische und chauvinistische Entartung der Freien Gewerkschaften

Je mehr die Gewerkschaften in die Breite gingen, um so mehr ging die Macht innerhalb der Verbände an die Bürokratie über, die den gewerkschaftlichen Kämpfen feindlich gegenüberstand. Immer mehr wurde das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder ausgeschaltet, die Entscheidung der wichtigsten Gewerkschaftsfragen ging immer mehr an die reformistischen Verbandsleitungen über.

Die Gewerkschaftsführer waren Gegner von Streikkämpfen, die das Gewerkschaftsvermögen angreifen, und suchten immer häufiger, Streiks durch Kompromisse mit den Unternehmern auszuweichen. Daraus entwickelte sich die **Arbeitsgemeinschaftspolitik**, die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Unternehmertum, die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der Bourgeoisie.

Den Gipfelpunkt dieser Entwicklung bildete der Abschluß des Burgfriedens bei Beginn des ersten Weltkrieges. Damals, im August 1914, schloß die deutsche Gewerkschaftsbürokratie ein Bündnis mit dem reaktionären preußischen Militarismus, das sie auf einen Weg führte, der schließlich mit der Kapitulation vor Hitler endete.

4. Die Ursachen des 1. Mai 1933

Nach der November-Revolution von 1918 setzten die Gewerkschaftsführer ihre alte Politik fort. Ende 1918 wurde die zentrale Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern geschlossen.

- a) **Streikabwürgung.** Die Gewerkschaftsbürokratie trat offen gegen die Streikkämpfe der Arbeiter auf und würgte zahlreiche Arbeiterstreiks ab (Berliner Metallarbeiterstreik, Ruhrstreik usw.). Mit Hilfe des von den Gewerkschaften unterstützten Schlichtungswesens konnten die Unternehmer ihre Offensive gegen die Arbeiter durchführen.
- b) **Rationalisierung.** Die Gewerkschaften wurden die Hauptverfechter der sogenannten Rationalisierung, die einen Großangriff des Unternehmertums auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen darstellte,
- c) **Wirtschaftsdemokratie.** Zu der fortschreitenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den stufenweisen Abbau der Arbeiterrechte lieferte die Gewerkschaftsbürokratie die theoretische Begründung mit der sogenannten Wirtschaftsdemokratie (Naphthali, Noelting usw.); Sie lehrte, daß sich die Wirtschaft Deutschlands immer mehr demokratisierte, während tatsächlich die demokratischen Rechte der Arbeiter immer mehr abgebaut, d. h. dem Faschismus der Weg geebnet wurde.
- d) **Rußlandhetze.** Die Gewerkschaftsführer beteiligten sich auch aktiv an der reaktionären Rußlandhetze, die Hitler den Weg ebnete. Sie schlossen zahlreiche Arbeiter aus den Gewerkschaften aus, weil sie sich an Arbeiterdelegationen nach Rußland beteiligt hatten.
- e) **Ausschluss der revolutionären Elemente.** Diese Politik der Gewerkschaftsbürokratie rief in den Verbänden eine breite Opposition der Mitgliedermassen hervor. Die Gewerkschaftsführung liess jedoch nicht die Mitglieder über die Politik der Gewerkschaften entscheiden, sondern schloss brutal alle oppositionellen Elemente aus. Ganze Verbände (Königsberger Eisenbahner) wurden ausgeschlossen. Damit führte die Gewerkschaftsbürokratie **eine neue Spaltung** der Gewerkschaften herbei.

Diese reaktionäre Politik der deutschen Gewerkschaftsbürokratie führte dazu, dass der Bundesvorstand des ADGB 1933 aufforderte, an dem Mai-

aufmarsch der Nazis teilzunehmen und am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften kampflos den Faschisten übergeben wurden.

5. Unsere Fehler in der Gewerkschaftsfrage

Die Unterschätzung der Gewerkschaftsfrage gehörte zu den schlechten Traditionen unserer Partei. Bereits im Jahre 1920 kritisierte Lenin die deutschen Kommunisten wegen ihrer falschen Gewerkschaftspolitik und schrieb in diesem Zusammenhange in seinem Buche „Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“:

„Man muß alle Opfer bringen, die schwersten Hindernisse überwinden, um systematisch, beharrlich, hartnäckig, geduldig gerade in den Einrichtungen, Vereinen, Verbänden, Propaganda und Agitation zu treiben, denen proletarische oder halbproletarische Massen angehören. — — — Die Gewerkschaften und die Arbeitergenossenschaften aber (diese wenigstens mitunter) sind eben Organisationen, denen die Massen angehören.“

(Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 288)

Die Partei hatte die falsche Linie in der Gewerkschaftsfrage nicht mit genügender Gründlichkeit korrigiert und die Massen der Gewerkschaftsmitglieder dem reformistischen Einfluß überlassen. Sie kapselte sich in der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) ab.

Später machte die Partei unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann eine entschiedene Wendung in der Gewerkschaftsfrage, die jedoch auch noch keinen grundlegenden Wandel herbeiführte. Und auf dem VII. Weltkongreß im Jahre 1935 kritisierte Genosse Dimitroff die Gewerkschaftspolitik der Partei und führte aus:

„Wenn die deutschen Genossen die Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit, von der Genosse Thälmann wiederholt zu Ihnen sprach, besser begriffen hätten, so hätten wir sicher in den Gewerkschaften eine bessere Lage gehabt, als dies im Augenblick des Machtantrittes der faschistischen Diktatur der Fall war. Ende 1932 waren nur etwa 10 Prozent der Parteimitglieder in den Freien Gewerkschaften, obwohl die Kommunisten nach dem VI. Kongreß der Komintern an der Spitze einer ganzen Reihe von Streiks standen. In der Presse schrieben unsere Genossen von der Notwendigkeit, 90 Prozent unserer Kräfte der Arbeit in den Gewerkschaften zu widmen, aber in der Praxis wurde alles auf die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition konzentriert, die faktisch danach strebte, die Gewerkschaften zu ersetzen.“

(Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 70)

II. Die Grundlagen der neuen Freien Gewerkschaften

1. Der Befehl Marschall Shukows und die Beschlüsse der Berliner Konferenz

Die Grundlage für die Neubildung der Freien Deutschen Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone war der historische Befehl Nr. 2 des Marschalls Shukow, in dem es hieß:

„Der werktätigen Bevölkerung der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützungs-, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.“

Später wurde die Schaffung der Freien Deutschen Gewerkschaften durch die Beschlüsse der Berliner Konferenz auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt. In diesen Beschlüssen heisst es:

„Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.“

Diese beiden Dokumente bilden die Grundlage für die Neubildung der Freien Gewerkschaften in Deutschland.

2. Die Gewerkschaftseinheit

Im Gegensatz zu früher sind die neuen Freien Deutschen Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften entstanden. Im FDGB und den angeschlossenen Verbänden arbeiten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte der früheren Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) kollegial zusammen zur gemeinsamen Vertretung der Interessen der Arbeitergemeinschaft.

Damit ist die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung überwunden, die jahrzehntelang die Hauptursache ihrer Schwäche war und schließlich 1933 zu ihrem Untergang führte.

Diese Einheit zu sichern muß die vordringlichste Aufgabe aller Gewerkschaftler sein, denn jede neue Zersplitterung wird die Kampfkraft der Arbeiter nur schwächen und den reaktionären Kriegstreibern wieder Oberwasser verschaffen.

3. Die Industrieverbände

Die alten Gewerkschaften waren vorwiegend Berufsverbände. Dadurch war die Belegschaft eines Großbetriebes in zahlreiche Verbände zersplittert. In einer modernen Maschinenfabrik gab es z. B. den Metallarbeiterverband, den Holzarbeiterverband, Angestelltenverbände usw. Diese Zersplitterung schwächte natürlich die Kampfkraft der Belegschaft.

Die neuen Freien Deutschen Gewerkschaften sollen auf dem Prinzip der Industrieverbände aufgebaut werden. D. h. in jedem Betrieb gibt es nur einen Verband, und alle Belegschaftsmitglieder gehören diesem Verbands an. In einer Maschinenfabrik sind z. B. auch die Holzarbeiter, Ingenieure, Angestellten usw. Mitglieder des DMV.

Dieses Organisationsprinzip erhöht die Kampfkraft der Arbeiter und Angestellten und stärkt das Solidaritätsgefühl der Belegschaftsmitglieder.

4. Demokratie in den Verbänden

Oberstes Gesetz für das innergewerkschaftliche Leben muß das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder sein. Es darf nie wieder vorkommen, daß Gewerkschaftsleitungen gegen den Willen der Mitglieder weiter in Funktion bleiben, daß sie entgegen dem Willen der Mitglieder wichtige Entscheidungen treffen. Alle Gewerkschaftsleitungen müssen von den Verbandsmitgliedern gewählt werden, sie sind den Mitgliedern Rechenschaft schuldig und können abgesetzt werden, wenn sie das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr besitzen.

Die neuen Gewerkschaften müssen s a u b e r sein. Darum dürfen jene Gewerkschaftsführer, die schuld am Zusammenbruch der Gewerkschaften 1933 sind, keine Rolle mehr spielen.

„Sorgt aber dafür, daß jene Gewerkschaftsführer, die nach dem 1. Mai 1933 den Nazis geholfen haben, die Gewerkschaftsrichtungen an die „Arbeitsfront“ zu übergeben, keine gewerkschaftlichen Funktionen mehr erhalten.“

(Walter Ulbricht: Aufgaben der neuen Freien Gewerkschaften. DVZ. v. 5. 9. 45)

Auch N e u a u f n a h m e n in den Verbände sollen durch die Mitgliederversammlung getätigt werden. Dadurch werden die neuen Kollegen den Gewerkschaftsmitgliedern bekannt und erfahren zugleich ihren ersten Unterricht praktischer Gewerkschaftsdemokratie. Die Mitgliederwerbung ist in den Betrieben vorzunehmen.

III. Die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf um den Frieden

Nach den verheerenden Folgen des Krieges und der furchtbaren Niederlage ist der Kampf um die Erhaltung des Friedens eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Freien Gewerkschaften. Sie müssen besonders auf ihrem Gebiet alle Kräfte einspannen, um Nazismus und Militarismus restlos auszurotten. Dazu müssen folgende Aufgaben erfüllt werden:

1. Die Entmilitarisierung der Betriebe. Durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 wurden die deutschen Betriebe in Kasernen verwandelt. Das Verhältnis zwischen „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ war ein Verhältnis wie zwischen Offizier und Soldaten. Das Nazisystem ist zusammengebrochen, nun muß der „Gefolgschaftsgeist“ restlos aus den Betrieben verschwinden. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen dafür sorgen, daß ein demokratischer Geist in die Betriebe einzieht und die Arbeiter geachtet werden.

2. Die Säuberung der Betriebsleitungen von den Kriegsverbrechern und Nazis. Nach den Beschlüssen der Berliner Konferenz sind Nazis „von den verantwortlichen Stellen in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen“. Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder, dafür zu sorgen, daß aktive Nazis und auch diejenigen, die für im Betriebe an Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern begangene Verbrechen verantwortlich sind, von ihren leitenden Posten entfernt und bestraft werden.

3. Liquidierung der kapitalistischen Monopole. Die kapitalistischen Monopolherren waren neben den reaktionären Militaristen die Hauptkriegsbrandstifter. Darum fordert die Berliner Konferenz „die Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen“. Diese Monopolverbände waren auch stets die größten Scharfmacher gegen die Arbeiterschaft. Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß die großkapitalistischen Monopolverbände verschwinden und nie wieder entstehen.

4. Die Überwindung der Naziideologie. Die Gewerkschaften haben auch eine große Aufgabe in der ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes zu leisten. Sie müssen mithelfen, die letzten Spuren des Rassenwahns, der Lebensraumtheorie und der nazistischen Welt Eroberungsideologie überhaupt aus den Köpfen der deutschen Arbeiter zu vertilgen und die Arbeiter wieder im Geiste der Völkerversöhnung und der internationalen Solidarität erziehen.

IV. Die Vertretung der Arbeiterinteressen

In ihrem Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 forderte die Kommunistische Partei Deutschlands:

„Schutz der Werkstätten gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranken. Besonderer Schutz den Müttern.“

1. Die neue Rolle der Betriebsräte

Nach der Zerschlagung des Nasiregimes wurden in allen Teilen des Reiches von den Arbeitern und Angestellten Betriebsräte oder Betriebsausschüsse gebildet. Sie sind die Organe zur Vertretung der Interessen aller Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Ihr Erfolg hängt davon ab, dass sie sich auf die Organisation der Freien Gewerkschaftler des Betriebs stützen und leitende Gewerkschaftler des Betriebs dem Betriebsrat angehören.

Aufgaben der Betriebsräte

Die Betriebsräte sollen bei der Umstellung auf die Friedensproduktion die Erfahrungen der Belegschaften bei der Festlegung grosser Produktionsaufgaben zum Ausdruck bringen und die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten.

Sie müssen in allen Betrieben das volle **Mitbestimmungsrecht** der Arbeiter erringen.

„Durch ihre richtigen Vorschläge, durch ihre Initiative müssen sich die Gewerkschaftsleitungen und Betriebsräte die notwendige Autorität erwerben und sich das volle Mitbestimmungsrecht in allen wichtigen Fragen der Produktion und in allen Fragen der Vertretung der Arbeiterinteressen sichern.“

(Walter Ulbricht, Aufgaben der neuen Freien Gewerkschaften. DVZ. v. 5. 9. 45.)

Sie sollen bei der Säuberung der Betriebsleitungen und bei der Liquidierung der Kartelle, Syndikate und Trusts aktiv mithelfen.

Sie sollen die Organe der neuen Demokratie im Betriebe sein und das nazistische „Führerprinzip“ restlos ausrotten.

2. Der Abschluß von Tarifverträgen

Nachdem die Nazis das Tarifrecht völlig beseitigt hatten, besteht die erste Aufgabe der Freien Deutschen Gewerkschaften in der Wiederherstellung kollektiver Arbeitsverträge. Die Verbände müssen also die

Interessen der Arbeiter und Angestellten ihrer Industrie- oder Berufsgruppe wahrnehmen, indem sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen für diese Gruppe ausarbeiten. Dabei gilt der Grundsatz:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

für Männer, Frauen und Jugendliche.

Es müssen neue Akkordsätze festgesetzt werden. Die Gewerkschaften müssen Vorschläge ausarbeiten, um die Lohnberechnung zu vereinfachen, damit die Arbeiter selbst kontrollieren können, ob sie richtig entlohnt werden.

Dabei ist zu beachten, daß auf Anweisung der Besatzungsbehörde das gegenwärtige Lohnniveau im allgemeinen bestehen bleiben soll. Da es noch schwierig ist, Tarifbestimmungen auf längere Zeit zu treffen, ist es zweckmäßig, zunächst **Richtlinien für die Bestimmungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen** zu schaffen, durch die künftige Tarifverträge vorbereitet werden.

Die Tarifverträge können in der Abteilung Arbeit vereinbart und dort für verbindlich erklärt werden (siehe Punkt 3).

3. Die Industrie- und Handelskammern

Nachdem die verschiedenen Unternehmerorganisationen mit dem faschistischen Staatsapparat verwachsen waren, sind sie mit diesem verschwunden und dürfen nie mehr entstehen. Damit ist die Möglichkeit einer Demokratisierung der Industrie- und Handelskammern gegeben in dem Sinne, daß ihnen die Kräfte angehören, die in der Produktion die Hauptrolle spielen.

Daher ist beantragt worden, die Industrie- und Handelskammern folgendermaßen zu konstituieren:

ein Drittel Vertreter des Gewerkschaftsausschusses,

ein Drittel Vertreter der Unternehmer, die von der Abteilung Wirtschaft der Stadt- bzw. Provinzialverwaltung ernannt werden und

ein Drittel Vertreter der Abteilung Arbeit der Stadt- oder Provinzialverwaltung.

Hat die Industrie- und Handelskammer Abteilungen für die einzelnen Industriezweige, so können in diesen Abteilungen die Tarifverträge usw. vereinbart werden und, falls eine Verständigung erfolgt, der Vertrag durch die Abteilung Arbeit der Stadt- bzw. Provinzialverwaltung für verbindlich erklärt werden. Wenn keine Einigung erfolgt, mußte die Abteilung Arbeit der Stadt- oder Provinzialverwaltung, in besonders wichtigen Fällen der Zentralverwaltung, eine Entscheidung fällen.

4. Die Arbeitsgerichte

Sowohl die Gewerkschaften als auch die Unternehmer haben die Frage der Wiedereinsetzung der Arbeitsgerichte gestellt, da die Abteilungen Arbeit der Stadt- oder Provinzialverwaltung nicht alle individuellen Streitfälle entscheiden können.

Das Arbeitsgericht soll jedoch erst dann angerufen werden, wenn der Fall durch die Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Unternehmer nicht entschieden werden kann.

Die Arbeitsgerichte sollen jedoch nicht wie früher dem allgemeinen Justizapparat, den Amtsgerichten usw. unterstehen, sondern den Abteilungen für Arbeit bei den Stadt- bzw. Provinzialverwaltungen. Diese Abteilungen sollen auch den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts ernennen. Ihm sollen beigeordnet werden: ein Beisitzer der Gewerkschaften, der vom Gewerkschaftsausschuß und ein Beisitzer der Unternehmer, der von der zuständigen Wirtschaftskammer ernannt wird.

5. Einheitliche Sozialversicherung

Die Gewerkschaften kämpfen auch für eine einheitliche Sozialversicherung auf demokratischer Grundlage.

In Berlin ist bereits eine einheitliche Versicherungsanstalt für die Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Angestelltenversicherung geschaffen worden.

Der Versicherte zahlt 10% seines Einkommens, der Unternehmer ebenfalls 10% der Gesamtlohnsumme.

Um die Einheitlichkeit des Versicherungswesens zu erzielen, ist es zweckmäßig, einen Vorstand oder Rat für die Sozialversicherung zu bestimmen. Zwei Drittel sollen von den Versicherten und ein Drittel von der Industrie- und Handelskammer bestimmt werden.

Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass die neue Sozialversicherung wirklich von demokratischem Geiste erfüllt wird und den Massen der Versicherten das breiteste Selbstbestimmungsrecht garantiert wird.

V. Parteien und Gewerkschaften

1. Die frühere „Neutralität“ der Gewerkschaften

Da die Gewerkschaften ursprünglich von politischen Parteien ins Leben gerufen worden waren, waren sie zunächst auch Anhängsel dieser Parteien. Später entwickelte sich in den Freien Gewerkschaften der Gedanke der parteipolitischen Neutralität, der jedoch nur ein Deckmantel für die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie war, die Preisgabe

des Sozialismus zu bemängeln. Tatsächlich standen die Freien Gewerkschaften immer in engster Beziehung zur alten Sozialdemokratie und haben deren Politik sowohl am 4. August 1914 als auch in der Weimarer Republik mit allen ihren Folgen mitgemacht.

2. Die geänderte Lage

a) Einheitsgewerkschaft

Heute ist eine völlig andere Lage. Die Freien Deutschen Gewerkschaften sind heute Einheitsgewerkschaften, in denen die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung verwirklicht ist. Es gibt heute keine anderen Gewerkschaften neben ihnen.

b) Die Einheitsfront der Arbeiterparteien

Auch die Lage der Parteien ist heute eine völlig andere. Die deutsche Arbeiterklasse hat auch die politische Spaltung überwunden und die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien geschaffen. Der Bruderkampf zwischen KPD und SPD ist heute überwunden, diese Parteien haben sich die Einigung der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt.

3. Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien

Von dieser Lage müssen die Gewerkschaften heute bei der Bestimmung ihrer Stellung zu den Arbeiterparteien ausgehen. Die Gewerkschaften können nur in Verbindung mit der grossen ideologischen Arbeit der Arbeiterparteien zu Schulen des Antifaschismus und des Klassenbewusstseins werden.

Ohne die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien könnten die Freien Gewerkschaften heute ihre grossen historischen Aufgaben nicht lösen. Darum ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, eng mit den beiden Arbeiterparteien zusammenzuarbeiten.

Vortragsdisposition

Nr. 12

Der Kampf gegen die Naziideologie

I N H A L T

	Seite
<i>I. Zweck und Methode der Nazipropaganda</i>	1
<i>II. Die Lüge vom mangelnden Lebensraum</i>	7
<i>III. Die Rassenlüge</i>	17

Preis 0,10 RM

Vortragsdisposition Nr. 12

Der Kampf gegen die Naziideologie

I. Zweck und Methode der Nazipropaganda

1. Die Rolle der NSDAP

Die Aufgabe der NSDAP bestand darin, den totalen Krieg vorzubereiten und durchzuführen. Zu diesem Zwecke wurde Hitler vom Finanzkapital mit der Macht betraut.

Von 1933—39 wurden 90 Milliarden RM für die Aufrüstung ausgegeben. Die militärische Jugenderziehung wurde durchgeführt, die Arbeitsdienstpflicht verordnet. Am 16. März 1935 wurde die Allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.

Die gesamte Wirtschaft wurde auf den totalen Krieg eingestellt. Durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (20. 4. 1934) wurden die Betriebe militarisiert. Die Landwirtschaft wurde durch den „Reichsnährstand“ für den Krieg zwangsmäßig zusammengefaßt. Unter Losung „Kanonen statt Butter“ wurde die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabgedrückt.

Um den Krieg vorzubereiten, schuf die NSDAP den totalen Staat und die totale Partei, die jede andere politische Richtung oder Partei ausschließt. Die Hitlerregierung führte die rücksichtslose, brutale Unterdrückung aller freiheitlichen und friedliebenden Schichten des deutschen Volkes durch. Ihr Ziel war, das ganze deutsche Volk vor den Wagen der imperialistischen Raubpolitik zu spannen.

Um dieses Ziel zu erreichen, betrieb die NSDAP einen beispiellosen Betrug an den Volksmassen, eine verlogene Propaganda, die als neue Weltanschauung proklamiert wurde. Der Grundzug dieser Propaganda war die Lüge. Mit dem Mittel der wildesten Volksverhetzung wurde den Volksmassen die Ideologie des Krieges, des Raubes und Mordes eingetrichtert.

2. Die Naziideologie ist ein Sammelsurium reaktionärer Vorurteile

Nazipropaganda und Naziideologie haben daher nichts mit wissenschaftlicher Weltanschauung gemein. Kein einziger Lehrsatz des Nazismus beruhte auf wissenschaftlicher Erkenntnis. Alle sogenannten

Theorien der Nazis waren nichts anderes als übertriebene reaktionäre Vorurteile, die von den Nazis ausgenutzt und weiterentwickelt wurden, weil sie ihnen politisch in den Kram paßten.

3. Die Nazilehren sind Zwecklügen

Die Nazilehren haben also mit Wissenschaft nicht das geringste zu tun. Sie sind politische Zwecklügen, die erfunden wurden, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Zur Erlangung ihrer reaktionären Ziele haben die Nazis die Wahrheit skrupellos gefälscht, geschichtliche Tatsachen in ihr Gegenteil umgebogen und die Wissenschaft brutal unterdrückt, um eine Entlarvung ihrer Lügen zu verhindern.

Hitler hat in „Mein Kampf“ die Lüge zum Mittel der politischen Propaganda erklärt, indem er schrieb:

„Man ging dabei von dem sehr richtigen Grundsatz aus, daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Geglautwerdens liegt, da die breite Masse eines Volkes im tiefsten Grunde ihres Herzens leichter verdorben als bewußt und absichtlich schlecht sein wird, mithin bei der primitiven Einfalt ihres Gemütes einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen, da sie selber ja wohl manchmal im kleinen lügt, jedoch vor zu großen Lügen sich doch zu sehr schämen würde. Eine solche Unwahrheit wird ihr gar nicht in den Kopf kommen, und sie wird an die Möglichkeit einer so ungeheuren Frechheit der infamsten Verdrehung auch bei anderen nicht glauben können, ja selbst bei Aufklärung darüber noch lange zweifeln und schwanken und wenigstens irgendeine Ursache doch noch als wahr annehmen; daher denn auch von der frechsten Lüge immer noch etwas übrig und hängen bleiben wird. . .“

4. Der Zweck der Nazilügen

Der Hauptzweck der Nazilügen war, die faschistische Politik des Faschismus zu rechtfertigen, der dem Finanzkapital diene. Um diesen Zweck zu erreichen, hatte die Naziideologie zwei Aufgaben zu erfüllen:

- a) Die Existenz des faschistischen Staates mit seinem brutalem Terrorregime im Innern mit irgendwelchen angeblich höheren „Prinzipien“ zu rechtfertigen, um dadurch das deutsche Volk innerlich für den imperialistischen Raubkrieg reif zu machen,
- b) diesen Raubkrieg selbst ideologisch vorzubereiten, das deutsche Volk und besonders die deutsche Jugend für den besonderen Raubkrieg zur Welteroberung vorzubereiten, den der deutsche Faschismus plante und durchführte.

5. Die Ursachen des Einflusses der Nazilügen

Trotz der Lügenhaftigkeit ihrer Propaganda haben die Nazis großen Einfluß auf breite Volksmassen erlangt. Die Ursachen dafür sind:

- a) Sie gewannen vor allem Einfluß auf die rückständigsten, politisch am wenigsten entwickelten und unerfahrenen Schichten des Volkes, wie Jugend, Frauen, Bauern. Diese Schichten konnten sie mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie am leichtesten betrügen.
- b) Die Nazis haben in Deutschland besonders deshalb so großen ideologischen Einfluß erlangt, weil sie an die im deutschen Volke verwurzelten, reaktionären Vorurteile anknüpften und sie weiterentwickelten.

„Durch seinen Zynismus und seine Verlogenheit alle anderen Spielarten der bürgerlichen Reaktion in den Schatten stellend, paßt der Faschismus seine Demagogie den nationalen Besonderheiten jedes Landes an, ja sogar den Besonderheiten der verschiedenen sozialen Schichten in ein und demselben Lande. Und die Massen des Kleinbürgertums, selbst ein Teil der Arbeiter, durch die Not, die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit ihrer Existenz zur Verzweiflung getrieben, werden zu Opfern der sozialen und chauvinistischen Demagogie des Faschismus.“

(G. Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 11/12.)

Mit ihrem politischen Zwecklügen und ihrer sozialen und chauvinistischen Demagogie haben die Nazis breite Schichten des deutschen Volkes verseucht und für die imperialistische Kriegspolitik eingefangen. Das half den totalen Hitlerkrieg mit allen seinen grausamen Folgen vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Krieg aber endete mit der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands.

6. Der moralische Bankrott des Nazismus

Die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands bedeutet zugleich auch den moralisch-politischen Bankrott des Nazismus. In seiner Rede am 6. November 1944 sagte Genosse Stalin:

„Im Laufe des Krieges haben die Hitlerfaschisten nicht nur eine militärische, sondern auch eine moralische und politische Niederlage erlitten. Die in unserem Lande verankerte Ideologie der Gleichberechtigung aller Rassen und Nationen, die Ideologie der Völkerfreundschaft hat den vollen Sieg über die hitlerfaschistische Ideologie des bestialischen Nationalismus und Rassenhasses errungen.“

(J. Stalin, „Ueber den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 136.)

Die Niederlage bedeutete den offenkundigen Bankrott der Naziideologie. Sie wurde entlarvt als Mittel, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, um es blindlings in den Abgrund zu stürzen.

Jetzt gilt es, nach diesem Bankrott die Naziideologie restlos auszurotten.

7. Unsere Aufgabe im Kampf gegen die nazistische Ideologie

Unsere Aufgabe im Kampfe gegen die faschistische Ideologie kann es daher nicht sein, uns mit den einzelnen Nazilehren als wissenschaftlichen Anschauungen auseinanderzusetzen. Es kommt darauf an,

- a) die Nazilügen zu entlarven, ihren reaktionären und lügnerischen Charakter aufzuzeigen,
- b) den jeweiligen politischen Zweck der Nazilügen zu entlarven und den Massen zu zeigen, wohin diese Lügen das deutsche Volk geführt haben.

II. Die Lüge vom mangelnden Lebensraum

1. Der Ursprung der Lebensraumlüge

Die Nazilehre, daß das deutsche Volk nicht genügend Lebensraum habe, ein „Volk ohne Raum“ sei, war kein eigenes Gedankengut der Nazis. Sie haben dabei eine alte reaktionäre Lüge aufgegriffen und auf die Spitze getrieben. Der geistige Vater der Lebensraumlüge der Nazis ist der reaktionäre englische Oekonom Malthus (1766—1834). Er lehrte, daß die Bevölkerung sich schneller entwickle als die Herstellung der Lebensmittel, daß dies ein Naturgesetz sei und daß daher „die Bevölkerung auf die Subsistenzmittel drückt“. Malthus zog aus dieser Lehre die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterschaft in der Fortpflanzung enthaltsamer sein müsse, während Hitler im Gegenteil Geburtensteigerung forderte, da er Kanonenfutter brauchte.

Die Ansicht Malthus' ist längst widerlegt worden: theoretisch von Marx, der nachwies, daß die Lebensmittelproduktion von gesellschaftlichen Faktoren abhängt, von der Bebauung brachliegender Ländereien, der Entwicklung der Landwirtschaft usw. Praktisch wurde diese Lehre widerlegt durch die periodisch wiederkehrenden Krisen, in denen die Ueberproduktion an Lebensmitteln zutage tritt.

2. Die Nazilüge vom mangelnden Lebensraum

Die Nazis übertrugen die längst widerlegte Lehre Malthus' auf das Territorium Deutschlands und behaupteten, das deutsche Volk habe nicht genug Lebensraum, um existieren zu können. Die Nazis behaupteten, das deutsche Volk sei ohne Bodenerweiterung zum Untergange verurteilt.

In der praktischen „Begründung“ dieser Lebensraumlüge wiesen sie dabei auf die große Bevölkerungsdichte Deutschlands hin.

3. Die Rolle der Bevölkerungsdichte

Nun bestimmt die Bevölkerungsdichte keinesfalls den Wohlstand der Völker. Die ganze praktische Erfahrung beweist das.

Würde der Wohlstand eines Volkes von der Größe eines Landes abhängen, so müßte sich mit spielender Leichtigkeit eine Stufenleiter des Wohlstandes der einzelnen Völker der Erde aufstellen lassen, und zwar nach dem Grad der Bevölkerungsdichte. Demnach müßte z. B. der Wohlstand Chinas (wo nur 42 Menschen auf dem Quadratkilometer leben) um ein Mehrfaches größer sein als in Deutschland. Der Chinese ist fleißig und intelligent. Käme es allein auf den Raum an, so würde der Chinese schon etwas damit anzufangen wissen. Allein wir kennen aus zahllosen Reisebeschreibungen die sprichwörtliche Bescheidenheit und Dürftigkeit des Lebens der chinesischen Bauern. Der Ausdruck „Kuli“ ist gerade in Deutschland zum Sinnbild der Armut bei gleichzeitiger viehischer Schwerarbeit geworden, und manches Jahr haben wir von Hungersnöten gelesen, die in großen Teilen Chinas ausgebrochen waren. Das Beispiel Chinas also spricht ganz und gar gegen die Auffassung, daß der Wohlstand eines Volkes von der Größe des Raumes abhängt.

Oder betrachten wir Spanien und Portugal.

Beide Länder haben einen nicht unbedeutenden Kolonialbesitz. In Spanien (einschließlich seiner Kolonien) leben auf dem Quadratkilometer 29,5 Menschen; in Portugal (wieder einschließlich seiner Kolonien) nur 7,7. Der Unterschied in der Größe des „Lebensraumes“ ist ganz bedeutend. Mithin müßte in Portugal ein wesentlich höherer Lebensstandard vorhanden sein als in Spanien. Aber wer auch nur ein ernstes Buch über diese beiden Länder gelesen hat oder die iberische Halbinsel aus eigenem Erleben kennt, wird uns beipflichten, daß von einem reicheren Leben in Portugal nicht die Rede sein kann. Beide Völker sind arm trotz der Größe des „Lebensraumes“.

Wie wenig die Bevölkerungsdichte mit den imperialistischen Raubplänen zu tun hat, bewies u. a. Finnland, das bei nur 9,4 Einwohnern auf dem Quadratkilometer eines der aggressivsten imperialistischen Länder war, dessen Imperialisten von einem „Großfinnland bis zum Ural“ träumten.

4. Die Ernährungsfrage

Aber es kommt ja nicht auf den Lebensraum überhaupt an, erwiderten die Nazis, sondern auf die Ausgestaltung dieses Lebensraumes. Deutschland könne sich auf seinem Boden nicht ernähren, erklärten sie, darum brauche es Lebensraum.

Tatsächlich hatte das deutsche Volk bereits vor Hitler einen Zusatz-

bedarf an Lebensmitteln. Die Ein- und Ausfuhrbilanz für Lebensmittel betrug 1930:

Einfuhr für	2969 Mill. RM
Ausfuhr für	480 „ „
Einfuhrüberschuß für	2489 Mill. RM

Das heißt, Deutschland hat 1930 für rund 2½ Milliarden RM Lebensmittel eingeführt über die im eigenen Lande hergestellte Lebensmittelmenge hinaus.

Diesen zusätzlichen Lebensmittelbedarf hat Deutschland bisher immer gehabt, seit dem es ein Industrieland geworden war. Aber es hat in Deutschland nie Lebensmittelmangel gegeben, außer im Kriege. Wenn die Massen in Deutschland Mangel und Hunger litten, so bei vollen Geschäften und keineswegs aus Mangel an Waren.

5. Die Rohstoffversorgung

Hat Deutschland genug Rohstoffe, um leben zu können? Deutschland ist reich an Kohlen und Kali, aber es ist arm an Erdöl, Eisenerz, Blei, Zink, Kupfer, Kautschuk, Baumwolle und anderen Rohstoffen.

Wenn wir die Außenhandelsbilanz für Rohstoffe und halbfertige Waren für 1930 betrachten, ergibt sich:

Einfuhr für	5508 Mill. RM
Ausfuhr für	2450 „ „
Einfuhrüberschuß	3058 Mill. RM

Der Einfuhrüberschuß ist bei Rohstoffen und Halbfabrikaten also noch größer als bei Lebensmitteln, Deutschland hat 1930 für rund drei Milliarden Mark über die Eigenerzeugung hinaus eingeführt.

Nun würde sich aber, wenn wir Vergleichszahlen aus anderen Ländern heranziehen, herausstellen, daß sie in derselben Lage sind wie Deutschland.

Bei allseitiger Befriedigung des Bedarfs verfügt kein Land der Welt über alle die Lebensmittel und Rohstoffe, die es braucht. Das heißt, alle Länder der Welt sind aufeinander angewiesen.

6. Der internationale Warenaustausch

Jedermann in Deutschland weiß, daß das deutsche Volk vor Hitler weder Lebensmittelmangel litt noch daß die deutsche Industrie Rohstoffmangel verspürte. Was das deutsche Volk nicht hatte, das konnte es

leicht durch den internationalen Warenaustausch erhalten. Der Gesamtaußenhandel Deutschlands betrug im Jahre 1930:

Ausfuhr	12 036 Mill. RM
Einfuhr	10 393 „ „
Ausfuhrüberschuß	1 643 Mill. RM

Obwohl also Deutschland damals für 2½ Milliarden Lebensmittel und für 3 Milliarden Rohstoffe und Halbfabrikate einfuhrte, war es in der Lage, für mehr als 1½ Milliarden Mark mehr Waren zu liefern als es selbst bezog!

Das heißt, nicht den „Lebensraum“ fremder Völker brauchte das deutsche Volk, sondern die Entwicklung der friedlichen Handelsbeziehungen zu den anderen Völkern.

Aber gerade diese Handelsbeziehungen hat Hitler zerstört.

7. Die Ursachen des Volkswohlstandes

Der Wohlstand eines Volkes hängt also nicht von der Bodenfläche ab, die es bewohnt. Sonst müßten ja die Völker in den am dünnsten besiedelten Ländern der Erde (Afrika, Grönland usw.) am wohlhabendsten sein. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall.

Der Wohlstand eines Volkes hängt ab:

a) von der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Je höher diese, d. h. die Technik, die Organisation der Arbeit usw. entwickelt sind, um so größer der Wohlstand eines Volkes;

b) von den politischen Verhältnissen eines Landes. Wenn eine reaktionäre politische Gewalt besteht, die die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt oder sie völlig auf den Krieg einstellt, statt auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Massen, dann wird das Volk, auch bei hochentwickelter Technik, schlecht leben;

c) von den gesellschaftlichen Zuständen im Lande. Wenn eine solche Gesellschaftsordnung besteht, in der eine kleine Gruppe von Parasiten sich die Früchte der Arbeit des Volkes aneignet, werden die Volksmassen im Elend leben. Obwohl das russische Volk z. B. über viel „Lebensraum“ verfügt, lebten die Massen der russischen Arbeiter und Bauern vor der Oktoberrevolution in großem Elend, weil die Gutsbesitzer und Kapitalisten sich die Früchte ihrer Arbeit aneigneten. Nach der Oktoberrevolution entfaltete sich der Wohlstand der Massen in der Sowjetunion, weil die Ausbeuter beseitigt waren;

d) vom internationalen Warenaustausch. Wenn ein Volk mit den anderen Völkern in friedlichem Warenaustausch steht, kann es alles, was es zu seinem Wohlstand braucht, auf friedlichem Wege haben. Wenn es

aber einen imperialistischen Raubkrieg führt, ruiniert es die Wirtschaft der anderen Völker und auch die eigene. Hitlers Krieg hat das deutsche Volk an den Bettelstab gebracht.

8. Der Zweck der Lebensraumlüge

Die Lebensraumlüge der Nazis hält also keinerlei Kritik stand. Die Nazis brauchten aber diese Lüge, um das deutsche Volk für den Raubkrieg der deutschen Imperialisten zu gewinnen.

Mit ihrer Forderung nach Lebensraum setzten die Nazis die alten Raubpläne der deutschen Imperialisten fort.

Am 3. September 1914 forderte Röchling die Eroberung der Erzgebiete von Brieg in Frankreich.

Am 4. September 1914 forderte Thyssen die Eroberung der französischen Erzgruben.

Im Mai 1915 forderten sechs große deutsche Wirtschaftsverbände die Annexion der französischen Nordküste, um einen Zugang zum Atlantischen Ozean zu bekommen.

Im Dezember 1917 forderte Vögler die Einverleibung des französisch-lothringischen Erzbeckens ins Reichsgebiet.

Im Herbst 1918 forderte der Krupp-Direktor Haux die Annexion von Belgien, Polen und der baltischen Länder.

In „Mein Kampf“ schrieb Hitler:

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“

Im Oktober 1942 erklärte Goebbels in Gdingen:

„Wir kämpfen nicht um ideologische Ziele, am Bakuöl, an der Donezkohle, an der überreichen Landwirtschaft wollen wir uns gesundstoßen.“

Die Lebensraumlüge der Nazis hatte also den Zweck, das deutsche Volk für die alten Raubpläne der deutschen Imperialisten zu gewinnen und dafür in den Krieg zu hetzen.

Der Kampf um den Lebensraum, in den die Nazis das deutsche Volk gehetzt haben, ist für Millionen Deutsche zum Todesraum geworden, der verbliebene „Lebensraum“ aber ist ein Trümmerfeld. Das ist die Folge der Irrlehre vom fehlenden Lebensraum.

III. Die Rassenlüge

1. Die historische Entstehung der Rassenlüge

Auch in ihrer „Rassenlehre“ bauten die Nazis auf alte reaktionäre Ideen auf. Die Rassenlehre wurde während des nordamerikanischen Bürgerkrieges von den Sklavenhaltern der Südstaaten erfunden, um mit der angeblichen rassischen Minderwertigkeit der Neger die Notwendigkeit der Sklaverei zu beweisen.

Dann wurde diese Rassenlehre von den Imperialisten in Europa zur Verteidigung der kolonialen Ausbeutung ausgenutzt.

Vertreter der „Rassenlehre“ waren Graf Gobineau, der 1853—1855 „Studien über die Ungleichheit der Rassen“ veröffentlichte, und H. St. Chamberlain, der 1899 ein Buch „Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts“ herausgab.

Alle Versuche, gesellschaftliche oder politische Erscheinungen auf der Rassengrundlage zu erklären, sind gescheitert; denn nicht biologische Veränderungen, sondern gesellschaftliche Gesetze erklären die geschichtliche Entwicklung.

2. Der Widersinn der Rassenpropaganda

Es wurden verschiedene Versuche unternommen, die Rassen zu bestimmen und zu klassifizieren, alle diese Versuche sind gescheitert und wissenschaftlich unhaltbar.

- a) **Hautfarbe, Schädelform, Knochenbau** sollten als Rassenmerkmale dienen; sie erwiesen sich jedoch als ungenügend, da gleiche Merkmale bei verschiedenen Rassen vorhanden sind.
- b) Dann sollte das **Blut** die Rasse bestimmen. Die Wissenschaft stellte vier Blutgruppen fest, die alle vier bei allen Menschenrassen und auch bei den Menschenaffen vorhanden sind.
- c) **Rassenmischung.** Schließlich stellte die wissenschaftliche Forschung fest, daß die modernen Völker das Resultat einer jahrhundertelangen Rassenmischung sind. Reine Rassen sind fast nicht mehr vorhanden.

3. Der Inhalt der faschistischen Rassenlüge

Die Nazis haben deshalb auch bald auf jede Erklärung der Rassen verzichtet und sich in den Mystizismus geflüchtet.

„An seinen Taten erkennt man den nordischen Menschen, nicht an der Länge seiner Nase und an der Farbe seiner Augen.“

schrieb die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ im Juni 1934. Und Goebbels erklärte in Nürnberg 1936:

„Die wahren Führer sind von Blut und Boden geboren, sie brauchen keine Kultur und keine Wissenschaft.“

„Das Leben einer Rasse, eines Volkes, ist keine sich logisch entwickelnde Philosophie, auch kein sich naturgesetzlich abwickelnder Vorgang, sondern die Ausbildung einer mystischen Synthese . . .“

(Rosenberg, Mythos, S. 117.)

a) Die „Ueberlegenheit“ der Arier

Die Rassenlüge der Nazis behauptet, das deutsche Volk besteht aus Ariern, gehöre der nordischen Rasse an, die über allen anderen Rassen stehe und daher berufen sei, andere Völker zu beherrschen und zu unterdrücken. Die Arier seien Herrenmenschen.

b) Geschichtslügen

Um diese unsinnige Behauptung zu stützen, haben die Nazis die Geschichte in größter Weise gefälscht. Alles, was die Menschheit an Großem hervorgebracht hat, ist nach ihrer Behauptung von Ariern geschaffen.

„Was wir heute an menschlicher Kultur, an Ergebnissen von Kunst, Wissenschaft und Technik vor uns sehen, ist nahezu ausschließlich schöpferisches Produkt des Ariers.“

Rosenberg behauptete,

„ . . . daß der Sinn der Weltgeschichte von Norden ausstrahlend über die ganze Erde gegangen ist, getragen von einer blauäugig-blonden Rasse, die in mehreren großen Wellen das geistige Gesicht der Welt bestimmte.“ (Rosenberg, Mythos, S. 34.)

In der Begründung ihrer Rassenlüge schreckten die Nazis vor den lächerlichsten Fälschungen nicht zurück. So schrieb Rosenberg über die alte chinesische Philosophie:

„Dort hat auf einem ostischen Rumpf ein nordischer Kopf gesessen.“

Oder zur griechischen Mythologie erklärte Rosenberg, Zeus und Apollo seien arisch gewesen. Oder über das alte Rom:

„Altrömisch ist wesensgleich (!!) mit nordisch.“

und so weiter und so fort.

c) Widerlegung

Die historischen und die politischen Tatsachen schlagen diesen Geschichtslügen ins Gesicht.

1. Die Germanen waren noch im Vorstadium ihrer geschichtlichen Entwicklung, als andere Völker bereits eine hohe Kultur aufwiesen.
2. Das deutsche Volk, das angeblich arisch ist, besteht aus einem so bunten Gemisch von Rassen, daß die Nazis selbst auf alle Rassenmerkmale verzichten mußten (siehe oben).
3. Die angeblich überlegene nordische Rasse wurde 1914/18 und 1939/45 so gründlich geschlagen, daß von ihrer „Ueberlegenheit“ nichts übrig geblieben ist.

4. Der Antisemitismus

Eine besondere Rolle spielte in der nazistischen Rassenlehre der Antisemitismus. Er diente vor allem

a) der Ablenkung von den Ursachen des Elends

Mit ihrem Geschrei „Der Jude ist schuld“ wollten die Nazis die Volksmassen davon ablenken, daß die reaktionären Junker und die imperialistischen Kriegshetzer die wirklich Verantwortlichen am Elend des Volkes sind. Auch der Antisemitismus ist nicht von den Nazis erfunden worden.

„Der Antisemitismus ist eine Angelegenheit der zurückgebliebenen Kultur.“ (Engels, Ausgewählte Briefe, S. 369/371.)

Der Antisemitismus diente den herrschenden Klassen immer als „Blitzableiter“, um die Empörung der Volksmassen von den wirklichen Schuldigen abzulenken (Stalin).

b) Bereicherung der Nazibonzen

Im übrigen diente der Antisemitismus und die sogenannte Arierisierung den Nazibonzen und Monopolisten zur schamlosen persönlichen Bereicherung. Einige Tatsachen:

Berliner Handelsgesellschaft, eine der vier Berliner Großbanken. An die Stelle des Juden Fürstenberg trat Hermann Göring.

Die Warburg-Bank in Hamburg wurde von einem „arischen“ Konsortium übernommen, dem angehörten: der Haniel-Konzern, Siemens-Schuckert und Siemens & Halske.

Das Essener Bankhaus Simon Hirschland ging an Thyssen, Flick und die Deutsche Bank für Industrieobligationen über.

5. Der Zweck der nazistischen Rassenlüge

Der Hauptzweck der Rassenlüge war die ideologische Vorbereitung des deutschen Volkes auf den imperialistischen Raubkrieg. Diesem Hauptziel dienten die Aufgaben:

a) Stärkung der Diktatur im Innern

Erste Voraussetzung zur Vorbereitung des Krieges war die brutale Unterdrückung aller freiheitlichen und friedlichen Elemente im Innern. Zu diesem Zwecke wurde das eigene Volk in eine Herrenschicht, die angeblich rassisch höher stehe, und die Masse der „Untermenschen“ eingeteilt. Diese Masse sollte in Unwissenheit gehalten werden, um sie leichter unterdrücken zu können. Im Sommer 1932 sagte Hitler:

„Die volle Freiheit der Bildung ist das Privileg der Elite . . . Und so werden wir auch konsequent sein und der breiten Masse des untersten Standes die Wohltat des Analphabetentums zuteil werden lassen.“

Die Folge dieser Einstellung war die Verlotterung des deutschen Schulwesens und die Verwandlung der Schulen in Kasernen.

Gleichzeitig diente die Rassenlüge zur brutalen Unterdrückung aller antifaschistischen Elemente, die als rassisch minderwertig bezeichnet wurden.

b) Chauvinistische Verhetzung des Volkes

Hauptaufgabe der Lüge von der „Ueberheblichkeit“ der „nordischen Rasse“ war die chauvinistische Verhetzung des deutschen Volkes, um es für die räuberischen Kriegs- und Welteroberungspläne der deutschen Imperialisten zu gewinnen. Hitler wies in „Mein Kampf“ ganz

klar diesen Zusammenhang zwischen Rassenlüge und Welteroberungsplänen nach, als er schrieb:

„Wir alle ahnen, daß in ferner Zukunft Probleme an den Menschen herantreten können, zu deren Bewältigung nur eine höchste Rasse als Herrenvolk, gestützt auf die Mittel und Möglichkeiten eines ganzen Erdballs, berufen sein wird.“

c) Mißachtung der anderen Völker

Die Kehrseite dieser chauvinistischen Verhetzung war die Herabsetzung und Mißachtung der anderen Völker. Sie wurden als rassisch minderwertig, als Sklavenvölker usw. hingestellt. Damit wurden das deutsche Volk, besonders die deutschen Soldaten zu jener Brutalität erzogen, die im Kriege in den Grausamkeiten gegen die unterdrückten Völker ihren Ausdruck fand, die in den Vernichtungslagern Maidanek, Auschwitz usw. gipfelte und den deutschen Namen in der ganzen Welt verhaßt gemacht hat.

d) Verhetzung der Jugend

Besonders verhängnisvoll wirkte sich die Rassenlüge der Nazis auf die deutsche Jugend aus, die einerseits in Unwissenheit gehalten und andererseits in dem Wahne erzogen wurde, über den anderen Völkern zu stehen. Die deutsche Jugend wurde im Geiste der Weltbeherrschung erzogen. In der HJ wurde gesungen:

„Wir werden weiter marschieren
Bis alles in Scherben fällt,
Denn heute gehört uns Deutschland
Und morgen die ganze Welt!“

Die Rassenlüge der Nazis hatte fast die ganze deutsche Jugend verseucht und sie zum willigen Werkzeug des Raubkrieges und der Verbrechen der Nazibande gemacht.

6. Die Folgen der Rassenlüge

Die Rassenlüge war den Nazis ein Mittel, das deutsche Volk in den Krieg zu hetzen und damit ins Verderben zu stürzen.

Die Nazis redeten von dem deutschen Volk als höherer Rasse und brachten es dahin, daß das deutsche Volk in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen und tief herabgedrückt wurde.

Die Nazis schwätzten von Volkserhaltung und Volksgesundheit und verschuldeten den Tod vieler Millionen Deutscher; sie machten Millionen Deutscher zu Krüppeln und Siechen.

Die Nazis faselten von der Größe des deutschen Volkes und brachten seinen tiefsten Absturz; sie machten gerade durch ihre Rassenlüge das deutsche Volk in der ganzen Welt verhaßt.

7. Die Ueberwindung der Rassenlüge

Um aus der Katastrophe herauszukommen, um einen neuen Weg des friedlichen Aufbaus gehen zu können, um wieder die Achtung der anderen Völker zu erringen, muß das deutsche Volk daher den nazistischen Rassenwahn überwinden und sich zu einer ehrlichen Politik des Friedens, der Freundschaft unter den Völkern und der friedlichen Arbeit bekennen. Der faschistischen Irrlehre vom „Lebensraum“ und der „Herrenrasse“ sagen wir den Kampf an. Um diese Irrlehre aus den Hirnen aller Deutschen und besonders der deutschen Jugend auszutilgen, ist eine große ideologische Aufklärungsarbeit, eine grundlegende Umerziehung des deutschen Volkes vonnöten. Nur wenn wir diese Umerziehung durchführen, können wir die Voraussetzungen schaffen für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Staates und für die Wiederaufnahme des deutschen Volkes in den Kreis der friedliebenden Völker.

Vortragsdisposition

Nr. 13

Reaktionäres Preußentum

Erster Teil:

Die Rolle des reaktionären Preußentums in der Deutschen Geschichte bis zum Anbruch des Imperialistischen Zeitalters

INHALT

	Seite
<i>I. Die Entstehung des brandenburgisch-preussischen Staates und die Herausbildung des reaktionären Preußentums</i>	3
<i>II. Die Grundzüge des reaktionären Preußentums</i>	9
<i>III. Die Erstarkung des reaktionären Preußentums im 17. und 18. Jahrhundert</i>	13
<i>IV. Das reaktionären Preußentums im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen</i>	21
<i>V. Die Reichsgründung von oben – der Weg zur Verpreußung Deutschlands</i>	27

Vortragsdisposition Nr. 13

Reaktionäres Preußentum

I. Teil.

**Die Rolle des reaktionären Preußentums
in der deutschen Geschichte
bis zum Anbruch des imperialistischen Zeitalters**

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreussischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

(Aus dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. 6. 1945.)

Die restlose Vernichtung des Nazismus kann nur erreicht werden, wenn auch seine Wurzeln ausgerottet werden. Eine seiner stärksten Wurzeln ist das reaktionäre Preußentum. Durch die herkömmliche Geschichtsschreibung, die Schule und die Presse wurde über die Rolle dieses Preußentums in der Geschichte ein völlig falsches Bild verbreitet. Gegenüber diesen Zweckklügen, Umfälschungen, Beschönigungen und Unterschlagungen ist ein Bild zu vermitteln, das auf geschichtlicher Wahrheit beruht und erkennen läßt, wie das reaktionäre Preußentum

sich auf Grund der besonderen Entwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Mark und in Ostelbien herausbildete, wie es die geschichtliche Entwicklung Deutschlands mitbestimmt hat und wie auf seiner Grundlage der Hitlerismus emporgewachsen ist.

I. Die Entstehung des brandenburgisch-preußischen Staates und die Herausbildung des reaktionären Preußentums

1. Die Grundlage.

a) Gründung auf slawischem Boden

Der brandenburgisch-preußische Staat entstand und entwickelte sich vom 12. bis 15. Jahrhundert auf nichtdeutschem Boden, der seit Jahrhunderten von slawischen Völkerschaften bewohnt und kultiviert worden war. (Gebiet der späteren Provinzen Brandenburg und Ostpreußen.)

b) Die militärische Zielsetzung

Die Mark Brandenburg und der Ordensstaat in Preußen (im Gebiet der späteren Provinzen Ost- und Westpreußen) wurden als Militärkolonien gegründet, die als Ausfallstor für künftige Eroberungszüge gegen Osten bestimmt waren.

c) Vormachtstellung der Junker

Den Rückhalt des Staates bilden von Anfang an die Junker, die für die Eroberungszüge aus allen Ländern herangezogen wurden und in der Hauptsache den Abschaum der westlichen Völker darstellten (heruntergekommene und verarmte Ritter, Verbannte, Flüchtlinge, Abenteurer, Arbeitsschwe, Rauflustige). Sie erhalten im eroberten Land Güter zu Lehen und werden zu „adligen Grundherren“. Ihre eigentliche Bestimmung ist jedoch nicht der Ackerbau, sondern der Kriegsdienst.

d) Unterdrückung der Bauern und Bürger

Da die alteingesessene slawische Bevölkerung in grauenvollen Blutbädern niedergemetzelt, vertrieben oder versklavt wurde und die einst blühenden Länder in Wüste und Wildnis verwandelt wurden, rief man

bäuerliche Ansiedler herbei. Sie wurden für den Ackerbau weitgehend vom Kriegsdienst freigestellt, mußten dafür aber hohe Abgaben zahlen, die im Hinblick auf die kargen Bodenerträge zur Verarmung der Bauern führten.

Ständige Kriegsgefahr, abseitige Lage, Mangel an Verkehrswegen und allgemeine Armut erschwerten die Gründung von Städten und die Bildung eines freien, politisch einflußreichen Bürgertums.

Somit wurden schon mit der Gründung die Wege der künftigen Entwicklung vorgezeichnet, die dann im Hitlerismus ihren Gipfelpunkt erreichte. Nach außen: kriegerische Eroberung, Unterwerfung der slawischen Völker, nach innen: Ausbeutung und Entrechtung der Bauern und Bürger durch eine schmarotzende Junker- und Militärkaste.

2. Die Entwicklungsrichtung

a) Stärkung der Macht der Junker

Der Krieg galt als normale Lebensform. Infolgedessen gewannen die Junker eine besondere Bedeutung. Darauf pochend, verstanden sie es, sich alle möglichen Vorteile und Vorrechte zu verschaffen und zu sichern.

„Die bewaffnete Macht wurde eine ökonomische Klasse, die ihr öffentliches Amt zu einer Quelle sozialen Eigennutzes machte; die unfreie Kriegerkaste warf sich ebenso zum Herrn über den Markgrafen, wie über den freien Bauern auf ...“

(Franz Mehring, „Lessinglegende“, S. 82.)

b) Die Landesherren als Vollstrecker des Willens der Junker

Die Landesherren, besonders die späteren hohenzollernschen Kurfürsten, begünstigten diese Bestrebungen der Junker. Sie befreiten sie nach und nach von allen Abgaben, verkauften ihnen die Rechte, den Bauern eine Fülle von Abgaben, Diensten und Pflichten aufzuerlegen (Hand- und Spanndienste) und die niedere Gerichtsbarkeit über die Dörfer auszuüben.

Damit die in so niederträchtiger Weise ausgebeuteten und geschundenen Bauern ihren Blutsaugern nicht entrinnen konnten, nahm man ihnen das Recht der Freizügigkeit, gestattete schließlich unter dem Hohenzollern Joachim II. (1535—1571) das sogenannte „Bauernlegen“. Der Junker durfte Bauern- und Kossätenstellen zu seinem Rittergute schlagen oder sie für seine Söhne in Rittergüter verwandeln.

Ebenso ließ die Bevorzugung und Bevorrechtung der Junker keine Förderung der bürgerlichen Interessen in den Städten zu. Jeder Ansatz zu einer freiheitlichen Entwicklung wurde erstickt.

3. Ergebnis diese Entwicklung

- a) Auf Grund der errungenen Vorrechte entwickelt die Junkerkaste sich zu einer überheblichen, bornierten, arbeitsscheuen und bildungsfeindlichen Militärclique, die nur von der Ausbeutung und Erpressung der „niederen“ Stände lebt.
- b) Die Landesherrn sinken zu Anwälten der Junkerinteressen herab. Die seltenen Versuche zur Niederhaltung der Junker führen stets früher oder später zur Stärkung der Junkermacht.
- c) Bauern und Bürger werden mehr und mehr zu Untertanengeist und Knechtseligkeit erzogen. Freiheitssinn und Wille zum Fortschritt werden unterdrückt. Verzicht auf jede Mitverantwortung und Mitbestimmung.
- d) Die große deutsche revolutionäre Bewegung im Zeitalter der Reformation, der Freiheitskampf der Bauern weckt im Staat der Hohenzollern keinen Widerhall in dem am härtesten geknechteten Volk.

4. Wodurch wurde diese Entwicklung besonders gefördert?

a) Durch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges

Infolge der unentschiedenen Haltung Brandenburgs hatte gerade dieses Land am ärgsten unter ihm zu leiden gehabt. Die Auswirkungen waren dementsprechend hier noch verderblicher als in den übrigen deutschen Ländern: Stärkung der Reaktion, Entartung des Bürgertums, Verelendung der Bauern.

b) Durch die Schaffung des stehenden Heeres

Die Junker machen ihre Zustimmung zur Einführung des Heeres davon abhängig, daß ihnen im Landtagsrezeß von 1653 die „herkömmliche Gutsherrlichkeit“ für alle Zeit bestätigt wird und ihre Vorrechte erweitert werden.

c) Durch die Hausmachtspolitik der Hohenzollern

Durch Raub und Ueberfall, Kauf und Heirat, Liebedienerei, Betrug und Bestechung von Verrätern verstehen es die Hohenzollern, überall innerhalb und außerhalb Deutschlands Gebiete zu erwerben. Im Westfälischen Frieden können sie dank der Unterstützung durch Frankreich ihr Gebiet fast verdoppeln. Um die weit auseinanderliegenden Teile zu vereinigen, ist eine kostspielige Armee nötig; die von dem ausgepreßten Volk unmöglich unterhalten werden kann. Ausweg: Ständige Sucht nach neuen Raubzügen und Länderschachereien, völlige Militarisation, elende Versorgung der aus dem Lumpenproletariat aller Länder an-

geworbenen Rekruten und Einführung des grausamen Stockdrills, härtester, unmenschlicher Kasernendisziplin. Besetzung der Kommandostellen erfolgt fast ausschließlich durch Junker.

Verschwendung und Prunksucht am Hofe werden durch die finanzielle Ueberbeanspruchung für das Heer nicht beeinträchtigt. Es wird zur Tradition, daß man sich für den Verrat deutscher Interessen von ausländischen Mächten Riesensummen von Bestechungsgeldern zahlen läßt. Truppen und Landeskinder vermietet, sich in alle möglichen Handel einmischt und die Stellungnahme nicht von den Interessen des eigenen Staates abhängig macht, sondern von der Höhe der angebotenen Bestechungssummen, der Geschenke und Hausmacherweiterungen. Besonders krasse Beispiele:

Der sogenannte „Große Kurfürst“, Friedrich Wilhelm I., strich laufend ungewöhnlich hohe Summen von Frankreich ein. Er wurde praktisch zum Beamten des französischen Königs. Im Frieden zu St. Germain, 25. 10 1679, werden ihm jährlich 100 000 Livres ausgesetzt. Dafür verpflichtet er sich, die gegen Deutschland gerichtete Politik des französischen Königs Ludwig XIV. zu unterstützen.

Leopold von Ranke schreibt dazu:

„... der Große Kurfürst ist darin so weit gegangen, dem König von Frankreich oder dem Dauphin seine Mitwirkung zur Erlangung der deutschen Kaiserwürde zu versprechen: sollte das nicht möglich sein, so würde man sich über einen anderen Fürsten, für den sie erworben werden könne, verständigen.“

(Leopold von Ranke, „Zwölf Bücher Preussischer Geschichte“, Band 1, S. 340.)

Als der Kurfürst am 18. 1. 1684 sich verpflichtete, einen allgemeinen deutschen Reichskrieg gegen Frankreich zur Rückeroberung Straßburgs zu verhindern, wurden die jährlichen Zahlungen Frankreichs an seine Kasse daraufhin auf 500 000 Livres heraufgesetzt.

Der Nachfolger, Kurfürst Friedrich III., später König Friedrich I., ließ seine Soldaten auf fast allen europäischen Kriegsschauplätzen für fremde Interessen kämpfen. Aus diesen Soldatenverkäufen vereinnahmte er während seiner Regierung 14 Millionen Taler. So erkaufte er sich auch die Königskrone mit dem Blute seiner Untertanen.

II. Die Grundzüge des reaktionären Preußentums

Im Zusammenwirken all der aufgezeigten Tatsachen und der Zusammenhänge in der Entstehungsgeschichte des brandenburgisch-preussischen Staates mußten sich gewisse Grundzüge herausbilden, die kennzeichnend

wurde für die besondere Eigentümlichkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Preußen und richtunggebend für deren weitere Entwicklung.

Ihre Zusammenfassung stellt das dar, was allgemein hin als reaktionäres Preußentum bezeichnet wird.

Welches sind diese Grundzüge?

1. **Wirtschaftlich:** Unterbindung jeder fortschrittlichen Entwicklung, um das junkerliche System der Ausbeutung nicht zu gefährden. Abwälzung aller Lasten auf Bauern und Bürger. Aufbrauchen der Erträge aus der Arbeit der Massen für Armee, Beamtentum und den Luxus von Hof und Adel. Die Wirtschaft dient dem Krieg und nicht den Bedürfnissen des Volkes.
2. **Staatlich:** Die immer größer werdenden Aufgaben der Verwaltung wagt man nicht durch Selbstverwaltungsorgane des Volkes lösen zu lassen. Darum wird die Errichtung eines umfangreichen, durch zahllose Vorschriften eingeeengten Polizei- und Beamtenapparates notwendig. Preußen wird das Musterland des Bürokratismus, der Korruption und der Despotie.
3. **Militärisch:** Da die Militärkaste von den Soldaten nicht erwarten kann, daß sie sich für die unsinnige, volksfeindliche Raub- und Betrugspolitik aus innerer Ueberzeugung hinopfern lassen, ihnen auch das Soldatenlos nicht erleichtern kann und will durch Aufbesserung ihrer Besoldung und Beköstigung, sucht man ihre Kampfkraft durch widerwärtige, menschenunwürdige Drillmethoden und barbarische Strafen zu erhöhen. Preußen wird das Land des Korporalstocks, des Kasernenhofes, des Kommissstiefels. Friedrich „der Große“ schärft in seinem Testament von 1768 seinem Nachfolger ein,

„... daß die preußischen Soldaten ihre Offiziere mehr fürchten müssen als den Tod, weil nur die Furcht vor den eigenen Offizieren die preußischen Soldaten zwingen kann, großen Gefahren ins Auge zu sehen.“
(Hegemann, „Fridericus“, S. 584.)

4. **Gesellschaftlich:** Maßloser Ständedünkel bei der herrschenden Junkerkaste, Landesherren als Vollstrecker des Willens dieser Kaste, Sicherung und Ausbau ihrer Vorrechte und Machtstellung, rücksichtslose und brutale Unterdrückung der Bürger und Bauern.
5. **Kulturell:** Fernhalten des Volkes von jeder Bildung, um den blinden Kadavergehorsam, die Kritiklosigkeit und die Verwendungsmög-

lichkeit in der Armee zu erhöhen. Der Adel nutzt die ihm gebotenen Bildungsmöglichkeiten wenig aus. Nutzen für den Staat erwartet man weniger von der Hebung der Kultur als von der Stärkung der Armee und vom Kriege. Kunst und Wissenschaft, Kirche und Schule werden in den Dienst der Erhaltung der bestehenden Ordnung gezwängt. Verherrlichung von Krieg und Soldatentum! Unterdrückung jeder freien geistigen Regung, besonders in der Literatur.

6. **Außenpolitisch:** Hemmungsloser Eroberungsdrang im Dienste der hohenzollernschen Hausmacht und der Interessen des Junkertums. Nationale Rücksichten und Ziele finden keine Beachtung. Ruhmsucht und Habgier führen zu verantwortungsloser Abenteuerpolitik. Gewissenlose Anwendung auch der verwerflichsten und schimpflichsten Methoden (Betrug, Wortbruch, Ueberfall, Raub).

In der wechselseitigen Durchdringung dieser Grundzüge bildete sich eine Besonderheit des staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in Preußen heraus,

das reaktionäre Preußentum.

Alle Versuche der fortschrittlichen Kräfte, diesen reaktionären Preußengeist zu überwinden und auch Preußen auf den Weg einer fortschrittlich-demokratischen Entwicklung zu stoßen, endeten mit einem Siege der reaktionären Junker- und Militärkaste. So drückte das reaktionäre Preußentum der ganzen Entwicklung in Norddeutschland seinen Stempel auf und schuf damit einen günstigen Nährboden für die nationalistic-militaristische Ideologie, die im Nazismus ihren Gipfel erreichte. Das reaktionäre Preußentum gab die Entwicklungsrichtung an, die zu Hitler und in die Katastrophe führte.

III. Die Erstarkung des reaktionären Preußentums im 17. und 18. Jahrhundert

1. **Der Absolutismus entartet zur Tyrannei und Despotie. Dynastie und Junkertum wetteifern in der Knechtung und Ausbeutung der Bauern und Bürger**

Anfänglich unter dem „Soldatenkönig“, Friedrich Wilhelm I., Einschreiten gegen die Junker. Unter Friedrich II., dem „Alten Fritz“, Wiederherstellung und Erweiterung der Vorrechte. Unerträgliche Besteuerung, Entrechtung, Unterdrückung jeder freien Meinung. Vergew-

liches Ankämpfen fortschrittlicher und freiheitlicher Geister (Leibniz, Kaspar Friedrich Wolff, Christian Wolf, Moser, Lessing, Winckelmann).

„Lassen Sie es aber doch einmal einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfels in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel die Wahrheit zu sagen lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen und gegen die Ausaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist.“

(Lessing in einem Briefe an Nicolai, 1769, zitiert in Hegemann, „Fridericus“, S. 528/529.)

„Es schaudert mich vom Wirbel bis zur Zehe, wenn ich an den preußischen Despotismus und den Schinder der Völker denke. Lieber ein beschnittener Türke als ein Preußel!“

(Winckelmann in seinen Briefen an C. Füssli und L. Usteri, 1763, zitiert in Hegemann, „Fridericus“, S. 118.)

2. Der Militarismus wird maßlos übersteigert und nimmt die widerlichsten und brutalsten Formen an

Unter dem „Soldatenkönig“ werden fünf Siebentel aller Staatseinnahmen für das Heer ausgegeben, 300 000 Taler allein jährlich für die „Riesengarde“, unter Friedrich II. von 16 Millionen Talern 13 Millionen für die Armee! Einführung des grausamsten Stockdrills, unmenschliche Behandlung, Spießrutenlaufen, gemeinste Betrugs- und Gewaltmethoden bei der Anwerbung. Maßlose Ueberheblichkeit der Offiziere, Kadavergehorsam der Mannschaften.

„Da mußten wir zusehen, wie man sie durch zweihundert Mann, achtmal die lange Gasse auf und ab Spießruten laufen ließ, bis sie atemlos hinsanken — und des folgenden Tags aufs neue dran mußten, die Kleider ihnen vom zerhackten Rücken heruntergerissen, und wieder frisch drauflosgehauen wurde, bis Fetzen geronnenen Bluts ihnen über ihre Hosen hinabgingen. Dann sahen mein Landsmann und ich einander zitternd und todblaß an, und flüsteren einander in die Ohren: ‚Die verdammten Barbaren!‘ Was hiernächst auch auf dem Exercirplatz vorging, gab uns zu ähnlichen Betrachtungen Anlaß! Auch da war des Fluchens und Karbatschens von prügelsüchtigen Jünkerlins, und hinwieder des Lamentirens der Geprügelten kein Ende.“

(Gustav Freytag, „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“, Bericht eines Augenzeugen, zitiert in Hegemann, „Fridericus“, S. 584/585.)

Die viehischen Grausamkeiten der SS finden hierin ihre historischen Vorläufer.

Die Junkerkaste, die durch Friedrich ihre ureigensten Interessen am besten vertreten sieht, beginnt mit der blinden Vergötterung des Monarchen. Das reaktionäre Preußentum liefert so den späteren Faschisten das geschichtliche Vorbild für den künftigen „Führerstaat“ und „Militärstaat“, den Führerkult.

Uebersteigerung des Bürokratismus

Friedrich II. setzt während seiner ganzen Regierungszeit (1740—1786) nur einen bürgerlichen Minister ein. Die Landes- und Provinzialkollegien werden gleichfalls nur mit Adligen besetzt. Bezeichnenderweise werden jedoch für die Oberrechnungskammer Bürgerliche herangezogen, da die Finanzlage des Staates infolge der unsinnigen Kriege, des überspannten Luxus und der Ausbeutung durch die steuerfreien Junker hoffnungslos war. Ein unübersehbares, unentwirrbares Paragraphensystem regelt die Einziehung der indirekten Steuern (Akzise). Das Verzeichnis der zu steuernden Gegenstände umfaßt 107 Folioseiten mit durchschnittlich 30—40 Artikeln. Schrankenlose Schikanierung des Volkes, Unterwürfigkeit gegenüber den Vorgesetzten kennzeichnen das Beamtentum. Denunziationen, Spitzelwesen („Kaffeeriecher“), Einschränkung des zivilen Lebens durch zahllose Vorschriften. Das reaktionäre Preußentum ist das historische Vorbild für das Nazibonzenium, für blindes Mitläufertum, für den Bürokratismus und den Hitlerstaat.

Treubruchige und deutschfeindliche Eroberungspolitik

Ziel: Stärkung der Hausmacht der Hohenzollern. Preußen als Haupthindernis für die Vereinigung der deutschen Nation.

Im Kampf um Schlesien gegen die deutsche Kaiserin schließt Friedrich II. bald ein Bündnis mit Frankreich gegen Oesterreich, bald unterhandelt er im geheimen mit Oesterreich und verrät Frankreich (Vertrag von Klein-Schnellendorf 9. 10. 1741), schließlich geht er 1744 ein neues Bündnis mit Frankreich ein. Später erniedrigt er sich zum bezahlten Festlandsdegen Englands“.

„Die Weltgeschichte hat keinen zweiten Herren, dessen Zwecke so winzig! Aber was konnte ‚groß sein‘ in den Plänen eines Kurfürsten von Brandenburg, king by courtesy (König aus-Gnade), der nicht im Namen einer Nation handelt, sondern seiner Hausmacht, seine Domänen im Bereich dieser Nation zu arrondieren (abzurunden) und auszuweitern sucht! . . . Das Reich selbst neu zu schaffen, und sich an die Spitze desselben zu stellen — solcher Ehrgeiz liegt ihm fern.“
(Karl Marx, „Preußen“ [Die Kanaiillen].)

Auf die Erschöpfung und Verelendung des Volkes wird ebensowenig Rücksicht genommen als auf die Wahrung des deutschen Allgemeininteresses. In dem Testament von 1782 empfiehlt Friedrich II., sich gegen die erstarkende Macht des deutschen Kaisers mit den Türken zu verbünden.

Die preußische Politik war ausschließlich den eigennützigen Interessen der Hohenzollern-Dynastie gewidmet. Preußen war dadurch das Haupthindernis für die Vereinigung der deutschen Stämme zu einer einheitlichen deutschen Nation. Die Hauptschuld daran, daß es dem deutschen Volke durch Jahrhunderte nicht gelungen ist, sich zur Nation zu konstituieren, ein einheitliches Reich zu schaffen, trifft das Haus Hohenzollern und das Königtum Preußen.

5. Unterdrückung fremder Völker

Der reaktionäre preußische Staat trat wiederholt als Gendarm zur Unterdrückung fremder Völker auf. Besonders schrecklich bekam das polnische Volk das preußische Raub- und Gewaltssystem zu spüren, als sich Friedrich II. und sein Nachfolger bei der Zerstückelung Polens weite Gebiete ihrer Herrschaft unterwarfen.

„Das erste, womit der Hohenzollernsche Landesvater in dem geraubten Polen seine preußische Huld offenbarte, war die Konfiskation der ehemals polnischen Kron- und Kirchengüter ... Eine Menge Strauchritter, Günstlinge königlicher Maitressen, Kreaturen der Minister, Helfershelfer, denen man den Mund stopfen wollte, wurden mit den größten und reichsten Gütern des geraubten Landes beschenkt und hiermit den Polen 'deutsche Interessen' und 'überwiegend deutscher Grundbesitz' eingepfropft.“

(„Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 285 vom 29. April 1849.)

„... 1771 wurden ganze Kantone von Preußisch-Polen durch preußische Soldatenknechte überschwemmt, die unglaubliche Plünderungen, Grausamkeiten, Gemeinheiten und Brutalitäten jeder Art verübten. Nicht nur stehlen die hungrigen Kanailen privatim und von Staats wegen. Sogar Weiber abgaben wurden verschrieben, die die Dörfer liefern mußten, die in ihnen gepreßt und dazu verurteilt wurden die schmutzigen preußischen Kommisskanailen zu heiraten ...“ (Marx, „Preußen“ [Die Kanailen].)

Es bildet sich die Auffassung von der Ueberlegenheit des preußischen Systems, des „Geistes von Potsdam“, heraus, von dem Recht auf Herrschaft über andere, „niedere“ Völker, Anbahnung des Rassenirrwahns. Vertragsbruch und Ueberfall gelten als selbstverständliche Mittel der Politik. Der Hitlerismus gefiel sich gerade deshalb in der Verherrlichung des Preußengeistes.

IV. Das reaktionäre Preußentum im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen

1. Die französische Revolution (1789), die in dem Bürgertum West- und Süddeutschlands einen mächtigen Widerhall weckt, löst in Preußen fast keinerlei Bewegung aus. Dennoch fühlen sich Dynastie und die Junkerkaste bedroht. Um die Gefahr für sein reaktionäres System abzuwenden, nimmt Preußen am Interventionskrieg gegen Frankreich teil und vernichtet gemeinsam mit Rußland den in Polen entstehenden liberalen Verfassungsstaat. Geschichtliches Vorbild für die Einmischung Hitlerdeutschlands in Spanien.

2. Die Reformen nach dem Zusammenbruch von 1806/07 unter den Ministern Stein und Hardenberg — beides bezeichnenderweise geborene Nichtpreußen — erstrebten durch die Einführung der städtischen Selbstverwaltung und die Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern eine stärkere Anteilnahme des Volkes an dem Schicksal des preußischen Staatssystems, um es für dessen Aufrechterhaltung erfolgreicher einsetzen zu können. Die ostelbischen Junker, denen die eigenen Interessen stets höher stehen als das Gesamtinteresse des Volkes, versuchten mit allen Mitteln, die Reformen, besonders die Bauernbefreiung, zu durchkreuzen. Lieber wollten sie die Herrschaft Napoleons erdulden, als ihre Vorrechte preisgeben. Stein beseitigte sie, indem sie einen Brief, in dem der Minister seine franzosenfeindliche Gesinnung aussprach, der französischen Polizei in die Hände spielten, so daß der reaktionäre König einen Vorwand für die auch von ihm längst beabsichtigte Entlassung besaß.

3. Im Zeitalter der Restauration in Europa, der Wiederherstellung der früheren gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, erfuhr das reaktionäre Preußentum eine gewaltige Stärkung.

a) Die 1807 eingeleitete Bauernbefreiung wird verfälscht und hintertrieben. Die späteren Gesetze (vom 29. 5. 1816 und 7. 6. 1821) bewahrten dem Junkertum seine alten Vorrechte (gutsherrliche Justiz, Polizei, Gesindeordnung). Die zahlenmäßig am meisten vertretenen Inhaber kleinerer Bauernstellen blieben fronpflichtig, die Minderheit der sogenannten „spannfähigen“ Bauern erhält nur das Recht, sich von den Lasten loszukaufen. Nur durch ungeheure Opfer an Acker und Geld konnten sie also einen Teil dessen erwerben, was ihre Vorfahren ursprünglich als freie Leute besessen hatten.

b) Der preußische Weg. Loskauf der Bauern von den Feudal-lasten führt zur Kapitalanhäufung bei den Junkern und zur Vermehrung des Dorfproletariats. In steigendem Maße erwerben die Junker gewerbliche Produktionsmittel, verschmelzen mit dem

kapitalistischen Bürgertum. Sie sind zugleich Feudalherren und kapitalistische Unternehmer. Lenin bezeichnet diese Entwicklung als den preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft.

„Die Latifundien bleiben bestehen und werden allmählich zur Grundlage der kapitalistischen Landwirtschaft, — dies ist der preußische agrar-kapitalistische Typus, wo der Junker Herr der Situation ist. Auf Jahrzehnte hinaus behauptet er seine politische Vorherrschaft, der Bauer bleibt unterdrückt, erniedrigt, elend und unwissend.“ (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XII, S. 344.)

Die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse verändert die Stellung der Junker, aber nicht ihre Macht, wandelt die Form ihrer Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden, aber nicht deren Brutalität.

- c) Die freiheitliche Bewegung im Bürgertum nach 1815 (Burschenschaft, Turnerschaft, Sängerschaft) wurde in Preußen mit besonders brutalen Mitteln niedergedrückt. (Demagogieverfolgungen!) Die Reaktion erfuhr eine gewaltige Unterstützung durch die internationalen Restaurationsbestrebungen („Heilige Allianz“) und durch den Zulauf zahlreicher betörter Bürgerlicher. Aufkommen eines wüsten Nationalismus, Haß gegen alles Französische und Ablehnung der fortschrittlichen Ideen der französischen Revolution als „welscher Tand“. Verherrlichung der mittelalterlichen Barbarei, des „frederizianischen Zeitalters“ und des Militarismus überhaupt.

„Ihre ganze Weltanschauung war philosophisch bodenlos, weil nach ihr die ganze Welt um der Deutschen willen geschaffen war und die Deutschen selbst die höchste Entwicklungsstufe längst gehabt hatten. Die Deutschtümelei ... bildete abstrakte Deutsche durch Abstreifung alles dessen, was nicht auf vierundsechzig Ahnen rein deutsch war ... und so wollte sie die Nation ins deutsche Mittelalter oder gar in die Reinheit des Urdeutschtums aus dem Teutoburger Walde zurückdrängen ...“

(Engels in Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. 2, S. 99 u. 100.)

Das Bürgertum stellt nicht mehr bloß gedungene Schildknappen des reaktionären Preußentums, sondern kritiklose Bewunderer,

eifrige Lobredner und fanatische Wegbereiter. Die Praxis der Demagogieverfolgungen wird richtungweisend für spätere politische Verfolgungen. Die Deutschtümelei bereitet den Boden für die spätere nazistische Rassenirrhlehre und den überheblichen Chauvinismus.

4. Das reaktionäre Preußentum erstickt die Revolution von 1848

Unter dem Einfluß der Februar-Revolution in Frankreich brach im März 1848 auch in Berlin die Revolution aus. Die Volksmassen erkämpften einen vorübergehenden Sieg über die Reaktion. Der König muß sich vor den Opfern der Straßenkämpfe verneigen und dem Volk eine freiheitliche Verfassung versprechen. Doch das Bürgertum weiß seinen Sieg nicht auszunutzen. Es ist bereits durch das reaktionäre Preußentum so weit verseucht, daß es die Notwendigkeit der Errichtung einer demokratischen Republik und des Sturzes sämtlicher Monarchen nicht sieht. Es erblickt die größere Gefahr für sich in der Arbeiterklasse, die zwar noch zahlenmäßig gering, aber durch ihre kühnen und überragenden Führer Marx und Engels und ihren entschlossenen, unbeirraren Kampf die revolutionäre Bewegung am kräftigsten vorwärts treibt. Die demokratischen Kräfte waren also gespalten.

Das Standesinteresse der Junker siegt. Die deutsche Frage wird seinerwillen verraten. In niederträchtigster und grausamster Weise führen sie die Konterrevolution durch. Vergebliches Heldentum in republikanischen Volkserhebungen. Friedrich Engels in den vordersten Reihen der Kämpfer. Preußisches Militär kartätscht die Massen nieder. Der „Kartätschenprinz“, der spätere Kaiser Wilhelm I., vernichtet mit zwei preußischen Armeekorps das an Zahl und Ausrüstung weit unterlegene badische Volksheer. Grauenhafte Massenhinrichtungen durch das Rastatter Standgericht, das nur aus preußischen Offizieren bestand. Die Verfassung, die Preußen erstrebt, enthüllt besonders in dem Dreiklassenwahlrecht und der Einrichtung des Herrenhauses den ausgesprochen reaktionären Charakter.

„Die wirkliche Verfassung Preußens ist der Belagerungszustand.“ (Karl Marx.)

Das reaktionäre Preußen verhindert somit wiederum die Lösung der lebenswichtigen Aufgabe: Schaffung eines einheitlichen freiheitlichen Nationalstaates unter Beseitigung der nationalen Zersplitterung. Das reaktionäre Preußen verhindert ferner, daß die deutsche Frage durch das deutsche Volk selbst gelöst wurde. Es erkämpft sich die Ausgangsstellung für eine spätere Gewaltlösung in seinem Sinne und mit seinen Methoden, Methoden, die dann im Hitlerstaat höchste Bewunderung und eifrige Nachahmung finden.

V. Die Reichsgründung von oben — der Weg zur Verpreußung Deutschlands

a) Wandlung in der Haltung der Reaktion

Die Entwicklung des Kapitalismus führt zu einem immer festeren Zusammenschluß zwischen Junkertum und Großbürgertum. Gemeinsames Interesse an einer Einigung aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen. Das Junkertum unterstützt daher die Politik Bismarcks, der als echter Junker dafür bürgt, daß das Ziel nach junkerlichen Gesichtspunkten umgefälscht, der Weg der bewährten Ueberlieferungen des reaktionären Preußentums beschritten und keine Beeinträchtigung der junkerlichen Vorrechte herbeigeführt wird.

b) Reaktionäre Lösung

Kein einheitliches, alle deutschen Stämme umfassendes, demokratisches Reich, sondern ein Bundesstaat mit Ausschluß Oesterreichs unter preußischer Führung und mit reaktionärer Verfassung.

c) Durchführung mit Blut und Eisen

Der altpreußische Weg diplomatischer Intrigen, des Treubruchs, des Bruderkriegs und Verrats wird fortgesetzt.

1. Da ein Volksheer für die geplanten Eroberungszüge nicht verläßlich genug sein könnte, wird gegen den Willen der Volksvertretung das königliche Zwangsheer durchgesetzt und unter ungeheurer finanzieller Belastung des Volkes ständig vermehrt.
2. 1863 blutige Niederwerfung des polnischen Aufstandes als „Gendarm des russischen Zaren“, um dessen Unterstützung zu erlangen für die beabsichtigten Kriege gegen die süddeutschen Staaten.
3. Deutsche kämpfen gegen Deutsche. Preußen sichert sich die Unterstützung Frankreichs gegen Oesterreich, verspricht diesem Abtretung deutschen Gebiets, bricht dieses Versprechen und provoziert den Krieg mit Frankreich.

„Um Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, mußte man nicht nur Oesterreich mit Gewalt aus dem deutschen Bunde treiben, sondern auch die Kleinstaaten unterwerfen. Ein solcher frischer fröhlicher Krieg Deutscher gegen Deutsche war in der preußischen Politik ja von jeher das Hauptmittel der Gebietserweiterung ge-

wesen; vor so etwas fürchtete sich kein braver Preulle. Ebenso wenig konnte das zweite Hauptmittel irgendwie Bedenken erregen: die Allianz mit dem Auslande gegen Deutsche.“

(F. Engels, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, Wien-Berlin 1931, S. 41.)

4. Der Krieg gegen Frankreich wird zum konterrevolutionären Krieg und zum Raubkrieg durch Annexion Elsaß-Lothringens und die Fortführung des Krieges nach dem Sturz des Kaisertums gegen das französische Volk mit barbarischen Methoden. Verantwortlich dafür die junkerlichen Offiziere. Bismarck empfiehlt dem König eine Verschärfung des „Drucks, welcher auf das Land und Volk durch die Leiden des Krieges ausgeübt wird“. Er schlägt u. a. vor:

„Auch die Wegführung von Geiseln als Bürgschaft für Kontributionen und für das Wohlverhalten verdächtiger Gemeinden scheint mir von den militärischen Befehlshabern nicht so oft zur Anwendung gebracht zu werden, als es wünschenswert ist.“

„Unmittelbar auf die französischen Armeen selbst einwirken und einen heilsamen Schrecken verbreiten würde es, wenn es möglich wäre, die Truppen Eurer Majestät daran zu gewöhnen, daß weniger Gefangene gemacht und mehr die Vernichtung des Feindes auf dem Schlachtfeld ins Auge gefaßt würde.“

(Aus Bismarcks Immediatbericht, 14. 12. 1870, Bismarck, „Die gesammelten Werke“ — Otto Stollberg, Verlag Berlin — VI b, Nr. 1975, S. 634—636.)

d) Die Stärkung des reaktionären Preußentums durch die Reichsgründung von oben

Wie die Revolution von 1848 keine Lösung der gestellten Aufgabe brachte, so auch die Reichsgründung von 1871 nicht. Das Streben des deutschen Volkes nach demokratischer Erneuerung und nach nationaler Einheit fand nicht die erhoffte Erfüllung.

1. Die preußischen Junker behalten nicht nur die bisherigen Machtstellungen, sondern gewinnen neue durch die Gebietserweiterung Preußens.
2. Der Geist des reaktionären Preußentums wird auf Gesamtdeutschland übertragen.

Das Deutsche Reich wird dadurch zur Brutstätte eines lächerlich überspannten Chauvinismus, eines maßlos gesteigerten, ständig säbelrasselnden Militarismus und damit zu einem Herd ständiger Kriegsgefahr.

Ueber diese Monarchie schrieb Engels in seinem Artikel „Der Sozialismus in Deutschland“:

„Ihre polizistische, kleinliche, auf Plackereien ausgehende, einer großen Nation unwürdige innere Politik hat ihr die Verachtung aller bürgerlich-liberalen Länder eingebracht; ihre auswärtige Politik das Mißtrauen, ja den Haß der Nachbarvölker.“

(„Die Neue Zeit“, 1891/92, 10. Jahrgang, Band I, S. 584.)

Das reaktionäre Preußentum stellt somit jenes reaktionäre Element in der deutschen Geschichte dar, das die Einigung der deutschen Nation jahrhundertlang verhinderte, jegliche fortschrittliche Bewegung unterdrückte und dem deutschen Volk in der ganzen Welt Feinde machte. Es fand seine höchste Entwicklung im Nazismus, der unser Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt hat.

Vortragsdisposition

Nr. 14

Reaktionäres Preußentum

Zweiter Teil:

Der verhängnisvolle Einfluß des reaktionären Preußentums auf die Entwicklung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Hitlerfaschismus

I N H A L T

	Seite
<i>I. Die Verpreußung Deutschlands unter der Ära Bismarcks</i>	<i>1</i>
<i>II. Der Einfluß des reaktionären Preußentums auf die imperialistische Raubpolitik im wilhelminischen Deutschland</i>	<i>11</i>
<i>III. Die Erhaltung und Neuerstärkung des reaktionären Preußentums und des imperialistischen Gedankens in der Weimarer Republik</i>	<i>25</i>
<i>IV. Die Vollendung des reaktionären Preußentums im Hitlerfaschismus</i>	<i>29</i>

Unverkäufliche Referentenausgabe

Vortragsdisposition Nr. 14

Reaktionäres Preußentum

II. Teil

Der verhängnisvolle Einfluß des reaktionären Preußentums auf die Entwicklung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Hitlerfaschismus

I. Die Verpreußung Deutschlands unter der Ära Bismarcks

Das reaktionäre Preußentum gibt auch dem 1871 gegründeten Deutschen Reich das Gepräge.

Die Junker bleiben weiterhin an der Macht, Militärkamarilla und Staatsbürokratie dehnen den preußischen Einfluß jetzt über ganz Deutschland aus.

Die Grundzüge des reaktionären Preußentums, Junkerherrschaft, Militarismus, Bürokratismus und Chauvinismus, Verrat und Treubruch überwuchern fortan auch die Teile Deutschlands, die sich bisher von dem reaktionären Einfluß Preußens mehr oder weniger freigehalten haben.

Der Erzkunker Bismarck wird zum rücksichtslosen Willensvollstrecker des Junkertums, dessen Bündnis und Verschmelzung mit dem anwachsenden Kapitalismus immer enger wird.

Das neue deutsche Kaiserreich war also nichts anderes als

„ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus...“

(Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, S. 32.)

1. Die Wirtschaft wird rücksichtslos in den Dienst des Militarismus gestellt

Junker und Militaristen, Rüstungsindustrielle und Bankfürsten erzwingen die Verwendung der von Frankreich erpreßten Kriegsentschädigungen (4 Milliarden RM) für militärische Zwecke (Bau von Festungen und Kasernen, Vermehrung der Bestände an Waffen, Munition, Ausrüstung).

2. Der „Raubzug am arbeitenden Volke“

(Reaktionäre Finanz-, Steuer- und Zollpolitik)

Großindustrielle schreien nach **Schutzzöllen**, um auf dem Inlandsmarkt die ausländischen Konkurrenten verdrängen und von dem eigenen Volke maßlos erhöhte Warenpreise fordern zu können. Gestützt auf die so erzielten Riesengewinne versuchten sie, die überschüssigen Waren zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt abzusetzen und die Konkurrenz der ausländischen Unternehmer auszuschalten.

Das **reaktionäre Junkertum verlangt gleichfalls Schutzzölle**, um die steigende Einfuhr billigen Fleisches und Getreides aus dem Auslande zu unterbinden.

Ohne Rücksicht auf die katastrophalen Auswirkungen auf die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung setzt Bismarck eine Zoll- und Steuerpolitik durch, die sowohl die Wünsche der Großindustriellen wie die des reaktionären Junkertums befriedigt und deren Bündnis noch fester schmiedet.

Einführung neuer, hauptsächlich indirekter Steuern (Branntwein-, Zuckersteuer u. a.); beträchtliche Verteuerung aller Lebensmittel.

Engels kennzeichnet die **Auswirkung dieser Politik** folgendermaßen:

„... der Staat entfremdet sich mehr und mehr den Interessen der großen Volksmassen, um sich in ein Konsortium von Agrariern, Börsenleuten und Großindustriellen zu verwandeln, zur Ausbeutung des Volkes.“

(F. Engels, Einleitung zur Broschüre Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten, 1806—1807“ in: Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, S. 370).

3. Der Kampf des reaktionären Preußentums gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung

a) Bismarck provoziert

Um die **wachsende Erregung im Volke über die Ausbeutungspolitik** niederzuhalten, griff Bismarck, unterstützt von den Parteien des Junkertums und der Großindustrie, den Konservativen und den Nationalliberalen, zu immer schärferen Gewaltmaßnahmen, die sich in erster Linie gegen die damals in schnellem Aufstieg befindliche Sozialdemokratie richteten.

August Bebel und **Wilhelm Liebknecht** wurden zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, die Pressefreiheit wurde weiter durch strenge Strafbestimmungen eingeengt. Um die Keime der **gewerkschaftlichen Bewegung** auszurotten und die sich häufenden Streiks zu verhindern, verlangt Bismarck vom Reichstag ein Gesetz zur Aufhebung der Koalitionsfreiheit und zur kriminellen Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches.

Um die bürgerlichen Parteien zur rückhaltlosen Unterstützung seiner Gewaltpolitik zu gewinnen, **organisiert Bismarck** — ähnlich wie Göring später den Reichstagsbrand — **Attentate auf den alten Kaiser Wilhelm I.**, die er geschickt zu benutzen wußte, um die öffentliche Meinung gegen die Sozialdemokratie zu erregen.

Bismarck erreichte so die Zustimmung zu den berüchtigten **Sozialistengesetzen**, die ihm die willkommene Gelegenheit boten, mit brutalsten Mitteln die aufstrebende, fortschrittliche Arbeiterschaft mit Hilfe der Junker niederzuringen. Er berief

„zum obersten Handhaber des Sozialistengesetzes den kassubischen Junker v. Puttkamer, eine gemeine und schäbige Polizeiseele, so großmäulig wie unwissend, aber tief von der konservativen Weisheit durchdrungen, daß die ausgesuchtesten Schufte die stärksten Stützen von Thron und Altar seien, einen Beschützer und Förderer des schamlosesten Lockspitzeltums.“

(Franz Mehring, „Zur deutschen Geschichte“, S. 234).

„... die Arbeiterklasse ist vogelfrei für jede Brutalität und Perfidie der Polizei. Was die moderne Arbeiterbewegung an Blättern, Schriften und Vereinen besaß, wurde rücksichtslos niedergemetzelt, als brächen barbarische Horden in ein zivilisiertes Land.“

(Ebenda, S. 230).

b) Die Arbeiterschaft setzte unbeirrbar ihren Kampf gegen das reaktionäre Preußentum fort und ließ sich durch Verfolgung und Unterdrückung ebensowenig von dem Weg abbringen, wie durch die Mittel der Korruption, die Lockungen und Versprechungen und die unzulänglichen Gesetze der Sozialversicherung.

Die Arbeiterschaft enthüllte die niederträchtige Korruptions- und Spitzelwirtschaft des Bismarckschen Systems. So deckte sie u. a. auf, daß die „Freiheit“, eine Zeitung radikaler Anarchisten, die fast in jeder Nummer zum Fürstenmord aufrief, zeitweise durch die preußische Polizei finanziert wurde, daß sich ein etatsmäßig angestellter Beamter des Berliner Polizeipräsidiums als Lockspitzel in einen Arbeiterverein eingeschlichen hatte, um zu Dynamitattentaten aufzureizen.

4. Die nationale Unterdrückung der unterworfenen Völkerstämme

Polen, Dänen, Elsässer werden an der Entfaltung eines nationalen Eigenlebens gehindert.

a) Koloniale Germanisierungs-Methoden in Elsaß-Lothringen

Keine Selbstverwaltung. Einsetzung von Statthaltern. Lenin schrieb darüber im Jahre 1913:

„Mehr als 40 Jahre lang wurde die französische Bevölkerung des Elsaß mit Gewalt ‚germanisiert‘ und durch alle Art von Druck in die königlich-preußische, feldwebelhafte, bürokratische Disziplin hineingezwungen, die sich ‚deutsche Kultur‘ nennt.“

(W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII, S. 117).

Der damalige Statthalter Fürst Hohenlohe schreibt am 8. Mai 1888 in seinem Tagebuch:

„Es scheint, daß man in Berlin soviel vexatorische (drangsallerende) Maßregeln verlangt, damit die Bewohner von Elsaß-Lothringen zur Verzweiflung gebracht und zu Aufständen getrieben werden, damit man dann sagen kann, das Zivilregiment taugt nichts, man muß den Belagerungszustand erklären.“

(Zitiert von Fritz Wüssing in „Geschichte des deutschen Volkes“, S. 164.)

b) Fortführung der traditionellen preußischen Unterdrückungspolitik gegenüber den Polen

Vertreibung der Polen von ihrer Scholle durch Ansiedlungskommission und Ansiedlungsgesetz.

„Mit dem fundamentalen Ansiedlungsgesetz von 1886 begann Bismarck den Kampf um den Boden in großem Stil. Er forderte und erhielt 100 Millionen zum Zweck des Ankaufs von Gütern und der Ansiedlung deutscher Bauern.“

„Bismarck griff auf Grund des neuen Gesetzes kräftig zu, und es wurden in den ersten fünf Jahren etwa 46 000 ha aus polnischer Hand erworben.“
(Fürst von Bülow, „Deutsche Politik“, S. 253 f.).

Insgesamt wurden, wie Bülow weiter ausführt, 112 196 deutsche Bauernstellen auf früher polnischem Besitz errichtet. — Verbot der polnischen Sprache in den Schulen.

5. Die Unterstützung des Preußentums durch den reaktionären Teil der deutschen Intelligenz

Der berühmte Universitäts-Professor Ernst Du Bois-Reymond erklärte in seiner akademischen Rede vom 3. 8. 1870:

„Die Berliner Universität, dem Palaste des Königs gegenüber einquartiert, ist das geistige Leibregiment des Hauses Hohenzollern.“

(Zitiert in Hegemanns „Fridericus“, S. 686).

An der Spitze dieses Leibregiments marschieren die Geschichtsschreiber Treitschke, v. Sybel, Mommsen, Erich Marcks, Meinecke u. a.

„Der lebendige Gott wird dafür sorgen, daß der Krieg als eine furchtbare Arznei für das Menschengeschlecht immer wiederkehrt.“

(Treitschke, „Politik“, Bd. 1).

Treitschke verkündete u. a. die Theorie

„von der mangelnden Gesittungsfähigkeit der unteren Klassen und der Notwendigkeit, einen ungebildeten Arbeiterstand zu erhalten, wenn die Bildung der höheren Klassen nicht unmöglich werden soll . . .“

(Wüssing, „Geschichte des deutschen Volkes“, S. 199).

II. Der Einfluß des reaktionären Preußentums auf die imperialistische Raubpolitik im wilhelminischen Deutschland

1. Die Besonderheit der imperialistischen Entwicklung Preußen-Deutschlands

a) Bündnis zwischen Agrarjunkern und Finanzkapital

Durch die gegenseitige Beeinflussung und Unterstützung der Agrarjunkern, Bankiers und Großindustriellen entwickelte sich in Deutschland ein Imperialismus, der besonders reaktionär, militaristisch, chauvinistisch und raubgierig auftrat und den Lenin als den „junkerlich-bourgeois Imperialismus“ bezeichnete.

b) Verspäteter Eintritt in die Weltpolitik

Das reaktionäre Preußentum hatte die nationale Einigung Deutschlands jahrhundertlang verhindert; dadurch wurde auch der nationale wirtschaftliche Aufstieg gehemmt.

Deutschland begann den Kampf um die Eroberung des Weltmarktes erst, als der größte Teil der Welt bereits aufgeteilt war. Um möglichst den imperialistischen Nebenbuhlern die errungene Beute abzuja-gen, trieb der deutsche Imperialismus die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung in rasendem Tempo vorwärts und griff zu einer ganz besonders herausfordernden, raubsüchtigen Eroberungspolitik.

c) Deutschland überholt in der industriellen Entwicklung England

Produktion von	(in Millionen Tonnen)					
	Steinkohle		Roheisen		Stahl	
	1887	1913	1887	1913	1887	1913
Großbritannien	164,7	222	7,7	10,7	3,7	7,8
Deutschland	76,2	287	4,0	17,8	1,2	18,3

Die sprunghafte Entwicklung in der Produktion führt zu maßlos übertriebenen imperialistischen Forderungen, für deren Durchsetzung eine uferlose Aufrüstung betrieben wird.

d) Steigende Rüstungsausgaben

Deutschlands Rüstungsausgaben im Jahresdurchschnitt (in Millionen Mark):

1884—88:	429,2	1889—93:	6,88,0	1894—98:	696,9
1899—1903:	855,6	1904—08:	1025,6	1909—13:	1394,5

2. Das reaktionäre Preußentum schafft sich gefügte Willensvollstrecker

a) Wilhelm II. als klassischer Vertreter des reaktionären Preußentums

Der Junkerfreund Wilhelm II. erwies sich als ein ganz besonders eifriger Förderer und streitbarer Vertreter der Interessen des Monopolkapitalismus und des mit ihm verbündeten ostelbischen Junkertums.

„Aber trotz seinem gelegentlichen Zorn gegen sie regierte er doch in Preußen und dadurch auch im Reich mit den Junkern, denn sie waren allmächtig in Preußen und vor allem waren sie das Fundament des preußischen Offizierkorps und damit der Armee. Sie waren es, die den maßgebenden Einfluß auf die preußische und damit auf die deutsche Politik hatten . . .“

(Alexander v. Hohenlöhe, „Aus meinem Leben“, S. 355 ff.).

b) Der Feind des werktätigen Volkes

Die anfänglich von Wilhelm II. zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit weicht bald einer äußerst feindseligen Haltung. Rücksichtslos setzt er das Militär gegen streikende Arbeiter ein. Für ihn galt, was er später am 20. 7. 1917 vor den Parteiführern aussprach:

„Wo die Garde auftritt, da gibt es keine Demokratie.“

(Erzberger, „Erlebnisse im Weltkriege“, Stuttgart und Berlin 1930, Seite 49).

„Ihr habt mir die Treue geschworen, das heißt, Ihr seid jetzt meine Soldaten, Ihr habt Euch mir mit Leib und Seele ergeben. Es gibt für Euch nur einen Feind, und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialen Unruhen (!) kann es vorkommen, daß ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen, aber auch dann müßt Ihr meinen Befehl ohne Murren befolgen.“

(Wilhelm II. 1891 bei der Rekrutenvereidigung in Potsdam).

Der sich ständig verschärfende Gegensatz zwischen den herrschenden Schichten und dem Volk kam zum Ausdruck in der bekannten **Zabern-Affäre 1913**: Beschimpfung der Bevölkerung durch den Militärkommandant von Forstner — Proteste der Bevölkerung — Verhaftungen angesehener Bürger — Militärregime über die Stadt — Debatte im Reichstag.

„ . . . nicht die „Anarchie“ ist in Zabern „ausgebrochen“, sondern die wahre Ordnung in Deutschland, die Säbelherrschaft des halbfeudalen preußischen Grundherren hat sich verschärft und ist ans Licht getreten . . .“ (Lenin, Sämtl. Werke, Band XVII, S. 117.)

c) Das reaktionäre Beamtentum

Die Besetzung aller maßgeblichen Stellen mit junkerlichen Elementen führt zu einer völligen „Verpreußung“ des gesamtdeutschen Beamtentums.

Kennzeichen: kalter, abstoßender Hochmut, völlige Mißachtung der Volksinteressen, paragraphengläubiger, kleinlich-pedantischer Bürokratismus, Bedientenhaftigkeit, Unterwürfigkeit und Speichelleckerei nach oben, brutale, despotische Willkür nach unten. Lächerliche Anbetung von Ordens- und Titelträgern, übertriebener Respekt vor der Uniform. (Hauptmann von Köpenick.)

„Der preußische Despotismus . . . stellt mir in dem Beamten ein höheres, geheiligtes Wesen gegenüber . . . Der preußische Beamte bleibt für den preußischen Laien, d. h. Nichtbeamten, stets Priester.“

(„Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 221 vom 14. Februar 1849).

d) Die konservative Partei als Vorkämpferin für das reaktionäre Preußentum

Diese Partei, die völlig von den Großgrundbesitzern beherrscht wurde, verstand es, durch eine gleisnerische und verlogene Propaganda breite Massen für ihre reaktionären Ziele zu gewinnen und sich einen überragenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik, auf den gesamten Verwaltungsapparat zu sichern. Clemens von Delbrück, der letzte Kabinettschef Wilhelm II., erklärt in seinen nachgelassenen, 1918 geschriebenen Denkwürdigkeiten:

„Die Konservativen sicherten sich im Laufe der Jahre nach 1870 von neuem die Bürokratie, die vielleicht nie so gleichmäßig konservativ und so abhängig von der Konservativen Partei gewesen ist wie in den letzten 30 Jahren. Die Konservativen stellten die Minister und verfügten über den Verwaltungsapparat bei den Wahlen. Das Gefühl der Solidarität zwischen Verwaltung und Konservativen wurde neu gefestigt und vor allem unter den Nachfolgern des Fürsten Bismarck stärker als die Autorität des leitenden Staatsmannes.“

(Zitiert aus der „Täglichen Rundschau“ vom 16. 9. 45, „Das Erbe des Deutschen Ordens“ von Junius).

Den Geist dieser Partei offenbart folgender Ausspruch eines ihrer führenden Abgeordneten:

„Der König von Preußen und der deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, einem Leutnant zu sagen: ‚Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!‘“

(Oldenburg-Januschau, 29. 1. 1910 im Deutschen Reichstag).

e) Die nationalistischen Verbände

Um für ihren hemmungslosen, raubgierigen Imperialismus die Unterstützung durch die breiten Massen des Volkes zu gewinnen, gründen Junkertum und Hochfinanz zahlreiche Verbände und Organisationen:

1882	Deutsche Kolonialgesellschaft
1891	Alldeutscher Verband
1898	Deutscher Flottenverein
1907	Jungdeutschlandbund
1912	Wehrverein

und viele andere.

Ihre Bestrebungen

Versuche scheinwissenschaftlicher Begründungen der Ansprüche des immer räuberischer sich gebärdenden preußisch-deutschen Imperialismus.

Stimmungsmache im Volk für Landraub, Eroberungskrieg und Militarismus. Verherrlichung der Hohenzollern und der preußischen Geschichte. Kriegervereinsrummel. Sedanfeiern und dergl.

Anerziehung eines bornierten, großwahnwitzigen „Herrenmenschtums“. Deshalb Pflege und Ausbreitung antisemitischer und rassenkundlicher Irrlehren und der Ideen Nietzsches, des Predigers des „Uebersmenschen“, des „Willens zur Macht“, des „Rechtes des Stärkeren“, des Verherrlichers der „blonden Bestie“ und der „heiligen Grausamkeit“.

Besonders der „Alldeutsche Verband“ bildet einen festen Hort des reaktionären Preußentums, das sich in der Verklärung barbarischer Raubkampfmethode gefällt, die überspanntesten Annexionsforderungen aufstellt und den germanischen Menschen als den zur Welt-herrschaft berufenen Uebersmenschen feiert. In seinen Zeitschriften „Alldeutsche Blätter“ und „Heimdal“ wird offen Deutschlands „Recht“ auf Beherrschung der Welt vertreten.

3. Die gewissenlose und herausfordernde Außenpolitik des imperialistischen Preußen-Deutschlands

a) Die Träger des reaktionären Preußentums als Antreiber

Junker und Militaristen, Großindustrielle und Bankfürsten gewinnen durch ihre vielfachen persönlichen Verbindungen und Beziehungen zum Auswärtigen Amt, zum Kriegsministerium und Reichsmarineamt, vor allem zu dem haltlosen und ruhm-süchtigen Kaiser Wilhelm II. einen entscheidenden Einfluß auf die Außenpolitik. Uebertriebene Anne-

xions-Pläne und -Forderungen, Provokationen, ständige Einmischungen in die Händel der Welt und leichtfertige Kriegsdrohungen kennzeichnen diese Politik.

b) Wilhelm II. als Provokateur

Der Kaiser, überaus eitel, wankelmütig, seine eigenen Fähigkeiten maßlos überschätzend, ohne Blick für die Gegebenheiten und Forderungen der Zeit, gibt sich gern dazu her, die imperialistischen Ansprüche der Krupp, Stinnes, Mannesmann, der von Heidebrand und Graf Westarp in anmaßenden und lächerlichen Hetz- und Drohreden vor der Welt zu vertreten und damit den raublüsternden, habgierigen Charakter des deutschen Imperialismus vor der Weltöffentlichkeit zu enthüllen.

Beispiele:

1. Prinz Heinrich, der im Dezember 1897 nach **Ostasien** entsendet wird, empfängt durch eine öffentliche Ansprache des Kaisers folgende Aufmunterung:

„Sollte einer uns an unseren guten Rechten känken wollen, so fahre drein mit gepanzerter Faust!“

2. An die Truppen, die zur **Niederschlagung des Boxeraufstandes nach China** abkommandiert werden, hält Wilhelm II. in Wilhelmshaven seine berühmte „Hunnenrede“. Darin heißt es:

„... kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen, Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Wer Euch in die Hand fällt, sei Euch verfallen. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name „Deutscher“ in China auf tausend Jahre in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“

(Wilhelm II. an die nach China abgehenden Truppen in Wilhelmshaven).

3. **Während der Marokko-Konflikte:** Demonstrative Landung Wilhelm II. in Tanger und herausfordernde Reden gegen Frankreich 1905. Wilhelm II. veranlaßt 1911 den sogenannten „Panthersprung“, die Entsendung des deutschen Kanonenbootes „Panther“ nach Agadir in Marokko, um die Interessen der Schwerindustrie durch solche kriegerischen Drohungen durchzusetzen (Krupp als Lieferant veralteter

Waffen an den Sultan von Marokko; vertragswidrige Ausdehnung der Bergbau-Unternehmen der Firma Mannesmann in Marokko).

4. **Im nahen Orient:** Um jeden Preis versucht die deutsche Schwerindustrie im nahen Orient herrschenden Einfluß zu gewinnen. Bagdadbahn; Kruppsche Waffenlieferungen an die Türkei; Wilhelm II. versichert auf einer Orientreise 1898 am Grabe des Sultans Saladin, daß die 300 Millionen Mohammedaner in der Welt auf seine dauernde kaiserliche Freundschaft rechnen können; dadurch Verärgerung Englands, unter dessen Schutz die Mohammedaner standen.

5. Durch die Militärmission unter Limann von Sanders in der Türkei und die durch sie bewirkte Befestigung der türkischen Meerengen wird **Rußland herausgefordert**.

6. **Deutsch-Südwestafrika** war der Schauplatz des größten Kolonialverbrechens. Nachdem die friedliche, menschenfreundliche Bevölkerung durch Bodenraub, Gewalttaten und ungerechte Justiz und Verwaltung bis zum Aufstand gereizt worden war, wurde das ganze Herero-Volk vernichtet. Ohne Gnade für Frauen und Kinder wurden die Wasserquellen abgeschnitten und 20 000 Hereros in die Wüste gejagt, wo bei 40—50 Grad Hitze nicht einer lebend entkam. Die Gesamtzahl der getöteten Eingeborenen betrug 200 000.

Der räuberische und barbarische Charakter der deutschen Kolonialpolitik wird verschleiert. Nach den Angaben des früheren deutschen Staatssekretärs für Kolonien, Dernburg, erfolgten in **Deutsch-Kamerun** bis 1914: 99 und in **Deutsch-Ostafrika** 16 militärische Strafexpeditionen. Es gab vier regelrechte Feldzüge mit 30 Schlachten, 1 905 Massaker mit 75 000 ermordeten Eingeborenen.

Durchkreuzung der Friedensbemühungen. Dem Einfluß der reaktionären Kreise ist es zuzuschreiben, daß Deutschland als einzige Macht auf der ersten Friedenskonferenz im Haag 1912 gegen das Prinzip der Abrüstung stimmt und seine fieberhaften, uferlosen Heeres- und Flottenrüstungen fortsetzt. Der unzulänglich geführte Kampf der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Kreise des Bürgertums gegen den chauvinistischen, militaristischen, kriegslüsternden Monopolkapitalismus und seine imperialistischen Pläne bleibt erfolglos.

Die Folgen:

Diese Politik mußte in der Welt das Vertrauen zu Deutschland untergraben, die bekannte Einkreisung gegen diesen ewig säbelrasselnden, prahlerischen, raubsüchtigen Imperialismus heraufbeschwören und unvermeidlich in den Weltkrieg hineintreiben.

So kam es zu jener unhaltbaren Situation, die nur noch eines geeigneten Anlasses wie der Schüsse von Serajewo bedurfte, um den Weltkrieg auszulösen.

4. Der Einfluß des reaktionären Preußentums auf die Geschehnisse im ersten Weltkrieg

a) Die chauvinistische Welle

Die reaktionären Stützen des preußisch-deutschen Imperialismus entfachen durch Schule, Kirche, Presse und Parteiorganisationen einen nationalistischen Begeisterungstaumel. Rückschauend gab Rosa Luxemburg davon folgendes Bild:

„Vorbei ist der Rausch. Vorbei der patriotische Lärm in den Straßen, die Jagd auf Goldautomobile, die einander jagenden falschen Telegramme, die mit Cholerabazillen vergifteten Brunnen, die auf jeder Eisenbahnbrücke Berlins bombenwerfenden russischen Studenten, die über Nürnberg fliegenden Franzosen, die Straßenexzesse des spionewitternden Publikums, das wogende Menschengedränge in den Konditoreien, wo ohrenbetäubende Musik und patriotische Gesänge die höchsten Wellen schlugen; ganze Stadtbevölkerungen in Pöbel verwandelt, bereit zu denunzieren, Frauen zu mißhandeln, Hurra zu schreien und sich selbst durch wilde Gerüchte ins Delirium zu steigern; eine Ritualmordatmosphäre, eine Kischineff-Luft, in der der Schutzmann an der Straßenecke der einzige Repräsentant der Menschenwürde war.“

(Rosa Luxemburg, „Junius-Broschüre“, April 1915).

b) Brutale Unterdrückung der Kriegsgegner

Krautjunker und Schlotbarone bedienen sich ihres bewährten, nach preußischen Traditionen gezimmerten Polizeiapparates, des in Kadadergehorsam erzogenen Beamtentums und einer jukkerlich-verseuchten, willfährigen Justiz, um in hemmungsloser militärisch-polizeilicher Willkür die Widerstände gegen ihre imperialistische Kriegspolitik zu brechen.

Die fortschrittlichen, für den Frieden kämpfenden Vertreter der Arbeiterschaft, **Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck u. a. werden diffamiert, verfolgt, zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt.** Demonstrationen und Streiks der Arbeiterschaft werden unterdrückt (Januarstreik 1918). Kämpfer für den Frieden wie Reichpietsch und Koebis werden erschossen (September 1917).

c) Junkertum und Hochfinanz als Annexionisten und Kriegsverlängerer

An der Spitze dieser beutelüsternen politischen Antreiber stehen Stinnes, Thyssen, Kirdorf, Röchling und Krupp. 1915 Eingabe der Wirtschaftsverbände (Reichsverband der deutschen Industrie, Hansa-

bund, Bund der Landwirte u. a.), mit Forderung weitgehender Annexionen. — Ebenso die „Professoreneingabe“ 1916 (von alldeutschen Intellektuellen ausgehend). — Die Anhänger des Siegfriedens hinterreiben alle Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens. — Erklärung für die Unabhängigkeit Belgiens wird abgelehnt; — uneingeschränkter U-Bootkrieg; — 14 Punkte Wilsons abgelehnt; — Vaterlandspartei, aus dem Alldeutschen Verband hervorgegangen, betreibt verschärft Annexionspropaganda.

Obgleich die militärische Niederlage Deutschlands eindeutig ist und auch von den Heerführern und Staatsführern zugegeben wird, versucht das reaktionäre Preußentum durch die Lügen von der „unbesiegbaren Front“ und dem „Dolchstoß“ der Heimat in den Rücken der Front, dem Volk den Bankrott der imperialistischen Politik zu vertuschen und Stimmung für einen neuen Krieg zu machen, der zum Siege führen würde, sofern nur das Volk kritik- und willenlos den Predigern des Durchhaltens folgt.

III. Die Erhaltung und Neuerstärkung des reaktionären Preußentums und des imperialistischen Gedankens in der Weimarer Republik

1. Konservierung des reaktionären Preußentums

a) Der verhängnisvolle Fehler von 1918 besteht darin, daß die ökonomischen Grundlagen der Herrschaft der deutschen Imperialisten nicht zerstört, der Monopolkapitalismus und der Großgrundbesitz und der preußisch-deutsche Staatsapparat nicht angetastet wurden.

Die Kriegsbrandstifter und Prediger der Raubkriegs- und Durchhaltepolitik behalten ihre Macht auch in der Republik und gehen zunächst geheim, dann immer offener und dreister dazu über, sie ständig zu erweitern. Auf Grund ihrer unangetasteten gewaltigen finanziellen Machtmittel gewinnen sie einen entscheidenden Einfluß auf die Parteien, die Propagandamittel (Film, Presse) und damit auf die politische Willensbildung. Schulen bleiben trotz aller Reformen Pflegestätten militaristischen und reaktionären Gedankengutes.

b) Die Erhaltung der Grundlagen des reaktionären Preußentums ermöglicht seine Neuerstärkung. Der reaktionäre preußisch-deutsche Staatsapparat wurde nicht zerschlagen, sondern von der Republik übernommen. Statt die Generale und hohen Staatsbeamten als Kriegsverbrecher zu bestrafen, beließ man ihnen ihre Machtpositionen. Der staatliche Machtapparat (Reichswehr, Justiz, Polizei) sowie der ideologische Apparat (Schule) blieb in den Händen der Reaktion, die ihn zum Kampf gegen die Republik einsetzte. Die Reichswehr wird

ein „Staat im Staate“, und der Militarismus wird in den Herzen und Hirnen der Massen noch tiefer verwurzelt. — Einfluß der Generale auf die Politik: Groener, v. Seeckt, Ludendorff, Hindenburg. — „Der Kaiser ging, die Generale blieben“.

„Ich kann sagen, daß der Militarismus Preußen und dann Deutschland groß und stark gemacht hat; . . . daß auch heute noch Preußen-Deutschland vom alten Militarismus lebt.“

(Generaloberst von Seeckt, „Gedanken eines Soldaten“, S. 14, Berlin 1929).

2. Die Junker und Großkapitalisten schmieden die Waffen für die Konterrevolution

Sie bedienen sich der Freiheiten der Demokratie, um die Demokratie zu vernichten! Sie finanzieren, organisieren und führen die geheimen militärischen und halb-militärischen **konterrevolutionären Organisationen**: Schwarze Reichswehr, Femeorganisationen, Wehrverbände, Freikorps u.a. Besonders die ostelbischen Güter sind Schlupfwinkel und Hauptquartiere für die konterrevolutionären Banden. — **Politische Morde**: Rathenau, Erzberger.

Kapp-Putsch: Ein Versuch, mit Hilfe des Monopolkapitals eine Militärdiktatur zu errichten, wird durch den Generalstreik der Arbeiterschaft erstickt.

1923 Buchrucker-Putsch in Küstrin und Hitler-Putsch in München. — Gewalttätige verfassungswidrige Beseitigung der Preußenregierung durch den Staatsstreich v. Papens am 20. Juli 1932.

3. Das reaktionäre Preußentum hebt Hitler in den Sattel

a) **Die Nazipartei wird zum Sammelbecken** für alle moralisch zersetzten und entwurzelten Elemente des alten Heeres. (Hitler, Röhm, v. Epp, Göring, Ludendorff.)

b) **Die Großkapitalisten und Junker sind die Geldgeber und Förderer der Nazipartei**

(Borsig, Bayrischer Industrieverband [Geheimrat Aust], Firmen Hanfstaengl und Bechstein, Mutschmann, Thyssen, Kirdorff, Röchling.) Am 6. 1. 33 Besprechung im Bankhaus Schröder in Köln. Nach Verständigung mit der Hochfinanz, dem Herrenklub und Osthilfekreisen vermittelt v. Papen zwischen Hindenburg, Hitler und Blomberg und bewirkt die Machtergreifung des Faschismus.

IV. Die Vollendung des reaktionären Preußentums im Hitlerfaschismus

So wurde im Laufe der Jahrhunderte Baustein auf Baustein zusammengetragen, um die Bastion des reaktionären Preußentums zu errichten, bis sie im Hitlerfaschismus ihre höchste und furchtbare Vollendung fand.

a) Der Geist von Potsdam als Leitmotiv

Potsdam, das Symbol des reaktionären Preußentums, wird zum Symbol des Nazismus. Daher findet der erste Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam statt. Ein faschistischer Geschichtsschreiber sagt bezeichnenderweise:

„Nicht im kosmopolitischen Geiste von Weimar konnte Deutschland geschaffen und erhalten werden, sondern Potsdam, das preußische Heiligtum, ist die sittliche und politische Geburtsstätte des Reiches gewesen; die Seele von Potsdam soll auch über der nationalen Wiedergeburt schweben.“

(Schulze-Pfaelzer, „Deutsche Geschichte“, S. 323).

b) Die Grundzüge des reaktionären Preußentums im Hitlerfaschismus

1. Die gesamte Wirtschaft wird rücksichtslos in den Dienst der Vorbereitung des imperialistischen Raubkrieges gestellt, den Junkertum, Generalclique und Monopolkapitalisten herbeizwingen.
2. Der gegen das Volk gerichtete preußische Polizei-Bürokratismus besudelt sich mit der widerlichsten Korruption und steigert sich zu dem barbarischsten Despotismus und jenem unmenschlichen Terror-system, das Millionen freiheitlicher und fortschrittlicher Menschen in den Höllen der Zuchthäuser und Konzentrationslager durch Hunger und Schinderei, Schafott, Galgen und Giftgas hinmordet.
3. Mit dem Hitlerismus wuchert der preußische Militarismus in niegekannten Ausmaßen empor.
4. Die Hitlertyrannei stellt das in der Weltgeschichte unerreichte Beispiel einer Mißachtung der Rechte und Freiheiten des Volkes dar, während es umgekehrt den Blutsaugern und den Handlangern ihrer Raub- und Ausbeutungspolitik unbegrenzte Vorrechte einräumt und alle Schandtaten und Greuel dieser Schergen sanktioniert.
5. Durch Entfachung eines großenwahnsinnigen Chauvinismus und wüsten Antisemitismus führt er die uferlosen Welteroberungspläne der junkerlichen Militärclique und der Schwerindustrie durch.
6. Die urpreußischen Methoden der Außenpolitik, Betrug, Wort- und Vertragsbruch, abenteuerische Aggression, Provokation und Raubüberfall, werden durch den Hitlerismus in nicht zu überbietender

Schamlosigkeit und Gewissenlosigkeit angewendet, bis das erstrebte Ziel, der zweite imperialistische Weltkrieg, erreicht ist, in dem dann die spezifischen Züge des reaktionären Preußentums ihre letzte grausige Steigerung erfahren.

Die Vernichtung des reaktionären Preußentums

Durch die Katastrophe, die dem Hitlerkrieg folgte, wurde klar, daß der Weg falsch und verderbenbringend war, den das deutsche Volk im Banne des reaktionären Preußentums zurücklegte. Nachdem die Armeen der Siegermächte dem preußisch-deutschen Imperialismus das Schwert aus der Hand geschlagen haben, bleibt dem deutschen Volke die Pflicht, dafür zu sorgen, daß eine Neubildung des reaktionären Preußentums für alle Zukunft unmöglich und der reaktionäre Preußengeist ausgerottet wird.

Mit der Durchführung der **Bodenreform** wird dem Junkertum die ökonomische Grundlage seiner Macht zerschlagen. Ihm wird damit für alle Zukunft jede Möglichkeit einer Einwirkung auf die Gestaltung des deutschen Lebens genommen.

Nun gilt es, mit der gleichen Unerbittlichkeit und Gründlichkeit auch den verderblichen Einfluß des Monopolkapitals durch Zerschlagung der Trusts und Kartelle zu beseitigen.

Vor allem aber wird es nötig sein, die Herzen und Hirne unseres Volkes, besonders der Jugend, von dem Gift zu befreien, das ihm durch die preußische und nazistische Ideologie eingeimpft wurde. Durch eine tiefgreifende **Schulreform** müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die heranwachsende Generation von einer fluchbeladenen Vergangenheit weg hin zu den Idealen eines Lebens in friedlicher Arbeit, wahrer Demokratie und Humanität geführt wird.

Vortragsdisposition

Nr. 15

Zum 28. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution

I N H A L T

	Seite
I. Die Oktoberrevolution	1
II. Die Sowjetunion heute — das fortschrittlichste Land der Welt	13
III. Die Sowjetunion und Deutschland	31

Unverkäufliche Referentenausgabe

Vortragsdisposition Nr. 15

Zum 28. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution

Am 7. November feiern die Völker der Sowjetunion und mit ihnen die Werktätigen und alle fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt den 28. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

I. Die Oktoberrevolution

Die Oktoberrevolution war für die Völker Rußlands der einzig mögliche und entschiedenste Ausweg aus dem ersten Weltkrieg, der einzige reale Weg zur Rettung der Völker Rußlands vor der Katastrophe, der Weg zu Freiheit, nationaler Unabhängigkeit, wirtschaftlichem und kulturellem Aufschwung, der Weg zum Sozialismus.

II. Wohin hatte der Zarismus Rußland geführt?

Im März 1917 hatte der Krieg schon 3 Jahre gedauert. Während sich die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer am Kriege bereicherten, lebten die Arbeiter und Bauern unter ständig wachsender Not und steigendem Elend. Millionen Werktätige waren zur zaristischen Armee eingezogen, Millionen mußten für eine Clique Gutsbesitzer und Kapitalisten ihr Leben lassen, Millionen wurden verwundet oder gingen an Seuchen und Krankheiten zugrunde. Die Volkswirtschaft Rußlands war völlig zerrüttet. Hunger, Not und Elend war das Los des gesamten Volkes.

Die zaristische Clique hatte das Land an den Rand des Abgrunds geführt. Nur der Sturz des Zarismus und die Beendigung des sinnlosen Krieges konnte Rußland vor dem völligen Ruin bewahren.

Immer breitere Volksmassen kamen zu der Ueberzeugung, daß es nur einen Ausweg aus dieser Lage gab: Der Sturz der zaristischen Gewalt-herrschaft.

2. Die Februar-Revolution

Der Kampf des russischen Volkes gegen den Zarismus nahm immer schärfere Formen an. Am 9. Januar 1917 kam es zum ersten Male zu großen Streiks und großen Demonstrationen in Petrograd (heute Lenin-grad), Moskau, Baku und anderen großen Städten. Die Welle der Streiks und Demonstrationen vergrößerte sich zusehends. Am 25. Februar 1917 brach in Petrograd der Generalstreik aus. Ueberall fanden Demonstra-tionen statt. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Demon-stranten forderten: „Nieder mit dem Zarismus!“ „Schluß mit dem Krieg!“ Am 26. Februar begann der bewaffnete Kampf der russischen Werk-tätigen gegen die zaristische Polizei.

3. Der Sturz des Zarismus

Am 26. Februar weigerten sich zum ersten Male die Soldaten, auf Arbeiter zu schießen. Am nächsten Tage begann ein Truppenteil nach dem anderen auf die Seite des Volkes überzugehen. Zum Abend des 27. Februars gab es bereits 60 000 aufständische Soldaten, die zusammen mit den Werkstätigen gegen den Zarismus und für den Frieden kämpften. Der rasche Uebergang der Truppen auf die Seite des Volkes besiegelte das Schicksal des Zarismus. In Petrograd siegte die Revolution. Die Be-wegung verbreitete sich über das ganze Land.

Der Zarismus war gestürzt. Die bürgerlich-demokratische Revolution hatte gesiegt.

4. Die Bildung der Provisorischen Regierung

Die siegreiche bürgerlich-demokratische Revolution führte jedoch nicht zur Bildung einer wirklichen demokratischen Volksregierung, die die Interessen der Werkstätigen wahrnahm. Hinter den Kulissen verständigten sich sogenannte liberale, in Wirklichkeit reaktionäre Minister über die Bildung einer Regierung. Am 27. Februar wurde die Provisorische Re-gierung Rußlands mit dem Fürsten Lwow an der Spitze gebildet. Dieser Regierung gehörten Gutsbesitzer, Kapitalisten und von der Partei der Sozialrevolutionäre Kerenski an.

5. Die Bildung der Sowjets

Die aufständischen Soldaten und Arbeiter schufen sich gleich in den ersten Tagen der Revolution ihre eigenen Organe: Die Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten. Doch während die Bolschewiki den Kampf

leiteten, besetzten die Paktiererparteien — die „Menschewiki“ und die Sozialrevolutionäre“ — die Deputiertensitze in den Sowjets. Dadurch wurden die Sowjets in der damaligen Zeit noch nicht die Organe der Werkstätigen, sondern zu einem Anhängsel der reaktionären „Proviso-rischen Regierung“.

6. Die volksfeindliche Politik der Provisorischen Regierung (Februar bis Oktober 1917)

Die Ereignisse nach dem Februar 1917 zeigten allen immer klarer, daß die provisorische Regierung nicht für das Volk, sondern gegen das Volk, nicht für den Frieden, sondern für den Krieg war, und daß sie weder dem Volk den Frieden noch den Bauern den Boden übergeben wollte. Die Provisorische Regierung wollte sogar insgeheim die Monarchie er-halten und entsandte Vertreter zum Zaren.

Die Arbeiter und Bauern, die die Revolution durchgeführt hatten, er-warteten von der Provisorischen Regierung, daß mit dem verhängnis-vollen Krieg Schluß gemacht wurde. Sie verlangten Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Zerrüttung. Die Bauern forderten, daß ihnen der Boden der Gutsbesitzer übergeben werde. Doch die Regierung der Kapitalisten und Gutsbesitzer dachte gar nicht daran, diese Forde-rungen zu erfüllen. Sie versuchte, die Werkstätigen mit Versprechungen zu beruhigen und führte in Wirklichkeit die alte reaktionäre Politik des Zarismus weiter. Im Juni 1917 unternahm sie sogar eine große, schlecht vorbereitete Offensive, die unter schweren Opfern zusammenbrach.

7. Der Kampf der bolschewistischen Partei (Februar bis Oktober 1917)

Vom Februar 1917 an führte die Partei der Bolschewiki eine große Aufklärungsarbeit unter den breiten Volksmassen durch. Einen beson-deren Aufschwung erhielt die bolschewistische Partei nach dem Ein-treffen Lenins im April 1917.

Das Programm der Partei wurde in den sogenannten Aprilthesen ver-öffentlicht. Auf wirtschaftlichem Gebiet forderte die bolschewistische Partei u. a.:

- 1. Enteignung der Ländereien der Gutsbesitzer,
- 2. Nationalisierung der Banken,
- 3. Kontrolle der Banken durch die Vertreter der Werkstätigen,
- 4. Arbeiterkontrolle über die Industrie-Produktion und ihre Verteilung.

Die bolschewistische Partei entfaltete vor allem eine außerordentliche erfolgreiche Aufklärungsarbeit in den Sowjets sowie in den Gewerk-

schaften und unter den Arbeiterbevollmächtigten in den Betrieben (Betriebsräte). Die Zusammensetzung der Sowjets änderte sich zusehends. Bei den Wahlen wurden immer mehr Bolschewiki in die Sowjets gewählt. Am 31. August 1917 erklärte sich der Petrograder Sowjet für die Politik der Bolschewiki, am 15. September geht der Moskauer Sowjet zu den Bolschewiki über. Im Oktober faßte Lenin die Veränderungen der letzten Monate zusammen und erklärte: „**Die Mehrheit des Volkes ist für uns.**“

8. Der Oktoberaufstand

Erschreckt durch die Stärkung der fortschrittlichen Kräfte unter Führung der Bolschewiki rüstet die Reaktion zum Gegenschlag. Ein reaktionärer Offizierbund wurde gebildet, reaktionäre Bataillone geschaffen. Die reaktionäre Provisorische Regierung hatte den Plan ausgearbeitet, einen Tag vor der Eröffnung des 2. Sowjetkongresses die Gebäude zu besetzen und die Teilnehmer zu verhaften. Am 6. November (24. Oktober nach dem alten russischen Kalender) entsandte die Provisorische Regierung Panzerwagen, um die Redaktionen und die Druckereien der bolschewistischen Zeitungen zu besetzen. Die revolutionären Soldaten schlugen den Ansturm zurück. Der Oktoberaufstand begann.

Am Abend des gleichen Tages wurde von revolutionären Truppen der Winterpalast, in dem sich die Provisorische Regierung verschanzt hatte, umzingelt. Am 7. November besetzten die Rote Garde und die revolutionären Truppenteile die Bahnhöfe, das Postamt, das Telegraphenamt, die Ministerien und die Staatsbank. Zur Unterstützung lief auch die russische Flotte unter Führung der revolutionären Matrosen aus. Der Kreuzer „Aurora“ half in entscheidender Weise mit, dem Aufstand zum Sieg zu verhelfen.

Vor 28 Jahren, in der Nacht vom 7. auf den 8. November, nahmen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen den Winterpalast ein und verhafteten die Minister der reaktionären Provisorischen Regierung.

Zum ersten Male in der Geschichte ging die Macht in die Hände der Werktätigen und ihrer Organe — der Sowjets — über. Die Macht der Gutsbesitzer und der Kapitalisten war ein für allemal beseitigt.

9. Die ersten Maßnahmen der Sowjetregierung

Sofort nach dem Sturz der Provisorischen Regierung, am 7. November 1917, wurde der 2. Allrussische Sowjetkongreß eröffnet. Die Bolschewiki erhielten auf dem Kongreß die überwältigende Mehrheit. Am 8. November nahm der Sowjetkongreß im Interesse der Werktätigen folgende Entschlüsse an:

- a) **Dekret über den Frieden.** Der Kongreß richtet eine Botschaft an die Regierungen und an die Völker der kriegführenden Länder, sofort einen Waffenstillstand ohne Annexionen und Kontributionen abzuschließen.
- b) **Dekret über den Grund und Boden,** wonach „das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben wird“. Insgesamt erhielten die Bauern 150 Millionen Hektar Land, die sich früher in den Händen der Gutsbesitzer befanden. Alle Bodenschätze (Erdöl, Kohle, Erze usw.), die Waldungen und Gewässer gingen in das Eigentum des Volkes über.
- c) **Dekret über die Bildung des Rates der Volkskommissare** — der ersten Arbeiter- und Bauernregierung der Welt. Zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wurde Lenin gewählt, zum Volkskommissar für nationale Angelegenheiten Stalin.
- d) **Deklaration über das Selbstbestimmungsrecht der Völker,** die den früher von Rußland unterdrückten Völkern die Gleichberechtigung gab.

10. Der Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution

So wurde die Macht der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie gebrochen, die herrschenden Klassen, die das Volk ins Unglück stießen, entzweit und der sozialistische Sowjetstaat geschaffen. Damit wurden die Völker Rußlands vor der Katastrophe, in die sie durch den Zarismus und die reaktionäre Provisorische Regierung zu stürzen drohten, bewahrt, und ein wirtschaftlicher und kultureller Aufschwung auf neuer, sozialistischer und demokratischer Grundlage konnte beginnen.

Mit dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution hat eine neue Aera in der Geschichte der Menschheit begonnen. Für die Völker der Sowjetunion bedeutet dieser Tag den Beginn eines nie geahnten Aufschwunges auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft und der Kultur auf neuer, sozialistischer und demokratischer Grundlage.

11. Die Voraussetzungen des Sieges der Oktoberrevolution

Die Ereignisse von Februar bis Oktober 1917 zeigen uns somit ganz deutlich, daß zum Siege der Sozialistischen Oktoberrevolution eine Reihe von Voraussetzungen nötig waren.

Welche waren diese Voraussetzungen?

- a) **Die Werktätigen Rußlands hatten die reaktionäre zaristische Kriegsregierung aus eigener Kraft gestürzt.**

Die bolschewistische Partei trat vom ersten Tage des Krieges energisch und mutig gegen die reaktionäre zaristische Kriegsregierung auf, und diese Politik fand Unterstützung bei den Werktätigen Rußlands.

Die bolschewistischen Deputierten stimmten gegen die Kriegspolitik; die Partei schuf illegale Organisationen in der Armee und in der Flotte; von der Partei wurde unter den Arbeitern und Bauern eine beharrliche und erfolgreiche Arbeit gegen Zarismus und Krieg entfaltet.

Durch diese Arbeit wurden die Werktätigen zur Revolution gegen die zaristische reaktionäre Kriegsregierung vorbereitet, die im Februar 1917 gestürzt wurde.

b) Die überwältigende Mehrheit der Sowjets erklärte sich für die Politik der bolschewistischen Partei.

Während am 16. Juni 1917 auf dem Ersten Allrussischen Sowjetkongreß die Bolschewiki noch in der Minderheit waren (etwa 15%), hatte sich bis zum August-September das Verhältnis vollständig geändert. Durch die Neuwahlen, die in diesen Monaten durchgeführt wurden, erhielten die Bolschewiki die Mehrheit in den Sowjets. Das war der Ausdruck dafür, daß die Mehrheit der schaffenden Bevölkerung und die breiten Soldatenmassen auf die Seite der bolschewistischen Partei übergegangen waren.

c) Die Hauptmasse der Bauernbevölkerung solidarisierte sich mit den Sowjets und der bolschewistischen Partei. Die breiten Massen der Bauernschaft (arme und Mittelbauern) hatten eingesehen, daß nur die Partei der Bolschewiki sie vom Krieg erlösen könne, daß nur sie fähig war, die Gutsbesitzer zu enteignen und den Bauern den Boden zu übergeben.

d) Die überwältigende Mehrheit des ganzen Volkes hatte sich somit auf den Boden der Politik der Bolschewiki gestellt, die die einzige Partei war, die das Volk aus der Katastrophe führen konnte. Die anderen Parteien (Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten usw.) hatten die Massen weitgehendst enttäuscht und ihren Einfluß zu einem großen Teil eingebüßt. Zerfahrenheit und Spaltungen griffen in diesen Parteien um sich.

e) An der Spitze der Werktätigen Rußlands aber stand die kampf-erprobte mächtige Partei der Bolschewiki, die von 80 000 Mitgliedern im April 1917 auf 240 000 Mitglieder Anfang August angewachsen war, ständig ihren Einfluß erweiterte und ihre Reife unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität, des Krieges und in den großen Aufgaben zweier Revolutionen (1905 und Februar 1917) bewiesen hatte.

Dies waren die Voraussetzungen, die den Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 ermöglichten.

Gegenwärtig ist in Deutschland keine dieser Voraussetzungen vorhanden. Die heutigen Bedingungen in Deutschland sind grundlegend verschieden:

1. In Deutschland wurde der Faschismus nicht durch die eigene Kraft des deutschen Volkes gestürzt, sondern durch die siegreichen Armeen der Alliierten, vor allem der Roten Armee.
2. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat zum Teil den Faschismus und seinen Krieg unterstützt, zum Teil passiv beiseite gestanden. Nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes hat aktiv gegen den Faschismus und seinen Krieg gekämpft.
3. Die Kommunistische Partei war weitgehend durch den grausamen faschistischen Terror dezimiert und geschwächt worden, und ihr Einfluß war verhältnismäßig gering.

Unter den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen ist daher der Übergang zur sozialistischen Revolution und zum Sowjetsystem unmöglich. Es wäre daher ein Fehler, unter den völlig anderen Bedingungen in Deutschland den Weg der Errichtung der Sowjetmacht beschreiten zu wollen.

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“

(Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945)

III. Die Sowjetunion heute — das fortschrittlichste Land der Welt

28 Jahre sind seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vergangen, seit die Werktätigen zum ersten Male in der Geschichte das Geschick ihres Landes in die eigenen Hände nahmen. Während dieser 28 Jahre gab es laufend Kritiker und Skeptiker, die dem jungen Sowjetstaat einen Zusammenbruch voraussagten.

„Als die Bolschewiki im Jahre 1917 die Macht ergriffen, erklärten die Skeptiker: Die Bolschewiki sind wohl keine schlechten Leute, doch mit der Macht wird es bei ihnen nicht gehen, sie werden Fiasko erleiden. In Wirklichkeit aber stellte es sich heraus, daß nicht die Bolschewiki, sondern die Skeptiker Fiasko erlitten haben. Während des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention erklärte diese Gruppe von Skeptikern: Die Sowjetmacht ist natürlich nicht übel, aber Denikin und Koltschak samt den Ausländern werden sie wohl unterkriegen. In Wirklichkeit aber stellte es sich heraus, daß sich die Skeptiker auch hier verrechnet haben.“

Als die Sowjetmacht den ersten Fünfjahrplan veröffentlichte, erschienen die Skeptiker wieder auf der Bildfläche und erklärten: Der Fünfjahrplan ist selbstverständlich eine gute Sache, er ist aber

schwerlich zu verwirklichen, es ist anzunehmen, daß es bei den Bolschewiki mit dem Fünfjahrplan nicht klappen wird. Die Tatsachen aber haben gezeigt, daß die Skeptiker wieder Pech hatten, der Fünfjahrplan wurde in vier Jahren verwirklicht."

(Stalin, „Ueber den Entwurf der Verfassung in der UdSSR vom 25. 11. 36“, S. 25/26)

Schließlich gab es nicht nur in Deutschland, sondern auch in den mit der Sowjetunion verbündeten Ländern eine Reihe von Stimmen, die daran zweifelten, daß die Sowjetunion als Sieger aus dem Kriege hervorgehen würde. Doch auch sie haben sich verrechnet. Trotz großer Schwierigkeiten ist die Sowjetunion als Sieger aus dem Kriege hervorgegangen.

Was sind die Ursachen dieser Erfolge? Worin bestehen die Besonderheiten des Sowjetstaates, die Quellen seiner Kraft?

1. Die Sowjetunion — das Land der sozialistischen Planwirtschaft

In der Sowjetunion besteht die fortschrittlichste Gesellschaftsordnung, der Sozialismus.

a) Das Grundprinzip des Sozialismus

In den letzten Jahrzehnten wurde in der Welt viel vom Sozialismus gesprochen. Wenn es dem Volke unerträglich schlecht ging, versprach ihm diese oder jene Regierung den „Sozialismus“. Der Begriff Sozialismus wurde vollständig verfälscht und auf den Kopf gestellt. Besonders in Hitlerdeutschland („deutscher Sozialismus“), aber auch schon 1919 („Sozialisierungskommissionen“, „Der Sozialismus marschiert“) und in anderen Ländern (der „skandinavische Sozialismus“ usw.).

Der Begriff des Sozialismus ist konkret und eindeutig: Sozialismus ist ein Gesellschaftszustand, der es unmöglich macht, daß der eine auf Kosten des anderen lebt: eine Gesellschaft ohne Unterdrücker und Unterdrückte, ohne Ausbeuter und Ausgebeutete. Das bedeutet also, daß im Sozialismus die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Grund und Boden, Finanzen) sich nicht in den Händen Einzelner befinden, die sie für ihre persönliche Bereicherung ausnutzen, sondern Gemeingut des Volkes sind.

b) Die ökonomischen Grundlagen der Sowjetunion

In der Sowjetunion hat dieser Grundsatz seine Verwirklichung gefunden.

„Die ökonomische Grundlage der UdSSR bilden das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Produktionsinstrumenten und -mitteln, gefestigt im Ergebnis der Liquidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Aufhebung des

Privateigentums an den Produktionsinstrumenten und -mitteln und der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“

(Artikel 4 der Sowjetverfassung)

Die gesamten Produktionsmittel des Landes dienen also nicht mehr einer kleinen Clique von Großindustriellen, sondern sind Gemeingut des Volkes.

„Der Boden, seine Schätze, die Gewässer, die Waldungen, die Werke, die Fabriken, die Gruben, die Bergwerke, das Eisenbahn-, Wasser- und Luftverkehrswesen, die Banken, das Post- und Fernmeldewesen, die vom Staat organisierten landwirtschaftlichen Großbetriebe (Sowjetwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen u. dgl.) sowie die kommunalen Unternehmungen und der Grundbestand an Wohnhäusern und Wohnräumen in den Städten und Industriorten sind Staatseigentum, das heißt Gemeingut des Volkes.“

(Artikel 6 der Sowjetverfassung)

c) Die zwei Formen des sozialistischen Eigentums

In der Sowjetunion bestehen zwei Formen des sozialistischen Eigentums: das Staatseigentum, vorherrschend in der Industrie, und das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum, vorherrschend in der Landwirtschaft.

„Das sozialistische Eigentum in der UdSSR hat entweder die Form von Staatseigentum (Gemeingut des Volkes) oder die Form von genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichem Eigentum (Eigentum einzelner Kollektivwirtschaften, Eigentum genossenschaftlicher Vereinigungen).“

(Artikel 5 der Sowjetverfassung)

d) Privatwirtschaft in der Sowjetunion

Neben diesen beiden Formen der sozialistischen Wirtschaft, die in der Sowjetunion 97 % der Gesamtwirtschaft ausmachen, sind auch kleine Privatwirtschaften der Einzelbauern und Kleingewerbetreibenden zugelassen, jedoch nur, wenn sie auf persönlicher Arbeit beruhen und keine fremden Arbeiter ausgebeutet werden.

„Neben dem sozialistischen Wirtschaftssystem, der in der UdSSR herrschenden Wirtschaftsform, ist die auf persönlicher Arbeit beruhende und Ausbeutung fremder Arbeit ausschließende kleine Privatwirtschaft von Einzelbauern und Kleingewerbetreibenden gesetzlich zugelassen.“

(Artikel 9 der Sowjetverfassung)

e) Das persönliche Eigentum ist unantastbar

Die Tatsache, daß sich alle Produktionsmittel in den Händen des sozialistischen Staates befinden, bedeutet jedoch nicht, daß es in der

Sowjetunion keinen Privatbesitz, kein persönliches Eigentum gibt. Im Gegenteil. Jedem steht es frei, sein durch persönliche Arbeit erworbenes Geld — das bei Erfindern, vorbildlichen Arbeitern und Kollektivbauern, Ingenieuren, Professoren und Künstlern zum Teil bis in die Hunderttausende geht — so auszugeben, wie es ihm beliebt. (Man kann sich z. B. ein Landhaus kaufen, darf es aber nicht für Wucherpreise vermieten.)

„Das persönliche Eigentumsrecht der Bürger an ihren Arbeits-einkünften und Ersparnissen, am Wohnhaus und an der häuslichen Nebengewirtschaft, an den Hauswirtschafts- und Haushaltsgegenständen, an den Gegenständen des persönlichen Bedarfs und Komforts, ebenso wie das Erbrecht an dem persönlichen Eigentum der Bürger werden durch das Gesetz geschützt.“

(Artikel 10 der Sowjetverfassung)

f) Die sozialistische Planwirtschaft

Der sozialistische Staat — der alleinige Besitzer der Produktionsmittel — verwendet die Produktion im Interesse des gesamten Volkes. Die Rohstoffbeschaffung, die Produktion und Verteilung wird nach einem einheitlichen staatlichen Plan geregelt. Zunächst wird in den Grundzügen ein Fünfjahrplan ausgearbeitet, der die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben skizziert. Danach wird in der staatlichen Plankommission dieser Plan für jedes Jahr konkretisiert.

Neue Erfindungen und Produktionsverbesserungen führen nicht zur Bereicherung eines Unternehmers und zur Arbeitslosigkeit eines Teils der Arbeiter, sondern zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Lohn-erhöhung der Arbeiter.

Die Arbeitslosigkeit wurde 1929 für immer liquidiert. Der industrielle Aufschwung brachte eine Verbesserung der Lebenslage des Volkes mit sich. So hat z. B. der Aufschwung der Industrie im Jahre 1933 bis 1938 dazu geführt, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter von 1513 Rubel im Jahre 1933 auf 3447 Rubel im Jahre 1938 gestiegen ist. Die durchschnittliche Arbeitszeit hat sich von 9,9 Stunden im Jahre 1913 auf 6,8 Stunden im Jahre 1938 gesenkt.

g) Vergesellschaftete Landwirtschaft

Trotz der riesenhaften Größe des Landes litt die Bauernschaft während des Zarismus unter Landmangel. 30 000 Gutsbesitzer besaßen ebensoviel Land wie 10 Millionen Bauernfamilien. Durch das Dekret über die Enteignung der Gutsbesitzer vom 8. November 1917 wurden 150 Millionen Hektar Großgrundbesitz aufgeteilt und 25 Millionen Bauernwirtschaften geschaffen, die vom Sowjetstaat mit Saatgut und Staatskrediten unterstützt wurden.

Im Laufe der Jahre — besonders seit dem Jahre 1929 — schlossen sich die Bauern zur gemeinsamen Benutzung des Landes zusammen und bildeten auf freiwilliger Grundlage Kollektivwirtschaften. Das erfolgte besonders stark, nachdem die Sowjetindustrie in der Lage war, landwirtschaftliche Großmaschinen herzustellen und sich die Bauern überzeugt hatten, daß die gemeinsame Bearbeitung des Bodens mit Hilfe landwirtschaftlicher Großmaschinen ein besseres Leben ermöglichte.

Im Jahre 1941 hatten sich bereits 95% aller Bauernwirtschaften zu 242 000 großen Kollektivwirtschaften zusammengeschlossen, die zusammen 550 000 Traktoren besaßen. Der Durchschnittsertrag pro Hektar stieg von 7,4 Doppelzentner Getreide im Jahre 1913 auf 16 Doppelzentner im Jahre 1940. Das Geldeinkommen der Kollektivwirtschaften stieg von 5,2 Millionen Rubel im Jahre 1932 auf 14,2 Millionen im Jahre 1937.

Der Zusammenschluß in Kollektivwirtschaften bedeutet keinesfalls, daß der persönliche Besitz an Gütern des täglichen Bedarfs der Bauern (Hof, Wohnhaus und landwirtschaftliches Kleininventar) angerührt wird.

„... Der Hof jedes Kollektivbauern hat außer dem Grundeinkommen aus der gesellschaftlichen, kollektiven Wirtschaft in persönlicher Nutzung ein kleineres Stück Hofland und als persönliches Eigentum eine Nebengewirtschaft auf dem Hofland, ein Wohnhaus, Nutzvieh, Geflügel und landwirtschaftliches Kleininventar — gemäß dem Statut des landwirtschaftlichen Artels.“

(Artikel 7 der Sowjetverfassung)

h) Die Bedeutung der sozialistischen Planwirtschaft für die Sowjetunion

Das sozialistische Wirtschaftssystem in der Sowjetunion hat sich als lebensfähiger erwiesen als das kapitalistische Wirtschaftssystem der übrigen Länder. Ohne die sozialistische Wirtschaft wäre der grandiose Aufbau der Industrie in den ersten zwei Fünfjahrplänen unmöglich gewesen. Die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem es Krisen und Arbeitslosigkeit nicht gibt und nicht geben kann. Von der Weltwirtschaftskrise 1929—1933 war die Sowjetunion als einziges Land nicht berührt. Die sozialistische Wirtschaft war ein entscheidender Faktor des Sieges der Sowjetunion in diesem Kriege und erwies sich als stärker als die faschistische Kriegswirtschaft, der zeitweise fast ganz Europa zur Verfügung stand.

„Alles das spricht dafür, daß die wirtschaftliche Grundlage des Sowjetstaates sich unvergleichlich lebensfähiger gezeigt hat als die Wirtschaft der feindlichen Staaten.“

(Stalin, Rede am 6. November 1944)

2. Die Sowjetdemokratie — der Staatsaufbau in der Sowjetunion

In der Sowjetunion besteht das fortschrittlichste politische System, das Sowjetsystem.

a) Der Aufbau der Sowjets

„Alle Macht in der UdSSR gehört den Werktätigen in Stadt und Land in Gestalt der Sowjets, der Deputierten der Werktätigen.“

(Artikel 3 der Sowjetverfassung)

Die Sowjetmacht baut sich von unten nach oben auf, von Stadt- und Dorfsowjets über den Kreis-, Gebiets- und Republik Sowjet bis zum Obersten Sowjet der UdSSR. Der Oberste Sowjet — das Sowjetparlament — ist die höchste politische Körperschaft der UdSSR.

b) Die Wahlen in die Sowjets

Der Sowjet ist eine politische Körperschaft, deren Abgeordnete (Deputierte) auf Grund der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung gewählt werden. Alle Staatsbürger der UdSSR, auch Frauen und Heeresangehörige, genießen das Wahlrecht vom 18. Lebensjahr an und dürfen vom 23. Lebensjahr an als Deputierte gewählt werden. Die Wahlen für die Sowjets finden alle vier Jahre statt. Während der Amtszeit stehen die Deputierten unter der ständigen Kontrolle ihrer Wähler.

„Die Wähler, das Volk, müssen von ihren Deputierten fordern, daß sie auf der Höhe ihrer Aufgaben bleiben.“

(Stalin, 11. Dezember 1937)

Die Deputierten sind verpflichtet, Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu geben und können in bestimmten Fällen wieder abberufen werden, wenn sie das Vertrauen der Bevölkerung nicht rechtfertigen.

Durch die Sowjets sind die breitesten Massen an der Verwaltung unmittelbar beteiligt. An den Wahlen in den Obersten Sowjet nahmen im Jahre 1937 90 Millionen Menschen teil. An der Arbeit in den Sowjets, angefangen vom Dorfsowjet bis zum Obersten Sowjet, nehmen etwa 1,4 Millionen Menschen teil. Durch die Arbeit der Dorf- und Stadtaktive sind weitere Millionen Menschen am politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes beteiligt.

c) Die politischen Freiheiten.

In der Sowjetunion sind die politischen Freiheiten in der Verfassung verankert und in der Praxis verwirklicht.

„In Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems werden den Bürgern der UdSSR durch das Gesetz garantiert:

- a) die Redefreiheit,
- b) die Pressefreiheit,
- c) die Meetings- und Versammlungsfreiheit,
- d) die Freiheit von Straßenumzügen und -kundgebungen.

Diese Rechte der Bürger werden dadurch gewährleistet, daß den Werktätigen und ihren Organisationen die Druckereien, Papiervorräte, öffentlichen Gebäude, Straßen, das Post- und Fernmeldewesen und andere materielle Bedingungen, die zu ihrer Ausübung notwendig sind, zur Verfügung gestellt werden.“

(Artikel 125 der Sowjetverfassung)

Die Freiheit aller Bürger, sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugend- und Sportorganisationen, Bildungs- und Kulturvereinigungen, wissenschaftliche Gesellschaften usw.) zu vereinigen, ist ebenfalls in der Verfassung festgelegt.

d) Die Sowjetdemokratie

Somit besteht die Sowjetdemokratie sowohl in den demokratischen Freiheiten des Volkes als auch in der breiten aktiven Teilnahme des Volkes an der Verwaltung des Landes. Sie ist die Demokratie des Volkes.

„Die Demokratie in der UdSSR ist . . . eine Demokratie für die Werktätigen, d. h. eine Demokratie für alle.“

(Stalin über den Entwurf der Verfassung der UdSSR vom 25. 11. 1936)

Die Sowjetdemokratie, die breite Volksherrschaft, die feste Verankerung der Sowjets mit dem Volke, ist das zweite große Prinzip, das dem grandiosen Aufschwung der Sowjetunion zugrunde liegt. Die Sowjetdemokratie war ein entscheidender Faktor des Sieges der Sowjetunion in diesem Kriege.

„Die Lehren des Krieges zeugen davon, daß die Sowjetordnung sich nicht nur in den Jahren des friedlichen Aufbaus als die beste Organisationsform für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Landes erwiesen hat, sondern auch als die beste Form für die Mobilisierung aller Kräfte des Volkes zur Abwehr des Feindes in Kriegszeiten.“

(Stalin, „Vaterländischer Krieg“, S. 103)

3. Die Sowjetunion — ein Bund freier Nationen

In der Sowjetunion hat die nationale Frage durch die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen seine endgültige Lösung gefunden.

h) Das zaristische Rußland — ein Völkergefängnis

Auf dem Territorium der Sowjetunion leben etwa 60 verschiedene Nationalitäten. Die russische Bevölkerung macht nur etwa 59% der Gesamtbevölkerung aus. Unter dem Zarismus wurden die übrigen Nationalitäten als „Fremdstämmige“ bezeichnet, grausam unterdrückt (Progrome, Verfolgungen) und eine freie Entwicklung dieser Nationalitäten unmöglich gemacht.

h) Die Gleichberechtigung der Nationen in der Sowjetunion

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution wurde die volle Gleichberechtigung der Nationen hergestellt, und sie hat sich heute längst auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eingebürgert.

„Die Gleichberechtigung der Bürger der UdSSR auf sämtlichen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens, unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, ist unverbrüchliches Gesetz.“

(Artikel 123 der Sowjetverfassung)

Jede Bevorzugung oder Benachteiligung einer Nationalität ist ausgeschlossen, Chauvinismus und Rassenhaß werden gesetzlich bestraft. So heißt es weiter im Artikel 123 der Sowjetverfassung:

„Jede wie immer geartete direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte oder, umgekehrt, eine Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugungen von Bürgern mit Rücksicht auf ihre Rassen- und nationale Zugehörigkeit, ebenso wie jegliche Propagierung einer rassenmäßigen oder nationalen Exklusivität oder eines Rassen- oder Nationalitätenshasses und der Mißachtung einer Rasse oder einer Nationalität werden gesetzlich geahndet.“

Die Gleichberechtigung aller Bürger in der Sowjetunion ist jedoch nicht nur durch das Gesetz verbrieft, sondern das ganze öffentliche Leben (Erziehung, Presse, Theater, Rundfunk usw.) ist vom Gedanken der Gleichberechtigung der Nationen und Rassen getragen.

h) Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Die Gleichberechtigung der Nationalitäten hat auch im Staatsaufbau ihre Verwirklichung gefunden. Die Sowjetunion ist ein Bundesstaat von 16 gleichberechtigten Unionsrepubliken. Verschiedene Unionsrepubliken haben in ihrem Bestand ihrerseits autonome Republiken und Gebiete. Jede Unionsrepublik hat ihre den Besonderheiten der Nationalität entsprechende Verfassung, die in Übereinstimmung mit der Verfassung der gesamten UdSSR aufgebaut ist; sie hat ihren eigenen Obersten Sowjet und eigene Volkskommissare (Ministerien). Die Amts- und Schulsprache der einzelnen Unionsrepubliken ist die Sprache der dort lebenden Nationalität.

Seit dem 1. Februar 1944 hat jede Unionsrepublik das Recht, in unmittelbare Beziehungen zu fremden Staaten zu treten (Abschluß von Verträgen und Abkommen, diplomatische Vertreter im Ausland und bei internationalen Konferenzen usw.) sowie eigene nationale Truppenteile aufzustellen.

Die Gleichberechtigung der Nationalitäten findet ihre Widerspiegelung auch im Obersten Sowjet der UdSSR. Neben dem Unionsowjet (Zusammensetzung: 1 Deputierter auf 300 000 Einwohner) ist ein Nationalitäten-Sowjet gestellt, in dem, unabhängig von der Zahl der Einwohner, jede Unionsrepublik 25 Deputierte, jede autonome Republik 11, jedes autonome Gebiet 5 und jeder autonome Bezirk einen Deputierten entsendet. Auf diese Weise kommen im Nationalitäten-Sowjet die Interessen der verschiedensten Nationalitäten, unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Größe und ihrer Bedeutung, in gleicher Weise zur Geltung. Gesetze, die die gesamte Union betreffen, sind nur gültig, wenn sie sowohl im Unionsowjet als auch im Nationalitätenowjet bestätigt sind.

h) Die Bedeutung der Völkerfreundschaft in der Sowjetunion

Die Gleichberechtigung und die Freundschaft aller Völker, die vollständige Lösung der nationalen Fragen in der UdSSR, ist das dritte große Prinzip, das dem Aufschwung der Sowjetunion zugrunde liegt. Die Freundschaft der Völker der UdSSR war ein entscheidender Faktor des Sieges der UdSSR in diesem Krieg.

„Die Freundschaft zwischen den Völkern unseres Landes hat allen Schwierigkeiten und Prüfungen des Krieges standgehalten und ist im gemeinsamen Kampf aller Sowjetmenschen gegen die faschistischen Okkupanten noch mehr gestählt worden. Darin liegt eine Kraftquelle der Sowjetunion.“

(Stalin, „Vaterländischer Krieg“, S. 101, 6. 11. 43)

Genosse Stalin charakterisierte die verhängnisvollen Folgen der nazistischen Rassentheorie und — im Gegensatz dazu — die große Rolle der Gleichberechtigung der Nationen in der Sowjetunion mit folgenden Worten:

„Die Rassentheorie der Deutschen und die Praxis des Rassenhasses haben dazu geführt, daß alle freiheitsliebenden Völker zu Feinden des faschistischen Deutschlands geworden sind. Die Theorie der Gleichberechtigung der Rassen in der Sowjetunion und die Praxis der Achtung der Rechte anderer Völker haben dazu geführt, daß alle freiheitsliebenden Völker zu Freunden der Sowjetunion geworden sind.“

(Stalin, „Vaterländischer Krieg“, S. 37)

III. Die Sowjetunion und Deutschland

1. Die siegreiche Oktoberrevolution hat durch ihr Dekret über den Frieden dem deutschen Volk im Jahre 1917 den Ausweg aus der Katastrophe gezeigt

In der Nacht zum 8. November 1917 nahm der II. Sowjetkongreß das Dekret über den Frieden an, das eine Aufforderung zum sofortigen Frieden enthielt. Der Kongreß wandte sich zugleich auch damit an die Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen und der größten damals am Kriege beteiligten Staaten: England, Frankreich und Deutschland. Die Botschaft forderte die Arbeiter auf, mitzuhelfen, „die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der Werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen“.

Deutschland war damals tief in Krieg und Not verstrickt. Die Niederlage und der Zusammenbruch standen unabwendbar bevor.

Der Sieg der Oktoberrevolution und die Friedensdeklaration Sowjetrußlands zeigte den Ausweg aus dem Krieg und hätte weiteres Blutvergießen verhindert.

Die Verwirklichung dieses Vorschlages — die Erhebung des Volkes gegen den imperialistischen Krieg, die Vernichtung des Trust- und Monopolkapitals sowie der Großgrundbesitzer — hätte die gesamte nationale Entwicklung und Zukunft Deutschlands auf einen anderen, besseren Weg geführt. Versailles 1919, die Inflation 1923, Krise und Arbeitslosigkeit 1929—32, der Machtantritt des Faschismus 1933 und die große nationale Tragödie unseres Volkes 1933 bis 1945 hätten verhindert werden können, wenn dieser Weg beschritten worden wäre.

2. Die Sowjetmacht hat seit dem ersten Tage ihres Bestehens gegenüber Deutschland eine Politik des Friedens verfolgt

a) 1918 — Getreideangebot der sowjetrussischen Arbeiter

Wenige Tage nach der Novemberrevolution in Deutschland schickten die russischen Arbeiter — die selbst an großen Entbehrungen litten — mehrere Waggons Getreide als Zeichen ihrer Sympathie an die deutschen Arbeiter. Die damalige Regierung der Volksbeauftragten lehnte jedoch das Geschenk ab.

b) 1919 — Protest der Sowjetunion gegen Versailles

Als Deutschland nach dem ersten Weltkrieg von den Siegermächten der Vertrag von Versailles aufgezwungen wurde, war die Sowjetmacht die einzige Großmacht, die gegen den Versailler Vertrag Protest einlegte.

c) 1922 — Vertrag von Rapallo

Am 16. April 1922 hat die Sowjetregierung mit der Regierung von Deutschland den Vertrag von Rapallo abgeschlossen. Das war der erste Vertrag nach dem ersten Weltkrieg, wo das damals isolierte und schwache Deutschland als gleichberechtigter Vertragspartner anerkannt wurde. Dieser Vertrag stellte die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder wieder her und annullierte die gegenseitigen Ansprüche Deutschlands und Sowjetrußlands.

d) 1923 — Getreide für das deutsche Volk

Im Jahre 1923, als Deutschland im größten Elend steckte, schickte die Sowjetunion Getreide für die notleidende Bevölkerung Deutschlands.

e) 1931/32 — Sowjetbestellungen lindern Arbeitslosigkeit

In den Jahren der Wirtschaftskrise (1931/32), wo Millionen deutscher Arbeiter arbeitslos waren, fanden durch die Sowjetbestellungen von deutschen Industriewaren hunderttausende deutscher Arbeiter Lohn und Brot.

f) 1939 — Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland

Trotz des mörderischen Hitlerregimes, das dem Sowjetvolk und seiner Regierung aufs tiefste verhaßt war, schloß die Sowjetunion im Interesse des Friedens zwischen den beiden Völkern im August 1939 den Nichtangriffspakt mit Deutschland ab. Die Sowjetregierung erfüllte den Pakt auf das genaueste, so daß die Hitlerregierung auch nicht mit einem Wort gegen das Verhalten der Sowjetunion Einspruch erhob oder erheben konnte. 1941 hätte die Sowjetunion 4 Millionen Tonnen Getreide an Deutschland geliefert, wenn Hitler nicht das Sowjetland überfallen hätte.

Obwohl die Sowjetmacht somit vom ersten Tage ihres Bestehens an eine Politik der Freundschaft gegenüber Deutschland verfolgte, führte die deutsche Reaktion eine ständige Hetze gegen die Sowjetunion, die nach dem Machtantritt des Faschismus ungeheuerlich verschärft wurde. Schließlich schritt Hitlerdeutschland zum verhängnisvollen Ueberfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941.

3. Alle Warnungen wurden von den Nazis beiseitegeschoben

Bedeutende Staatsmänner und Heerführer der verschiedensten Länder, vor allem Deutsche, haben seit vielen Jahrhunderten vor einem Krieg gegen Rußland gewarnt.

Die Warnung Napoleons:

„Man kann in Rußland einfallen, nicht aber es wieder verlassen“.

Selbst der von den Nazis so angehimmelte Friedrich II. warnte vor einem Krieg gegen Rußland.

„Eine feindliche Armee, die es wagen sollte, in Rußland einzudringen und über Smolensk hinaus zu gehen, würde unfehlbar in den Steppen jenseits ihr Grab finden.“

Friedrich II., „Betrachtungen über die militärischen Talente und Charakter Karls XII.“)

Der berühmte Militärtheoretiker Carl von Clausewitz warnte:

„Rußland ist kein solches Land, das man wirklich erobern, d. h. okkupieren könnte; das ist jedenfalls mit den Kräften der modernen europäischen Staaten nicht zu machen.“ („Vom Kriege“, S. 668)

Die Warnung des Generalfeldmarschalls von Moltke:

„Hütet Euch davor, den grenzenlosen russischen Raum zu betreten; nehmt Euch in acht vor der Widerstandskraft der Russen.“

(Moltke, Rede im Preußischen Herrenhaus 1876)

Reichskanzler Bismarck für Frieden mit Rußland:

„Deutschland wird mit Rußland nie die Notwendigkeit eines Krieges haben.“

(Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, 1898, Bd. I, S. 224)

Außenminister Stresemann erklärte 1926:

„Ich glaube wirklich, in Deutschland würde es niemanden geben, der da meinte, daß unser Interesse nicht ein Emporblühen des russischen Reiches fordert, und daß wir uns nicht an der Förderung dieser Entwicklung beteiligen sollen.“

So haben führende Staatsmänner vor der Feindschaft gegen Rußland gewarnt.

In den letzten 25 Jahren war es vor allem die Kommunistische Partei, die einen Kampf gegen die Kriegshetzer und für die Freundschaft mit der Sowjetunion führte. Eindringlichst warnte unsere Partei vor dem Krieg gegen die Sowjetunion und anderen Völkern.

„Die Berner Konferenz der KPD erklärt, daß die Politik des Hitlerregimes gegen die Sowjetunion der niederträchtigste Verrat an den nationalen Interessen Deutschlands ist . . . Die Sowjetunion hat seit ihrer Existenz bewiesen, daß von ihrer Seite Deutschland niemals eine Gefahr droht . . . Gegen ein solches Land eine Politik der Feindschaft zu betreiben und das deutsche Volk in den Krieg jagen zu wollen, ist nationale Katastrophenpolitik.“

(Resolution der Berner Konferenz der KPD, Januar 1939)

Die Mißachtung dieser Warnungen, der Krieg gegen das neue Rußland, gegen die Sowjetunion, hat unser Land an den Rand der Katastrophe geführt.

4. Die Hilfe der Sowjetunion nach der bedingungslosen Kapitulation

Noch niemals in der Geschichte wurden einem Lande so grauenvolle Zerstörungen und Verwüstungen zugefügt, wie es die Naziarmeen in der Sowjetunion taten. Trotzdem hat die Sowjetunion nach ihrem Sieg nicht Gleiches mit Gleichem vergolten, sondern ist bemüht, unserem Volk beim demokratischen Neuaufbau zu helfen.

Um nur einige Tatsachen als Vergleich anzuführen:

Die Naziarmeen haben in der Sowjetunion 98 000 Kollektivwirtschaften zerstört. Sie vernichteten oder verschleppten 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Rindvieh und 20 Millionen Schweine. Trotzdem liefert heute die Sowjetunion Lebensmittel an unser Volk. Ohne die Lebensmittellieferungen der Sowjetunion wäre z. B. in Berlin die völlige Hungersnot eingetreten.

Die Naziarmeen haben in der Sowjetunion 84 000 Schulen und Lehranstalten zerstört und vernichtet. Trotzdem unterstützt heute die Sowjetunion alle Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der deutschen Schulen.

Die Naziarmeen haben der Volkswirtschaft und der Bevölkerung der Sowjetunion einen Schaden von 679 Milliarden Rubel zugefügt. Trotzdem hat die Sowjetunion der neuen deutschen Verwaltung bedeutende Kredite zur Verfügung gestellt.

Trotz der unsäglichen Leiden, die Deutschland der Sowjetunion zugefügt, setzt die Sowjetunion alle Kräfte ein, um dem deutschen Volk in seiner größten Not zu helfen und den Aufbau eines freien demokratischen Deutschlands zu ermöglichen.

5. Die Lehren

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Der verbrecherische Ueberfall Hitlers auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war der schwärzeste Tag der deutschen Geschichte. Der Krieg gegen die Sowjetunion hat nicht nur der friedlichen Sowjetunion ungeheures Leid zugefügt, sondern auch Deutschland in den Abgrund geführt. Daher fordert unsere Partei im Interesse des gesamten Volkes in ihrem Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945:

„Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion“.

Nur der Frieden und die Freundschaft mit der Sowjetunion ermöglichen Deutschland den Wiederaufbau und seine demokratische Erneuerung. Das nationale Interesse Deutschlands erfordert daher, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, nie wieder den Weg der Feindschaft und des Krieges gegen die UdSSR zu beschreiten, sondern Beziehungen aufrichtiger und enger Freundschaft zwischen beiden Ländern herzustellen, denn nur in dieser Freundschaft liegt die Gewähr für unsere Zukunft.

Vortragsdisposition

Nr. 16

Keine Wiederholung der Fehler von 1918

I N H A L T

- I. *Der erste imperialistische Weltkrieg*
- II. *Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus*
- III. *Die Novemberrevolution in Deutschland . . .*
- IV. *Die Lehren der Novemberrevolution von 1918 .*

VERLAG NEUER WEG GmbH., BERLIN

Vortragsdisposition Nr. 16

Keine Wiederholung der Fehler von 1918

„Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Aera deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945)

I. Der erste imperialistische Weltkrieg

1. Imperialismus und Krieg

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz zum imperialistischen Kapitalismus entwickelt. Es waren neue Erscheinungen im Wirtschaftsleben eingetreten, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet waren:

1. Die monopolistischen Verbände (Kartelle, Syndikate, Trusts usw.) hatten entscheidende Bedeutung erlangt und die freie Konkurrenz verdrängt.
2. Bank- und Industriekapital waren zum Finanzkapital zusammengewachsen. Es hatte sich die Herrschaft der Finanzoligarchie gebildet, d. h. die Herrschaft eines kleinen Häufleins großer Monopolkapitalisten.

3. Gegenüber dem Warenexport gewann der Kapitalexport immer entscheidendere Bedeutung, er wurde typisch für den neuen Kapitalismus.
4. Es hatten sich internationale kapitalistische Monopolistenverbände gebildet, die die Welt unter sich wirtschaftlich aufteilten.
5. Die territoriale Aufteilung der Erde unter den imperialistischen Großmächten war beendet. Da sich jedoch infolge der ungleichmäßigen Entwicklung das Kräfteverhältnis zwischen diesen Großmächten veränderte, begann der Kampf um die Neuaufteilung der Erde.

Durch diese Entwicklung des Kapitalismus wurde die Gefahr des imperialistischen Krieges immer drohender. Eine besondere Gefahr drohte seitens des deutschen Imperialismus, der am aggressivsten auftrat und die Vorbereitung des Krieges am energischsten betrieb.

2. Sozialdemokratische Beschlüsse gegen den Krieg

Die revolutionäre Arbeiterbewegung, die damals noch nicht gespalten, sondern in den sozialdemokratischen Parteien und der II. Internationale einheitlich zusammengefaßt war, betrachtete den drohenden Krieg keineswegs als unabwendbare Katastrophe. Im Gegenteil, sie führte einen unerbittlichen Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber. In Deutschland stand Karl Liebknecht an der Spitze dieses Kampfes. Es wurden zahlreiche Beschlüsse gefaßt, den Krieg durch revolutionäre Kampfmaßnahmen zu verhindern und, falls das nicht gelingt, die Krisenperiode zum Sturze des Imperialismus auszunutzen.

- a) **Der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907** forderte die Arbeiterklasse und ihre Vertreter in den Parlamenten auf, in Uebereinstimmung miteinander energisch gegen den Ausbruch eines Krieges zu kämpfen. Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, so forderte die Resolution des Stuttgarter Kongresses auf, alle Anstrengungen darauf zu richten,

„für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

- b) **Der Chemnitzer Parteitag der SPD, 1912**, erklärte am Schluß seiner Resolution:

„Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergedrungen ist.“

- c) **Der Baseler Kongreß der II. Internationale** tagte kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1912. Angesichts des drohenden Krieges befaßte sich der Kongreß ausführlich mit der Kriegsfrage und nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien gegenüber dem imperialistischen Kriege festgelegt wurde. In dieser Resolution werden die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart und Kopenhagen ausdrücklich bestätigt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

In allen diesen Beschlüssen war die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege festgelegt und zugleich auch der Weg gewiesen, den diese Parteien gehen sollen, falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte. Es war klar zum Ausdruck gebracht, daß es die Pflicht der Sozialdemokratie sei, den Krieg zum Sturze des Imperialismus auszunutzen.

3. Der 4. August 1914

Aber nicht alle sozialdemokratischen Parteien folgten diesen Beschlüssen, als der Krieg 1914 wirklich zur Tatsache wurde. Die meisten Parteien der II. Internationale, die meisten parlamentarischen Vertreter der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften stellten im August 1914 entgegen den gefaßten Beschlüssen die Behauptung auf, der Krieg sei ein Verteidigungskrieg. Sie verzichteten nicht nur auf den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, sondern unterstützten aktiv die Imperialisten ihres eigenen Landes. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte am 4. August 1914 der imperialistischen Regierung Wilhelms II. die Kriegskredite.

Nur wenige sozialdemokratische Parteien, wie die bolschewistische Partei in Rußland, nur wenige sozialdemokratische Führer, wie Lieb-

knecht, Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck in Deutschland, blieben den gefaßten Beschlüssen treu und begannen einen heldenhaften Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

4. Die Spaltung der Arbeiterklasse

Infolge dieser Entwicklung entstand 1914 die Spaltung der Arbeiterklasse, die sich im Verlaufe des ganzen Krieges und besonders in den Ereignissen im November 1918 so verhängnisvoll auswirkte.

Von nun an gab es zwei Flügel in der Arbeiterbewegung:

1. die offizielle Führung und die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei, die gemeinsam mit der imperialistischen Bourgeoisie den Krieg durchführte, und
2. eine revolutionäre Minderheit, die unter der Losung „Klassenkampf gegen den Krieg“ einen unversöhnlichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führte.

Diese im Jahre 1914 begonnene Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ist die Hauptursache für die Fehler, die im Jahre 1918 begangen wurden und die eine Entwicklung einleiteten, die zu Hitler und zum zweiten Weltkrieg führte.

II. Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus

1. Deutschland in den Fängen des Krieges und der Lebensmittelkrise

Der imperialistische Raubkrieg, den der deutsche Imperialismus 1914 begann, mußte zur Niederlage führen. Denn die ganze Geschichte des deutschen Volkes lehrt, daß der Weg des Raubkrieges stets das deutsche Volk in Not und Elend gestürzt hatte. Die deutschen Imperialisten hatten durch ihre raubgierige Annexionspolitik fast die ganze Welt Deutschland zum Feind gemacht und mußten daher erliegen.

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr wurde Deutschland vom Mangel auf allen Gebieten gewürgt. Mangel an Rohstoffen, Mangel an Lebensmitteln, Mangel an Arbeitskräften, Mangel an Waffen und Munition, Mangel an Reserven — immer klarer wurde es, daß Deutschland diesen Krieg verlieren mußte.

2. Der nationale Verrat der deutschen Imperialisten

Ungeachtet dessen setzten die deutschen Imperialisten ihre verderbliche Raubpolitik fort. Sie setzten die nationalen Interessen des deutschen Volkes bedenkenlos aufs Spiel, um ihre Raubinteressen zu verfolgen. Statt einen tragbaren Frieden anzustreben, stellten sie noch am

Kriegsende Raubforderungen auf, die das deutsche Volk in die Katastrophe führen mußten.

Der bekannte Großkapitalist Vögler forderte noch im Dezember 1917 die Einverleibung des französischen lothringischen Erzbeckens ins Reichsgebiet.

Der Kruppdirektor Haux verlangte noch im Herbst 1918 die Annexion (d. h. den Raub) von Belgien, Polen und den baltischen Ländern.

Diese Raubpolitik der deutschen Imperialisten hat unser Volk schon damals in die Niederlage geführt.

3. Die Oktoberrevolution, die große Chance für das deutsche Volk

Als die russischen Arbeiter und Bauern 1917 den Zarismus stürzten und in der siegreichen Oktoberrevolution den Imperialismus in Rußland beseitigten, bot sich für Deutschland eine glänzende Möglichkeit, den verlorenen Krieg zu beenden. Die Sowjetregierung bot allen Völkern den sofortigen Frieden an. Statt diese Forderung aufzugreifen und den langersehten Frieden zu schließen, setzten die deutschen Imperialisten den Krieg gegen die junge Sowjetrepublik fort, besetzten die Ukraine und diktierten schließlich den imperialistischen Schandfrieden von Brest-Litowsk.

Diese Raubpolitik gegenüber Rußland wurde von einer wüsten antibolschewistischen Hetze begleitet, an der auch zahlreiche SPD- und Gewerkschaftsführer teilnahmen.

4. Der Zusammenbruch der deutschen Front

Die Abenteurer des deutschen Imperialismus in Rußland vermochten seinen militärischen Zusammenbruch nicht aufzuhalten. Die letzte verzweifelte Offensive Ludendorffs im Sommer 1918 endete trotz unerhörter Opfer mit einem Mißerfolg. Dagegen führte die große alliierte Gegenoffensive am 8. August 1918 zum Durchbruch der Front im Westen. Der Krieg war militärisch endgültig verloren. Hindenburg und Ludendorff richteten verzweifelte Telegramme an die Reichsregierung, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen.

Der militärische Zusammenbruch an der Front ging also dem politischen Zusammenbruch in der Heimat voraus. Infolge der Spaltung der Arbeiterklasse hat das deutsche Volk auch damals nicht vermocht, aus eigener Kraft den Krieg zu beenden. Das Kriegsende war eine Folge der Niederlage des deutschen Imperialismus an der Front.

III. Die Novemberrevolution in Deutschland

1. Die revolutionäre Massenbewegung in Deutschland

Die von Liebknecht und Luxemburg geführte revolutionäre Minderheit in der deutschen Sozialdemokratie machte alle Anstrengungen, um die Massen gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Je länger der Krieg dauerte und je mehr die Not zunahm, um so lauter Widerhall fand ihre Agitation in den breiten Massen. Das zeigen deutlich folgende Zahlen über die Streikbewegung in Deutschland während des Krieges. Die Zahl der Streikenden betrug:

1915	12 000
1916	124 000
1917	651 000
1918	1 304 000

Aber auch im Heer und in der Marine breitete sich die revolutionäre Bewegung gegen den Krieg aus. Im August 1917 brach die erste Matrosenmeuterei in der Flotte aus. Die Truppen an der Front wurden immer unzuverlässiger.

Schließlich begann am 7. November 1918 in Kiel der Matrosenaufstand, der sich rasch ausbreitete. Am 9. November erzwang die revolutionäre Massenbewegung die Abdankung Wilhelms II. und des Kronprinzen. In allen deutschen Ländern wurden die Monarchien hinweggefegt, die Macht ging an die Arbeiter- und Soldatenräte über.

2. Die Rettung des reaktionären Militarismus

Es gelang jedoch nicht, die Einheit der demokratischen Volkskräfte für die Verwirklichung dieser Forderungen zu schaffen. Statt die revolutionäre Volksbewegung auszunutzen, um die militaristische Reaktion zu entmachten, schloß ein Teil der neuen republikanischen Machthaber aus Angst vor dem Volke ein Bündnis mit den reaktionären Militärs. Die Generale wurden nicht eingesperrt und als Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil! Der reaktionäre kaiserliche Feldmarschall Hindenburg wurde an der Spitze des Heeres belassen. Der kaiserliche General Gröner wurde zum nächsten Berater des Reichspräsidenten. Die revolutionäre Volksbewegung in Berlin und in Mitteldeutschland wurde von reaktionären Banden niedergeschlagen, die von der republikanischen Regierung als „Freikorps“ gebildet worden waren. Kein einziger Kriegsverbrecher wurde von der republikanischen Regierung verhaftet und abgeurteilt.

Auch die wirtschaftliche Grundlage der reaktionären Militärkaste blieb unangetastet. Den adligen Junkern wurde nicht ein Fleckchen Boden abgenommen, die Fürsten erhielten von der Republik sogar Millionen-summen als Entschädigung. Das machte es möglich, auf den großen Gütern konterrevolutionäre Banden zu organisieren und sie mit den Mitteln, die die Republik lieferte, zu finanzieren.

Infolge dieses Fehlers wurde der reaktionäre Militarismus 1918 nicht zerschlagen, sondern gerettet.

3. Die Rettung des Imperialismus

Obwohl der deutsche Imperialismus die Hauptschuld am Kriege und an der Niederlage trug, blieben auch die deutschen Imperialisten 1918 unangetastet. Kein einziger der imperialistischen Kriegsverbrecher, kein Krupp, kein Röchling, kein Vögler wurden verhaftet und abgeurteilt. Im Gegenteil! Die deutschen freien Gewerkschaften, die zu einer Massenorganisation wurden, schlossen mit den Spitzenverbänden der imperialistischen Scharfmacher eine „Arbeitsgemeinschaft“ ab, statt diese Verbände aufzulösen. Die republikanische Regierung erkannte diese Arbeitsgemeinschaft an und baute damit die am Kriege schuldigen Monopolorganisationen in den republikanischen Staatsapparat ein.

Dank dieses Fehlers fanden die deutschen Imperialisten den Ausweg aus der Niederlage und konnten sich in der Republik häuslich einrichten. Wenige Jahre nach der Novemberrevolution war Stinnes der ungekrönte König in Deutschland. Der deutsche Imperialismus war gerettet.

4. Die Rettung des reaktionären-imperialistischen Staatsapparates

Der wilhelminische Staatsapparat war ein Instrument zur Unterdrückung der Volksmassen und zur Durchführung der imperialistischen Raubpolitik. In den höheren Staatsstellen saßen stockreaktionäre Monarchisten, die dem Volke und der Republik feindlich gesinnt waren. Aber die reaktionären Diplomaten, Staatsanwälte, Richter und Schulräte wurden nicht abgesetzt, eingesperrt und abgeurteilt, obwohl auch sie ein gerüttelt Maß Schuld am Kriege besaßen. Im Gegenteil! Sie wurden in Amt und Würden belassen und konnten die Republik offen verhöhnen. Wo die Massen auf eigene Initiative reaktionäre Beamte beseitigt und durch demokratische Elemente ersetzt hatten, wurden diese schleunigst wieder entlassen und durch die alten „Berufsbeamten“ ersetzt. So kam es, daß der republikanische Staatsapparat nicht der Republik, sondern der imperialistischen Reaktion dienstbar war. Die Führer der revolutionären Arbeiterbewegung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg konnten von konterrevolutionären Banditen ermordet werden, und die Justiz der Republik nahm die Mörder in Schutz. Aufrechte Republikaner und Demokraten wurden auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ins Zuchthaus geworfen, während reaktionäre Fememörder frei aus-

gingen. In den Schulen wurden weiterhin der Militarismus und der nationalistische Größenwahn verherrlicht.

Infolge dieses Fehlers wurde der reaktionäre imperialistische Staatsapparat 1918 nicht zerschlagen, sondern gerettet.

5. Die Antisowjethetze

In der schweren Zeit der Niederlage nach dem ersten Weltkrieg stand allein das Sowjetvolk an der Seite des deutschen Volkes. Es bot Deutschland die Hand zur Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen. Obwohl es selbst Not litt, bot es dem deutschen Volke Getreide zur Linderung der Not an. Es verzichtete freiwillig auf Reparationen seitens Deutschlands, auf die es Anspruch hatte. Das Sowjetvolk protestierte als einziges gegen den Versailler Friedensvertrag, der dem deutschen Volke unerhörte Lasten aufbürdete.

Die junge und schwache republikanische Regierung Deutschlands hätte an dem Sowjetlande eine feste Stütze und einen starken Helfer finden können, wenn sie auch ihrerseits freundschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland gesucht hätte. Aber sie tat das Gegenteil. Sie organisierte die reaktionären Baltikumtruppen, die den Krieg gegen Sowjetrußland fortsetzten und duldeten die wüste antibolschewistische Hetze, die 1918 in Deutschland in breitem Ausmaße betrieben wurde. Diese Antisowjethetze ermöglichte es den deutschen Imperialisten, von den Kriegsschuldigen abzulenken und die Reaktion wieder in den Sattel zu heben.

Infolge dieses Fehlers, dieser Antisowjethetze, wurde die Reaktion gestärkt und schließlich Hitler der Weg geebnet.

6. Der Charakter der Novemberrevolution

Trotz all dieser Halbheiten und Schwächen war die Bewegung im November 1918 nicht nur ein politischer und militärischer Zusammenbruch, sondern eine wirkliche Revolution. Die Monarchie wurde beseitigt, einige feudale Ueberreste wurden abgeschafft und eine Anzahl demokratischer Rechte und Freiheiten errungen. Es war eine bürgerliche Revolution, die nicht zu Ende geführt wurde.

7. Von Kapp bis Hitler

Infolge der verhängnisvollen Fehler, die im Jahre 1918 gemacht wurden, sind Militarismus, Reaktion und Imperialismus damals nicht beseitigt worden. Sie konnten sich aus der Niederlage retten und schließlich in der Weimarer Republik maßgeblichen Einfluß erlangen.

Bereits im Jahre 1920 unternahm die Reaktion ihren ersten bewaffneten Angriff auf die Republik (Kapp-Putsch), der nur dank der geschlossenen Aktion der deutschen Arbeiterschaft abgewehrt werden

konnte. Nach der siegreichen Abwehr dieses reaktionären Angriffs auf die Republik wurden die Arbeiter durch das Bielefelder Abkommen von der republikanischen Regierung verraten. Sie wurden zu Tausenden eingekerkert, während die Kapp-Putschisten frei ausgingen.

Nach den großen Kämpfen im Jahre 1923 wurde die 1918 gegründete Kommunistische Partei verboten, 7000 Arbeiter wurden ins Gefängnis geworfen, während die Hitler-Banditen für ihren Putsch im Münchner Bürgerbräu am 9. November 1923 milde Festungsstrafen erhielten.

Als der deutsche Imperialismus die Nachkriegs- und Inflationskrise überwunden hatte und wieder erstarkte, konnte er zur Generaloffensive gegen die Republik vorgehen und nach und nach die demokratischen Rechte und Freiheiten wieder beseitigen. Die reaktionären Militärs und Beamten, die 1918 verschont worden waren, leisteten dabei aktive Hilfe.

Die faschistischen bewaffneten Mordorganisationen, wie SA, Stahlhelm u. a., wurden von der Republik geduldet, der antifaschistische Rote Frontkämpferbund hingegen verboten.

Durch diese Schwächen der Weimarer Republik wurden die Massen abgestoßen und schließlich dem Faschismus in die Arme getrieben. Die Fehler und Schwächen der Weimarer Republik führten zum Faschismus.

Schließlich konnten die Imperialisten 1933 in Deutschland die faschistische Diktatur errichten, offen die Vorbereitung des neuen Raubkrieges betreiben und diesen Krieg 1939 vom Zaune brechen. Damit haben sie das deutsche Volk wiederum in den Krieg und schließlich in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt.

So haben sich die Fehler von 1918 am deutschen Volk gerächt!

IV. Die Lehren der Novemberrevolution von 1918

Einheit der demokratischen Volkskräfte

Die wichtigste Lehre der Novemberrevolution besteht darin, daß nur die Einheit der demokratischen Volkskräfte die militaristische Reaktion und den Imperialismus zu besiegen vermag. Darum besteht die Hauptaufgabe heute darin, die auf Initiative der Kommunistischen Partei geschaffene Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien auf jede Weise zu fördern und zu stärken.

2. Bestrafung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher

Die zweite Lehre der Novemberrevolution besteht darin, daß die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher bestraft werden müssen. Jede

Milde ihnen gegenüber ist ein Verbrechen am Volke. Denn sie würden die Milde als Schwäche auslegen und einen neuen Versuch unternehmen, wiederum einen Raubkrieg anzuzetteln und unser Volk noch einmal in noch größeres Unglück zu stürzen.

Darum strengste Bestrafung aller Nazibonzen und Kriegsverbrecher.

3. Liquidierung der imperialistischen Monopolverbände

Die kapitalistischen Monopolverbände, die Kartelle, Syndikate, Trusts, Konzerne tragen die Hauptschuld am Kriege, sie waren die Organisatoren des Raubzuges gegen die anderen Völker. Sie haben ihre Raubpläne keineswegs aufgegeben. Darum ist es heute notwendig, die monopolistischen Verbände, die Kartelle, Syndikate und Trusts, die Industriellen-Verbände restlos zu liquidieren. Nur so kann ein neuer Krieg verhindert werden.

4. Beseitigung der imperialistischen Staatsbürokratie

Wieder wie 1918 kommen die reaktionären, imperialistischen Bürokraten zum Vorschein und pochen auf ihre Rechte als Berufsbeamten. Das sind dieselben Schädlinge, die nach 1918 die Republik aushöhlten, Hitler den Weg ebneten und schließlich mit fliegenden Fahnen ins Nazilager übergingen. Sie haben im neuen Staate nichts zu suchen.

In den demokratischen Selbstverwaltungsorganen müssen ehrliche Antifaschisten und Demokraten zur Arbeit herangezogen werden, die keine Bürokraten sind, sondern wirkliche Diener des Volkes.

5. Aufbau einer wirklichen Demokratie

Die Fehler von 1918 lehren uns, daß es nicht auf die äußerliche, formal-demokratische Form ankommt, sondern auf den demokratischen Inhalt. Wir müssen heute eine solche Republik aufbauen, die wahrhaft demokratisch ist, d. h. in der die Volksmassen ihr Schicksal selbst bestimmen. Nur wenn die Selbstverwaltungsorgane fest in den Massen verwurzelt sind, nur wenn die Arbeitermassen durch die Gewerkschaften und Betriebsräte in allen volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen mitzuentcheiden haben, nur wenn die Bauern als freie Männer auf ihrer Scholle schaffen, nur dann können wir eine Wiederholung des Faschismus und des Krieges verhindern.

6. Nie wieder Antisowjethetze

Die Fehler von 1918 lehren uns, daß die Antisowjethetze die Reaktion stärkte, Hitler den Weg ebnete und unser Volk in den Krieg und die Niederlage stürzte.

Daraus gilt es heute die Lehre zu ziehen, nie wieder Antisowjethetze zu dulden, sondern alles zu tun, um mit dem großen Sowjetvolke in friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu kommen. Das wird uns den Wiederaufbau erleichtern und den dafür so nötigen Frieden sichern.

Aus den Lehren der Novemberrevolution 1918 ergeben sich also die Forderungen:

„Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion!

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945)

Vortragsdisposition

Nr. 17

Demokratische Schulreform

I N H A L T

- I. Die Notwendigkeit einer demokratischen Schulreform
- II. Ziel und Aufgabe der Schulreform
- III. Mittel und Wege in der Durchführung der demokratischen Schulreform
- IV. Die Durchführung der demokratischen Schulreform — eine der dringlichsten Gegenwartsaufgaben der Einheit aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte unseres Volkes

VERLAG NEUER WEG GmbH. BERLIN

Vortragsdisposition Nr. 17

Demokratische Schulreform

Im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. 6. 1945 wird gefordert:

„Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat.

Pflege eines wahrhaft demokratischen fortschrittlichen Geistes an allen Schulen und Lehranstalten.“

Zur Erfüllung dieser Forderung bedarf es einer umfassenden und tiefgreifenden demokratischen Schulreform.

I. Die Notwendigkeit einer demokratischen Schulreform

1. Die faschistische Schule — eine Brutstätte des Nazismus

a) Nationale Ueberheblichkeit

Der Nazismus, der seinem Wesen gemäß alle Zweige unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in den Dienst seiner räuberischen, imperialistischen Absichten stellte, mißbrauchte auch die Schule für diese Ziele. Sie sollte die Jugend von der Berechtigung der nazistischen Ansprüche auf Beherrschung der Welt, von dem Recht auf Unterwerfung und Ausbeutung der anderen Nationen überzeugen, indem sie die Irrlehren der absoluten rassischen Ueberlegenheit des deutschen Volkes und der hoffnungslosen Minderwertigkeit der übrigen Völker predigte.

Die Ergebnisse dieser rassischen Verhetzung waren maßlose Ueberheblichkeit, wüstester Chauvinismus, Verständnislosigkeit gegenüber dem

Wesen und den Lebensbedürfnissen anderer Völker, Ueberschätzung der eigenen und Verkennung der fremden nationalen Leistungen, bedenkenlose Beteiligung an Judenverfolgungen und Ausschreitungen gegenüber „Fremdstämmigen“, Verachtung der hohen Ideale der Humanität und der Völkerversöhnung, Bereitschaft zur Ausführung gemeinster und bestialischer Verbrechen.

b) Die nazistische Schule — eine Brutstätte des Militarismus

Von dem Hitlerregime wurde der Schule als wichtigste Aufgabe gestellt, aus der heranwachsenden Generation bestgeeignetes Rekrutenmaterial für den von Anfang an geplanten imperialistischen Raubkrieg zu züchten. Dementsprechend wurde die ‚Wehrerziehung‘ zum beherrschenden Unterrichtsprinzip erhoben. Die höchste Wertschätzung erfuhren die Leibesübungen, die ganz im Sinne einer rein militärischen Ausbildung betrieben wurden. Geistloser Kasernenhofdrill, brutale ‚Härte- und ‚Einsatz-‘-Übungen, Gelände-Übungen und Kriegsspiele, Ringen, Boxen, Schießen und Handgranatenwerfen, Teilnahme an Wehrtüchtigungslagern, Segelflugsportkursen, Reitschulen und sonstigen HJ-Kursen, das bildete den Inhalt des ‚ersten Hauptfaches‘ im Lehrplan der Nazischule. Ein Versagen des Schülers in diesem Fach wog so schwer, daß auch überragende Leistungen in sämtlichen anderen Fächern und tadelloses Betragen ihm keine Aussicht boten, versetzt oder in eine Höhere Schule aufgenommen zu werden.

So wurde amtlich verfügt, daß . . .

„ . . . ein dauerndes Versagen bei den Leibesübungen, das sich vor allem in Mangel an Willen zu körperlicher Härte und Einsatzbereitschaft äußert, zur Verweisung von der Höheren Schule führt“.

(Erlaß des Reichserziehungsministers vom 27. 3. 35 über „Schülerauslese an den Höheren Schulen“)

Ergänzt wurde diese Indienststellung der Schule für rein militärische Zwecke durch die „Erziehungsarbeit“ der Hitlerjugend, der man nach und nach die gesamte Erziehung übertrug und praktisch auch regelrechte Aufsichtsbefugnisse über die Schule einräumte.

Dementsprechend war auch das gesamte Lehrgut nazistisch und militaristisch verseucht. Lehr- und Stoffpläne, Fibeln, Lesebücher, Liederbücher, selbst Rechenbücher, alles war überwuchert von militärischem Ungeist. Im Geschichtsunterricht fand das reaktionäre Preußentum eine blinde Verherrlichung. Der „lebenskundliche Unterricht“ vergiftete das kindliche Denken mit den Irrlehren des Rassenwahns und der Lüge vom „Volk ohne Raum“; „geopolitische Belehrungen“ versuchten, die verbrecherischen Absichten des raubgierigen Hitlerimperialismus schmackhaft zu machen, und im Gesangsunterricht erklangen aus Kinderkehlen

Lieder wie: „Volk ans Gewehr“ oder „Wir werden weiter marschieren, bis alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“.

Daß diese **Schulkaserne** darauf bedacht war, jeden Ansatz zu freiem, selbständigem Denken und sittlichem Verantwortungsbewußtsein auszurotten, war die unerläßliche Folgerung aus dem militaristischen Leitziel. Die Wiedereinführung der Prügelstrafe galt als pädagogische Großtat. Die Aussprüche des größten Narren und Verbrechers aller Zeiten pries man als Offenbarungen höchster pädagogischer Weisheit, auch dann noch, wenn darin der preußische Offizier als höchstes Vorbild des Erziehers hingestellt, die vermeintliche „Erziehung“ im Wehrdienst als Krönung des Erziehungsprozesses gefeiert und unter anderem ihr folgendes Ziel gestellt wurde:

„In dieser Schule soll der Knabe zum Mann gewandelt werden, und in dieser Schule soll er nicht nur gehorchen lernen, sondern dadurch auch die Voraussetzungen zum späteren Befehlen erwerben. Er soll lernen zu schweigen, nicht nur, wenn er mit Recht getadelt wird, sondern soll auch lernen, wenn nötig, Unrecht schweigend zu ertragen.“

(Hitler, „Mein Kampf“)

c) Der moralische Niedergang der Jugend infolge der nazistischen Erziehung

Von noch schlimmerer Auswirkung war die moralische Verwilderung, in die die deutsche Jugend durch den Nazismus gestürzt wurde. Die Anerziehung einer grenzenlosen ‚Borniertheit, eines ausgesprochenen Rowdytums, die Heiligsprechung jeder Grausamkeit und Bestialität, die für die Zwecke der Organisation oder auf Befehl eines ihrer schurkischen Hoheitsträger begangen wurde. Die Erstickung jeden Gefühls für Menschenrecht und Menschenwürde, all diese Rückfälle in Barbarei und Unkultur führten zwangsläufig zu den zahllosen Verbrechen, mit welchen die nazistische Jugend den deutschen Namen besudelte. Zur Beleuchtung der mit solcher Erziehung erreichten moralischen Verhärtung und Gewissenlosigkeit sei von tausendfachen Beispielen nur eins angeführt:

„Im Verlaufe eines Verhörs hat der 15jährige Sohn des ehemaligen SS-Kommandanten des KZ Mauthausen erklärt: ‚Zu meinem Geburtstag hat mir mein Vater 40 Häftlinge zur Verfügung gestellt, um mich das Schießen zu lehren. Ich schoß, bis alle Häftlinge tot am Boden lagen. Sonst kann ich meinem Vater nichts nachsagen.‘“

(„Die Neue Zeitung“, Nr. 7, 8. November 1945)

d) Absinken der Leistungen

Die Inanspruchnahme der Lehrerschaft durch die Naziorganisationen, die nach 1936 noch weit stärker in Erscheinung trat, mußte ihre pädago-

gischen und wissenschaftlichen Leistungen aufs bedenklichste beeinträchtigen. Das wog um so schwerer, als die Lehrerbildung durch den Nazismus ohnehin arg vernachlässigt wurde. Die Folge war ein allgemeiner Bildungsverfall. Die Nachwirkungen desselben zeigen sich noch heute in den erschreckenden Bildungslücken unserer Jugend, in der beschämenden Tatsache, daß 10- bis 11jährige Kinder nicht selten noch als völlige Analphabeten aus der faschistischen Schule kamen.

e) Die Schuld der Nazilehrer

Für seine barbarische Erziehung konnte der Nazismus nur eine Lehrerschaft gebrauchen, die von jedem pädagogischen Verantwortungsgefühl frei war. Alle fortschrittlichen und gewissenhaften Lehrer wurden darum aus den Schulen entfernt, die übrigen zu gefügigen Schildknappen und Steigbügelhaltern des Nazismus herabgewürdigt.

„Die Erzieherchaft stellte der Bewegung: 7 Gauleiter und stellvertretende Gauleiter, 78 Kreisleiter, 2668 Ortsgruppen- und Stützpunktleiter; 62% aller männlichen Parteigenossen im NSLB (NS-Lehrerbund) waren Politische Leiter.

HJ und Jungvolk: 10 533 Lehrer waren verantwortlich tätig, 170 in Stellungen vom Bannführer an und 3500 in Stellungen vom Fähnleinführer an.

BDM und Jungmädchen: 7500 der weiblichen Mitglieder hatten Stellungen von der Untergauleiterin bis zur Führerin einer Mädchengruppe inne.“

(Nach der Erhebung vom 1. Mai 1936 mitgeteilt von Leers-Hansen in „Der deutsche Lehrer als Kulturschöpfer“)

f) Kluft zwischen Schule und Volk

Wie auf allen anderen Gebieten, so wurde auch auf dem des Schulwesens jeder Einfluß und jede Mitwirkung der Elternschaft und der breiten Öffentlichkeit unterbunden. Die Elternbeiräte wurden aufgelöst, dafür wurde der HJ, der Partei und der Wehrmacht ein verhängnisvoller Einfluß eingeräumt. Er führte dazu, daß sich die Kluft zwischen Schule und Volk immer mehr vertiefte, die Kinder in offene Feindschaft zu Eltern und Lehrer traten und zu Denunzianten wurden, die sich nicht scheuten, ihre Eltern der Gestapo und damit dem KZ oder dem Zuchthaus zu überliefern.

Angesichts solcher Verfallserscheinungen im Schulwesen ist es eine unabwiesbare Notwendigkeit, durch eine gründliche demokratische Erneuerung des Schulwesens die Jugend von den Nachwirkungen der nazistischen Schule zu befreien und die Tore zu einem schulischen Neuland zu öffnen.

2. Die demokratische Schulreform ist eine geschichtliche Notwendigkeit

a) Das reaktionäre Erbe

Der deutschen Volksschule wurde bereits bei ihrem Entstehen ein ausgesprochen reaktionärer Grundzug aufgezwungen.

Die Fürsten, die sich im 18. Jahrhundert zur Gründung öffentlicher Volksschulen entschlossen, verfolgten damit zwei Ziele:

1. Hebung der Erwerbstüchtigkeit der niederen Stände;
2. Heranzüchtung unterwürfiger Untertanen und blind gehorchender Soldaten.

Korporalhafter Drill, Erziehung zur Knechtseligkeit und zu kritiklosem Gehorsam, Verherrlichung von Fürsten- und Adels herrschaft, von Krieg und Militarismus bestimmen den Charakter der Armenschule, die durch eine unüberbrückbare Kluft von der Höheren Schule, der Schule der herrschenden Stände, getrennt war, die ängstlich davor bewahrt wurde, daß sie den Kindern ja nicht mehr als das Allernotwendigste an Wissen vermittelte. Dementsprechend wurden auch die Ausgaben für die Unterhaltung dieser Schule und für die Bildung ihrer Lehrer denkbar niedrig gehalten. Diese reaktionäre und militaristische Mitgift belastete die Schule auf ihrem weiteren Entwicklungsgang. Ueber das preußische Schulwesen schrieb Heigel:

„Bis zu dem Schulgesetz von 1787 lag das Schulwesen in ärmlichen Anfängen; es gab nur 195 Schulmeisterstellen, die Einkommen über 100 Thaler abwarfen, 30 Lehrer hatten weniger als 80 Thaler; nicht selten war der Hirte oder Nachtwächter im Besitz des Schulamtes; seit 1779 waren viele Invaliden angestellt worden, darunter solche, die selbst nicht lesen und schreiben konnten.“

(Zitiert in Hegemann „Friedericus“, S. 103/104)

Fichte kennzeichnete das Bildungswesen seinerzeit folgendermaßen:

„Bisher wurde die Bildung nur an die sehr geringe Minderzahl der eben daher gebildet genannten Stände gebracht; die große Mehrzahl aber, auf welcher das gemeine Wesen recht eigentlich ruht, das Volk, wurde von der Erziehungskunst fast ganz vernachlässigt und dem blinden Ohngefähr übergeben.“

(Zitiert in Robert Reißmann „Geschichte des deutschen Lehrervereins“, S. 3)

Volksbildungsfeindliche Grundhaltung und engstirnige nationalistische Tendenzen kennzeichnen auch die Schule der Bismarckschen Ära. Die Zeit der nationalen Einigung ging darum vorüber, ohne eine einheitliche,

wirkliche Nationalschule begründet zu haben. In der wilhelminischen Zeit wird die Schule mit ihrer Aufpeitschung zu hemmungslosem Patriotismus, ihrem Kult des reaktionären Preußentums, ihren Geschichtslügen und Haßgesängen, den geistlosen Sedan- und Kaisergeburtstagsfeiern zu einem der wirksamsten Wegbereiter des Faschismus.

b) Die demokratische Schulreform — die Erfüllung einer uralten Sehnsucht der fortschrittlichen Erzieher und Eltern

Diese reaktionäre Schulpolitik mußte den Protest aller wahrhaften Pädagogen hervorrufen. Schon vor 200 Jahren schrieb Amos Comenius:

„Auch sind nicht ausschließlich die Kinder der Reichen, des Adels, der hohen Beamten zu ähnlichen Würden geboren, daß ihnen allein die lateinische Schule offenstehen soll, während die anderen ohne alle Hoffnung zurückgewiesen werden.“

Gleiche Forderungen erhoben Pestalozzi und Fichte und später Diesterweg, Dörpfeld u. a. Die erste allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Eisenach beschloß im Jahre 1843:

„Die einheitliche, vom Kindergarten bis zur Hochschule aufwärts gegliederte, auf gemeinsamer menschlich-volkstümlicher Grundlage beruhende deutsche Volksschule tritt als eine mit den übrigen Staatsanstalten gleichberechtigte und gleichverpflichtende in den Gesamtorganismus des Staates ein.“

Die entscheidenden Antriebe für eine Aufwärtsentwicklung empfängt die Volksschule durch den Aufstieg der Arbeiterschaft. 1908 schrieb Robert Rißmann:

„Der stürmische Drang nach Aufklärung in unserer Arbeiterbevölkerung, die hohe, fast übertreibende Schätzung des Wissens in diesen Kreisen, das rührende Bemühen, sich, oft unter den erschwerendsten Umständen, weiterzubilden: das sind Zeugnisse für das unverwüstliche Freiheitsstreben des Menschengestirns, das auch das Sklaventum eines einseitigen, lähmenden Tagewerks nicht aufzuheben vermag . . . dem Volke ist die Bildung Selbstzweck und darum auch die Volksschule mehr als ein Mittel.“

(Robert Rißmann „Geschichte des deutschen Lehrervereins“, S. 15)

In der Weimarer Republik wurden von hervorragenden Pädagogen, Eltern und Erzieher wertvolle Pläne zu einer Schulreform und beachtliche Versuche zu ihrer Durchführung unternommen. Sie waren jedoch

zum Scheitern verurteilt, weil man 1918 versäumt hatte, den reaktionären Gruppen ihre Machtpositionen zu zerschlagen. Die Junker behielten ihren Großgrundbesitz, die Bank- und Industriefürsten durften ihre Kartelle und Trusts aufrechterhalten. Damit waren sie in der Lage, auch die Schulpolitik entscheidend zu beeinflussen. Die Folge war, daß militaristisches Gedankengut auch im Unterricht und in den Lehrbüchern der Weimarer Republik einen beiten Raum einnahm. In einem Handbuch für den Geschichtsunterricht fanden wir auf einer halben Seite zusammengedrängt folgende Vorschläge und Erläuterungen von Gedichten und Erzählungen, die der Lehrer bei Behandlung des Themas „Deutschlands Einigung“ den Schülern bieten soll:

„Storm: Gräber in Schleswig. (Wenn die deutschen Bataillone nicht kommen, sollen die Toten von Idstedt als Retter auferstehen.)

Lillencron: Eine Sommerschlacht. (Erstürmung eines Kirchhofs, erschütternde Einzelschicksale, Rettungsattacke, Typen einzelner Soldaten.)

Freyllgrath: Hurra Germania!

K. Klein: Fröschweiler Chronik. (Eine volkstümliche lebhaft erzählte von den Schlachten bei Weissenburg und Wörth.)

Lillencron: Kriegsnovellen. (Herausragt der dritte Teil der Novelle: Adjutantenritte, Ueberschrift: In der Mittagsstunde. Eine Batterie, die über Verwundete hinwegfahren muß, rettet die Schlacht. Die Schilderung erweckt heißeste Bewunderung und erschütterndes Mitleid.)

Gustav Frenssen: Jörn Uhl. (In Betracht kommt der Kampf einer deutschen Artillerieabteilung bei Gravelotte, eine der packendsten Kriegsschilderungen.)

Emil Prinz zu Schöneich-Carolath: Die Kiesgrube. (Sprechende kriegerische Einzelbilder.)“

(Ulrich Peters „Geschichte“, Bd. 6, S. 238)

Beispiele dieser Art könnte man hundertfach anführen.

c) Notwendigkeit der Zuendeführung der abgebrochenen Reformen

Jeder echte Antifaschist muß sich darum verpflichtet fühlen, mit allen Kräften daran mitzuwirken, daß die demokratische Schulreform nicht wieder durch reaktionäre Volksfeinde hintertrieben wird. Auf keinem Fall darf die Auffassung Platz greifen, man könne diese bedeutungsschwere Reform den Schulbehörden und Berufspädagogen überlassen. Sie geht alle an und muß zu einer Sache des gesamten Volkes, zu einer

demokratischen Tat werden. Was in der Weimarer Republik mit so kühnen Hoffnungen, solchem Eifer und wissenschaftlichem Ernst angebahnt und erstrebt und dann doch nicht zu Ende geführt werden konnte, das soll im neuen demokratischen Deutschland vollendet werden: Der Aufbau eines allgemeinen freien demokratischen Schulwesens.

Er stellt die unerläßliche Ergänzung dar zu der bereits durchgeführten Bodenreform und der angebahnten Brechung der Macht von Trusts und Kartellen. Nur in dem Zusammenwirken dieser ökonomischen und ideologischen Reform ist die Gewähr gegeben, daß Nazismus, Militarismus und Reaktion völlig vernichtet werden und jede Möglichkeit einer künftigen Neubelebung ausgeschlossen bleibt.

d) Die Notwendigkeit der demokratischen Schulreform ist die gemeinsame Ueberzeugung der beiden Arbeiterparteien.

Im Bewußtsein der völligen Uebereinstimmung ihrer grundsätzlichen Auffassungen zu der Frage der Schulreform haben die beiden Bruderparteien den Entschluß zu gemeinsamer Arbeit gefaßt. Gemeinsame Kundgebungen, Kulturtagungen, Arbeitstagungen der Kulturfunktionäre in den leitenden Stellen und in den unteren Bezirken und gemeinsame Aufrufe legen darüber Zeugnis ab.

„Die Beseitigung aller dieser äußeren und inneren Schäden, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus mit ihren reaktionären Wurzeln, die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die demokratische Erneuerung Deutschlands ist undenkbar ohne eine allseitige Demokratisierung des gesamten Schulwesens.

Die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei halten es daher im Interesse unserer Jugend und unseres ganzen Volkes für ihre Pflicht, der Öffentlichkeit ihre gemeinsamen Grundsätze für die demokratische Erziehung der deutschen Schule darzulegen.“

(Aus dem gemeinsamen Aufruf der KPD und SPD zur demokratischen Schulreform, DVZ, 21. 10. 1945)

Der gemeinsamen Aktion der beiden Arbeiterparteien hat sich auch die Liberal-Demokratische Partei angeschlossen, deren 2. Vorsitzender, Herr Dr. Wilhelm Külz, auf der gemeinsamen Kundgebung der KPD und der SPD am 4. November für die demokratische Schulreform sprach.

3. Neuartigkeit, Schwierigkeit und Bedeutung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben unseres Volkes

a) Die wirtschaftliche Umstellung

Durch die unerhörten Ausmaße der durch den Hitlerfaschismus heraufbeschworbenen Katastrophe und ihre vielfachen Auswirkungen ergeben sich bedeutungsvolle Wandlungen in der Struktur der deutschen Wirt-

schaft. Die deutsche Schule darf diese nicht übersehen, da sie bei ihren Bildungsaufgaben und -plänen auch die neuen Bedürfnisse der Wirtschaft mitberücksichtigen muß. Vor allem die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die entstandenen Umschichtungen in der Bevölkerung zwingen die Schule zu einer weitgehenden und sorgfältigen Ueberprüfung ihrer Lehrziele, -pläne und -methoden, zu veränderten Ansprüchen an die künftige Lehrerschaft. Die ungeheure Not und die gewaltigen Schwierigkeiten können unmöglich auf den bisher im Schulwesen üblichen undemokratischen Wegen überwunden werden. Daraus ergibt sich ebenfalls die Notwendigkeit demokratischer Reformmaßnahmen auf dem Gebiete der Schule.

b) Demokratisierung der Gesellschaft

Der demokratische Geist, der die überwiegende Mehrheit unseres Volkes heute beseelt und der allein die Gewähr bietet, daß Chaos und Elend überwunden werden können, kann unmöglich dulden, daß die künftige Generation in Schulen herangebildet wird, die zu undemokratischer Gesinnungs- und Handlungsweise erziehen.

c) Die demokratische Schulreform entspricht den Berliner Beschlüssen

In diesen Beschlüssen wird dem deutschen Volke aufgegeben:

„Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehrsätze völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

II. Ziel und Aufgabe der Schulreform

1. Die Säuberung der Schule von allen Resten nazistischen und reaktionären Ungeistes

Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Schulreform ist die völlige Säuberung der Schulverwaltung, der Lehrkörper, der Lehr- und Stoffpläne, der Lehr- und Lernmittel, Büchereien und sonstige Ausstattungen von dem nazistischen Unrat. Unnachsichtliches Durchgreifen ist erforderlich. Wichtig ist die Umbenennung der Schulen, die Entfernung aller Bilder, Symbole, Embleme und Plaketten; nichts darf in den Schulen geduldet werden, was an die verlogenen Verherrlichungen der Vertreter früherer Ausbeuter, Unterdrücker, ihrer Lakeien und Handlanger und ihrer Wahnideen erinnert. Das Volk muß schon daraus erkennen, daß die neue Jugend auf keinen Fall wieder in den Bann solcher verderbenbringender Ideen und Gestaltung gerät.

2. Aufrichtung eines neuen Bildungsideals

In dem gemeinsamen Aufruf zur demokratischen Schulreform der KPD und SPD ist dieses Bildungsziel folgendermaßen dargestellt:

„Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern zum selbständigen, aufrechten, freihetlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln erzogen werden.“

(Gemeinsamer Aufruf der KPD und SPD zur demokratischen Schulreform, DVZ, 21. 10. 1945)

Anton Ackermann erklärte in seiner programmatischen Rede auf der gemeinsamen Kundgebung der KPD und SPD am 4. 11. 1945 in Berlin:

„Unser Erziehungsziel ist der wahre Humanismus, worunter wir die Erziehung zu einer lebendigen und kämpferischen Demokratie, zu schöpferischer friedlicher Leistung des einzelnen für das Volksganze, zur Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum aufrechten, freihetlichen, fortschrittlichen und selbständigen Denken und Handeln verstehen.“

Mit dieser Zielsetzung dokumentiert die demokratische Schulreform ihre Übereinstimmung mit den größten Pädagogen aller Völker und Zeiten: Comenius, Rousseau, Pestalozzi, Spencer, Humboldt, Dewey.

3. Neuer Bildungsinhalt

Um das aufgestellte Bildungsideal verwirklichen zu können, muß die Schule ihren Schülern die Werte vermitteln, die ihnen der Nazismus vorenthielt. An Stelle der vergiftenden wahrheitswidrigen Behandlungen der Kriege und Eroberungen sollen den Schülern das Verständnis für die wahren geschichtlichen Zusammenhänge und die Achtung vor den kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen anerzogen werden. Sie sollen die Gesetzmäßigkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung erkennen. Der Geschichtsunterricht hat darum von den ökonomischen und gesellschaftlichen Kräften auszugehen, welche die Grundlage bilden für die sozialen und politischen Einrichtungen und für die jeweilige Kulturform. Die Leistungen und Kämpfe des schaffenden Volkes sind in den Vordergrund zu rücken und dadurch in dem Schüler demokratische Gesinnung und Begeisterung zu wecken. Besonders wird der Geschichtsunterricht sowie der gesamte übrige Unterricht Wert darauf legen, daß die Kinder mit der Geschichte, den Kulturleistungen und dem Volkstum der anderen Völker vertraut gemacht werden.

Aus der Fülle der unvergänglichen Bildungsgüter, die uns Dichter und Denker, Forscher und Techniker des eigenen Volkes und der Menschheit geschenkt haben, wird die Schule den Schülern das darbieten, was von ihnen erarbeitet und erlebt werden kann, was sie zu eigenen schöpferischen Leistungen anspornt, sie begeistert und wappnet für die Mitarbeit an der Aufwärtsentwicklung der Menschheit, für den Kampf gegen die Feinde des Fortschritts und der Freiheit, für den Durchbruch der sieghaften Idee der Völkerversöhnung.

Dem unmittelbaren Erleben der Gegenwart aber wird die Schule die Antriebe entnehmen zur inneren und möglichst auch tätigen Anteilnahme an dem gewaltigen Aufbauwerk unseres Volkes. Damit wird sie den jungen Menschen eine Bildung vermitteln, die den Bedürfnissen und Erfordernissen des allgemeinen und beruflichen Lebens der kommenden Zeit Rechnung trägt.

Der Bildungsverfall wird überwunden und ein Bildungsstand erreicht werden, wie er in solcher Höhe bisher nicht zu verzeichnen war.

„In der neu zu schaffenden Schule aller Stufen soll das Kind, der Jüngling und der Student mehr lernen, als in der deutschen Schule in der Vergangenheit gelernt worden ist.

Wenn der junge Mensch aus der Schule ins Leben tritt, dann soll er sowohl für seinen Beruf als auch für seine Rechte und Pflichten als Bürger des demokratischen Staates besser vorbereitet sein.“

„Unser Ziel ist es, daß die Schule des neuen demokratischen Deutschlands die beste Schule ist, die es jemals in Deutschland gab. Wissen und Bildung sind unschätzbare schöpferische Kräfte. Höheres Wissen und umfassendere Bildung können nicht wenig dazu beitragen, auf dem Wege friedlicher Arbeit zu einer Hebung des Volkswohlstandes, zur allseitigen Entwicklung aller materiellen und kulturellen Güter zu gelangen. Das erstreben wir mit der demokratischen Schulreform.“

(Aus der Rede des Gen. Ackermann zur demokratischen Schulreform vom 4. 11. 1945)

III. Mittel und Wege in der Durchführung der demokratischen Schulreform

1. Einheitsschule

a) Freie Bahn dem Befähigten

Der demokratische Geist der neuen Schule verlangt die Beseitigung der früheren Schranken, die den Kindern weniger bemittelter Eltern den Zugang zur Höheren Schule und damit zum Erwerb von Berechtigun-

gen für den Besuch der Hochschule oder für gehobene Stellungen in der Wirtschaft und Beamtschaft versperrten. Durch die demokratische Schulreform sollen alle Kinder die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten erhalten.

Für den Uebergang in die Höhere Schule und die Zulassung zum Hochschulstudium wird künftig nicht mehr die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern und deren gesellschaftliche Stellung ausschlaggebend sein, sondern ausschließlich die Begabung und Leistung der Schüler. Die verschiedenen Arten der Begabungen sollen dabei eingehend berücksichtigt und gefördert werden. Bereits in dem für alle Kinder verbindlichen Kindergarten erfolgt die Auslese der infolge irgendwelcher Gebrechen verhinderten Kinder. Sie werden Sonderschulen zugeführt, die nicht mehr die unter dem Nazismus übliche stiefmütterliche Behandlung erfahren dürfen. Nach vierjährigem Besuch der Grundschule nimmt die Mittelschule die Schüler auf. Durch vielseitige Aufgliederung in bestimmte Klassen und Kurse bietet sie Möglichkeiten zur Pflege und Förderung jeder besonderen Begabung. Es entspricht den Forderungen der Demokratie, daß bei aller Verschiedenheit der Ausbildung in fachlicher Hinsicht unbedingte Gleichwertigkeit angestrebt wird. Das wird erreicht, indem auch denjenigen, die für einen praktischen Beruf in Frage kommen, die gleichen allgemeinbildenden Werte vermittelt werden. Auch für sie bietet sich ein Weg über ein reich gegliedertes Berufs- und Fachschulwesen, der ihnen das Studium an den Fach-Hochschulen und auch an der Universität ermöglicht.

b) Zu erstreben ist vor allem eine Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens

„Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und kämpferischer Demokratie muß in den Hochschulen Einzug halten. Das erfordert die Rückberufung aller von der Hitlerregierung vertriebenen Dozenten und Professoren, die Zulassung solcher neuen befähigten Kräfte zur Lehrertätigkeit, die durch wissenschaftliche Leistungen und als aufrechte Kämpfer gegen Hitler ihre Berufung bewiesen haben, Lehrer der studierenden Jugend zu sein. Auf dem Wege weitgehender Hilfe mittels Förderkursen und Sonderregelungen in den Hochschulen muß allen Befähigten, die durch den Hitlerfaschismus und durch reaktionäre Bildungsprivilegien bisher vom Studium ferngehalten wurden, auch unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen der Weg in die Hochschulen und Universitäten erschlossen werden.“

(Aus dem gemeinsamen Aufruf der KPD und SPD zur demokratischen Schulreform, DVZ, 21. 10. 1943)

c) Gleiche Ziele in Stadt- und Landschulen

Durch die Umsiedlung und die demokratische Bodenreform gewinnt die Erziehungsarbeit auf dem Lande eine erhöhte Bedeutung. Es muß durchgesetzt werden, daß für die Landschulen auf jeden Fall die gleichen Bildungsziele und Bildungsmöglichkeiten gegeben sind wie für die Stadtschulen. Errichtung von Ober-, Fach- und Berufsschulen in zentral gelegenen Landorten, besondere Betreuung in der Versorgung mit Lehrkräften, Lernmitteln und vorbildlich ausgestatteten Schulräumen.

d) Beseitigung der konfessionellen Zerklüftung der Schuljugend

Sie ist notwendig im Interesse der Demokratie und nationalen Einheit. In den beiden Arbeiterparteien herrscht volle Einmütigkeit darüber, daß in der neuen demokratischen Schule kein konfessioneller Religionsunterricht erteilt werden darf.

„Die deutsche Schule muß die demokratische Einheit der Nation fördern und festigen. Sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen zerrissen werden. Darum fordern wir bei voller Anerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit die klare Trennung von Kirche und Schule. Die religiöse Erziehung der Kinder ist nicht Sache der Schule, sondern Angelegenheit des Elternhauses und der Glaubensgemeinschaften.“

(Aus dem gemeinsamen Aufruf der KPD und SPD zur demokratischen Schulreform, DVZ, 21. 10. 1943)

Bedeutungsvoll ist, daß auch der Stellvertretende Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei, Dr. Wilhelm Külz, auf der gemeinsamen Kundgebung der KPD und SPD sich gegen die Konfessionalisierung des Schulunterrichts aussprach.

„Wir lehnen es ab, von der Religion oder von der Kirche her das politische und staatliche Leben zu orientieren. Beide Gemeinschaften, der Staat auf der einen und die Religion auf der anderen Seite, haben eigene Gesetzmäßigkeiten, die man nicht miteinander verwickeln soll . . . Daraus ergibt sich auch unsere Einstellung zur Frage des Religionsunterrichts . . . Wir wollen keinen Zwang ausüben, und ich möchte meinen, daß gerade der Religionsunterricht, den wir vorsehen, d. h. der Religionsunterricht, den die Kirche erteilen soll, als eigene Einrichtung der Kirche, am wertvollsten sein müßte.“

(Dr. Külz auf der gemeinsamen Kundgebung der KPD und SPD zur demokratischen Schulreform am 4. 11. 1943)

Wahre Demokratie gebietet gleiches Recht für alle. Das selbstverständliche Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit gilt darum genau so für die Anhänger einer religionsfreien Weltanschauungsgemeinschaft wie für

die einer Glaubensgemeinschaft. Da in Deutschland mehrere solcher Gemeinschaften nebeneinander bestehen, darf die Schule weder einseitig dem Einfluß einer dieser Gemeinschaften ausgesetzt werden noch gegen andere gerichtet sein. Vor allem muß sie davor bewahrt werden, daß der Streit um diese Fragen in der Schule ausgetragen wird. Die Sorge um das Wohl der Kinder, um ihre Hinwendung an die Ideen der nationalen Einheit und der wahren Demokratie verpflichten uns, die gleiche Lösung vorzunehmen, die von den Demokratien mit gemischten Konfessionen, England, USA, Holland gefunden wurde: die Trennung von Staat und Kirche und damit von Schule und Kirche. Das bedeutet keine Feindschaft gegenüber der Kirche.

„Als Verfechter des philosophischen Materialismus stehen wir auf streng wissenschaftlichem Standpunkt und damit auf einer diametral entgegengesetzten Plattform als die christliche Religionslehre. Aber wenn wir sogar öffentlich erklären, daß die Zugehörigkeit zu unserer Partei nicht die Beherrschung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus voraussetzt und ein katholischer Arbeiter, Bauer oder Lehrer Mitglied unserer Partei sein kann, falls er das Aktionsprogramm anerkennt und aktiv mitarbeitet, so liegt uns erst recht jede Verspottung eines Glaubens oder eines religiösen Kultes vollkommen fern. Der wirkliche Marxist und Leninist steht viel zu hoch, als daß er verspottet könnte, was anderen heilige Begriffe sind.“

(Aus der Rede des Gen. Ackermann auf der Kundgebung zur demokratischen Schulreform vom 4. 11. 45)

2. Reform des Bildungsverfahrens

Die Schulreform muß auch eine Demokratisierung des gesamten Schulbetriebes herbeiführen. Kasernenhofgeist, Drill und Prügelstrafe müssen fortschrittlichen demokratischen Methoden weichen. Die Kinder sind anzuregen, an der Gestaltung des Schullebens, an der Herstellung, Aufrechterhaltung und Veredelung einer innerlich begründeten Disziplin in selbstverantwortlicher und gemeinsamer Arbeit mitzuwirken. Sie werden erzogen zu gegenseitiger Hilfe und planmäßigem Zusammenwirken innerhalb und außerhalb des Unterrichts, zu selbständigem Denken und verantwortungsbewußtem Handeln, zur unablässigen und gewissenhaften Arbeit an der eigenen Emporbildung, zur Hingabe an die Ziele und Aufgaben der Klassen- und Schulgemeinschaft, zur Begeisterung für das große Aufbauwerk unseres Volkes und zur freudigen Bereitschaft, sich mit allen Kräften diesem Werk zu verschreiben.

Die neue Schule wird sich dazu der Methoden einer recht verstandenen **Arbeits- und Produktionsschule** bedienen. Sie erstrebt selbständige Erarbeitung von Kenntnissen und Fertigkeiten durch die Schüler, Vollentfaltung aller schöpferischen Kräfte und eines tiefen und reichen

Gemütslebens, harmonischen Ausgleich in der Beanspruchung von Hand, Herz und Hirn, innigste Verbindung zwischen Schule und Leben, Beteiligung der Schüler an produktiven Arbeiten für das Volksganze, soweit die jungen Kräfte dazu ausreichen.

„Aus dem Fabriksystem entsproß der Keim der Erziehung der Zukunft, welcher für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen.“

(Karl Marx)

Reform der Lehrerbildung

Größe und Bedeutung der mit der Schulreform gestellten Aufgaben erfordern eine Lehrerschaft, die höchsten Ansprüchen genügt sowohl in bezug auf die pädagogische und wissenschaftliche Durchbildung als auch auf die Klarheit und Sicherheit der antifaschistischen demokratischen Gesinnung und Haltung. Darum sind unerlässlich:

1. Ausschuß aller ehemaligen Nazis und aller reaktionären Elemente;
2. Bildungsmöglichkeiten für die im Amt verbleibende Lehrerschaft zum Erwerb des für die hohen politischen und pädagogischen Aufgaben erforderlichen Rüstzeuges;
3. Heranbildung des Lehrernachwuchses an Pädagogischen Instituten, die den Universitäten angegliedert werden;
4. Heranziehung von pädagogisch interessierten und begabten aktiven jungen Antifaschisten als Neulehrer. Ihre Ausbildung erfolgt in Verbindung mit der praktischen Unterrichtstätigkeit auf besonderen Kursen. Dadurch sollen auch sie allmählich auf den gleichen Bildungsstand wie die künftigen akademisch gebildeten Lehrer geführt werden. Vor allem aber wird von ihnen erwartet, daß sie als antifaschistische Aktivisten die demokratische Schulreform freudig und kraftvoll vorantreiben.

IV. Die Durchführung der demokratischen Schulreform — eine der dringlichsten Gegenwartsaufgaben der Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte unseres Volkes

Die überragende Bedeutung, die der demokratischen Schulreform für die Sicherung und Vollendung des begonnenen Aufbauwerkes und der demokratischen Erneuerung Deutschlands zukommt, verpflichtet alle entschiedenen Antifaschisten, zu ihrer Durchführung eine ehrene Einheit zu schmieden. In höchster Wachsamkeit und kämpferischer Entschlossenheit sind alle Versuche zu vereiteln, die eine Lösung dieses zukünft-

gestaltenden Reformwerkes hinauszögern und zu sabotieren trachten. Jede Regung der Reaktion, die Schule und damit die Jugend, die Zukunft unseres Volkes, ihrem verderblichen Einfluß zu unterwerfen, muß sofort im Keime erstickt werden.

Das Gebot der Stunde lautet darum:

1. **Engstes und loyales Zusammenwirken der Parteien des antifaschistischen Blockes für die demokratische Erneuerung der deutschen Schule;**
2. **Festigung der Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien als des sichersten Garanten für die Durchführung, Mobilisierung aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes zur Unterstützung der schulreformerischen Maßnahmen;**
3. **Begründung und Pflege fruchtbringender Beziehungen zwischen Schule, Elternhaus und den Frauen-, Jugend- und Kulturausschüssen der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen;**
4. **Erörterung der Grundprobleme in der breitesten Öffentlichkeit.**

Auf diesem Wege wird die demokratische Schulreform das gesteckte Ziel erreichen: Schaffung der Voraussetzungen für die Heranbildung einer Jugend, die, befreit von den Nachwirkungen nazistischer Unbildung, Deutschland zu einem Hort der Demokratie, Humanität und Freiheit ausbaut und damit ihm einen Platz in der Familie der freiheitlichen und friedliebenden Nationen erringt.

Vortragsdisposition

Nr. 18

Friedrich Engels

*Zu seinem 125. Geburtstage
am 28. November 1945*

INHALT

- I. Friedrich Engels Leben*
 - II. Engels als Mitbegründer des wissenschaftlichen
Sozialismus*
 - III. Engels als Kämpfer gegen das reaktionäre
Preußentum und für die Demokratie*
 - IV. Engels als Führer und Berater der deutschen
Arbeiterbewegung*
 - V. Das Erbe Engels*
-

Vortragsdisposition Nr. 18

Friedrich Engels

Zu seinem 125. Geburtstage

I. Friedrich Engels Leben

1. Engels Jugend

Friedrich Engels wurde am 28. November 1820 in Barmen, dem Zentrum der rheinischen Textilindustrie, als Sohn eines Textilfabrikanten geboren. Schon als Gymnasiast zeigte Engels seine hervorragende Begabung, bewältigte leicht das Schulprogramm und trieb darüber hinaus wissenschaftliche Studien. Engels wollte sich literarisch-wissenschaftlicher Tätigkeit widmen, wurde aber vom Vater genötigt, in Barmen, Bremen und später Manchester in Kontoren der Textilindustrie zu arbeiten. Engels Jugend fiel in die Zeit des „Vormärz“, d. h. in die Periode vor der Revolution von 1848, in der in Deutschland und vor allem in Preußen finstere Reaktion herrschte. Die Bourgeoisie stand vor der geschichtlichen Aufgabe, in einer bürgerlichen Revolution die feudale Reaktion hinwegzufegen, das zersplitterte Deutschland national zu vereinigen, alle Hemmnisse der kapitalistischen Entwicklung zu beseitigen. Aber die Bourgeoisie war zersplittert, schwach, unentschlossen, tatenarm. Die große Masse der Nation bestand aus rückständigen Kleingewerbetreibenden und niedergedrückten Bauern. Die Arbeiterklasse war noch schwach und ohne Klassenbewußtsein. Im Zustand der allgemeinen Unzufriedenheit und Gärung war die bürgerliche Jugend und die Intelligenz das aktivste Element. Die gesellschaftliche Umschichtung äußerte sich nicht in politischen Taten, sondern fand ihre Widerspiegelung im verworrenen Ringen um ideologische Klarheit, insbesondere in der Philosophie.

Engels betrieb in diesen Jahren philosophische, geschichtliche und ökonomische Studien, nahm am öffentlichen Leben lebhaften Anteil.

Schon im 19. Lebensjahr veröffentlichte Engels seine „Briefe aus dem Wuppertal“, in denen er das „schreckliche Elend der niedern Klassen“ beschrieb, ohne jedoch schon dies Elend als unvermeidliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise zu erkennen. Im 20. Lebensjahr zählte sich Engels zu den revolutionären Demokraten.

Der Aufenthalt im englischen Textilzentrum Manchester von 1842 bis 1844, das Studium der Klassenverhältnisse und Klassenkämpfe in England und der englischen politischen Oekonomie führt Engels zum Kommunismus. Das in England entstandene Buch „Die Lage der Arbeiterklasse in England“ nannte Lenin „eines der besten Werke der internationalen sozialistischen Literatur“.

2. Freundschaft mit Karl Marx

Seit 1842 stand Engels mit Marx in brieflicher Verbindung. Engels „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ (Anfang 1844) hatten auf Marx tiefen Eindruck gemacht. Mit der Begegnung des 26jährigen Marx mit dem 24jährigen Engels im September 1844 in Paris, bei der sie ihre Übereinstimmung in allen theoretischen Fragen feststellten, begann ein unvergleichliches Freundschafts-, Arbeits- und Kampfbündnis für das ganze Leben.

Marx und Engels stellten sich die Aufgabe, das sozialistische Bewusstsein im Proletariat zu entwickeln und eine politisch selbständige, revolutionäre Partei des Proletariats und eine internationale Organisation der Arbeiterklasse zu schaffen. Voraussetzung war die kritische Verarbeitung und Beantwortung aller Fragen, die von den fortschrittlichen Denkern der Menschheit bereits gestellt worden waren. Die Lehre des Marxismus „entstand als direkte und unmittelbare Fortsetzung der Lehre der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Oekonomie und des Sozialismus“ (Lenin).

3. Das Kommunistische Manifest

Seit Anfang 1846 betrieben Marx und Engels angesichts der heranreifenden revolutionären Krise in Deutschland und Frankreich energisch die Gründung einer deutschen kommunistischen Partei und die Vorbereitungen für eine internationale kommunistische Organisation. In dem von Emigranten gegründeten „Bund der Gerechten“ wurde die Anerkennung der von Marx und Engels ausgearbeiteten Grundsätze durchgekämpft, und im Juli 1847 auf einem Kongreß in London unter Engels Führung die Umgestaltung des Bundes in den „Bund der Kommunisten“ beschlossen.

Im Februar 1848 erschien das im Auftrage des Bundes von Marx und Engels verfaßte, weltgeschichtliche „Kommunistische Manifest“

„Mit genialer Klarheit und Anschaulichkeit ist in diesem Werk die neue Weltanschauung dargestellt: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als allseitigste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorischen revolutionären Rolle des Proletariats, des Schöpfers der neuen, der kommunistischen Gesellschaft.“ . . . „Die neue Theorie wurde durch den Verlauf der revolutionären Ereignisse von 1848—1849 glänzend bestätigt, wie sie auch später durch alle proletarischen und demokratischen Bewegungen in allen Ländern der Welt bestätigt wurde.“

(Lenin, Karl Marx, Berlin 1945, Verlag Neuer Weg, S. 5)

4. Die Revolution von 1848

In der Revolution des Jahres 1848 focht Engels an der Seite von Marx nicht nur mit seiner glänzenden Feder in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ für den Sturz des reaktionären Preußentums, für die revolutionäre Einigung der Nation, für eine unteilbare deutsche Republik, er nahm auch an führender Stelle an den Aufständen in Elberfeld und Baden teil.

Die Erfahrungen und Lehren der an der Furcht der Bourgeoisie vor Arbeitern und Bauern gescheiterten bürgerlich-demokratischen Revolution faßte Engels später zusammen in seiner unvergängliche Lehren enthaltenden Schrift „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“.

5. Nach der Revolution

Von 1850 bis 1869 arbeitete Engels wieder in Manchester im Textilkontor.

Marx war in London mit der Riesenarbeit am „Kapital“ beschäftigt. Engels stellte die Unterstützung des Freundes höher als seine eigenen literarischen und wissenschaftlichen Pläne, half Marx bei seinen literarischen, wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten und unterstützte ihn materiell.

Die Zusammenarbeit der Freunde wurde noch enger, als Engels sich vom „hündischen Commerc“ (Handel) befreit hatte und in London lebte. Nach dem Tode Marx' (1883) setzte Engels Marx' Werk fort und erwarb sich mit der Herausgabe der wichtigsten Teile des literarischen Vermächtnisses ein unsterbliches Verdienst. Die ungeheure Energie und Selbstverleugnung, mit der Engels diese Aufgabe erfüllte, beweist, welche Bedeutung er der theoretischen Front des Klassenkampfes beimaß.

Engels verstarb am 5. August 1895.

II. Engels als Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus

Engels ist der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus oder Marxismus.

„Der Marxismus ist das System der Anschauungen und der Lehre von Marx. Marx war der Fortführer und geniale Vollender der drei geistigen Hauptströmungen des 19. Jahrhunderts in den drei fortgeschrittensten Ländern der Menschheit: der klassischen deutschen Philosophie, der klassischen englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus in Verbindung mit den französischen revolutionären Lehren überhaupt.“

(Lenin, Karl Marx, Berlin 1945, Verlag Neuer Weg, S. 7)

An der Ausarbeitung aller dieser drei Bestandteile des Marxismus hat Friedrich Engels bedeutenden und selbständigen Anteil gehabt. Er gilt daher mit Recht als Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Die marxistische Philosophie

Friedrich Engels hat sich besonders mit der Ausarbeitung der weltanschaulichen Grundlage des Marxismus befaßt und in seinen Schriften „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ und „Natur und Dialektik“ die marxistische Philosophie begründet.

a) Der philosophische Materialismus

In seinem „Ludwig Feuerbach“ stellt Engels mit klarer Eindeutigkeit die Begriffe Idealismus und Materialismus dar und weist die Unversöhnlichkeit dieser beiden philosophischen Hauptrichtungen nach. Er schreibt:

„Die große Grundfrage aller, speziell neueren Philosophie, ist die nach dem Verhältnis von Denken und Sein . . . des Geistes zur Natur . . . Was ist das Ursprüngliche, der Geist oder die Natur? . . . Je nachdem diese Frage so oder so beantwortet wurde, spalteten sich die Philosophen in zwei große Lager. Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, also in letzter Instanz eine Welterschöpfung irgendeiner Art annahmen . . . bildeten das Lager des Idealismus. Die anderen, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus.“

(Lenin, Karl Marx, Berlin 1945, Verlag Neuer Weg, S. 9)

Der Marxismus steht eindeutig und unbeirrbar auf dem Standpunkt dieses philosophischen Materialismus.

b) Die materialistische Dialektik

Auch die zweite Seite der marxistischen Philosophie, die Dialektik, wurde von Engels in umfassender Weise entwickelt und dargestellt. Er schrieb:

„Marx und ich waren wohl ziemlich die einzigen, die . . . die bewußte Dialektik in die materialistische Auffassung der Natur und Geschichte hinübergerettet hatten“ (aus der Zerschlagung des Idealismus, einschließlich des Hegelianertums). „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches“ (geschrieben vor der Entdeckung des Radiums, der Elektronen, der Verwandlung der Elemente und dgl.), „sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch hergeht.“

(Lenin, Karl Marx, Berlin 1945, Verlag Neuer Weg, S. 10)

Somit hat Engels an der Ausarbeitung der Weltanschauung der modernen Arbeiterbewegung, der Theorie des dialektischen Materialismus, neben Marx selbständig mitgearbeitet und sich unsterbliches Verdienst damit erworben.

2. Die marxistische politische Ökonomie

Neben einer Reihe selbständiger ökonomischer Schriften, wie „Die Lage der Arbeiterklasse in England“ war Engels ständiger Berater Marx' bei der Ausarbeitung des „Kapital“ und gab nach Marx' Tode den II. und III. Band heraus. Ferner analysierte er in seinem „Antf-Dühring“ die jüngste ökonomische Entwicklung des Kapitalismus am Ende des 19. Jahrhunderts, die schließlich zum Imperialismus führte, der von Lenin in genialer Weise erforscht und dargestellt wurde. (Vergl. W. J. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Verlag Neuer Weg, Berlin 1945.)

Schon damals wandte sich Engels in scharfer Weise gegen die Versuche, diese neueste Entwicklung des Kapitalismus als ein Hineinwachsen in den Sozialismus zu deuten.

a) Die kapitalistischen Monopole

So behandelte Engels beispielsweise die Entstehung der Kartelle und Trusts und schrieb darüber:

„In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der heretübrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der

Kapitalisten. Hier aber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß."

(Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft)

Weiter kennzeichnet Engels die durch Trusts geleitete Produktion als „eine unverhüllte Ausbeutung der Gesamtheit durch eine kleine Bande von Kuponabschneidern“.

b) Die Verstaatlichung ist noch kein Sozialismus

Mit beißendem Spott überschüttete Engels jene, die in jeder Verstaatlichung eine sozialistische Maßnahme erblickten. Er schrieb:

„Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten, und hier und da sogar in einige Wohltätigkeit ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Hauptbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preußens verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zu Regierungsstimmvieh zu erziehen, und hauptsächlich um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommenquelle zu verschaffen — so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschnelder beim Militär sozialistische Einrichtungen, oder gar die unter Friedrich Wilhelm III. in den dreißiger Jahren allen Ernstes von einem Schlaumeler vorgeschlagene Verstaatlichung der — Bordelle.“

(Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft)

Und im Anschluß daran erklärte Friedrich Engels klipp und klar:

„Aber weder die Verwandlung in Aktengesellschaften und Trusts, noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf.“

(Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft)

c) Die marxistische Staatstheorie

Die Frage der Verstaatlichung leitet unmittelbar hinüber zur Frage der Rolle des Staates überhaupt und des proletarischen Staates als des Geburtshelfers der neuen sozialistischen Gesellschaft. Friedrich Engels hat an der Ausarbeitung der marxistischen Staatstheorie großen Anteil, besonders durch seine Schriften „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, den „Anti-Dühring“ u. a. Die marxistische Staatstheorie lehrt, daß der bürgerliche Staat, da er ein Instrument der Klassenherrschaft ist, nicht zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft benutzt werden kann, sondern zerschlagen werden muß.

„Und der moderne Staat“ — so schreibt Engels — „ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Uebergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten.“

(Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft)

Engels war es auch, der 1891 die Kritik Marx' am Gothaer Programm veröffentlichte, in der es heißt:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

(Marx: Kritik des Gothaer Programms)

d) Die Rolle der gewaltsamen Revolution

Aus dieser Staatstheorie schlußfolgerten Marx und Engels die Notwendigkeit, daß der bürgerliche Staatsapparat gewaltsam zerschlagen werden muß. In seiner „Einleitung zu den Klassenkämpfen in Frank-

reich“ untersuchte Engels die Bedingungen des Straßenkampfes bei der modernen Kriegstechnik und in den modernen Großstädten. Dabei kam er zu folgender Schlußfolgerung:

„Der Revolutionär mußte verrückt sein, der sich die neuen Arbeiterdistrikte im Norden und Osten von Berlin zu einem Barrikadenkampf selbst aussuchte.“

An diesen Satz fügte Engels die folgenden Ausführungen an, die jedoch bei der Veröffentlichung im „Vorwärts“ 1895 von der Redaktion gestrichen wurden:

„Heißt das, daß in Zukunft der Straßenkampf keine Rolle mehr spielen wird? Durchaus nicht. Es heißt nur, daß die Bedingungen seit 1848 weit ungünstiger für die Zivilkämpfer, weit günstiger für das Militär geworden sind. Ein künftiger Straßenkampf kann also nur siegreich sein, wenn diese Ungunst der Lage durch andere Momente aufgewogen wird. Er wird daher seltener im Anfang einer großen Revolution vorkommen als im weiteren Verlauf einer solchen und wird mit größeren Kräften unternommen werden müssen. Diese aber werden dann wohl, wie in der ganzen großen französischen Revolution, am 4. September und 31. Oktober 1870 in Paris, den offenen Angriff der passiven Barrikadentaktik vorziehen.“

(Gemeint ist der 4. September 1870, als die Regierung Louis Bonaparte gestürzt und die Republik ausgerufen wurde sowie der mißglückte Aufstandsversuch der Blanquisten gegen die Regierung der Nationalen Verteidigung am 31. Oktober desselben Jahres.)

Diese Sätze zeigen klar und deutlich, daß Engels die gewaltsame Revolution, die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine, für möglich und notwendig hielt.

Die Geschichte hat auch in dieser Frage den Marxisten völlig recht gegeben. Der bürgerliche Staat in der Weimarer Republik hat sich z. B. nicht, wie manche meinten, zum Sozialismus entwickelt, sondern er hat zum Faschismus geführt. Der Hitlerstaat, d. h. die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, wurde dann im Mai 1945 auf durchaus gewaltsame Weise zerschlagen — allerdings leider nicht von der deutschen Arbeiterklasse.

Friedrich Engels hatte somit tätigen selbständigen Anteil an der Schöpfung des wissenschaftlichen Sozialismus.

III. Friedrich Engels als Kämpfer gegen das reaktionäre Preußentum und für die Demokratie

1. Gegen das reaktionäre Preußentum

Als wahrer deutscher Demokrat und Freund seines Volkes war Engels ein unversöhnlicher Gegner jenes reaktionären Preußentums, das die Hauptschuld an der Misere des deutschen Volkes trug. So schrieb er in der Einleitung zur Broschüre Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806/1807“ folgendes:

„Auch jetzt noch wird es nötig sein, immer wieder an jene Zeit der Ueberhebung und der Niederlagen, der königlichen Unfähigkeit, der diplomatischen, in ihrer eigenen Doppelzüngigkeit gefangenen preußischen Dumm-schlaueit, der sich in feigstem Verrat bewährenden Großmüligkeit des Offizieradels, des allgemeinen Zusammenbruchs eines dem Volk entfremdeten, auf Lug und Trug begründeten Staatswesens zu erinnern.“

Bereits im Jahre 1895 charakterisierte Engels die maßlosen Weltmachtsansprüche Preußens mit folgenden Worten:

„Die ‚mitteleuropäische Großmacht‘ soll eine Art Wiedergeburt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sein und scheint unter anderem auch den Zweck zu haben, die welland österreichischen Niederlande sowie Holland sich als Vasallenstaaten einzuverleiben. Das Deutsche Vaterland wird ungefähr zweimal so weit reichen, als jetzt die deutsche Zunge klingt, und wenn das alles in Erfüllung gegangen ist, dann ist Deutschland der Schiedsrichter und Herr Europas . . .“ (Fr. Engels in „Po und Rhein“, 1859)

Dieselben wahnsinnigen Pläne haben auch jetzt wieder unser Volk in tiefstes nationales Unglück gestürzt. In welcher prophetischen Voraussicht Engels dank seiner wissenschaftlichen Erkenntnis die imperialistischen Weltkriege und ihre Folgen voraussah, zeigen folgende Zeilen aus dem Jahre 1887:

„Deutschland wird Verbündete haben, aber Deutschland wird seine Verbündeten und diese werden Deutschland bei erster Gelegenheit im Stich lassen. Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Welt-

krieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges, zusammengedrängt in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet, Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung, der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Pflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorauszusehen, wie das alles enden wird und wer als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen wird, nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse."

2. Kämpfer für die Einheit der deutschen Nation

Der reaktionären Politik Preußens, die der Reichseinheit hinderlich war, stellten Marx und Engels in der Revolution von 1848 die Losung der unteilbaren deutschen Republik entgegen. Dabei traten sie stets energisch gegen jeden Separatismus und Föderalismus auf, der längst historisch überholt und der Einheit, politischen Freiheit und wirtschaftlichen Selbständigkeit unseres Volkes abträglich ist. Im „Deutschen Bauernkrieg“ schrieb Engels:

„Die Lokalborniertheit endlich kann 1525 unter den Bauern nicht größer gewesen sein als sie unter den sämtlichen in der Bewegung beteiligten Klassen von 1848 war. Die hundert Lokalrevolutionen, die daran sich anknüpfenden hundert ebenso ungehindert durchgeführten Lokalreaktionen, die Aufrechterhaltung der Kleinstaaterel etc. etc. sind Beweise, die wahrlich laut genug sprechen. Wer nach den beiden deutschen Revolutionen von 1525 und 1848 und ihren Resultaten noch von Föderativrepublik faseln kann, verdient nirgend anders hin als ins Narrenhaus.“

3. Hüter der freiheitlichen und fortschrittlichen Traditionen unseres Volkes

Bei all ihrer Kritik an der deutschen Vergangenheit und besonders am reaktionären Preußentum waren Marx und Engels die besten Hüter der fortschrittlichen und freiheitlichen Traditionen des deutschen Volkes. Sie schufen das Gebäude der proletarischen Weltanschauung in Fortentwicklung der klassischen deutschen Philosophie, deren rationellen Kern sie damit für die Zukunft bewahrten.

Gerade Engels war es, der in seiner Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“ dem deutschen Volke eines der besten Kapitel seiner Geschichte verständlich machte. Er schrieb in diesem Werke:

„Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition. Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierten Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauern.“

Die besten demokratischen Traditionen unseres Volkes leben somit fort in der deutschen Arbeiterbewegung und im wissenschaftlichen Sozialismus.

IV. Engels als Führer und Berater der deutschen Arbeiterbewegung

Ebenso wie Marx war Friedrich Engels ein revolutionärer Theoretiker, für ihn war die Theorie unmittelbar mit der Praxis, d. h. dem Klassenkampf, verbunden. Er nahm daher ebenso wie Marx aktiv an der internationalen Arbeiterbewegung teil, war Mitbegründer der I. Internationale und Berater aller ihrer Sektionen.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten Marx und Engels der deutschen Arbeiterbewegung, in der sie einen unversöhnlichen Kampf gegen das Lassalleantum als Ausdruck des Einflusses des reaktionären Preußentums auf die Arbeiterbewegung sowie gegen den später aufkommenden Opportunismus führten.

1. Gegen das Lassalleantum

Ferdinand Lassalle war der Auffassung, er könne den Sozialismus mit Hilfe von Produktivgenossenschaften und Staatskrediten verwirklichen. Die Kredite hoffte er von dem reaktionären preußischen Staate Bismarcks zu bekommen und ließ sich daher in politische Geschäfte mit Bismarck ein. Dabei vertrat er in allen prinzipiellen Fragen einen verschwommenen Standpunkt, der mit dem Marxismus nichts zu tun hatte.

Marx und Engels waren daher gezwungen, den Kampf gegen die Lassalleaner aufzunehmen. In einem Brief an Kautsky vom 23. Februar 1891 fällt Friedrich Engels folgendes harte, aber durchaus gerechte Urteil über Lassalle:

„... Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdemokrat, mit stark bonapartistischen Neigungen (ich habe eben seine Briefe an Marx durchgesehen), schlug er plötzlich um aus rein persönlichen Ursachen und begann seine Agitation; und ehe zwei Jahre vorbei, verlangte er, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums gegen die Bourgeoisie ergreifen, und mogelte mit seinem Charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen mußte, wäre er nicht zu seinem eignen Glück rechtzeitig erschossen worden.“

Inzwischen hat sich durch die von dem früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens, Otto Braun, aufgefundenen Briefe Lassalles an Bismarck erwiesen, wie recht Marx und Engels in ihrer Einschätzung Lassalles hatten.

2. Gegen den Opportunismus

Im Jahre 1891 wurde auf dem Parteitag in Erfurt ein neues Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angenommen. Am 29. Juni 1891 richtete Engels einen Brief an Karl Kautsky, in dem er scharfe Kritik an dem Entwurf zu diesem Erfurter Programm übte. Und zwar kritisierte er diesen Entwurf deshalb, weil darin nicht die zentrale Forderung des unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse, des Sturzes der Monarchie und der Schaffung der demokratischen Republik enthalten war. Engels schrieb in diesem Briefe:

„... Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der

Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen . . . Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat . . .“

Engels bezeichnet dann, ebenso wie es später Lenin im Kampfe gegen den Zarismus tat, die demokratische Republik als die günstigste Staatsform zur Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes, des Kampfes um die proletarische Staatsmacht, d. h. um die Diktatur des Proletariats. Trotz der Kritik Engels enthielt das Erfurter Programm nicht die Forderung nach der demokratischen Republik und auch kein Wort über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats.

Infolge der Mißachtung der Ratschläge von Engels konnte es kommen, daß die deutsche Arbeiterklasse 1918 und in den folgenden Jahren historisch versagte und durch den Sieg des Faschismus so weit zurückgeschlagen wurde, daß sie heute nicht die Losung der Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung setzen kann. Zunächst gilt es, Nazismus und Imperialismus auszurotten und eine antifaschistisch-demokratische Republik zu erkämpfen.

Den Sozialismus kann das Proletariat nicht verwirklichen, ohne die volle Macht im Staate zu besitzen, d. h. ohne die Diktatur des Proletariats zu erringen, wie das in der Sowjetunion durch den Sieg der Oktoberrevolution im Jahre 1917 geschah.

Auch in allen anderen Fragen kämpfte Engels unermüdlich gegen den Opportunismus in allen seinen Erscheinungsformen.

Marx und Engels waren die Führer und Berater der deutschen Arbeiterbewegung und führten einen beharrlichen Kampf um die Reinheit ihrer Weltanschauung und um eine klare politische Linie der Arbeiterpartei.

V. Das Erbe Engels

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die Hüterin des Erbes von Marx und Engels. Der wissenschaftliche Sozialismus wurde in der Epoche des Imperialismus weiter entwickelt von Lenin und Stalin, der Leninismus ist der Marxismus in der Epoche des Imperialismus. Daraus ergeben sich für unsere Partei folgende Aufgaben:

1. die marxistische Theorie von allen Verfälschungen und Verfälschungen rein zu halten und weiter zu entwickeln;
2. die Theorie des Marxismus-Leninismus zum Gemeingut der ganzen Partei zu machen und sie in die breiten Massen zu tragen;
3. im Geiste des lebendigen Marxismus einen unversöhnlichen Kampf gegen das reaktionäre Preußentum zu führen und eine wahre antifaschistische Demokratie aufzubauen;
4. die breiten Massen des deutschen Volkes über den betrügerischen Charakter des Geredes über das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus aufzuklären und ihnen im Geiste des Marxismus-Leninismus und am Beispiel der Sowjetunion klar zu machen, daß der Sozialismus ohne proletarische Staatsmacht nicht verwirklicht werden kann;
5. die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien, die auf dem Boden des Marxismus stehen, zu stärken und für eine breite Propaganda für den lebendigen Marxismus einzusetzen, um auf diesem Wege zur Einheitspartei der Arbeiterschaft zu gelangen.

Wenn wir diese Aufgaben erfüllen, werden wir das Erbe Friedrich Engels in der deutschen Arbeiterklasse und im ganzen deutschen Volke lebendig erhalten und damit die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus schaffen.

Vortragsdisposition

Nr. 19

Die junge Generation und die antifaschistische Aufbaufront

INHALT

	Seite
<i>I. Die Folgen des Hitlerregimes und seines imperialistischen Raubkrieges für die deutsche Jugend</i>	<i>1</i>
<i>II. Warum haben die Hitlerfaschisten die deutsche Jugend für ihren verbrecherischen Raubkrieg gewinnen können?</i>	<i>7</i>
<i>III. Der Kampf der Antifaschistischen Jugend gegen den Hitlerfaschismus. Ihre Aufgaben zur Schaffung eines neuen demokratischen Deutschland</i>	<i>15</i>
<i>IV. Die Jugendausschüsse und ihre Bedeutung für die Neugestaltung Deutschlands. Verwaltung und Jugend.</i>	<i>21</i>
<i>V. Die Kommunistische Partei und die Jugend</i>	<i>23</i>

Vortragsdisposition Nr. 19

Die junge Generation und die antifaschistische Aufbaufront

„Wir wollen unser Volk reich und glücklich machen und in seiner nationalen Einheit alles, was gut und edel ist in unserem Volke, zur höchsten Entfaltung bringen. Wir wollen unsere Jugend in diesem Geiste erziehen und einreihen in die große vaterländische Front aller ehrlichen und anständigen Deutschen.“

(Wilhelm Pieck am 12. August 1945 auf der ersten Einheitskundgebung der antifaschistisch-demokratischen Parteien).

In grausamer Weise erfüllte sich die Tragik unserer jungen deutschen Generation. Durch die „politische Schulungsarbeit“ des Naziregimes und dann durch den Krieg um alle Freuden der Kindheit und der Jugend gebracht, muß sie nun erleben, daß all ihre Taten nicht nur vergeblich waren, sondern das Vaterland in die größte Katastrophe seiner Geschichte führten.

I. Die Folgen des Hitlerregimes und seines imperialistischen Raubkrieges für die deutsche Jugend

A. Millionen Tote.

Keine Schicht des deutschen Volkes hat größere Opfer für Hitlers Raubkrieg gebracht als die deutsche Jugend. Nach vorläufigen Angaben beträgt die Zahl der Toten der Hitlerarmee über 8 Millionen Menschen. Das heißt: Die wertvollsten Kräfte unseres Volkes, die Blüte der Jugend, sind vernichtet.

Eine Statistik klagt an:

Gesamtzahl der im Ortsteil Neukölln (Berlin) wohnenden Jugendlichen im Alter von 14—21 Jahren. (Stichtag 1. Juni 1945)

Alter	Jungen	Mädel
17 Jahre	442	776
18 Jahre	224	691
19 Jahre	130	724
20 Jahre	123	679
21 Jahre	90	370

Insgesamt leben im Ortsteil Neukölln rund 7200 Jugendliche, davon sind rund 4800 Mädel und 2400 Jungen, also genau die Hälfte.

(Aufgestellt vom Jugendausschuß der Abteilung für Volksbildung in Berlin-Neukölln, DVZ, 14. Juli 1945)

2. Raubbau an der Gesundheit.

Der jahrelange Raubbau mit der Arbeitskraft der werktätigen Jugend in der Kriegsrüstung, in der Armee, im Arbeitsdienst, im Luftkrieg sowie der Mangel an Lebensmitteln lange vor Kriegsbeginn („Kanonen statt Butter“) hat den größten Teil unserer Jugend in ihrer körperlichen Entwicklung gehemmt und geschädigt. Hunderttausende jugendliche Kriegsverletzte kommen noch hinzu.

3. Mangelhafte Berufsausbildung.

Die faschistische Kriegspolitik hat eine friedliche und systematische Berufsausbildung der deutschen Jugend verhindert. Die Kriegsindustriekerufe wurden gefördert, während andererseits die Universitäten und Schulen in ihrem Niveau ständig sanken und schließlich ganz geschlossen wurden.

4. Rückgang des Kultur- und Bildungsniveaus.

Die deutsche Jugend wurde seit 1933 systematisch zum Krieg erzogen. Die geistige Ausbildung wurde zugunsten der „körperlichen Ertüchtigung“ zurückgestellt (Vermehrung der Sportstunden, Geländedienst u. a.). Das Analphabetentum wurde sogar von Hitler begünstigt. Er sagte:

„Man muß den Mut zum Analphabetismus haben wie zum Heldentum. Bildung und Wissenschaft enthalten gewisse Gefahren für die Herrschicht, aber sie bilden auch in anderem Sinne große Gefahren für die Erhaltung einer Sklavenschicht. Das Ideal einer allgemeinen Bildung ist längst überholt. Nur wenn Wissen wieder den Charakter

einer Geheimwissenschaft erhält und nicht allgemein zugänglich sei, würde es wieder die Funktion einnehmen, die es normalerweise hat, nämlich Mittel der Beherrschung zu sein (S. 40) Ja, wir sind Barbaren, wir wollen es sein, es ist ein Ehrentitel für uns.“ (S. 75). (Rauschning: Gespräche mit Hitler)

5. Große Teile der deutschen Jugend haben das Vertrauen an die Zukunft verloren.

Diese Jugend steht nun nach dem Zusammenbruch entsetzt und enttäuscht vor einem Chaos, das sie selbst bereiten half. Was sie als groß und edel ansehen gelernt hatte, das erwies sich als gemein und verbrecherisch.

6. Die deutsche Jugend wurde mit der faschistischen Ideologie verseucht.

Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen wurde in den Dienst der geistigen Kriegsvorbereitung der deutschen Jugend gestellt. Die Jugend wurde mit den Phrasen „Soldatentum“ — „Führer und Gefolgschaft“ — „Preußentum“ — „Ordensritter“ gefüttert und in Heimabenden, Jugendfilmstunden, Jugendfunksendungen u. a. im Dünkel einer „Herrenrasse“ erzogen. Die Irrlehren, daß wir ein „Volk ohne Raum“ seien, daß der „Drang nach dem Osten“ eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes sei, wurden der deutschen Jugend eingetrichtert.

Die jüngeren Jahrgänge haben nur die faschistische Zeit kennen gelernt. Der Einblick in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge des Lebens der Völker überhaupt, der deutschen und der internationalen Entwicklung, war unserer Jugend durch die faschistische Erziehung versperrt.

7. Große Teile der deutschen Jugend sind durch Hitlers Raubkrieg der Gefahr sittlicher und moralischer Entwurzelung ausgesetzt worden.

Die Massenevakuierung der Kinder, der Tod vieler Eltern, der Sturz in die Katastrophe hat die Familienbande zerrissen und Millionen Jugendliche und Kinder ohne Aufsicht, ohne geregelte, materiell gesicherte Erziehung und Berufsausbildung zurück gelassen.

Das Gesamtergebnis.

Der deutsche Hitlerfaschismus hat der deutschen Jugend den Weg zum Studium und zu friedlicher Arbeit verschlossen, er nahm ihr Gesundheit, Liebe und Familie, er nahm ihr das reine Gewissen, er machte sie mitschuldig an seinen Verbrechen, er entzog ihr die Freundschaft und Achtung anderer Völker.

Der Hitlerfaschismus versprach der Jugend Ehre und Ruhm — und stieß sie in Schande und Schmach. Er versprach der Jugend die Welt — und brachte sie zu Millionen ins Massengrab. **Der Hitlerfaschismus erwies sich somit als der Verderber und Mörder der deutschen Jugend!** — Diese Erkenntnis erhebt aber gleichzeitig die Frage: wie war es möglich, daß Millionen Jugendliche bereitwillig den Hitlerfaschisten — wie dem „Rattenfänger von Hameln“ — in ihren eigenen Untergang folgten?

II. Warum haben die Hitlerfaschisten die deutsche Jugend für ihren verbrecherischen Raubkrieg gewinnen können?

1. Durch ihre nationale und soziale Demagogie

a) Arbeitsbeschaffung für die Aufrüstung.

Die Jahre der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit hatten in Deutschland besonders die Jugend getroffen. Hitler versprach damals der arbeitslosen Jugend Arbeit und Brot. Er brachte auch Arbeit, aber für den Krieg! (Arbeitsdienst, Landhilfe, Autobahnen, Kriegsindustrie und Armee.)

„Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Faschismus die Jugend nicht nur mit der militärischen Romantik einfängt. Manche werden in seinen militärischen Formationen gefüllt und gekleidet, anderen gibt er Arbeit. Er gründet sogar sogenannte Kulturanstalten für die Jugend und ist auf diese Weise bestrebt, ihr den Glauben einzuflößen, daß er wirklich gewillt und imstande ist, der Masse der werktätigen Jugend Brot und Kleidung zu geben, sie studieren zu lassen und ihr Arbeit zu verschaffen.“

(Dimitroff: „Die Einheitsfront und die Jugend“ in „Probleme der Einheits- und Volksfront“, S. 46)

b) Einfluß auf die Jugend durch billige Einzelmaßnahmen im Gesamtbereich der totalen Aufrüstung.

„Wir wollen nicht verkennen, daß das Naziregime wirklich einzelne Maßnahmen durchführt, die der Jugend den Glauben einflößen, daß der Faschismus gewillt und imstande sei, der werktätigen Jugend Brot, Kleidung und ein zukunftsreiches Leben zu geben. Zu solchen Maßnahmen müssen wir z. B. die Errichtung von Sommerlagern, Freizeitlegern, die Durchführung von Urlaubsreisen, die Gründung sogenannter Kulturanstalten für die Jugend zählen.“

(A. Ackermann auf der Brüsseler Partei-Konferenz der KPD 1935)

c) Das Versprechen kostenloser höherer Schulbildung.

Im Punkt 20 des Programms der NSDAP wurde „jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung“ versprochen.

Der Faschismus hatte tatsächlich Schulen zur „Erziehung“ der Jugend geschaffen. Schulen für die Kriegsvorbereitung: Kriegsakademien, Offiziersschulen, „nationalpolitische Erziehungsanstalten“, Ordensburgen u. a. Dort wurden die Kader für die barbarische Kriegführung, für die Vernichtung und Ausrottung von Millionen Menschen geschaffen. — In der Masse der Jugend aber entstand die Illusion des „Aufstiegs in führende Stellungen“.

d) Weltherrschaftsideologie, Erziehung zu Sklavenhaltern über die unterdrückten Völker Europas.

Hitler versprach der deutschen Jugend nicht mehr und nicht minder als die Herrschaft über die ganze Welt, wie es im HJ-Lied heißt:

Wir werden weitermarschieren,
Bis alles in Scherben fällt,
Denn heute gehört uns Deutschland,
Und morgen die ganze Welt.

Diesen Weltherrschaftsgelüsten wurde die ganze Erziehung der Jugend in Hitlerdeutschland untergeordnet.

Man erzog in der deutschen Jugend systematisch den Haß gegen andere Nationen, man schürte in ihr die nationale Ueberheblichkeit, man suggerierte der deutschen Jugend, die Deutschen allein seien eine vollwertige Rasse und hätten das Recht, alle anderen Völker zu beherrschen, während andere Völker nur eine untergeordnete Rolle zu spielen hätten, und die sogenannten „minderwertigen Rassen“, vor allem die slawischen Völker, auszurotten seien.

Die Faschisten mißbrauchten den natürlichen Hang der Jugend zur Romantik und zu fernen Fahrten, den Drang nach Heldentaten und Gefahren, man kultivierte in der Jugend den Gedanken, daß der Tod auf dem Schlachtfeld das Höchste sei, man fanatisierte die Jugend mit chauvinistischen ‚Idealen‘. Auf diese Weise machte man die irregeleitete Jugend für Hitlers Raubkrieg reif.

e) Durch das reaktionäre Erbe der deutschen Geschichte.

Die Faschisten präsentierten der deutschen Jugend das gesamte reaktionäre Erbe der deutschen Geschichte. Sie knüpften an den reaktionären Geist, der in den deutschen Schulen auch unter Weimar nicht verwunden war, an und vermittelten ein Geschichtsbild, das nur dazu diente, den Krieg und den Tod auf dem Schlachtfeld zu idealisieren.

... daß in den deutschen Schulen bereits lange vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur nicht ein freiheitlich-fortschrittlicher, sondern ein reaktionär-militaristischer Geist vorherrschte. Es ist überaus bezeichnend für die Entwicklung des deutschen Schulwesens von seinen Anfängen an, daß zum Beispiel in Preußen im Jahre 1717 vom König das Prinzip der allgemeinen Schulpflicht im Zusammenhang mit der Heeresreform und zu dem ausgesprochenen Zweck der Schaffung einer schlagkräftigen Armee eingeführt worden ist. Bei der Geburt der deutschen Schule hat also der Militarismus Pate gestanden, und dieser Geist hat über die Jahrhunderte hinweg den Geist der deutschen Schule bestimmt. Nicht zufällig sagte man von Preußen, daß es seine Kriege durch die Schullehrer gewonnen hat...

Besonders im Geschichtsunterricht war der Ton völlig auf die Vergötterung der Fürsten und sogenannten „Kriegshelden“, die Anbetung des Militarismus und des Krieges eingestellt. Vom Geist des Kampfes um Freiheit und Fortschritt aber, der durch die Zeiten weht, spürte das Kind in der alten deutschen Schule keinen Hauch. Trotz großer und anerkannter Fortschritte blieb auch die Schule der Weimarer Republik im Grundlegenden auf dem alten Gleis. Die reaktionären militaristischen Einflüsse wurden nach 1918 nicht liquidiert und trieben besonders an den höheren Lehranstalten und an den Hochschulen neue Blüten.“

(A. Ackermann, DVZ vom 6. 10. 1945)

Durch die Duldung des faschistischen Kriegsverbrechens an der deutschen Jugend durch die Erzieher und Eltern.

Es wird ein Schandfleck für die jetzige ältere deutsche Generation sein, daß sie einer Verbrecherbande ihre Jugend als Kanonenfutter in einen imperialistischen Raubkrieg überließ.

Die Erziehung der deutschen Jugend zum Krieg begann mit den Bleisoldaten, sie ging weiter mit der Glorifizierung der preußisch-deutschen Geschichte (Soldatenkönig, Friedrich II. u. a.) in der Schule, über die Lehrtüchtigung“ im HJ-Lager und endete folgerichtig im Massengrab.

Die bürgerlichen Jugendvereine — allen voran die Turnvereine, Pfadfinder und Jugendwehr, — die im „Jungdeutschlandbund“ zusammengeschlossen und mit aktiven Offizieren als Instruktoren versehen waren, taten ein übriges dazu bei, die Jugend planmäßig auf eine blutige Zukunft vorzubereiten.

Die Idealisierung des Massengrabes fand sich auch noch eine verheerende literarische Schriftstellerclique.

„Wir haben ein Grab gegraben
Für lauter junge Knaben.
Sie liegen in langen Reihen
Und auch zu zweien und dreien,
Wie sie gefallen sind.“

(Aus: „Auf den Tod der jungen Helden“
von dem Nazidichter Will Vesper)

Daheim fand der Junge auf dem Weihnachtstisch Bleisoldaten, Trommel, Säbel und die blutrünstigen Geschichtenbücher von Heldentat und Heldentod.

Den Höhepunkt erreichte diese „Jugenderziehung“ unter Hitler. Die Mehrheit der Eltern und Erzieher ließ es zu, daß die Jugend dem Elternhaus entzogen und unter den Einfluß der NSDAP und der HJ gestellt, zum Morden erzogen wurde und durch die Straßen zog mit „Erst wenn das Judenblut vom Messer spritzt...“

Nur wenige Eltern haben ihre Jungen und Mädchen von diesem verbrecherischen Einfluß ferngehalten und im antifaschistischen Bewußtsein erzogen.

Durch die Spaltung der antifaschistischen Jugend.

Sie erleichterte dem Faschismus das Eindringen in die Reihen der Jugend. Vor allem wurde die faschistische Gefahr von den bürgerlich-humanistischen Naturfreundgruppen wie auch von den sozialdemokratischen Arbeiterjugendverbänden durch ihre politische Passivität nicht erkannt und die rechtzeitige antifaschistische Jugendeinheit verhindert.

„Der Faschismus siegte auch deshalb, weil es ihm gelang, in die Reihen der Jugend einzudringen, während die Sozialdemokratie die Jugend vom Klassenkampf ablenkte, das revolutionäre Proletariat aber unter der Jugend nicht die notwendige Erziehungsarbeit entfaltete und dem Kampf für ihre besonderen Interessen und Forderungen nicht die genügende Aufmerksamkeit zuwandte.“

(Dimitroff: „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, S. 21/22)

Die Mängel und Schwächen des Kommunistischen Jugendverbandes im Kampf gegen den Faschismus und imperialistischen Krieg.

Trotz des heroischen Kampfes unseres Kommunistischen Jugendverbandes, trotz tausendfacher Opfer ist es nicht gelungen, einen Massenimpuls auf die werktätige Jugend zu bekommen. Genosse Dimitroff sagte darüber im Jahre 1935:

„Unsere kommunistischen Jugendgenossen haben im Kampfe gegen die faschistischen Gewalttaten und die bürgerliche Reaktion unvergeßliche Beispiele von Heroismus geliefert. Es mangelt ihnen aber

noch an der Fähigkeit, konkret und beharrlich darum zu kämpfen, die Massen der Jugend dem feindlichen Einfluß zu entreißen."

(Dimitroff: Die Einheitsfront und die Jugend in „Probleme der Einheits- und Volksfront“, S. 46)

Genosse Ackermann sagte dazu auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935:

„Haben wir denn in der Vergangenheit die Stimmungen, Bestrebungen und Wünsche der Jugendlichen studiert und in Rechnung gezogen? Was bewegt sie denn vor allem? Der Lohn, die Arbeitszeit, ihre Rechte, ihr Fortkommen im Leben. Ihre Aussichten im Beruf. Sie will lernen. Sie will sich kulturell betätigen, Sport treiben, wandern und sich unterhalten. Sie will vor allem leben. Wir haben leider all dies oft unbeachtet gelassen.

Unser Jugendverband betrachtete sich als ausschließlich politische Organisation. Die wirtschaftlichen Teilforderungen, die kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Jugend haben wir meist ignoriert.“

(A. Ackermann: Der Kampf der KPD und die junge Generation)

Alle diese Faktoren zusammen ermöglichten dem Hitlerfaschismus die Eroberung der Jugend für seine verbrecherischen Kriegsziele. Trotzdem über die deutsche Jugend in ihrer Mehrheit dem faschistischen Einfluß unterlag und sich sinnlos für die Hitlerimperialisten opferte, fanden sich kühnmutige junge Antifaschisten, die den Kampf gegen das Kriegssystem aufnahmen.

III. Der Kampf der antifaschistischen Jugend gegen den Hitlerfaschismus. Ihre Aufgaben zur Schaffung eines neuen, demokratischen Deutschland

Der Machtantritt der Hitlerfaschisten im Jahre 1933 brachte die Zerschlagung aller bestehenden Jugendorganisationen.

Der bestialische faschistische Terror traf nicht nur die aktive antifaschistische Jugend, sondern auch die Mitglieder der bürgerlichen und konfessionellen Jugendverbände. Die Faschisten begnügten sich nicht nur mit der Beschlagnahme der Vermögen, Heime und Ausrüstungen, sondern warfen ebenso wie die antifaschistischen Kämpfer der älteren Generation, zehntausende antifaschistische Jugendliche aller Volksschichten in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager. Damit wurden auch die bürgerlichen und konfessionellen Jugendvereinigungen in eine aktivere Kampfstellung zum Faschismus gedrängt. Neue Wege in der Einheit der antifaschistischen Jugend bahnten sich an.

„Zu Tausenden wanderten die Besten unserer Jugend in die Zuchthäuser und Konzentrationslager, weil sie, wie im Rheinland, die Kampfgemeinschaft mit der katholischen Jugend herstellten, weil sie, wie in Südwestdeutschland, die Einheit der jungen Friedenskämpfer herstellten, weil sie, wie in Berlin, antimilitaristische Flugblätter unter die Soldaten verteilten. Ihre Fahne und ihr Vermächtnis sind uns heilig. Der Geist, der die Seelen dieser katholischen, demokratischen, sozialdemokratischen und jungkommunistischen Kämpfer beherrschte, das war und ist wirklich nationaler, demokratischer Geist.“

(Erich Honnecker in der „Volkszeitung“ Halle vom 1. 8. 1945)

2. Die Aufgaben dieser aktiven antifaschistischen Jugend heute nach der Zerschlagung des Faschismus.

- a) Die Aufrechterhaltung der in Zuchthäusern und Konzentrationslagern geschiedeten Einheit als Garant für die Schaffung einer einigen antifaschistischen Jugendbewegung.
- b) Der aktive Einsatz in den antifaschistischen Parteien, den Gewerkschaften und der Verwaltung zur Gewährleistung des schnellsten Aufbaues Deutschlands.
- c) Der aktive, beispielhafte Einsatz in den kommunalen Jugendausschüssen zur Sammlung aller ehrlichen deutschen Jugendlichen für den antifaschistischen Wiederaufbau.

IV. Die Jugendausschüsse und ihre Bedeutung für die Neugestaltung Deutschlands.

Die nationale Katastrophe, in die Deutschland durch den Hitlerfaschismus gekommen ist, kann nicht von einer Partei, einer Schicht oder Klasse überwunden werden, sondern nur durch die Einheit aller antifaschistischen Volkskräfte. Noch viel weniger wäre an einen Wiederaufbau und die antifaschistische Gestaltung Deutschlands zu denken, ohne die antifaschistische Einheit und den vollen Einsatz der deutschen Jugend.

1. Der Erlaß Marschall Shukows über die Bildung von antifaschistischen Jugendausschüssen und seine historische Bedeutung.

- a) Dieser Erlaß zeigt das Interesse der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland an der Stärkung der antifaschistischen Kräfte unter der deutschen Jugend. Er ist ein Ausdruck des großen Vertrauens zur deutschen Jugend, daß sie die Kraft aufbringt, den Nazismus endgültig zu überwinden.

- b) Er trägt mit dazu bei, die reaktionären Tendenzen einer Spaltung in unzählige Jugendorganisationen einzudämmen. Er liegt somit im nationalen Interesse der deutschen Jugend.
- c) Er gewährleistet, daß nur bewährte antifaschistische Jugendliche sowie mit der Jugendarbeit vertraute ältere Antifaschisten in die Leitung der Jugendausschüsse kommen.
- d) Er gewährleistet mit der Eingliederung der Jugendausschüsse in die Stadtverwaltungen die materielle Unterstützung der Jugendarbeit, die besonders jetzt, nach der Zerstörung der Jugendheime, Sportplätze, Ausrüstungen u. a. durch die Hitlerfaschisten notwendig ist.

2. Aufgaben der Jugendausschüsse.

a) Die Sammlung aller antifaschistischen Jugendlichen

zur aktiven Mitarbeit und besonders zur Organisation und Aktivierung der deutschen Jugend für den antifaschistischen Aufbau Deutschlands.

b) Die Interessenvertretung der Jugend.

Während die Jugendämter dem Amt für Sozialwesen unterstehen und sich mit der praktisch-sozialen Betreuung, vor allem der verwahten Jugend, befassen, unterstehen die Jugendausschüsse den Abteilungen für Volksbildung und sollen die Interessenvertreter der Jugend sein.

Wie können die Jugendausschüsse diese Aufgaben erfüllen?

Die Jugendausschüsse müssen in enger Verbindung mit allen Verwaltungsorganen der Jugend immer neue Möglichkeiten zum Lernen und zur Arbeit erschließen.

Die Jugendausschüsse müssen dafür sorgen, daß die Jugend ihre Arbeitskraft auf dem richtigen Platz einsetzt. — Der Sinn und Zweck der Arbeit muß der Jugend erklärt werden.

Der Jugend muß verständlich gemacht werden, daß ihr mit den Jugendausschüssen ein Mitbestimmungsrecht am öffentlichen Leben, an ihrer Zukunft eingeräumt wurde, wie sie es in Deutschland noch nie hatte.

Die Jugendausschüsse müssen für die Jugend der Platz sein, in dem sie jeden Schutz und alle Rechte für sich vertreten weiß.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

Diese Forderung der Jugend zu vertreten, wird eine besondere Pflicht der Jugendausschüsse sein.

Aber es darf nicht vergessen werden, die Jugend will nicht nur arbeiten und lernen, sie will auch tanzen und spielen, sie will Unterhaltung. Die Jugendausschüsse müssen es sein, die ihr hierzu die Möglichkeit bieten.

c) Die Erziehung der deutschen Jugend.

Die Jugendausschüsse tragen eine große Verantwortung zur Erziehung der deutschen Jugend. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, in der deutschen Jugend das von den Hitlerfaschisten getötete Gefühl der Unterscheidung von Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge, Sittlichkeit und Verbrechen neu zu erwecken, die Naziideologie aus ihren Köpfen auszumerzen und **die Jugendlichen zu ehrlichdenkenden Menschen zu erziehen, die mit jugendlicher Begeisterung an die großen Aufgaben der antifaschistischen und demokratischen Erneuerung Deutschlands mitarbeiten.**

Im besonderen gilt es, die Jugend aufzuklären:

1. über den Raubkrieg der Hitlerfaschisten und ihre imperialistischen Hintermänner, die Junker und Trustmagnaten;
2. über die Folgen des verderblichen Rassenhasses, der Lebensraumtheorie, des Führerprinzips; über den Kadavergehorsam und die nationale Ueberheblichkeit;
3. über die Geschichtsfälschungen der Hitlerfaschisten und der vorhitle-rischen preußisch-deutschen Reaktion.

Im besonderen gilt es, die Jugend zu erziehen:

1. im Geiste der Freundschaft zu allen Völkern, vor allem zum Sowjet-volk,
2. im Geiste eines fortschrittlichen demokratischen Denkens und Handelns,
3. im Geiste der aktiven antifaschistischen Helden, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ihr Leben gelassen haben.

Im besonderen gilt es, die Jugend vertraut zu machen:

1. mit dem Leben der anderen Völker, besonders ihrer Jugend,
2. mit dem fortschrittlichen Geschichts- und Geisteserbe des deutschen Volkes sowie der Völker der Welt.

Im besonderen gilt es, bei der Jugend das Verständnis zu wecken:

1. für den nationalen Wiederaufbau und die Wege zur Ueberwindung der Schwierigkeiten,
2. für die Wiedergutmachung als eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes,
3. für die großen sozialen Aufgaben unserer Zeit.

Diese gewaltige Aufgabe, die Mobilisierung der Jugend auf allen Gebieten des Lebens für ein neues Deutschland, kann aber nicht nur Aufgabe der Jugend allein sein. Hier müssen alle antifaschistischen Organisationen und vor allem die Verwaltung mithelfen.

1. Selbstverwaltungsorgane und Jugend.

Die früheren Gemeinde- und Staatsverwaltungen waren in ihrer Mehrheit in Deutschland immer reaktionär-bürokratisch und mit einem verfeinerten, militarisierten (12 Jahre Armee, dann Beamter), jugendfeindlichen Beamtentum besetzt. Dieses sogenannte preußische Berufsbeamtentum war immer der besonders berechnete Angriffsgegenstand der fortschrittlichen Jugend.

Hier hat sich nun ein gewaltiger Umbruch vollzogen. Erstmals in der Geschichte Deutschlands ist nun die Jugend in den Selbstverwaltungsorganen durch eigene Jugendausschüsse vertreten. Aber auch die Selbstverwaltungsorgane tragen heute ein jugendlicheres Gesicht.

Aufgaben der Selbstverwaltungsorgane gegenüber der Jugend.

1. Die bestmögliche materielle Unterstützung der Jugendausschüsse für ihre erzieherischen und kulturellen Aufgaben. Diese Unterstützung wird die Jugendausschüsse befähigen, die Jugend für den Wiederaufbau in verstärktem Maße zu mobilisieren.
2. Die Unterstützung bei der Schaffung von Heimen, Wärmestuben, Nähstuben, Sportplätzen u. a., um die arbeitslose Jugend von der Straße zu bekommen.
3. Der schnellste berufsmäßige Arbeitseinsatz für die Jugend, sowie schnellste Aufnahme der Berufsausbildung (Berufsschulen, Handwerkerschulen u. a.).
4. Die Unterstützung der Jugendausschüsse bei der Durchsetzung der Rechte der Jugend auf „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“.
5. Die Einbeziehung antifaschistischer Jugendlicher in die Verwaltungsarbeit aller Fachgebiete zur Sicherung des Nachwuchses an Verwaltungsangestellten.
6. Die konsequente Durchführung einer demokratischen Schulreform, um ein für allemal den Geist der Reaktion und Militarismus aus den Schulen zu verbannen.

Die Zusammenarbeit der demokratischen Selbstverwaltungsorgane und der Jugendausschüsse wird die Mobilisierung der Jugend für den aktiven Wiederaufbau ermöglichen und somit die Aufbauarbeit der Verwaltung erleichtern.

2. Die Kommunistische Partei und die Jugend

Mit dem Zusammenbruch des Naziregimes hat besonders unsere Partei nach neuen Wegen zur Einreihung der Jugend in die Aufbaufront gesucht. Es war von vornherein klar, daß nur eine einige antifaschistische Jugendbewegung die Neugestaltung Deutschlands positiv beeinflussen kann.

3. Warum keinen Kommunistischen Jugendverband?

Für die Schaffung eines KJV bestehen gegenwärtig keine Voraussetzungen. Dasselbe Recht zur Bildung eigener Jugendorganisationen könnten alle anderen antifaschistischen Parteien ebenfalls beanspruchen. Die Folge wäre eine Schwächung der antifaschistischen Einheit der deutschen Jugend und eine Stärkung der reaktionären einheitsfeindlichen Elemente. Die wirkliche antifaschistische Erziehung der gesamten Jugend und der Aufbau eines neuen Deutschlands wären in Frage gestellt. Die deutsche Jugend, vor allem die Arbeiterjugend, wäre gespalten und wäre wieder bei dem Zustand vom Jahre 1932/33 angelangt.

„Besonders wichtig ist auch die Schaffung von Jugendausschüssen. Wohl hat die deutsche Jugend nichts anderes gehört als den Ungeist der Nazi-Propaganda. Aber auch in der deutschen Jugend gibt es Kräfte, die am antifaschistischen Kampf teilgenommen haben. Und selbst manche Mitglieder der Hitlerjugend haben in der letzten Zeit der Hitlerherrschaft ihrer Opposition gegen Naziführer Ausdruck gegeben.“

Wir haben das Vertrauen zur deutschen Jugend, daß sie mit Hilfe der erfahrenen Antifaschisten aus der Katastrophe, in die Hitler Deutschland getrieben hat, lernen wird. Deshalb begrüßen wir die Beschlüsse verschiedener Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die bei den Besatzungsbehörden um die Genehmigung von Jugendausschüssen nachgesucht haben.

Möge es den Jugendausschüssen gelingen, die deutsche Jugend zu ehrlichen Menschen zu erziehen, die mitarbeiten an der Säuberung vom nazistischen Unrat und am Aufbau einer sauberen antifaschistischen Ordnung. Wir denken, daß den Jugendausschüssen in der Hauptsache Jugendliche angehören sollen, denn die Masse der Jugend wird nur antifaschistisch-demokratisch denken lernen, wenn antifaschistische Jugendliche selbst die Führung in den Händen haben und lernen, mit eigener Kraft die Aufgaben zu lösen.

Pflicht der Erwachsenen ist es, der Jugend überall und immer zu helfen und einen erfahrenen Antifaschisten in jeden Jugendausschuß zu entsenden, der den Jugendlichen mit seinen Erfahrungen beisteht. Wir verzichten auf die Schaffung eines kommunistischen Jugendverbandes, denn wir wollen, daß eine einheitliche freie Jugendbewegung entsteht.“

(Walter Ulbricht in der 1. Berliner Funktionär-Konferenz der KPD am 25. 6. 1945)

Größtmögliche Unterstützung der Jugendausschüsse durch unsere Partei.

Die besten Jugendlichen und die besten mit der Jugend verwachsenen Kommunisten sollen in den Jugendausschüssen arbeiten. Eine ihrer

Hauptaufgaben muß es sein, die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern geschmiedete Einheit der christlichen, sozialistischen und kommunistischen jungen Kämpfer aufrechtzuerhalten.

3. Wie sollen die Kommunisten in den Jugendausschüssen arbeiten?

„Die Kommunisten müssen innerhalb der Jugendorganisationen so zu arbeiten verstehen, daß sie die Beschlüsse der Organisation durch Ueberzeugung der Mitglieder beeinflussen, nicht aber durch Kommandieren im Namen der Partei.“

(Dimitroff: „Vereinigt alle Kräfte der antifaschistischen Jugend“ in: Probleme der Einheits- und Volksfront, S. 109)

4. Die besondere Aufgabe der Kommunisten bei der Arbeit unter der Jugend ist:

a) Aufzuzeigen, für was die deutsche Jugend gekämpft hat und wie sie betrogen wurde. Der Jugend die Ursachen des Hitlerfaschismus verständlich zu machen und den Weg in die Zukunft zu zeigen.

b) Den Gedanken einer kämpferischen Demokratie, die keine Wiederholung der Schwächen von Weimar bedeutet, in die Jugend zu tragen und sie zur Selbstbestimmung ihres Lebens zu erziehen.

Die Jugend vertraut zu machen mit dem fortschrittlichen Geistesgut Deutschlands und der Welt, vor allem mit den fortschrittlichen Traditionen der Arbeiter und der Arbeiterjugendbewegung.

c) Die Jugend zu erziehen im Geiste der heldenhaften Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg und den Hitlerfaschismus.

„Wir müssen das Freundschaftsbündnis mit den Jugendlichen popularisieren. Ueberall im Leben stehen Jugend und erwachsene Generation beieinander. Ueberall muß sich dieses Freundschaftsbündnis herausbilden . . .

Im Betrieb muß der erwachsene Arbeiter dem Jugendlichen allenthalben helfen. Er muß ihm von seinen Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Tätigkeit, aus den Kämpfen um Lohn und Brot, um das Vereinigungsrecht erzählen. Er muß ihm die Erkenntnis vermitteln: ‚Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt alles!‘ Er muß helfen, seinen Beruf gut zu erlernen. Er muß anknüpfen an das, was die Jugend fühlt und denkt.“

(A. Ackermann auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935)

Die Jugend soll in ihren Entschlüssen und in ihrer politischen Willensbildung selbständig werden. Diese Erziehung zum kritischen Denken ist der deutschen Jugend und vor allem der werktätigen Jugend die Möglichkeit geben, selbständig den richtigen Weg in die Zukunft zu finden.

„Es kommt nicht selten vor, daß die Vertreter der Generation der Erwachsenen und der Alten es nicht verstehen, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die notwendigerweise gezwungen ist, sich auf anderen Wegen dem Sozialismus zu nähern. Nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation wie ihre Väter . . . denn ohne die volle Selbständigkeit wird die Jugend weder imstande sein, gute Sozialisten aus sich zu machen, noch sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vorwärts zu führen.“

(Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX, S. 370/71)

Die besten antifaschistischen Jugendlichen sollen in unsere Partei!

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“. Dieses von den Hitlerfaschisten so sehr mißbrauchte Wort hat heute für uns eine besondere Bedeutung. Die Gewinnung der ehrlichsten und aktivsten antifaschistischen Jungen und Mädchen für unsere Partei und ihre Erziehung zu aktiven Kommunisten wird unserer Partei in entscheidendem Maße helfen, den Kampf um die antifaschistische Neugestaltung Deutschlands zu führen.

„Wir sind die Partei der Zukunft, die Zukunft aber gehört der Jugend. Wir sind die Partei der Neuerer, den Neuerern aber leistet die Jugend immer gern Gefolgschaft. Wir sind die Partei des aufopfernden Kampfes gegen die alte Fäulnis, zum aufopfernden Kampf aber wird stets die Jugend als erste bereit sein.“

(Nach Engels, zitiert bei Lenin, Sämtl. Werke, Bd. X, S. 261/62)

Vortragsdisposition

Nr. 20

Der zweite Weltkrieg die Sicherung des Friedens und die Sowjetunion

INHALT

- I. *Der zweite Weltkrieg und seine Entfesselung durch den Hitlerfaschismus*
- II. *Der Überfall auf die Sowjetunion und die Spekulationen der Nazis.*
- III. *Die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands.*
- IV. *Die Fehlspekulationen der Nazis auf den Bruch der Antihitlerkoalition*
- V. *Die der Sowjetunion zugefügten Schäden und die Pflicht zur Wiedergutmachung*
- VI. *Die Festigung des Friedens und die Rolle der Sowjetunion*

Vortragsdisposition Nr. 20

Der zweite Weltkrieg, die Sicherung des Friedens und die Sowjetunion

Wenige Monate sind vergangen, seitdem der zweite Weltkrieg durch den gemeinsamen Kampf der Vereinten Nationen, vor allem durch den heldenhaften Kampf des Sowjetvolkes sein Ende fand. Für alle Antifaschisten ist es heute eine dringende Aufgabe, sich über den Charakter des zweiten Weltkrieges, über die Sicherung des Friedens und über die Rolle der Sowjetunion im Krieg wie auch in der heutigen Neugestaltung des Friedens im klaren zu sein.

Der zweite Weltkrieg und seine Entfesselung durch den Hitlerfaschismus

Der zweite Weltkrieg und sein Ausmaß

Der zweite Weltkrieg war der größte Krieg der Geschichte der Menschheit. Noch nie seit ihrem Bestehen hat die Menschheit ein Unglück solchen Ausmaßes erlebt, das selbst die Grauen des ersten Weltkrieges von 1914 bis 1918 weit in den Schatten stellt.

„Der zweite Weltkrieg unterschied sich vom ersten Weltkrieg in vieler Hinsicht und vor allem durch den Maßstab der Teilnahme der Völker an diesem Krieg sowie durch die Zahl der Menschenopfer und den materiellen Schaden, der durch den Krieg angerichtet wurde. Vier Fünftel der Bevölkerung des Erdballs nahmen in mehr oder weniger starkem Ausmaß am letzten Weltkriege teil. Die Anzahl der Mobilisierten in beiden kriegführenden Lagern erreicht über 110 Millionen Mann.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

2. Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch die faschistischen Staaten

Heute ist es jedem klar, daß der zweite Weltkrieg durch die faschistischen Staaten, vor allem durch Hitlerdeutschland, vom Zaun gebrochen wurde. Zur Entfesselung des Weltkrieges schlossen sich die faschistischen Kriegsbrandstifter zu einem Block zusammen und begannen ihren grausamen Eroberungskrieg durch Ueberfälle auf friedliche Nationen, bis sie schließlich die ganze Welt in den Abgrund des Krieges gestürzt hatten.

Durch den Prozeß der Kriegsverbrecher in Nürnberg erfährt unser Volk täglich neue Einzelheiten dieser Verbrechen.

a) Die Vorbereitung des Ueberfalls auf Oesterreich und die Tschechoslowakei

Auf dem Nürnberger Prozeß wurde ein Protokoll über eine Besprechung in der Reichskanzlei verlesen, die am 5. November 1937 von 16,15 bis 20,30 Uhr stattfand. An dieser Besprechung nahmen u. a. Hitler, Blomberg, Fritsch, Raeder, Göring, Neurath und Hoßbach teil. In der aufgezeichneten Hitlerrede heißt es u. a.:

„Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser wird niemals risikolos sein . . . Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Falle eine kriegerische Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechoslowakei und Oesterreich niederzuwerfen . . .“

Damit hat also Hitler bereits am 5. November 1937 klar und eindeutig den Ueberfall auf Oesterreich und die Tschechoslowakei als das erste Ziel ausgesprochen und vorbereiten lassen. Am 12. März 1938 besetzte Hitler Oesterreich und am 15. März 1939 die Tschechoslowakei.

b) Die Vorbereitung des Ueberfalls auf Polen

Auf dem Nürnberger Prozeß wurde ein Bericht über eine Besprechung im Arbeitszimmer Hitlers in der neuen Reichskanzlei verlesen, die am 21. Mai 1939 stattfand. An dieser Besprechung nahmen u. a. Hitler, Göring, Raeder, v. Brauchitsch, Keitel, Milch, Halder und Bodenschatz teil; der seinerzeitige Oberleutnant des Generalstabes, Schmudt, hat diese Besprechung als diensthabender Adjutant sinngemäß aufgezeichnet. Im Protokoll legte er über die Hitlerrede nieder:

„Das Gelingen der Isolierung Polens ist entscheidend. Daher muß sich der Führer endgültige Befehle zum Losschlagen vorbehalten. Es darf nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit dem Westen (Frankreich und England) kommen.“

Damit hat also Hitler sich bereits im Mai 1939 eindeutig für den Ueberfall auf Polen ausgesprochen. Der von ihm vorbereitete Ueberfall erfolgte im September 1939.

c) Danzig war nur ein Vorwand

In derselben Sitzung, die am 25. Mai 1939 in Hitlers Arbeitszimmer stattfand, erklärte er:

„Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Arrondierung des Lebensraumes im Osten und um Sicherstellung der Ernährung; Aufrollung des Ostsee- und Baltikumproblems.“

Damit werden die damaligen Nazibehauptungen entlarvt, daß Danzig und der Korridor die Probleme seien, um die es zum Kriege kam.

d) Die Vorbereitung des Ueberfalls auf Holland und Belgien

Zugleich plante Hitler bereits den Ueberfall auf Belgien und Holland, selbst wenn diese sich neutral erklären sollten. In der Besprechung am 21. Mai 1939, also noch drei Monate vor seinem Ueberfall auf Polen, erklärte Hitler:

„Die holländischen und belgischen Luftstützpunkte müssen militärisch besetzt werden. Auf Neutralitätserklärungen kann nichts gegeben werden.“

Damit hat sich also Hitler bereits im Mai 1939 für den Ueberfall auf Belgien und Holland ausgesprochen. Der von ihm vorbereitete Ueberfall erfolgte am 10. Mai 1940.

e) Die Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetunion

Auf dem Nürnberger Prozeß wurde ein vom 18. Dezember 1940 datiertes Dokument verlesen, das sich mit der Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetunion befaßt. In diesem Dokument, das als „Weisung 21 — Fall Barbarossa“ unter „Geheime Kommandosache“ an die Offiziere verteilt wurde, heißt es u. a.:

„Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa) . . .“

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind, soweit noch nicht geschehen, schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. 4. 41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird. . . .

Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland auf der allgemeinen Linie Wolga—Archangelsk.“

So wurde also der Krieg gegen die Sowjetunion von langer Hand vorbereitet. Am 18. Dezember 1940 ließ Hitler dieses Dokument verbreiten. Am 22. Juni 1941 erfolgte der heimtückische Ueberfall auf die Sowjetunion, der mit der völligen Zerschlagung der Hitlerarmee und der völligen Kapitulation Hitlerdeutschlands endete.

Angst vor einem Vermittlungsvorschlag

Im Nürnberger Prozeß wurde ein Bericht über eine Aussprache Hitlers im August 1939 vor den Oberbefehlshabern verlesen. In dieser Aussprache erklärte Hitler u. a.:

„Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen . . . Die Gegner haben nicht mit meiner großen Entschlußkraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Würmchen; ich sah sie in München.

. . . Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsvorschlag vorlegt.“

So hat der Hitlerfaschismus das deutsche Volk und die Völker der Welt das Unglück des zweiten Weltkrieges gestürzt. Damit trägt Hitlerdeutschland die volle Verantwortung für den Krieg und alle seine Folgen.

Der Überfall auf die Sowjetunion und die Spekulationen der Nazis

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion. Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte ein „Blitzkrieg“ sein und vor Eintritt des Winters 1941 mit einem „totalen“ Sieg enden.

„Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern haben viele damit gerechnet, daß die Sowjetunion sich nicht lange halten würde, daß die Sowjetunion von Deutschland bereits nach wenigen Wochen oder jedenfalls nach einigen Monaten geschlagen sein und Hitler den Sieg feiern würde.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Vor auf spekulierten die Nazis bei ihrem Angriff auf die Sowjetunion?

Nazispekulation auf das Moment der Ueberraschung

Die Nazis rechneten darauf, daß es ihnen gelingen würde, durch einen plötzlichen, unerwarteten Ueberfall die Sowjetunion zu überrumpeln. Schon am 18. Dezember 1940, also 6 Monate vor dem Angriff auf die Sowjetunion, wurden durch die Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) die Offiziere von dem bevorstehenden Ueberfall auf die SU in Kenntnis gesetzt. Die militärischen Streitkräfte Hitlerdeutschlands waren vollständig mobilisiert. An den Grenzen der SU standen 170 deutsche Divisionen in voller Bereitschaft, die nur auf das Signal zum Angriff warteten.

Doch die Nazis hatten sich verrechnet. Durch das Moment der Ueberraschung gelang es ihnen zwar, bis vor Leningrad, Moskau und Rostow vorzustoßen, aber der Blitzkrieg scheiterte, weil sich das ganze Sowjetvolk wie ein Mann zur Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit erhob.

Nazispekulation auf die Schwäche des Sowjetsystems

Die Nazis rechneten zweitens darauf, daß die Sowjetordnung und das Sowjethinterland nicht fest seien und der Sowjetstaat, unter den Schlägen von außen innerlich zusammenbrechen würde. Doch die Nazis haben sich verrechnet.

Die Sowjetmacht erwies sich als die festeste Staatsmacht der Welt, weil sie am engsten mit dem Volke verbunden ist und die wirkliche Volksherrschaft darstellt. Während die meisten Staaten auf dem Kontinent dem Ansturm der Hitlerarmeen erlagen, hat sich die Sowjetmacht noch mehr gefestigt und gestärkt.

Nazispekulation auf die Schwäche der Roten Armee

Die Nazis rechneten drittens darauf, daß es ihnen gelingen werde, schnell die Rote Armee fertig zu werden. Im Oktober bis November 1941 rechneten die Nazis bereits, daß die „Rote Armee endgültig vernichtet“ (zum Beispiel in den Schlagzeilen der Nazipresse).

Doch die Nazis hatten sich verrechnet. In maßloser Ueberheblichkeit hatten sie die Rote Armee unterschätzt. Die Rote Armee wies sich, auf sich selbst gestellt, als stärker denn die Hitlerarmee; sie gestärkt und gefestigt sowie an Erfahrungen bereichert aus dem Kriege hervorgegangen.

Nazispekulation auf Streitigkeiten zwischen den Völkern der Sowjetunion

Die Nazis rechneten darauf, daß nach den ersten Mißerfolgen der Rote Armee Streitigkeiten zwischen den Völkern der Sowjetunion beginnen und es zu Aufständen kommen würde.

Doch auch hier hatten sich die Nazis verrechnet.

Alle ihre Versuche, die verschiedenen Völker der SU gegeneinander auszuspielen, sind mißlungen. Die Freundschaft der Völker der Sowjetunion ist durch die gemeinsam überwundenen Schwierigkeiten und durch den gemeinsamen Kampf nur noch gefestigt worden.

Nazispekulation auf Konflikte zwischen den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion

Die Nazis rechneten darauf, daß gleich nach dem ersten ernstlichen Schlag gegen die Rote Armee Konflikte zwischen den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion ausbrechen würden.

Doch die Nazis hatten sich verrechnet.

In der Sowjetunion, in der die klassenlose Gesellschaft errichtet wurde und in der es keine Gutsbesitzer und Kapitalisten mehr gibt, gab es keine Basis für eine „5. Kolonne“. Die Freundschaft der Arbeiter und Bauern hat sich während des Krieges weiter gefestigt.

Nazispekulation auf die „totale Mobilisierung“

Nachdem alle diese Spekulationen der Nazis zunichte gemacht waren und die Hitlerarmee Niederlage auf Niederlage erlitt, rechneten die Nazis darauf, durch die „totale Mobilisierung“ den Kriegsverlauf zu ihren Gunsten zu ändern.

Doch auch diese Spekulation schlug fehl. Der Untergang des Hitlerreiches war auch durch die „totale Mobilisierung“ nicht aufzuhalten.

Nazispekulation auf „Verteidigungslinien“ und „Wälle“

Nach dem Mißlingen der deutschen Offensiven rechneten die Nazis darauf, durch den Bau von Verteidigungslinien und Wällen die Niederlage abzuwenden.

Doch die Nazis hatten sich verrechnet. Alle sogenannten „uneinnehmbaren Wälle“ und „Verteidigungslinien“ konnten die Rote Armee sowie die Verbündeten nicht aufhalten.

Nazispekulation auf die „Geheimwaffe“

Als alle diese Spekulationen versagt hatten, inszenierten die Nazis den Krieg mit der Geheimwaffe, die sie angeblich in Vorbereitung hatten. Nach diesem Betrug verleiteten sie die Massen, den Kampf bis 5 Minuten zu führen und eine Politik des nationalen Selbstmordes zu betreiben. Das Resultat sind die sinnlosen Zerstörungen und der völlige Untergang Deutschlands.

Alle diese Spekulationen der Nazis zunichte gemacht. Die Sowjetunion erwies sich auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und moralischem Gebiet stärker als der Hitlerstaat.

III. Die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands

Der Kampf an einer Front

Von 1941 bis 1944 stand die Sowjetunion allein den vereinigten Kräften der Achsenmächte gegenüber. Während im ersten Weltkrieg das kaiserliche Deutschland an zwei Fronten zu kämpfen hatte, konnte Hitlerdeutschland im Jahre 1941 alle bewaffneten Landstreitkräfte an die Ostfront werfen.

Im ersten Weltkrieg standen von den 220 Divisionen, die das kaiserliche Deutschland damals zur Verfügung hatte, nicht mehr als 85 deutsche Divisionen an der Ostfront.

Im zweiten Weltkrieg, im September 1942, waren von 256 Divisionen nicht weniger als 179 deutsche Divisionen an der Ostfront eingesetzt. Dazu kamen noch die Truppen der Verbündeten und Vasallen Hitlers.

Die Ursachen der Hitlerschen Sommeroffensive 1942

Nach dem Scheitern des Angriffs auf Moskau 1941 konzentrierte Hitler 1942 alle Kräfte am Südabschnitt der Ostfront und unternahm eine Offensive in Richtung Stalingrad und Nordkaukasus. Diese Offensive war hauptsächlich deshalb möglich, weil im Westen keine zweite Front bestand. Dadurch gelang es Hitler, an diesem Frontabschnitt ein zeitweiliges Übergewicht zu schaffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle des Bestehens einer zweiten Front im Jahre 1942 (für die bereits alle Voraussetzungen gegeben waren) diese Offensive unmöglich gewesen wäre und der Hitlerkrieg bedeutend früher seinen Abschluß gefunden hätte.

Die Eröffnung der zweiten Front in Westeuropa

Die Landung der alliierten Truppen in Nordfrankreich erfolgte erst, nachdem die Hauptkräfte der Hitlerschen Wehrmacht in Rußland verbleiben waren, die Rote Armee bereits an der Weichsel und vor Ostpreußen stand und Hitlerdeutschland durch die jahrelangen Kämpfe im Osten weitgehend geschwächt war.

„Es ist auch bekannt, daß die Eröffnung der zweiten Front in Westeuropa, durch die Deutschland in die Zange zwischen zwei Fronten genommen wurde, die Lage des deutschen Faschismus hoffnungslos machte. Man darf indessen nicht vergessen, daß die grundlegende Wende der Lage an der sowjetisch-deutschen Front bereits ein Jahr vor der Eröffnung der zweiten Front stattgefunden hatte, als die Hitlertruppen unter dem gewaltigen und ständig anwachsenden Ansturm der Roten Armee mit Schande zurückfluteten.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

III. Die Rolle der Sowjetunion in der Befreiung Europas

Auch bei der Befreiung der von Hitler versklavten Völker Europas behührt der Sowjetunion der entscheidende Platz.

„Erst als unsere Armee zum Angriff überging und die deutschen Heere zu schlagen begann, indem sie ihnen den Nimbus der Unbesiegbarkeit raubte, eröffneten sich weitgehende Möglichkeiten für die Befreiung der von dem deutschen Imperialismus versklavten Völker. In ihrem Vorrücken nach dem Westen brachte die Rote Armee Befreiung für die Nachbarländer und andere Völker Europas . . . Auf diese Weise wird die Befreiung der Länder Europas vom Hitlerjoch als ein ruhmreiches Blatt in die Geschichte unserer siegreichen Roten Armee eingehen.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

IV. Die Fehlspekulationen der Nazis auf den Bruch der Antihitlerkoalition

1. Die Nazispekulation auf eine Koalition gegen die Sowjetunion

Die Nazis rechneten darauf, daß es ihnen gelingen würde, eine Koalition gegen die Sowjetunion zustande zu bringen. Sie rechneten damit, daß

„ . . . sie Großbritannien sowie die Vereinigten Staaten von Amerika — nach vorhergehender Einschüchterung der herrschenden Kreise dieser Länder mit dem Gespenst der Revolution — in diese Koalition einbeziehen und auf diese Weise unser Land vollständig von anderen Mächten isolieren könnten.“

(Stalin, Rede am 6. 11. 41)

Die Hitlerbarbarei bedrohte das Leben und die Freiheit aller Völker. Großbritannien und Amerika erkannten die ihnen drohende Gefahr und schlossen sich mit der Sowjetunion zur Antihitlerkoalition zusammen.

2. Die Antihitlerkoalition ist die Einheitsfront der freiheitliebenden Völker

Der große Vaterländische Krieg der Sowjetunion verschmolz mit dem Krieg der freiheitliebenden Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit und demokratische Freiheit.

Die Naziokkupation entfachte den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker. Der heldenhafte Kampf der Sowjetunion gab den Völkern Europas neuen Mut und neue Hoffnung und stärkte sie in ihrem Kampf. So entstand die Einheitsfront der Völker, die gemeinsam den Kampf für die demokratische Freiheit und die nationale Unabhängigkeit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers führten.

3. Die Nazispekulation auf die unterschiedliche Ideologie der drei Großmächte

Die Nazis rechneten darauf, daß es ihnen gelingen würde, durch Ausnutzung der verschiedenartigen Ideologie und Gesellschaftsordnung der drei Großmächte einen Keil in die Antihitlerkoalition zu treiben.

„Es wäre lächerlich, den Unterschied der Ideologie und in der Gesellschaftsordnung der Staaten zu leugnen, die der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition angehören. Aber schließt dieser Umstand die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit des gemeinsamen Vorgehens der Mitglieder der Koalition gegen den gemeinsamen Feind aus, vor dem ihnen Versklavung droht? Er schließt sie zweifellos nicht aus. Mehr noch. Die entstandene Gefahr diktiert den Mitgliedern der Koalition gebieterisch die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens, um die Menschheit vor dem Rückfall in Barbarei und mittelalterlichen Bestialitäten zu retten. Ist etwa das Aktionsprogramm der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition nicht hinreichend, um auf seiner Grundlage den gemeinsamen Kampf gegen die Hitler Tyrannie zu organisieren und den Sieg über sie zu erringen? Ich glaube, es ist vollständig hinreichend.“

(Stalin, Rede am 6. 11. 42)

Die Ereignisse haben die Richtigkeit dieser Worte Stalins bewiesen.

4. Die Nazispekulation auf die Spaltung der Antihitlerkoalition durch den Separatfrieden

Schließlich rechneten die Nazis gegen Kriegsende darauf, daß es ihnen gelingen würde, durch Abschluß eines Separatfriedens die Antihitlerkoalition zu sprengen. Sie richteten wiederholt Angebote an die Westmächte, um die Antihitlerkoalition noch in letzter Minute zu sprengen, wobei sie darauf rechneten, daß ihre Gegner genau so wortbrüchig seien wie sie selber.

Selbstverständlich erlitten die Nazis mit allen diesen Versuchen ähnlichen Schiffbruch, da die demokratischen Großmächte gewillt waren, gemeinsam bis zur Vernichtung des Nazismus zu kämpfen und sich nach dem Kriege aufs engste zusammenzuarbeiten.

5. Die Antihitlerkoalition hat ihr Ziel erreicht

Der zweite Weltkrieg endete mit einer totalen politischen, militärischen, ideologischen und moralischen Niederlage des Faschismus.

„Auf diese Weise hat die anglo-sowjetisch-amerikanische Koalition das von ihr gesteckte Ziel erreicht.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Genau wie damals gibt es auch heute noch Kreise, die auf die Unreinigkeit der Alliierten spekulieren. Doch diese Spekulationen werden genau so Schiffbruch erleiden, wie die auf eine Spaltung der demokratischen Großmächte während des Krieges. Die Beibehaltung und Festigung der Einheit der drei Großmächte liegt im Interesse der ganzen Welt, insbesondere im Interesse des deutschen Volkes, das nur dadurch seine demokratische Erneuerung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Ruhe und Frieden durchführen kann.

V. Die der Sowjetunion zugefügten Schäden und die Pflicht zur Wiedergutmachung

1. Die Kriegsschuld Deutschlands und die Pflicht zur Wiedergutmachung

Aus der Tatsache des vertragsbrüchigen Ueberfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und der Verantwortlichkeit für den Krieg ergibt sich die moralische Pflicht für das deutsche Volk, den angerichteten Schaden wiedergutzumachen, soweit das in seinen Kräften steht. Dabei kann es sich im wesentlichen nur um eine Wiedergutmachung des materiellen Schadens handeln, denn die unzähligen Opfer, die der Hitlerkrieg das Sowjetvolk kostete, können nicht wieder zum Leben erwachen, das unsagbare Leid kann nicht aus der Welt geschafft werden.

2. Der materielle Schaden

„Man darf auch nicht vergessen, welch gewaltigen materiellen Schaden uns die deutschen Eindringlinge und deren Verbündete, die auf dem Sowjetterritorium im Laufe vieler Monate räuberten, zugefügt haben. Das alles müssen vor allem die Hauptkriegsverbrecher verantworten.

Die deutsch-faschistischen Okkupanten zerstörten und verbrannten völlig oder teilweise 1710 Städte und über 70 000 Dörfer und Siedlungen in unserem Lande, verbrannten und zerstörten über 6 Millionen Gebäude und machten etwa 25 Millionen Menschen obdachlos. Unter den zerstörten und am meisten beschädigten befinden sich die bedeutendsten industriellen und kulturellen Zentren des Landes: Stalingrad, Sewastopol, Leningrad, Kiew, Minsk, Odessa, Smolensk, Charkow, Woronesh, Rostow am Don und viele andere. Die Hitleristen zerstörten und beschädigten 31 850 Industrieunternehmen, in denen etwa 4 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren. Die Hitleristen zerstörten und plünderten 98 000 Kollektivwirtschaften, aus, darunter die Mehrzahl der Kollektivwirtschaften der Ukraine und

Bjelorußlands. Sie schlachteten, beschlagnahmten oder trieben nach Deutschland: 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Stück Rindvieh, Dutzende von Millionen Schweine und Schafe.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

3. Die Höhe des Gesamtschadens

„Allein den direkten Schaden, der der Volkswirtschaft und unseren Bürgern zugefügt wurde, schätzte die Außerordentliche Staatliche Kommission auf die Summe von 679 Milliarden Rubel. Wir können das alles nicht vergessen und müssen von den Ländern, die den Krieg entfesselt haben, eine wenn auch nur teilweise Entschädigung für den zugefügten Schaden fordern. Man kann die Gerechtigkeit dieses Wunsches des Sowjetvolkes nicht bestreiten.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

4. Die Reichen sollen die Hauptlast tragen

Die Wiedergutmachung ist eine Ehrenpflicht jedes Antifaschisten, eine Ehrenpflicht jedes Deutschen. Bei der Wiedergutmachung sollen wir uns vor Augen halten, daß die Lasten, die wir zu tragen haben, unserem Volk von der Nazibande auferlegt wurden. Die Wiedergutmachung soll nach dem Grundsatz erfolgen: Die Reichen sollen die Hauptlast der Wiedergutmachung tragen.

„Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reichen auch eine größere Last tragen.“

(Punkt 10 des Aktionsprogramms der KPD vom 11. 6. 45)

VI. Die Festigung des Friedens und die Rolle der Sowjetunion

1. Die Bedeutung der Niederlage Hitlerdeutschlands

„Die Niederlage Deutschlands bedeutete . . . nicht nur eine Niederlage des deutschen Faschismus, sondern führte auch zur Niederlage des Faschismus in anderen europäischen Ländern.

Folglich muß man die Bedeutung unseres Sieges nicht nur im Lichte einer Zerschlagung des deutschen Faschismus, sondern auch im Lichte einer militärischen und moralisch-politischen Zerschlagung des Faschismus in ganz Europa betrachten.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Die Niederlage Hitlerdeutschlands, die zur moralisch-politischen Zermürung des Faschismus in ganz Europa führte, wurde von allen Völkern Europas begeistert begrüßt. Jetzt besteht die Aufgabe, die moralisch-politische Zerschlagung des Faschismus zu Ende zu führen.

Neue Wege zur Wiedergeburt

Entwicklung der antifaschistischen Kräfte

„Es gibt jedoch keinen Zweifel darüber, daß bei allen negativen Folgen der Krieg mit dem Faschismus, der mit einem Sieg endete, in vieler Hinsicht dazu beitrug, die politische Atmosphäre in Europa zu bereinigen und, wie noch nie in der Vergangenheit, neue Wege für die Wiedergeburt und die Entwicklung antifaschistischer Kräfte zu eröffnen.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Der Sieg über Hitlerdeutschland hat in ganz Europa die demokratischen Kräfte neu belebt, deren beste Elemente schon vorher die Träger der Widerstandsbewegung waren. Das Neue und Entscheidende der demokratischen Bewegung in Europa besteht darin, daß sie überall im Zeichen der **antifaschistischen Einheit** steht. In Deutschland fand dies seinen Ausdruck in der Bildung der einheitlichen Freien Deutschen Gewerkschaften und der Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die sich in der Einheitsfront zusammenschlossen.

Soziale Reformen

„In einer Reihe europäischer Länder sind solche durchgreifenden, sozialen Reformen, wie die Liquidierung des überlebten Gutsherren-Landbesitzes und die Uebergabe des Landes an besitzarme Bauern, durchgeführt worden, was die einstige Widerstandskraft der reaktionären faschistischen Kräfte untergräbt und den Aufstieg der demokratischen und sozialistischen Bewegung in diesen Ländern anspornt.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Durch die **Bodenreform** in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde ein entscheidender Schlag gegen den Militarismus und die Reaktion geführt. Die Macht des adligen Junkertums, diese Brutstätte militaristischen Geistes und abenteuerlicher Kriegspolitik, wurde vernichtet. Auf den Gütern Ostdeutschlands werden jetzt keine Fememörder mehr, die Republikaner mehr ausgebildet werden. Jetzt leben dort freie Völker, die die Garantie für einen friedlichen Aufbau sind.

Wirtschaftliche Reformen

„In einigen Staaten sind jetzt wichtige wirtschaftliche Reformen, wie die Verstaatlichung der Großindustrie, der Achtstundenarbeits-

tag und andere, auf die Tagesordnung gesetzt worden, was in die immer wachsenden Reihen der demokratischen Bewegung in Europa und außerhalb Europas einen neuen Geist und neue Sicherheit trägt.“

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Durch die **Entmachtung der Trusts und des Großkapitals** wird ein Schlag gegen diejenigen geführt, die immer das größte Interesse an Rüstung und Krieg hatten. Der Aufbau unserer neuen Friedensindustrie wird erst gesichert sein, wenn die Entmachtung der Trusts und Kartelle zu Ende geführt ist. Durch die neuen Betriebsrätegesetze in der Sowjetunion wird den Gewerkschaften und Betriebsräten das volle Mitbestimmungsrecht bei der Leitung der Betriebe und in der gesamten Wirtschaft gewährleistet.

Die Ziele der militärischen Besetzung Deutschlands und die Politik der Sowjetunion gegenüber den Völkern der besiegten Staaten

Keine Rachepolitik

Trotz der unsäglichen Leiden, die dem Sowjetvolke durch die deutsche Besatzungsmacht zugefügt wurden, hegt das Sowjetvolk gegenüber dem deutschen Volk kein Gefühl der Rache oder Vergeltung. Molotow erklärte in seiner Rede am 6. November 1945:

„Es gibt jedoch unter uns keine Anhänger der Rachepolitik hinsichtlich der besiegten Völker. Stalin hat mehr als einmal darauf hingewiesen, daß das Gefühl der Rache und das Gefühl der Vergeltung für die zugefügten Leiden schlechte Berater in der Politik und bei Beziehungen zwischen den Völkern sind.“

Das deutsche Volk findet auch in diesem größten nationalen Unglück bei dem Bestreben, die Ursachen dieses Unglücks zu beseitigen und ein dauerhaft demokratisches Regime aufzubauen, im Sowjetvolk eine starke Hilfe.

Vernichtung des Faschismus

Das Ziel der militärischen Besetzung Deutschlands besteht darin, den Faschismus völlig auszurotten, um den Frieden zu sichern. In den auf der Berliner Konferenz im Juli/August 1945 beschlossenen politischen Grundsätzen der Kontrolle über Deutschland heißt es:

„Die Nationalsozialistische Partei sowie ihre Zweigstellen und unter ihrer Kontrolle stehenden Organisationen müssen vernichtet und alle Naziinstitutionen aufgelöst werden; es muß gesichert werden, daß sie in keinerlei Form neu erstehen und jede nazistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda unterbunden wird.“

Eser Grundsatz wird von der Roten Armee in der von ihr besetzten
ne mit größter Konsequenz durchgeführt und der nazistische Ein-
uß ausgerottet.

Verhinderung einer neuen Aggression

in seiner großen Rede am 6. November 1945 erklärte Molotow:

„Wir müssen uns hinsichtlich der besiegten Völker . . . nur von dem Ziel leiten lassen, die Entstehung einer neuen Aggression zu erschweren und einen möglichen neuen Aggressor unter den Völkern soweit wie möglich zu isolieren.“

Keine neue Aggression seitens Deutschlands in Zukunft unmöglich zu machen, müssen vor allem der deutsche Militarismus und das deutsche Leistungspotential vernichtet werden. Zu diesem Zwecke hat die Berliner Konferenz beschlossen:

„Die völlige Entwaffnung und Demilitarisierung Deutschlands sowie Liquidierung oder Kontrolle der ganzen deutschen Industrie, die für die Kriegsproduktion ausgenutzt werden kann.“

Durchführung dieser Abrüstung liegt auch im Interesse des deutschen Volkes, das bereits zweimal durch die eigenen Militaristen ins Glück gestürzt wurde.

Förderung der demokratischen Entwicklung

Um den Frieden zu sichern, unterstützt die Sowjetunion zugleich die demokratische Entwicklung in den besiegten Ländern, die eine Garantie für die friedliche Entwicklung in diesen Ländern bietet.

„Von nicht geringer Bedeutung für die Zukunft Europas ist die Tatsache, daß eine Reihe faschistischer und halbfaschistischer Staaten auf den demokratischen Weg zurückgekehrt und bestrebt ist, jetzt freundschaftliche Beziehungen zu den alliierten Staaten aufzunehmen. Es ist augenscheinlich klar, daß man die Festigung der demokratischen Ansätze dieser Staaten nicht nur nicht stören, sondern fördern muß.

(Molotow zum 28. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. 11. 45)

Durch den Befehl Nr. 2 von Marschall Shukow (10. Juli 1945) ist die Lösung der antifaschistischen Parteien und der Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone gestattet worden. Den antifaschistischen Parteien werden seitens der Sowjetunion nicht die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt. In der Sowjetzone haben alle Parteien und die Gewerkschaften ihre eigenen Tageszeitungen und führen ungestört ihre Werbetätigkeit durch.

Handels-, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen der Sowjetunion zu den Ländern, die mit der sowjetfeindlichen Politik gebrochen haben

Gleichzeitig ist die Sowjetregierung bemüht, mit den Ländern, die mit der sowjetfeindlichen Politik gebrochen haben, gute wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen herzustellen. Molotow erklärte am 6. November 1945:

„Unsererseits wird alles getan, um auch zu jenen Staaten, die mit der Politik der Feindseligkeit und des Mißtrauens zu der Sowjetunion gebrochen haben, das Verhältnis zu normalisieren und gute Beziehungen herzustellen. Dazu dient auch die Entwicklung der Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes zu einem immer größeren Kreis ausländischer Staaten. Auch die kulturellen Verbindungen zu diesen werden verstärkt.“

Die Erklärung zeigt, welche Möglichkeiten unserem Volke für die Zukunft offenstehen. Je eher unser ganzes Volk mit der verderblichen Feindschaft gegenüber der Sowjetunion bricht und den Weg der freundschaftlichen Freundschaft mit dem Sowjetvolke beschreitet, um so mehr werden uns die segensreichen Möglichkeiten der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der Sowjetunion offenstehen.

Vortragsdisposition

Nr. 21

Die Frau im neuen Deutschland

I N H A L T

	Seite
I. Die Frau in der bürgerlichen Gesellschaft	1
II. Die Frau in der Weimarer Republik	11
III. Die Frau unter dem Faschismus	13
IV. Die Frau im neuen Deutschland	19
V. Die Frauenausschüsse und ihre Aufgaben	23

Unverkäufliche Referenz Ausgabe

VERLAG NEUER WEG GmbH, BERLIN

Vortragsdisposition Nr. 21

Die Frau im neuen Deutschland

I. Die Frau in der bürgerlichen Gesellschaft

1. Zunahme der Frauenarbeit

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland wurde auch die Frau zur Arbeit in der Industrie herangezogen. Das schnelle Tempo der Industrialisierung hatte eine ebenso schnelle Steigerung der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen zur Folge.

Verglichen mit der Zahl der männlichen Erwerbstätigen stieg die Frauenarbeit folgendermaßen:

Zahl der erwerbstätigen Männer	Zahl der erwerbstätigen Frauen
1882 13,37 Millionen	4,26 Millionen
1907 18,58 Millionen	8,24 Millionen

(Helene Lange, „Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen“, S. 129)

Mit Dienstmädchen waren 1907 in Deutschland 9 492 881 Frauen erwerbstätig. Diese Zahl erhöht sich noch durch die vielen nebenberuflich oder im häuslichen Betrieb Arbeitenden. Die Not des Lebens war die treibende Kraft für die Vermehrung der Frauenarbeit: niederes Einkommen, hohe Lebensmittelpreise, hohe Wohnungsmieten, Arbeits- und Verdienstlosigkeit des Mannes trieben Frauen und Mädchen in die Erwerbsarbeit.

Im Erwerbsleben trat die Frau wegen der erheblich niedrigeren Löhne, die sie bekam, als unerwünschte Konkurrentin des Mannes auf.

„Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, d. h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber verdrängt.“

(K. Marx/F. Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“)

2. Die größere Ausbeutung der Frau

Die Arbeit der Frau wurde meist als zusätzliche Arbeit bewertet und entsprechend niedriger bezahlt, obwohl der Lohn des Mannes zur Erhaltung der Familie nicht ausreichte.

Aus den verschiedensten Gründen war die Frau noch mehr Ausbeutungsobjekt als der Mann:

- a) eine berufliche oder fachliche Ausbildung der Frau fand in geringem Maße statt, so daß sie als ungelernete Kraft fungierte;
- b) ihre unterdrückte und unselbständige Stellung in Familie und Gesellschaft machte sie auch zur anspruchloseren Arbeiterin;
- c) die Frau ist größeren körperlichen Störungen unterworfen (Geburten usw.), was stets nachteilig bewertet wurde;
- d) in der Hoffnung auf Versorgung durch die Ehe sah die Frau die berufliche Arbeit als vorübergehend an.

Dies alles bedingte die geringere politische und gewerkschaftliche Organisierung der Frauen, ihren geringeren Widerstand gegen die Ausbeutung. Die Unternehmer bedienten sich der Frauen als Lohndrückerrinnen. (Industrien mit überwiegend weiblichen Beschäftigten haben die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne — Textil.)

3. Doppelte Belastung der Frau

Die Erwerbsarbeit befreite die Frau nicht von der Hausarbeit und den mütterlichen Pflichten. Die Ueberbürdung erstickte das Innenleben der Frau und bestimmte ihre geistige Weiterentwicklung, sie zerstörte auch oft das Familienleben. Auch in der Familie wird die Frau häufig unterdrückt.

Der Mann war der „Herr im Haus“. Bis zum Jahre 1918 war die ungleiche Stellung der Frau gesetzlich festgelegt.

„Dem gemeinen deutschen Rechte nach ist die Frau überall dem Manne gegenüber unmündig, der Mann ist der Herr, dem sie in der Ehe Gehorsam schuldig ist. Ist sie ungehorsam, so steht nach dem preußischen Landrecht dem Manne vom ‚niederem‘ Stande das Recht einer mäßigen körperlichen Züchtigung der Frau zu. Es soll allerdings auch hochgestellte Männer geben, die dieses ‚Recht‘ sich anmaßen und ausüben. Da nirgends die Kraft und die Zahl der Schläge vorgeschrieben ist, entscheidet darüber souverän der Mann.“

(August Bebel, „Die Frau und der Sozialismus“, S. 210)

4. Rechtlosigkeit der Frau

Starb der Mann, so wurde in jedem Falle die Frau als unmündig und unfähig zur alleinigen Erziehung der Kinder erklärt; ein Vormund wurde bestellt, auch wenn sie die Kinder allein ernährte. Die Frau hatte kein Wahlrecht und war bis 1900 von jeder öffentlichen Tätigkeit ausgeschlossen.

5. Keine Bildungsmöglichkeit für die Frau

Noch bis zu Anfang dieses Jahrhunderts waren die Frauen von jeder höheren Bildung ausgeschlossen. Erst 1908 begann, in Preußen eine Reform der Frauenbildung, die den Mädchen die Gymnasien, Realschulen usw. zugänglich machte. Später als in allen anderen europäischen Ländern, generell erst 1908/09, wurde den Frauen in Deutschland die Universität zugänglich.

6. „Die Frau gehört ins Haus“

Die Losung: „Die Frau gehört ins Haus“ fand in Deutschland seit jeher die konsequentesten Vertreter. Diese Losung wurde durch die Tatsachen selbst widerlegt, denn über ein Drittel aller Frauen stand im Erwerbsleben. Der Unternehmer stützte sich auf die billige Arbeitskraft, und Millionen alleinstehender Frauen waren darauf angewiesen, sich das tägliche Brot selbst zu verdienen.

Diese Losung hatte den Zweck, die Beteiligung der Frau am öffentlichen Leben, auch wo sie möglich war, zu hindern. Es entwickelten sich daher bei sehr vielen Frauen Auffassungen, die zu einer völlig falschen Einschätzung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens führten.

7. Die Frauenbewegung

Der organisierte Kampf um die Gleichberechtigung der Frau setzte in Deutschland später ein als in den anderen wirtschaftlich entwickelten Ländern. Nicht politische Ziele bestimmten die Anfänge der Frauenbewegung, sondern mehr Fragen der Erziehung, der Frauenbildung usw. Die deutsche Frauenbewegung war in ihrem Entstehen und in ihrer Entwicklung gekennzeichnet durch eine große Zersplitterung. Die bestehenden Frauenvereine stellten sich je nach ihrem Charakter wirtschaftliche, soziale und meist charitative Aufgaben. Erst das Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891 forderte die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichen und privatrechtlichen Stellungen gegenüber dem Mann benachteiligen. Die Arbeiterbewegung forderte die politische Gleichberechtigung, das Frauenwahlrecht, das Koalitionsrecht für die Arbeiterinnen, Achtstundentag, Arbeiterinnenschutz usw.

„Jede ernste Frauenbewegung muß deshalb soziale Kampfbewegung sein. Die politischen Rechte sind die wirksamsten Waffen im Kampfe der Frau um ihre soziale Gleichstellung. Die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts muß mithin eine Hauptforderung Derer sein, welche konsequent für das Recht der weiblichen Persönlichkeit eintreten.“

(Clara Zetkin, „Geistiges Proletariat — Frauenfrage und Sozialismus“, S. 9)

Der politische Kampf richtete sich vor dem ersten Weltkrieg vornehmlich gegen Militarismus und Imperialismus. Die Konservativen, die Partei der adligen Großgrundbesitzer, waren die schärfsten Bekämpfer des Frauenwahlrechts, und die Bestrebungen der Frauenbewegung erzielten bei diesen warmen Befürwortern der Rüstungen und des Heeres nur Spott und Hohn.

„... die Rechtlosigkeit der Frau ist heute in Deutschland nur ein Glied in der Kette der Reaktion, die das Leben des Volkes fesselt, und sie steht im engsten Zusammenhang mit der anderen Säule dieser Reaktion: mit der Monarchie. In dem heutigen großkapitalistischen, hochindustriellen Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts, im Zeitalter der Elektrizität und der Luftschiffahrt, ist die politische Rechtlosigkeit der Frau genau ein so reaktionäres Ueberbleibsel alter abgelebter Zustände, wie die Herrschaft des Gottesgnadentums auf dem Throne.“ (Rosa Luxemburg, „Gesammelte Werke“, Bd. 4, S. 627)

Die proletarische Frauenbewegung entfaltete sich mächtig. 1912 zählte man bereits 150 000 gewerkschaftlich organisierte Frauen. In allen Wählerversammlungen

„bilden die Frauen ein zahlreiches, manchmal das überwiegende, stets ein regsames und leidenschaftlich beteiligtes Publikum.“

(Rosa Luxemburg, „Gesammelte Werke“, Bd. 4, S. 625)

8. Die Frau im Weltkrieg 1914/1918

Der Weltkrieg 1914/1918 brachte einen gewaltigen Zustrom von Frauen in die Industrie, in das Verkehrs- und Transportwesen.

Das Hilfsdienstgesetz war Vorläufer und Beispiel der späteren Nazi-gesetze. Es sah vor:

- a) Steigerung der Zahl der kriegswirtschaftlich tätigen Frauen,
- b) Entwicklung neuer Methoden zur Beschaffung von Arbeiterinnen,
- c) Anlernung bzw. Ausbildung der weiblichen Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie,
- d) Beseitigung der Freizügigkeit für Arbeiterinnen.

Eine besondere Folge der Kriegsarbeit war die katastrophale Schädigung der Gesundheit der Frauen.

9. Frauen im politischen Kampf

Unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung war die Antikriegsstimmung der Frauen sehr groß und kam in der Massenbeteiligung der Frauen bei Antikriegsdemonstrationen, Hungerdemonstrationen und Streiks zum Ausdruck. Im März 1915 fand in Bern die erste **Internationale Frauenkonferenz** gegen den Krieg statt, an der sieben deutsche Delegierte, unter Führung von Klara Zetkin, teilnahmen. Nach dieser Konferenz erfolgte in Berlin die erste große, illegale Flugblattverteilung mit dem Manifest: „An die Frauen und Mütter der ganzen Welt“.

Im Mai 1915 fand die erste große **Frauendemonstration gegen den Krieg** vor dem Reichstag statt, die vom Genossen Wilhelm Pieck organisiert war, der dabei verhaftet wurde.

Bei den Streikbewegungen waren die Frauen vielfach die treibende Kraft, da die Männer befürchteten, in die Schützengräben geschickt zu werden. Bei dem Januar-Streik 1918 war eine gewaltige Beteiligung der Frauen zu verzeichnen.

Rosa Luxemburg, die hervorragendste Repräsentantin des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, wurde 1915 ins Zuchthaus geworfen.

II. Die Frau in der Weimarer Republik

1. Formelle Gleichberechtigung

Die Weimarer Republik brachte der Frau die staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Durch Artikel 109 der Reichsverfassung erhielt sie das lang umkämpfte Wahlrecht. Sie wurde als Abgeordnete, Beamtin, Richterin, Rechtsanwältin zugelassen. Frauen waren in Gemeindevertretungen und Parlamenten als Abgeordnete. Der Mutterschutz wurde erheblich verbessert. Durch die Kriegsarbeit hatte sich die Frau Zugang zu qualifizierteren und besser bezahlten Berufen verschafft.

Das Frauenstudium nahm zu. 1920 studierten bereits 8122 Frauen gegenüber 1132 im Jahre 1908/09. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen betrug 1930 11½ Millionen oder 35 Prozent aller Erwerbstätigen.

Am politischen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nahmen die Frauen regsten Anteil und eroberten sich sehr schnell überall wichtige Positionen.

2. Tatsächliche Ungleichheit

Von wirklicher Gleichberechtigung konnte jedoch keine Rede sein. In allen Berufen erhielt die Frau niedrigere Löhne und Gehälter als der Mann.

Wirtschaftsnot und Frauenüberschuß vergrößerten ständig das Reservoir an weiblichen Arbeitskräften, aber das Recht auf Erwerbsarbeit war für die Frau stets doppelt umstritten.

Die Rationalisierung und das rasende Tempo des modernen Arbeitsprozesses überlasteten die außerberuflich noch häuslich tätige Frau.

Bei Arbeitslosigkeit wurde ihr das Recht auf gleiche Unterstützung streitig gemacht, obwohl sie die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung leisten mußte.

Bei gleicher Qualifikation hatte sie nicht dieselben Aufstiegsmöglichkeiten.

Die Frau konnte zwar Staatswissenschaft studieren, aber sie bekam keine höhere Staatsfunktion, sie konnte Jura studieren, erhielt aber keine Staatsstellung als Richter. Die Zahl der Frauen in freien Berufen war im Verhältnis zur Gesamtzahl gering. Unter 40 000 Rechtsanwälten zählte die Berufsstatistik 54 weibliche, unter 48 000 Ärzten 2500 Ärztinnen.

Trotz formeller Gleichheit vor dem Gesetz bestand Ungleichheit in der Sozial-, Lohn-, Beamten- und Ehegesetzgebung.

„Die Vertreter aller Freiheitsbewegungen in Westeuropa haben schon seit sehr langer Zeit, nicht nur seit Jahrzehnten, sondern seit Jahr-

hundertern, die Forderung nach Abschaffung dieser veralteten Gesetze und nach gesetzlicher Gleichstellung der Frau mit dem Manne erhoben, aber keinem der europäischen demokratischen Staaten, keiner selbst der fortgeschrittensten Republiken ist es gelungen, diese Forderung zu verwirklichen, weil dort, wo der Kapitalismus besteht, wo das Privateigentum an Grund und Boden, das Privateigentum an den Fabriken und Werken aufrechterhalten wird, wo die Macht des Kapitals aufrechterhalten wird, die Privilegien der Männer bleiben werden.“
(Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 9, S. 535)

III. Die Frau unter dem Faschismus

1. Die Erniedrigung der Frau durch den Hitler-Faschismus

Keine Regierung in Deutschland fand eine solche Unterstützung durch die Frauen wie die verbrecherische Hitlerregierung, während zu keiner Zeit eine ähnliche Unterdrückung, Entrechtung und Entwürdigung der Frau zu verzeichnen war. Die Hitlerfaschisten spekulierten auf die innigsten Gefühle und die niedrigsten Instinkte, sie wandten zur Durchführung ihrer Politik eine skrupellose Agitation an. Die verächtliche und untergeordnete Stellung der Frau für das Dritte Reich formulierte Rosenberg folgendermaßen:

„Das Deutsche Reich wird also, wenn es nach der Revolution von 1933 bestehen soll, das Werk eines zielbewußten Männerbundes sein . . .“

(Alfred Rosenberg, „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, S. 514)

Wie stets in der Geschichte, verschanzten sich hinter der politischen Versklavung des weiblichen Geschlechts die Vertreter der schlimmsten und brutalsten Ausbeutung. Die Frau war eine Staatsbürgerin zweiten Grades geworden. Sie verschwand völlig aus dem politischen Leben.

„ . . . über eines muß Klarheit bestehen: Richter, Soldat und Staatslenker muß der Mann sein und bleiben.“

(Rosenberg, „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, S. 512)

Die Frau wurde nur in niedrigen, vom Manne abhängigen Positionen geduldet.

Nach 1933 begannen die Nazis eine große Demagogie zu entwickeln, daß sie die Frauenarbeit ablehnten und durch Erhöhung der Männerlöhne

inen Ausgleich versprochen. Aber auch diese versprochene „Rückführung der Frau in Haushalt und Familie“ erwies sich als Betrug. Die mit großem Aufwand durchgeführten Maßnahmen, z. B. des Ehestandsdarlehens, des Hilfswerks „Mutter und Kind“, verschleierten die Tatsachen, denn **der Rückgang der Frauenarbeit war kaum nennenswert**. Unter diesem Deckmantel wurde jedoch eine systematische Verdrängung der Frauen aus den besser bezahlten Berufen durchgeführt. 1936 begann ein neuer Anstieg der Frauenarbeit, der 1939 mit dem Kriege erneut steil nach oben ging und mit der Zwangsarbeit aller Frauen endete.

2. Die ideologische Vorbereitung der Frau zum Kriege

Die tiefe Sehnsucht der deutschen Frauen nach Frieden wurde von den Nazis in betrügerischer Weise ausgenutzt. Hitler versicherte noch nach 1933 in jeder Rede seinen angeblichen Friedenswillen. Er versprach, keine deutsche Mutter werde um ihren gefallenen Sohn eine Träne weinen müssen. Aber gleichzeitig bereiteten die Nazis eifrig den Krieg vor, die totale Aufrüstung lief auf Hochtouren, und Hitler schickte sich an, andere Länder zu überfallen.

Zu dieser Kriegsvorbereitung gehörte auch die nationalistische und chauvinistische Verseuchung des deutschen Volkes, die besonders im Kino, Rundfunk, in den Zeitungen und Zeitschriften durchgeführt wurde.

Neben der Jugend sind besonders die deutschen Frauen dieser geistigen Seuche erlegen. Da sie weniger erfahren und geschult waren als die Männer, glaubten sie all die Lügen über die rassische Höherwertigkeit des deutschen Volkes, über den mangelnden Lebensraum und unterstützten die Nazis. Damit wurden sie zugleich zu Stützen der nazistischen Kriegspolitik und machten sich mitschuldig an dem kommenden Krieg.

3. Die Frau während des Krieges von 1939 bis 1945

Seit 1937 waren alle Pläne fertig zur Einschaltung der Frau in die Kriegsproduktion.

Von 17,2 Millionen Frauen im Alter zwischen 17 und 45 Jahren waren 1939 14 Millionen in Arbeit, außerdem 3 Millionen Frauen unter 17 und über 45 Jahre.

Schon zu Anfang des Krieges mußten die deutschen Frauen in immer größerem Umfang die Männer in der Produktion ersetzen. Ohne Rücksicht auf ihre körperliche Beschaffenheit mußten die Frauen alle Männerarbeiten ausführen, mußten in gesundheitsschädigenden Betrieben arbeiten (chemische Industrie). Das hatte sehr schlimme Folgen. Der Gesundheitszustand der Frauen verschlechterte sich zusehends, die Zahl der Fehlgeburten stieg während des Krieges rapid an.

Zu alledem kamen noch die unsagbaren Qualen des Luftkrieges, die nervenzerrüttenden ewigen Fliegeralarme, die unzähligen Todesopfer, Obdachlosen usw.

Mit der Fortdauer des Krieges erfolgte Zwangserfassung und Mobilisierung aller Frauen bis zur Einberufung für den Militärdienst, als Wehrmachtshelferin, Nachrichtenhelferin usw. Mit grausamster Härte und Brutalität wurden persönliche Wünsche und Neigungen durch Befehle erledigt, alle familiären Beziehungen zerrissen und zerstört. Frauen und Kindern wurden die unmenschlichsten Leiden zugemutet.

Hitler war der Zerstörer der deutschen Familien, er hat unzählige Millionen heimatlos gemacht.

4. Demoralisierung der Frauen durch den Faschismus

Der Hitlerfaschismus wirkte auf Millionen Frauen im höchsten Maße demoralisierend. Besonders mit Ausbruch des Krieges wurden die Frauen beeindruckt durch die hohen Unterstützungssätze. Viele Frauen förderten Raub und Plünderung in allen Ländern, indem sie die Männer zum Schicken von Paketen aufforderten.

Die **Lockerung der Familienbände** durch den Krieg, die Einziehung von jungen Mädchen als „Blitzmädel“, „Stabshelferinnen“ usw. zur Wehrmacht führten zu einer großen moralischen Verwilderung der weiblichen Jugend. Die Geburt lediger Kinder als „Führerkinder“ wurde staatlich gefördert. Durch alle diese Tatsachen verloren viele Mädchen und junge Frauen den Boden unter den Füßen und wurden der Prostitution in die Arme getrieben.

Das entmenschte weibliche Aufsichtspersonal der Zuchthäuser, Gefängnisse und Lager zeigt das wahre „Frauenideal“ des Faschismus. Ein solches Beispiel ist die berüchtigte, aus dem Belsen-Prozeß bekannte Irma Greese.

5. Widerstand der Frauen während des Naziregimes

Auch während des Hitlerregimes entwickelten sich die verschiedensten Formen des Widerstandes. Viele Tausende von Frauen führten illegal den Kampf und wanderten in Zuchthäuser und Lager. Viele von ihnen, u. a. Lieselotte Hermann, wurden hingerichtet oder, wie die ehemalige Reichstagsabgeordnete Franziska Kessel, zu Tode gefoltert. In Zuchthäusern und Lagern kam nicht nur die Einheitsfront der Gegner des Faschismus zustande, sondern auch die Verständigung mit den politischen Gefangenen aus allen besetzten Ländern. Diese Solidarität der politischen Gefangenen war besonders bei den Frauen sehr ausgeprägt. Ebenso waren die Zuchthäuser überfüllt mit Frauen, die ausländische Radio-

sendungen gehört, Flüsterpropaganda gemacht oder die Arbeitsgesetze sabotiert hatten. Frauen schützten Krankheiten vor oder nahmen Kinder an, um nicht für den Krieg arbeiten zu müssen, sie verließen nach Luftangriffen fluchtartig Betriebe und Wohnorte und kehrten oft erst nach schwersten Drohungen in die Betriebe zurück.

Viele Frauen unterstützten Gefangene und Kriegsgefangene und verbargen unter großen Gefahren illegale Funktionäre; hunderte antifaschistische Frauen haben jahrelang illegal aktiv gegen das Hitlerregime gekämpft.

IV. Die Frau im neuen Deutschland

1. Die Gleichberechtigung der Frau als Ausdruck wahrer Demokratie

Mit dem Entstehen wirklich demokratischer Verhältnisse in Deutschland muß sich die Stellung der Frau grundlegend ändern.

Wie in den verschiedenen großen Maßnahmen zur Demokratisierung Deutschlands, wie der Bodenreform, der Entmachtung der Trusts und Monopole, der Schulreform, so muß sich auch im Kampf um die **volle Gleichberechtigung der Frau** der neue Charakter unserer Demokratie durchsetzen.

2. Neue Aufgaben

- a) Im Kampfe um den Aufbau und die Sicherung des Friedens müssen die Frauen in den ersten Reihen stehen.

„Am Anfang des neuen Weges, den es zu beschreiten gilt, steht die Forderung: Nie wieder für reaktionäre imperialistische Kriegs- und Eroberungspolitik sich mißbrauchen zu lassen, alles zu tun, was dazu beiträgt, einen dauerhaften Frieden zu sichern. Nur durch einen langandauernden Frieden kann die Familie neu aufgebaut, das Familienglück gesichert werden. Nur durch einen langandauernden Frieden kann wieder ein würdevolles Leben unseres Volkes geschaffen werden und können die Kinder zu tüchtigen Menschen heranwachsen, die in fleißiger Arbeit für ihr eigenes Wohl und das Wohl des schaffenden Volkes Großes leisten.“ (Irene Gärtner, DVZ vom 6. 7. 45)

- b) Durch den verbrecherischen Hitler-Krieg veränderte sich die Zusammensetzung unserer Bevölkerung völlig. Wir haben einen Frauenüberschuß wie nie zuvor. Viele Männer sind Krüppel. Für Millionen Frauen wird es kein normales und glückliches Leben geben, sie werden Ersatz in der Arbeit und in Lebensberufen finden müssen.

- c) Die gigantische Aufgabe des Neuaufbaues ist nicht zu lösen, wenn sich die Frauen nicht in größter Anzahl aktiv beteiligen.
- d) Millionen Frauen sind die alleinigen Ernährer ihrer Familien, sie brauchen vollwertige und vollbezahlte Berufe, damit der Unterhalt und die Erziehung der Kinder gesichert sind.

3. Neue Rechte

- a) Zum erstenmal muß die Frau gleichberechtigte Partnerin des Mannes werden. Auf politischem und sozialem Gebiet müssen ihr dieselben Rechte zustehen wie dem Manne. Vor allem muß die **wirtschaftliche Gleichstellung** der Frau erkämpft werden. Die alte Losung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muß im neuen demokratischen Deutschland endlich verwirklicht werden.

„Neue Frauenberufe müssen den Frauen erschlossen werden, die ihnen wirtschaftliche Selbständigkeit geben und damit auch Selbstbewußtsein. Die Ungerechtigkeiten der Nazizeit müssen beseitigt werden. Die Frauen müssen endlich für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten.“

(Martha Arendsee, „Die Freie Gewerkschaft“ vom 13. 11. 45)

- b) Die doppelte und dreifache Belastung der Frau als Berufstätige, Hausfrau und Mutter bedarf besonderer Berücksichtigung bei allen Gesetzen und praktischen Aufbauarbeiten. Dem Mutterschutz muß ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
- c) Ebenso muß in der gesamten Kinderfürsorge eine große Entlastung der berufstätigen Frau erreicht werden. Durch die Verwirklichung der demokratischen Schulreform ist dafür zu sorgen, daß die künftige Generation ein solides Wissen erhält und im Geiste wahrer Demokratie und Völkerfreundschaft erzogen wird.

„Wir wollen unsere Kinder im freien Geist der neuen Zeit erziehen und ihnen eine hoffnungsfrohe Zukunft gestalten.“

(Friedel Malter, DVZ vom 25. 11. 45)

- d) Im neuen demokratischen Deutschland muß die Frau den Platz einnehmen, der ihr gehört: in den öffentlichen Aemtern, als Lehrerin in den Schulen, in den Gewerkschaften, als Betriebsrat usw.

„Es muß darum den Frauen der Platz eingeräumt werden, der ihnen gebührt! Den Frauen sollen zuerst einmal die Berufe eröffnet werden,

für die sie sich besonders eignen. Wir brauchen zum Beispiel jetzt eine große Anzahl neuer antifaschistischer Lehrkräfte für die Volksschulen; Kindergärtnerinnen müssen ausgebildet werden. Helfen wir den dazu befähigten Frauen und Mädchen, daß sie sich auf solche Berufe umschulen können, vor allem aber auch, daß sie über die Umschulungszeit hinwegkommen."

(Elli Schmidt, DVZ vom 30. 9. 45)

Die Auffassung, daß die Frau für öffentliche Ämter nicht geeignet sei, entspricht der nazistischen Ideologie über die Rolle der Frau und muß von allen Antifaschisten aufs entschiedenste bekämpft werden.

Die Gleichberechtigung der Frau darf im neuen Deutschland nicht nur eine formelle sein, sondern sie muß auf allen Gebieten unseres nationalen Lebens unter hervorragender Mitwirkung der Frauen selbst praktisch verwirklicht werden.

V. Die Frauenausschüsse und ihre Aufgaben

Die bei den kommunalen Selbstverwaltungen auf Initiative der Frauen entstandenen Frauenausschüsse wurden am 3. November 1945 durch eine besondere Verfügung Marschall Shukows bestätigt.

1. Die Zusammensetzung der Frauenausschüsse

In den Frauenausschuß werden Vertreterinnen der vier antifaschistischen Parteien und andere aktive Antifaschistinnen gewählt. Die Gewerkschaft und die Jugendausschüsse sollen ebenfalls ihre Vertreterinnen ernennen.

Mit der Schaffung von Frauenausschüssen wird zum erstenmal ein neuer und erfolgversprechender Weg beschritten, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, die Frauen aller Schichten auf breitester Basis zu erfassen, sie aus Verzweiflung und politischer Inaktivität aufzurütteln und für die praktische Aufbauarbeit zu gewinnen.

„Die Demokratie kann in Deutschland nur verwirklicht werden, wenn aktive Antifaschistinnen, gleich welcher Partei oder Religion, gleich ob politisch organisiert oder nicht, zu allen Aufgaben herangezogen werden.“

(Friedel Malter, DVZ vom 16. 10. 45)

2. Selbstverwaltungsorgane und Frauen

Durch die Eingliederung der Frauenausschüsse bei den kommunalen Selbstverwaltungen

- a) wird die Enge und Begrenztheit aller bisherigen Frauenbewegungen durchbrochen und den Frauen die Möglichkeit gegeben, den Magistraten Vorschläge zu verwaltungsmäßigen Regelungen aller Fragen zu machen, welche die Frauen besonders berühren,
- b) ist die materielle Unterstützung, die zur Entfaltung der Frauenarbeit notwendig ist, gesichert,
- c) wird den Frauen eine Mitbestimmung eingeräumt, wie es bisher in unserer ganzen Geschichte noch nicht der Fall war.

3. Die Hauptaufgaben in der Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungen

Die Frauenausschüsse sollen die Magistrate durch Unterbreitung entsprechender Vorschläge und praktische Mithilfe unterstützen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten des täglichen Lebens, z. B.:

- a) Förderung der allgemeinen Hygiene und Bekämpfung der Seuchengefahr,
- b) Hilfeleistung bei der Einrichtung und Durchführung von Schulspeisung, Kindergärten und Kinderheimen, Entbindungsheimen usw.,
- c) Förderung einer guten Zusammenarbeit mit den Kleinhändlern, um die Lebensmittelversorgung besser zu organisieren,
- d) Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus, um die Durchführung der demokratischen Schulreform zu unterstützen,
- e) praktische Mithilfe bei der Instandsetzung von beschädigten Wohnungen und Häusern und bei der Beschaffung von Schulräumen,
- f) der Not entsprechende Einrichtungen von Wärmestuben und Gemeinschaftsverpflegung,
- g) breiteste Hilfeleistung den Neusiedlern und Bäuerinnen beim Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft und in allen landwirtschaftlichen Arbeiten.

4. Die Hauptaufgaben der Frauenausschüsse

- a) Ideologische Aufklärung durch Presse, Schrifttum, Rundfunk, Film, Versammlungen usw., um die Nazideologie auszurotten und die Frauen im demokratischen Geiste zu erziehen.

- b) Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten. Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung der Frauen, der Umschulung, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung.
- c) Soziale Fürsorge für Frauen, Mütter und Kinder, alte Leute sowie für heimkehrende Soldaten, Umsiedler und Kriegsversehrte.
- d) Erziehung der Kinder und Jugendlichen, sowie enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Jugendausschüssen.
- e) Kulturelle Betreuung der Frauen, Mütter und Berufstätigen; Pflege der Geselligkeit.
- f) Beratung in Fragen der Hauswirtschaft und Ernährung.

5. Schaffung von Frauenberatungsstellen und Frauenheimen

Durch die Schaffung von Frauenberatungsstellen bei den Magistraten wird eine amtliche Einrichtung geschaffen, die für die Lösung der täglichen Lebensfragen und der Normalisierung des Lebens von größter Bedeutung ist.

Zur Durchführung der politisch-erzieherischen und kulturellen Aufklärungsarbeit im antifaschistisch-demokratischen Geist ist die Schaffung von Frauenheimen notwendig. Diese Heime sollen zum Sammelpunkt des politischen, kulturellen und geselligen Lebens breiter Schichten von Frauen und Müttern werden.

6. Die Unterstützung der Arbeit in den Frauenausschüssen ist eine wichtige Aufgabe der gesamten Partei

Die Kommunisten haben die Aufgabe, die Tätigkeit der Frauenausschüsse aktiv zu unterstützen. Dabei sollten sie sich von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

- a) Ohne aktive Mitarbeit der Frauen wird der Wiederaufbau nicht möglich sein.
- b) Den Frauen müssen auf allen Gebieten des Lebens alle Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden.
- c) Berufe, für welche Frauen besonders geeignet sind, sollten ihnen vor allem offenstehen, z. B. Lehrberufe.
- d) Alle höheren Bildungsanstalten müssen den Frauen geöffnet werden.
- e) Frauen gehören auf verantwortliche Posten in den Verwaltungen.
- f) Wo in den Betrieben in der Mehrzahl Frauen arbeiten, sollten auch die Betriebsräte vorwiegend aus Kolleginnen bestehen.
- g) In allen Betrieben, Gewerben usw. steht den Frauen das Mitbestimmungsrecht zu.

7. Die besten antifaschistischen Frauen gehören in die Kommunistische Partei

Um die großen Aufgaben des demokratischen Wiederaufbaus Deutschlands durchzuführen, muß die Partei eine wirkliche Partei des schaffenden Volkes sein. Bei der heutigen Zusammensetzung unserer Bevölkerung heißt das, daß wir in allergrößtem Maße die Frauen für den Eintritt in die Kommunistische Partei gewinnen müssen. Für die Frauen, die überall am Aufbau aktiv tätig sind, die in den Frauenausschüssen und Kinderhilfsaktionen eifrig mitarbeiten, die in Betrieben und Verwaltungen ihre Kräfte einsetzen, für alle diese Frauen müssen die Tore der Partei weit geöffnet sein.

„Wir wollen alle fortschrittlichen, politisch denkenden Menschen, Männer und Frauen, für die KPD werben, die sich fähig und stark genug fühlen, mit uns zusammen alle Schwierigkeiten der Lage, in der sich Deutschland befindet, zu überwinden und die mit uns zusammen gewillt sind, ein neues friedliches und glückliches Leben für das deutsche Volk aufzubauen.“ (Franz Dahlem, DVZ, 2. 11. 1945)

Vortragsdisposition

Nr. 22

Der Spartakusbund und die Gründung der KPD

I N H A L T

- I. Der erste Weltkrieg
- II. Wie kam es zur Spaltung der Arbeiterklasse?
- III. Der Spartakusbund
- IV. Die Gründung der KPD

VERLAG NEUER WEG GmbH., BERLIN

Vortragsdisposition Nr. 22

Der Spartakusbund und die Gründung der KPD

30 Jahre sind seit der Gründung des Spartakusbundes verflossen, und unsere Partei kann in diesen Tagen auf ihr 27jähriges Bestehen zurückblicken. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands erfolgte auf einer Konferenz, die vom 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 in dem ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg tagte. Der 27. Jahrestag des Gründungstages unserer Partei soll uns Anlaß sein, die Entstehung der KPD zu behandeln.

„Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945)

Als Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg ist sie entstanden, als solche Partei hat sie 27 Jahre lang diesen Kampf geführt und führt ihn heute mit unverminderter Entschlossenheit weiter.

I. Der erste Weltkrieg

1. Die Ursachen des imperialistischen Krieges

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts ging der Kapitalismus endgültig in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, über. Unter dem Imperialismus wurden die mächtigen Vereinigungen der Kapitalisten, die Monopole, Trusts, Kartelle und Großbanken, zum entscheidenden Machtfaktor der

kapitalistischen Staaten. Sie bestimmten die Richtung der Innen- und Außenpolitik des Landes. Das Finanzkapital wurde zum wahren Herrscher im Staate. Die Monopole, Trusts und Kartelle forderten neue Absatzmärkte, die Eroberung neuer Kolonien, neue Rohstoffquellen und neue Gebiete für die Kapitalausfuhr. Die Ursache des imperialistischen Krieges liegt in der Herrschaft des Finanzkapitals.

2. Wofür kämpften die deutschen Imperialisten?

Der deutsche Imperialismus verfolgte das Ziel der Eroberung von Kolonien, der Festigung seiner Herrschaft im Nahen Osten, sowie der Verstärkung der deutschen Flotte, die auf den Weltmeeren die Stellung Englands brechen sollte. In Europa erstrebten die deutschen Imperialisten die Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs einschließlich der Kanalküste, die Eroberung der Ukraine, Polens und der baltischen Länder, um so zur Hegemonie in Europa zu gelangen.

3. Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus stürzten unser Volk in den Abgrund

Um die Werktätigen unseres Volkes für ihre hemmungslosen, raubgierigen Ziele zu gewinnen, gründeten, finanzierten und unterstützten die deutschen Imperialisten zahlreiche sogenannte „nationale“ Organisationen (Deutsche Kolonialgesellschaft, Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, Jung-Deutschland-Bund, Wehrverein usw.). In Wirklichkeit waren das jedoch keine nationalen, sondern reaktionäre, militaristische und imperialistische Verbände.

Die wirklichen Kämpfer für die deutsche Nation waren nicht diejenigen, die den Krieg unterstützten und Deutschland dem Abgrund näherbrachten, sondern diejenigen, die, wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck, gegen den imperialistischen Krieg und für den Frieden kämpften. Das wurde anschaulich durch die Ergebnisse des ersten Weltkrieges erwiesen, der den deutschen Finanzmagnaten (Krupp, Stinnes u. a.) Milliardengewinne brachte, dem deutschen Volke aber 2 Millionen Tote und 5 Millionen Verwundete kostete.

II. Wie kam es zur Spaltung der Arbeiterklasse?

1. Der Revisionismus in der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit

Vor dem ersten Weltkrieg war die Arbeiterbewegung nicht gespalten. Die revolutionären Arbeiter waren in der Sozialdemokratischen Partei vereinigt. Trotzdem gab es schon viele Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in den Reihen der Sozialdemokratie eine rege Tätigkeit rechter Elemente (Revisionisten), die bestrebt waren, den Marxismus zu verfälschen und den revolutionären Inhalt der marxistischen Lehre totzuschweigen

2. Der Revisionismus ruft die Gefahr einer Spaltung hervor

Der Revisionismus hat nicht nur durch seine Abkehr vom Marxismus die ideologischen Grundlagen der Arbeiterbewegung gefährdet, sondern auch bereits lange vor dem ersten Weltkriege die Gefahr einer Spaltung hervorgerufen.

Engels sah bereits im Jahre 1885 voraus, daß die Fortsetzung der Tätigkeit der rechten Elemente innerhalb der Sozialdemokratie zur Spaltung der Partei führen wird.

„Das kleinbürgerliche Element in der Partei bekommt mehr und mehr Oberwasser. Der Name von Marx soll möglichst unterdrückt werden. Wenn das so vorangeht, so gibt es eine Spaltung in der Partei, darauf kannst Du Dich verlassen.“

(Engels, Brief an Wilhelm Liebknecht vom 4. Februar 1885)

So wurde durch die Tätigkeit der rechten Elemente innerhalb der Sozialdemokratischen Partei durch ihre Abkehr vom Marxismus die Spaltung der Partei vorbereitet. Am 4. August 1914 wurde die Voraussage Engels grauenvolle Wirklichkeit.

3. Die Beschlüsse der Sozialdemokratie gegen den Krieg

Schon lange vor Ausbruch des ersten Weltkrieges war es den revolutionären Arbeitern, die mit der marxistischen Lehre bekannt waren, klar, daß durch die ständige Verschärfung der imperialistischen Gegensätze die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwoen wird. In Deutschland stand Karl Liebknecht an der Spitze des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Im Geiste des Marxismus wurde von den Linken in Aufrufen und Artikeln immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, den Krieg durch revolutionäre Kampfmaßnahmen zu verhindern und, falls dies nicht gelingt, die Kriegskrise zum Sturz des Imperialismus auszunutzen.

a) Der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907

forderte die Arbeiterklasse und ihre Vertreter in den Parlamenten auf, in Uebereinstimmung miteinander energisch gegen den Ausbruch eines Krieges zu kämpfen. Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, so forderte die Resolution des Stuttgarter Kongresses auf, alle Anstrengungen darauf zu richten,

„für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen, und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

b) Der Chemnitzer Parteitag der SPD, 1912,
erklärte am Schluß seiner Resolution:

„Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdlich für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergedrungen ist.“

c) Der Baseler Kongreß der II. Internationale

tagte kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1912. Angesichts des drohenden Krieges befaßte sich der Kongreß ausführlich mit der Kriegsfrage und nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien gegenüber dem imperialistischen Kriege festgelegt wurde. In dieser Resolution werden die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart und Kopenhagen ausdrücklich bestätigt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufriittelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

d) Noch am 25. Juli 1914, als zwischen Oesterreich und Serbien bereits der Krieg auszubrechen drohte, wenige Tage vor Ausbruch des Weltkrieges, hieß es im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer . . .“

Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

**Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!
Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“**

So hat die Sozialdemokratie bis zu den letzten Tagen vor Kriegsausbruch in Worten ihre Stellung zum imperialistischen Kriege festgelegt.

4. Die Prüfung vom 4. August 1914

Am 1. August 1914 brach der Weltkrieg aus. Am 4. August 1914 bewilligte die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags für den imperialistischen Krieg Wilhelm II. die Kriegskredite. Damit haben die sozialdemokratischen Führer von 1914 die Beschlüsse der Partei und der II. Internationale mit Füßen getreten und die deutsche Arbeiterklasse in das mörderische Feuer des ersten Weltkrieges gestürzt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war Karl Liebknecht der einzige, der konsequent gegen die Kriegskredite und die Unterstützung der imperialistischen Regierung Stellung nahm. Er gab eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital . . .“

Bei der nächsten Sitzung am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als einziger im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck sowie andere linke sozialdemokratische Führer hielten den Grundsätzen des Marxismus, den Beschlüssen der Partei und der II. Internationale die Treue. Die übrigen Führer der damaligen Sozialdemokratie hatten die Abkehr vom Marxismus und den Beschlüssen der II. Internationale vollzogen.

5. Die Spaltung der Arbeiterklasse

So wurden durch die Abkehr des größten Teils der damaligen sozialdemokratischen Führung von den Grundsätzen des Marxismus die Sozialdemokratische Partei und die deutsche Arbeiterbewegung gespalten. Von nun ab gab es zwei Flügel in der Arbeiterbewegung,

1. die offizielle Führung und die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei, die eine Abkehr vom Marxismus vollzogen hatten und gemein-

sam mit der imperialistischen Bourgeoisie den Krieg durchführten, und

2. eine revolutionäre Minderheit, die dem Marxismus treu geblieben war und die unter der Losung „Klassenkampf gegen den Krieg“ einen unversöhnlichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führte.

6. Ursachen und Folgen der Spaltung von 1914

Die Ursachen der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse lagen also darin, daß bei Ausbruch des Weltkrieges der überwiegende Teil der damaligen sozialdemokratischen Führer offen den Weg des Marxismus verließ.

Die Kriegspolitik der damaligen sozialdemokratischen Führer führte nicht nur zur Spaltung innerhalb der Leitung. Durch die rigorosen Maßnahmen der Parteiführung gegen die Opposition (Ausschlüsse der Opposition aus der Parlamentsfraktion, Raub der Parteizeitungen der Opposition, Denunziationen der oppositionellen Funktionäre bei den deutschen Militärbehörden usw.) wurde die gesamte Partei gespalten.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung im Jahre 1914 wurde im Jahre 1918 und 1933 zum Verhängnis, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die ganze Nation.

III. Der Spartakusbund

1. Die Gruppe „Internationale“

Diejenigen Sozialdemokraten, die den Grundsätzen des Marxismus und den Beschlüssen der Partei und der Internationale treu geblieben waren — Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u. a. — führten während des ganzen Krieges einen heldenhaften Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für Frieden und Freiheit.

a) Liebknechts Erklärung am 2. Dezember 1914

Entgegen der unwahren Erklärung der offiziellen Parteiführung vom „Verteidigungskrieg“ zeigte Karl Liebknecht den wahren imperialistischen Charakter des Krieges auf. Entgegen der dem Marxismus widersprechenden Unterstützung des imperialistischen Krieges weigerte sich Karl Liebknecht für die Kriegskredite zu stimmen. Aus diesem Anlaß gab er am 2. Dezember 1914 eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes

entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes . . .

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen . . .

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine verantwortlichen Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, 2. Dezember 1914.

Gez. Karl Liebknecht.“

b) Die Einberufung Karl Liebknechts und die Verhaftung Rosa Luxemburgs

Das mutige Auftreten Karl Liebknechts erregte großes Aufsehen im ganzen Land und wurde von vielen revolutionären Arbeitern stürmisch begrüßt. Die kaiserliche Kriegsregierung antwortete am 7. Februar 1915 mit der Einberufung Karl Liebknechts als Armierungssoldat, obwohl er Mitglied des Reichstages war, zu dessen Sitzungen er nur „beurlaubt“ wurde. Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg verhaftet.

c) Das Erscheinen der Zeitschrift „Internationale“

Am 15. März 1915 erschien die erste und einzige Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“, die eine offene Kampfansage gegenüber der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Führerschaft darstellte. Sie wurde sofort verboten. Nach Erscheinen der Zeitschrift wurde die Gruppe um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck „Gruppe Internationale“ genannt.

d) Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Im Mai 1915 verfaßte Karl Liebknecht das berühmt gewordene Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, in dem er die Zielsetzung der „Gruppe Internationale“ klar umriß. Im Flugblatt heißt es u. a.:

„Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Lande. Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampfe, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk . . .

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergesslichkeit der Massen — sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den stürmischen Ruf:

Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen! Genug und übergenuß der Metzeler! Nieder mit den Kriegshezern dsesseits und jenseits der Grenze! Ein Ende dem Völkermord!“

So haben die besten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck, schon vor über 30 Jahren einen energischen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus geführt.

e) Die Verhaftung Wilhelm Piecks

Der Einfluß der sozialdemokratischen Opposition wuchs ständig. Mit der Antikriegsarbeit in Berlin hatte die „Gruppe Internationale“ Wilhelm Pieck betraut. Am 28. Mai 1915 fand vor dem Reichstagsgebäude (anläßlich der zur Kriegserklärung Italiens einberufenen Reichstagssitzung) unter Leitung Wilhelm Piecks eine große Frauendemonstration für den Frieden statt, auf der Wilhelm Pieck verhaftet wurde. Am 9. Juli 1915 wurde ein offener Brief der Opposition an den Parteivorstand der SPD herausgegeben, der von annähernd 1000 sozialdemokratischen Funktionären unterzeichnet war.

2. Der Spartakusbund

a) Die Gründung des Spartakusbundes

Der 1. Januar 1946 ist der 30. Jahrestag der Gründung des Spartakusbundes. Vor 30 Jahren, am 1. Januar 1916, fand in Berlin, im Büro Karl Liebknechts in der Chausseestraße, eine Konferenz der „Gruppe Internationale“ statt, wo die Gründung des Spartakusbundes erfolgte. Auf

dieser Konferenz wurden die Leitsätze des Spartakusbundes angenommen, die die Treue zu den gefaßten Beschlüssen der II. Internationale zum Ausdruck brachten. So hieß es dort u. a.:

„Die Pflicht der Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran.“

Die Konferenz beschloß, politische Briefe illegal herauszugeben, die mit der Unterschrift „Spartakus“ erschienen. Nach diesen Briefen, die zunächst vervielfältigt und seit September 1916 als Mitteilungsblatt gedruckt erschienen, wurde die „Gruppe Internationale“ als „Spartakusgruppe“ bezeichnet. Während der Novemberrevolution wurde sie in „Spartakusbund“ umbenannt.

Die Spartakusgruppe war somit die Vereinigung aller derjenigen Sozialdemokraten, die dem Marxismus treu geblieben waren. Sie führte die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie in ihrem Kampf weiter. Die Mitglieder des Spartakusbundes waren die konsequentesten Kämpfer gegen Imperialismus und Reaktion, gegen Militarismus und Krieg. Aus dem Spartakusbund ist die KPD entstanden.

b) Lenin über den Spartakusbund

Lenin wies wiederholt darauf hin, daß der Spartakusbund die besten und ehrlichsten Sozialdemokraten vereinigte, die dem Sozialismus treu geblieben waren.

„Mit Liebknecht und den Spartakusleuten geht alles, was unter den Sozialisten Deutschlands ehrlich und wirklich revolutionär geblieben ist, alles, was an Bestem und Ueberzeugtem im Proletariat vorhanden ist, die gesamten Massen der Ausgebeuteten, unter denen die Empörung brodet und die Bereitschaft zur Revolution wächst.“

(Lenin, Gesammelte Werke, Bd. XXIII, S. 643)

c) Die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD)

Im März 1916 kam es zu einer Reihe von Demonstrationen und Streiks gegen den Krieg, die auch dazu beitrugen, daß sich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein immer größerer Widerstand gegen die Fortsetzung der Kriegspolitik herausbildete. So kam es anläßlich der Reichstagssitzung am 24. März 1916 schon zu einer Spaltung der Reichstagsfraktion durch den Ausschluß der gegen das Kriegsbudget stimmenden oppositionellen Mitglieder. Vom Parteivorstand wurde die Spaltung planmäßig betrieben, weil er fürchtete, daß er die Verfügung über den Organisationsapparat zahlreicher großstädtischer Organisationen verlieren würde. Massenausschlüsse oppositioneller Ortsgruppen folgten. Damit wurde die Notwendigkeit für die Gründung einer von der Sozialdemokratie abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geschaffen, die auf einer Konferenz vom 6. bis 9. April 1917 in Gotha erfolgte und der sich auch die Spartakusgruppe anschloß.

d) Der Charakter der USPD

In der USPD war ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse, der ehrlich und entschlossen gegen den imperialistischen Krieg kämpfte, vereint. Der Führung der USPD — Haase, Kautsky, Bernstein, Hilferding, Crispian, Ledebour — fehlte es jedoch an Entschlossenheit, und ihre Halbheiten trugen zur Schwächung der revolutionären Kräfte bei.

Gegenüber der Unentschlossenheit der Parteiführung trat eine Opposition auf, der solche Vorkämpfer der Arbeiterklasse, wie Ernst Thälmann, Wilhelm Florin, Franz Dahlem, Wilhelm Koenen, Walter Stöcker u. a., angehörten, die im Jahre 1920 die Vereinigung mit der KPD herbeiführten.

e) Die Antikriegsdemonstrationen im Mai 1916 und die Verhaftung Karl Liebknichts

Im Mai 1916 fanden in ganz Deutschland große Hunger- und Friedensdemonstrationen statt. Die imperialistische Kriegsregierung Wilhelm II. verhängte den verschärften Belagerungszustand in Dresden, Hanau, Jena und anderen Orten Deutschlands. Der Höhepunkt der deutschen Friedensbewegung war die große Antikriegsdemonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin, als Karl Liebknicht gegen die Losung des Burgfriedens die Losung des Burgkriegs gegen die Kriegsverbrecher und des Friedens ausgab. Karl Liebknicht wurde sofort verhaftet. Die Verurteilung Liebknichts zu 2½ Jahren Zuchthaus löste eine große Welle von Proteststreiks und Protestkundgebungen der Arbeiterschaft aus, die noch höher stieg, als bei einer zweiten Kriegsverhandlung die Strafe Karl Liebknichts auf 4 Jahre und einen Monat Zuchthaus erhöht wurde.

f) Der Kampf gegen den Krieg ist nicht Landesverrat,

sondern eine wahrhaft patriotische Tat. Die Freiheits- und Friedensbewegung des Spartakusbundes wurde von allen Reaktionären als „Landesverrat“ und als „Vorschub für eine feindliche Macht“ bezeichnet. Die Beschimpfung von Revolutionären als „ausländische Agenten“ ist eine alte Lüge der Reaktion.

In einem Brief Karl Liebknichts aus dem Zuchthaus Moabit an das Königliche Kommandanturgericht heißt es dazu am 8. Mai 1916:

„Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der ‚Vorschub zu leisten‘ er auch nur denken könnte . .

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er faßt ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande

bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus . . .

Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen . . . ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen . . .

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung.“

Heute ist es einem jeden klar, daß der Kampf des Spartakusbundes während des ersten Weltkrieges und der Kampf der KPD in den letzten 27 Jahren gegen die Imperialisten und Kriegshetzer ein wahrhaft nationaler Kampf war, um dem deutschen Volke die Leiden zweier Weltkriege zu ersparen. Landesverrat dagegen begingen die Reaktionären und Imperialisten, die zum Zwecke ihrer eigenen Bereicherung das deutsche Volk zweimal in die Katastrophe führten.

IV. Die Gründung der KPD

I. Das Ansteigen der revolutionären Bewegung 1917—1918

Mit den steigenden Blutopfern und der materiellen Verschlechterung der Lage im Hinterland vollzog sich ein schnelles Ansteigen der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg, für einen sofortigen Frieden.

a) Die Auswirkungen der russischen Februar-Revolution und Oktober-Revolution

Einen großen Ansporn erfuhr die Spartakusbewegung wie überhaupt die Antikriegsbewegung der deutschen Arbeiterschaft durch die revolutionäre Bewegung in Rußland, die im Februar 1917 zum Sturze des Zarenregimes führte, wenn auch noch nicht zur Beendigung des Krieges. Eine noch größere Einwirkung auf die deutschen Arbeiter hatten der Sieg der Großen Sozialistischen Oktober-Revolution am 7. November in Rußland und die Friedensdeklaration der Sowjetregierung am 8. November 1917

b) Massenstreiks

Der Aufschwung der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg machte sich zuerst im stürmischen Wachsen der Streikbewegung bemerkbar. Die Zahl der Streikenden betrug:

1915:	12 000
1916:	124 000
1917:	651 000
1918:	1 304 000

Anfang 1917 brach der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet aus, dem Massenstreiks in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Halle (Leune-Werke), Braunschweig, Hannover, Dresden usw. folgten. Der Höhepunkt der Streikbewegung war der große Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, der nicht nur den Widerstand gegen die Hungerrationen der Arbeiter ausdrückte, sondern auch eine scharfe Protestaktion gegen den vom deutschen Generalstab dem Sowjetvölk aufgezwungenen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk war, und auf dem erstmalig Arbeiterräte geschaffen wurden.

2. Die Reichskonferenz des Spartakusbundes

Am 1. Oktober 1918 fand eine Reichskonferenz des Spartakusbundes statt, die sich mit der Frage der revolutionären Erhebung der Arbeiterschaft gegen den Krieg beschäftigte. Die Konferenz arbeitete ein Aktionsprogramm aus, jedoch zu seiner Durchführung fehlte es an einer selbständigen revolutionären Partei, die die Führung dieser Aktion in ihre Hände nahm.

3. Das Aktionsprogramm des Spartakusbundes

Der auf der Reichskonferenz am 1. Oktober 1918 angenommene Aufruf des Spartakusbundes stellte u. a. folgende Forderungen:

- Freilassung aller politischen Gefangenen.
- Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
- Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes (Arbeitszwangsgesetz seit 1916).
- Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten.
- Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Anschließend heißt es im Aufruf des Spartakusbundes:

„... Die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles (d. h. der Arbeiter, d. R.), sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“

(Aufruf der Spartakus-Konferenz vom 1. 10. 1918)

4. Begrüßung Lenins an die Oktoberkonferenz des Spartakusbundes

In einer Begrüßung, die Lenin an die Konferenz des Spartakusbundes sandte, hieß es u.a.:

„Ich benutze diese Gelegenheit, um unsere besten Wünsche den deutschen revolutionären Sozialdemokraten-Internationalisten zu übermitteln. Die Arbeit der deutschen Spartakus-Gruppe, die unter den schwierigsten Umständen eine systematische revolutionäre Propaganda trieben und wirklich die Ehre des deutschen Sozialismus und des deutschen Proletariats gerettet haben.“

5. Die Schwächen des Spartakusbundes

Neben den unzweifelhaften Verdiensten des Spartakusbundes während des ersten Weltkrieges wurde jedoch auch eine Reihe von Fehlern begangen.

a) Verspätete organisatorische Trennung

Die Schaffung einer selbständigen neuen Partei wurde verzögert. Das Hinausschieben der Gründung einer Kommunistischen Partei war ein schwerer Unterlassungsfehler, der zur Folge hatte, daß in der Zeit des Zusammenbruchs des Kaiserreichs der deutschen Arbeiterschaft eine revolutionäre Partei fehlte, die es zum Siege über den Imperialismus, zur Vernichtung der imperialistischen Machthaber hätte führen können. Das war mit einer der Ursachen, daß es in Deutschland am 9. November bei einer nicht zu Ende geführten bürgerlich-demokratischen Revolution blieb, die wohl die Monarchie stürzte, aber die reaktionären Kräfte unangetastet ließ und ihnen so die Möglichkeit gab, einen neuen Krieg vorzubereiten.

b) Die Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen

Die Mehrheit des Spartakusbundes vertrat die Ansicht, daß es notwendig sei, an den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 nicht teilzunehmen und sie zu boykottieren. Dieser Standpunkt entsprang der unrichtigen These, daß der „Parlamentarismus politisch überlebt“ sei, und daß „der unvermeidliche Zusammenbruch des Kapitalismus vor der Tür stehe“.

In seinem Buch „Der Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ widerlegte Lenin diese falschen Anschauungen. Lenin schrieb, daß

„... der Parlamentarismus in Deutschland sich politisch noch nicht überlebt hat, daß die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des revolutionären Proletariats unbedingte Pflicht ist, gerade um die rück-

ständigen Schichten ihrer Klasse zu erleiden, gerade um die unentwickelte, geduckte, unwissende Masse auf dem Lande aufzurütteln und aufzuklären“.

(Lenin, „Der ‚Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, S. 41)

6. Die Gründung der KPD

Durch die verspätete organisatorische Trennung wurde die KPD erst am Abschluß der ersten Etappe der Revolution, fast 2 Monate nach dem 9. November 1918, geschaffen. Die Gründung der KPD erfolgte auf der letzten Reichskonferenz des Spartakusbundes, die vom 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhaus tagte. Auf dieser Konferenz waren 83 Delegierte aus 46 Orten Deutschlands vertreten. Zum Abschluß der Konferenz wurde das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt, dem u. a. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck angehörten.

7. Die Grundlinien des Kampfes der KPD

27 Jahre sind seit der Gründung der KPD vergangen, 30 Jahre seit der Bildung des Spartakusbundes. So unterschiedlich auch die Entwicklung der Partei, ihre Arbeit und ihr innerer Zustand in den einzelnen Etappen war, durch die ganzen 27 Jahre ihrer Politik zieht sich eine **einheitliche Grundlinie**, die mit aller Konsequenz durchgeführt wurde:

- a) Der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden und Völkerverständigung und für die Freundschaft mit der Sowjetunion.
- b) Der Kampf gegen Reaktion und für eine Demokratie, die den Werktätigen den entscheidenden Einfluß im Staate sichert, mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen.
- c) Der Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Marxismus und für das feste Bündnis mit der Bauernschaft, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen.
- d) Der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen, der Werktätigen, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer.

In dieser Grundlinie ihrer Politik unterscheidet sich die KPD von allen anderen Parteien. Unsere Partei ist nie von dieser Grundlinie abgewichen und hat mit ihren Voraussagen über die weitere Entwicklung recht behalten. Das ist die Ursache für das Vertrauen, das unsere Partei bei den Werktätigen genießt.

8. Die Hauptaufgabe ist Stärkung der Einheit

Eine der Hauptursachen, daß der Kampf der Partei früher nicht von Erfolg gekrönt war, war das Fehlen der Einheit der Arbeiterschaft. Heute gilt es, die Einheit der Arbeiterklasse zu erkämpfen. Daher haben wir die Aufgabe, die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien, die auf dem Boden des Marxismus stehen, zu stärken, um auf diesem Wege zur Einheitspartei der Arbeiterschaft zu gelangen.

Wenn es unserer Partei trotz ihres Kampfes gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg nicht gelungen ist, das deutsche Volk vor den Schrecken des Naziregimes und des zweiten Weltkrieges zu bewahren, so liegt die Hauptursache dafür in der Spaltung der Arbeiterklasse. Daraus gilt es heute die Lehre zu ziehen und alles zu tun, um die **Aktionseinheit der Arbeiterklasse** zu erhalten und zu festigen. Darüber hinaus kämpft die KPD für die Weiterentwicklung der Aktionseinheit zur **Einheitspartei**. Darum bedeutet die Stärkung der KPD zugleich eine Stärkung des Kampfes um die Schaffung der Einheitspartei der deutschen Arbeiterschaft.

Vortrags- Disposition

Die Gewerkschafts- Delegiertenkonferenzen

(Zur Plattform über die Grundsätze und Aufgaben
der Freien Gewerkschaften)

Die Gewerkschafts-Delegiertenkonferenzen

(Zur Plattform über die Grundsätze
und Aufgaben der Freien Gewerkschaften)

I N H A L T

	Seite
I. Die Bedeutung der Plattform	3
II. Die Aufgaben der Gewerkschaften	7
III. Der Aufbau der Gewerkschaften	15
IV. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften	19

VERLAG NEUER WEG, BERLIN

Im Januar und Februar 1946 finden in den Bezirken der sowjetischen Besatzungszone Gewerkschafts-Delegiertenkonferenzen statt, die ihren Abschluß auf einer zentralen Gewerkschafts-Delegiertenberatung für die ganze Zone finden sollen. Die auf streng demokratischer Grundlage durchzuführenden Wahlen zu diesen Konferenzen beginnen Anfang Januar. Der Wahlkampagne liegt eine „Plattform über die Grundsätze und Aufgaben der Freien Gewerkschaften“ zugrunde, die in gemeinsamen Beratungen aller beteiligten Körperschaften ausgearbeitet wurde und den Delegiertenkonferenzen unterbreitet wird. In dieser Plattform wurden die grundlegenden Probleme der Gewerkschaftsarbeit behandelt.

I. Die Bedeutung der Plattform

1. Ein Dokument der Einheit

Die grundlegende politische Bedeutung der Gewerkschaftsplattform besteht darin, daß alle in den Gewerkschaften zusammengefaßten politischen Richtungen, Kommunisten und Sozialdemokraten, Hirsch-Dunckersche und christliche Gewerkschaftler, dieser Plattform zugestimmt haben.

Die beiden Arbeiterparteien, KPD und SPD, haben in der gemeinsamen Erklärung vom 10. Dezember 1945 zu dieser Plattform Stellung genommen und erklärt:

„Die vom Organisationsausschuß veröffentlichten Grundsätze und Aufgaben der Freien Gewerkschaften finden bei beiden Arbeiterparteien Widerhall. Sie betrachten dieses Dokument als richtunggebend für eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik, die zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen führen wird und der Arbeiterklasse den Einfluß sichert, der ihrer Bedeutung entspricht.“

Somit ist diese Plattform ein Dokument, das die in den neuen Freien Gewerkschaften hergestellte Einheit zum Ausdruck bringt.

2. Der Weg zur Sicherung des Friedens

Die Plattform sagt den Arbeitern, wie der Kampf um die Sicherung des Friedens geführt werden muß. Die Plattform behandelt in ihrem 2. Abschnitt ausführlich die Aufgabe, die Betriebe vom Faschismus zu säubern. Diese Säuberung ist die wichtigste Voraussetzung, um den Frieden zu sichern. In der Plattform heißt es:

„Die Leitungen und Zweigstellen der Konzerne sind noch immer als Organe der großen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten tätig. Mit den verschiedensten Methoden führen sie gegenwärtig den Kampf, um vom deutschen Imperialismus soviel wie möglich zu retten. Aehnlich wie nach dem ersten Weltkrieg tarnen sie sich und suchen als „Hitlergegner“ ihre Positionen zu halten und Zeit zu gewinnen, damit sie später ihre alte imperialistische Politik fortsetzen können.“

3. Die Gewerkschaften sind selbständige Organisationen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen

In der praktischen Gewerkschaftsarbeit ist es verschiedentlich vorgekommen, daß die Gewerkschaften sich auf die bürokratische Erfassung der Gewerkschaftsmitglieder oder fast nur auf die Wirtschaftsaufgaben beschränkten. Dabei wurden die grundlegenden Gewerkschaftsaufgaben vernachlässigt. Demgegenüber stellt die Plattform klar und eindeutig fest:

„Die Freien Gewerkschaften sind die Massenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, die sich zur Aufgabe gestellt haben, durch den gemeinsamen Kampf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern und mitzuhelfen, den demokratischen Einfluß der Werktätigen zu sichern und zu erweitern.“

Damit ist eindeutig festgelegt, daß die Freien Gewerkschaften selbständige Organisationen der Arbeiterklasse zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen sind.

II. Die Aufgaben der Gewerkschaften

Die wichtigsten, in der Plattform festgelegten Aufgaben der Gewerkschaften sind:

1. Säuberung der Betriebe

Die Plattform geht davon aus, daß „die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben die Säuberung der Betriebe und Wirtschaftsorgane von Faschisten und Kriegsinteressenten“ ist und legt daher folgende Aufgaben fest:

- a) „Säuberung der Betriebsleitungen von Kriegsverbrechern, Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen und anderen Kriegsinteressenten. Uebereignung dieser Betriebe an die Landes- bzw. Provinzial- oder Stadtverwaltungen.
- b) Schließung der Großbanken in den Gebieten Deutschlands, in denen sie noch bestehen, und Uebernahme der Banktätigkeit durch die Provinzial- und Landesbanken (später Zentralbank) und solche Privatbanken für einzelne Gebiete, die dem Handwerk, Gewerbe und den landwirtschaftlichen Genossenschaften dienen.
- c) Liquidierung der Konzerne sowie der Kartell- und Unternehmerorganisationen, Uebernahme der Konzernbetriebe, soweit sie nicht den Besatzungsbehörden unterstehen, durch die Landes- Provinzialverwaltungen oder Stadtverwaltungen.
- d) Ueberführung der Betriebe von öffentlicher Bedeutung, wie Gas, Wasser, Elektrizität und dergleichen, in die Hände der Stadt-, Gemeinde- oder Provinzialverwaltung.“

2. Die Aufgaben im demokratischen Aufbau

Die Gewerkschaften sind an vielen Organen der demokratischen Selbstverwaltung, wie Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsabteilungen bei den Verwaltungen u. a. beteiligt. Diesen Organen fehlt jedoch noch wirkliches demokratisches Leben in ihrer Arbeit. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, mitzuhelfen, daß diese Demokratisierung verwirklicht wird.

„Demokratie ist die tägliche, aktive Mitarbeit des Volkes. / Nur durch die tägliche Wachsamkeit aller demokratischen Kräfte kann verhindert werden, daß faschistische und reaktionäre Kräfte, ähnlich wie in der Weimarer Republik, die Demokratie benutzen, um sie besser vernichten zu können. Das Charakteristische an der Weimarer Demokratie war, daß die Errungenschaften der Arbeiterschaft von 1918 durch Zusammenarbeit mit reaktionären Elementen verspielt wurden.“

(Walter Ulbricht, „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?“. DVZ vom 19. 12. 45)

Die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß an Stelle der alten reaktionären „Fachbeamten“ zuverlässige Antifaschisten und Demokraten, die sich im Kampfe gegen den Faschismus und Imperialismus bewährt haben, die verantwortlichen Funktionen ausüben.

3. Die Aufgaben in der Wirtschaft

Die Plattform stellt weiter fest, daß die Gewerkschaften als die Organisation der Arbeiter und Angestellten eine große Mitverantwortung für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft haben. Sie betont, daß die Lösung der schwierigen Wirtschaftsfragen das volle Mitbestimmungsrecht der freien Gewerkschaften und der Betriebsräte erfordert. Neben der Aufgabe, an der Vorbereitung und Durchführung des Wirtschaftsplanes 1946 aktiv mitzuarbeiten, hält die Plattform folgende Maßnahmen als nächste Aufgaben für notwendig:

- a) In den privalkapitalistischen Unternehmungen ist dafür zu sorgen, daß solche Waren produziert werden, die vordringlich für den Aufbau der Wirtschaft, für die Versorgung der Bauernwirtschaften und für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind.
- b) In den Betrieben, die als Betriebe früherer Nazis und Kriegsinteressenten in die Hände der Landes- oder Stadtverwaltung übergegangen sind, sind alle technischen und arbeitsorganisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Produktion zu steigern.
- c) In allen Betrieben ist sicherzustellen, daß die Betriebsräte bei der Festlegung der Produktionsaufgaben, bei Verhandlungen mit den Selbstverwaltungsorganen wie bei der Regelung der Arbeitsbedingungen das volle Mitbestimmungsrecht haben.
- d) Die Freien Gewerkschaften entsenden Funktionäre in die Wirtschaftsabteilungen bei den Landes- und Stadtverwaltungen und in die Industrie- und Handelskammern.

Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Funktionäre für die Aufgaben in der Wirtschaft zu schulen.“

Da einige Gewerkschaftsleitungen sich bisher noch nicht mit der Wirtschaftsplanung befaßt haben, ist es angebracht zu fordern,

„daß auf den Kreis-Delegiertenkonferenzen die provisorische Gewerkschaftsleitung darüber berichtet, wie sie bei der Vorbereitung des Wirtschaftsplanes mitgearbeitet hat“.

(Walter Ulbricht, „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?“ DVZ vom 19. 12. 45)

4. Verbesserung der Versorgung

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist es, bei der Verbesserung der Ernährung und Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mitzuhelfen. Im Grunde genommen ist das nur möglich durch die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung.

„Wir Kommunisten sind angesichts dieser Katastrophe, in die Hitler Deutschland getrieben hat, der Meinung, daß nur auf dem Wege der Ausarbeitung und

Durchführung eines Landwirtschafts- und Industrieplanes

ein Ausweg zu finden ist. Durch den Landwirtschaftsplan soll bestimmt werden, welche Mengen landwirtschaftlicher Produkte erzeugt und für die Versorgung der Bevölkerung abgeliefert werden sollen. Gleichzeitig soll den Bauern, vor allem den Neubauern, geholfen werden, damit sie die modernsten Erfahrungen der Agrarwissenschaft ausnutzen und durch eine intensive Bebauung des Bodens mit gartenwirtschaftlichen Methoden eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreichen. Dazu ist notwendig, daß die Industrie mehr Düngemittel und mehr landwirtschaftliche Geräte und Maschinen herstellt.“

(Walter Ulbricht, „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe“, DVZ vom 19. 12. 45)

Die Gewerkschaften müssen sich für die Erfüllung dieser Aufgabe einsetzen, denn davon hängt die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen ab.

5. Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Neben diesen Aufgaben darf aber der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht vernachlässigt werden. Er erfordert vor allem eine demokratische Gestaltung des Arbeitsrechts. Der FDGB hat

die Aufgabe, den kollektiven Arbeitsvertrag, das Tarifvertragsrecht und das Arbeitsrecht auf folgender Grundlage zu sichern:

- a) „Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Angestellten.
- b) Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte bei den Produktionsaufgaben.
- c) Vertretung der Arbeiterinteressen durch Abschluß von Kollektivverträgen durch die Gewerkschaften, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmt werden.
- d) Kollektive Vertretung der Arbeiter und Angestellten durch die Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsleitungen.
- e) In Betrieben, wo noch keine Kollektivverträge bestehen, ist es Aufgabe der Betriebsräte und Gewerkschaften, die Lohn- und Arbeitsbedingungen betrieblich zu vereinbaren.
- f) In den Tarifverträgen ist eine Arbeitszeit von acht Stunden pro Tag und 45 Stunden in der Woche festzusetzen. Die Leistung freiwilliger Ueberarbeit kann nur erfolgen, wenn die Gewerkschaftsleitung und der Betriebsrat die Zustimmung geben.
In der Regel soll die Belegschaft selber beschließen, für welchen Zweck sie eine bestimmte Anzahl Ueberstunden zur Verfügung stellt.
- g) Die Festlegung der Lohnbedingungen soll von dem Grundsatz ausgehen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Der Akkordlohn soll sich auf den garantierten Stundenlohn als Grundlohn aufbauen. Es ist eine Vereinbarung des Akkordlohnes herbeizuführen. Zur Regelung der Akkordsätze werden in den Betriebsabteilungen Akkordkommissionen gebildet.
- h) Zur Schlichtung und Entscheidung aller aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitfälle zwischen Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten sollen Arbeitsgerichte geschaffen werden. Sie sollen auch über Einzelansprüche aus der Sozialversicherung entscheiden. Die Arbeitsgerichte sollen keine Beziehungen zu den Organen der staatlichen Justiz haben, sondern den Abteilungen für Arbeit der Selbstverwaltungsorgane unterstehen.
- i) Zur Hilfe der Werktätigen bei Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität treten die Freien Gewerkschaften für die Schaffung einheitlicher Versicherungsanstalten auf demokratischer Grundlage ein.

Zur einheitlichen Gestaltung der Kranken-, Unfall-, Alters-, Invalidenversicherung für alle Werktätigen wird zweckmäßig ein Vorstand für Sozialversicherung geschaffen, der sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und einem Drittel aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern zusammensetzt.“

6. Schulungs- und Kulturaufgaben

Die ideologische Hauptaufgabe der Freien Gewerkschaften ist die restlose Ausrottung der Naziideologie, der „Rassenlehre“ und der „Lebensraum-Theorie“. Gleichzeitig damit sollen den Gewerkschaftsmitgliedern die großen Erfahrungen der Gewerkschaften der demokratischen Länder übermittelt werden.

Die Gewerkschaften sollen für ihre Mitglieder künstlerische Veranstaltungen organisieren, um die Arbeiter und Angestellten mit den großen Kulturgütern Deutschlands und der Welt vertraut zu machen.

III. Der Aufbau der Gewerkschaften

1. Einheitliche Gewerkschaft

In der Plattform ist ausdrücklich festgelegt: „Die neuen Freien Gewerkschaften sollen einheitliche Gewerkschaften sein, das heißt alle früheren Gewerkschaftsrichtungen vereinigen.“

Dieses in der Plattform festgelegte Prinzip ist im Aufbau der neuen Freien Gewerkschaften und ihrer Organe bereits verwirklicht. Im Ortsausschuß des FDGB in Berlin sind alle früheren Gewerkschaftsrichtungen vertreten.

2. Demokratisches Bestimmungsrecht der Mitglieder

In der Plattform heißt es:

„Die innere Einheit der Freien Gewerkschaften beruht auf dem demokratischen Bestimmungsrecht der Mitglieder, auf der aktiven Vertretung der Arbeiter- und Angestellteninteressen und auf der Bekämpfung aller solchen Ideologien, die gegen die Interessen der Arbeiter und des werktätigen Volkes gerichtet sind.“

Die in diesem Satze festgelegte innergewerkschaftliche Demokratie bedeutet, daß alle Gewerkschaftsorgane von unten bis oben auf demokratische Weise gewählt werden. Die Gewerkschaftsmitgliederversammlungen und Gewerkschafts-Delegiertenkonferenzen sind die höchste Instanz.

Zur innergewerkschaftlichen Demokratie gehört es auch, neue Kräfte, besonders aus den Reihen der parteilosen Arbeiter, zu Gewerkschaftsfunktionären heranzuziehen.

„Neue Menschen werden gebraucht, um die großen Aufgaben des Aufbaus zu lösen. Die Auswahl neuer Funktionäre als Betriebsleiter, als Lehrer, als Volksrichter, als Leiter der Polizei kann nicht nur durch einige Funktionäre geschehen, sondern alle Gewerkschaftler sollen Vorschläge machen und sollen auch mithelfen, aus den Reihen der arbeitenden Jugend Studenten für die Hochschulen und Universitäten vorzuschlagen. Wenn jetzt 30 000 neue Lehrer geschult werden sollen, so müßte die Mehrzahl von den Gewerkschaften vorgeschlagen werden.“

(Walter Ulbricht, „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?“ DVZ vom 19. 12. 45)

3. Aufbau von Industriegewerkschaften

Ueber den organisatorischen Aufbau der Freien Gewerkschaften legt die Plattform fest, daß „die neuen Freien Gewerkschaften auf der Grundlage des Industrieprinzips aufgebaut werden.“ Dieses Prinzip gibt den Gewerkschaften heute die notwendige Kraft, die gewaltigen Aufgaben zu bewältigen, die vor ihnen stehen.

„Ob einer im Betrieb Schlosser, Tischler, Techniker oder kaufmännischer Angestellter ist, nutzt ihm erst dann etwas, wenn durch ein Zusammenwirken aller Kräfte die Voraussetzungen für einen ausreichenden Lebensstandard geschaffen sind. Was nutzen dem Angestellten, dem qualifizierten Facharbeiter seine Sonderstellungen, wenn sich die Wirtschaft in einem Zustand befindet, daß sie nicht einmal in der Lage ist, den nötigsten Lebensbedarf zu sichern? Das ist aber gegenwärtig für alle Werktätigen das Entscheidende, und deshalb ist die Industriegewerkschaft gegenüber der Berufsgewerkschaft für den Wiederaufbau und die Sicherung des notwendigsten Lebensbedarfs einfach eine Lebensnotwendigkeit.“

(„Die Freie Gewerkschaft“ vom 13. 12. 45)

4. FDGB und Weltgewerkschaftskongreß

Die Plattform bekennt sich eindeutig zu den Beschlüssen des Weltgewerkschaftskongresses in Paris.

In der Plattform heißt es dazu:

„Die Organisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in dem sowjetisch besetzten Gebiet begrüßt die Beschlüsse des Weltgewerkschaftskongresses und verpflichtet sich, alles zu tun, im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln. Die Organisationen des Freien

Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen insbesondere den Beschluß des Welt-Gewerkschaftskongresses, eine Kommission zum Studium der Lage der Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung nach Deutschland zu entsenden.“

IV. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften

1. Unterstützung der Gewerkschaften

Die beiden Arbeiterparteien, KPD und SPD, sind sich einig darin, daß es ihre Aufgabe ist, die Gewerkschaften allseitig zu unterstützen. In der gemeinsamen Erklärung des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 10. Dezember 1945 heißt es:

„Die beiden Arbeiterparteien als die konsequentesten Kämpfer gegen Faschismus und Reaktion sind bereit, die Freien Gewerkschaften bei der Durchführung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben zu unterstützen. Arbeiter und Angestellte sollen wissen, daß ihnen die Einheitsfront von SPD und KPD helfen wird, bei den Ländern und Gemeinden ihre Wünsche und Forderungen durchzusetzen.“

2. Einheitspartei im Interesse der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsmitglieder haben in ihrer praktischen Arbeit bereits erfahren, daß die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben erleichtert. Sie begrüßen daher die Bestrebungen, die auf einer Vereinigung der beiden Parteien abzielen.

„... die Gewerkschaftsmitglieder haben ein Interesse an der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, weil dadurch die Kraft der Arbeiterklasse gestärkt wird. Die Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen haben gezeigt, daß zweifellos die Mehrheit der Arbeiter die baldige Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wünscht.“

(Walter Ulbricht, „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?“ DVZ vom 19. 12. 45)

3. Verständigung bei den Delegiertenwahlen

Die Wahlen der Delegierten zu den Gewerkschaftskonferenzen müssen ein neues Bekenntnis für die Aktionseinheit der Arbeiter werden. Die zentralen Leitungen der beiden Parteien haben deshalb beschlossen, daß die Wahlen in vollem gegenseitigen Einverständnis durchgeführt und eine Verständigung bei der Aufstellung der Kandidatenlisten erzielt werden soll. In der Erklärung vom 10. Dezember heißt es:

„Sie verpflichten die Parteimitglieder, im Geiste dieser Grundsätze an die Vorbereitung der Delegiertenwahlen zu gehen. Sie wünschen,

daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten keinerlei Streit entsteht, der die Aktionseinheit behindern würde. Sie schlagen deshalb den Funktionären und Mitgliedern beider Parteien vor, sich bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zu verständigen. Es soll gesichert werden, daß die besten Antifaschisten, darunter auch solche, die keiner Partei angehören, als Kandidaten aufgestellt werden. Die Vertretung der christlichen und demokratischen Arbeiter und Angestellten soll entsprechend ihrer Zahl bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden."

Mit dieser Verständigung zwischen den beiden Parteileitungen ist die volle Möglichkeit gegeben, die Gewerkschafts-Delegiertenwahlen im Geiste der Eintracht durchzuführen und sie damit zu einer neuen machtvollen Demonstration des Willens zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu machen.

Vortrags- Disposition

Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse

INHALT

	Seite
I. Das Leben Lenins	3
II. Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse	11
III. Lenin über den Kampf um die demokratische Republik als ersten Schritt zum Sozialismus . . .	23

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse

Vor 22 Jahren, am 21. Januar 1924, verstarb Wladimir Iljitsch Lenin, der Begründer des Sowjetstaates, der Theoretiker und Praktiker der revolutionären Arbeiterbewegung.

I. Das Leben Lenins

1. Lenins Jugend

Wladimir Iljitsch Uljanow (Parteiame: Lenin) wurde am 22. April 1870 in der Stadt Simbirsk (heute Uljanowsk) geboren. Sein Vater war Lehrer und Schulinspektor und war wegen seiner fortschrittlichen Anschauungen bekannt. Im Jahre 1887 wurde Lenins älterer Bruder Alexander, der mit 21 Jahren bereits Mitglied einer revolutionären Organisation war, wegen Vorbereitung eines Attentats auf den Zaren zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Im Sommer 1887 beendete Lenin das Simbirsker Gymnasium, wo er durch seine glänzenden Fähigkeiten aufgefallen war und bezog die juristische Fakultät der Universität Kasan. Wenige Monate später wurde er jedoch wegen Teilnahme an der revolutionären Studentenbewegung aus der Universität ausgeschlossen. Der Drang zum Studium war bei Lenin jedoch so stark, daß er nach mehrjährigem Selbststudium im Jahre 1891 das Examen der juristischen Fakultät ablegte.

2. Der „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“

Schon mit 18 Jahren studierte Lenin die Werke von Marx und Engels. Nach kurzem Aufenthalt in Samara (heute Kuibyschew), wo er den ersten marxistischen Zirkel gründete, siedelte er nach Petersburg über. Seine Fähigkeiten, den Marxismus auf die damaligen ökonomischen und politischen Verhältnisse in Rußland anzuwenden, machten ihn bald zum anerkannten Führer der Petersburger Marxisten. Im Jahre 1895 ver-

einigte Lenin alle marxistischen Arbeiterzirkel zu einem „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Damit bereitete er die Schaffung der revolutionären Arbeiterpartei in Rußland vor.

3. Die Verhaftung und Verbannung Lenins

Wegen seiner revolutionären Tätigkeit wurde Lenin im Dezember 1895 verhaftet und nach zweijähriger Gefängnishaft nach Sibirien in das kleine Dorf Schuschenskoje verschickt. In der Verbannung setzte Lenin seine revolutionäre Tätigkeit fort. Hier beendete er sein großes Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ und schrieb die Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“, in der er die führende Rolle der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution unterstrich.

4. Die Zeitung „Iskra“ (Der Funke)

Nach dreijähriger Verbannung konnte Lenin im Jahre 1900 nach Rußland zurückkehren. Im gleichen Jahr fuhr er nach München, um hier eine gesamtrossische marxistische Zeitung herauszugeben, die unter dem Titel „Iskra“ (Funke) im Dezember 1900 erschien. Die Zeitung „Iskra“ spielte eine große Rolle im Kampf gegen den Revisionismus in Rußland und in der Vereinigung der sozialdemokratischen Organisationen zu einer einigen marxistischen Arbeiterpartei.

5. Die Schaffung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“

Auf Initiative Lenins wurde im Juli 1903 ein Parteitag in Brüssel einberufen, der dann nach London verlegt wurde. Auf diesem Parteitage wurde die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ geschaffen. Das Programm der Partei bestand aus einem Maximalprogramm (sozialistische Revolution, Sturz der Macht der Kapitalisten, Errichtung der Diktatur des Proletariats) und ein Minimalprogramm, in welchem die nächsten Ziele der SDAPR angeführt sind: Sturz der zaristischen Selbstherrschaft, Errichtung der demokratischen Republik, Einführung des Achtstundentages, Enteignung des Gutsbesitzerlandes.

6. Bolschewiki und Menschewiki

Während die Annahme des Parteiprogramms verhältnismäßig glatt verlief, löste die Frage des Parteistatuts, des organisatorischen Aufbaus der Partei, heftige Auseinandersetzungen aus. Lenin und die Leninisten betrachteten die Partei als Kampfpartei, als organisierten Trupp, dessen Mitglied man nicht dadurch wird, daß man sich selber zur Partei zählt, sondern dessen Mitglieder von einer der Parteiorganisationen in die Partei aufgenommen werden, in dieser arbeiten und sich der Parteidisziplin unterwerfen. Dagegen traten rechte Elemente auf, die sich

dieser Forderung widersetzen und die Partei zu einem losen, zu nichts verpflichtendem Bund machen wollten. Bei der Abstimmung über diese Frage kam es zur Spaltung.

Bei Abschluß des Parteitages wurden die zentralen Parteinstanzen gewählt, die den Anhängern Lenins den Sieg brachten.

Von diesem Zeitpunkt an nannte man die Anhänger Lenins, die auf dem Parteitag bei den Wahlen die Mehrheit (russisch: Bolschinstwo) der Stimmen erhielten, Bolschewiki, und die Gegner Lenins, die die Minderheit (russisch: Menschinstwo) der Stimmen erhielten, nannte man Menschewiki.

Im Mai 1904 veröffentlichte Lenin sein Werk: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, in dem er die grundlegenden organisatorischen Leitsätze einer wahrhaft marxistischen Partei entwickelte.

7. Lenin und die Revolution von 1905

Während der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland — von 1905 bis 1907 — befand sich Lenin in Rußland, wo er die Revolution leitete und durch sein großes Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ der russischen Arbeiterbewegung die Richtung des Kampfes wies. In diesem Werk zeigte er auf, daß, obwohl die Revolution eine bürgerlich-demokratische war und im gegebenen Moment nicht über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft hinausgehen kann, vor allem die Arbeiterschaft am Erfolg der Revolution interessiert ist und die Führung im engen Bündnis mit der Bauernschaft übernehmen muß.

8. Lenin in der Emigration

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1905 war Lenin gezwungen eine zweite Emigration auf sich zu nehmen, die bis zum Jahre 1917 dauerte. In diesen Jahren setzte Lenin seine große politische und theoretische Tätigkeit fort, die hauptsächlich den Kampf gegen opportunistische und revisionistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung zum Inhalt hatte. So kämpfte Lenin auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale und nachher als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros gegen die Revisionisten, die bestrebt waren, den Marxismus zu verfälschen und den revolutionären Inhalt der marxistischen Lehre totzuschweigen. Dem gleichen Zwecke diente auch sein großes philosophisches Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“, das sich gegen diejenigen richtete, die auf dem Gebiet der Philosophie den dialektischen Materialismus durch einen versteckten und zurechtfrisierten Idealismus ersetzen wollten. Lenins Buch war somit eine Verteidigung der weltanschaulichen Grundlagen des Marxismus, des dialektischen und historischen Materialismus.

Auf Initiative Lenins wurde im Jahre 1912 in Prag eine Konferenz einberufen, auf der sich die Bolschewiki endgültig zu einer eigenen, selbständigen Partei formierten, einer Partei neuen Typus.

9. Lenins Kampf während des ersten Weltkrieges

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges lebte Lenin in Krakau. Nach kurzer Gefängnishaft siedelte er in die Schweiz über, wo er das Banner des entschlossenen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg erhob, den räuberischen Charakter des Krieges aufzeigte und die Arbeiter zur Beendigung des Krieges durch den Sturz ihrer eigenen imperialistischen Regierungen aufrief. Im Frühjahr 1916 erschien sein Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Lenins Werk gab eine tiefe marxistische Analyse des Imperialismus und zeigte, daß der Imperialismus (monopolistischer Kapitalismus) der verwesende Kapitalismus ist.

10. Lenin im Jahre 1917

Im April 1917 kehrte Lenin nach Rußland zurück und leitete den Kampf der Bolschewistischen Partei. In diese Zeit fällt die Entstehung seines Werkes „Staat und Revolution“. Entgegen den Behauptungen vom „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“ bewies Lenin, gestützt auf die Werke von Marx und Engels, erneut die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Diktatur des Proletariats als unbedingte Voraussetzung für den Sozialismus.

In den Oktobertagen leitete Lenin zusammen mit Stalin den Aufstand, der zum Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und zur Bildung der ersten Arbeiter- und Bauernregierung in der Welt führte. Lenin wurde der Vorsitzende der Sowjetregierung und war der Verfasser der historischen Dekrete (Gesetze) über Grund und Boden; die die Bauern von der Herrschaft der Gutsbesitzer befreiten und des Dekrets über den Frieden, das allen Völkern einen sofortigen Waffenstillstand und Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vorschlug. Stalin übernahm in dieser Regierung das Volkskommissariat für Nationalitäten.

11. Die letzten Jahre Lenins

Die letzten Jahre seines Lebens führte Lenin einen großen Kampf für den Aufbau des ersten sozialistischen Staates der Welt. Am 30. August 1918 wurde auf Lenin ein Attentat verübt; er wurde schwer verwundet und seine Gesundheit weitgehendst geschwächt. Unter schwersten Bedingungen führte Lenin den Kampf der Arbeiter und Bauern für die Erhaltung der Sowjetmacht und gegen die ausländischen Interventionen und die Weißgardisten, die den russischen Arbeitern und Bauern ihre Errungenschaften zu entreißen suchten. Ende 1922 erkrankte Lenin schwer. Aber selbst während seiner Krankheit setzte er

seine große Arbeit für die Revolution fort. Er schrieb eine Reihe wichtiger Artikel, in denen er den Plan des Aufbaues des Sozialismus darlegte, der nach seinem Tode von Stalin verwirklicht wurde.

„Lenin war für die Revolution geboren. Er war wirklich ein Genie revolutionärer Erhebungen und der größte Meister revolutionärer Führung.“
(Stalin, wenige Tage nach Lenins Tod)

Lenin starb am 21. Januar 1924.

II. Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse

Die 22. Wiederkehr des Todestages Lenins soll uns Anlaß sein, aus der Fülle der theoretischen Fragen des Leninismus ein Problem herauszugreifen: den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse.

Die Frage der Rolle der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution nimmt in den Werken Lenins einen großen Raum ein. Mit diesem Thema beschäftigen sich u. a. Lenins Schriften „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ (1897), und „Was tun?“ (1902). Besonders eingehend wird diese Frage in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ behandelt. Dieses Buch erschien während der russischen Revolution von 1905, und die dort enthaltenen Grundsätze sind heute von besonderer Wichtigkeit für unseren Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands.

I. Lenin über die bürgerlich-demokratische Revolution

Lenin lehrt, daß die bürgerlich-demokratische Revolution eine Umwälzung ist, die die Ueberreste des Feudalismus (Monarchie, Herrschaft der Großgrundbesitzer, bürokratischer Beamtenapparat, feudälähnliche Zustände auf dem Lande und in der Fabrik, Beschränkung der politischen Rechte usw.) hinwegfegt und die Errichtung einer demokratischen Republik mit allen politischen Rechten und Freiheiten für das Volk erstrebt, ohne jedoch über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinauszugehen.

„Die bürgerliche Revolution ist eben eine solche Umwälzung, die am entschiedensten die Ueberreste der alten Zeit, die Reste der Leibeigenschaft (zu diesen Ueberresten gehört nicht nur der Absolutismus, sondern auch die Monarchie) hinwegfegt; . . .“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, S. 41)

Zugleich jedoch betont Lenin:

„Eine bürgerliche Revolution ist eine Revolution, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen, d. h. der kapitalistischen gesellschaftlich-ökonomischen Ordnung hinausgeht.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 40)

An anderer Stelle schreibt Lenin über die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland von 1905:

„Sie war bürgerlich-demokratisch, weil das, was sie unmittelbar erstrebte und unmittelbar mit ihren eigenen Kräften erreichen konnte, die demokratische Republik war, Achtstundentag, Konfiskation des enormen Großgrundbesitzes der Adligen — alles Maßnahmen, die die bürgerliche Revolution in Frankreich in den Jahren 1792/93 zum großen Teil verwirklicht hat.“

(Lenin, „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“, S. 6)

Zusammenfassend bemerkte Lenin über die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution:

„Sie wird im besten Fall eine radikale Neuverteilung des Grundeigentums zugunsten der Bauernschaft vornehmen, einen konsequenten und vollen Demokratismus bis zur Errichtung der Republik durchführen, alle asiatischen Züge und Knechtschaftsverhältnisse im Leben nicht nur des Dorfes, sondern auch der Fabrik ausrotten und für eine ernsthafte Verbesserung der Lage der Arbeiter, für die Hebung ihrer Lebenshaltung den Grund legen können.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 48)

Die leninistische Definition der bürgerlich-demokratischen Revolution zeigt, daß unser heutiger Kampf in Deutschland für die Enteignung des Großgrundbesitzes, für die Demokratisierung des Staatsapparates und des Schulwesens, für das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und für die Vernichtung der reaktionären Ueberreste aus der Vergangenheit, die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umbildung ist, die 1848 begonnen wurde.

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45)

2. Die Arbeiterklasse (das Proletariat) ist vor allem an der entschiedenen und konsequenten Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution interessiert

Entgegen der falschen und opportunistischen Auffassung (in Rußland durch die Menschewiki vertreten), daß die bürgerlich-demokratische Revolution nur für die Bourgeoisie vorteilhaft wäre, unterstreicht Lenin, daß die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution vor allen Dingen im Interesse der Arbeiterklasse liegt.

In seiner Polemik gegen die russischen Menschewiki erklärt Lenin:

„Durch ihre Betrachtungen zieht sich ständig der Gedanke, eine bürgerliche Revolution wäre eine solche Revolution, die nur das bringen kann, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Nichts ist indes irriger als dieser Gedanke.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 40)

Die Arbeiterklasse ist vor allem an der entschiedenen und konsequenten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution interessiert.

„Darum ist die bürgerliche Revolution für das Proletariat im höchsten Maße vorteilhaft. Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 41)

Daraus ergibt sich für unseren heutigen Kampf, daß die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die entschiedene und konsequente demokratische Erneuerung im heutigen Deutschland, vor allem für die Arbeiterklasse, eine Lebensfrage ist. Daher muß die Arbeiterklasse in diesem Kampf die führende Rolle spielen.

3. Die Arbeiterklasse als Führer der demokratischen Umwälzung

Entgegen der opportunistischen Auffassung, daß die liberale Bourgeoisie die Führung der bürgerlich-demokratischen Revolution übernehmen müsse, unterstreicht Lenin, daß die Arbeiterklasse als diejenige Klasse, die am meisten an der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution interessiert ist, auch der Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution sein muß.

„Nur das Proletariat kann — und muß nach seiner Klassenlage — bis zuletzt konsequent demokratisch ein entschlossener Feind des Absolutismus und zu irgendwelchen Zugeständnissen und Kompromissen unfähig sein. Nur das Proletariat allein kann der Vor-

kämpfer für die politische Freiheit und die demokratischen Institutionen sein.“

(Lenin, „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“, Ausgew. Werke, Band I, S. 369)

Lenin wies darauf hin, daß die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die die demokratische Umwälzung zu Ende führen kann.

„Das Proletariat allein ist fähig, zuverlässig bis zu Ende zu gehen, denn es geht weit über die demokratische Umwälzung hinaus. Deshalb eben kämpft das Proletariat in den vordersten Reihen für die Republik . . .“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 89)

Zusammenfassend erklärt Lenin:

„Der Marxismus lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teilnahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern, im Gegenteil, lehrt die energische Teilnahme, den entschiedensten Kampf für einen konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende. Wir können aus dem bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution nicht hinauspringen, wir können aber diesen Rahmen gewaltig erweitern, wir können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats kämpfen, für seine unmittelbaren Bedürfnisse und für Bedingungen, die die Vorbereitung seiner Kräfte für den künftigen vollen Sieg ermöglichen.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 43)

Somit ist es ganz eindeutig, daß in unserem heutigen Kampf die Arbeiterklasse die führende Rolle in der demokratischen Erneuerung Deutschlands spielen muß. Die führende Rolle der Arbeiterklasse liegt in der Tatsache begründet, daß sie die einzige gesellschaftliche Kraft ist, die an einer konsequent bis zu Ende durchgeführten Umwälzung interessiert ist. Die Arbeiterklasse wird jedoch nur dann die führende Rolle im neuen Deutschland spielen können, wenn sie politisch und organisatorisch vereinigt ist. Daher ist die Einheit der Arbeiterklasse, die Verschmelzung der SPD und KPD, eine historische Notwendigkeit.

4. Lenin über die Rolle der Bauernschaft in der bürgerlich-demokratischen Revolution

Entgegen der opportunistischen Auffassung, daß „die Arbeiterklasse allen anderen Klassen feindlich gegenüberstehe“, lehrt Lenin, daß die Bauernschaft der natürliche Verbündete der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution ist.

„Denn in Wirklichkeit wird . . . der wirklich höchste revolutionäre Schwung, der in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umwälzung möglich ist, erst dann vorhanden sein, wenn . . . die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 91)

Die Arbeiterklasse kann nur dann ein siegreicher Kämpfer für die Demokratie sein, wenn sich die Bauern diesem Kampfe anschließen.

„Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 52)

Lenin unterstreicht, daß die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution im ureigensten Interesse der Bauernschaft liegt und daß sie daher den Kampf der Arbeiterklasse unterstützen wird.

„Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden . . . Die Bauernschaft wird unter der aufgezeigten Bedingung unvermeidlich zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn einzig die zum vollen Sieg gelangte Revolution wird der Bauernschaft auf dem Gebiete der Agrarreformen alles zu bieten vermögen: all das, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich für sie notwendig ist . . ., um aus dem Schlamm des Halbfeudalismus, aus der Finsternis der Geddcktheit und Versklavung emporzusteigen und um ihre Lebensbedingungen so weit zu verbessern, als das im Rahmen der Warenwirtschaft überhaupt zu erreichen ist.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 90)

Daraus ergibt sich für unseren heutigen Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands und den Aufbau einer demokratischen Republik die Notwendigkeit eines festen Bündnisses mit der Bauernschaft. Die Arbeiterklasse muß den Kampf der Bauernschaft gegen das Junkertum und die Vollendung der Bodenreform mit aller Kraft unterstützen.

5. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Kampf um die Demokratie

Lenin lehrt, daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampf jede revolutionäre, fortschrittliche, demokratische Bewegung unterstützt, daß die Arbeiter-

klasse alle fortschrittlichen Kräfte als Verbündete gewinnen muß und in der Lösung der allgemein demokratischen Aufgaben allen vorangeht.

„Denn der ist kein Sozialdemokrat, der in der Tat vergißt, daß die Kommunisten jede revolutionäre Bewegung unterstützen, daß wir daher verpflichtet sind, vor dem ganzen Volke die allgemein-demokratischen Aufgaben auseinanderzusetzen und zu betonen, ohne auch nur einen Augenblick lang unsere sozialistische Ueberzeugung zu verbergen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Tat seine Pflicht vergißt, allen voranzugehen in der Formulierung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein-demokratischen Frage.“
(Lenin, „Was tun?“, S. 93)

Die Arbeiterklasse als Vorkämpfer für die Demokratie sieht es als ihre Aufgabe an, alle demokratischen Elemente des Volkes in ihrem Kampf zu unterstützen und für sich als Verbündete zu gewinnen.

„Wenn die Sozialdemokratie den Sturz des Absolutismus zu ihrer nächsten Aufgabe macht, muß sie als Vorkämpferin für die Demokratie eintreten und schon allein kraft dessen allen demokratischen Elementen der russischen Bevölkerung jedwede Unterstützung erweisen und sie als Verbündete für sich gewinnen.“

(Lenin, „Ein Protest russischer Sozialdemokraten“, Ausgew. Werke, Band I, S. 1391)

Das bedeutet für unseren heutigen Kampf, daß wir die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in jeder Hinsicht festigen und stärken müssen.

6. Schlußfolgerungen

Aus den grundlegenden und richtungweisenden Werken Lenins ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

- a) Der Kampf unserer Partei für die Demokratie entspringt nicht momentanen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern ergibt sich aus der Anwendung der Lehre des Marxismus-Leninismus auf die heutigen Bedingungen in Deutschland.

„Wenn wir deutsche Kommunisten als die entschiedensten Kämpfer um die Demokratie handeln, so geschieht es nicht aus irgendwelchen momentanen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern in Anwendung der tiefen theoretischen Erkenntnis, die uns Marx, Engels, Lenin und Stalin gelehrt haben.“

(Rede des Gen. Ulbricht auf der 1. Funktionär-Konferenz der KPD in Berlin)

- b) Im Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands muß die Arbeiterklasse die führende Rolle spielen und ein enges Kampfbündnis mit der Bauernschaft und allen antifaschistisch-demokratischen Kräften herstellen.

- c) Um die führende Rolle in der demokratischen Erneuerung Deutschlands spielen zu können, ist die politische und organisatorische Vereinigung der Arbeiterklasse in eine einheitliche Arbeiterpartei notwendig.

III. Lenin über den Kampf um die demokratische Republik als ersten Schritt zum Sozialismus

1. Die demokratische Republik ist erforderlich im Interesse des Kampfes um den Sozialismus

Lenin unterstreicht, daß die demokratische Republik im Interesse des Kampfes um den Sozialismus erforderlich ist. In der von Lenin ausgearbeiteten Resolution des III. Parteitag der Bolschewistischen Partei im Jahre 1905 heißt es, daß

„... sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch die Interessen seines Kampfes für die Endziele des Sozialismus die möglichst volle politische Freiheit und folglich die Ersetzung der autokratischen Regierungsform durch die demokratische Republik erfordern.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie...“, S. 15)

2. Der konsequente Kampf für die Demokratie ist die Schule des Kampfes für den Sozialismus

Lenin lehrt, daß die Arbeiterklasse sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten kann, ohne einen allseitigen konsequenten Kampf für die Demokratie zu führen.

„Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, so wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“

(Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, S. 4)

3. Die Verbreitung des sozialistischen Gedankens hängt von der möglichst vollen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltung ab

In seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ polemisiert Lenin gegen jene, die sich auf klingende hohle anarchistische Phrasen vom „Sozialismus“ beschränken, ohne zu verstehen, daß der Kampf für den Sozialismus von der möglichst vollen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltung abhängt.

„Wenn uns diese oder jene Arbeiter im entsprechenden Augenblick fragen sollten, weshalb wir denn nicht das Maximalprogramm verwirklichen, so werden wir ihnen antworten mit dem Hinweis darauf, wie fremd noch die demokratisch gestimmten Volksmassen dem Sozialismus gegenüberstehen, wie unentwickelt noch die Klassenwiderprüche, wie unorganisiert noch die Proletarier sind. Organisiert erst einmal hunderttausende Arbeiter in ganz Rußland, weckt unter den Millionen die Sympathie für euer Programm! Versucht das zu tun, ohne euch auf klingende, aber hohle anarchistische Phrasen zu beschränken — und ihr werdet sofort sehen, daß die Verwirklichung dieser Organisation, daß die Verbreitung dieser sozialistischen Aufklärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig ist.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 21)

4. Lenins Polemik gegen die „naiven Optimisten“

Mit Entschlossenheit wendete sich Lenin gegen diejenigen, die den bürgerlichen Charakter der Revolution außer acht ließen und sich über die konkreten Entwicklungsbedingungen hinwegsetzen wollten.

„Der Grad der ökonomischen Entwicklung Rußlands (die objektive Bedingung) und der Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats (die subjektive Bedingung, die mit der objektiven unlöslich verbunden ist) machen eine unverzügliche, vollständige Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich. Nur komplette Ignoranten können den bürgerlichen Charakter der vor sich gehenden demokratischen Umwälzung außer acht lassen; — nur ganz naive Optimisten können vergessen, wie wenig noch die Masse der Arbeiter von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß.“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 20)

Lenin lehrt, daß der Kampf um die demokratische Republik keinen Aufschub der sozialistischen Umwälzung bedeutet, sondern im Gegenteil an den Kampf um den Sozialismus heranzuführt.

„Und als Antwort auf die anarchistischen Einwendungen, daß wir die sozialistische Umwälzung hinausschöben, werden wir sagen:

wir schieben sie nicht hinaus, sondern **machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg zum Sozialismus kommen will, außer auf dem des politischen Demokratismus, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind.**“

(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie . . .“, S. 20/21)

5. Schlußfolgerungen

Aus den grundsätzlichen und richtungweisenden ~~Worten~~ Lenins ergeben sich für unseren heutigen Kampf folgende Schlußfolgerungen:

1. Unser heutiger Kampf für die demokratische Republik bedeutet keine Aufgabe unseres sozialistischen Endziels, sondern ergibt sich aus der Anwendung der Lehre des Marxismus-Leninismus auf unseren heutigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.
2. Der Kampf für die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution ist der einzige Weg, um unserem sozialistischen Endziel näher zu kommen. Unter den heutigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland ist ein anderer Weg ausgeschlossen.
3. Das Aufstellen von Losungen der „Sozialisierung“ und des „Sozialismus“ ist unter den heutigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands eine hohle und leere Phrase. Es klingt zwar sehr radikal, würde aber nur unser sozialistisches Ideal diskreditieren.
4. Nur der konsequente Kampf für die vollständige Demokratisierung Deutschlands — die Vernichtung des Nazismus und Militarismus, die Beendigung der Bodenreform, die Entmachtung der Trusts und Konzerne, die Demokratisierung des Staatsapparates und die Durchführung der Schulreform — sowie die Herstellung der Arbeiter-einheit durch die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien werden die Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus in Deutschland schaffen.

Vortrags- Disposition

Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands

Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands

I N H A L T

	Seite
I. Der nationale Kampf der KPD während der Hitlerdiktatur	3
II. Der nationale Kampf der KPD für den Aufbau eines neuen Deutschlands	13
III. Die KPD und die nationale Einheit Deutschlands	21

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

Jahrzehntelang wurden in Deutschland Kommunisten und Sozialisten von der Reaktion als „Innere Feinde des Vaterlandes“ verleumdet. Unserer Partei wurde vorgeworfen, daß sie „nicht den nationalen Interessen Deutschlands diene“. Selbst heute, nachdem unsere Partei in den Jahren 1933 bis 1945 in den vordersten Reihen des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus und für die Rettung der Nation stand und nachdem in den letzten sieben Monaten unsere Partei der Motor des nationalen Wiederaufbaues Deutschlands ist, werden diese Verleumdungen fortgesetzt. So z. B. setzt Dr. Kurt Schumacher (Hannover) die alte reaktionäre Hetze fort, indem er erklärt, daß „die kommunistische Politik nicht die Politik des deutschen Volkes sei“ („Tagesspiegel“, 8. Januar 1946).

Die Frage des nationalen Kampfes der KPD und die Stellung der KPD zur nationalen Einheit Deutschlands gewinnen daher erstrangige Bedeutung.

I. Der nationale Kampf der KPD während der Hitlerdiktatur

1. Der Hitlerfaschismus — die größte nationale Katastrophe unseres Volkes

Durch den Hitlerfaschismus ist unser Volk in die größte nationale Katastrophe seiner Geschichte gestürzt worden. Der Hitlerfaschismus hat nicht nur Millionen Menschen in den Tod getrieben, Deutschland in der ganzen Welt verhaßt gemacht, unsere Städte in Trümmer gelegt, unsere Wirtschaft völlig ruiniert, sondern auch die nationale Existenz unseres Volkes und die Einheit Deutschlands aufs Spiel gesetzt.

Der Kampf gegen den Nazismus war und ist daher die höchste nationale Aufgabe unseres Volkes. Die KPD stand vor der Machtergreifung Hitlers, während der Hitlerzeit und nach der Zerschmetterung des Hitlerfaschismus an der Spitze des konsequenten Kampfes gegen den Faschismus, den schlimmsten Feind der deutschen Nation.

2. Der nationale Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers

Bereits viele Jahre vor der Machtergreifung Hitlers hat die KPD vor dem Faschismus gewarnt und nichts unversucht gelassen, um alle Kräfte gegen den drohenden Faschismus zu mobilisieren.

- a) Mehrere Jahre vor Hitlers Machtantritt schuf die KPD eine breite antifaschistische Massenorganisation, die „Antifaschistische Aktion“.
- b) In den Jahren 1931/32 schufen die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten in vielen Städten Deutschlands einen Selbstschutz gegen die Ueberfälle der braunen Mordbanditen.
- c) Immer wieder wiederholte die KPD in eindringlichster Form die Warnung an das deutsche Volk: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“
- d) Am 20. Juni 1932, als durch die Absetzung des sozialdemokratischen Innenministers Severing die faschistische Gefahr immer drohender wurde, unternahm das ZK der KPD den Versuch, gemeinsam mit dem Vorstand der SPD einen Generalstreik durchzuführen. Die Leitung der damaligen SPD lehnte jedoch das Angebot, unserer Partei ab.
- e) Am 30. Januar 1933, am Tage des Machtantritts Hitlers, unternahm das Zentralkomitee der KPD noch einen letzten Versuch, die beiden Arbeiterparteien zur gemeinsamen Ausrufung des Generalstreiks zu bewegen. Jedoch auch dieses Angebot wurde abgelehnt.

So hat die KPD nichts unversucht gelassen, um das große nationale Unglück — den Sieg des Faschismus in Deutschland — zu verhindern.

3. Der nationale Kampf der KPD gegen die drohende Kriegsgefahr

Vom ersten Tage der Machtergreifung Hitlers an warnte die KPD unser Volk vor dem drohenden Krieg, den die Hitlerregierung vorbereitete und der zur nationalen Katastrophe Deutschlands führen mußte.

- a) Schon im Juni 1933 hieß es im Aufruf des Zentralkomitees der KPD:
„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe.“

- b) Im Oktober 1935 wurde unser Volk erneut vor dem von Hitler vorbereiteten Krieg gewarnt. So hieß es in der Resolution der Brüsseler Konferenz der KPD:

„Die abenteuerliche und provokatorische Außenpolitik der Hitlerregierung, durch die das werktätige Volk Deutschlands über Nacht in den Krieg hineingerissen werden kann, steht im schärfsten Widerspruch zu seinen nationalen Interessen.“

- c) Im Juli 1937 erhob der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, seine warnende Stimme. Er sagte nicht nur den Hitlerkrieg, sondern auch die Unvermeidlichkeit der Niederlage Deutschlands im Kriege voraus.

„Es steht außer Zweifel, daß ein neuer Weltkrieg Deutschland eine noch schwerere Niederlage bringen wird, als es 1918 der Fall war. Die auf die Provokation des Krieges eingestellte Politik der Hitlerregierung führt zu einer Isolierung Deutschlands. Das ist einer der wichtigsten Faktoren, der die Niederlage Deutschlands in einem Kriege unvermeidlich macht.“

(W. Pieck, Aufsatz „Der Hitlerfaschismus — Hauptkriegsbrandstifter eines neuen Weltkriegs“)

- d) Die KPD beschränkte sich jedoch nicht darauf, das deutsche Volk zu warnen, sondern tat alles, um einen gemeinsamen Kampf gegen die drohende nationale Katastrophe zustande zu bringen. Bereits am 1. April 1935 ersucht das ZK der KPD den Prager Vorstand der SPD um einen Meinungsaustausch zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen die Militarisation und gegen die Kriegsvorbereitungen der Hitlerregierung. Der Prager Parteivorstand der SPD lehnte jedoch das Ersuchen der KPD ab.

- e) Die KPD erklärte wiederholt, daß nur durch den Sturz des Hitlerfaschismus unser Volk vor dem Krieg und damit vor einer nationalen Katastrophe bewahrt werden könne.

„Hitlers Politik treibt . . . das deutsche Volk in den Krieg und führt einer neuen Niederlage. Wir Kommunisten wollen das deutsche Volk vor den Schrecken und den unabsehbaren Opfern eines neuen imperialistischen Weltkrieges bewahren. Wir wollen den Hauptkriegstreiber, den Hitlerfaschismus, vernichten.“

(Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935)

f) Noch wenige Monate vor Ausbruch des Hitlerkrieges rief die KPD im Interesse der Rettung der deutschen Nation unser ganzes Volk zum Kampf gegen die Nazidiktatur auf.

„Der Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur, der Kampf um ein Regime, das den Interessen der deutschen Nation entspricht, ist daher nicht nur ein Kampf im Interesse einer einzelnen Klasse oder Schicht, ob Arbeiter, Bauer oder Mittelstand, sondern gleichzeitig der Kampf um die Interessen des ganzen Volkes und um die Rettung der deutschen Nation. Dieser Kampf ist die Aufgabe aller wirklich nationalgesinnten Deutschen.“

(Resolution der Berner Konferenz der KPD, Januar 1939)

So hat die KPD von 1933 bis zum Ausbruch des von Hitler entfesselten Weltkrieges immer wieder unser Volk vor der drohenden nationalen Katastrophe des Krieges gewarnt und nichts unversucht gelassen, dieses nationale Unglück zu verhindern. Zehntausende von Kommunisten haben in diesem großen nationalen Kampf für den Frieden ihr Leben lassen müssen.

4. Der nationale Kampf der KPD während des Hitlerkrieges

Am 1. September 1939 entfesselte Hitler den zweiten Weltkrieg, der nicht nur den Völkern Europas die schwersten Leiden und Entbehrungen brachte, sondern auch unser deutsches Volk in seine schwerste nationale Katastrophe stürzte.

Der Kampf gegen Hitler zur raschen Beendigung des Krieges war daher die ureigenste nationale Aufgabe aller Deutschen, denn nur so konnte unsere Heimat vor der vollständigen Verwüstung, wie sie 1945 Tatsache wurde, bewahrt werden. Die KPD führte unentwegt diesen Kampf im Interesse der Erhaltung der Nation.

a) Im Oktober 1941 rief das ZK der KPD unser Volk auf, mit dem Krieg Schluß zu machen, da nur dadurch unser Volk vor einer drohenden Katastrophe bewahrt bliebe.

„Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden.“

(Aufruf des ZK der KPD, Oktober 1941)

b) Im August 1943, als die Niederlage Hitlers schon augensichtlich war, erklärte das Mitglied der ZK der KPD, Anton Ackermann, daß nur durch den Sturz Hitlers Deutschland seinen nationalen Bestand und seine Zukunft retten könne, die Fortsetzung des Krieges jedoch einem nationalen Selbstmord gleichkäme.

„Es ist klar: Die Fortsetzung des militärischen Widerstandes ist nichts anderes als nationaler Selbstmord! . . . Will Deutschland seinen nationalen Bestand, seine Zukunft retten, dann muß das deutsche Volk selbst die Gefahr beseitigen. Diese Gefahr ist der aggressive Imperialismus in unserem deutschen Haus. Hitler verkörpert ihn. Deshalb muß Hitler weg.“

(Anton Ackermann, Radioansprache im August 1943)

c) Tausende von Kommunisten standen in Deutschland im Kampf gegen den verbrecherischen antinationalen Hitlerkrieg. So betonte Wilhelm Pieck im Mai 1944 noch einmal, daß

„. . . die Kommunisten mit aller Leidenschaft für das Zustandekommen dieses festen Kampfbündnisses aller verantwortungsbewußten Deutschen eintreten und bereit sind, mit jedem zusammenzuarbeiten, der Volk und Vaterland vor der Vernichtung durch Hitler bewahren will.“

5. Die Kommunisten sind am wenigsten für die Besetzung verantwortlich

Der Kampf, den die KPD sowohl vor als auch während des Krieges zur Verhinderung der nationalen Katastrophe geführt hat, zeigt auch, wie unberechtigt die Versuche sind, die Kommunisten für die Besetzung Deutschlands verantwortlich zu machen. Die Kommunistische Partei hat weder die Besetzung gewollt noch herbeigewünscht. Schuld an den Nachkriegsfolgen und allen mit ihnen verbundenen Schwierigkeiten tragen vor allem diejenigen, die den Nazikrieg bis zu Ende unterstützt haben; am wenigsten aber die KPD, die in ihrem jahrelangen Kampf alle ihre Kräfte eingesetzt hat, um die nationale Katastrophe zu verhindern.

„Wenn das deutsche Volk unsere Vorschläge und Mahnungen beachtet und mitgeholfen hätte, ein neues freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion zu schaffen, dann wäre diese Katastrophe verhindert worden. Deshalb haben die Kommunisten recht, wenn sie sagen, sie tragen von allen Deutschen die wenigste Verantwortung für die Besetzung.“

(W. Ulbricht: „Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?“, DVZ, 19. 12. 45)

Wenn jene, die heute über alle möglichen Kriegsfolgen reden, so gegen den Hitlerkrieg gekämpft hätten wie unsere Partei, dann wäre es nicht zu dieser Katastrophe gekommen, dann gäbe es keine Gebietsverluste und auch keine sonstigen Unannehmlichkeiten.“

(W. Ulbricht: Rede auf der Funktionärkonferenz in Berlin am 12. 10. 45)

II. Der nationale Kampf der KPD für den Aufbau eines neuen Deutschlands

Nach der militärischen Zerschlagung Hitlerdeutschlands im Mai 1945 stand vor unserem Volke die große nationale Aufgabe, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und die Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung einer solchen nationalen Katastrophe unmöglich zu machen. Die KPD als konsequente Vertreterin der Interessen der deutschen Nation kämpft um die **Beseitigung der Ursachen unseres nationalen Unglücks**, denn nur so ist es möglich, einen neuen Weg zu gehen, der den wirklichen nationalen Interessen unseres Volkes entspricht.

„Die Kommunistische Partei ist eine wahrhaft nationale Partei, denn sie kämpft um die Beseitigung der Ursachen des Unglücks der Nation“.

(Walter Ulbricht: Rede auf der Berliner Funktionärkonferenz am 27. 6. 45)

Die **dringendsten nationalen Aufgaben**, die vor unserem Volke stehen und für die die KPD kämpft, sind folgende:

1. Liquidierung der imperialistischen Monopolverbände

Die unselige Herrschaft der imperialistischen Monopolverbände war eine der wichtigsten Ursachen des Unglücks unserer Nation. Die Kartelle, Trusts und Syndikate finanzierten die Nazibewegung und verhalfen Hitler zur Macht. Sie trugen die Hauptschuld am Kriege und waren die Organisatoren des Raubzuges gegen die anderen Völker sowie die Hauptkriegsgewinnler am Hitlerkrieg, der unserem Volke so unsägliches Leid brachte. Die Beibehaltung der Trusts und Konzerne würde einen neuen Krieg und die Gefahr einer neuen, noch schlimmeren nationalen Katastrophe zur Folge haben.

Daher liegt der Kampf der KPD für die Liquidierung der imperialistischen Monopolverbände im nationalen Interesse Deutschlands.

2. Beseitigung der Junkerherrschaft

Die zweite Ursache unseres nationalen Unglücks bestand in der unseligen Machtstellung, die die Junker in Deutschland innehatten. Im Bunde mit den imperialistischen Monopolverbänden bereiteten sie den ersten Weltkrieg vor und waren die Hauptnutznießer am Kriege. Sie waren es auch, die in entscheidender Weise die Nazibewegung unterstützten, Hitler zur Macht verhalfen und zum Kriege drängten.

Die Beibehaltung der unseligen Herrschaft der Junker würde eine ständige Gefahr neuer Eroberungskriege bedeuten, die unsere nationale Existenz bedrohen.

Daher ist die Beseitigung der Junker und die Durchführung der Bodenreform, wie das in der sowjetischen Zone bereits geschehen ist, eine unbedingte Notwendigkeit im nationalen Interesse Deutschlands.

3. Bestrafung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher

Eine weitere Ursache des Unglücks unserer Nation bestand darin, daß unser Volk nach dem ersten Weltkrieg verabsäumte, die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher zu bestrafen. Zum großen Teil waren dieselben Verbrecher (Ludendorff usw.), die damals ungestraft ausgingen, aktiv an der Vorbereitung des Hitlerkrieges beteiligt. Jede Milde gegenüber den Kriegsverbrechern ist ein nationaler Verrat an unserem Volke, denn sie würden die Milde als Schwäche auslegen und einen neuen Versuch unternehmen, der unser Vaterland wieder in den Abgrund stürzen würde.

Der Kampf der KPD für die strengste Bestrafung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ist somit ein wahrer nationaler Kampf.

4. Beseitigung der reaktionären Staatsbürokratie

In der unseligen Machtstellung, die die reaktionäre Staatsbürokratie in Deutschland innehatte, lag die vierte Ursache unseres nationalen Unglücks.

Die Staatsbürokratie war in Deutschland immer ein Hort der Reaktion. Es war ein nationales Verhängnis für unser Volk, daß nach 1918 der reaktionäre Beamtenapparat unangetastet blieb. Sie waren es, die in den Jahren 1918 bis 1933 sich mit wenigen Ausnahmen jedem nationalen Fortschritt entgegenstellten und die Macht der Weimarer Republik aushöhlten. Schließlich gingen sie mit fliegenden Fahnen zu den Nazis über und unterstützten Hitlers Raubkrieg, der unser Volk ins tiefste nationale Unglück stürzte.

Der Kampf der KPD für die Beseitigung der imperialistischen Staatsbürokratie und für den Aufbau einer wirklich demokratischen Volksherrschaft liegt somit im ureigensten Interesse unserer Nation.

5. Demokratisches Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in den Betrieben und in der Wirtschaft

Eine weitere wesentliche Ursache des nationalen Unglücks unseres Volkes bestand darin, daß die Arbeiterklasse, die sowohl zahlenmäßig als auch ihrer Bedeutung nach die größte Schicht der Nation darstellt, vom Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und in der Wirtschaft weitgehend ausgeschlossen war. Die wenigen Rechte, die sich die Arbeiterklasse in der Weimarer Republik erkämpft hatte, wurden ihr unter der

Hitlerdiktatur genommen. Die Trust- und Konzernherren wurden zu unumschränkten Gebietern in der Wirtschaft, die sie in den Dienst des antinationalen verbrecherischen Hitlerkrieges stellten.

Die Forderung der KPD, daß die Arbeiterklasse, die ihre ganze Kraft in den Dienst des Wiederaufbaues stellt, auch das Mitbestimmungsrecht im Betrieb und in der Wirtschaft erhalten soll, liegt im nationalen Interesse unseres Volkes, denn nur so ist die Gewähr dafür gegeben, daß die deutsche Wirtschaft nicht noch einmal für antinationale Eroberungsziele mißbraucht wird.

6. Durchführung der demokratischen Schulreform

Die sechste Ursache des nationalen Unglücks unseres Volkes bestand in dem reaktionären deutschen Schulwesen, das unsere Jugend zum Völkerhaß und Militarismus und im Untertanengeist erzog und den Kindern der Minderbemittelten die Aufstiegs- und Bildungsmöglichkeiten versagte. Aehnlich wie der Staatsapparat war auch die Schule von jeher ein Hort der Reaktion. Es war ein großes nationales Verhängnis für unser Volk, daß nach 1918 die Versuche der Schulreform keine genügende Unterstützung erhielten. Bei seiner Machtübernahme fand Hitler in der überwältigenden Mehrheit der Lehrerschaft gehorsame Diener. Die militärische Verhetzung der Jugend in der reaktionären Schule führte zur weitgehenden Vernichtung der Blüte der Nation, der Jugend.

Es liegt daher im nationalen Interesse Deutschlands, daß sein wertvollstes Gut, die Jugend, von der Wiederholung eines solchen Grauens bewahrt bleibt. Der Kampf der KPD (gemeinsam mit der SPD) für die konsequente Durchführung der Schulreform, für die Erziehung der Jugend im Geiste der Völkerfreundschaft zu selbständigem, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken ist somit ein wahrhaft nationaler Kampf.

7. Neuaufbau der Justiz

Eine weitere Ursache des nationalen Unglücks war das reaktionäre Justizwesen, das in der Vergangenheit sich jeglicher fortschrittlicher nationaler Entwicklung unseres Volkes hemmend entgegenstellte. Bereits in der Periode der Weimarer Republik kam das sehr deutlich zum Ausdruck, als oft Nazis und Reaktionäre, die eine antinationale Tätigkeit betrieben, straflos ausgingen. Die demokratischen fortschrittlichen Kräfte, die einen Kampf für die wahren nationalen Interessen unseres deutschen Volkes führten, wurden jedoch oft verfolgt und eingekerkert. Bei seiner Machtübernahme fand Hitler bei den reaktionären Justizbeamten bereitwilligste Hilfe. Sie haben durch die bedingungslose

Unterstützung der Hitlerverbrechen und des Hitlerterrors einen entscheidenden Anteil Schuld an der nationalen Katastrophe, in die unser Volk getetzt wurde.

Das Bestreben der KPD, eine völlig neue demokratische, fortschrittliche Justiz aufzubauen, liegt daher im Interesse einer freien nationalen Entwicklung unseres Volkes.

8. Herstellung der Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte

Die achte Ursache unseres nationalen Unglücks lag in der verhängnisvollen Spaltung der fortschrittlichen Kräfte unseres Landes.

Dadurch, daß die fortschrittlichen Kräfte gespalten waren, gelang es der Reaktion immer wieder, ihre Macht zu behaupten und zu festigen. Es war ein ständiger Grundsatz der Reaktion, die fortschrittlichen Kräfte unserer Nation zu teilen und gegeneinander auszuspielen. Das trat insbesondere in den Tagen der Weimarer Republik zutage, wo die antifaschistischen Kräfte, wenn sie einmütig gewesen wären, genügend Stärke besessen hätten, um den Faschismus in Deutschland zu verhindern.

„So ergibt sich auf Grund dieser Erfahrungen und vor allem auf Grund des durch den Nazismus herbeigeführten Zusammenbruchs Deutschlands die zwingende Lehre für unser Volk, daß es Schluß macht mit dieser Zerklüftung und Spaltung, daß es die geschlossene Kampfeinheit gegen alle reaktionären Kräfte herstellt.“

(Wilhelm Pieck, Rede auf der gemeinsamen Kundgebung der vier antifaschistischen Parteien am 12. 8. 45)

Der Kampf der KPD für die Festigung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien liegt im nationalen Interesse Deutschlands, denn an der Spaltung der antifaschistischen Einheit kann nur den antinationalen Kräften, den Faschisten und der Reaktion, gelegen sein.

9. Die organisatorische Vereinigung der Arbeiterklasse

Schließlich lag die neunte Ursache des nationalen Unglücks unseres Volkes in der Spaltung der Arbeiterklasse, die dadurch hervorgerufen wurde, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer den Boden des Marxismus völlig verließ. Diese Spaltung der Arbeiterklasse trug dazu bei, daß 1918 die vollständige Demokratisierung Deutschlands, die im nationalen Interesse unseres Volkes lag, nicht durchgeführt wurde. Die Spaltung der Arbeiterklasse erleichterte den Machtantritt des Faschismus und die Vorbereitung und Durchführung seines antinationalen Raubkrieges.

Daher ist die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Marxismus, die Verschmelzung der KPD und SPD in eine einheitliche Arbeiterpartei, eine nationale Notwendigkeit, denn die große Aufgabe der nationalen Rettung Deutschlands ist nur gesichert, wenn die Arbeiterklasse organisatorisch und politisch vereinigt ist.

„Die deutsche Arbeiterklasse steht nach dem Sturz des Hitlerregimes vor einer sehr verantwortungsvollen Aufgabe. Sie hat die Verpflichtung, ihre geschichtliche Aufgabe der Rettung von Volk und Nation durch die Vernichtung des faschistischen deutschen Imperialismus zu erfüllen. Jeder deutsche Arbeiter soll sich bewußt sein:

Die Zukunft der Nation hängt von der antifaschistischen demokratischen Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse ab.“

Walter Ulbricht: Rede auf der Groß-Berliner Funktionärkonferenz am 12. 10. 45)

Die KPD steht somit an der Spitze des Kampfes, um die Ursachen unseres nationalen Unglücks zu beseitigen und einen Weg zu gehen, der den ureigensten nationalen Interessen unseres Volkes entspricht.

„Wir Kommunisten verfolgen keine Sonderinteressen, sondern unsere ganze Arbeit dient dem Wohle unseres deutschen Volkes.“

(Wilhelm Pieck: Rede am 19. Juli 1945 in der „Neuen Welt.“)

Dieser Kampf, den die KPD in allen Teilen des Reiches führt, ist auch die Grundlage für die Erhaltung der nationalen Einheit Deutschlands.

III. Die KPD und die nationale Einheit Deutschlands

1. Der Partikularismus — das Heil der Reaktion

Es treten jetzt eine Reihe von Leuten mit partikularistischen und föderalistischen Forderungen auf. („Partikularismus“ kommt von dem lateinischen Wort „pars“, teilen, und bedeutet in diesem Zusammenhang die Auflösung Deutschlands in selbständige Länder; „Föderalismus“ hat seinen Ursprung in dem lateinischen Wort für Bündnis. Er bedeutet an Stelle eines einheitlichen Deutschlands selbständige Länder, die sich zu einem mehr oder weniger losen Bund zusammenschließen, wie es teilweise im XIX. Jahrhundert der Fall war.) Hinter dieser Forderung versteckt sich die Angst der Reaktion vor einer einheitlichen, gesamtdeutschen demokratischen Erneuerung. Um den Aufbau einer anti-

faschistischen und antiimperialistischen, wahrhaft demokratischen Republik zu verhindern, wollen sie das einige Deutschland durch einzelne Staaten oder durch einen losen Staatenbund ersetzen.

„Die Angst vor der kraftvollen Bewegung zur gesamtdeutschen demokratischen Erneuerung, die besonders von der Millionenbevölkerung solcher Industriezentren wie Berlin, das Ruhrgebiet, Mitteldeutschland u. a., getragen wird, läßt alle reaktionären Elemente im Partikularismus das letzte Hell erblicken. Wenn Deutschland eine antifaschistische, antiimperialistische und wirklich kräftige demokratische Republik werden soll, dann lieber kein Deutschland — das ist die Devise der Reaktion, die damit das Werk ihres Volks- und Landesverrats vollendet.“

(A. Ackermann: „Um Sein oder Nichtsein unseres Volkes“, DVZ, 13. Januar 1946)

2. Die KPD ist für die nationale Einheit Deutschlands

Die Kommunistische Partei Deutschlands führt einen entschiedenen Kampf gegen den Föderalismus und für die nationale Einheit Deutschlands, denn:

- a) Der Föderalismus ist der erste Schritt zum Separatismus, zur Aufgabe der nationalen Einheit Deutschlands, der eine gesamtdeutsche, antifaschistisch-demokratische Entwicklung unserer Heimat unmöglich machen würde.
- b) Der Föderalismus würde die alte Zersplitterung Deutschlands wieder aufleben lassen. Die Jahrhunderte währende Zersplitterung war aber eine der Hauptursachen der ökonomischen und politischen Rückständigkeit unserer Heimat. Die staatliche Zersplitterung war eine entscheidende Ursache für die Ueberbleibsel aus dem Feudalismus (Großgrundbesitz, reaktionäre Beamtenbürokratie usw.), die bis in unsere Tage jeden nationalen Fortschritt unseres deutschen Volkes hemmten.
- c) Ohne die politische Einheit Deutschlands, die auf der wirtschaftlichen Einheit begründet ist, kann es keine lebensfähige Volkswirtschaft und keinen Wiederaufbau geben.

„Ohne die politische Einheit Deutschlands als einzig möglichen stabilen Rahmen seiner wirtschaftlichen Einheit kann es keine auf

die Dauer lebensfähige Volkswirtschaft, keine Arbeit, kein Brot, keinen Wiederaufstieg geben. Der Kampf um die demokratische Erneuerung und um die Einheit Deutschlands ist somit der Kampf um Sein oder Nichtsein unseres Volkes."

(A. Ackermann: „Um Sein oder Nichtsein unseres Volkes“, DVZ, 13. Januar 1946)

- d) In der Gegenwart, nachdem Hitler durch seine verbrecherischen Eroberungskriege Existenz und Einheit der Nation aufs Spiel setzte, ist es doppelt wichtig, daß Einende, also Deutschland, zu betonen und nicht das Gegenteilige.

Daher ist die KPD die konsequente Verfechterin der Einheit der deutschen Nation.

„In der KPD gibt es keinerlei Tendenzen des Separatismus, sondern eine klare Linie für die Einheit Deutschlands.“

(Franz Dahlem: „Deutschland braucht eine starke Kommunistische Partei“, DVZ, 2. November 1945)

„Für die Kommunisten wie alle konsequenten demokratischen Kräfte, ob in Bayern oder anderwärts, kann es keinen Föderalismus geben. Vom Osten bis zum Westen, vom Norden bis zum Süden gibt es nur die eine nationale Aufgabe der demokratischen Erneuerung Deutschlands.“

(A. Ackermann: „Herrn Dr. Hoegeners Föderalismus“, DVZ, 17. Januar 1946)

3. Die Argumente der Gegner der nationalen Einheit Deutschlands

Um ihre reaktionären Bestrebungen der Zerspaltung der staatlichen Einigung Deutschlands besser durchführen zu können, führen die Gegner der nationalen Einheit Deutschlands ihren Kampf unter „demokratischem“ und „antifaschistischem“ Aushängeschild. Dabei bedienen sie sich folgendes Arguments:

Sie behaupten, der einheitliche Staat sei die Ursache des nationalen Unglücks Deutschlands gewesen, daher müsse Deutschland sich nun davon lossagen und den Weg des Föderalismus beschreiten.

Unsere Antwort: Nicht die föderalistische Lockerung der staatlichen Einheit der Nation kann ein neues nationales Unglück unseres Volkes verhindern, sondern lediglich die konsequenten demokratischen Maßnahmen, die im nationalen Interesse notwendig sind. Das Gerede über

die föderalistische Lockerung der staatlichen Einheit als unfehlbarem Heilmittel kann bloß dazu dienen, von den wirklichen Ursachen unseres nationalen Unglücks abzulenken.

„Föderalismus bedeutet das Bündnis verschiedener Nationalitäten in einem gemeinsamen Staatsverband. Wenn die Serben, Kroaten und Slowenen sich auf der Basis des Föderalismus freiwillig verständigen und ein gemeinsames Jugoslawien schaffen, so handelt es sich um die Verwirklichung eines fortschrittlich-demokratischen Staatsgedankens. Für die betreffenden verschiedenen Nationalitäten ist der Föderalismus ein bindendes, ein vereinigendes Element; denn an sich hat jede Nationalität das Recht auf eigene Staatsbildung. Föderalismus bedeutet hier freiwillige Vereinigung auf höherer Basis. Wenn aber die Bayern, Badenser, Sachsen, Mecklenburger, Thüringer und Brandenburger usw. alle miteinander Deutsche sind, dann kann von Föderalismus keine Rede sein. Oder umgekehrt: Wer unter deutschen Ländern, wie Bayern, Baden, Sachsen, Mecklenburg usw. von Föderalismus spricht, der kennt keine Deutschen und kein einheitliches Deutschland mehr; denn es ist völlig absurd, von Angehörigen ein und derselben Nation, ein und desselben Vaterlandes als ‚Verbündete‘ zu sprechen.“

(A. Ackermann: „Herrn Dr. Hoegeners Föderalismus“, DVZ, 17. Januar 1946)

4. Gegen die Störungsversuche der Einheit!

Die reaktionäre Stellungnahme der Gegner der Einheit Deutschlands kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie zugleich ihr Feuer auch gegen die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte richten. Aus diesem Grunde hat die Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien an alle Deutschen einen Appell zur Einheit gerichtet, worin unser Volk aufgefordert wird, sich nicht durch solche Störungsversuche beirren zu lassen. In dem Appell heißt es u. a.:

„Der gemeinsame Ausschuß der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien hält es für notwendig, gegenüber allen Versuchen reaktionärer und militaristischer Kreise, alle Machtpositionen wiederzuerlangen und eine Restauration vorzubereiten, sowie gegenüber separatistischen Tendenzen die Einheit

Deutschlands zu zerschlagen, und gegenüber den Bemühungen, die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu stören, einen Appell an alle fortschrittlich und demokratisch Gesinnten in Deutschland zu richten, sich durch diese Störungsversuche nicht beirren zu lassen, sondern stärker noch als bisher an der Einheit und Zusammenarbeit mitzuwirken . . . Unsere Entschlossenheit zur Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte beruht auf der tiefen Überzeugung, daß sie die Voraussetzung für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und den Bestand der deutschen Nation ist."

(„Appell zur Einheit“, unterzeichnet von den vier antifaschistisch-demokratischen Parteien am 10. 1. 46)

5. Die KPD ist das Rückgrat der Nation

Die KPD ist heute die einzig einheitliche, organisatorische und politische Kraft in Deutschland, die in allen Teilen des Reiches für die Interessen des deutschen Volkes und für die Einheit der Nation kämpft.

„Die politische Linie ist dieselbe in allen Parteibezirken, ob in Saarbrücken, Ludwigshafen, Mannheim, Stuttgart und München, ob in Köln, Düsseldorf, Dortmund, Hannover, Bremen und Hamburg, ob in Berlin und in den Bezirken der sowjetischen Besatzungszone.“

(Franz Dahlem: „Deutschland braucht eine starke Kommunistische Partei“, DVZ, 2. 11. 45)

Das ist der Grund, daß die KPD in der heutigen Situation das Rückgrat der Einheit der Nation darstellt.

6. Was bedeutet Einheit der Nation?

Der Kampf der KPD für die Einheit der deutschen Nation bedeutet jedoch nicht nur die Lockerung der Zonengrenzen, sondern vor allem, daß die großen antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen, die im nationalen Interesse Deutschlands notwendig sind, in allen Teilen Deutschlands durchgeführt werden.

„Einheit Deutschlands — das heißt die Säuberung der Verwaltung der Betriebsleitungen und der Wirtschaftsorgane von den Mitgliedern der Nazi-Partei und jenen Kriegsinteressenten, die als begeisterte Anhänger des Harzburger Blockes den Faschismus mit zur Macht gebracht haben.“

Einheit Deutschlands — das heißt Beendigung der Parteienzersplitterung und Schaffung der festen Einheitsfront von KPD und SPD und eines festen Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Gebieten.

Einheit Deutschlands — das heißt Aufbau wirklicher demokratischer Selbstverwaltungsorgane, in denen neben früheren bewährten Beamten, die keine Faschisten geworden sind, junge demokratische Kräfte aus dem Volke, vor allem aus der Arbeiterschaft, auf die verantwortlichen Funktionen in den Ländern, Städten und Gemeinden kommen.

Einheit Deutschlands — das heißt Wiedererwerb des Vertrauens der anderen Völker durch den entschiedenen Kampf gegen faschistische und andere imperialistische und reaktionäre Ideologien, entschiedenen Kampf gegen Verleumdungen gegen andere Völker und entschiedene Förderung der Idee der Freundschaft zu den demokratischen Völkern, vor allem zum großen Sowjetvolk, das das größte Verdienst hat bei der Rettung der Kultur vor dem Faschismus.“

(W. Ulbricht, Rede in Erfurt am 12. 12. 45)

7. Unsere Orientierung: Deutschland

Die KPD tritt gegen jegliche Spekulation über Ost- und Westorientierung auf und betonte wiederholt, daß ihre einzige Orientierung die Orientierung auf Deutschland ist.

„Ebenso verhängnisvoll wäre es, wenn sich unser Volk dazu verleiten ließe, in solche Spekulationen einzugehen, welche Orientierung dem deutschen Volke nützlicher sei, nach dem Westen oder nach dem Osten. Wir sagen dem deutschen Volke mit aller Klarheit, sein ureigenstes Lebensinteresse gebiete ihm, sich nur auf Deutschland zu orientieren.“

(W. Pieck: Rede auf der KPD-Kundgebung am 9. 11. 45)

Die KPD tritt dafür ein, daß die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten den Weg des antifaschistischen Kampfes gehen, der den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht.

„Wir Kommunisten und Sozialdemokraten müssen den Weg des antifaschistischen Kampfes gemeinsam finden, wie er den besonderen

Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht. Dieser Weg kann nicht eine schematische Uebertragung der Entwicklung der Sowjetunion auf Deutschland sein, aber auch nicht eine schematische Uebertragung der englischen Verhältnisse auf Deutschland."

(W. Ulbricht: Groß-Berliner Funktionärkonferenz 12. 10. 1945)

Die Kommunistische Partei war, ist und bleibt die Partei des deutschen Volkes, die für die wahren nationalen Interessen unseres Volkes kämpft.

Vortrags- Disposition

Der Weg zur sozialistischen Einheitspartei

INHALT

	Seite
I. Das Ergebnis der Aktionseinheit	3
II. Die weitere Stärkung der Aktionseinheit	13
III. Die Notwendigkeit der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien :	19

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

Der Weg zur sozialistischen Einheitspartei

Die Schaffung der sozialistischen Einheitspartei durch die Verschmelzung der SPD und KPD ist die große historische Aufgabe, die im Mittelpunkt des Interesses aller Antifaschisten steht. Daher sind die nächsten Schulungsabende diesen Themen gewidmet, wobei sich der heutige mit dem Weg zur Einheitspartei befaßt, während im weiteren unsere Vorschläge zu den ideologischen und organisatorischen Grundsätzen der Einheitspartei behandelt werden sollen. Sie sind daher für gemeinsame Schulungsabende der SPD- und KPD-Genossen besonders geeignet.

I. Das Ergebnis der Aktionseinheit

1. Die Schaffung der Aktionseinheit

Nachdem am 10. Juni 1945 durch den Erlaß Marschall Shukows die Tätigkeit antifaschistischer Parteien in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen wurde, trat zunächst am 11. Juni die KPD und am 15. Juni die SPD mit ihren Aktionsprogrammen an die Öffentlichkeit. Beide Parteien hatten eine Hauptlehre aus der Vergangenheit gezogen und beschränkten den Weg der Einheit. Bereits am 19. Juni 1945 erfolgte die Vereinbarung des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands. Als Ausdruck der Aktionseinheit der SPD und KPD wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuß gebildet. In der Vereinbarung war unter anderem die Zusammenarbeit bei der Durchführung dringlicher Aktionsaufgaben sowie gemeinsame Veranstaltungen und gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen beschlossen.

In der Vereinbarung heißt es weiter:

„Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaues die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.“

(Vereinbarung der SPD und KPD vom 19. Juni 1945)

2. Die Aktionseinheit hat sich bewährt

Seit der Schaffung der Aktionseinheit der SPD und KPD sind über sechs Monate vergangen. Die Ereignisse dieser Zeit haben die Richtigkeit der Aktionseinheit vollumfänglich bestätigt. Diese Tatsache wird heute sowohl von der SPD als auch von der KPD immer wieder betont.

„In den seither vergangenen sechs Monaten hat sich diese Zusammenarbeit voll und ganz bewährt.“

(W. Pieck: „Auf dem Wege zur vollen Einheit der Arbeiterklasse“, DVZ, 24. 12. 45)

„Die seither gemachten Erfahrungen haben die Richtigkeit der Politik der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit und besonders der Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien voll bestätigt.“

(Otto Grotewohl: „Auf dem Wege zur Einheit“, Das Volk, 24. 12. 45)

Die große Bedeutung des gemeinsamen Kampfes der beiden Arbeiterparteien in den vergangenen Monaten wurde auch in der Entschließung der gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD vom 20.—21. Dezember 1945 erneut bestätigt.

3. Die Ergebnisse der Aktionseinheit

Das grauenhafte Erbe, das uns die unselige Hitlerherrschaft hinterließ, die Probleme, die es zu lösen gilt, sind so groß, daß nur die gemeinsame Kraft der Werktätigen diese Schwierigkeiten überwinden kann. Trotz größter objektiver Hemmnisse und materieller Schwierigkeiten sind in den vergangenen Monaten bedeutende Erfolge erzielt worden. Diese Erfolge hätten nie erreicht werden können, wenn die Aktionseinheit nicht bestanden hätte und die Kraft der Arbeiterklasse getrennt oder gar gegeneinander eingesetzt worden wäre.

Welches sind die wichtigsten Ergebnisse der Aktionseinheit?

a) Aufbau neuer demokratischer Selbstverwaltungsorgane

Mit dem militärischen Zusammenbruch des Hitlerregimes wurde auch der faschistische Staatsapparat vollständig zerschlagen. Es galt, in

kürzester Frist neue demokratische Selbstverwaltungsorgane aufzubauen, denn ohne diese war es unmöglich, die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung (Lebensmittelverteilung, Licht, Wasser, Gas, Verkehrsmittel usw.) zu befriedigen. Durch die Aktionseinheit sind die neuen demokratischen Selbstverwaltungsorgane in der sowjetischen Besatzungszone auf vollständig neuer Grundlage aufgebaut und mit einem neuen demokratischen Geist erfüllt. In allen Verwaltungsstellen sind neue Menschen herangezogen worden und die Verwaltung ist im wesentlichen von nazistischen Elementen gesäubert. Damit sind jedoch nicht nur die augenblicklichen Nachkriegsschwierigkeiten zu einem großen Teil behoben worden, sondern es wurde zugleich die demokratische Erneuerung des Verwaltungsapparates durchgeführt, die seit Jahrzehnten ungelöst auf der Tagesordnung stand.

b) Durchführung der Bodenreform

Dank der gemeinsamen Arbeit der SPD und KPD konnte die demokratische Bodenreform schnell durchgeführt werden. Durch die Bodenreform wurde dem reaktionären Militarismus die Basis entzogen und eine der Hauptbastionen der Reaktion und der imperialistischen Eroberungspolitik, das Junkertum, entmachtet. Damit ging ein jahrhundertalter Traum der Bauern in Erfüllung. Durch die Bodenreform bekamen mehrere hunderttausende Bauern, Landarbeiter und Flüchtlinge eine neue Lebensgrundlage und der demokratische Geist wurde ins Dorf getragen.

c) Durchführung der Schulreform

Dank der Aktionseinheit der SPD und KPD konnte auch das große Werk der Schulreform mit Erfolg in Angriff genommen werden. Das deutsche Schulwesen, das durch die Nazierrschaft entartet, aber bereits auch vorher ein Hort der Reaktion war, wird nun mit neuem demokratischem Geist erfüllt und die reaktionären Bildungsprivilegien werden liquidiert. Die beiden Parteien sind mit vereinten Kräften darangegangen, diese Schulreform durchzuführen und vor allem den Lehrkörper im demokratischen Geist umzugestalten.

d) Erfolge im Kampf gegen Not, Hunger und Kälte

Der Hitlerfaschismus hinterließ unserem Volke eine solche wirtschaftliche Not, wie sie Deutschland noch nie erlebt hatte. Es galt alle Anstrengungen zu unternehmen, wenigstens die grauenhafteste Not zu bekämpfen. Das auf diesem Gebiet Erfolge erzielt werden konnten, ist nur auf die antifaschistisch-demokratische Aktionseinheit und vor allem auf die enge Zusammenarbeit der SPD und KPD zurückzuführen. Durch solche große Aktionen wie die „Volkssolidarität“

in Sachsen, die „Thüringer Aktion“, die Aktion „Rettet die Kinder“, die Dachdeckungsaktion und die Beleuchtungsaktion in Berlin sowie die Maßnahmen der Holzbeschaffung gelang es, wenigstens das schwerste Elend zu vermindern. Alle diese Aktionen hätten nie zum Erfolg geführt, wenn sie nicht von beiden Arbeiterparteien gemeinsam durchgeführt worden wären.

e) Erntehilfe und gemeinsame Agrarpolitik

Der Hitlerfaschismus hat besonders auf dem Dorfe ein vollständiges Chaos und ein ungeheures Elend hinterlassen. Damit entstand die die Gefahr einer furchtbaren Hungersnot. Es galt, in kürzester Frist die Ernteeinbringung zu organisieren und durch eine richtige Agrarpolitik die Gefahr der Hungersnot soweit als möglich abzuwenden.

Durch eine breite Erntehilfe, durch die Unterstützung der Erntekampagne und durch eine richtige Agrarpolitik gelang es, das Minimum der Volksernährung zu sichern. Eine große Rolle spielte dabei die Unterstützung der Bauern durch Lieferung von landwirtschaftlichen Geräten aus den Städten sowie die Unterstützung der Städte durch große Arbeitsleistungen der Bauern. Damit wurde das Bündnis zwischen den Werktätigen der Stadt und des Dorfes gestärkt, das die zukünftige Grundlage für eine Verbesserung der Ernährung bedeutet.

Auch diese Erfolge konnten nur durch die enge Zusammenarbeit der SPD und KPD erreicht werden.

„Wo der Verkehr wieder läuft, die Schornsteine wieder rauchen, die Wohnungen wieder bewohnbar werden, wieder Gas und Strom geliefert wird und aus den Trümmern ein neues Leben entsteht, da ist es nur das Ergebnis gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Anstrengungen.“

(Aus der Entschließung der gemeinsamen Konferenz der SPD und KPD vom 20.—21. Dezember 1945)

f) Erringung der demokratischen Rechte der Werktätigen

In den vergangenen Monaten gelang es, das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und in der Wirtschaft zu erringen und zu festigen. Die Gewerkschaften nehmen einen entscheidenden Anteil an der Lösung der wichtigsten Fragen der Produktion. Die Arbeiter und Angestellten, die unter dem Nazismus keinerlei Rechte hatten und deren Rechte während der Weimarer Republik weitgehendst beschnitten waren, haben nun die Möglichkeit, aktiv an der Entscheidung der wichtigsten Betriebs- und Wirtschaftsfragen teilzunehmen. Auch diese Errungenschaften

wären nie ohne die Gewerkschaftseinheit und die engste Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und Kommunisten sowie der anderen antifaschistischen Kräfte erzielt worden.

4. Schlußfolgerungen

Alle diese Erfolge der letzten Monate wären nie ohne die antifaschistische Aktionseinheit und vor allem ohne die enge Zusammenarbeit der beiden großen Arbeiterparteien, der SPD und KPD, erreicht worden. Denn die Probleme waren zu groß, als das eine Partei ohne die Unterstützung der anderen sie zu lösen imstande wäre. Daher gilt es, die errungene Zusammenarbeit noch zu festigen und zu vertiefen und durch die politische und organisatorische Vereinigung der Arbeiterbewegung die große Kraft zu schaffen, die unser Volk aus Elend, Hunger und Not einer neuen besseren Zukunft entgegenführt.

„Wenn sich unser Volk Schritt für Schritt über Schutt und Trümmer den Weg vorwärts bahnt, wenn es wieder aufwärts geht, so ist das nur das Ergebnis der antifaschistischen Aktionseinheit.“

Das aber verpflichtet uns, auf diesem Wege noch kühner vorwärts zu schreiten und die Fahne der Einheit noch höher zu erheben!“

(Aus der Entschließung der gemeinsamen Konferenz der SPD und KPD vom 20.—21. Dezember 1945)

5. Warum wurde die Einheitspartei nicht sofort geschaffen?

Einige Genossen stellen die Frage, warum im Juni nicht sofort die Einheitspartei geschaffen wurde, warum sich die beiden Arbeiterparteien selbständig organisierten und auf eine Aktionseinheit beschränkten.

Es ist verständlich, daß es nach dem früheren Gegensatz zwischen SPD und KPD zunächst eine Zeit der ideologischen Klärung und der Verbreitung des Einheitsgedankens bedurfte, um die Voraussetzungen für die Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Die sofortige Bildung einer sozialistischen Einheitspartei im Juni 1945 wäre ohne genügende Vorbereitung gewesen. Sie hätte keine genügend feste Basis gehabt, um die großen Aufgaben, die vor den deutschen Werktätigen standen, zu lösen. Daher wurde der Beschluß gefaßt, zunächst die beiden Arbeiterparteien selbständig zu organisieren und durch enge Zusammenarbeit im gemeinsamen Kampf und durch ideologische Klärung die Voraussetzungen der sozialistischen Einheitspartei zu schaffen.

II. Die weitere Stärkung der Aktionseinheit

Nach den großen Erfolgen, die die Zusammenarbeit der SPD und KPD in den vergangenen Monaten gezeigt hatte, erfolgte mit der gemeinsamen Konferenz des Zentralaussschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD der Uebergang zur zweiten Phase der Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Gestützt auf die Erfahrungen, die in diesen Monaten bei der Zusammenarbeit der SPD und KPD gezogen wurden, gilt es jetzt, neue weitere Schritte zur Festigung und Vertiefung der Aktionseinheit zu unternehmen, um die Verschmelzung der SPD und KPD in eine einheitliche Arbeiterpartei vorzubereiten.

1. Klärung aller noch existierenden Streitfragen

Es gilt jetzt in allen Organisationen der beiden Arbeiterparteien alle noch existierenden Streitfragen durch sachliche Aussprache im Geiste gegenseitiger Achtung und beiderseitigen Entgegenkommens schnellstens zu klären. Nur wenn die noch existierenden Mißverständnisse zwischen SPD- und KPD-Genossen schnellstens geklärt werden, wird die Einheitspartei fest verankert werden können.

2. Engere Zusammenarbeit in der Verwaltung, in den Gewerkschaften und Betrieben

Die vergangenen Monate haben Tausende von Beispielen gebracht, wo Kommunisten und Sozialdemokraten in engster kameradschaftlicher Weise vorbildlich zusammenarbeiteten und damit wesentlich zum Erfolg der gemeinsamen Arbeit beitrugen. Zugleich gibt es jedoch noch Beispiele, wo durch Mißtrauen und Unstimmigkeiten zwischen SPD- und KPD-Genossen die gemeinsame Sache geschädigt und das Vertrauensverhältnis getrübt wird. Es steht jetzt die Aufgabe, in den Selbstverwaltungsorganen, auf dem Gebiet der Wirtschaft, in den Gewerkschaften und Betriebsräten, in Aemtern, Fabriken und Schulen die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und Kommunisten noch viel enger und kameradschaftlicher als bisher zu gestalten.

3. Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme

Um zu verhindern, daß durch einen gegenseitigen Wahlkampf zwischen der SPD und KPD die Reaktion gestärkt aus den Wahlen hervorgeht und die gemeinsame Sache der Arbeiterklasse geschädigt wird, schlägt die gemeinsame Konferenz der SPD und KPD vom 20. bis 21. Dezember bei den Gemeindewahlen die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme

der beiden Arbeiterparteien vor. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen sollen sich dann in kameradschaftlicher Weise und auf der Grundlage der Gleichberechtigung über die Besetzung der politischen Positionen innerhalb der Gemeindeverwaltungen verständigen. Die zukünftigen Wahlen sollen nicht zu einem Kampf zwischen SPD und KPD werden, sondern zu einem gemeinsamen Kampf zur Gewinnung einer Arbeitermehrheit.

„Die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme soll die Garantien bilden, daß der Wahlkampf nicht zu einem Kampf zwischen SPD und KPD wird, sondern als gemeinsamer Kampf der beiden Arbeiterparteien für eine Arbeitermehrheit geführt wird!

Ein gegenseitiger Kampf bei den Wahlen würde zu einem Frevel am schaffenden Volk werden, weil damit nichts anderes erreicht werden könnte, als daß die Reaktion die Oberhand gewinnen würde.

Die gemeinsame Konferenz der KPD und SPD fordert daher die örtlichen und bezirklichen Organisationen beider Parteien in ganz Deutschland auf, im Interesse der Gewinnung einer festen Arbeitermehrheit gemeinsame Wahlprogramme aufzustellen.“

(Aus der EntschlieÙung der gemeinsamen Konferenz der SPD und KPD vom 20.—21. Dezember 1945)

4. Ideologische Klärung

Um die sozialistische Einheitspartei politisch und ideologisch vorzubereiten, wird von der gemeinsamen Konferenz der SPD und KPD vorgeschlagen, daß in allen Gruppen und Ortsorganisationen, Bezirks-, Landes- oder Provinzialleitungen gemeinsame ideologische Aussprachen geführt werden. Die ideologischen Aussprachen sollen sich insbesondere mit dem Wesen der Einheitspartei und ihren programmatischen Grundlagen beschäftigen, die in Punkt V der gemeinsamen EntschlieÙung der SPD und KPD angeführt sind und in einem der weiteren Schulungshefte besonders behandelt werden.

5. Schaffung gemeinsamer Ausschüsse der SPD und KPD

In den meisten Orten Deutschlands bestehen bereits zwischen der SPD und KPD Verbindungskomitees, die in dem gemeinsamen Kampf

der letzten Monate eine bedeutende Rolle gespielt haben. Es gilt jetzt, die Arbeit dieser Verbindungskomitees zu erweitern und zu vertiefen. Daher muß dazu übergegangen werden, die Verbindungskomitees durch gemeinsame Ausschüsse (wie z. B. für Wirtschaftsfragen, Sozialpolitik, Kultur- und Erziehungsfragen usw.) zu ergänzen.

6. Gemeinsame Zirkel und Schulungstätigkeit

In einer Reihe von Orten und Bezirken Deutschlands, insbesondere in der sowjetischen Besatzungszone, wird bereits eine gemeinsame Schulungsarbeit der SPD und KPD mit großem Erfolg durchgeführt. Die Schulungsarbeit erfolgt auf der Basis vollständiger Gleichberechtigung, so daß jeweils abwechselnd ein KPD-Genosse und ein SPD-Genosse über ein Schulungsthema referieren. Es gilt jetzt, die gemeinsame Zirkel- und Schulungstätigkeit zu erweitern und zu vertiefen. Als Grundlage dafür kann die gemeinsame theoretische Zeitschrift der SPD und KPD „Einheit“ und die Literatur des Verlages „Einheit“ dienen.

7. Das Ziel der Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit

Alle die hier angeführten Maßnahmen zur Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit sollen mit dem Ziel der Verschmelzung der SPD und KPD zu einer einheitlichen Arbeiterpartei durchgeführt werden.

„Die Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit soll den Auftakt zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung, d. h. zur Verschmelzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands zu einer einheitlichen Partei bilden.

Gegenwärtig, wo sich die beiden Arbeiterparteien zum gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben und das Lebensinteresse des schaffenden deutschen Volkes auf das dringlichste die Weiterentwicklung der Einheit fordert, ist der historische Augenblick gekommen, die Lehre aus der gesamten Vergangenheit der Arbeiterbewegung zu ziehen und die Einheitspartei der Arbeiter vorzubereiten.“

(Aus der Entschließung der gemeinsamen Konferenz der SPD und KPD vom 20.—21. Dezember 1945)

III. Die Notwendigkeit der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien

1. Die Lehren aus der Vergangenheit

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die im Jahre 1914 offen zu Tage trat, wurde zum Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse und für unser ganzes Volk. Die Spaltung der Arbeiterbewegung verhinderte die konsequente Demokratisierung unserer Heimat nach 1918 und erleichterte 1933 den Machtantritt des Faschismus. Heute ist es bereits jedem klar, daß durch den gemeinsamen Kampf der beiden Arbeiterparteien der Faschismus in Deutschland hätte verhindert werden können.

Daraus gilt es heute die Lehre zu ziehen. Es gilt durch die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien unmöglich zu machen, daß Reaktion und Faschismus jemals wieder ihr Haupt erheben können.

2. Errichtung der neuen demokratischen Ordnung

Die beiden Arbeiterparteien — die SPD und KPD — kämpfen heute für die vollständige Demokratisierung Deutschlands als der unbedingten Voraussetzung zum Sozialismus. Solange Faschismus und Reaktion und ihre Auftraggeber, die Trust- und Konzernherren, nicht entmachtet sind, ist es unmöglich, eine wirklich neue demokratische Ordnung aufzubauen. Die demokratische Republik wird nur dann als wirklich neue demokratische Ordnung erstehen, wenn die einzige Arbeiterschaft ihr Hauptträger ist und sich gegen die bourgeoisien Kräfte den gebührenden Einfluß sichert. Nur die Einheitspartei kann der Arbeiterklasse die führende Rolle im neuen Deutschland sichern. Sonst besteht die Gefahr, daß sich die verhängnisvolle Entwicklung nach 1918 wiederholt.

Daher ist die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eine unbedingte Notwendigkeit, um wirklich die neue demokratische Ordnung zu sichern und die Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen.

3. Der wirtschaftliche Wiederaufbau

Aus dem Elend und der Not, die uns von der unseligen Hitlerherrschaft hinterlassen wurden, können wir nur durch unsere eigene Kraft herauskommen, d. h. durch den Wiederaufbau unserer Friedensindustrie und die weitgehendste Förderung der Landwirtschaft. Die Arbeiterschaft ist der Träger des Wiederaufbaues. Der weitere schnelle Aufbau der Wirtschaft wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die geeinte Ar-

beiterschaft alle reaktionären Sabotageversuche bricht und die Sache in ihre eigenen Hände nimmt. Das ist jedoch nur möglich, wenn sie durch die organisatorische und politische Vereinigung genügend Kraft und Einfluß besitzt.

Daher ist die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien die unbedingte Voraussetzung, um uns durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau aus Not und Elend herauszuführen.

4. Die Sicherung des Friedens

Solange die Hauptkriegstreiber — die Trust- und Konzernherren, die Großgrundbesitzer und Militaristen — nicht vollständig vernichtet sind, wird die Gefahr des Krieges nicht gebannt sein. Der Frieden wird nur dann gesichert sein, wenn die konsequenteste Friedenskraft, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk, den unseligen Einfluß der Kriegstreiber gebrochen hat. Dazu ist jedoch die ganze Kraft der geeinten Arbeiterschaft notwendig.

Daher ist die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eine unbedingte Voraussetzung, um den Frieden zu sichern.

5. Die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen

Trotz größter Leiden und Entbehrungen setzt die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau ein. Die Arbeiterklasse ist heute der Träger des Wiederaufbaues. Es darf jedoch nicht wieder geschehen wie in den Jahren 1924—28, daß die Großkapitalisten die Früchte ernten, nachdem die Arbeiter unter größten Kraftanstrengungen die Wirtschaft wieder instand gesetzt hatten. Daher ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft und alle Werktätigen sich einen solchen Einfluß sichern, daß die Früchte ihrer schweren Arbeit nicht von anderen eingeheimst werden. Das kann jedoch nur geschehen, wenn die Arbeiter durch ihre organisatorische und politische Vereinigung einen genügend starken Einfluß besitzen.

Daher ist die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eine unbedingte Voraussetzung zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen.

6. Die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte

Schon erhebt hie und da die Reaktion wieder ihr Haupt. Es liegt im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft, daß durch die Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte das Spiel der Reaktion durchkreuzt wird. Es liegt im ureigensten Interesse der Werktätigen, daß es der Reaktion nicht gelingt, die Einheit der antifaschistisch-demokratischen

Kräfte zu spalten. Die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Parteien wird aber nur dann stabil und von Dauer sein, wenn die Arbeiterbewegung ihr festes Rückgrat bildet.

Daher ist die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eine unbedingte Notwendigkeit zur Festigung der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte im Kampfe gegen die Reaktion.

7. Die Einheit der deutschen Nation

Es liegt im Interesse aller Arbeiter und aller Schaffenden, daß die Einheit der deutschen Nation erhalten bleibt und daß die antifaschistisch-demokratische Erneuerung in ganz Deutschland vor sich geht. Einige reaktionäre Kreise versuchen mit dem Schlagwort „Föderalismus“ durch die Zerstückelung Deutschlands eine gesamt-nationale antifaschistische Entwicklung zu hintertreiben. Die Einheit Deutschlands wird jedoch vor allem durch eine einheitliche machtvolle deutsche Arbeiterbewegung gesichert werden.

Daher ist die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien in eine machtvolle sozialistische Einheitspartei in ganz Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit zur Erhaltung der Einheit der Nation.

8. Die Opfer sollen nicht vergebens sein!

In den zwölf Jahren der nazistischen Schreckensherrschaft waren es vor allem Kommunisten und sozialdemokratische Arbeiter, die unsterblicher Todesgefahr mutig und entschlossen den Kampf gegen Faschismus und Krieg führten. Zu Tausenden und Zehntausenden wurden diese illegalen Kämpfer erschossen, gehängt, vergast. Ueberall, wo sozialdemokratische und kommunistische Genossen in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachteten, gelobten sie, es nie wieder zur Spaltung der Arbeiterbewegung kommen zu lassen.

„Dem Siege der Diktatur verdanken beide Arbeiterparteien eine neue Einsicht: Der Faschismus vergast oder erschlägt oder erschießt sowohl den SPD- als auch den KPD-Funktionär. Er kennt keinen Unterschied. Beide sind Vertreter einer Klasse, die entrechtet werden muß. Sollten wir nicht gemeinsam im Leben für das Recht der Ausgebeuteten kämpfen können, wenn wir bereit sind, gemeinsam für das Proletariat in den Tod zu gehen? Wir werden es tun.“

(Max Fechner, Vors. im Zentralauschuß der SPD: „Gegen die Brunnenvergifter“, Das Volk, 12. 1. 46)

Die Zehntausende ermordeter Genossen sollen uns eine ewige Warnung sein, wohin die Spaltung der Arbeiterbewegung führt. Nur durch die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien kann die Wiederholung einer solchen Tragödie verhindert werden.

9. Schlußfolgerungen

Somit gebietet das ureigenste Interesse aller deutschen Werktätigen die baldige Verschmelzung der SPD und KPD in eine große machtvolle Einheitspartei des schaffenden Volkes. Dieses dringende Gebot findet seinen Ausdruck in den Schlußsätzen der gemeinsamen EntschlieÙung der SPD und KPD vom 20.—21. Dezember 1945:

„Insbesondere erklären wir mit feierlichem Nachdruck, daß die Weiterentwicklung der Aktionseinheit zur politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung die sichere Garantie unseres Erfolges heute und in Zukunft sein wird.

Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht damit an!“

1946

Vortrags- Disposition

Nr. 5

Vortragsdisposition Nr. 5

Zweiter Jahrgang

Der Weg zum Sozialismus

(Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei)

Der Weg zum Sozialismus

(Zur Diskussion um das Maximalprogramm der Einheitspartei)

INHALT

	Seite
I. Das Wesen des bürgerlich - demokratischen Staates	4
II. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als unbedingte Voraussetzung zum Sozialismus	6
III. Die reformistischen „Theorien“ über den Weg zum Sozialismus	12
IV. Die große Lehre	14

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

In der gemeinsamen EntschlieÙung der Konferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird im Abschnitt V zum Programm der zukünftigen Einheitspartei der sozialistischen Bewegung Stellung genommen. Dabei wird unterschieden zwischen dem Programm-Minimum (den Sofortaufgaben der Einheitspartei) und dem Programm-Maximum (den Endzielen der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung).

Da die Fragen der demokratischen Erneuerung Deutschlands, d. h. die Sofortaufgaben der Einheitspartei in früheren Schulungsdispositionen ausführlich behandelt wurden, wird diesmal die konsequente marxistische Auffassung des Maximalprogramms, d. h. die Verwirklichung des Sozialismus durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse der Inhalt des heutigen Schulungsthemas sein. Zum Programm-Maximum heißt es in der gemeinsamen EntschlieÙung:

„ . . . im Maximum soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im ‚Kommunistischen Manifest‘, im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.“

I. Das Wesen des bürgerlich-demokratischen Staates

1. Der fortschrittliche Charakter der bürgerlich-demokratischen Republik gegenüber allen reaktionären diktatorischen Regierungsformen

Die konsequenten Marxisten haben stets die Fortschrittlichkeit der bürgerlich-demokratischen Republik gegenüber den reaktionären, halbfeudalen Staatsformen anerkannt, da die Demokratie der Arbeiterklasse die beste Möglichkeit bietet, den Kampf um die ganze Macht der Arbeiterklasse und für den Sozialismus mit Erfolg zu führen. Die demokratische Republik bedeutet einen unschätzbaren historischen Fortschritt gegenüber allen reaktionären und diktatorischen Regierungsformen. Die Bedeutung des demokratischen Staates für den sozialistischen Kampf der Arbeiterklasse wird außer bei Marx und Engels auch im Eisenacher Programm der Sozialdemokratie unterstrichen. Dort heißt es:

„Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen.“

(Aus Punkt 4 des Eisenacher Programms der Sozialdemokratie 1869)

2. Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates

Trotz der Tatsache, daß die bürgerlich-demokratische Republik gegenüber den reaktionären diktatorischen Staaten, um so mehr gegenüber dem Faschismus, einen ungeheuren politischen und gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet, betonen die konsequenten Marxisten ständig den Klassencharakter des bürgerlichen Staates. Der Klassencharakter der bürgerlichen Republik ist ersichtlich aus folgenden Tatsachen:

a) Trotz der veränderten Staatsform ist in der bürgerlichen Republik die Lohnsklaverei beibehalten.

„Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist.“

(W. Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Band 7, S. 18)

b) In der bürgerlichen Republik bleibt der Kapitalismus unangetastet. Durch die enge Verbindung von Regierung und Börse übt er um so sicherer seine Macht aus:

„... die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktien-

gesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittel, um'standen . . . Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittels des allgemeinen Stimmrechts.“

(Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, S. 145—146)

c) Trotz der demokratischen Rechte und Freiheiten, die die Werktätigen genießen, ist die Demokratie im bürgerlichen Staat durch die Beibehaltung der kapitalistischen Ausbeutung höchst eingeengt.

„In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir eine mehr oder weniger vollständige Demokratie in der demokratischen Republik. Diese Demokratie ist jedoch stets in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung gepreßt und bleibt daher im Grunde genommen stets eine Demokratie für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen.“

(W. Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Bd. 7, S. 78)

Engels warnte vor der Annahme, daß man allein durch Wahlergebnisse eine entscheidende Wendung der Gesellschaft herbeiführen konnte:

„Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch.“

(F. Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, S. 146)

3. Die zwei Seiten des bürgerlich-demokratischen Staates

Somit unterstreichen die konsequenten Marxisten bei der Beurteilung der bürgerlich-demokratischen Republik die zwei Seiten der bürgerlichen Demokratie,

a) die fortschrittliche Seite, die darin besteht, daß die bürgerlich-demokratische Republik im Vergleich zu den reaktionären Monarchien (und in der heutigen Zeit gegenüber dem Faschismus) einen großen gesellschaftlichen und politischen Fortschritt darstellt und der Arbeiterklasse durch die demokratischen Rechte und Freiheiten leichtere Möglichkeiten gegeben sind, den Kampf um ihr sozialistisches Endziel zu führen,

b) den Klassencharakter des bürgerlichen Staates, der darin besteht, daß sich zwar die politischen Herrschaftsformen änderten, nicht jedoch der Inhalt, d. h. daß auch in der bürgerlich-demokratischen Republik der Staat ein Instrument der Klassenherrschaft und der Beibehaltung der Ausbeutung geblieben ist.

„Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Abarten des Staates. Sie ist daher, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Ge-

waltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatseinerichtung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung die Demokratie erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, auch die bürgerlich-republikanische Staatsmaschine — stehendes Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen . . .“

(Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Band 7, S. 91)

4. Die Schlussfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse

Aus diesen Tatsachen ziehen die konsequenten Marxisten folgende Schlussfolgerung:

- a) Da die bürgerlich-demokratische Republik gegenüber dem Faschismus einen großen Schritt vorwärts bedeutet, hat die sozialistische Arbeiterbewegung die Aufgabe, alle demokratischen Bewegungen und Strömungen aktiv zu unterstützen und eng mit ihnen für die vollständige Demokratisierung zu kämpfen.
- b) Da in der bürgerlich-demokratischen Republik jedoch weiterhin die kapitalistische Ausbeutung besteht, so ist die Demokratie keineswegs die Grenze, die nicht überschritten werden darf, sondern lediglich eine Etappe auf dem Wege zum Endziel, eine Etappe der Vorbereitung der Arbeiterklasse für ihren sozialistischen Endkampf.

„Die Demokratie ist von ungeheurer Bedeutung im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten. Die Demokratie ist aber durchaus nicht die Grenze, die nicht überschritten werden kann, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus“.

(Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Band 7, S. 90/91)

II. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als unbedingte Voraussetzung zum Sozialismus

1. Was ist Sozialismus?

In den letzten Jahrzehnten sowie in der jüngsten Vergangenheit und in der Gegenwart wurde der Begriff Sozialismus von den herrschenden Klassen absichtlich verfälscht und auf den Kopf gestellt. (1919: „Der Sozialismus marschiert“, der „skandinavische Sozialismus“, Hitlers „deutscher Sozialismus“, der „christliche Sozialismus“ usw.) Das geschah und geschieht sowohl als Volksbetrug als auch um den Sozialismus zu dikreditieren.

Demgegenüber besagt der wissenschaftliche Begriff des Sozialismus: Sozialismus ist eine nach dem Sieg der sozialistischen Revolution geschaffene Gesellschaftsordnung, in der Grund und Boden, die gesamten Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen), der Transport und die Banken sich nicht in den Händen einzelner befinden, die sie für ihre persönliche Bereicherung benutzen, sondern Gemeingut des Volkes sind. Die sozialistische Gesellschaftsordnung macht es daher unmöglich, daß der eine auf Kosten des anderen lebt; die Ausbeuterklassen — Kapitalisten und Gutsbesitzer — sind entmachtet und enteignet, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben. Im Sozialismus gibt es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten, sondern nur gleichberechtigte, von der Ausbeutung befreite Mitglieder der Gesellschaft.

2. Die Frage des Weges zum Sozialismus

Ueber das Endziel des Sozialismus bestehen bei allen konsequenten Sozialisten keine Meinungsverschiedenheiten. Jedoch über die Frage des Weges zum Sozialismus wird seit vielen Jahrzehnten ein heftiger Kampf geführt zwischen den konsequenten Marxisten und den Reformisten (d. h. denjenigen, die die Abkehr vom Marxismus vollzogen hatten).

Während die Anhänger des konsequenten Marxismus die Auffassung vertreten, daß der Sozialismus nur auf dem Wege des Zerbrechens des alten bürgerlichen Staatsapparates und der Erringung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, d. h. auf dem Wege der sozialistischen Revolution zu erreichen ist, sind die Reformisten Anhänger des „friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“ durch Genossenschaften, Kommunalisierung u. a. Maßnahmen, aus denen dann „der Sozialismus entstehen soll“, sowie der Errichtung des Sozialismus auf dem Wege des sogenannten „Volksstaates“.

3. Die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlich-kapitalistischen Staates

Ausgehend von den vorher angeführten Tatsachen über das Wesen des bürgerlichen Staates lehrt der Marxismus, daß der bürgerlich-kapitalistische Staat zerbrochen und an seine Stelle der neue Staat, der Arbeiterstaat, treten muß, um den Sozialismus verwirklichen zu können. Das besagt nicht ein Satz von Marx und Engels, das ist das Kernstück ihrer gesamten Lehre.

- a) Das „Kommunistische Manifest“ unterstreicht, daß die Arbeiterklasse (das Proletariat) nur durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie ihre Herrschaft begründen kann, um den Sozialismus zu verwirklichen.

„Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht, und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.“
(„Kommunistisches Manifest“, S. 15)

- b) In seinem historischen Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 schreibt Marx, daß die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie die Vorbedingung jeder Volksrevolution ist.

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nächstest, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“

(Marx: „Briefe an Kugelmann“, S. 110)

- c) In seinem Buch „Staat und Revolution“ beweist Lenin, daß der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Demokratie nicht eine glatte Entwicklung „zu immer größerer Demokratie ist“, sondern nur über die politische Herrschaft der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats) möglich ist, da nur durch die Herrschaft der Arbeiterklasse der Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen ist.

„Aber von dieser kapitalistischen, unvermeidlich engen, die Armen im Stillen zurückstoßenden und daher durch und durch heuchlerischen und lügenhaften Demokratie führt die weitere Entwicklung nicht einfach, gerade und glatt, zu einer immer größeren Demokratie, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten es darzustellen belieben. Nein. Die weitere Entwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn niemand außer dem Proletariat ist in stande, den Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen, und einen anderen Weg gibt es nicht.“

(Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Band 7, S. 80)

- d) Die Notwendigkeit der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse als Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus wird auch im Erfurter Programm der Sozialdemokratie als Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei dargelegt.

Darüber heißt es im Erfurter Programm der Sozialdemokratie von 1891:

„Sie (die Arbeiterklasse) kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

- e) In der „Kritik des Gothaer Programms“ unterstreicht Marx, daß zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung eine Periode der revolutionären Umwandlung liegt, eine Periode der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse.

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

(Marx: „Kritik des Gothaer Programms“, S. 31)

- f) Daher bezeichnet das wichtigste und weitverbreiteste Werk der sozialistischen Literatur, das „Kommunistische Manifest“, den Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und die Eroberung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse als Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung.

„Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“
(„Kommunistisches Manifest“, S. 17)

Diese Ausführungen stellen den Grundgedanken der marxistischen Lehre dar: Die unbedingte Voraussetzung zum Sozialismus ist die politische Herrschaft der Arbeiterklasse; der Sozialismus kann nur in einem Arbeiterstaat verwirklicht werden; die Voraussetzung zum Sozialismus ist die Zerschlagung der bürgerlich-kapitalistischen Staatsmaschine. Ohne die Aufrichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bunde mit den Werktätigen kann es keinen Sozialismus geben.

4. Die Besonderheiten der heutigen Lage nach der Zerschlagung des Hitlerregimes

Die Besonderheit der heutigen Lage besteht darin, daß durch den militärischen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands auch der faschistische Staatsapparat als Herrschaftsorgan des Monopolkapitals zerschlagen wurde. Das trifft für die

ostdeutschen Gebiete vollständig, für die west- und süddeutschen Gebiete nur teilweise zu. Jene neugeschaffenen demokratischen Selbstverwaltungsorgane, in denen die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzt (besonders in den östlichen Gebieten Deutschlands), sind daher nicht mehr Organe der Unterdrückung der Ausbeuteten durch die Ausbeuter. Daher kann unter diesen Bedingungen nicht die Zerschlagung des Staatsapparates als Aufgabe vor der Arbeiterklasse stehen, sondern die Festigung ihrer Positionen und die Säuberung der Verwaltung von allen Faschisten, Militaristen und Reaktionen. Unter den heutigen Bedingungen besteht die Aufgabe der Arbeiterklasse darin, einen solchen Einfluß auf die Selbstverwaltungsorgane zu gewinnen, daß die Verwaltung nicht wieder zu einem arbeiterfeindlichen Staatsapparat und zu einem Herrschaftsorgan der Bourgeoisie werden kann. In dem Falle, daß dies gelingt, ist die Möglichkeit einer Höherentwicklung ohne gewaltsame Revolution nicht ausgeschlossen.

5. Was bedeutet die politische Herrschaft der Arbeiterklasse?

Die Aufrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats) bedeutet, daß die früheren Ausbeuter, die Kapitalisten und Gutsbesitzer, entmachtet und enteignet werden und die gesamten Produktionsmittel in den Dienst der Werktätigen gestellt werden. Daher ist eine Periode der Niederhaltung der Kapitalisten notwendig, die jedoch zugleich eine Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen mit sich bringt.

„In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine beschnittene, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Uebergangs zum Kommunismus, wird zum ersten Male eine Demokratie für das Volk, für die Mehrheit schaffen, neben der notwendigen Niederhaltung der Minderheit, der Ausbeuter.“

(Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Band 7, S. 81)

6. Der Uebergang zur klassenlosen Gesellschaft

Der Charakter des Arbeiterstaates, der in der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse seinen Ausdruck findet, ist dem Charakter des bürgerlich-kapitalistischen Staates direkt entgegengesetzt. Während in allen kapitalistischen Staaten, auch in der demokratischen Republik, die Mehrheit des Volkes, die Werktätigen, ausgebeutet und unterdrückt werden, so bedeutet die politische Herrschaft der Arbeiterklasse die Unterdrückung einer verschwindend kleinen Zahl von Ausbeutern im Interesse der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Die politische Herrschaft

der Arbeiterklasse ist ein Uebergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, wo die Notwendigkeit des Staates, d. h. eines Apparates zur Unterdrückung überhaupt verwunden ist.

„Beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber bereits die Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausbeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Unterdrückungsmaschine, ein ‚Staat‘ ist noch notwendig, aber es ist bereits ein Uebergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine verhältnismäßig so leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen, Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit viel billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist auch vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß das Bedürfnis nach einer besonderen Maschine zur Unterdrückung zu verschwinden beginnt.“

(Lenin: „Staat und Revolution“, Ausgew. Werke, Band 7, S. 82)

7. Die Grundzüge des Kampfes um den Sozialismus

Somit ergeben sich aus der marxistischen Lehre die folgenden Grundzüge unseres Kampfes zur Erreichung des sozialistischen Endzieles:

- a) In der Epoche unseres heutigen Kampfes, d. h. der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umwälzung, die 1848 begonnen wurde, hat die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung die Aufgabe, den Kampf zur demokratischen Erneuerung Deutschlands konsequent bis zu Ende zu führen, im Sinne des Aufbaues einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten, weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen.
- b) Die Errichtung des Sozialismus kann jedoch nicht in der bürgerlich-demokratischen Republik durchgeführt werden, sondern die Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus ist der Sturz der Klasse der Kapitalisten und die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse.
- c) Die Aufgaben des zukünftigen Arbeiterstaates werden darin bestehen, die Macht der Ausbeuter zu brechen, die gesamten Produktionsmittel

in die Hände der Werktätigen, d. h. des sozialistischen Staates zu überführen, und durch die Ausschaltung der Ausbeuterklassen zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft überzugehen.

III. Die reformistischen „Theorien“ über den Weg zum Sozialismus

1. Das „friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus“

Gegenüber der marxistischen Lehre vom Weg zum Sozialismus durch die Aufrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse stellten die Reformisten die Theorie vom sogenannten „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“ auf. Dabei sollten durch die Bildung von Produktionsgenossenschaften innerhalb des kapitalistischen Staates die Voraussetzungen zum Sozialismus geschaffen werden. Aus diesen Genossenschaften würde dann — nach ihrer Meinung — der Sozialismus ohne Umwälzung der Gesellschaft entstehen können. So wurde z. B. in dem von Marx und Engels scharf kritisierten Gothaer Programm „die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe“ gefordert. Diese Genossenschaften „sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht“. (Gothaer Programm, 1875, Abschnitt II.)

Mit beißendem Spott antwortete Marx auf das „friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus“ durch die Produktivgenossenschaften innerhalb des kapitalistischen Systems:

„An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zettelschreiberphrase: ‚die soziale Frage‘, deren ‚Lösung‘ man ‚anbahnt‘. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozeß der Gesellschaft, ‚entsteht‘ die ‚sozialistische Organisation der Gesamtarbeit‘ aus ‚der Staatshilfe‘, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, ‚ins Leben ruft‘. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebenso gut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!“

(Marx: „Kritik des Gothaer Programms“, S. 29)

2. Das Gerede vom Volksstaat

Im Gegensatz zu den konsequenten Marxisten, die einen prinzipiellen Unterschied zwischen dem bürgerlich-kapitalistischen und dem sozialistischen Arbeiterstaat machen, setzte Lassalle und später die Reformisten den Begriff des sogenannten „Volksstaates“. Dieser sollte angeblich eine über den Klassen stehende neutrale Macht sein, die — nach Lassalle — die Periode des Ueberganges zum Sozialismus darstellen sollte. In der „Kritik des Gothaer Programms“ antwortete Marx darauf folgendermaßen:

„Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher. Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

(Marx: „Kritik des Gothaer Programms“, S. 31)

Und Engels wandte sich mit folgenden Worten gegen das Gerede vom „freien Volksstaat“:

„Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen. . . .“

(Engels, Brief an August Bebel, März 1875)

3. Die Frage der Verstaatlichung

Aehnlich wie die Lassalleaner durch staatliche Genossenschaften ein „friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus“ vollbringen wollten, so gibt es heute Versuche, in jeder Verstaatlichung eine sozialistische Maßnahme zu erblicken, ohne zu berücksichtigen, welchen Charakter die Verstaatlichung trägt und unter welchen Umständen die Verstaatlichung vollzogen wird. Schon in seinem Buch „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ antwortete Engels den Vertretern dieser Anschauungen:

„Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten, und hier wird da sogar in einige Wohlthenerlei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preußens verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einzurichten und ausnutzen zu können, um die Eisenbahnbeamten zu Regierungsstimmvieh zu erziehen, und hauptsächlich um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommenquelle zu verschaffen — so waren das keineswegs sozia-

listische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die Königliche Seehandlung, die Königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen, oder gar die unter Friedrich Wilhelm III. in den dreißiger Jahren allen Ernstes von einem Schlaumeier vorgeschlagene Verstaatlichung der — Bordelle."

(Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, S. 71)

Die Klassiker des Marxismus betonten wiederholt, daß „weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte aufhebt“. Die Verstaatlichung der Großindustrie im kapitalistischen Staat bedeutet einen unzweifelhaften Fortschritt als ökonomische Voraussetzung für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Sie ist jedoch deshalb keineswegs bereits eine sozialistische Maßnahme.

„Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der Ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, destomehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, destomehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“ (Engels: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, S. 281)

IV. Die große Lehre

Der Streit um die Frage des Weges zum Sozialismus ist heute nicht nur längst theoretisch entschieden, sondern hat inzwischen seine geschichtliche Entscheidung erfahren, und zwar durch die unterschiedliche Entwicklung Deutschlands und anderer kapitalistischer Länder einerseits und der 28jährigen Entwicklung der sozialistischen Sowjetunion andererseits.

1. Die Lehren aus der Weimarer Republik

Nach der Revolution von 1918 kamen in Deutschland und auch in einer Reihe von anderen Ländern Regierungen zur Macht, in denen Sozialisten, die auf dem Standpunkt des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus standen, den entscheidenden Einfluß hatten. Auf Grund dieser Theorie bauten sie ihre Politik auf und versprachen den Arbeitern die „Einführung des Sozialismus“ auf friedlichem Wege. So

wurden z. B. 1919 im damaligen kapitalistischen Deutschland „Kommissionen zur Sozialisierung“ eingesetzt. Es erschienen Plakate: „Der Sozialismus marschiert!“ usw. Da aber die Weimarer Republik und andere Staaten Westeuropas keine Arbeiterstaaten, sondern bürgerlich-demokratische Staaten auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung waren, konnten diese Losungen nur eine Irreführung der Werktätigen sein und das schaffende Volk über den wahren Sozialismus täuschen. Die Entwicklung führte auch tatsächlich nicht zu einem „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“, sondern zur Festigung des Kapitalismus und zur Erstarkung des deutschen Imperialismus, um schließlich mit dem Faschismus, dem Krieg und der vollständigen Katastrophe zu enden.

Daher können wir heute sagen, daß die Theorie vom „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“ ohne Sturz der Macht der Kapitalisten und ohne Aufrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse sich geschichtlich als falsch erwiesen hat und niemals zum Sozialismus führen kann.

2. Die Lehre aus der Entwicklung der Sowjet-Union

Im Unterschied zu Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern wurde im November 1917 in Rußland die Klasse der Kapitalisten und Gutsbesitzer entmachtet und enteignet, der bürgerlich-kapitalistische Staat zerbrochen und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse aufgerichtet. Die Entwicklung führte hier dazu, daß es keine Ausbeuterklassen, keine Kapitalisten und Gutsbesitzer mehr gibt und die sozialistische Gesellschaftsordnung verwirklicht wurde.

Daher können wir heute feststellen, daß die marxistische Auffassung vom Weg zum Sozialismus sich als die richtige erwies, daß dieser Weg die geschichtliche Prüfung bestand und zum vollen Erfolg führte.

1946

Nr. 6

Vortrags- Disposition

Vortragsdisposition Nr. 6

Zweiter Jahrgang

Zu den organisatorischen Grundlagen der kommenden Einheitspartei

Zu den organisatorischen Grundlagen der kommenden Einheitspartei

INHALT

	Seite
I. Die Rolle der sozialistischen Einheitspartei im politischen Kampf	5
II. Die Hauptgrundsätze für den Aufbau der Einheitspartei	13
III. Demokratie bei der Vorbereitung der Einheitspartei	23

Die bevorstehende Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien in eine einheitliche sozialistische Partei des schaffenden deutschen Volkes stellt neben der Frage des Programms (das im vorigen Schulungsthema behandelt wurde) auch die Frage der Rolle und der Organisationsform der zukünftigen Einheitspartei. Dazu heißt es in der gemeinsamen EntschlieÙung:

„Ihrer Rolle im täglichen Kampf und ihrer sozialen Zusammensetzung nach soll die Einheitspartei die Klassenpartei der Arbeiter, die Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten sein. In ihrer inneren Verfassung soll die Partei auf dem Prinzip des demokratischen Bestimmungsrechts der Mitglieder und der freien Wahl der Parteileitungen beruhen, wobei einmal gefaÙte Entscheidungen und Beschlüsse für alle ihre Mitglieder und Organisationen verbindlich sind.“

(Aus der gemeinsamen EntschlieÙung der SPD und KPD vom 21. Dezember 1945)

Wir Kommunisten erklären uns mit diesem Grundsatz vollinhaltlich einverstanden. Die in dieser Schulungsdisposition gemachten Ausführungen können als Vorschlag für gemeinsame Diskussionen der KPD- und SPD-Genossen über den Aufbau der zukünftigen Einheitspartei dienen.

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

I. Die Rolle der sozialistischen Einheitspartei im politischen Kampf

1. Die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung

a) Der Kampf um die demokratische Erneuerung

Vor der deutschen Arbeiterbewegung steht heute die geschichtliche Aufgabe, Volk und Nation aus der Katastrophe, in die uns der deutsche Imperialismus gestürzt hat, herauszubringen, das Werk der großen demokratischen Erneuerung zu Ende zu führen und damit eine Wiederholung einer neuen nationalen Katastrophe unmöglich zu machen. Die deutsche Arbeiterbewegung muß der Vorkämpfer für einen völlig neuen Weg der Entwicklung des deutschen Volkes sein. Als nächstes Ziel steht daher vor der deutschen Arbeiterbewegung im Bunde mit allen Werktätigen und allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes der Aufbau einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit gesetzlich gesicherten, weitgehendsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen.

Da bereits heute die Reaktion nicht nur wieder ihr Haupt erhebt, sondern bereits in einigen Teilen des Reiches zum Gegenschlag ausholt (siehe „Bayerische Königspartei“, „Demokratisch-Konservative Partei“ in Hamburg, Welfenbewegung in Hannover, „Bürgerpartei“ in Berlin u. a.) kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn die Arbeiterklasse und die Werktätigen geeint, richtig geführt und fest politisch organisiert sind.

b) Der Kampf um den Sozialismus

Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung stellt sich jedoch als Endziel die Verwirklichung des Sozialismus, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, da die Werktätigen nur in einer sozialistischen Gesellschaft von der Geißel der kapitalistischen Ausbeutung und seiner Begleiterscheinungen — Krieg und Arbeitslosigkeit — endgültig befreit sind. Es ist verständlich, daß dieser Kampf mit noch großen Schwierigkeiten verbunden sein wird, daß es in diesem Kampf noch mehr Hindernisse zu überwinden gibt. Die Voraussetzungen dieses Kampfes setzen in noch größerem Maße die Notwendigkeit einer festen Organisation und einer klaren politischen Führung voraus. Diese Voraussetzungen können jedoch nur in einer festen, einheitlichen politischen Partei der Werktätigen verwirklicht werden.

2. Die Notwendigkeit der Partei im politischen Kampf

Dieser schwierige hartnäckige Kampf der deutschen Werktätigen, an dem Millionen teilnehmen, kann ohne eine feste Organisation, ohne richtige Führung nicht zum Erfolg führen. Die Vergangenheit hat ge-

zeigt, daß es nicht genügt, daß Millionen von Werktätigen ein bestimmtes Ziel haben. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich die Notwendigkeit einer festen Kampforganisation, um diese Wünsche und Bestrebungen zu einem einheitlichen Kampf zu vereinen und dadurch verwirklichen zu können.

Die heutige große Aufgabe des Sturzes der imperialistischen Kräfte, der Aufbau einer wahrhaft demokratischen Republik und schließlich unser Endziel der Sozialismus kann nur durch eine revolutionäre Kampfpartei erreicht werden. Die Notwendigkeit einer revolutionären Partei für den Kampf der Arbeiterklasse haben Marx und Engels stets unterstrichen.

„Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, dazu ist es nötig, und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten, daß es eine besondere Partei bilde. . . .“

(Engels, Brief an den dänischen Sozialisten Trier, 18. Dezember 1889)

Auch Lenin betonte in seinen Werken ständig die Notwendigkeit der revolutionären Partei:

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht, als die Organisation. Das Proletariat, das infolge der Herrschaft der anarchistischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt zersplittert ist, das durch die Zwangsarbeit für das Kapital unterdrückt und ständig in die tiefste Tiefe des Elends, der Verwilderung und Entartung geworfen wird, kann und wird unbedingt nur dank dem Umstand eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung durch die Prinzipien des Marxismus gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Wertätiger in der Armee der Arbeiterklasse zusammenfaßt.“

(Lenin: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, Ausgew. Werke, Bd. 2, S. 469/70)

An anderer Stelle sagt Lenin, daß wir nur siegen können,

„. . . wenn wir alle Kräfte des erwachenden Proletariats mit allen Kräften der russischen Revolutionäre zu einer einzigen Partei vereinigen, die alles anziehen wird, was es in Rußland an Lebendigem und Ehrlichem gibt.“

(Lenin: „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung“, Ausgew. Werke, Bd. 2, S. 15)

3. Die Aufgaben der Einheitspartei

Um die große Rolle als Organisation der Werktätigen im Kampf um Demokratie und Sozialismus spielen zu können, müßte — nach Meinung der konsequenten Marxisten — die Einheitspartei folgende Grundzüge haben:

a) Die Einheitspartei muß die Partei des Kampfes für eine wahre demokratische Ordnung sein

Der Marxismus lehrt uns, daß die vollständige Demokratisierung im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen liegt. Die Demokratie ist diejenige Staatsform, in der der Arbeiterklasse die besten Möglichkeiten für ihren sozialistischen Endkampf gegeben sind. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Begriff „Demokratie“ (auf deutsch „Volksherrschaft“) nicht nur von Zeit zu Zeit eine Abgabe eines Stimmzettels, sondern die aktive Teilnahme aller Volkskräfte an der Verwaltung, der Wirtschaft, der Volksbildung und der Justiz bedeutet.

„Demokratie heißt nicht nur von Zeit zu Zeit Abgabe eines Stimmzettels, sondern aktive Teilnahme aller Volkskräfte am Neuaufbau und an der Sicherung der Demokratie. Dazu gehört, daß die Bevölkerung den demokratischen Selbstverwaltungsorganen Vorschläge macht, in sachlicher Weise bestimmte Fehler kritisiert und von Zeit zu Zeit den Tätigkeitsbericht der Bürgermeister, der verantwortlichen Mitarbeiter von Verwaltungen, der Betriebsräte usw. entgegennimmt und mit beschließt, welche Aufgaben nunmehr erfüllt werden müssen.

Festigung des demokratischen Aufbaues heißt weiter, daß mehr gesunde Kräfte aus dem Volk in leitende Funktionen gebracht werden. Tausende Antifaschisten müssen herangezogen und als Neulehrer ausgebildet werden. Antifaschistische Wirtschaftsfachleute werden in leitenden Funktionen der Betriebe und verschiedenen Wirtschaftsorganen gebraucht. Weiter sollen Antifaschisten juristisch geschult werden, damit sie gute Volksrichter werden.“

(Ulbricht: Rede in Erfurt am 12. Dezember 1945)

b) Die Einheitspartei muß die Partei des Kampfes um die Sicherung des Friedens werden

Die Arbeiterklasse und die Werktätigen sind vor allem am Frieden interessiert. Sie sind die konsequenteste Friedenskraft. Den Kampf für den Frieden führen heißt:

1. Die Hauptkriegstreiber — die Monopolkapitalisten und Konzernherren, die Militaristen und Junker — politisch und wirtschaftlich zu entmachten, da sie eine ständige Gefahr für den Frieden darstellen und die Schuld an den unseligen und für unser Volk verhängnisvollen letzten beiden Kriegen tragen.
2. Das Verhältnis zu anderen Völkern auf neuen Grundlagen zu gestalten, normale, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Völkern herzustellen und die Ideen der Gleichberechtigung der Völker und der gegenseitigen Hochachtung zu verbreiten.

c) Die Einheitspartei muß zur Partei des Kampfes für die Einheit der Nation werden

Unter der Maske des Föderalismus tritt heute die Reaktion an, da sie eine gesamt-nationale, antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Deutschland verhindern will. Die Einheitspartei dagegen muß ständig die Einheit der Nation vertreten, da nur die nationale Einheit die demokratische Erneuerung in ganz Deutschland ermöglicht. Dabei stützt sich die Einheitspartei auf die Lehren des Marxismus.

Schon im Jahre 1850 unterstrich Karl Marx, daß die Reaktion in Zeiten der fortschrittlichen Entwicklung immer versucht, die nationale Einheit zu zerschlagen, um dadurch die fortschrittlichen Kräfte zu zersplittern und sie zu zwingen, in jedem einzelnen Dorf und jeder Provinz sich einzeln um ein und denselben Fortschritt zu schlagen.

„Die Arbeiter müssen diesem Plane (d. h. dem Föderalismus) gegenüber nicht nur auf die eine und unteilbare deutsche Republik, sondern auch in ihr auf die entschiedenste Zentralsation der Gewalt in die Hände der Staatsmacht hinwirken. Sie dürfen sich durch das demokratische Gerede von Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung usw. nicht Irremachen lassen. In einem Lande wie Deutschland, wo noch so viele Reste des Mittelalters zu besichtigen sind, wo so vieler lokaler und provinzieller Eigensinn zu brechen ist, darf es unter keinen Umständen geduldet werden, daß jedes Dorf, jede Stadt, jede Provinz der revolutionären Tätigkeit, die in ihrer ganzen Kraft nur vom Zentrum ausgehen kann, ein neues Hindernis in den Weg lege. — Es darf nicht geduldet werden, daß der jetzige Zustand sich erneuere, wodurch die Deutschen um ein und denselben Fortschritt in jeder Stadt, in jeder Provinz sich besonders schlagen müssen. . . .“

(K. Marx: Ansprache an den „Bund der Kommunisten“ vom März 1850; S. 174/75)

d) Die Einheitspartei muß die Partei des Aufbaus werden

Genau wie es vor allem die Kommunisten und die sozialdemokratischen Arbeiter waren, die unter den schwierigen Bedingungen nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands sich so selbstlos zur Wiederingangsetzung der Betriebe einsetzten, so muß die sozialistische Einheitspartei auch in Zukunft der Motor des Wiederaufbaus sein. Nur durch den schnellen Wiederaufbau der deutschen Friedensindustrie, durch die Steigerung der Produktion und durch großzügige Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft kann die Lebenslage aller Werktätigen verbessert werden.

Bei ihrem Kampf um den Wiederaufbau der deutschen Friedensindustrie muß sich jedoch die Einheitspartei auch dafür einsetzen, daß Garantien geschaffen werden, daß der Aufbau den Werktätigen zugute

kommt. Es gilt weitgehendst die Rechte und Interessen der Werktätigen zu verteidigen und alle Sabotageversuche der reaktionären Unternehmer im Keime zu ersticken.

e) **Die Einheitspartei muß von einer revolutionären Theorie geleitet werden**

Bei dem großen Kampf der Werktätigen für eine bessere Zukunft gilt es ständig das Endziel im Auge zu behalten und jeweils die im Vordergrund stehenden Aufgaben des Kampfes zu finden. Nur auf Grund der Theorie des konsequenten Marxismus wird die Einheitspartei der sozialistischen Bewegung imstande sein, den Lauf der Ereignisse vorauszusehen, die künftige Entwicklung zu erkennen und sich in ihrer praktischen Politik davor leiten zu lassen.

Das, was Karl Marx im Kommunistischen Manifest von den Mitgliedern des Bundes der Kommunisten sagte, muß auch für die sozialistische Einheitspartei gelten:

„... sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

f) **Die Einheitspartei muß zum Sammelbecken aller fortschrittlichen Kräfte des schaffenden deutschen Volkes werden**

Durch die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien wird die sozialistische Einheitspartei nicht nur genau so stark wie früher die beiden großen Arbeiterparteien zusammen waren, sondern sie wird zu einer großen Anziehungskraft für alle fortschrittlichen Kräfte. Als entscheidende und größte politische Kraft muß sie zum Sammelbecken aller fortschrittlichen Kräfte werden, um jegliche Versuche der Reaktion, sich der vollständigen Demokratisierung Deutschlands zu widersetzen, brechen zu können.

II. Die Hauptgrundsätze für den Aufbau der Einheitspartei

„Die einheitliche Arbeiterpartei, welche die führende Rolle beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands spielen soll, muß in ihrer Struktur selbst ein Ausdruck und ein Vorbild der Demokratie sein.“

(Franz Dahlem: „Zur Frage der innerparteilichen Demokratie“, Zeitschrift „Einheit“ Nr. 1)

1. Die Wahlen der Parteileitungen

Entsprechend der innerparteilichen Demokratie soll die Wahl aller Parteileitungen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in geheimer Abstimmung erfolgen. Für die nächst höherliegenden Partei-

leitungen sollen Delegierte gewählt werden, die auf Delegiertenkonferenzen ihrerseits ebenfalls in geheimer Abstimmung die betreffenden Parteileitungen wählen.

Damit wird eine vollständige Wahl aller Parteileitungen von unten nach oben in demokratischster Weise gesichert.

2. Die Rechte des Parteimitglieds bei den Wahlen

Jedes Parteimitglied soll bei den Wahlen der Parteileitungen das Recht haben, in kameradschaftlicher Weise:

- a) an den vorgeschlagenen Kandidaten Kritik zu üben,
- b) selbst Kandidaten vorzuschlagen oder abzulehnen und seine Vorschläge resp. Ablehnung in freiem Auftreten zu begründen.

Damit wird die Teilnahme jedes Mitgliedes an den Wahlen der Parteileitungen garantiert und das demokratische Bestimmungsrecht gewährleistet.

3. Die Bedeutung der innerparteilichen Wahlen

Die Bedeutung der innerparteilichen Wahlen besteht in folgendem:

- a) Die besten und fähigsten, in der Praxis erprobten Genossinnen und Genossen werden in die Leitungen gewählt und besitzen das Vertrauen der Mehrheit der Mitgliedschaft.
- b) Durch die Wahlen werden alle Parteimitglieder zur aktiven Teilnahme am Leben und an der gesamten Arbeit der Partei herangezogen.
- c) Durch die bei den Wahlen der Parteileitungen geführten Aussprachen, Diskussionen, Vorschläge und Anträge der Parteimitglieder wird die Arbeit der Partei belebt. Die Mitglieder werden zur Teilnahme an der Herausarbeitung der Politik der Partei erzogen.
- d) Die auf diese Weise gewählten Parteileitungen haben — da sie auf demokratischster Weise in geheimer Abstimmung gewählt wurden — das Vertrauen der Parteimitglieder und die genügende Autorität, um die vor ihnen stehenden Aufgaben zu erfüllen und bieten die Gewähr, daß die Beschlüsse der Leitungen auch wirklich von den Parteimitgliedern durchgeführt werden.

4. Die Aufgaben der Parteileitungen

Die neugewählten Parteileitungen sollen folgende Aufgaben haben:

- a) Durch ihr Handeln und Wirken das ihnen entgegengebrachte Vertrauen zu bewahren und immer wieder zu erneuern.
- b) Durch die Heranziehung von Parteimitgliedern und Funktionären zu den verschiedensten Aufgaben auf allen Arbeitsgebieten ein

lebendiges politisches Leben in den Parteiveranstaltungen zu erzielen.

- c) Regelmäßige Mitglieder- bzw. Funktionärveranstaltungen zu organisieren, in denen die laufenden Fragen der jeweiligen Arbeit besprochen werden und in denen die Leitung einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit erstattet.
- d) Ständig neue Parteimitglieder zu entwickeln, zu fördern und zu leitenden Parteiarbeiten heranzuziehen, da nur dadurch frisches Blut in die Bewegung kommt und die Partei einen guten Nachwuchs erhält.
- e) Die Schulung aller Mitglieder im sozialistischen Sinne durchzuführen (Kurse, Schulungsabende, Diskussionen usw.) und dabei besonders die neuen Mitglieder heranzuziehen.

5. Die Aufgaben der Parteimitglieder

In der sozialistischen Partei werden die besten, fortschrittlichsten Elemente der Werktätigen, insbesondere aus den Reihen der Arbeiterklasse, organisiert sein. Da in der Partei nicht alle Werktätigen, sondern nur der fortschrittlichste und bewußteste Teil organisiert ist, sollen die Mitglieder der sozialistischen Einheitspartei den Werktätigen in ihrem Kampf ständig ein Vorbild sein.

Daher werden die Mitglieder der Einheitspartei folgende Aufgaben haben:

- a) Durch ständige aktive Mitarbeit an einer der Organisationen der Partei (im Betrieb oder Wohnbezirk) die organisatorisch-politische Arbeit der sozialistischen Einheitspartei zu unterstützen.
- b) Durch aktive Vertretung der Interessen der Werktätigen sowie durch vorbildliche Arbeit in der Verwaltung und im Betrieb, den Kampf im Geiste der sozialistischen Bewegung zu führen.
- c) Durch laufende Schulung die Kenntnis der marxistischen Theorie, die uns Kompaß und Richtschnur für unsere Arbeit ist, zu vertiefen, eingedenk der berühmten Worte Lenins, „daß die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer vorgeschrittenen Theorie geleitet ist.“
- d) Durch die Verbreitung des sozialistischen Gedankens und durch die Werbung für die sozialistische Einheitspartei die Reihen der Partei zu erweitern und damit die Kampfkraft der sozialistischen Bewegung zu erhöhen.

6. Wie sollen die Parteibeschlüsse gefaßt werden?

Das demokratische Bestimmungsrecht soll auch in den Fragen der Beschlußfassung seine Bestätigung finden. In der Partei soll es keine diktatorischen Befehle geben. Vor jedem entscheidenden Parteibeschuß soll in der jeweiligen Parteileitung eine Aussprache und Diskussion zu der betreffenden Frage stattfinden. Dabei soll jeder die Möglichkeit haben, sich auszusprechen, Einwände und Vorschläge zu machen. Erst nach der Beendigung der Aussprache und der Abstimmung über den Beschluß hat sich die Minderheit dem Mehrheitswillen zu unterwerfen und mit dem gleichen Elan den Parteibeschuß durchzuführen wie diejenigen, die für ihn gestimmt haben.

7. Die Verbindlichkeit der Beschlüsse

Der große Kampf der Arbeiterklasse erfordert sowohl rasche Entscheidung als auch die konsequente Durchführung der einmal gefaßten Beschlüsse. Daher heißt es in der gemeinsamen Entschliebung der SPD und KPD vom 21. Dezember 1945, daß „die einmal gefaßten Entscheidungen und Beschlüsse für alle Mitglieder und Organisationen verbindlich sind.“ Alle Beschlüsse, die von der demokratisch gewählten Parteileitung gefaßt werden, sind von allen Parteimitgliedern und Organisationen diszipliniert durchzuführen. Nur auf diesem Wege können die großen Aufgaben des Kampfes der Werktätigen mit Erfolg gemeistert werden.

8. Warum Verbindlichkeit der Beschlüsse?

Die Notwendigkeit, daß einmal gefaßte Beschlüsse verbindlich sind und durchgeführt werden müssen, werden von jedem in der Arbeiterbewegung stehenden Menschen bedingungslos anerkannt, denn das ergibt sich aus den Erfahrungen des täglichen Kampfes der Arbeiterklasse. Nicht einmal ein Streik in einem einzigen Betrieb kann zum Erfolg führen, wenn der mit Stimmenmehrheit angenommene Streikbeschluß nicht in der Praxis von allen unterstützt wird. Um so mehr wäre es unmöglich, den großen jahrzehntelangen Kampf der Werktätigen, der unter den verschiedensten Bedingungen und Formen geführt wird, erfolgreich zu gestalten.

9. Bürgerliche Einwände gegen die Verbindlichkeit der Beschlüsse

Während in den Reihen der Arbeiterbewegung über diese Fragen keine Zweifel bestehen, wird von bürgerlicher Seite die Verbindlichkeit der gefaßten Beschlüsse als „Diktatur“ und „Zentralismus“ bezeichnet.

Unsere Antwort:

- a) Wie kann man von „Diktatur“ sprechen, wenn es sich um die Durchführung von Beschlüssen handelt, die in freier Aussprache und auf demokratische Weise mit Stimmenmehrheit gefaßt wurden?

- b) Wie kann man von „Diktatur“ sprechen, wenn der Eintritt in die Partei vollständig auf freiwilliger Grundlage beruht? Niemand wird in die Partei gezwungen, niemand wird am Austritt aus der Partei gehindert. Die Partei hat aber im Interesse des sozialistischen Kampfes das Recht zu fordern: **Da du freiwillig in unsere Reihen getreten bist und da du das Recht hast, an der Entscheidung aller politischen Fragen teilzunehmen, so hast du auch die Pflicht, die durch Mehrheitsbeschluß angenommenen Beschlüsse diszipliniert auszuführen.**

10. Die Notwendigkeit der Selbstkritik

Ein weiterer Grundsatz der innerparteilichen Demokratie muß darin bestehen, daß die Partei nicht nur ihre Erfolge aufzeigt, sondern auch in selbstkritischer Weise ihre Fehler zugibt. „Irren ist menschlich“, sagt ein lateinisches Sprichwort. Fehlerlose Menschen, eine vollständig fehlerlose Politik gibt es nicht und kann es nicht geben. Es kommt aber darauf an, daß die Partei der Werktätigen evtl. begangene Fehler nicht verheimlicht und sich damit des Betrugs an ihren Mitgliedern schuldig macht, sondern offen und ehrlich begangene Fehler anerkennt und aufzeigt, um aus ihnen die Lehren ziehen zu können.

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eins der wichtigsten und richtigsten Kriterien für die Ernsthaftigkeit einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, gründlich analysieren, die Mittel zur Korrigierung des Fehlers gründlich prüfen — das ist das Merkmal einer ernsthaften Partei, das ist Erfüllung ihrer Pflichten, das ist Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“

(Lenin: „Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Ausgew. Werk. Bd. 10, S. 91/92)

Lenin unterstrich, daß die Selbstkritik eine große Bedeutung nicht nur für die leitenden Funktionäre, sondern auch für die Mitglieder und alle Werktätigen hat, denn sie hilft ihnen, sich in der politischen Lage zurechtzufinden.

„Nur eine solche Kritik — natürlich verbunden mit der Verjagung der untauglichen Führer und ihrer Ersetzung durch taugliche — wird eine nützliche und fruchtbringende revolutionäre Arbeit sein, die gleichzeitig sowohl die „Führer“ erzieht, damit sie der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen würdig seien, als auch die Massen, damit sie lernen, sich in der politischen Lage gut zurechtzufinden und die oft sehr komplizierten und verwickelten Aufgaben zu verstehen, die sich aus dieser Lage ergeben.“

(Lenin: „Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Ausgew. Werk. Bd. 10, S. 100)

III. Demokratie bei der Vorbereitung der Einheitspartei

1. Freie Aussprache

„Im engsten Zusammenhang mit den täglichen Fragen und Aufgaben sollen alle Gruppen und Organisationen, Bezirks- und Landes- bzw. Provinzialleitungen eine gemeinsame und rege ideologische Aussprache pflegen, wobei besonders die in Punkt V der vorliegenden Entschließung kurz dargelegten Hauptgesichtspunkte über das Wesen der Einheitspartei behandelt werden sollen.“

(Aus der gemeinsamen Entschließung der SPD und KPD vom 20. und 21. Dezember 1945)

Die gemeinsame Entschließung hat neben den Resultaten der Aktionseinheit und ihren weiteren Ausbau zur Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien auch im Kapitel V die Hauptgesichtspunkte der zukünftigen Einheitspartei behandelt. Damit die zukünftige Vereinigung der SPD und KPD zu einer wirklichen Verschmelzung wird, ist es notwendig, daß die Frage des Programms und der organisatorischen Grundlagen der Einheitspartei nicht nur eine Angelegenheit der zentralen Parteileitungen, sondern die Sache von Hunderttausenden Mitgliedern und Millionen Werktätiger wird.

„Die Vereinigung bedeutet die Verständigung unter Zehntausenden aktiver sozialdemokratischer und kommunistischer Funktionäre und unter Hunderttausenden von Mitgliedern beider Parteien. Von unten bis oben sollen beide Parteiorganismen zu einem untrennbaren Ganzen zusammenwachsen. Folglich ist es klar, daß die Klärung besonders der programmatischen Fragen eine Angelegenheit nicht nur der führenden Köpfe, sondern der Mitgliedschaft beider Parteien und darüber hinaus aller jener Werktätigen ist, die proletarisches Klassenbewußtsein besitzen und der Einheitspartei zweifellos in großen Massen zuströmen werden.“

(Ackermann: „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ Zeitschrift „Einheit“ Nr. 1)

Daher sollten zu diesem Thema nicht nur Schulungsabende und Zirkel, sondern auch überall Mitgliederversammlungen stattfinden, damit die Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien zur Sache des gesamten werktätigen deutschen Volkes wird.

2. Die Bedeutung der gemeinsamen Aussprachen über die Fragen der Einheitspartei

Die allgemeine Aussprache über die programmatischen und organisatorischen Fragen der Einheitspartei hat aber noch eine andere höhere Bedeutung. Indem die gemeinsame Studienkommission, die zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei geschaffen wurde, ihre Vorschläge zur Diskussion stellt, legt sie gleichzeitig die Entscheidung über

die grundlegendsten Fragen den Mitgliedern beider Parteien vor. Das Parteiprogramm und die organisatorischen Grundlagen sollen erst dann vor Hunderten Delegierten zur Abstimmung gestellt werden, wenn sie vorher von Hunderttausenden Parteimitgliedern besprochen und von ihnen gebilligt worden sind. **Das wäre eine wahrhaft lebendige Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung, wenn in der historischen Stunde, wo das Parteiprogramm und das Statut der sozialistischen Einheitspartei auf einer großen gemeinsamen Tagung zur Annahme gelangt, gleichzeitig die Hunderttausende Parteimitglieder ihre auf freiem Entschluß und tiefster, innerer Ueberzeugung beruhende Zustimmung erteilen.**

Eine solche wirkliche demokratische Entscheidung ist es, die wir anstreben, wenn wir die verschiedenen ideologischen und organisatorischen Fragen in aller Oeffentlichkeit behandeln und auch vor gemeinsamen Mitgliederversammlungen, in gemeinsamer Schulungsarbeit zur Debatte stellen.

Es ist dabei nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern eine **Forderung** unsererseits, eine solche Aussprache und Entscheidung der Mitglieder beider Parteien in ganz Deutschland herbeizuführen, weil wir die Vereinigung über alle Besatzungszonen hinweg wünschen.

1946

Vortrags- Disposition

nr. 7

Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pg's

INHALT

	Seite
I. Was bedeutet die restlose Vernichtung des Nazismus?	3
II. Die Notwendigkeit der Differenzierung	13
III. Unser Verhalten zu den rein nominellen Pgs.	21

VERLAG NEUER WEG GmbH., BERLIN

Vortragsdisposition Nr. 7

Zweiter Jahrgang

Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pg's

Der Nazismus, seine Helfershelfer und Hintermänner haben unser deutsches Volk in Krieg und Not, Schmach und Schande gestürzt. Millionen Tote, die Trümmer der Städte, die Verwüstung großer deutscher Gebiete, der Ruin der Landwirtschaft, das ist das Resultat der zwölfjährigen Naziherrschaft. Verbrechen häuften sich auf Verbrechen, Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager, Gaskammern und beispielloser Betrug waren die Herrschaftsmethoden des Nazismus. Immer neue und neue Verbrechen der Nazis werden aufgedeckt; ihr endgültiges Ausmaß wird wohl erst nach vielen Jahren vollständig zu übersehen sein. Die Millionen Flüchtlinge und Obdachlose, Hunger, Elend und Verwahrlosung — das sind die direkten Folgen der Herrschaft des Nazismus. Kein äußerer Feind hat Deutschland jemals in ein solches Unglück gestürzt, wie es der Nazismus getan hat.

Es liegt somit im nationalen Interesse Deutschlands, eine Wiederholung der Katastrophenpolitik und der Verbrechen des Nazismus zu vermeiden und einen neuen friedlichen und demokratischen Weg zu beschreiten. Die Voraussetzung dazu ist jedoch, daß alle Naziverbrecher strengstens bestraft werden und daß der Nazismus ein für allemal ausgerottet wird.

I. Was bedeutet die restlose Vernichtung des Nazismus?

Um den Nazismus restlos auszurotten, sind vor allem folgende Maßnahmen notwendig:

1. Die restlose Bestrafung aller Kriegsverbrecher

a) Keine Wiederholung der Fehler von 1918

Nach dem ersten Weltkrieg wurden bekanntlich die Kriegsverbrecher nicht bestraft. Zum großen Teil waren dieselben Verbrecher, die damals ungestraft ausgingen, aktiv an der Vorbereitung des Hitler-

krieges beteiligt. Diese Fehler von 1918 dürfen nicht wiederholt werden. Jede Milde, die unser Volk heute gegenüber den Kriegsverbrechern üben würde, wäre nationaler Verrat, denn sie würden unsere Milde als Schwäche auslegen und einen neuen Versuch unternehmen, unsere Heimat wieder in den Abgrund zu stürzen.

b) Aburteilung der Kriegsverbrecher vor deutschen Gerichten

Es wäre ein Fehler, anzunehmen, daß die Bestrafung der Kriegsverbrecher ausschließlich eine Sache der alliierten Mächte sei. Nach der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher im Nürnberger Prozeß und in den anderen Prozessen, die in Deutschland und anderen Ländern durchgeführt werden, bleibt unserem Volke noch genug zu tun übrig, um die Kriegsverbrecher, die in Gefängnissen und Konzentrationslagern die Kämpfer für Freiheit und Recht gemartert und ermordet haben, der gerechten Strafe zuzuführen und damit die Tausende und aber Tausende Opfer des Faschismus zu sühnen. Daher fordert die KPD gemeinsam mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien, daß diejenigen Kriegsverbrecher, die nicht von den Gerichten der Vereinten Nationen abgeurteilt werden, vor **deutsche Volksgerichte** gestellt werden und daß die deutschen Strafverfolgungsbehörden in engster Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Kräften unseres Volkes mit äußerster Energie alle erforderlichen Maßnahmen der Aburteilung der Kriegsverbrecher in die Wege leiten. So heißt es im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945:

„Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben.“

c) Die Grundsätze für die Aburteilung der Kriegsverbrecher

In der gemeinsamen Entschließung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. Oktober 1945 (DVZ vom 4. 11. 1945) werden u. a. folgende Grundsätze angeführt, die als Grundlage für die Ausarbeitung von Gesetzen zur Aburteilung der Kriegsverbrecher dienen sollen:

„a) Als strafbar müssen alle diejenigen aus nazistischer Gesinnung heraus begangenen Verstöße gegen Menschlichkeit und Sittlichkeit behandelt werden, die zwar nach dem am Orte und dem Zeitpunkt der Tat geltenden Gesetz nicht verfolgt werden konnten, die aber nach dem natürlichen sittlichen Empfinden als strafbar anzusehen sind und daher Ahndung verlangen.

b) Unter Strafe zu stellen sind hiernach insbesondere alle solche Handlungen, die gegen andere Menschen um ihrer politischen Ueberzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Abstammung willen, gegen Kranke und Hilflose gegen Ausländer und gegen die Insassen von Konzentrations-, Arbeits- oder Sammellagern gerichtet gewesen sind oder die der Förderung der nazistischen Willkürherrschaft gedient haben oder von Personen in leitenden Stellungen wider besseres Wissen zur Verlängerung des Krieges begangen worden sind, sowie ferner die öffentliche Propagierung solcher Handlungen.“

(Aus der Entschließung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. 10. 1945)

2. Sühnemaßnahmen gegen aktivistische Nazis

Neben der strengsten Aburteilung der Kriegsverbrecher müssen auch Sühnemaßnahmen gegen aktivistische Nazis einheitlich durchgeführt werden.

a) Was sind aktivistische Nazis?

„Als aktivistische Nazis müssen alle Personen behandelt werden, die in der aufgelösten NSDAP, ihren Gliederungen, angeschlossenen und betreuten Verbänden und Organisationen ein Amt mit politischer Verantwortung bekleidet haben oder als Mitglieder des Großdeutschen Reichstags oder Preußischen Staatsrats oder auf sonstige Weise sich fortgesetzt öffentlich als Träger der Politik und der verbrecherischen Bestrebungen der NSDAP betätigt haben, auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP waren.“

(Aus der Entschließung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. 10. 1945)

b) Die Sühnemaßnahmen gegen aktivistische Nazis

Die Sühnemaßnahmen gegen aktivistische Nazis sollen in folgendem bestehen:

„a) im Ausschluß aus der öffentlichen Verwaltung und von der Betätigung in allen Stellungen, die ein öffentliches Vertrauen erfordern oder mit einer besonderen Verantwortung für das Wohl der Gesamtheit verbunden sind;

b) in zusätzlichen Arbeits-, Sach- und Geldleistungen, in der Kürzung von Versorgungsbezügen sowie in Beschränkung ihrer Teilnahme an der allgemeinen Versorgung, so lange noch eine Mangel-lage besteht;

c) In der Versagung der politischen Rechte einschließlich der Zugehörigkeit zu den Gewerkschafts- oder anderen Berufsvertretungen und zu den antifaschistisch-demokratischen Parteien."

(Aus der Entschließung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. 10. 1945)

Somit wird hier ganz eindeutig festgestellt, daß für aktivistische Nazis in Betriebsleitungen und Verwaltungen kein Platz ist. Aktivistische Nazis können und dürfen keine leitenden Stellen in öffentlichen Betrieben oder privaten Unternehmungen innehaben. Sie können nicht als Schriftleiter oder in führender Stellung der Wissenschaft oder Kunst tätig sein. Sie können keine Tätigkeit als Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Schöffen oder als sonstige Beisitzer bei Gericht ausüben. Sie können nicht Mitglieder der Gewerkschaften oder anderer Berufsvertretungen (z. B. der Industrie- und Handelskammern) und der antifaschistisch-demokratischen Parteien werden.

Es muß unterstrichen werden, daß diese Sühnemaßnahmen sich vor allem gegen aktivistische Nazis richten, d. h. gegen solche, die „sich fortgesetzt öffentlich als Träger der Politik und der verbrecherischen Bestrebungen der NSDAP betätigt haben“.

3. Die restlose Zerschlagung der Ueberreste des Hitlerstaates

Wenn sich der Kampf gegen den Nazismus nur auf die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Sühnemaßnahmen gegen die aktivistischen Nazis, d. h. auf die Träger des Nazismus, beschränkt, ist damit die Vernichtung des Nazismus noch nicht garantiert.

Ein entschlossener Kampf gegen den Nazismus muß auch gegen die Ueberreste des Hitlerstaates überall in Deutschland geführt werden, der restlos zerschlagen werden muß. Der Hitlerstaat war das Herrschaftsorgan des Nazismus und seiner Hintermänner, der deutschen Monopolkapitalisten, der Junker und Militaristen. Die restlose Zerschlagung der Ueberreste des Hitlerstaates bedeutet die Errichtung neuer Selbstverwaltungsorgane, die auf vollständig neuer Grundlage aufgebaut und mit einem neuen, antifaschistisch-demokratischen Geist erfüllt sein müssen. Die Selbstverwaltungsorgane müssen völlig von Nazis und Reaktionären gesäubert sein, denn nur so kann die antifaschistisch-demokratische Entwicklung unseres Volkes gesichert werden. Nur konsequente Antifaschisten dürfen in den Selbstverwaltungen tätig sein.

Der Kampf für die Säuberung der Verwaltungen von nazistischen und reaktionären Elementen ist noch lange nicht beendet. Diese Aufgabe ist auch heute noch eine vordringliche. So erklärte Wilhelm Pieck in einer Unterredung mit einem Rundfunkberichter am 3. Februar 1946:

„... unsere Forderung der Säuberung aller Betriebsleitungen und Amtsstellen von Nazielementen wird durch meine Stellungnahme in keiner Weise berührt. Im Gegenteil, ich bin für eine noch viel schärfere Durchführung dieser notwendigen Säuberung.“

(W. Pieck: „Die nichtaktiven Nazis“, DVZ vom 3. 2. 1946)

4. Die Ausrottung der ökonomischen Wurzeln des Nazismus

Die Vernichtung des Nazismus kann und wird nicht vollständig sein, wenn die Hintermänner und Auftraggeber des Nazismus unangetastet bleiben.

Der Nazismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Daher kann der Nazismus nur vernichtet werden, wenn seine ökonomischen Grundlagen, d. h. die imperialistischen Monopolverbände, die Trusts und Konzerne sowie der Großgrundbesitz vollständig und überall in Deutschland zerschlagen werden. Die Herren der Großbanken, der Trusts und Konzerne, die Junker und die reaktionäre Bürokratie brachten Hitler an die Macht. Sie wollten den totalen Krieg zur Aufrichtung der Weltmacht des deutschen Imperialismus. Sie trugen die Hauptschuld am Kriege und waren die Organisatoren des Raubzugs gegen die anderen Völker sowie die Hauptkriegsgewinnler am Hitlerkrieg, der unserem Volke so unsägliches Leid brachte. Daher ist die Liquidierung der imperialistischen Monopolverbände, die Zerschlagung der Trusts und Konzerne ein unbedingter Bestandteil des Kampfes um die Ausrottung des Nazismus.

„Es gilt auch jene Kräfte zur Verantwortung zu ziehen und zu entmachten, die die Drahtzieher der Aufrichtung des Hitlerfaschismus und seines Krieges gewesen sind, die großen Trustkapitalisten und Junker. Ihnen muß jede Möglichkeit genommen werden, jemals wieder über die deutsche Industrie und über das deutsche Volk zu bestimmen.“

(W. Pieck: Rede am 19. 7. 1945 in der „Neuen Welt“)

5. Die Vernichtung der Naziideologie

Der Kampf für die Ausrottung des Nazismus kann nicht zum Erfolg führen, wenn nicht zugleich eine gründliche Umerziehung des deutschen Volkes im antifaschistisch-demokratischen Sinne durchgeführt wird.

Durch den ideologischen Unterdrückungsapparat der Nazis und durch Fernhaltung jeder Wahrheit ist es dem Nazismus gelungen, das Gift seiner Propagandalügen breiten Teilen unseres Volkes einzupflanzen. Noch heute, 9 Monate nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, sind Teile unseres Volkes in der einen oder anderen Weise noch nicht von

nazistischen Gedankengängen frei. Der Kampf gegen die nazistischen Irrlehren und Zwecklügen muß vor allen Dingen in folgenden Richtungen geführt werden:

- a) Entlarvung der Lüge vom Lebensraum;
- b) Entlarvung der nazistischen Rassenlehre;
- c) Entlarvung der Nazilüge vom „deutschen Sozialismus“;
- d) Verbreitung der Wahrheit über den antinationalen Charakter des Nazismus.

II. Die Notwendigkeit der Differenzierung

Wenn es über die Notwendigkeit der Ausrottung der ökonomischen Wurzeln des Nazismus, der Zerschlagung des nazistischen Staatsapparates und der Vernichtung der Naziideologie keine Unklarheiten gibt, so bestehen noch eine Reihe von Unklarheiten über das Verhalten zu den Trägern des Nazismus. Bei der Beurteilung dieser Frage gilt es folgendes zu berücksichtigen:

1. Saßen wirklich „alle in einem Boot“?

Hitler und die Naziführer haben bewußt und planmäßig das ganze deutsche Volk an ihr Schicksal zu ketten gewußt. Neben der NSDAP haben sie in ihren Massenorganisationen, die größtenteils auf Zwang aufgebaut waren (wie z. B. die DAF), versucht, alle Teile des deutschen Volkes für die Vorbereitung und Durchführung ihres verbrecherischen Krieges einzuspannen.

„Wir sitzen alle in einem Boot“ — das bezog Goebbels nicht nur auf die NSDAP-Führung oder auf die Nazipartei, sondern auf das ganze deutsche Volk. Mit diesem gemeinen Trick wollte er alle deutschen Männer und Frauen gleichmäßig mitbeteiligen an der Schuld der Hitlerführer, ihrer aktiven Anhänger und Hintermänner.

Wir aber wissen, daß nicht „alle in einem Boot saßen“. **Wir dürfen nicht alle, die nicht aktive Antifaschisten waren, als „eine reaktionäre Masse“ erklären. Wir müssen lernen, zu unterscheiden!**

2. Pgs. und Nicht-Pgs.

Die einfachste Differenzierung (Unterscheidung), die leider von vielen Stellen und Personen noch betrieben oder vertreten wird, ist die folgende:

Auf der einen Seite stehen die Pgs., die Schuldigen; auf der anderen Seite stehen die Nicht-Pgs., die Unschuldigen.

Eine solche Differenzierung ist falsch; denn sie berücksichtigt nicht die tatsächliche Lage in der Vergangenheit und Gegenwart. Es gibt Tausende von Nicht-Pgs., die schlimmer waren als so manches nominelle Mitglied der NSDAP. Nicht alle Gestapospitzel waren z. B. Mitglieder der NSDAP und dennoch muß dieses Gewürm rücksichtslos zertreten werden. **Auch viele Konzernherren, die aktiv an der Kriegsvorbereitung beteiligt waren und während des Krieges aktiv die nazistische, antinationale Eroberungspolitik unterstützt haben, waren keine Pgs. Dennoch sind sie weit größere Feinde des deutschen Volkes, als viele Tausende nur nomineller Mitglieder der Nazipartei.** Andererseits gibt es eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern der NSDAP, die sich nicht aktiv faschistisch betätigten, sondern im Gegenteil Antifaschisten verborgen hielten und auch in anderer Weise die antifaschistische Bewegung unterstützten.

Somit ist die Differenzierung in Pgs. und Nicht-Pgs. eine unrichtige, falsche Differenzierung, die unserem Kampf gegen den Nazismus nicht nützt, sondern nur schaden kann.

3. „Kleine“ und „große“ Nazis

Eine zweite Differenzierung, die ebenfalls von vielen Stellen und Personen vollzogen oder vertreten wird, ist die Differenzierung zwischen „kleinen“ und „großen“ Nazis.

Doch auch diese Differenzierung ist weitgehendst unklar. Was die Frage der „großen“ Nazis anbetrifft, d. h. der Kriegsverbrecher und der führenden Nazibonzen in besten Uniformen und mit hohen Titeln, so besteht kein Zweifel: Sie sind der strengsten Strafe zuzuführen und zu vernichten.

Anders bei den sogenannten „kleinen“ Nazis. Unter ihnen gibt es viele nominelle Mitglieder der NSDAP, die keine Schandtaten und Verbrechen begangen haben. Andererseits gibt es auch viele sogenannte „kleine“ Nazis, die die Antifaschisten der Gestapo denunzierten und auslieferten. Es gibt viele „kleine“ Nazis, die ganz große Verbrechen auf dem Gewissen haben. Was hätten Hitler und Himmler tun können, wenn nicht zahllose „kleine“ Nazis alle ihre verbrecherischen Maßnahmen unterstützt und die vielen Untaten begangen hätten?

Somit ist auch die Differenzierung in „kleine“ und „große“ Nazis eine unrichtige, falsche Differenzierung, die unserem Kampf gegen den Nazismus nicht nützt, sondern nur schaden kann.

4. Worin besteht die richtige Differenzierung?

Es ist somit sicher, daß die Begriffe „große“ und „kleine“ Nazis nicht klar sind. **Die einzige richtige Differenzierung ist die Differenzierung zwischen aktiven und nichtaktiven Nazis (d. h. nominellen Pgs.).** Diese Differenzierung liegt auch der bedeutungsvollen Entschließung der Einheitsfront der antifaschistischen Parteien vom 30. Oktober 1945 zugrunde.

Diese Differenzierung ist richtig, weil sie die tatsächliche Lage der Vergangenheit und Gegenwart in Betracht zieht. Denn es kommt nicht darauf an, ob die ehemaligen NSDAP-Mitglieder im Rang „klein“ oder „groß“ waren, sondern ob sie aktiv die verbrecherische Hitlerpolitik unterstützt haben oder nicht. Die Verhaltensweise der ehemaligen NSDAP-Mitglieder ist entscheidend.

5. Wie soll die Differenzierung vorgenommen werden?

Bei der Differenzierung zwischen aktiven Faschisten und nominellen Mitgliedern der Nazipartei gilt es nicht nur ihre Tätigkeit in den zwölf Jahren der Nazidiktatur zu überprüfen, sondern vor allem auch ihr Verhalten nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus.

Seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes sind neun Monate vergangen. Zeit genug, um festzustellen, was jeder einzelne dieser ehemaligen Mitglieder der Nazipartei getan hat, um seine Stellung zum antifaschistisch-demokratischen Deutschland zu bezeugen.

6. Das Verhalten der früheren Mitglieder der Nazipartei nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus

Das Verhalten der früheren Mitglieder der Nazipartei nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ist äußerst unterschiedlich. Dabei lassen sich zwei Hauptgruppen feststellen:

- a) In zahlreichen Fällen konnte festgestellt werden, daß viele frühere Mitglieder der Nazipartei sich redlich Mühe gegeben haben, am demokratischen Wiederaufbau unserer zerstörten Heimat mitzuwirken. Viele haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie die Irrlehren des Nazismus erkannt und zu aktiven Mitarbeitern an der Neugestaltung unseres Lebens geworden sind. Dieses Verhalten in den letzten 9—10 Monaten gilt es zu berücksichtigen und bei der Beurteilung unbedingt in Betracht zu ziehen, um ihnen zu ermöglichen, gleichberechtigte Mitglieder unseres Volkes zu werden.
- b) Andererseits gibt es aus den Reihen der NSDAP-Mitglieder immer noch viele, die aus den Ereignissen nichts gelernt haben. Das sind die unverbesserlichen Nazis, die, statt am Aufbau zu helfen, Flüsterpropaganda betreiben, Verleumdungen gegen die Antifaschisten austreuen und sich auch sonst als Schädlinge unseres Wiederaufbaus zeigen. Aus ihren Reihen kommen auch zum großen Teil die Banditen, die nicht selten in Uniformen der Besatzungstruppen die Bevölkerung belästigen und bestrebt sind, ständig Unruhe zu schaffen. Diesen unverbesserlichen Nazis muß der schonungslose Kampf angesagt werden. Zur gerechten und strengen Aburteilung müssen sie den Gerichten übergeben werden.

7. Der wahre Sinn der „radikalen“ Einstellung

Es gibt einige Antifaschisten, die diese Verschiedenheit des Verhaltens der Pgs. nicht sehen wollen und jede Differenzierung verneinen. Sie behaupten, „alle müssen eingesperrt werden“. Sie kommen sich sehr radikal vor und bemerken dabei oft nicht, daß sie damit gewissen Kreisen dienen, die durch eine übermäßige Hetze gegen die nominellen Pgs. ablenken wollen vom Kampf gegen die Trust- und Konzernherren, die wahren Hintermänner und Auftraggeber der Nazipartei.

8. Die Gefahr dieser scheinradikalen Einstellung

Die Gefahr einer solchen Einstellung liegt auf der Hand. Wenn wir Kommunisten diesen Stimmungen nachkommen würden, würden wir Gefahr laufen,

- a) die vielen Millionen nomineller Mitglieder der Nazipartei von jeder antifaschistisch-demokratischen Bewegung abzustößen und sie damit in die Arme der Reaktion zu treiben, die sich heute bereits wieder organisiert. Daher unterstreicht Wilhelm Pieck:

„... daß wir notwendigerweise unter den Nazimitgliedern differenzieren müssen, daß wir sie in Ihrer Gesamtheit nicht einfach für unseren Kampf aufgeben, sondern zum mindesten einen großen Teil von ihnen für unseren Kampf gewinnen müssen. Es besteht sonst die Gefahr, daß diese Massen erneut ein williges Opfer der reaktionären Bestrebungen werden, die sich bereits wieder sehr deutlich in Deutschland bemerkbar machen.“

(W. Pieck: „Die nichtaktiven Nazis“, DVZ vom 3. 2. 1946)

- b) die Stoßrichtung unseres Kampfes nicht gegen die Trust- und Konzernherren, die Hauptschuldigen unseres Unglücks, zu richten, sondern gegen die Millionenmassen der nominellen Pgs., die in vielen Fällen bereits ehrlich mit dem Nazismus gebrochen haben.

Das wäre ein Liebesdienst für die Reaktion, die schmunzelnd erklären könnte: „Die kleinen Diebe hängt man und die großen läßt man laufen.“ Eine solche Politik wäre dazu angetan, unserem Kampf gegen den Nazismus nicht zu nützen, sondern zu schaden.

III. Unser Verhalten zu den rein nominellen Pgs.

1. Wir müssen sie für unseren großen Kampf gewinnen

Diese Millionenmassen der nominellen Pgs. gilt es heute für die antifaschistisch-demokratische Entwicklung unseres Volkes und für den Wiederaufbau unseres Landes zu gewinnen. Die Aufgaben sind zu groß, als daß wir einen so beträchtlichen Teil unseres Volkes davon ausschließen können.

„Wir müssen doch das größte Interesse daran haben, unsere Kampffront für die demokratische Erneuerung und für den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes, wie insbesondere auch für die Schaffung von Garantien gegen jede Aggression von deutscher Seite, so breit wie möglich zu machen. Dabei können wir unmöglich auf die Millionenmassen verzichten, die der Hitlerfaschismus, sei es durch Druck oder andere Mittel, in seine Partei hineingebracht hat. Wir wissen, daß davon ein sehr großer Teil sich nicht an der Durchführung der faschistischen Verbrechen beteiligte, wenn diese auch durch die Mitgliedschaft in der Partei begünstigt wurden.“

(W. Pieck: „Die nichtaktiven Nazis“, DVZ vom 3. 2. 1946)

2. Mobilisierung aller gutwilligen Kräfte

Die Größe der vor uns stehenden Aufgaben — der Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung unseres Landes — bedarf der ehrlichen Mitarbeit jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau. Es wäre verhängnisvoll, Millionen Menschen, die kein Verbrechen und keine Schandtaten begangen haben, davon auszuschließen. Selbstverständlich tragen die nominellen Mitglieder der NSDAP einen beträchtlichen Teil Schuld am nationalen Unglück unseres Landes durch ihre, wenn auch nur nominelle Mitgliedschaft in der NSDAP. Aber ist ihre Schuld etwa größer als die der Soldaten, die aktiv den räuberischen Hitlerkrieg unterstützten?

Daher erklärt die KPD:

Wer heute aus den Reihen der nur nominellen Mitglieder der NSDAP ehrlich und aufrichtig mit uns gehen will, sei uns willkommen. Die Vergangenheit soll nicht als ständiger Ballast an ihm hängenbleiben.

„Wir rufen alle ehemaligen einfachen Mitglieder der früheren Nazi-partei, die sich keines Verbrechens schuldig machten und nicht aktiv diese Verbrecherpartei unterstützten. Wir rufen sie auf, sich einzureihen in die große antifaschistische demokratische Kampf-front für den Aufstieg unseres Volkes.“

(W. Pieck in der Staatsoper am 3. 1. 1946)

3. Die Gefahren der Tarnung

Von verschiedener Seite wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht eine Gefahr für die zukünftige Entwicklung bedeutet, wenn ehemalige Nazimitglieder die Möglichkeit einer Bewährung erhalten. Es besteht die Gefahr, daß einige sich nur tarnen, um dann von innen heraus die antifaschistisch-demokratische Bewegung zu gefährden. Daher ist es notwendig, die Einstellung der früheren Pgs. an ihren Taten zu erkennen. Sie sollen durch Taten beweisen, daß sie mit den Irrlehren des Nazismus endgültig gebrochen haben, d. h. durch aktives Mitwirken am Wiederaufbau und an der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung Deutschlands. Ueber diese Gefahren erklärte Wilhelm Pieck:

„Selbstverständlich ergeben sich gewisse Gefahren, wenn die Parteien diese Menschen nicht sehr sorgfältig prüfen, denen sie die Möglichkeit einer Mitbeteiligung geben wollen. Es gibt auch genügend Anzeichen dafür, daß das nicht immer geschieht und daß ihre Ortsgruppen schon dazu übergingen, Nazimitglieder in großer Zahl in die Partei aufzunehmen. Ich schätze aber die Kraft unserer Bewegung so groß ein, daß wir wohl in der Lage sind, etwaigen feindlichen Bestrebungen aus diesen Reihen mit genügender Schärfe entgegenzutreten.“

(W. Pieck: „Die nichtaktiven Nazis“, DVZ vom 3. 2. 1946)

Daher besteht die Aufgabe dieser nominellen Pgs., die heute bereit sind, Mitstreiter unseres großen Kampfes zu werden, darin, immer weiter zu beweisen, daß ihre heutige Haltung eine aufrichtige und ehrliche ist.

4. Kein „neuer Kurs“

Von verschiedener Seite wird weiterhin die Behauptung aufgestellt, daß die KPD in diesen Fragen einen „neuen Kurs“ eingeschlagen hätte. Diese Behauptungen stimmen jedoch nicht mit den Tatsachen überein. Als Partei des entschiedensten Kampfes gegen Faschismus und Reaktion kämpft die KPD gegen die Kriegsverbrecher und aktivistischen Nazis, gegen die Auftraggeber der Nazi-partei — die Trust- und Konzernherren — auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP waren. Zugleich jedoch gibt die KPD den nominellen Pgs., die sich nicht an den Verbrechen und Schandtaten beteiligten, die Möglichkeit eines neuen Lebens. Diese Politik hat die KPD von Anfang an vertreten. So zum Beispiel hieß es im Leitartikel der DVZ vom 18. November 1945:

„Solche nichtaktiven ehemaligen NSDAP-Mitglieder sollen die Chance haben, sich durch ehrliche Wiedergutmachung in das demokratische Volksganze einzugliedern.“

(H. Teubner: „Der Kampf gegen die Nazis“, DVZ vom 18. 11. 1945)

Unsere Partei stützt sich dabei auch auf die gemeinsame Entschließung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, in der es heißt:

„Ohne die politische Verantwortung aller sonstigen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen abzuschwächen, sind diese, soweit sie nicht im Sinne dieser Richtlinien zu den Naziverbrechern oder zu den aktivistischen Nazis gehören, von der Bestrafung und Sühneleistung ausgenommen in der Erwartung, daß sie mit ihrer politischen Vergangenheit vollkommen brechen und sich mit ihrer ganzen Kraft am Wiederaufbau unseres Landes beteiligen.“

(Aus der Entschließung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 30. 10. 1945)

1946

Vortrags- Disposition

Nr. 8

Die gegenwärtigen Aufgaben der KPD auf dem Lande

INHALT

	Seite
I. Die Aufgaben bei der Frühjahrsbestellung 1946	5
II. Die Vollendung der Bodenreform	9
III. Unterstützung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe	13
IV. Ausbau und Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften	17
V. Unsere Aufgaben bei der Demokratisierung des Dorfes	19
VI. Die Voraussetzungen für die Erfüllung unserer Aufgaben	21

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

I. Die Aufgaben bei der Frühjahrsbestellung 1946

1. Der Landwirtschaftsplan

Während im Jahre 1945 durch die Tatkraft einzelner Antifaschisten, durch Initiative großer Teile der Bevölkerung in Stadt und Land und durch Behelfsmaßnahmen die notwendigste Arbeit auf dem Lande durchgeführt wurde (Erntearbeit, Herbstbestellung), müssen in diesem Jahr diese Arbeiten planvoll organisiert werden. Daher ist vor allem ein **Landwirtschaftsplan** dringend notwendig, der bei der Frühjahrsbestellung zur Anwendung kommen muß. Die Anbaupläne der Länder und Provinzen müssen auf den zentralen Arbeitsplan abgestimmt sein. Der Landwirtschaftsplan muß auf die Kreise, Gemeinden und jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb umgelegt und hundertprozentig realisiert werden.

2. Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen

Die Frühjahrsbestellung und die weitere notwendige Arbeit auf dem Lande wird nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn alle vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen repariert sind. Es darf **keinen Bauernhof geben, keinen landwirtschaftlichen Betrieb, wo nicht bis zu Beginn der Frühjahrsbestellung die letzte Maschine repariert und verwendungsfähig gemacht worden ist.**

Dazu ist notwendig:

- a) alle Handwerker, Stellmacher und Schmiede für die Arbeit in den Reparaturwerkstätten zu mobilisieren;
- b) Entsendung von Arbeitsgruppen für die Reparatur von Geräten und Maschinen auf dem Lande, fliegende Reparaturkolonnen, Bauzüge usw.;
- c) Steigerung der Produktion von Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen in den Industriebetrieben der Städte;
- d) Steigerung der Neuherstellung von Geräten, Bauernwagen, Maschinen — vor allem von Kleinmaschinen und Kleinschleppern für die Landwirtschaft, vor allem für die Neubauern.

3. Planmäßiger Bodenbau

Zur Erreichung der größtmöglichen Erfolge bei der Frühjahrsbestellung ist ein planmäßiger Bodenbau und eine wesentliche Verbesserung der Bodenbearbeitung notwendig.

Das bedeutet vor allem:

- a) Kein Hektar Ackerland darf in diesem Frühjahr unbestellt bleiben.
- b) Es müssen vor allem die landwirtschaftlichen Kulturen angebaut werden, die für die Ernährung des Volkes am wichtigsten sind, wie sie auch die Anbaupläne vorsehen. (Außer Roggen und Weizen, Hackfrüchte — Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben, Oelfrüchte, Hülsenfrüchte und Gemüse.)
- c) Auf die rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung von Saat- und Pflanzengut sowie Düngemitteln ist größtes Gewicht zu legen.
- d) Es müssen neue Kulturpflanzen eingeführt und neue Anbaumethoden entwickelt werden. (Getreide-Tiefpflanzverfahren, Vorkeimen, Umsetzen von Stecklingen usw.)
- e) Auf die Düngung muß im Hinblick auf die begrenzte Anlieferungsmöglichkeit mehr Sorgfalt gelegt werden. Der verknappte Handelsdünger soll vorwiegend für Edelkulturen und Hackfrüchte verwendet werden.
- f) Im Interesse des höheren Ernteertrages muß die intensivere Bearbeitung und Pflege des Ackers auch nach der Aussaat durchgeführt werden.

4. Viehausgleich

Als Folge der verbrecherischen Nazipolitik und des Hitlerschen Raubkrieges ist der Bestand des Zug- und Nutzviehs außerordentlich zurückgegangen. Ganze Kreise, Gemeinden und Bauernhöfe sind durch die Kriegsfolgen von Vieh fast entblößt. Zur Sicherung der Frühjahrsbestellung, des Aufbaues der Neubauernwirtschaften und für die Volksernährung ist der Wiederaufbau des Viehbestandes und ein zweckentsprechender Viehausgleich unbedingt erforderlich. Durch freiwillige Abgabe von Zucht-, Zug- und Nutzvieh der Bauern aus den vom Kriege weniger zerstörten Gebieten in die im größeren Maße heimgesuchten Gebiete muß dieser Ausgleich bewerkstelligt werden. Im Zuge dieses Viehausgleichs sind bereits einige Viehtransporte aus solchen Gebieten in die viehärmeren Provinzen und Länder gegangen.

Im Interesse der Landwirtschaft und der Volksernährung ist ein solcher freiwilliger Viehausgleich auch weiterhin zu fördern.

5. Ausnutzung der Wissenschaft und Technik

War früher Wissenschaft und Technik ein Privileg für die Großagrarien, so sollen heute die Bauernwirtschaften (vor allem die Kleinbauernbetriebe und die Neubauernstellen) die Vorteile moderner landwirtschaftlicher Technik, Forschung und Wissenschaft genießen.

Es sind bereits:

- a) eine Reihe von Forschungsinstituten, Lehr- und Zuchtgütern der früheren Großgrundbesitzer zur Unterstützung der Bauern den Provinzialverwaltungen übergeben worden,
- b) neue verbesserte Geräte und Maschinen in Planung und im Bau, so z. B. ein „Bodenreformtrecker“, der auf den Fünf-Hektar-Wirtschaften der Neubauern eingesetzt werden soll.

Zur weiteren Verbesserung ist es notwendig, daß fähige Arbeiter, Landarbeiter und Agronomen ihre Fachkenntnisse in den Dienst der Neukonstruktion landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen stellen und an die betreffenden Betriebe ihre Vorschläge einsenden. Die demokratischen Selbstverwaltungsorgane, Genossenschaften und Gewerkschaften sollen Wettbewerbe für Erfindungen und Verbesserungen auf diesem Gebiete veranstalten, wo die brauchbaren Vorschläge prämiert werden.

6. Gegenseitige Hilfe der Bauern

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion liegt im Interesse des gesamten schaffenden Volkes und im ureigensten Interesse der Bauern selbst, da sich durch größere Erträge die Einnahmen der Bauern erhöhen. Daher ist eine gegenseitige Hilfe notwendig.

- a) Die Altbauern sollen ihre Erfahrungen und Kenntnisse ihren neuen Berufskollegen, den Neubauern, zur Verfügung stellen.
- b) Die Bauern sollen sich auch in Geräten und Maschinen, Zugkräften, Saatgut, Sämereien gegenseitig aushelfen (durch Leih oder Verkauf).

II. Die Vollendung der Bodenreform

1. Der Grundgedanke der Bodenreform

Der Grundgedanke der Bodenreform lag darin, daß durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes landarme Bauernwirtschaften vergrößert und neue Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und Umsiedler geschaffen werden.

„Um das zu erreichen, soll der durch die Enteignung gewonnene Boden dazu verwandt werden, daß landarme Bauernwirtschaften vergrößert und neue selbständige Bauernwirtschaften für Bauern ohne Boden, kleine Pächter und Landarbeiter und auch Umsiedler geschaffen werden. Der den Bauern und Landarbeitern zugeteilte Boden soll sofort mit der Zuteilung in ihren Privatbesitz übergehen. Der Grundgedanke ist, daß möglichst viele kleine selbständige Bauernwirtschaften geschaffen werden.“

(W. Pieck: Rede am 2. 9. 1945 in Kyritz)

Das Ziel der Bodenreform bestand weiterhin auch darin, durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes den reaktionären, militaristischen und volksfeindlichen Kräften des Junkertums einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

„Das mit der Bodenreform verfolgte Ziel ist: Sicherung einer wahrhaft demokratischen Neugestaltung Deutschlands und die Vernichtung der reaktionären volksfeindlichen Kräfte, die immer wieder unser Volk in den Krieg hineintrieben und Not und Elend vermehrten.“

(W. Pieck: Rede am 2. 9. 1945 in Kyritz)

2. Die Erfolge der Bodenreform

In wenigen Monaten fand eine grundlegende Umwälzung auf dem Dorfe statt. Wie Präsident Hoernle am 8. Februar mitteilte, wurden in der sowjetischen Besatzungszone 9300 Güter mit einer Gesamtfläche von 2,7 Millionen Hektar aufgeteilt. Auf diesem Boden sind jetzt bereits 315 000 Neubauern mit ihren Familien ansässig geworden. Damit gab die Bodenreform insgesamt 1½ Millionen Menschen eine neue Heimat.

3. Fehler und Mängel bei der Durchführung der Bodenreform

Zugleich jedoch gab es bei der Durchführung der Bodenreform eine Reihe von Mängeln und Fehlern.

- a) Vielfach ist noch keine Aufteilung erfolgt oder sie steht nur auf dem Papier. Bisher ist noch Boden in großer Menge im Bodenfond.
- b) Es gibt Neubauern, die ihre Bodenstücke nicht kennen, die noch keine Urkunde besitzen oder bei denen die Eintragung in den Grundbüchern noch nicht erfolgt ist.
- c) Obwohl es im Gesetz verordnet ist, daß auch das Vieh und Gerät bei der Aufteilung den Bauern übergeben werden soll, bleibt es vielfach noch geschlossen auf den ehemaligen Gütern belassen.

4. Unsere Aufgabe: Bodenreform bis zu Ende durchführen

Daher besteht die Aufgabe unserer Partei auf dem Lande darin, diese Fehler und Mängel schnellstens energisch zu liquidieren und keine genossenschaftlichen oder kollektiven Experimente zu machen, sondern für die restlose Aufteilung auch des Viehs und des Geräts zu sorgen und die Eintragung in den Grundbüchern zu beschleunigen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der beschleunigten Beschaffung von Wohnraum für Neubauern, die aus anderen Gebieten angesiedelt werden.

III. Unterstützung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe

1. Die Aufgaben der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe

Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe wurden geschaffen — so heißt es in der Verordnung —

„zur Hilfeleistung für die Bauernwirtschaften, die Boden durch die Bodenreform erhielten, sowie auch für andere Bauernwirtschaften, die sich an der gegenseitigen Hilfe beteiligen wollen.“

- a) Im Gegensatz zu den bisherigen Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform, die zeitweilige Kommissionen waren, sind die Vereinigungen (Ausschüsse) der gegenseitigen Bauernhilfe ständige Organe der werktätigen Bauern.

„Nachdem die Bodenaufteilung des Großgrundbesitzes im wesentlichen durchgeführt ist, ist das Wichtigste die Schaffung der ‚Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe‘. Während die Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform nur zeitweilige Kommissionen sind, die bis zur Beendigung der Bodenreform wirken, sind die ‚Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe‘ ständige Organe der werktätigen Bauernschaft.“

(W. Ulbricht: Rede am 29. 10. 1945 in Nauen, DVZ, 1. 11.)

- b) Die Aufgaben der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe bestehen in der Sicherung der Bodenreform, in der Einrichtung und Gestaltung der Neubauernwirtschaften, in der Nutzbarmachung der bestehenden wirtschaftlichen Einrichtungen und Betriebe (Ausleihstellen für landwirtschaftliche Maschinen, Deckstationen, Reparaturwerkstätten, Saatgutreinigungsanlagen, Mühlen, Brennereien usw.).
- c) Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe haben weiterhin die Aufgabe der demokratischen Erneuerung auf dem Dorfe sowie die Schaffung fortschrittlicher kultureller Einrichtungen für die Bauern und die Bauernjugend.

„Die Ausschüsse sind wichtige Organe zur Hilfe für die Schaffung gesunder Bauernwirtschaften und für die Entwicklung der Bauerndemokratie im Dorfe. . . . Der Ausschuss der gegenseitigen Bauernhilfe soll sich für den Aufbau des neuen Dorfes und für die Schaffung fortschrittlicher kultureller Einrichtungen für die Bauern und für die Bauernjugend interessieren.“

(W. Ulbricht: Rede am 29. 10. 1945 in Nauen)

2. Fehler und Mängel bei der Schaffung dieser Vereinigungen

- a) In vielen Gemeinden sind die Vereinigungen für gegenseitige Bauernhilfe noch nicht gebildet worden.
- b) Nicht selten sind die Vereinigungen für gegenseitige Bauernhilfe nicht den Verordnungen entsprechend gewählt worden. So wurden sie manchmal durch die Bürgermeister zusammengesetzt, die die Mitglieder der Leitungen willkürlich ernannten. Manchmal sind die Vorsitzenden der Vereinigungen unsaubere, korrupte Elemente.
- c) Häufig fehlen den Vereinigungen für gegenseitige Bauernhilfe die notwendigen Einrichtungen, z. B. Ausleihstellen für landwirtschaftliche Maschinen, Reparaturwerkstätten, Deckstationen usw.
- d) Oft kennen die Mitglieder der Vereinigung die Gesetze und Ausführungsbestimmungen nicht und sind daher in vollkommener Unkenntnis ihrer Aufgaben.
- e) Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe werden von den antifaschistischen Parteien, von den Selbstverwaltungsorganen, Landratsämtern usw. nicht genügend unterstützt.

3. Unsere Aufgabe: Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe wirksam zu unterstützen

Unsere Partei auf dem Lande hat daher die Aufgabe, die vorhandenen Mängel und Fehler schnellstens zu liquidieren.

- a) In den Gemeinden, wo bis jetzt noch keine Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe bestehen, sind solche schnellstens zu schaffen.
- b) Die bereits geschaffenen Vereinigungen sind auf die rechtmäßige Bildung hin zu überprüfen und bei unrichtiger und falscher Zusammensetzung aufzulösen und gemäß dem Gesetz auf Grund von Wahlen neu zu bilden. Korrupte und profaschistische Elemente sind aus den Vereinigungen und ihren Leitungen zu entfernen.
- c) Es ist für die richtige Uebergabe der den Vereinigungen zustehenden Produktionsmittel (Zugkräfte, Zuchttiere, Maschinen, größere Geräte, Wirtschaftsgebäude, Nebenbetriebe usw.) zu sorgen. Zuchttiere (Hengste, Bullen, Eber usw.) dürfen nicht an Neubauern und sonstige Siedler verteilt werden, sondern gehören in die Deckstationen der Vereinigungen.
- d) Um die Mitglieder der Vereinigungen mit den Aufgaben bekannt zu machen, müssen in jeder Beratungsstelle des Dorfes oder des Kreises und in jedem Parteibüro der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien diese Verordnungen ausliegen. Es sind Personen namhaft zu machen, die den Bauern Rechtsauskünfte geben können. Die Landes-, Provinzial- und Kreisverwaltungen müssen alle Verordnungs- und Ausführungsbestimmungen über die Bodenreform den Vorsitzenden der Ausschüsse zustellen.

- e) Um die Maschinenverleihstellen, Deckstationen u. a. Einrichtungen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe weiter auszubauen, müssen sie mit Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und anderen dringend notwendigen Industriewaren beliefert werden.
- f) Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe sollen Vertreter-Konferenzen der Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe für jeden Kreis und jede Provinz durchführen. Auf diesen ist die Wahl von Kreis- bzw. Landes- und Provinzausschüssen vorzunehmen.

IV. Ausbau und Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften

1. Die Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Die Aufgaben der Genossenschaften bestehen in folgendem:

- a) Hilfe und Unterstützung den Neubauern bei der Einrichtung ihrer neuen Bauernwirtschaften;
- b) Versorgung der Bauern mit landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen, Saatgut, Düngemitteln und Konsumartikeln zu angemessenen Preisen;
- c) Organisierung der Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften der Werktätigen in den Städten;
- d) gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften und den Bauernauschüssen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erfassen, die Preisgestaltung und den Absatz der Erzeugnisse durch die Belieferung der Städte zu organisieren;
- e) durch eine richtige Verbindung der Konsumgenossenschaften in den Städten die billige und schnelle Versorgung sowohl der städtischen Verbraucher als auch der Bauern zu gewährleisten, dadurch die überhöhten Zwischengewinne auszuschalten, um den Schwarzhandel und den Schwarzen Markt empfindlich zu treffen;
- f) entscheidenden Anteil zu nehmen an der demokratischen Umgestaltung des Dorfes und der restlosen Liquidierung des Nazismus und Militarismus auf dem Lande.

2. Aufbau und Demokratisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Um diese großen Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Organe der Genossenschaften in demokratischer Weise aufgebaut sein. Bis zur demokratischen Neuwahl der genossenschaftlichen Verwaltungsorgane haben laut Befehl der sowjetischen Militärverwaltung die in der Bildung begriffenen Organisationsbüros die Leitung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihrer Vereinigungen zu übernehmen. Sie haben die Aufgabe:

- a) Säuberung der Leitungen (Vorstände, Aufsichtsräte) von Faschisten und Reaktionären;
- b) eine Registrierung der Mitglieder der Genossenschaften durchzuführen;
- c) neue Genossenschaftsmitglieder zu werben, in erster Linie aus den Wirtschaften, die durch die Bodenreform Land erhalten haben.

Die wieder neu zu errichtenden landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen arbeitsfähige und wirklich demokratische, bäuerliche Organe im Dorfe sein. Die Kommunisten müssen deshalb die Neubildung der landwirtschaftlichen Genossenschaften tatkräftig unterstützen.

V. Unsere Aufgaben bei der Demokratisierung des Dorfes

Die Enteignung des Großgrundbesitzes und damit die wirtschaftliche und politische Entmachtung des Junkertums war die erste und wichtigste Voraussetzung für die Demokratisierung des Dorfes. Die Vereinigungen zur gegenseitigen Bauernhilfe sind die demokratischen Organe der werktätigen Bauernschaft. Nicht mehr die Junker, sondern die werktätigen Bauern sollen heute im Dorf bestimmen. Durch den Aufbau der Genossenschaften wird das enge Bündnis mit den Werktätigen der Stadt geschaffen.

Die grundlegendsten Aufgaben bestehen somit darin, die Bodenreform konsequent zu Ende zu führen, die Tätigkeit der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und den Aufbau der Genossenschaften tatkräftig zu unterstützen.

Daneben bestehen noch folgende Aufgaben:

1. Säuberung der Gemeindeverwaltungen

Durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes ist der jahrhundertalte Traum der Bauernschaft: „Freier Bauer auf freier Scholle“ in Erfüllung gegangen. Die Bauern können jetzt jedoch nicht nur auf ihrem Hof selbst bestimmen, sondern sind auch dazu berufen, im Dorf, in der Gemeinde, im Kreis die zentrale Figur in der Selbstverwaltung zu werden. Die Voraussetzung zu einer wirklich bäuerlichen Selbstverwaltung im Dorfe ist jedoch die unbedingte Säuberung der Gemeindeverwaltungen von nazistischen und reaktionären Elementen. Die Ortsvorsteher, Dorfschulzen und Bürgermeister müssen antifaschistische Bauern sein oder solche Personen, die wirklich das Vertrauen der Bauern genießen.

Daher hat unsere Partei die Aufgabe, die Säuberung der Verwaltungen zu fördern und den Aufbau der demokratischen bäuerlichen Selbstverwaltung in den Dörfern zu unterstützen.

2. Unterstützung der Jugend- und Frauenausschüsse

Der bäuerlichen Jugend — den Jungbauern und Jungbäuerinnen und der Landarbeiterjugend — ist bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Sie, die von Hitler durch Erbhofgesetz und Ostraumpolitik um ihre Zukunft schamlos betrogen wurden, sind berufen, die Träger der demokratischen Neugestaltung und der Zukunft im Dorfe zu werden. Viele Jungbauern und Jungbäuerinnen, die keine Aussicht auf bäuerliche Existenz hatten, können jetzt ihre eigenen selbständigen Bauernwirtschaften errichten und sind an einer friedlichen demokratischen Entwicklung und an einem raschen Wiederaufbau Deutschlands interessiert.

Daher besteht unsere Aufgabe darin, die Bildung von Jugend- und Frauenausschüssen in Dörfern und Neubauernsiedlungen tatkräftig zu unterstützen. Die fortschrittlichsten Jugendlichen und Frauen sollen in diesen Ausschüssen tätig sein und damit die demokratische Entwicklung des Dorfes fördern.

3. Unterstützung der Schulreform

Auf die Schulbildung und die fachliche Erziehung der Landjugend müssen wir ein besonderes Gewicht legen. Denn die Jungbauern und Jungbäuerinnen sind es, die nach genügender Vorbildung auf die künftigen bäuerlichen Hochschulen gesandt werden und aus denen auch die neue demokratische Dorfintelligenz hervorgehen soll. Heute gibt es noch viele jugendliche Landarbeiter oder Bauern mit mangelhafter Schulbildung. Diese verheerenden Folgen der Naziherrschaft gilt es zu liquidieren durch die Förderung des Schulwesens und durch die konsequente Durchführung der Schulreform auf dem Dorf.

VI. Die Voraussetzungen für die Erfüllung unserer Aufgaben

1. In jedem Dorf — eine Ortsgruppe der KPD

Die Aufgaben, die wir auf dem Lande im Interesse der demokratischen Umgestaltung des Dorfes, der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Sicherung der Volksernährung zu lösen haben, bedingen, daß überall auf dem Lande Ortsgruppen oder Stützpunkte der Kommunistischen Partei geschaffen werden. Die besten Landarbeiter, Bauern und Vertreter der dörflichen Intelligenz gehören in die Partei der KPD, die Partei des werktätigen Volkes.

Bei der Ernte und Bestellungsarbeit im vergangenen Jahr, bei der Durchführung der Bodenreform haben sich viele Landarbeiter und Bauern, Handwerker und Lehrer auf dem Lande als gute aufbauwillige und antifaschistische Kämpfer erwiesen. Ihnen müssen die Tore zum Eintritt in unsere Partei weit geöffnet werden.

2. Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei

Eine weitere Voraussetzung zur Erfüllung aller dieser Aufgaben ist die engste, freundschaftlichste Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und die ständige Vertiefung der Aktionseinheit in der täglichen Arbeit. Das kann vor allem durch die Verbindungskomitees und durch gemeinsame Ausschüsse sowie durch gemeinsame Zirkel- und Schulungstätigkeit geschehen. Es gilt diese Aktionseinheit so weit zu vertiefen, daß bei der bevorstehenden Verschmelzung der SPD und KPD die zukünftige sozialistische Einheitspartei in den Dörfern und Gemeinden fest verankert sein wird.

Die kommende sozialistische Einheitspartei wird die Partei der werktätigen Bauern sein, da sie mit der Durchführung ihres Programms die Bauern vom Joch des Großgrundbesitzes und von der Zinssklaverei der Großbanken befreit.

3. Große Teile der nominellen Pgs gilt es für unseren Kampf zu gewinnen

Auch die ehemaligen Mitglieder der NSDAP, die keine Verbrechen und Schandtaten begangen haben, sich nicht aktiv faschistisch betätigten und in den letzten neun Monaten gezeigt haben, daß sie ernstlich gewillt sind, einen neuen Weg zu gehen, sollen zur aktiven Mitarbeit an der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung und am Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft herangezogen werden.

Diese Stellungnahme ist für das Dorf von besonderer Wichtigkeit, da nicht selten durch die Terrorpolitik Hitlers und seiner Organe 80, 90 und mehr Prozent aller Bauern der Nazipartei angehörten. Diesen für immer den Weg zu uns zu versperren, wäre ungerecht und politisch nicht tragbar, da es unter ihnen sowohl aktivistische Nazis als auch nur nominelle Pgs' gab, die unter Druck in die NSDAP eingetreten sind und sich nicht aktiv nazistisch betätigten. Unter ihnen keine Unterschiede zu machen, sondern sie alle von der demokratischen Neugestaltung unseres Landes fernzuhalten, wäre unmöglich, da die demokratische Erneuerung unseres Landes nicht ohne die aktive Teilnahme der deutschen Bauernschaft vor sich gehen kann.

4. Arbeitsdisziplin

Die Vorbereitung und Durchführung der Frühjahrssaat, die Sicherung der Bodenreform, die Bildung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, der Neuaufbau und die Demokratisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Hilfestellung der Kommunisten für die Bauern in allen Fragen und Nöten des Dorfes — das erfordert neben politischem und fachlichem Können auch eine gute Arbeitsdisziplin. Der Erfolg des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus der neuen demokratischen Ordnung hängt aufs engste mit einer freudigen, freiwilligen, aber bewußt straffen Arbeitsdisziplin zusammen. Deshalb muß aller Schlamperei, jedem Sichgehenlassen oder „auf-morgen-verschieben“ der schärfste Kampf angesagt werden.

5. Vorbildliches Verhalten in der Verwaltung

Viele unserer Genossen sind heute in den demokratischen Selbstverwaltungen tätig. Das Verhalten und die Arbeitsweise dieser Genossen sind entscheidend für die demokratische Umgestaltung des Dorfes und für das Ansehen der KPD. Dort, wo ein guter Genosse das Steuer in der Gemeinde oder im Kreis in der Hand hat, geht es nicht nur vorwärts, sind nicht nur gute Erfolge zu verzeichnen, es wächst auch zusehends das Vertrauen der Dorfbevölkerung für die neue demokratische Ordnung und für die Kommunistische Partei. Das zeigt sich in solchen Fällen sehr deutlich durch den wachsenden Zustrom der bäuerlichen Massen zu unserer Partei. Arbeiten die Kommunisten aber in den Selbstverwaltungsorganen schlecht, so wirkt sich das, wie einige Beispiele ebenfalls beweisen, im umgekehrten Sinne aus.

Deshalb dürfen in den demokratischen Selbstverwaltungen nur gute, saubere, aktive und verantwortungsbewußte Genossen und Antifaschisten tätig sein. Eine ständige, strenge Kontrolle ist notwendig, eine Ueberprüfung, wo nicht der richtige Mann am Platze ist. Wenn notwendig, schnellste Bereinigung durchführen, vorkommende Unregelmäßigkeiten radikal beseitigen und diese Frage offen in den Dorfversammlungen stellen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß bei derartigem Durchgreifen dies sich stets zum Nutzen der Partei ausgewirkt hat.

6. Heranziehung junger Genossen

Viele unserer besten, geschulten Genossen sind dem zwölf Jahre währenden Hitlerterror zum Opfer gefallen. Heute kommen viele junge neue Kräfte zur Partei. Es gilt, kühn und energisch daran zu gehen, neue, aktive, entwicklungsfähige Genossen heranzuziehen, darunter vor allem Frauen und Jugendliche, und ihnen zu helfen, sich politische Kenntnisse und fachliches Wissen auf allen Gebieten des praktischen und öffentlichen Lebens anzueignen.

1946

Vortrags- Disposition

Nr. 9

Vortragsdisposition Nr. 9

Zweiter Jahrgang

Die Erneuerung der deutschen Kultur

Dieser Schulungstag dient der Erörterung von Fragen, die auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD am 3. bis 5. Februar behandelt wurden. Die Behandlung dieser Fragen gewinnt besondere Bedeutung anlässlich der bevorstehenden Kulturwoche des gemeinsamen Kulturausschusses der Arbeiterorganisationen.

Die Erneuerung der deutschen Kultur

INHALT

	Seite
I. Einige Grundfragen der Kultur	3
II. Der Kulturverfall unter dem Hitlerfaschismus	9
III. Unsere kulturpolitischen Ziele	13
IV. Die Voraussetzungen zur Erneuerung der deutschen Kultur	23

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

„ . . . die Sache der kulturellen Erneuerung ist Sache nicht nur einzelner Spezialisten auf dem Gebiete der Kultur, nicht nur einzelner Volksteile, sondern die Sache des ganzen schaffenden Volkes.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

I. Einige Grundfragen der Kultur

1. Was ist Kultur?

Es wird oft der Fehler gemacht, in der Kultur lediglich die Gesamtheit der geistigen Güter zu sehen, d. h. den Begriff „Kultur“ auf den Stand der Wissenschaft, Literatur und Kunst zu beschränken. Dabei wird übersehen, daß die Kultur nicht nur die Gesamtheit der geistigen Güter, sondern auch die Gesamtheit der materiellen Güter in sich schließt.

„Kultur ist einmal die Gesamtheit der materiellen Güter, die sich ein Volk in emsiger Arbeit geschaffen hat. Kultur ist zum anderen die Gesamtheit der geistigen Güter, die es sich als Frucht der Tätigkeit seiner Gelehrten und Künstler erworben hat. Eine hochstehende Kultur ist nicht nur durch einen hohen Stand der Wissen-

schaft, Literatur, Kunst und Volksbildung gekennzeichnet. Dazu gehört ebenso, daß die Menschen in menschenwürdigen Wohnungen leben, sich menschenwürdig ernähren und bekleiden können und alle Voraussetzungen hochstehender Volkshygiene gegeben sind. Reichtum oder Armut an materiellen, wie geistigen Gütern und Werten macht einen hohen oder niedrigen Stand der Kultur eines Volkes aus. Ja, die geistige Kultur hat die materielle Kultur sogar zur Voraussetzung, wie andererseits Wissenschaft und Kunst fördernd und befruchtend auf die Erzeugung der materiellen Güter einwirken."

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

Somit ist die Kultur die Gesamtheit der materiellen und geistigen Werte eines Volkes. Die materielle Kultur eines Volkes (menschenwürdige Wohnungen, ausreichende Bekleidung und Ernährung, ein hoher Stand der Volkshygiene usw.) ist die Voraussetzung des Aufschwungs der geistigen Kultur, während andererseits die geistige Kultur (Wissenschaft, Bildung und Kunst) den Aufschwung der materiellen Güter fördert. Nur wenn man diese beiden Seiten und ihre Wechselwirkungen in Betracht zieht, kann man zu einer klaren wissenschaftlichen Definition des Begriffes Kultur kommen.

2. Wer ist an der Kulturschöpfung beteiligt?

Es wird oft die Meinung vertreten, daß an der Schöpfung, Hervorbringung und am Aufschwung der Kultur lediglich die geistig Tätigen beteiligt sind. Dabei werden die zwei Seiten der Kultur nicht in Betracht gezogen. Es wird übersehen, daß der Aufschwung der Kultur von der Höhe der materiellen Güter eines Landes abhängig ist, die von den Arbeitern und Bauern geschaffen werden. An der Kulturschöpfung sind somit die manuell Schaffenden — die Arbeiter und Bauern — in gleicher Weise beteiligt wie die Geistesarbeiter.

„Da die Kultur die Gesamtheit der materiellen und geistigen Werte eines Volkes ist, so sind an der Schöpfung, an der Hervorbringung dieser Kultur auch die geistig wie die manuell Schaffenden beteiligt. An der Kulturschöpfung ist — wenn auch jeder auf andere Weise und mit einem anderen Anteil — die Arbeiterschaft ebenso beteiligt wie die Intelligenz; die Bauernschaft ebenso wie die Künstler. Nicht nur der Gelehrte oder Künstler ist ein Kulturschaffender: die Nation verdankt die Gesamtheit ihrer kulturellen Errungenschaften den Handwerkern.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

3. Die nationale Form der Kultur

Die Kultur der einzelnen Zeitepochen ist nicht die gleiche; ebenso nicht die Kultur der einzelnen Völker. Jede Kultur bildet sich aus der

geschichtlichen Entwicklung eines Volkes, sie ist daher in ihrer Form auch wesentlich national bedingt. So ist auch unsere Kultur in ihrer Form eine nationale deutsche Kultur. Gehören etwa die großen deutschen Dichter und Schriftsteller nur einem Volksstamm, den Bewohnern einer deutschen Provinz an? Oder sind sie nicht vielmehr Deutsche und gehören daher dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit? Es gibt keine spezielle preußische, bayerische oder sächsische Literatur, sondern nur eine deutsche Literatur. Genau so ist es mit der Musik, der Philosophie und den bildenden Künsten. Jede Kultur kann sich heute nur in nationalen Formen entfalten; die Kultur tritt in unserem Zeitalter stets in nationaler Gestalt auf. Somit kann unsere Kultur nur eine nationale deutsche Kultur sein.

„Kultur tritt in unserem Zeitalter stets in nationaler Form auf, und nur in ihren nationalen Formen kann sie sich entfalten. Wenn wir von Humanismus, Freiheit, Demokratie und Völkerverständigung als von dem Inneren Gehalt der kulturellen Erneuerung sprechen, so kann dieser Inhalt nur in den nationalen, unseren deutschen Eigenarten entsprechenden Formen gefaßt werden. Wir Deutsche sind durch die Gemeinschaft unserer Sprache, unseres Territoriums, unseres Wirtschaftslebens und durch die Gemeinschaft unserer Kultur zu der stabilen Gemeinschaft von Menschen geworden, die der Begriff deutsche Nation umschließt.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

4. Schlußfolgerungen

- a) Da die Kultur nicht nur die Schöpfung der Geistesarbeiter, sondern in gleicher Weise auch der Arbeiter und Bauern ist, kann das Werk der kulturellen Erneuerung Deutschlands nicht die Sache einiger Spezialisten auf dem Gebiete der Kultur oder die alleinige Sache der Geistesarbeiter sein, sondern muß zur Sache des gesamten schaffenden deutschen Volkes werden. Träger der kulturellen Erneuerung muß und wird das gesamte schaffende deutsche Volk sein, worunter wir den Arbeiter wie den Bauern, den Ingenieur wie den Künstler und den Wissenschaftler wie den Lehrer verstehen.
- b) Da die Werktätigen als Schöpfer der materiellen Werte, die die Grundlage einer jeden Kultur darstellen, an der Hervorbringung und Schaffung der Kultur in entscheidender Weise beteiligt sind, so haben sie auch ein Recht auf die materiellen und geistigen Kulturwerte. Wenn das schaffende Volk in seiner Gesamtheit der Kulturschöpfer ist, dann gehören ihm auch die kulturellen Errungenschaften.

„Die Werktätigen haben ein Anrecht darauf, in den Genuß der Leistungen auf den Gebieten der Kunst zu kommen. Ob es sich um Musik oder Theater, Film oder Tanz, um die Malerei oder Bild-

hauerel handelt, der Werktätige hat besonders heute ein Anrecht darauf, an ihren Schöpfungen teilzuhaben — besonders heute, wo so viel Arbeit und Opfer von ihm gefordert werden.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

- c) Aus diesem Grunde verurteilen und bekämpfen wir alle Zustände, Herrschaftsformen und Einrichtungen, die die breiten Schichten unseres Volkes von den Errungenschaften der Kultur fernhalten und ein Bildungsprivileg erhalten oder wieder herstellen wollen.
- d) Da die Kultur im wesentlichen eine nationale Kultur ist und jede heutige Kultur immer in nationalen Formen auftritt, so kann die kulturelle Erneuerung Deutschlands auch nur im gesamt-nationalen Rahmen vollbracht werden. Das Streben für kulturelle Erneuerung ist daher unzertrennbar verbunden mit dem Kampf für die nationale Einheit Deutschlands und gegen die Zerstückelung unserer Heimat.

II. Der Kulturverfall unter dem Hitlerfaschismus

1. Die Kultur im Dienste der Kriegsvorbereitung

Forschung und Lehre, Kunst und Schrifttum, das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen standen ausschließlich im Dienst der Vorbereitung und Durchführung des von Anfang an geplanten imperialistischen Raubkrieges.

- a) Alle Forscher und Gelehrten, die ihre Arbeit nicht uneingeschränkt auf diese imperialistische Politik einstellten, fanden keine Unterstützung und Förderung. Zahllose Gelehrte und Forscher wurden gemäßregelt, zur Flucht ins Ausland gezwungen oder in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt.
- b) Laboratorien und Forschungsinstitute wurden ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen und derart mit Rüstungsaufträgen überhäuft, daß eine freie wissenschaftliche Betätigung nicht mehr möglich war.
- c) Schulen und Hochschulen wurden zu Drillanstalten für den totalen Krieg. Nicht Berufspädagogen bestimmten Form und Inhalt von Erziehung und Unterricht, sondern übelste Vertreter der HJ, der NSDAP, der Wehrmacht vollzogen die Einstellung des Bildungswesens auf ihre unpädagogischen, verbrecherischen Ziele.
- d) Die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und der künstlerischen Betätigung wurde vollständig vernichtet.

2. Vergiftung durch Chauvinismus und Rassenwahn

Um das Volk in allen seinen Schichten ideologisch auf den Raubkrieg vorzubereiten, wurde das gesamte Unterrichtswesen und alles wissen-

schaftliche und künstlerische Schaffen durch die Irrlehren eines zügellosen Chauvinismus, eines lächerlichen Rassenwahns vergiftet.

3. Bruch mit den Traditionen deutschen Kulturschaffens

Notwendig verbunden damit war der Bruch mit den großen Traditionen deutschen Kulturschaffens, der Verrat an den Ideen unserer großen Dichter und Denker, die als „Humanitätsduselei“, „Sklavenmoral“, „Herrschaft der Minderwertigen“, demokratische oder pazifistische „Knochen-erweichung“ verlacht und verfemt wurden.

4. Abbruch der kulturellen Beziehungen zu anderen Nationen

Die kulturellen Beziehungen zwischen Nazideutschland und den übrigen Kulturnationen mußten infolgedessen untergraben werden. Die herausfordernde, maßlose Selbstüberschätzung der Vertreter der nazistischen Kultur, ihre fortschrittfeindliche Haltung und das immer deutlicher in Erscheinung tretende Absinken ihrer Leistungen vernichteten die Achtung und Wertschätzung, die einst die deutsche Kultur in der Welt genossen hatte. Die Nazibehörden taten das übrige, um den Abschluß gegen das Ausland, besonders gegenüber der Sowjetunion, vollständig zu machen, damit das Volk um so leichter in Unkenntnis über die Errungenschaften der modernen wissenschaftlichen Forschung gehalten werden konnte und in dem Wahn geriet, daß neben der deutschen Nation kein anderes Volk zu besonderen kulturschöpferischen Leistungen fähig sei.

5. Verflachung der deutschen Schulbildung

Die rücksichtslose, uneingeschränkte Einstellung aller Erziehungs- und Unterrichtsmaßnahmen auf reaktionäre und militaristische Ziele führte auch zu einer Verflachung der Schulbildung, zu einer geistigen Verarmung und Verödung der breiten Massen des Volkes.

6. Das Ergebnis der kulturfeindlichen Politik des Hitlerfaschismus

„Was ist das Ergebnis der nazistischen Kulturzerstörung? Die breiten Massen des Volkes wurden systematisch in tiefste Unbildung gestürzt, von allen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, von jeder lebendigen Anteilnahme am Kulturschaffen ferngehalten. Die Kluft zwischen den sogenannten Kopf- und Handarbeitern vertiefte sich, das Volk verlor jegliches Interesse an den Fragen der Kultur, das nationale Kulturerbe geriet in Vergessenheit, der Geist von Potsdam triumphierte.“

(Wilhelm Pieck: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

III. Unsere kulturpolitischen Ziele

„Das unmittelbare Ziel, das uns allen gemeinsam sein muß, ist eine kulturelle Erneuerung im Geiste des Humanismus, der Freiheit und Demokratie, des Friedens und der Kulturgemeinschaft der Nationen.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

1. Säuberung des deutschen Kulturlebens

Die nazistischen Irrlehren, die noch immer das Denken weiter Kreise unseres Volkes, besonders der Jugend, verwirren, sind restlos und schonungslos in ihrer Hohlheit und Flachheit und ihrem entwürdigenden und verbrecherischen Charakter zu entlarven. Ihr Einfluß und alle ihre Nachwirkungen sind aus dem deutschen Kulturleben auszumerzen. Das bedeutet:

- a) die Ausschaltung aller aktiven Nazis und Verfechter der reaktionären und militaristischen Bestrebungen,
- b) die Ausmerzung aus unseren Büchereien und Museen alles dessen, was durch die verderbliche Naziideologie, den Ungeist des Rassenwahns, die Glorifizierung des reaktionären Preußentums, den Hurrapatriotismus und Militarismus gekennzeichnet ist,
- c) die Entfernung aller Bilder, Symbole, Namen usw., die faschistische Erinnerungen wachhalten, aus allen Schulen und öffentlichen Einrichtungen.

2. Anknüpfung an die besten deutschen Kulturtraditionen

Wir fordern nach dem Vorbild der großen Altmeister des Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, verstärkte Hinwendung zu dem stolzen Erbe unserer klassischen Philosophen, Forscher und Künstler und Anknüpfung an die besten Traditionen künstlerischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Strebens und Schaffens in unserem Volke.

„Wir wahren damit nur die alte Tradition, die seit Karl Marx und Friedrich Engels die Arbeiterbewegung auszeichnete. Waren es doch gerade die großen Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus, die von sich bekannten und in ihren zahlreichen Schriften deutlich erkennen lassen, daß sie für ihre Grundlegung der sozialistischen Theorie und für ihren persönlichen, oft so harten und schweren Kampf Anregung und Stärkung, Wissen und Rat aus dem reichen Erbe unserer großen Klassiker, Dichter und Denker geschöpft haben.“

(Wilhelm Pieck: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

3. Wiederaufnahme kultureller Beziehungen zu anderen Völkern

Wir setzen uns für die Wiederaufnahme fruchtbringender Wechselbeziehungen mit den übrigen Kulturnationen ein.

„So lassen Sie uns Deutsche nun zurückfinden zu der Wahrheit, daß alle nationale Kultur und so auch unsere deutsche nur in engster Wechselwirkung mit der Welt entstehen konnte und sich entwickeln kann. Dabel ist jedes Kulturvolk sowohl der gebende als auch der nehmende Teil.

Vieles Edle, Gute, Große hat das deutsche Volk der Menschheit gegeben und nicht weniger von ihr empfangen. Und so berechtigt unser Stolz auf die ehemals so großen deutschen Kulturleistungen sein kann, so notwendig ist der Dank an unsere Nachbarn, an alle Völker für das, was sie uns als ihr Geschenk dargebracht haben.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

4. Freiheit der Kunst und Wissenschaft

Wissenschaft und Kunst bedürfen zu ihrer vollen Entfaltung vor allem der Freiheit.

Mit aller Entschiedenheit werden wir stets dafür eintreten, daß Forscher, Künstler und Lehrer durch keinerlei Zwang, durch kein Dogma, kein ästhetisches oder methodisches Gesetz gehemmt werden. Andererseits dürfen wir billigerweise auch verlangen, daß die in so reichem Maße gewährte Freiheit nicht in antidemokratischer Weise mißbraucht wird.

„Nur eine einzige, selbstverständliche Bedingung knüpfen wir an die Gewährung dieser Freiheit der Forschung, der Lehre und der Kunstbetätigung, nämlich, daß diejenigen, die sie genießen dürfen, keinen verbrecherischen Gebrauch davon machen und die Freiheit etwa benutzen, um den unter so unerhörten Leiden und Qualen, Kämpfen und Anstrengungen endlich ausgerotteten Faschismus wiederzubeleben und die Demokratie zu sabotieren, zu vernichten. Jeder derartige Versuch wird auf unseren entschlossenen Widerstand und erbitterten Kampf stoßen und für die Betroffenen ein für allemal das Recht verirken, weiterhin im deutschen Kulturleben tätig sein zu dürfen. Auch hier betonen wir mit allem Nachdruck: Keine Wiederholung der Fehler von 1918.“

(Wilhelm Pieck: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

5. Materielle Unterstützung für die Kulturschaffenden

Wir treten dafür ein, daß fähigen Kulturschaffenden auch die nötige materielle Unterstützung gewährt wird, damit sich ihre schöpferischen Energien frei und voll entfalten können.

„Gewiß, wir sind ein bettelarmes Volk geworden, aber wir werden trotz unserer Armut es durchsetzen, daß unseren Kulturschaffenden jede materielle Sorge abgenommen wird, damit sie ungestört und ungehemmt ihre schöpferischen Energien frei und voll entfalten können und ihr Wirken letzte Ausdruckstiefe und höchste Fruchtbarkeit gewinnt.“

(Wilhelm Pieck: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

6. Wahrheitsgemäße Gestaltung der Geschichte in Kunst und Wissenschaft

Die Darstellung geschichtlicher Gestalten und Ereignisse soll sich künftig an einem Geschichtsbild orientieren, das auf Wahrheit beruht. Das bedeutet:

- a) Alle verlogenen und verbogenen Verherrlichungen von reaktionären Fürsten, Staatsmännern und Feldherren, alle wahrheitswidrigen Kriegsschilderungen sind mit äußerster Entschiedenheit zu bekämpfen.

„Wir betrachten es vor allem als eine entscheidende kulturpolitische Aufgabe, die reaktionäre Gepflogenheit zu überwinden, deutsche Geschichte lediglich als eine Verherrlichung von Kaisern, Königen, Fürsten, Feldzügen und Kriegen zu behandeln. Das ist nicht nur eine überaus seichte Geschichtsbetrachtung, sondern eine direkte Geschichtsfälschung.

Wir fordern demgegenüber, daß die geschichtliche Wahrheit zu ihrem Recht kommt und die wirkliche Rolle der Herrscher und der von ihnen geführten Kriege dargestellt wird.

Mut zur Wahrheit ist das erste Gebot jeder geschichtlichen Betrachtung!“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

- b) Aufgabe der geschichtlichen Darstellung muß es sein, Wesenszüge und Bedeutung aller fortschrittlichen Persönlichkeiten, Klassen und Ideen im Bewußtsein des Volkes lebendig zu halten und andererseits aufzuzeigen, welche Kräfte und Mächte sich dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstimmten.
- c) Es wird dazu notwendig sein, daß vor allem auch der innere Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung richtig erkannt, gedeutet und dargestellt wird. Nur so kann ein der Wahrheit entsprechendes Bild von dem Leben und Kampf der breiten Volksschichten gegeben werden.

7. Beschleunigte Durchführung der Schulreform

Wir fordern beschleunigte Durchführung der bereits in Angriff genommenen demokratischen Reform unseres gesamten Bildungswesens.

Das bedeutet:

- a) die **Reinigung des Bildungswesens** von den letzten Resten und Spuren nazistischer Verseuchung, Begründung und Sicherung eines absolut einwandfreien, antifaschistisch-demokratischen Geistes in Lehrer- und Schülerschaft, in Lehrplan und Schulbetrieb, in der Verwaltung und in dem gesamten Leben der Bildungsanstalten,
- b) die **Errichtung eines organisch gegliederten Schulaufbaues** im Sinne einer Einheitsschule, die jedem Kind und Jugendlichen ohne Unterschied des Standes oder Besitzes, des Glaubens oder der Weltanschauung die Möglichkeit einer vollwertigen, der besonderen Begabung und Neigung angepaßten Ausbildung bietet,
- c) der **Aufbau der Einheitsschule** nach folgenden Gesichtspunkten: Während der ersten acht Schuljahre besuchen alle Kinder gemeinsam die **Grundschule**. In ihr wird vom 5. Schuljahr an allgemeinverbindlich eine Fremdsprache gelehrt, und im 7. und 8. Schuljahr wird auch die Möglichkeit geboten, in Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und in einer zweiten Fremdsprache grundlegende Kenntnisse zu erwerben.
Die der Grundschule angegliederte **Mittelschule** stellt den Uebergang zu den Fachhochschulen und Universitäten dar.
- d) Die **Umgestaltung der Lehrpläne und Lehrweise** soll so durchgeführt werden, daß jede einseitige Betonung sowohl der rein geistigen Arbeit wie der Handbetätigung vermieden wird. Der Schüler der Berufsschule soll nicht nur für die praktischen Aufgaben seines Berufes geschult werden, sondern auch in seiner Allgemeinbildung gefördert und mit den großen Kulturgütern unseres Volkes und der Menschheit vertraut gemacht werden. Mit peinlichster Sorgfalt ist darüber zu wachen, daß der Jugend ein auf Wahrheit beruhendes Geschichtsbild vermittelt wird.
- e) Bei der **Auswahl des Bildungsgutes** und der unterrichtlichen Behandlung ist anzustreben, daß die Jugend für die hohen Ideen eines wahren Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, für Recht und Freiheit, Frieden und Freundschaft unter den Völkern gewonnen wird und durch verständnisvolle Heranführung an die Gegenwartsaufgaben die Kräfte und Kenntnisse sich aneignet, die sie befähigen, die heute begonnenen Arbeiten freudig und erfolgreich weiterzuführen.

f) Die Ausbildung der Lehrerschaft soll vorläufig durch kurzfristige Ausbildungskurse vorgenommen werden, solange die von uns geforderte vollakademische Lehrerausbildung nur erst in geringem Umfange beginnen kann. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß hauptsächlich aus den Kreisen der Werktätigen aktive Antifaschisten genommen werden, die über die erforderliche Eignung für den Lehrerberuf verfügen.

8. Hebung der allgemeinen Volksbildung

Wir fordern, daß dem schaffenden Volke in allen seinen Schichten wieder die Möglichkeit erschlossen wird, an dem Kulturleben mitschaffend und mitgenießend Anteil zu nehmen. Das bedeutet:

- a) Die Volkshochschulen sind weitgehend auszubauen.
- b) Die Arbeits- und Lehrpläne der Volkshochschulen sind so zu gestalten, daß tatsächlich auch die Werktätigen erfaßt werden.
- c) Der Lehr- und Vorlesungsbetrieb der Volkshochschulen ist, wo die Verhältnisse es gestatten, in die Betriebe hineinzutragen.
- d) Die Volkshochschule soll durch sorgfältige Auswahl der Lehrkräfte und planmäßige Einwirkung auf diese dazu beitragen, daß, wie Genosse Walter Bartel auf der Kulturtagung forderte,

„... Tausende durch die Volkshochschule zu Enthusiasten, zu pflichtbewußten Aktivisten, zu selbständig kritisch denkenden Mitarbeitern unseres friedlichen, demokratischen Aufbaus herangebildet werden“.

- e) Wir wenden uns gegen schon früher gescheiterte Maßnahmen, wie die Schaffung von sogenannten Volksbühnen, Arbeitertheatervereinen, Arbeiterakademien, die oft der Arbeiterschaft eine zweitrangige, besonders zugeschnittene verflachte Abart von Kunst und Wissenschaft vermitteln.

„In den vergangenen Monaten sind Stimmen laut geworden, die die Errichtung eigener Hochschulen für die Werktätigen forderten. Man wünschte eine Arbeiteruniversität, eine Akademie der Arbeit, ein Arbeitertheater. Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß die Arbeiterschaft für sich und ihre Kinder keine Sonderinstitutionen braucht, sondern daß die Tore unserer Universitäten, Hochschulen und Theater sich ihnen heute weit öffnen müssen, daß sie ihr natürliches Recht auf Bildung, das eines der primären Forderungen unseres Volkes sein muß, in den normalen, allgemeinen Institutionen erfüllt finden.“

(Dr. Josef Naas auf der Ersten Kulturtagung der KPD)

f) Wir treten dafür ein, daß auf breitester Grundlage Einrichtungen geschaffen werden, die durch die Konzentration aller Mittel und Möglichkeiten in der Lage sind, jedem bildungsbeflissenen und bildungstrebenden Arbeiter den Zugang zu den Kulturstätten zu öffnen, in denen die hervorragendsten Schöpfungen von erstklassigen Künstlern, Gelehrten und Forschern dargeboten werden: Kunst und Wissenschaft sollen nicht verflacht werden, damit sie für den Arbeiter erreichbar sind, sondern das Niveau der Arbeiterschaft soll durch gediegene Bildung und soziale Förderung so gehoben werden, daß sie weitgehend an den höchsten Leistungen unseres Kulturlebens mitgenießend und mitschaffend, freudig und begeistert Anteil nehmen kann.

Alle Versuche, auch weiterhin den breiten Volksschichten die Erungenschaften der Kultur fernzuhalten, und diese als Vorrechte für einzelne Auserwählte, für die sozial gehobenen Stände oder die „Gebildeten“ zu reservieren, sind als kulturfeindliche und reaktionäre Machenschaften zu brandmarken und zu bekämpfen.

IV. Die Voraussetzungen zur Erneuerung der deutschen Kultur

Um das große Werk der Erneuerung der deutschen Kultur erfolgreich durchzuführen, sind vor allem folgende Voraussetzungen notwendig:

1. Die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte

Die Erneuerung der deutschen Kultur ist eine so große Aufgabe, daß sie nicht von einer Partei allein gelöst werden kann. Eine Zersplitterung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte oder gar ein Gegeneinanderarbeiten würde dieses große Werk von vornherein zum Scheitern verurteilen.

„Niemals kann die Erneuerung der deutschen Kultur im Kampfe der demokratischen Kräfte gegeneinander, sondern nur in gemeinsamen Anstrengungen miteinander gelingen. Die kulturpolitischen Vorschläge, die wir Kommunisten zu unterbreiten haben, sind deshalb nicht Vorschläge, die eine antifaschistisch-demokratische Partei im Kampfe gegen eine andere Partei erhebt. Wir unterbreiten Vorschläge, die das schaffende deutsche Volk in allen seinen Schichten, alle wahrhaft nationalen Kräfte im gemeinsamen Werk vereinen sollen.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

Bei dieser gemeinsamen Arbeit kommt vor allem den beiden Arbeiterparteien eine besondere Bedeutung zu. Die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei durch die Verschmelzung der SPD und KPD ist auch aus

diesem Grunde eine zwingende Notwendigkeit. So, wie die gemeinsam durchgeführte Arbeit auf kulturpolitischem Gebiet zur Beschleunigung der Einheit beiträgt, so wird erst recht die Verschmelzung der SPD und KPD die Gewähr schaffen, daß die gemeinsame große Aufgabe der kulturellen Erneuerung mit verstärkter Kraft in Angriff genommen werden kann.

2. Das Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und der fortschrittlichen Intelligenz

Die Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte haben gelehrt, daß trotz der in der bürgerlichen Gesellschaft bestehenden Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeiter, zwischen der Arbeiterschaft und der Intelligenz die Interessen der beiden weitgehendst übereinstimmen. Der Machtantritt des Faschismus traf die Arbeiterschaft durch das Verbot ihrer Organisation, die Geistesarbeiter durch den Verlust ihrer wissenschaftlichen und künstlerischen Freiheit. Sollten beide Teile — die Arbeiterschaft und die fortschrittliche Intelligenz — nicht aus diesen Ereignissen die Schlußfolgerung gezogen haben, daß sie ihre Rechte und Freiheiten nur dann sichern können, wenn sie an ein und demselben Strang ziehen?

„Es hat im Jahre 1933 die abgeschledene Welt der Wissenschaftler und Künstler wenig berührt, als die politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterbewegung von SA- und SS-Stiefeln zertreten wurden. Allein wie der Arbeiter die Freiheit der Organisation verlor, in demselben Maße verloren auch Wissenschaft und Kunst ihre Freiheit. Folglich teilen auch in dieser Beziehung Arbeiter und Intellektuelle wie alle anderen Schichten des schaffenden Volkes das gleiche Los. Jeder Teil des Volkes kann seine besonderen Rechte und Freiheiten nur erhalten und schützen, wenn er gemeinsam mit den anderen Volksteilen die allgemeine Freiheit verteidigt. Folglich hat der Wissenschaftler und Künstler auch das gleiche Interesse wie der Arbeiter und Bauer, den Mißbrauch der Freiheit zu verhindern, ganz gleich, auf welchem Gebiet und mit welchen Mitteln es versucht werden sollte.“

(Anton Ackermann: Rede auf der Ersten Kulturtagung der KPD, 3. bis 5. Februar 1946)

Das Bündnis der Arbeiterschaft mit der fortschrittlichen Intelligenz im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, Reaktion und Faschismus, ist eine zweite wesentliche Voraussetzung zur erfolgreichen Durchführung der kulturellen Erneuerung unseres Volkes.

3. Die Erhaltung der Einheit der Nation

Die Erneuerung der deutschen Kultur kann nur zur Wirklichkeit werden, wenn die Einheit der deutschen Nation erhalten bleibt. Die Kultur tritt in unserer heutigen Epoche immer in nationalen Formen auf, und unsere Kultur kann daher auch nur eine nationale deutsche

Kultur sein. Jede Zerreißung und Zersplitterung der nationalen Einheit Deutschlands würde auch eine Verkümmernng und Verarmung der deutschen Kultur zur Folge haben. Daher ist die Erhaltung der Einheit der Nation und der Kampf gegen alle Versuche, unsere Heimat zu zersstückeln, eine dritte wesentliche Voraussetzung für die kulturelle Erneuerung unseres Volkes.

4. Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Völkern

In unserer Epoche kann von einem Aufschwung und von einer Erneuerung der Kultur nicht die Rede sein, wenn sich ein Staat oder ein Volk von den geistigen Errungenschaften anderer Nationen und Völker abkapselt. Das hat die Entwicklung unter dem Hitlerfaschismus zur Genüge bewiesen. Eine Erneuerung der deutschen Kultur ist nur in gegenseitiger Wechselwirkung mit den geistigen Errungenschaften anderer Völker möglich, da nur durch enge kulturelle Beziehungen der Völker die Kultur aller Nationen zur Blüte gelangen kann. Daher ist die Abkehr von der nationalen Ueberheblichkeit und Selbstüberschätzung, von der Verachtung anderer Völker und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu den anderen Völkern eine entscheidende Voraussetzung zur kulturellen Erneuerung Deutschlands.

Vortrags- Disposition

Unser Kampf gegen Konzerne

Der heutige Schulungstag dient der Frage der Monopole und Konzerne, die durch die Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik und durch das Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der Parteikonferenz in den Mittelpunkt unseres Kampfes gestellt wurde.

Unser Kampf gegen Konzerne

INHALT

	Seite
I. Was sind Monopole?	3
II. Die verhängnisvolle Rolle des deutschen Monopolkapitalismus.	5
III. Unser Kampf gegen Konzerne	11

I. Was sind Monopole?

1. Die Entstehung der Monopole

Die wirtschaftliche Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führte zur ständigen Verdrängung der Kleinbetriebe durch kapitalistische Großbetriebe. Die freie Konkurrenz brachte mit sich, daß die Kleinbetriebe durch die Großbetriebe aufgesogen wurden und die gesamte Produktion in die Hände weniger Großkapitalisten gelangte. Diese Entwicklung führte damit zur Bildung riesiger kapitalistischer Unternehmungen, die innerhalb der Wirtschaft oder einzelner Wirtschaftszweige eine solche Machtstellung einnehmen, daß sie schließlich die freie Konkurrenz ganz oder teilweise ausschalten und die wirtschaftlichen Gesetze diktieren. Es entstehen kapitalistische Monopolverbände (Kartelle, Syndikate, Trusts, Konzerne usw.), die das ganze Wirtschaftsleben beherrschen und alle seine Kräfte aussaugen.

Durch diese Veränderung entstand ein neues Stadium des Kapitalismus, der monopolistische Kapitalismus oder der Imperialismus.

2. Wann vollzog sich die Entwicklung der Monopole?

Die Entwicklung zum Großbetrieb und die Entstehung der kapitalistischen Monopole vollzogen sich etwa von 1860 bis 1900 und führten seitdem zu einer immer größeren Konzentration der Wirtschaft in die Hände einiger weniger Monopolkapitalisten. Wenn in den Jahren 1860—70 noch

die freie Konkurrenz vorherrschte und die Monopole erst in kaum merk-
barem Entstehen begriffen waren, so gewannen sie in den darauffolgen-
den Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung.

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die Kar-
telle und andere monopolistische Vereinigungen zu einer der Grundlagen
des Wirtschaftslebens, und damit war der Uebergang des Kapitalismus in
sein letztes Stadium, den Imperialismus, vollzogen.

3. Die Formen der monopolistischen Verbände

Die monopolistischen Verbände treten in den verschiedensten Formen
auf: Kartelle, Syndikate, Trusts, Konzerne. Sie unterscheiden sich von-
einander durch ihre juristische Form, die aus der wirtschaftlichen Zweck-
mäßigkeit heraus entstanden ist, und (was viel wichtiger ist) durch ihre
wirtschaftliche Machtstellung.

a) **Kartelle** sind Zusammenschlüsse rechtlich selbständiger Firmen, die,
wie es im § 1 der deutschen Kartellordnung heißt, „durch Verträge
und Beschlüsse die Verpflichtung über die Handhabung der Erzeu-
gung oder des Absatzes, die Anwendung von Geschäftsbedingungen,
die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen enthal-
ten“, den Markt beherrschen. Wichtig ist also, sich zu merken, daß
im Kartell die einzelnen Firmen rechtlich selbständig bleiben und nur
vertragsmäßig miteinander verbunden sind.

Die Formen der Kartelle sind verschieden, es gibt z. B.

1. **Konditionskartelle**, bei denen sich die Firmen über Zahlungsbe-
dingungen, Abzüge, Frachtanrechnung usw. geeinigt haben,
2. **Preiskartelle**, die gemeinsam Preise für bestimmte Waren fest-
setzen,
3. **Gebietskartelle**, in denen die Absatzgebiete an die einzelnen Unter-
nehmer verteilt sind und der betreffende Unternehmer in dem ihm
zugewiesenen Gebiet ein ausschließliches Verkaufsrecht besitzt.

b) **Syndikate** sind Kartelle in festerer Form, die eine zentrale Verkaufs-
organisation besitzen, die vielfach eine große Macht über die einzelnen
Kartellfirmen ausüben.

c) **Konzerne** sind monopolistische Gebilde höherer Ordnung. Auch hier
können die einzelnen Firmen noch formal juristisch selbständig sein.
Sie sind aber untereinander durch Kapitalverflechtung verbunden.
Es handelt sich also beim Konzern um keine vertragliche Abmachung
zur monopolistischen Marktbeherrschung, sondern um reine Macht-
zusammenballung in den Händen einiger weniger, die von einer Mut-
ter- oder Holdinggesellschaft aus ihre Herrschaft ausüben.

d) **Trusts** sind monopolistische Machtinstrumente höchster Ordnung.
Die einzelnen Firmen verlieren ihre juristische Selbständigkeit, wer-
den eine Firma mit einem gemeinsamen Vorstand und Aufsichtsrat.
In ihnen herrscht unumschränkt ein Kapitalist oder eine Gruppe von

Kapitalisten über den ganzen Trust. Auch hier gibt es vertikal und
horizontal aufgebaute Trusts.

4. Vertikale und horizontale Konzentration

Die Konzentration (der Zusammenschluß) von Betrieben und Unter-
nehmungen kann auf verschiedene Weise erfolgen.

a) **Horizontale Konzentration** findet statt, wenn sich gleichartige Betriebe
(z. B. Webereien oder Bergwerke) zusammenschließen,

b) **vertikale Konzentration** findet statt, wenn der Zusammenschluß auf-
einanderfolgende Produktionsstufen erfaßt (z. B. Kohlengruben, Hüt-
tenwerke, Walzwerke, Spinnereien, Webereien, Färbereien, Kleider-
fabriken).

Diese beiden Formen der Konzentration schließen einander nicht aus,
sondern sind oft miteinander verbunden.

5. Der Zweck der Monopole

Der Zweck des Monopols ist, durch Verteuerung der Waren einen Pro-
fit über den durchschnittlichen Profit hinaus zu machen, den Monopol-
profit. Dieser Monopolprofit wird gewonnen nicht allein durch die Aus-
beutung der Arbeiterschaft, sondern auch der Landwirtschaft, des Mittel-
standes und sogar kleinerer, nicht monopolistischer Unternehmer.

6. Die Monopolkapitalisten sind die Kriegstreiber und Kriegsinteressen- ten

Das Streben nach Beherrschung der Weltmärkte ist ein wirtschaft-
liches Gesetz, daß den Trusts, Konzernen und Kartellen unabänderlich
innewohnt. Deshalb sind sie auch die Kriegsinteressenten und Kriegs-
treiber, da sie sich an Kriegen in ungeahnter Weise bereichern und ihre
Machtstellung erweitern. Die Monopolgewaltigen waren die treibenden
Kräfte des ersten und des zweiten Weltkrieges.

Am deutlichsten kam die verhängnisvolle Rolle der Monopolkapitalisten
in Deutschland zum Ausdruck. Sie finanzierten und unterstützten Hitler,
weil sie im Hitlerfaschismus das geeignete Werkzeug zur Vorbereitung
des Krieges um die monopolistische Beherrschung der Welt sahen. Zwei-
mal im Verlauf einer Generation stürzten sie unser Volk ins tiefste Un-
glück.

II. Die verhängnisvolle Rolle des deutschen Monopol- kapitalismus

1. Die Entwicklung des Monopolkapitalismus in Deutschland

Die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus zum monopolistischen
Kapitalismus weist in jedem Lande besondere nationale Züge auf. Die
Besonderheit der Entwicklung in Deutschland bestand darin, daß sich in
Deutschland ein Imperialismus entwickelte, der besonders reaktionär,
militaristisch, chauvinistisch und raubgierig auftrat und den Lenin als
„junkerlich-bourgeois Imperialismus“ bezeichnete.

Diese besondere Entwicklung hatte ihre Ursachen:

a) in dem Bündnis zwischen reaktionärem Junkertum und Finanzkapital. Im Unterschied zu den meisten anderen Ländern Europas, wo durch eine konsequent zu Ende geführte bürgerliche Revolution das Junkertum entmachtet wurde, und die Bourgeoisie auf revolutionärem Weg an die Macht gelangte, endete die bürgerliche Revolution in Deutschland mit einer Niederlage. Daraus ergab sich, daß sich das reaktionäre Junkertum mit den imperialistischen Kreisen der Bourgeoisie verband. Diese Verschmelzung war die Ursache des besonderen „junkerlich-bourgoisen Imperialismus“ in Deutschland;

b) im verspäteten Eintritt in die Weltpolitik.

Das reaktionäre Preußentum hatte die nationale Einigung Deutschlands jahrhundertlang verhindert; dadurch wurde auch der nationale wirtschaftliche Aufstieg gehemmt.

Deutschland begann den Kampf um die Eroberung des Weltmarkts erst, als der größte Teil der Welt bereits aufgeteilt war. Um möglichst den imperialistischen Nebenbuhlern die errungene Beute abzujagen, trieb der deutsche Imperialismus die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung in rasendem Tempo vorwärts, und griff zu einer ganz besonders herausfordernden, raubsüchtigen Eroberungspolitik.

Der besonders reaktionäre, militärische, chauvinistische und räuberische Charakter trat bereits deutlich vor dem ersten Weltkrieg, während der Jahre 1914-18 und später in der Weimarer Republik hervor, um schließlich im Hitlerfaschismus seinen grauenhaften Höhepunkt zu finden.

2. Der deutsche Imperialismus und der erste Weltkrieg

Der deutsche Imperialismus verfolgte im Weltkrieg das Ziel der Eroberung von Kolonien, der Festigung seiner Herrschaft im Nahen Osten, sowie der Vorherrschaft der deutschen Flotte, die auf den Weltmeeren die Stellung Englands brechen sollte. In Europa erstrebten die deutschen Imperialisten die Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs einschließlich der Kanalküste, die Eroberung der Ukraine, Polens und der baltischen Länder, um so zur Hegemonie (Vorherrschaft) in Europa zu gelangen.

Um die Werktätigen unseres Volkes für ihre hemmungslosen, raubgierigen Ziele zu gewinnen, gründeten, finanzierten und unterstützten die deutschen Imperialisten zahlreiche, sogenannte „nationale“ Organisationen. (Deutsche Kolonialgesellschaft, Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, Jung-Deutschland-Bund, Wehrverein usw.) In Wirklichkeit waren das jedoch keine nationale, sondern reaktionäre, militaristische und imperialistische Verbände.

3. Die Unterstützung der Nazibewegung durch die deutschen Monopolkapitalisten.

Nach dem Zusammenbruch von 1918 gingen die deutschen Monopolkapitalisten sofort dazu über, den Kampf um ihre imperialistische Vorherrschaft von neuem zu beginnen. Sie gründeten, finanzierten und unterstützten zahlreiche militaristische Verbände (die Baltikumer, die Orgesch, die Schwarze Reichswehr, den Stahlhelm, die Brigade Ehrhardt, die Organisation Consul usw.). In der NSDAP sahen sie das Hauptinstrument zur Vorbereitung ihres neuen imperialistischen Krieges und gingen schon lange vor 1933 dazu über, die Naziartei mit großen Geldsummen zu finanzieren. Das geschah insbesondere in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise 1929-1932.

a) Im Jahre 1930-31 faßte das Ruhrkohlsyndikat (die monopolistische Vereinigung der großen Bergbauunternehmer im Ruhrgebiet) unter Leitung seines Vorsitzenden Kirdorf folgenden Beschluß:

Jeder Unternehmer, der dem Ruhrkohlsyndikat angehört, ist verpflichtet, pro Tonne verkaufter Kohle 5 Pfennig zur Finanzierung der NSDAP abzugeben.

Wenn man berücksichtigt, daß die Kohlenförderung des Ruhrkohlsyndikats im Jahre 1929 - 123 Millionen Tonnen betrug, so ergibt sich, daß die westdeutschen Imperialisten der NSDAP eine Summe von 6 150 000 RM übergaben.

b) Die Geldüberweisungen der deutschen Monopolkapitalisten stiegen insbesondere nach der großen Beratung der Herren der Großindustrie mit Hitler, die am 27. Januar 1932 im Industrieklub in Düsseldorf stattfand. Auf dieser Sitzung waren u. a. der Kohlen- und Stahlkönig Thyssen, der Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns Zangen, der Kanonenkönig Krupp von Böhlen und Halbach, der Vorsitzende des Kalikonzerne Diehn und der große Inflationsschieber Flick vertreten. Hitlers Pressechef Dietrich nannte diesen Tag „einen denkwürdigen Tag in der Geschichte der NSDAP“.

So wurde Hitlers Machtübernahme von denselben Monopolkapitalisten und Kriegstreibern vorbereitet, die Deutschland schon in den ersten imperialistischen Weltkrieg getrieben hatten.

4. Das Wesen des Hitlerstaates.

Mit der Machtübernahme Hitlers und der Aufrichtung der faschistischen Herrschaft begann die unverhüllte Diktatur der deutschen Monopolen. Der Hitlerstaat war das Machtorgan des imperialistischen Teils des deutschen Monopolkapitals, das die gesamte Wirtschaft und das gesamte Volksvermögen in den Dienst einer kleinen Clique von Monopolkapitalisten stellte. Es trat eine Verschmelzung der führenden Männer

der Konzerne und Banken mit der faschistischen Staatsgewalt ein, wie das besonders klar im Rüstungsrat zutage trat, wo die deutschen Monopolkapitalisten die einflußreichsten staatlichen Funktionen erhielten.

„Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.“

(Aus den Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.)

5. Hitlerdeutschland — das Paradies der deutschen Monopolkapitalisten

Hitlerdeutschland war das Paradies der deutschen Monopolkapitalisten. Die Bereicherung der Finanzmagnaten ging während der Hitlerzeit in einer bisher nie dagewesenen Schnelligkeit vor sich.

Einige Beispiele:

a) Die Anzahl der Millionäre stieg von 2324 im Jahre 1931 auf 3563 Millionäre im Jahre 1935.

b) Im Jahre 1931 gab es in Deutschland 174 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von über 20 Millionen Reichsmark, im Jahre 1941 gab es bereits 230 solcher Aktiengesellschaften.

c) Die Einnahmen der Krupp-Werke stiegen in den Jahren der Naziherrschaft in folgendem Maße:

1933	118 Millionen RM	1937	316,5 Millionen RM
1934	147 „ „	1938	331,4 „ „
1935	232 „ „	1939	394,9 „ „
1936	282 „ „	1940	421,4 „ „

d) Der Reingewinn des Stahltrusts stieg von 8,6 Millionen RM im Jahre 1933 auf 27,6 Millionen RM im Jahre 1940.

e) Der Reingewinn des Mannesmann-Konzerns stieg von 2,1 Millionen RM im Jahre 1933 auf 10,7 Millionen RM im Jahre 1940.

Wenn man diese Zahlen der Reingewinne der deutschen Imperialisten bis zum Ausbruch des Hitlerschen Eroberungskrieges betrachtet, so kann man ersehen, um wieviel größer die Bereicherung der deutschen Imperialisten während des Eroberungskrieges und der Besetzung und Ausplünderung der europäischen Länder war.

6. Die Ursachen des Krieges

Aus diesen Gründen wäre es auch unrichtig, die Ursachen des Krieges nur im Welteroberungswahnsinn der Naziführer und Militaristen zu sehen. Es gilt zu erkennen, daß die deutschen Monopolkapitalisten die

Hauptkriegstreiber waren, die sich der NSDAP bedienten, um ihre imperialistischen Eroberungsziele durchzuführen.

„Es muß endlich ausgesprochen werden, was die Ursachen des Krieges waren, daß die Ursachen des Krieges nicht nur der Welteroberungswahnsinn einer Clique nazistischer Militaristen war, sondern daß die Ursachen des Krieges in der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands liegen. Es ist notwendig, eine richtige Analyse des deutschen Faschismus zu geben und auszusprechen, daß der deutsche Faschismus die Herrschaft der terroristischen, chauvinistischen, raubgierigsten Kreise des deutschen Monopolkapitals war. Wir müssen unser Volk darüber aufklären, daß nicht nur Hitler, sondern auch seine Hintermänner die nationale Gefahr für unser Volk sind.“

(Walter Ulbricht: Rede auf der Parteikonferenz der KPD am 3. März.)

7. Die Bereicherung der deutschen Monopolkapitalisten durch die Ausraubung anderer Länder

Nachdem sich die deutschen Monopolkapitalisten bereits in Deutschland in ungeheurer Weise bereichert hatten, wurde durch die brutale Ausraubung anderer Länder die Bereicherung der deutschen Monopolkapitalisten in verstärktem Maße fortgesetzt.

Einige Beispiele:

a) Oesterreich

Nach der Besetzung von Oesterreich 1938 „übernahmen“ die deutschen Großbanken die Wiener Kredit-Anstalt, die fast 90% der österreichischen Industrie und des Großhandels beherrschte.

Der Göringkonzern gliederte sich die Alpine-Montangesellschaft an, ferner die Steyrischen Gußstahlwerke, die Simmeringer Waggonfabrik, die Steyr-Daimler-Puch A.G., die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und eine Reihe anderer Unternehmungen.

b) Tschechoslowakei

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei gliederte die Deutsche Bank sich die Böhmisches Unionsbank an mit der Unionsbank in Bratislava, der Slowakischen Allgemeinen Kreditbank und der Böhmisches-Mährischen Bank.

Der Göringkonzern beschlagnahmte die Skoda-Werke (durch die Ernennung von Wilhelm Voß, Mitglied des Vorstandes des Göringkonzerns, zum Präsidenten der Skoda-Werke), die Brünnener Waffenfabriken, die Mährisch-Osttrauer Eisenwerke usw.

Der I.G. Farbentrust gliederte sich die Chemischen Werke in Aussig an, die Dynamit-Nobel A.G. Bratislava usw. An der Ausraubung der

Tschechoslowakei waren weiterhin die Dresdner Bank und der Mannesmann-Konzern entscheidend beteiligt.

c) Polen.

Nach dem Polenfeldzug raubte der Göringkonzern die meisten polnischen Kohlengruben, Eisen- und Stahlwerke. — 3. Gruben der Sadtulla-A.G. stahl Graf Schaffgotsch.

Die Radzionka-Gruben nahm sich Graf Henkel von Donnersmarck usw.

d) Belgien und Frankreich.

Hier besetzten einzelne deutsche Konzerne ganze Industriezweige. Der I. G. Farbentrust steckte die gesamte chemische Industrie Frankreichs ein. Göring machte die Schneider-Creuzot-Werke, den größten französischen Rüstungskonzern, zu einem Zweigbetrieb seiner Reichswerke. In den leitenden Organen aller großen belgischen Industrieunternehmungen saßen neureiche Nazibonzen.

e) Jugoslawien.

Die Deutsche Bank gliederte sich die Allgemeine Jugoslawische Bankverein A.G. an und machte sich zur Beherrscherin des Bankvereins Belgrad.

Die Dresdner Bank holte sich die Kroatische Landesbank A.G. Der Dynamit-Nobel-Konzern (I.G. Farben), der Otto-Wolf-Konzern, die Mitteldeutsche Spinnhütte und viele andere deutsche Unternehmungen eigneten sich große jugoslawische Betriebe an.

f) Sowjetunion.

Der Göringkonzern gründete zur Ausraubung der Sowjetunion die Eisen- und Stahl GmbH. in Dnjeppropetrowsk; in derselben Stadt gründete der Mannesmann-Konzern eine Niederlassung. Zahlreiche andere deutsche Unternehmungen zur Ausraubung der Ukraine entstanden, wie z.B. die Dnjepr-Holz GmbH., die Leichtfaß-Industrie Ukraine GmbH., die Energiebau-Ost GmbH., die Schwarzmeer-Stauerei GmbH. Ukraine, die Togo-Ost-Gesellschaft Shitomir, die Landbewirtschaftungsgesellschaft Ukraine GmbH., die Spinnfaser-Ukraine GmbH., die Landmaschinenindustrie Ukraine GmbH.

An der Ausraubung der Sowjetunion beteiligten sich besonders aktiv folgende Monopolverbände:

Friedrich Krupp & Co.,

Hermann Göring,

Siemens-Schuckert,

Berg- und Hüttenbau-Ges. „Ost“,

Aktiengesellschaft Gruppe „Nord“,

Heinrich Lantz, Landmaschinenbau-Industrie,

I. G. Farben-Industrie

und viele andere.

8. Die verhängnisvolle Rolle der deutschen Monopolkapitalisten

Die verhängnisvolle Rolle der deutschen Monopolkapitalisten besteht in folgendem:

a) Sie waren es, die den Krieg zur Versklavung anderer Völker führten und gleichzeitig ihre Kriegspolitik als Waffe zur Versklavung des eigenen Volkes benutzten.

b) Sie waren es, die die deutsche Wirtschaft zugrunde gerichtet haben, die schon vor Kriegsausbruch jede friedliche wirtschaftliche Entwicklung verhinderten, indem sie die Rüstungsindustrie zum Schaden des Volkes und zum Schaden der Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie förderten („Kanonen statt Butter“).

c) Sie waren es, die den deutschen Staat in einen Raub- und Wucherstaat verwandelt haben, in dem die großen Kapitalbesitzer und ihr Nazi-anhang vorwiegend von der Ausplünderung fremder Länder und der Versklavung anderer Völker lebten.

d) Sie waren es, die alle reaktionären und militaristischen Tendenzen förderten, militaristische, chauvinistische Organisationen schufen und unterstützten, der verbrecherischen Nazipartei zum Siege verhalfen und unser Volk zweimal in die Katastrophe stürzten.

III. Unser Kampf gegen Konzerne

Heute gilt es aus diesen Ereignissen ernste Lehren zu ziehen. Die Macht des Monopolkapitals ist noch lange nicht gebrochen. Es gilt durch die vollständige Entmachtung des deutschen Monopolkapitals den friedlichen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft zu sichern.

1. Restlose Säuberung der Betriebsleitungen

Die erste Voraussetzung des friedlichen wirtschaftlichen Neuaufbaus liegt in der restlosen Säuberung der Betriebsleitungen, von Faschisten, Militaristen und Reaktionären. Alle faschistisch belasteten Direktoren, Betriebsleiter und andere leitenden Angestellten, sowie diejenigen, die den Neuaufbau sabotieren, müssen dem Willen der Belegschaft entsprechend aus dem Betrieb entfernt werden.

2. Zerschlagung der Konzerne

Die zweite Voraussetzung des friedlichen Neuaufbaus der Wirtschaft liegt in der vollständigen Zerschlagung der Konzerne. Die Konzerne waren die wirtschaftliche Basis des preußisch-deutschen Militarismus. Es genügt daher nicht, lediglich die Parteibuch-Nazis aus den Konzernleitungen zu entfernen und sie durch politisch scheinbar farblose „antifaschistische“ Industrielle zu ersetzen, sondern es ist notwendig, diese Basis des Imperialismus vollständig zu zerschlagen. Daher kämpfen wir für die Loslösung aller Konzernbetriebe von ihrer Konzernleitung und die Uebergabe der losgelösten Betriebe in die Hände der Verwaltungen.

Die einzelnen Konzernbetriebe müssen durch Belegschaftsbeschluß selbständige Unternehmungen werden, deren Betriebsleiter von den Belegschaften im Einvernehmen mit den Gewerkschaften vorgeschlagen und von den zuständigen Selbstverwaltungsorganen bestellt werden.

3. Wie steht es mit den „organisch zusammengehörenden“ Konzernen?

Es gibt Leute, die unserem Bestreben auf Zerschlagung der Konzerne entgegenhalten, daß es Konzerne gibt, die „organisch“ zusammengehören, ihre Produktion gehöre sozusammen, daß sie nicht auseinandergelöst werden können.

Das ist ein getarnter Versuch, die Konzerne vor der Zerschlagung zu bewahren und liegt nur im Interesse der verbrecherischen Konzernherren. Die Zerschlagung der Konzerne bedeutet keineswegs, daß die neuen losgelösten Betriebe unter neuer Leitung vollständig isoliert arbeiten sollen. Im Gegenteil: In den Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik heißt es ausdrücklich, daß die losgelösten Betriebe, die auf ein Zusammenwirken angewiesen sind, unter der neuen Leitung der Selbstverwaltungsorgane und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine produktionsmäßige Abstimmung organisieren sollen.

„Die losgelösten Betriebe, deren Fertigung mit Rücksicht auf bestimmte Produktionszusammenhänge auf ein Zusammenwirken angewiesen ist, organisieren unter Mitwirkung der Gewerkschaften und unter Leitung der Selbstverwaltungsorgane eine produktionsmäßige Abstimmung.“

(Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik, Abschnitt V, Punkt 2.)

4. Ueberführung der Betriebe der Kriegsinteressenten in die Hände der Landesverwaltungen.

Die dritte Voraussetzung des friedlichen wirtschaftlichen Neuaufbaus liegt in der Ueberführung aller Betriebe und Unternehmungen, deren Besitzer (bzw. bei Aktiengesellschaften deren Direktoren) geflüchtet sind, Kriegsverbrecher oder Nazis waren, in die Hände der Verwaltungsorgane. Die Enteignung der Kriegsinteressenten, d.h. der Konzern-, Bank-

herren und Großindustriellen ist eine der Grundbedingungen für die demokratische Entwicklung, für das friedliche Leben und den Aufstieg unseres Volkes. Die Uebergabe der Betriebe der Kriegsinteressenten an die Landes- und Provinzialverwaltungen kann durch ein Volksbegehren oder Volksentscheid für alle Zeiten geregelt werden.

5. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften

Die vierte Voraussetzung des friedlichen wirtschaftlichen Neuaufbaus liegt im vollen Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in allen Fragen des Betriebes und in allen Fragen der Wirtschaft. Die Arbeiterschaft ist die konsequenteste Friedenskraft und ist heute die stärkste Kraft des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Daher muß das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften als Organe der Arbeiterschaft vollständig gesichert sein.

a) Die Gewerkschaften und Betriebsräte müssen daher gleichberechtigt mitbestimmen

1. in allen Fragen der Produktion, der Produktions- und Wirtschaftsplanung bzw. -lenkung;
2. in allen Fragen der sozialpolitischen Gestaltung des neuen Lebens und seiner Institutionen;
3. in allen wirtschaftspolitischen Fragen;
4. in allen Wirtschaftsberatungen der Selbstverwaltungsorgane;
5. in der Organisation der Wirtschaft;
6. in den Arbeitsgerichten.

b) Die Gewerkschaften und Betriebsräte sind mitverantwortlich

7. für die Säuberung der Betriebe von faschistischen Elementen, Kriegsinteressenten und Saboteuren;
8. für die Einsetzung befähigter Antifaschisten an Stelle der geflüchteten Unternehmer und Direktoren;
9. für die Leistung der Betriebe.

6. Verbot der Unternehmerverbände

Die fünfte Voraussetzung des friedlichen wirtschaftlichen Neuaufbaus liegt in der Liquidierung aller Reichs-, Wirtschafts- und Fachgruppen und anderer Unternehmervereinigungen. Diese Unternehmerorganisationen waren betraut mit der Organisierung der Kriegsproduktion und waren während der Hitlerzeit Organe der faschistischen Staatsgewalt. Sie sind heute Herde reaktionärer wirtschaftspolitischer Spekulationen und Sammelstellen von Saboteuren des friedlichen Neuaufbaus. Wir müssen darauf bestehen, daß die Unternehmerorganisationen verboten

werden und nicht unter irgendwelcher Tarnung die Interessen des Monopolkapitals weiter vertreten können.

Nur mit der Durchführung dieser Maßnahmen wird sich unser Volk endgültig von den dunklen Kräften des deutschen Monopolkapitals befreien können, die im Laufe der letzten Jahrzehnte unser Volk zweimal in die nationale Katastrophe stürzten. Nur durch die endgültige Liquidierung des deutschen Monopolkapitals wird der friedliche Neuaufbau der deutschen Wirtschaft gesichert sein.

Literatur

1. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Verlag Neuer Weg 1943.
2. „Neuaufbau der deutschen Wirtschaft — Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik“, „Deutsche Volkszeitung“, 10. Februar 1946, erschienen als Broschüre im Verlag Neuer Weg 1946.
3. Walter Ulbricht: „Die Legende vom deutschen Sozialismus“, Verlag Neuer Weg 1945.
4. Walter Ulbricht: „Thesen über den Hitlerfaschismus“, Zeitschrift „Einheit“ Nr. 1.
5. Walter Ulbricht: „Der große Plan des demokratischen Neuaufbaus“ (Referat auf der Parteikonferenz am 3. März 1946), „Deutsche Volkszeitung“, 6. März 1946.
6. „Was sind Monopole, Kartelle und Konzorne?“, „Deutsche Volkszeitung“ 9. März 1946.

Material für politische Schulungstage

Herausgegeben vom Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands

Druck: (471) G 17286 Karl Vogel, Bern-Pankow

1946

Vortrags- Disposition

Nr. 11

Vortragsdisposition Nr. 11

Zweiter Jahrgang

Der neue Fünfjahresplan in der UdSSR

Mitte März 1946 wurde auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR „der Fünfjahresplan des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft für die UdSSR für die Jahre 1946—1950“ angenommen. Der heutige Schulungstag behandelt die Fragen der sozialistischen Planwirtschaft und des neuen Fünfjahresplans in der Sowjetunion.

Der neue Fünfjahresplan in der UdSSR

INHALT

	Seite
I. Die Grundzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems	3
II. Die sozialistische Planwirtschaft	9
III. Der neue Fünfjahresplan in der UdSSR	17

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

I. Die Grundzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems

1. Das Grundprinzip des Sozialismus

In den letzten Jahrzehnten wurde in der Welt viel vom Sozialismus gesprochen. Wenn es dem Volke unerträglich schlecht ging, versprach ihm diese oder jene Regierung den „Sozialismus“. Der Begriff Sozialismus wurde vollständig verfälscht und auf den Kopf gestellt. Besonders in Hitlerdeutschland („deutscher Sozialismus“), aber auch schon 1919 („Sozialisierungskommissionen“, „Der Sozialismus marschiert“) und in anderen Ländern (der „skandinavische Sozialismus“ usw.).

Auch die in unseren Tagen verbreiteten Theorien vom „christlichen Sozialismus“, „ethischen Sozialismus“ usw. werden für Zwecke ausgenutzt, die nichts mit dem wirklichen Sozialismus gemein haben.

Gegenüber allen diesen demagogischen Theorien besagt der wissenschaftliche Begriff des Sozialismus:

Sozialismus ist eine nach der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse geschaffene Gesellschaftsordnung, in der Grund und Boden, die gesamten Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen), die Transportmittel und die Banken sich nicht in den Händen einzelner befinden,

die sie für ihre persönliche Bereicherung benutzen, sondern Gemeingut des Volkes sind. Die sozialistische Gesellschaftsordnung macht es daher unmöglich, daß der eine auf Kosten des anderen lebt; die Ausbeuter-
klassen — Großgrundbesitzer und Kapitalisten — sind entmachtet und enteignet, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben. Im Sozialismus gibt es keine Ausbeuter und Ausgebeutete, sondern nur gleichberechtigte, von der Ausbeutung befreite Mitglieder der Gesellschaft.

2. Die ökonomischen Grundlagen der Sowjetunion

In der Sowjetunion hat der Sozialismus seine Verwirklichung gefunden.

„Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“ (Artikel 1 der Sowjetverfassung)

Die ökonomischen Grundlagen der Sowjetunion bestehen in folgendem:

a) Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln

In der Sowjetunion ist das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, in dem sich die gesamte Produktion in den Händen einiger Kapitalisten oder Kapitalistenverbände (Syndikate, Trusts, Konzerne usw.) befindet, ist liquidiert. Die Ausbeuterklassen — Großgrundbesitzer und Kapitalisten — sind enteignet und entmachtet. Das arbeits- und mühelose Einkommen ist damit unmöglich, und in der sozialistischen Sowjetunion hat kein Mensch mehr die Möglichkeit, andere Menschen für sich arbeiten zu lassen und auszubeuten.

b) Ueberführung der Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft

Die gesamten Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen), der Grund und Boden, die Bodenschätze und Bergwerke, die Transportmittel und die Banken befinden sich in den Händen des sozialistischen Staates, d. h. sind Gemeingut des Volkes.

Es gibt nur zwei Formen des sozialistischen Eigentums: das Staats-eigentum, vorherrschend in der Industrie- und das genossenschaftlich-kollektiv-wirtschaftliche Eigentum, vorherrschend in der Landwirtschaft.

c) Gesetzliche Zulassung der kleinen Privatwirtschaft

Neben diesen beiden Formen der sozialistischen Wirtschaft, die in der Sowjetunion 97 Prozent der Gesamtwirtschaft ausmachen, sind auch kleine Privatwirtschaften der Einzelbauern und Kleingewerbetreibenden zugelassen, jedoch nur, wenn sie auf persönlicher Arbeit beruhen und keine fremden Arbeiter ausgebeutet werden. So gibt es auch heute noch in der Sowjetunion in verschwindend kleiner Anzahl selbständige Kleinbauern, Handwerker und Gewerbetreibende, doch ihre Zahl wird mit jedem Jahre geringer, denn das Leben selbst überzeugt sie, daß ihre Teilnahme in den Kollektivwirtschaften oder Genossenschaften ihnen wirtschaftliche Verbesserungen bringt.

d) Schutz des persönlichen Eigentums

Die Tatsache, daß sich alle Produktionsmittel in den Händen des sozialistischen Staates befinden, bedeutet jedoch nicht, daß es in der Sowjetunion keinen Privatbesitz, kein persönliches Eigentum gibt. Nur das Privateigentum an Produktionsmitteln ist in den Händen der Gesellschaft übergegangen. Das persönliche Eigentum an Gegenständen des täglichen Lebens und des Komforts, an Ersparnissen usw. bleibt selbstverständlich unangetastet. Jedem steht es frei, sein durch persönliche Arbeit erworbenes Geld — das bei Erfindern, vorbildlichen Arbeitern und Kollektivbauern, Ingenieuren, Professoren und Künstlern zum Teil bis in die Hunderttausende geht — so auszugeben, wie es ihm beliebt. (Man kann sich z. B. ein Landhaus kaufen, darf es aber nicht für Wucherpreise vermieten.) Es ist somit lediglich die Möglichkeit ausgeschlossen, mit Hilfe seines Geldes Produktionsmittel zu erwerben und damit andere Menschen auszubeuten.

„Das persönliche Eigentumsrecht der Bürger an ihren Arbeitseinkünften und Ersparnissen, am Wohnhaus und an der häuslichen Nebenwirtschaft, an den Hauswirtschafts- und Haushaltsgegenständen, an den Gegenständen des persönlichen Bedarfs und Komforts, ebenso wie das Erbrecht an dem persönlichen Eigentum der Bürger werden durch das Gesetz geschützt.“ (Artikel 10 der Sowjetverfassung)

3. Bedeutet das sozialistische Wirtschaftssystem eine Gleichmacherei?

Die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus entlarven damit die Behauptungen der Reaktionäre von der „vollständigen Aufhebung des Privateigentums“ usw. Die Reaktionäre können heute nicht mehr offen gegen das sozialistische Wirtschaftssystem auftreten, da die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft für jeden objektiven Beobachter eindeutig sind. Daher versuchen sie die Behauptung aufzustellen, daß der Marxismus die „Freiheit der Persönlichkeit einschränkt“ und die Menschen zu Gleichmacherei verurteilt. Sie scheuen sich dabei nicht zu behaupten, daß der Marxismus die Gleichstellung des persönlichen Geschmacks und der persönlichen Lebensweise fordert. Solche Angriffe sind nicht neu. Schon Friedrich Engels wandte sich in seinem Buch „Anti-Dühring“ gegen eine solche lächerliche Behauptung:

„Der wirkliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung ist die Forderung der Abschaffung der Klassen. Jede Gleichheitsforderung, die darüber hinausgeht, verläuft notwendig ins Absurde.“

(Fr. Engels: „Anti-Dühring“, Ausg. 1919, S. 104)

Dasselbe sagt Lenin:

„Engels hatte tausendmal recht, als er schrieb: Der Begriff der Gleichheit, der über die Abschaffung der Klassen hinausgeht, ist ein

äußerst dummes und unsinniges Vorurteil. Die bürgerlichen Professoren versuchten uns wegen des Gleichheitsbegriffs dessen zu überführen, daß wir einen Menschen dem anderen gleichmachen wollen. Diesen Unsinn, den sie selbst ausgeheckt haben, versuchten sie den Sozialisten vorzuwerfen . . . Wir wollen die Klassen abschaffen, in diesem Sinne sind wir für die Gleichheit. Aber den Anspruch erheben, daß wir alle Menschen gleichmachen werden, ist eine hohle Phrase und dumme Erfindung eines Intellektuellen.“

(Rede Lenins: „Wie man das Volk mit den Losungen der Freiheit und Gleichheit betrügt“)

Die reaktionären Verleumdungen entlarven sich somit von selbst. Die grundlegende Stellungnahme des Marxismus zur Frage der Gleichheit und die Erfahrungen des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Sowjetunion zeigen ganz anschaulich, daß gerade die Ueberwindung der kapitalistischen Ausbeutung zum erstenmal die volle, freie, persönliche Entwicklung sichert. Die Freiheit der Persönlichkeit kann ihre endgültige Verwirklichung nur finden, wenn die Machtstellung einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern und Kapitalisten gebrochen ist.

II. Die sozialistische Planwirtschaft

1. Das Ziel der sozialistischen Planwirtschaft

Durch die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion wurde zum ersten Male in der Geschichte eine vollständige Planwirtschaft möglich gemacht. Die sozialistische Planwirtschaft besteht darin, daß die gesamte Wirtschaft in der Sowjetunion — die Produktion und die Verteilung — nach einem einheitlichen staatlichen Plan geregelt wird. Der sozialistische Staat — der alleinige Besitzer der Produktionsmittel — verwendet die Produktion im Interesse des gesamten Volkes. Das Ziel der sozialistischen Planwirtschaft besteht darin, den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren, die Lebenshaltung der Werktätigen zu verbessern, die kulturelle Entwicklung zu fördern und durch die Steigerung der Wehrfähigkeit die Unabhängigkeit der sozialistischen Sowjetunion vor möglichen Angriffen der Imperialisten zu sichern.

„Das Wirtschaftsleben der UdSSR wird durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan im Interesse der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, der stetigen Hebung des materiellen und des Kultur-niveaus der Werktätigen, der Festigung der Unabhängigkeit der UdSSR und der Steigerung ihrer Wehrfähigkeit bestimmt und gelenkt.“

(Artikel 11 der Sowjetverfassung)

2. Wie wird die sozialistische Planwirtschaft durchgeführt?

Die Aufstellung des einheitlichen volkswirtschaftlichen Planes in der Sowjetunion wird von der staatlichen Plankommission durchgeführt. Die Arbeit der staatlichen Plankommission beginnt mit der Analyse des bereits erreichten Entwicklungsstandes der Wirtschaft. Ausgehend von dieser Analyse und von den allgemeinen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus werden nunmehr Direktiven auf bestimmten Gebieten (Kapitalinvestierung, Ausmaß der Produktion usw.) an die verschiedenen Ministerien zur weiteren Ausarbeitung gesandt. Auf Grund dieser Angaben werden in den einzelnen Ministerien die Wirtschaftspläne des betreffenden Sektors ausgearbeitet. Bei der Ausarbeitung der sozialistischen Wirtschaftspläne unterscheidet man

- a) den **Fünfjahresplan** als Gesamtplan, der für jedes einzelne Jahr konkretisiert wird (Einjahrespläne),
- b) die sogenannten **operativen Pläne** der einzelnen Wirtschaftszweige für kürzere Zeitabschnitte (drei Monate oder einen Monat).

3. Die Planwirtschaft als Sache des ganzen Volkes

Die Ausarbeitung der volkswirtschaftlichen Pläne des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion ist eine Angelegenheit des gesamten Volkes. Bei der Ausarbeitung der örtlichen Pläne sowie der Pläne für bestimmte Wirtschaftszweige werden Konferenzen der Arbeiter, Techniker und Ingenieure einberufen, die aktiv an der Ausarbeitung des Planes teilnehmen, ihre Vorschläge machen oder Abänderungen beantragen. Nach Fertigstellung des Gesamtplanes wird dieser dem Obersten Sowjet der UdSSR vorgelegt, einer Beratung unterzogen und durch Abstimmung angenommen. Nach der Annahme wird der Fünfjahresplan in allen Zeitungen der Sowjetunion veröffentlicht.

4. Die Bedeutung der sozialistischen Planwirtschaft für die Sowjetunion

Die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion hat sich als lebensfähiger erwiesen als das kapitalistische Wirtschaftssystem der übrigen Länder:

- a) Ohne die sozialistische Planwirtschaft wäre der grandiose Aufbau der Industrie in den ersten zwei Fünfjahresplänen unmöglich gewesen, der die UdSSR mit einem Schläge aus einem rückständigen Agrarland in einen modernen Industriestaat verwandelte.

Das wird aus folgenden Angaben ersichtlich:

1. Der Anteil der Industrie an der Gesamtwirtschaft betrug 1913 nur 42 Prozent, 1937 jedoch bereits 77,4 Prozent.
2. Im Entwicklungstempo der Industrie nahm die Sowjetunion den ersten Platz in der Welt ein. Die Produktion der Großindustrie war 1939 zehnmal so hoch wie 1913, während die Industrie in allen übrigen Ländern in derselben Zeit nur eine 1½fache Steigerung erfahren hatte.

3. Die Produktion von Roheisen betrug 1913: 4,2 Millionen Tonnen, 1938: 14,6 Millionen Tonnen.
4. Die Kohlenförderung betrug 1913: 29,2 Millionen Tonnen, 1938: 133,3 Millionen Tonnen.
5. Die Erdölgewinnung betrug 1913: 9,2 Millionen Tonnen, 1938: 32,2 Millionen Tonnen.
6. Die Stromerzeugung betrug 1913: 2 Millionen Kilowattstunden, 1938: 39,4 Millionen Kilowattstunden.
7. Der Maschinenbau war bis 1938 um das Fünffache gegenüber 1913 gestiegen.

- b) Die sozialistische Sowjetunion ist das einzige Land, in dem es Krisen und Arbeitslosigkeit nicht gibt und nicht geben kann. Von der Weltwirtschaftskrise 1929/33 war die Sowjetunion als einziges Land nicht berührt.
- c) Die sozialistische Planwirtschaft war ein entscheidender Faktor des Sieges der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg und erwies sich als stärker als die faschistische Kriegswirtschaft, der zeitweise fast die gesamte Wirtschaft Europas zur Verfügung stand.
- d) Die Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft zeigen sich besonders wieder auch heute, in der Periode des Uebergangs von der Kriegszur Friedenswirtschaft. In verschiedenen Ländern hat dieser Uebergang große wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen, während sich dieser Prozeß in der Sowjetunion durch die sozialistische Planwirtschaft vollständig reibungslos vollzieht.

5. Schlußfolgerungen

Aus den Erfolgen der sozialistischen Planwirtschaft in der UdSSR, wie sie durch die Ergebnisse der Fünfjahrespläne zum Ausdruck kamen, können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

- a) Die alten reaktionären Behauptungen, „daß es ohne Kapitalisten nicht geht“, „daß die Arbeiter nicht fähig sind, die Betriebe und die gesamte Wirtschaft zu leiten“, haben sich als unrichtig erwiesen. Die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen vollauf in der Lage sind, die gesamte Wirtschaft des Landes in ihre eigenen Hände zu nehmen, den Wirtschaftsaufbau zu leiten und dabei die Initiative zu entfalten, die zu solchen außerordentlichen Erfolgen führte, wie sie im Kapitalismus unmöglich sind.
- b) Die alte Behauptung, „daß es unmöglich ist, in einem Lande den Sozialismus aufzubauen“, hat sich als unrichtig erwiesen. Die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion hat gezeigt, daß der Auf-

bau des Sozialismus in einem Lande vollauf möglich ist, denn er ist heute in der Sowjetunion — trotz der Rückständigkeit des früheren zaristischen Rußlands und anderer ungünstiger objektiver Bedingungen — bereits verwirklicht.

- c) Die alte Behauptung von der „Unmöglichkeit der Verwirklichung der Ideen des Marxismus“ wurde durch die Tatsache widerlegt. Die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion hat gezeigt, daß die Lehren des Marxismus in der Praxis vollauf verwirklicht werden können.

Im Jahre 1878 schrieb Friedrich Engels:

„Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft, und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorher bestimmtem Plan wird nunmehr möglich.“

(Friedrich Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, Verlag Neuer Weg, Seite 61)

Diesen Weg hat die russische Arbeiterbewegung beschritten und sie führte zu einem vollen Erfolg und bewies damit, daß der Marxismus seine geschichtliche Prüfung bestanden hat.

- d) Die alte Behauptung von den Vorzügen des kapitalistischen Systems ist völlig widerlegt worden. Die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion hat gezeigt, daß das sozialistische Wirtschaftssystem um ein Vielfaches höher steht als das kapitalistische Wirtschaftssystem, denn es kennt keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit und ist fähig, Schwierigkeiten, die für den Kapitalismus unlösbar sind, zu überwinden.
- e) Die Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft in der Sowjetunion haben schließlich gezeigt, daß die marxistische Auffassung vom Weg zum Sozialismus durch die Entmachtung und Enteignung der Ausbeuterklassen und die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse die geschichtliche Prüfung bestanden hat, denn dieser Weg führte zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und zu einem außerordentlichen Aufschwung aller Gebiete des öffentlichen Lebens in einem Lande, das früher zu einem der rückständigsten Länder der Welt zählte.

6. Sozialistische Planwirtschaft und demokratische Wirtschaftsplanung

Aus alledem ist ersichtlich, daß die sozialistische Planwirtschaft die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als Voraussetzung hat. Der neue sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern entmachtet und enteignet die Ausbeuterklassen — Großgrundbesitzer und Kapitalisten — und überführt zunächst die Transportmittel, Banken und Großbetriebe aus dem Privatbesitz der Kapitalisten in die Hände der Gesellschaft, um schließlich die sozialistische Umgestaltung der gesamten Wirtschaft zu vollziehen.

Daher ist nicht jede Verstaatlichung oder jeder Wirtschaftsplan automatisch eine sozialistische Maßnahme, wie das sehr häufig von bürgerlicher oder reaktionärer Seite behauptet wird. Die wirtschaftliche Veränderung, die sich jetzt in Ost- und Mitteldeutschland vollzieht, ist eine demokratische und keine sozialistische Umgestaltung, denn

- a) es besteht keine politische Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern ein demokratischer Staatsapparat, an dem bekanntlich bürgerlich-demokratische Kräfte und Parteien beteiligt sind,
- b) es werden nur die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher enteignet, die kleinen und mittleren Kapitalisten bleiben jedoch bestehen und werden von den demokratischen Selbstverwaltungsorganen in der Tätigkeit nicht gehindert, sondern im Gegenteil gefördert,
- c) die Enteignung der Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten wird von einem allgemein-demokratischen Staat durchgeführt und nicht von einem Arbeiterstaat. Die enteigneten und an die Verwaltungen übergebenen Betriebe sind dabei keine sozialistischen Betriebe, sondern stellen den staatlichen Sektor der Wirtschaft im demokratischen Staat dar.

III. Der neue Fünfjahresplan in der UdSSR

1. Der materielle Schaden in der Sowjetunion als Folge des verbrecherischen Hitlerkrieges

Durch den verbrecherischen Hitlerüberfall gegen die UdSSR erlitt das Sowjetvolk ungeheuren Schaden. 1710 Städte und über 70 000 Dörfer wurden von den Hitlerarmeen zerstört oder verbrannt. 6 Millionen Gebäude wurden vernichtet und damit 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht. 31 850 Unternehmungen, in denen früher 4 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren, wurden von den Hitlerarmeen zerstört und beschädigt. Die Armee Hitlers zerstörte oder plünderte 98 000 Kollektivwirtschaften. Dabei wurden 7 Millionen Pferde und 17 Millionen Stück Rindvieh geschlachtet oder nach Deutschland verschleppt.

2. Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe des neuen Fünfjahresplanes

Die ungeheuren Zerstörungen, die in der Sowjetunion der verbrecherische Ueberfall Hitlers verursachte, stellen den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in den Mittelpunkt dieses Fünfjahresplanes. Doch darüber hinaus soll der Vorkriegsstand der Industrie und Landwirtschaft nicht nur erreicht, sondern überboten werden.

„Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes der UdSSR für 1946—1950 besteht darin, die durch den Krieg beschädigten Gebiete des Landes wiederherzustellen, den Vorkriegsstand der Industrie und Landwirtschaft zu erreichen und diesen in bedeutendem Maße zu überbieten.“

(N. A. Wosnessenskij auf der Tagung des Obersten Sowjets, März 1946)

3. Die grundlegenden Aufgaben des neuen Fünfjahresplanes

Ausgehend von diesem Ziel wurden die folgenden Aufgaben von der staatlichen Plankommission als wichtigste erklärt:

- a) die Produktion der Industrie im Vergleich zur Vorkriegshöhe um beinahe das Anderthalbfache zu erhöhen und in erster Linie den Wiederaufbau und die Entwicklung der Schwerindustrie und des Eisenbahntransportes zu sichern,
- b) die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Verbrauchsgüter zu erhöhen, um den materiellen Wohlstand der Völker der Sowjetunion zu sichern und dem Lande einen Ueberfluß an den hauptsächlichsten Bedarfsgegenständen zu schaffen (Abschaffung des Kartensystems, Erweiterung der Produktion von Massenbedarfsartikeln, Herabsetzung der Warenpreise usw.),
- c) die Gewährleistung des weiteren technischen Fortschritts auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, da die Steigerung des technischen Fortschritts die Voraussetzung für einen mächtigen Aufschwung der Produktion und für die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist,
- d) ein hohes Tempo der sozialistischen Akkumulation (d. h. der Erweiterung der Produktion) zu gewährleisten. Der Umfang der zentralisierten Kapitalinvestitionen für die Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft wird daher für die nächsten 5 Jahre auf 250 Milliarden Rubel festgelegt.

4. Der neue Fünfjahresplan auf dem Gebiete der Industrie

Der Plan sieht eine Erhöhung der Industrie gegenüber dem Vorkriegsniveau um 48 Prozent vor. Die Industrieproduktion der Gebiete, die unter der Okkupation zu leiden hatten, sollen zu Ende des Fünfjahresplanes das Vorkriegsniveau um 15 Prozent überschreiten. Dieser Plan sieht für die einzelnen Gebiete bis zum Jahre 1950 folgende Erhöhungen vor:

- a) die Steigerung der Herstellung von Eisen auf 19,5 Mill. t (Deutschland 1934: 8,7 Mill. t) und der Herstellung von Stahl auf 25,4 Mill. t, d. h. eine Zunahme von 35 Prozent gegenüber dem Vorkriegsniveau. 45 neue Hochöfen und 180 Martinöfen werden im Laufe dieser 5 Jahre in Betrieb genommen werden,
- b) die Steigerung der Kohlenförderung auf 250 Mill. t (Deutschland 1937: 184,5 Mill. t), d. h. eine Zunahme von 51 Prozent gegenüber dem Vorkriegsniveau,
- c) die Steigerung der Erdölgewinnung auf 35,4 Mill. t (Deutschland 1936: 0,4 Mill. t), d. h. eine Zunahme von 14 Prozent gegenüber dem Vorkriegsniveau,
- d) die Steigerung der Stromerzeugung auf 82 Milliarden Kilowattstunden (Deutschland 1935: 36,7 Mill. kWh), d. h. eine Zunahme von 70 Prozent gegenüber dem Vorkriegsniveau,
- e) die Produktionssteigerung der chemischen Industrie um das 1½fache gegenüber dem Vorkriegsniveau,
- f) eine Jahreszunahme in der Erzeugung von Nahrungsmitteln und Massenbedarfsartikeln von 17 Prozent.

Zur Gewährleistung des weiteren technischen Fortschritts werden die Experimentalbetriebe, Konstruktionsbüros und wissenschaftlichen Forschungsinstitute besonders gefördert werden.

5. Der neue Fünfjahresplan auf dem Gebiet der Landwirtschaft

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sieht der Fünfjahresplan die Wiederherstellung und die Sicherung der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft vor, um den Vorkriegsstand der landwirtschaftlichen Produktion zu übertreffen.

- a) Der Gesamtertrag an Getreide wird sich auf 127 Mill. t (Deutschland 1936: 22 Mill. t) erhöht haben und damit den Vorkriegsstand um 7 Prozent übertreffen,
- b) der Gesamtertrag an Zuckerrüben wird sich auf 26 Mill. t (Deutschland 1936: 12 Mill. t) erhöht haben und damit den Vorkriegsstand um 22 Prozent übertreffen,

- c) auf dem Gebiet der Viehzucht ist vorgesehen, daß der Viehbestand im Vergleich zum Jahre 1945 sich an Rindern um 39 Prozent, an Schafen und Ziegen um 75 Prozent erhöhen soll.

Einen besonderen Platz nimmt die Frage der Elektrifizierung der Kollektivwirtschaften und der Sowjetwirtschaften ein, der durch den Bau kleiner Wasserkraftwerke gefördert werden soll. Den Kollektivwirtschaften der durch den Krieg beschädigten Gebiete des Landes wird produktive Hilfe geleistet.

6. Der neue Fünfjahresplan auf dem Gebiet der Steigerung des Lebensniveaus des Volkes

Die Völker der Sowjetunion haben während des Krieges ungeheure Leiden und materielle Entbehrungen erlebt und außerordentlich große Opfer gebracht. Daher wird die Besserung der materiellen Lebensbedingungen als „wichtigste Aufgabe des Fünfjahresplanes“ bezeichnet.

- a) Der Lohnfonds der Arbeiter und Angestellten wird in diesem Fünfjahresplan auf 252 Milliarden Rubel anwachsen (gegenüber 162 Milliarden Rubel im Jahre 1940). Der jährliche Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten wird sich durch das Anwachsen der Produktivität der Arbeit vergrößern und 48 Prozent höher sein als das Vorkriegsniveau.
- b) Für den Bau von Wohnhäusern sind im Fünfjahresplan 42,3 Milliarden Rubel vorausgesehen. Allein in den Dörfern werden 3,4 Millionen Wohnhäuser errichtet. Der Fünfjahresplan hat die Organisation der fabrikmäßigen Herstellung von Wohnhäusern beschlossen. Diese Häuser werden den Städten und Siedlungen übergeben, und entsprechend der Planierung der Städte findet die Aufstellung der Häuser und ihre architektonische Ausgestaltung statt.
- c) Im Jahre 1946 werden die Lebensmittelkarten für Brot, Mehl, Graupen und Teigwaren und im Laufe der Jahre 1946/47 wird das Kartensystem für alle anderen Waren abgeschafft.

7. Der neue Fünfjahresplan auf dem Gebiet der Kultur

Die Staatsausgaben für kulturelle Lebensbedürfnisse der Werktätigen der Städte und Dörfer werden im Jahre 1950 auf 106 Milliarden Rubel gebracht, was das Niveau des Jahres 1940 um das 2,6fache übersteigt. Der Plan sieht eine Erhöhung der Anzahl der Studenten in den Hochschulen auf 674 000 vor (Deutschland 1936: 67 082) und die Zahl der Lernenden in den Fachschulen auf 1 280 000. Die Zahl der Kindergärten soll im Jahre 1950 auf 2 260 000 gebracht werden, d. h. eine Verdoppelung gegenüber dem Stand von 1940.

8. Die Besonderheiten des neuen Fünfjahresplanes

Der neue Fünfjahresplan zeigt uns zwei Besonderheiten:

a) der ungestörte Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft

Es ist allgemein bekannt, daß der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft im kapitalistischen System immer ernste Erschütterungen hervorruft. Nach dem ersten Weltkrieg machten alle kapitalistischen Staaten ernste Krisen durch. Auch nach diesem Weltkrieg bleiben die wichtigsten kapitalistischen Staaten von ernsten Krisen nicht verschont. Die USA erreichten den höchsten Stand ihrer Industrieproduktion im Oktober 1943. Danach sank die Produktion ab, Ende 1945 war sie bereits um mehr als ein Drittel gesunken. In England und den USA hat das Sinken der Produktion bereits zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit geführt. Auf Grund der sozialistischen Planwirtschaft bleiben der Sowjetunion diese Erschütterungen und Krisen erspart. Der Uebergang zur Friedenswirtschaft vollzieht sich völlig planmäßig und ist nicht mit einer Senkung, sondern sogar mit einer Steigerung der Produktion verbunden.

b) Die kurze Frist der Wiederherstellungsperiode

Die zweite Besonderheit dieses Planes besteht in der verhältnismäßig äußerst knappen Frist der Wiederherstellung der Kriegsschäden und Kriegsfolgen. Nach der Beendigung des ersten Weltkrieges und des sich anschließenden Bürgerkrieges brauchte die UdSSR sechs Jahre für die Wiederherstellung des industriellen Niveaus des Vorkriegsjahres 1913. Nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges mit seinen ungeheuren Schäden sieht der Plan für die Wiederherstellung der Kriegsschäden drei Jahre vor. Bereits im Jahre 1948 soll das Produktionsniveau des Vorkriegsjahres 1940 wieder erreicht sein, und zu Ende des Fünfjahresplanes soll das Niveau von 1940 in bedeutendem Maße übertroffen werden.

9. Ein neuer Schritt auf dem Weg zum Endziel

Das sozialistische Wirtschaftssystem und die bisherigen Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft in der Sowjetunion bieten die Gewähr dafür, daß auch dieser neue große Fünfjahresplan erfolgreich verwirklicht wird. Damit werden die schweren Wunden, die der Sowjetunion durch den verbrecherischen Ueberfall Hitlers zugefügt wurden, überwunden. Der friedliche sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, der vor nunmehr fünf Jahren unterbrochen wurde, kann mit neuer Kraft fortgesetzt werden. Damit machen die Völker der Sowjetunion einen neuen großen Schritt zur Vollendung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft, dem gemeinsamen großen Ideal der sozialistischen Bewegung aller Länder.

Literatur

- Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kapitel XI—XII (Verlag Neuer Weg 1945)
- Stalin: Rede auf der Wählerversammlung am 9. Februar 1946 (SWA-Verlag 1946)
- Stalin: Ueber den Entwurf der Verfassung der UdSSR (SWA-Verlag 1945)
- Wosnessenski: Der Fünfjahresplan des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1945—1950 (Tägliche Rundschau, 19.—20. März 1946)
- Artikel: Fünfjahrespläne in der UdSSR (Tägliche Rundschau, 8. August 1945)
- Der Fünfjahresplan (Tägliche Rundschau, 20. März 1946)
- Die Aufgaben des neuen Fünfjahresplanes (Tägliche Rundschau, 17. März 1946)
- Fünfjahresplan und Rekonstruktion der Industrie (Tägliche Rundschau, 13. September 1945)
- Die Industrie der Sowjetunion (Tägliche Rundschau, 29.—31. August 1945)

Material für politische Schulungstage

Herausgegeben vom Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands

Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW 29, Urbanstr. 71

Bisher erschienene Vortragsdispositionen:

Jahrgang 1945

- Nr. 1: „Der Sieg des Faschismus in Deutschland und seine Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf“
- Nr. 2: „Der Klassencharakter des Faschismus und die Probleme der Einheits- und Volksfront“ (Die Politik der KPD von 1933 bis August 1939)
- Nr. 3: „Die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitschuld des deutschen Volkes“
- Nr. 4: „Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands“
- Nr. 5/7: „Die Beschlüsse der Berliner Konferenz der Regierungschefs der drei demokratischen Großmächte“
- Nr. 8: „Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion“
- Nr. 9: „Die Bodenreform“
- Nr. 10: „Unser neues Verhältnis zu den Bauern“
- Nr. 11: „Die Aufgaben der neuen Freien Deutschen Gewerkschaften“
- Nr. 12: „Der Kampf gegen die Nazideologie“
- Nr. 13: „Reaktionäres Preußentum“, I
- Nr. 14: „Reaktionäres Preußentum“, II
- Nr. 15: „Zum 28. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution“
- Nr. 16: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918“
- Nr. 17: „Demokratische Schulreform“
- Nr. 18: „Friedrich Engels, zu seinem 125. Geburtstage am 28. November 1945“
- Nr. 19: „Die junge Generation und die antifaschistische Aufbaufront“
- Nr. 20: „Der zweite Weltkrieg, die Sicherung des Friedens und die Sowjetunion“
- Nr. 21: „Die Frau im neuen Deutschland“
- Nr. 22: „Der Spartakusbund und die Gründung der KPD“

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

Bisher erschienene Vortragsdispositionen:

Jahrgang 1946

- Nr. 1: „Die Gewerkschafts-Delegiertenkonferenzen“
- Nr. 2: „Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse“
- Nr. 3: „Der nationale Kampf der KPD und die Einheit Deutschlands“
- Nr. 4: „Der Weg zur sozialistischen Einheitspartei“
- Nr. 5: „Der Weg zum Sozialismus“
- Nr. 6: „Zu den organisatorischen Grundlagen der kommenden Einheitspartei“
- Nr. 7: „Kriegsverbrecher, aktivistische Nazis und nominelle Pj's.“
- Nr. 8: „Die gegenwärtigen Aufgaben der KPD auf dem Lande“
- Nr. 9: „Die Erneuerung der deutschen Kultur“
- Nr. 10: „Unser Kampf gegen Konzerne“

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlages Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

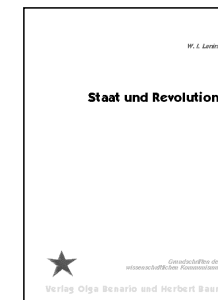
Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 1:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)
Anhang:
Statuten des Bundes der Kommunisten
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-00-4

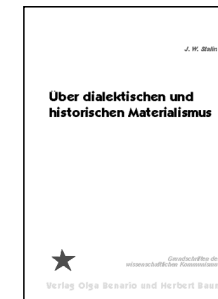
Band 2:
Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms (1875)
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-01-1

Band 3:
W. I. Lenin
Staat und Revolution (1917)
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-02-8



Band 4:
J. W. Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus (1924)
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-03-5

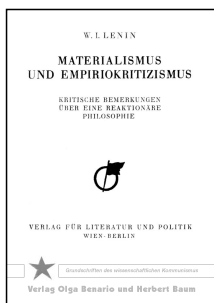
Band 5:
W. I. Lenin
Was tun? (1902)
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-04-2



Band 6:
J. W. Stalin
Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €
ISBN 978-3-932636-05-9

Band 7:
W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)
W. I. Lenin
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €
ISBN 978-3-932636-36-3

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 8:
W. I. Lenin
**Ein Schritt vorwärts,
zwei Schritte zurück** (1904)
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €
ISBN 978-3-86589-042-9

Band 9:
W. I. Lenin
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie
in der demokratischen Revolution**
(1905)
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-043-6

Band 10:
W. I. Lenin
**Materialismus und
Empirio-kritizismus** (1908)
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1950
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848–1874
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-001-6

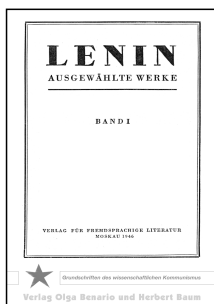
Band II: 1875–1894
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1946/47
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884–1917
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-93-6

Band II: 1917–1923
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-94-3



Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

Englisch:
Karl Marx/Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

Französisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

Spanisch:
Carlos Marx/Federico Engels
Manifesto del Partido Comunista
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

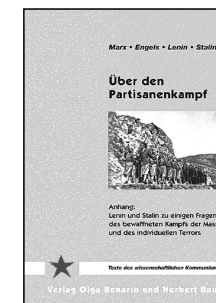
Farsi:
کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

Russisch:
**К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии**
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

Russisch / Deutsch:
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

Serbokroatisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest Komunističke Partije
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



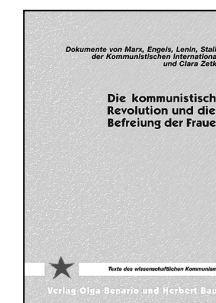
Marx, Engels, Lenin, Stalin
Über den Partisanenkampf
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen
Fragen des bewaffneten Kampfs der
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-
union zusammengestellt worden und
behandeln die Grundlagen und Grund-
fragen des Partisanenkampfs, sie sind
Ausgangspunkt für eine umfassende
Analyse der Partisanenkämpfe gegen
den Nazifaschismus sowie eine Waffe
im Kampf gegen den revisionistischen
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

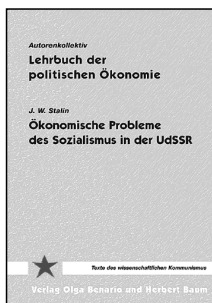


Dokumente von
Marx, Engels, Lenin, Stalin,
der Kommunistischen Internationale
und Clara Zetkin
**Die kommunistische Revolution und
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung
steht die Frauenfrage als Frage der pro-
letarischen Revolution, als Frage des
Kampfes für den Sozialismus und Kom-
munismus. Es finden sich u.a. Texte über
die Ursprünge der Unterdrückung der
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-
wie über Probleme und Fragen der kom-
munistischen Arbeit unter den werktätig-
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-18-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
Lehrbuch der politischen Ökonomie (1954)
 J. W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

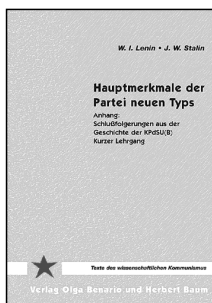
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv
W. I. Lenin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

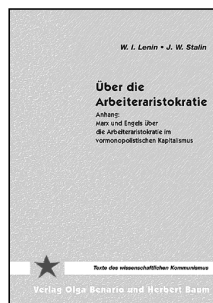


W. I. Lenin/J. W. Stalin
Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €
 ISBN 978-3-932636-22-6

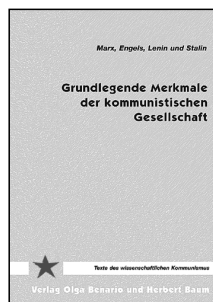
Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin
Über die Arbeiteraristokratie
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
 ISBN 978-3-932636-23-3



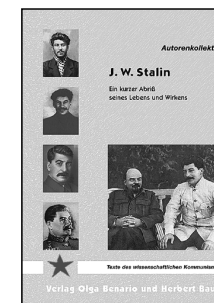
Marx, Engels, Lenin, Stalins
Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
 ISBN 978-3-932636-67-7

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



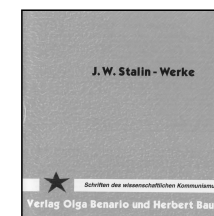
Autorenkollektiv
J. W. Stalin
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassten, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €
 ISBN 978-3-932636-65-3

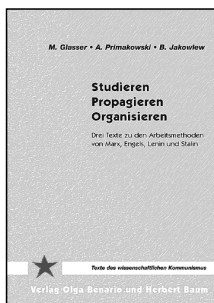


Stalin Werke Band 1 bis 13
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €
 ISBN 978-3-932636-72-1

Buch inklusive CD: 22 €
 ISBN 978-3-932636-73-8

Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew
Studieren – Propagieren – Organisieren
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €
ISBN 978-3-932636-20-2

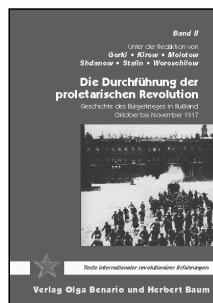


Béla Fogarasi
Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-12-7

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow
Geschichte des Bürgerkriegs in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)
Oktober 1917 bis November 1917
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv
Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

Band 1: 1926 – 1949
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1

Band 2: 1950 – 1976
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv
Zur „Polemik“
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten
Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv
Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv
Der XX. Parteitag der KPdSU 1956
Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

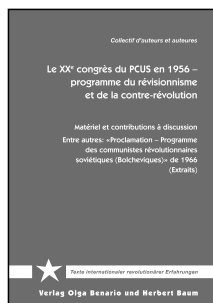


in russischer Sprache:

20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

Le XX^e congrès du PCUS en 1956
Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)” de 1966 (extraits)

176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €
ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi
Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



in italienischer Sprache:

Il XX^o Congresso del PCUS del 1956
Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell’Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen



Zur Geschichte Afghanistans
Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



Die Rote Fahne
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4
2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1
3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7
4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1
2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8
3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5
4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9
2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6
3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3
4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3
3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0
4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

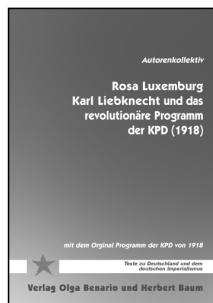
Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Freies Deutschland
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

Band 1: 1941 / 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7
Band 2: 1942 / 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4
Band 3: 1943 / 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1
Band 4: 1944 – 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Internationale Hefte der Widerstandsbewegung
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

Heft 1 und 2 eröffnen die Hefereihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

Heft 3 und 4 haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

Heft 5 analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

Heft 6 und 7 beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

Heft 8 – 10 gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

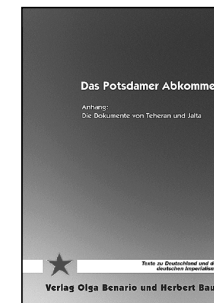
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Das Potsdamer Abkommen (1945)
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv
Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:
**Nazi-Terror
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

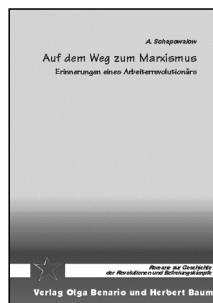
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow
Auf dem Weg zum Marxismus
Erinnerungen eines
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

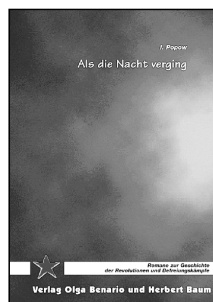
337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski
Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow
Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-30-1

Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

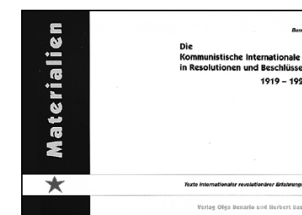
Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1
Hardcover: Offenbach 1998
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8
Hardcover: Offenbach 1998
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €
ISBN 978-3-932636-59-2

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II:

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

